THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

053
SU
v.20'

053
SU
v 20

Der Präsident des Weltkrieges.

Wenn wir auch begreifen, daß Sie, Herr Poincaré, als Politiker mehr mit der Vorbereitung des nächsten Krieges als mit der Erforschung des vorigen beschäftigt sind, so möchten wir doch nicht die Hoffnung aufgeben daß Sie als Angehöriger einer Familie von so großem wissenschaftlichem Ruf sich nicht ganz den geschichtlichen Studien entziehen werden.

Wir haben Ihnen in dem ersten Ihnen gewidmeten Hefte neue Dokumente über Ihre Tätigkeit als Außenminister im Jahre 1912 unterbreitet. Die Hoffnung, daß diese Dokumente, denen wir uns erlaubten, die Protokolle über die gemeinsamen Beratungen der französischen und russischen Generalstabschefs aus den Jahren 1911—1913 hinzuzufügen, Sie zu einer Revision wenn auch nicht des Versailler Friedens, so doch Ihres Gedächtnisses anregen würden, hat sich bis jetzt nicht erfüllt.

Inzwischen hat Sie Reichskanzler Dr. Wirth durch ein Gespräch mit ausländischen Journalisten auf die eben erfolgte Veröffentlichung des echten Telegrammwechsels zwischen Paris und Petersburg bei Kriegsausbruch (Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin) aufmerksam gemacht, durch den das russische Orangebuch als eine der größten Fälschungen der neueren Geschichte nachgewiesen wurde. Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, daß außer einer inhaltsleeren Erklärung des Herrn Viviani, der zugab, die in Rede stehenden Dokumente nicht zu kennen, noch keine Entgegnung von Ihrer Regierung erfolgt ist, und daß, wenn Sie auf die Äußerungen von Dr. Wirth nicht antworten, man für alle Zeit annehmen wird, daß Sie nichts zu antworten haben. Das vortreffliche Werk Ihres Herrn Vetters über „Wissenschaft und Hypothese" gibt Ihnen Musterbeispiele an die Hand, wie man wissenschaftliche Probleme objektiv behandelt. Wir haben es eben noch einmal flüchtig durchgesehen und dabei die Besetzung des Ruhrgebietes nicht unter den von Ihrem Herrn Vetter empfohlenen Methoden der Wahrheitsforschung gefunden.

Solange Sie nicht auf Dr. Wirths Äußerungen geantwortet haben, sind wir auf Vermutungen angewiesen, wie Sie sich zu den Fälschungen des russischen Orangebuchs stellen werden. Wir wissen nämlich, daß Sie seit einiger Zeit sich bemühen, alles Ihren russischen Bundesgenossen aufzuhalsen. Das wissen wir, seit Sie die Herausgabe des Livre Jaune über Balkanfragen veranlaßt haben. Aber die Sowjetregierung hat Material, das diese Bemühungen als aussichtslos erscheinen läßt. Über den hier behandelten Gegenstand — die Zeit Ihrer Präsidentschaft — verdanken wir heute schon der russischen Materialiensammlung über die französisch-russischen Beziehungen neues Material, das wir Ihnen hier vorlegen.

Seit Sie bemerkt haben, daß schon bei Ihren Lebzeiten die mit Recht so beliebte Erzählung von der Alleinschuld Deutschlands sich nicht mehr halten läßt, wollen Sie den Russen einen Teil der Schuld aufladen. Ihr Freund Iswolsky ist tot, aber seine Briefe leben. Und immer im unrechten Augenblick fällt uns einer von ihnen in die Hände.

Man könnte übrigens darüber streiten, ob es ritterlich ist, die russischen Freunde, insbesondere den toten Iswolsky, belasten zu wollen. Aber wir wissen, daß die Ritterlichkeit eine bei der Behandlung von Kriegsgefangenen, von besetzten Gebieten usw. bis zur Virtuosität ausgebildete Spezialtugend der Franzosen ist, von der wir nichts verstehen. Wir müssen uns daher bescheiden und nur von der Wahrheit sprechen, die dem plumpen deutschen Geiste eher zugänglich ist.

Wir wären daher schon ganz zufrieden, wenn Sie uns eine einzige Frage beantworten möchten:

In Ihrem uns vorliegenden Briefwechsel mit dem Zaren Nikolaus II. schreiben Sie zur Einführung des Herrn Delcassé als Botschafter in Petersburg:

20. März 1913.

„M. Delcassé wird mit E. M. und der Kaiserlichen Regierung über diese wichtigen Fragen [russische Heeresverstärkung und Anlegung strategischer Bahnen an der deutschen Grenze] sprechen, ebenso wie über alle diejenigen, welche

die Betätigung des Bündnisses

[le fonctionnement de l'alliance]

betreffen."

Wir fragen Sie hier nicht als Präsidenten des französischen Ministeriums, sondern als Mitglied der französischen Akademie:

Was versteht man im Zusammenhang mit Heeresverstärkung und strategischen Bahnen unter „Fonctionnement de l'alliance"?

Wir trauen uns in einer so wichtigen Frage nicht die Entscheidung zu und bitten Sie als einen Meister des Französischen der französischen Kammer zu sagen, was das „fonctionnement de l'alliance" bedeutet, zu dessen Besprechung Sie Delcassé nach Rußland sandten. Durch eine richtige Interpretation dieser schwierigen Textstelle werden Sie Ihrem wissenschaftlichen Rufe und Ihrer Akademie neuen Glanz verleihen.

537089

Poincaré als Präsident der Republik.

Im Juliheft der Süddeutschen Monatshefte haben wir an der Hand alter und neuer Dokumente gezeigt, wie Raymond Poincaré im Jahre 1912 als französischer Ministerpräsident und Außenminister eine unheimlich zielbewußte Politik trieb, die in der Hauptsache darauf ausging, Deutschland in Europa isoliert zu halten, die Entente gegen die Mittelmächte möglichst intim und schlagfertig zu gestalten und bei der ersten günstigen Gelegenheit den kriegerischen Zusammenstoß herbeizuführen. Wenn es während der Balkankrise noch nicht an der Zeit war, den Weltbrand zu entfesseln, so lag der Grund darin, daß Rußland noch nicht kampfbereit war. Wir werden aber bald sehen, welche Konsequenzen Poincaré aus dieser Erfahrung zog und wie er rastlos darum bemüht war, den östlichen Bundesgenossen für die ersehnte Abrechnung mit Deutschland waffentüchtig zu machen.

In den ersten Tagen des Jahres 1913 fanden die Neuwahlen für den Posten des Präsidenten der französischen Republik statt. Ein heftiger Wahlstreit entspann sich, aus dem am 13. Januar Poincaré als Sieger hervorging. Ein Hauptagitationsmittel seiner Anhänger bestand in der Propaganda für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Zieht man diese Tatsache in Betracht und erinnert man sich außerdem daran, daß kurz vorher im Anschluß an die Ereignisse des Herbstes 1912 nach Ansicht der sozialdemokratischen Kreise Frankreich durch die Tätigkeit des damaligen Außenministers Poincaré nahe an den Rand des Krieges geführt worden war, so kann man kaum im Zweifel darüber sein, mit welchen Gefühlen die Anhänger des Friedens diesen Mann die erste Stelle im Staate einnehmen sahen. Es ist daher nicht erstaunlich, wenn wir hören[1]), daß damals Männer wie Jaurès, Ribot und sogar Clémenceau, die den Gang der Politik genau verfolgten, untereinander erklärten: „Poincaré, das ist der Krieg!" Ja, sogar der eigene Vetter des neuen Präsidenten, der berühmte Mathematiker Henry Poincaré, bekannte offen, „daß der Krieg mit seinem Verwandten beinahe sicher sei".

Der neue Präsident bedeutete also für die eingeweihten Franzosen ein sehr klares Programm. Aber nicht nur für sie, sondern auch für seine geheimen Gesinnungsgenossen auf russischer Seite. An der Hand bisher noch unbekannten Materials sind wir in der Lage, zu beobachten, mit welch brennender Anteilnahme Iswolski, der russische Botschafter in Paris, das Vorspiel zur Präsidentenwahl verfolgte. Am 16. Januar 1913 faßte er seine Gefühle in einem Privatbrief an Sasonow[2]) in die charakteristischen Worte zusammen: „Wenn, was Gott verhüten möge, Poincaré eine Niederlage erleiden sollte, so wird das für uns eine Katastrophe sein." Worauf das Bestreben Iswolskis ausging, ist heute völlig klar. Er hegte seit der bosnischen Krise einen glühenden Haß gegen Österreich und die Mittelmächte und sein ganzes Sinnen und Trachten richtete sich darauf, für die diplomatische Niederlage, die ihm damals Ährenthal bereitet hatte, Rache zu nehmen. Daß er den Krieg wollte, bestreitet gegenwärtig niemand mehr und wir wissen daher auch ganz genau, warum er in einer Niederlage Poincarés eine Katastrophe für seine Politik erblickt hätte.

Um so glücklicher war er, als sein Kandidat auserkoren wurde. Am 20. Januar telegraphierte sein Vertreter an Sasonow[3]), Poincaré sei über die Glückwunschdepeschen des Zaren und anderer russischer Würdenträger tief gerührt und habe geäußert, daß seine Wahl die Billigung seiner Politik eines engen Einvernehmens mit Rußland bedeute. Dann habe er ihm den künftigen Außenminister Jonnart anempfohlen. Dieser letztere erklärte am 23. Januar Iswolski[4]), er werde „die Politik seines Vorgängers genau weiter befolgen — nämlich eine enge Gemeinschaft mit Rußland und England". Dadurch wurde also die Fortsetzung der im Jahre 1912 von Poincaré eingeschlagenen Wege garantiert.

Daß man dabei nicht nur ein Festhalten an der Entente im Auge hatte, sondern nach wie vor viel weiter dachte und vor den letzten Konsequenzen der Zerreissung Europas

[1]) Gabriel Reuillard, „Les Rapports Franco-Allemands de 1870—1914", Paris 1921, S. 46. — [2]) Beilage 1. — [3]) Beilage 2. — [4]) Beilage 3.

in zwei einander gegenüberstehende Mächtegruppen auch jetzt keinen Augenblick zurückschreckte, geht aus einer Depesche Iswolskis vom 29. Januar hervor[1]). Danach äußerte Poincaré, es sei der französischen Regierung von äußerster Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung auf die Beteiligung Frankreichs an einem durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufenen Krieg vorzubereiten. Ist dies Geständnis schon äußerst aufschlußreich, so belehrt uns ein Schreiben des russischen Botschafters vom nächsten Tage[2]) noch deutlicher darüber, wohin der neue Präsident das Staatsschiff der Republik zu steuern beabsichtigte. Hier lesen wir nämlich: „Der in den obersten Regierungskreisen Frankreichs eingetretene Wechsel hat für uns zweifellos sehr vorteilhafte Seiten. Die Wahl des Herrn Poincaré auf den höchsten Posten der Republik bedeutet einen entscheidenden Sieg der gemäßigten politischen Elemente über den äußersten Radikalismus, der sich Rußland und dem französisch-russischen Bündnis gegenüber stets feindlich verhalten hat. Die Energie und Entschlossenheit des Herrn Poincaré bürgen uns dafür, daß dieser in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik sich nicht damit begnügen wird, wie Herr Fallières, eine rein passive und sozusagen dekorative Rolle zu spielen, sondern mit allen Kräften und zu jeder Stunde auf den Gang der französischen Politik, hauptsächlich auf das auswärtige Gebiet einwirken wird." Weiter unten heißt es dann: „Die französische Regierung ist fest entschlossen, uns gegenüber die Bündnispflichten in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen. Die französische Regierung ist sich dessen bewußt, daß das Endergebnis der augenblicklichen Verwicklungen eine Teilnahme Frankreichs an dem allgemeinen Kriege notwendig machen wird, und sieht dieser Möglichkeit kaltblütig entgegen."

Man muß zur richtigen Beurteilung der Lage in Betracht ziehen, daß damals im Anschluß an den Balkankrieg durch das Bemühen der Großmächte eine Konferenz in London zustande gekommen war, um die bestehenden Streitfragen auf friedlichem Wege zu schlichten. Verglichen mit dieser Tatsache erscheint es um so beachtenswerter, daß Poincaré den Krieg ununterbrochen im Auge behielt und jeden Augenblick zu ihm bereit war. Aber damit noch nicht genug! Er tat alles, um sein Volk in das Blutbad mit hineinziehen zu können. „Damit aber Frankreich", so schreibt Iswolski weiter, „jede Minute Rußland im weitesten Maße seine Freundes- und Bundesgenossenhilfe erweisen kann, bittet uns die französische Regierung inständigst, keinerlei Einzelhandlungen ohne vorausgegangenen Gedankenaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung kann die Regierung die französische öffentliche Meinung erfolgreich auf die Notwendigkeit einer Teilnahme an dem Kriege vorbereiten." Diese Äußerungen scheinen uns wegen ihres unerschrockenen Zynismus beinahe unglaublich, aber der Berichterstatter betont sogleich, er habe die Worte mit „fast phonographischer Genauigkeit" wiedergegeben.

Wenn die Unterredungen zwischen Iswolski und dem Präsidenten auch natürlich streng geheim gehalten wurden, so fehlte es doch nicht an einsichtigen Männern in der politischen Welt, die schon damals Unheil ahnten und ihre warnende Stimme erhoben. Wir kennen immerhin eine solche Äußerung, die charakteristisch genug ist. Sie stammt aus der Feder des belgischen Gesandten in Paris, Baron Guillaume. Dieser schildert in einem Bericht vom 14. Februar 1913[3]) zunächst die große Popularität des neuen Präsidenten und fährt im Anschluß hieran fort: „Diese Beliebtheit hat verschiedene Ursachen: Seine Wahl war geschickt vorbereitet; man weiß ihm Dank dafür, daß er während seines Ministeriums geschickt genug operierte, um Frankreich im europäischen Konzert in den Vordergrund zu bringen; er hatte einigemale Glück mit seinen Ansprachen, die großen Eindruck machten. Aber in erster Linie muß man darin eine Kundgebung jenes alten französischen Chauvinismus erblicken, der lange Jahre hindurch ganz zurückgetreten war, aber seit den Zwischenfällen von Agadir wieder an Kraft gewonnen hat. Herr Poincaré ist Lothringer und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, daran zu erinnern; er war der Mitarbeiter und der Anstifter der militaristischen Politik Herrn Millerands. Das erste Wort schließlich, das er in dem Augenblick aussprach, als

[1]) Beilage 4. — [2]) Beilage 5. — [3]) Beilage 6.

er seine Wahl zum Präsidenten der Republik erfuhr, war das Versprechen, über die Erhaltung aller Mittel der nationalen Verteidigung wachen zu wollen."

Der Kurs des neuen Präsidenten erweckte also schon dem äußeren Beschauer, der nicht sehen konnte, was hinter den Kulissen vorfiel, die größten Bedenken. Bald mußten weitere Ereignisse diese Bedenken noch erhöhen.

Zunächst ein scheinbar nebensächlicher Vorgang, der aber in der damaligen politischen Welt immerhin von einer gewissen Bedeutung war. Am 19. Februar 1913[1]) telegraphierte Sasonow an Iswolski, der Zar habe „in Bestätigung seiner freundschaftlichen Gefühle für Frankreich und seines persönlichen Wohlwollens für Herrn Poincaré geruht, dem Präsidenten der Republik den Andreasorden zu verleihen". Am 25. Februar[2]) erfolgte die Übergabe der Auszeichnung und eines Handschreibens des Zaren an den „teuren und großen Freund" . . . . . Iswolski kann am 27. Februar in einem Schreiben an Sasonow[3]) berichten, daß der Eindruck dieser feierlichen Handlung in Frankreich „tief und erfreulich" sei. Poincaré selbst versichert nach dem gleichen Briefe, „daß die Ereignisse der letzten 18 Monate in der französischen öffentlichen Meinung eine völlige Wandlung vollzogen und eine längst nicht gekannte patriotische Stimmung erzeugt haben". „In dieser Beziehung", so fährt der russische Botschafter in der Wiedergabe der Unterredung fort, „hat der Zwischenfall von Agadir — le coup d'Agadir — Frankreich den allergrößten Dienst erwiesen; und die jetzige Erhöhung der deutschen Armee wird sich vielleicht als ebenso günstig herausstellen, denn sie wird die Unzulänglichkeit der pazifistischen Theorien und die Notwendigkeit einer noch besseren Organisation der französischen Streitkräfte deutlich beweisen." Diese Äußerungen sind in zweifacher Hinsicht interessant. Einmal beweisen sie, daß einem Manne wie dem neuen Präsidenten die Stellungnahme Deutschlands in der Marokkokrise von 1911, die so oft als unerhörte Brüskierung beklagt wurde, für seine Zwecke äußerst willkommen war, weil durch sie die Aufreizung der französischen Volksstimmung erleichtert wurde. Außerdem sehen wir, daß die Vergrößerung der deutschen Heeresstärke, die in Paris als Grund für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit angegeben wurde, tatsächlich nur ein Vorwand war, weil die dreijährige Dienstzeit in Wirklichkeit schon längst beschlossen war. Man rüstete in immer rascherem Tempo und tat auch sonst alles, um sich auf den Krieg vorzubereiten. Das können wir aus der Stelle in Iswolskis Schreiben entnehmen, an der von den französisch-englischen Beziehungen die Rede ist. Denn hier heißt es: „England ist Frankreich gegenüber durch keinerlei politische Verpflichtungen gebunden, aber der Ton und der Charakter der vom Londoner Kabinett jetzt erhaltenen Versicherungen erlaubt der französischen Regierung damit zu rechnen, daß, im Falle eines Konfliktes mit Deutschland, Frankreich bei der jetzigen politischen Konjunktur auf die militärische Unterstützung Englands zählen kann; die Pläne der französisch-englischen Kooperation sind bis in die letzten Einzelheiten ausgearbeitet worden. Der erste Lord der englischen Admiralität, Winston Churchill, welcher sich zurzeit im Süden Frankreichs befindet, wird in diesen Tagen Toulon besuchen und wird bei seiner Durchreise durch Paris eine Beratung mit dem französischen Admiralstabe haben."

Soweit war man also im geheimen schon gekommen. Ein zweiter mindestens ebenso wichtiger Schritt geschah ungefähr gleichzeitig, und zwar ein Schritt, der nach dem Urteil des oben erwähnten belgischen Diplomaten „wie eine Bombe" einschlug. Das war die Ernennung Delcassés zum französischen Botschafter in Petersburg.

Frankreich war seit Juni 1909 in Rußland durch Georges Louis vertreten, der in dem Rufe stand, der Anhänger einer maßvollen Friedenspolitik zu sein. Schon während der Zeit, als Poincaré Außenminister war, kam es jedoch zu einem Zwischenfall, der Louis beinahe seinen Posten gekostet hätte. Am 13. März 1912 brachte der Temps ein Telegramm aus Berlin, das eine Versetzung des genannten Diplomaten in Aussicht stellte und Deschanel als Kandidaten für Petersburg nannte[4]). Am 17. Mai 1912 veröffentlichte Echo de Paris einen Artikel Marcel Hutins, wonach Poincaré im letzten Ministerrat über die Lage an der Botschaft in Petersburg berichtet und erklärt hatte, Sasonow und

[1]) Beilage 8. — [2]) Beilage 10 und 11. — [3]) Beilage 13. — [4]) Vgl. hierzu und zum folgenden F. Gouttenoire de Toury. „Poincaré a-t-il voulu la guerre?" Paris 1920, S. 21 ff.

Iswolski verlangten die Abberufung von Louis. Vor 10 Tagen habe ihm der russische Botschafter mitgeteilt, sein Außenminister fürchte, die russischen Pläne in bezug auf den Italienisch-Türkischen Krieg wie auf den Orient seien in Paris nicht verstanden worden; es scheine, als habe Louis Sasonows Ansichten nicht melden wollen. Poincaré habe seinen Botschafter in Schutz genommen, aber Iswolski habe sich noch weiter über diesen beklagt und gesagt, er verkehre nicht in der Gesellschaft, empfange nicht, kurz er lebe auf eine Art, die keineswegs der Stellung eines französischen Botschafters entspreche. Als Folge hiervon habe man die Versetzung von Louis ins Auge gefaßt. Dieser Artikel ist schon deshalb interessant, weil er in einigen Punkten, die wir jetzt nachkontrollieren können, eine gute Sachkenntnis verrät. Wir vermögen aus den hier zuerst mitgeteilten Dokumenten zu entnehmen, daß tatsächlich wegen des Italienisch-Türkischen Krieges eine ziemlich lebhafte Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und Petersburg bestand. Außerdem beweisen uns mehrere Telegramme Iswolskis, daß dieser, sobald sich die Gelegenheit bot, versuchte, Louis anzugreifen und zu verdächtigen. So depeschierte er am 2. März 1912[1]) an Sasonow: „Man muß annehmen, daß Louis nicht ganz genau und vielleicht nicht ganz unparteiisch den Inhalt Ihrer vorläufigen Erläuterungen hier übergeben hat. Ich wage zu glauben, daß, wenn Poincaré von diesen Erläuterungen [zum Italienisch-Türkischen Krieg] nicht durch Louis, sondern durch mich erfahren hätte, es mir wahrscheinlich geglückt wäre, das jetzige Mißverständnis abzuwenden." Hier haben wir wohl den Vorgang, von dem Hutin gehört hat, und wir sehen daraus, daß der französische Journalist wieder einmal gut unterrichtet war und wir somit keinen Grund haben, ihm in bezug auf seine übrigen Angaben zu mißtrauen. An seine Ausführungen spann sich eine lebhafte Pressediskussion an, wobei es nicht an Angriffen auf Iswolski fehlte, dem persönliche Feindschaft gegen Louis und Aberteuerpolitik vorgeworfen wurde. Fast unmittelbar nach Iswolskis Schritt bei Poincaré hatte Louis von Paléologue, dem damaligen politischen Leiter im Quai d'Orsay, ein Telegramm erhalten, das ihm als patriotische Pflicht nahelegte, seine Abberufung zu verlangen. Er sprach mit dem russischen Kabinettchef Kokovtzoff, der mit größtem Nachdruck gegen die Initiative des russischen Botschafters protestierte und versicherte, daß er und seine Regierung nicht dafür verantwortlich seien. Dann reiste Louis nach Paris, wo er sich am 17. Mai, dem Tage des Erscheinens von Hutins Aufsatz, schon befand.

Über die Unterredungen, die Louis im Quai d'Orsay hatte, wissen wir nichts. Aus den Mitteilungen der Zeitungen erfährt man lediglich, daß der französische Botschafter in Petersburg aus Gesundheitsrücksichten seine Abberufung verlangt habe, was das Pariser Blatt Liberté, das für ihn Partei ergriff, ausdrücklich in Abrede stellte, und was auch gerade zu jener Jahreszeit, nämlich im Mai, sehr unwahrscheinlich klang. Eine Notiz von Havas bestritt zuletzt in der Nacht vom 17. zum 18. Mai die ganze Demarche Iswolskis, was nach unserer Kenntnis der Dokumente wohl sicher nicht den Tatsachen entsprach. Schon am 7. Juni 1912 versuchte[2]) Iswolski bei Sasonow abermals einen Vorstoß gegen Louis. Trotzdem gelang es damals noch nicht, eine Änderung auf dem Botschafterposten in Petersburg zu vollziehen. Louis kehrte zurück.

Nun aber, zu Beginn des Jahres 1913, sollte durchgeführt werden, was früher mißlungen war. Einem bisher unbekannten Bericht Iswolskis vom 17. Februar 1913[3]) entnehmen wir, daß ihm der französische Außenminister Jonnart an diesem Tage mitgeteilt hat, „die französische Regierung habe beschlossen, Georges Louis aus verschiedenen Gründen, besonders aber seiner Kränklichkeit wegen, abzuberufen" und Herrn Delcassé zum Botschafter in Petersburg zu ernennen. „Gleichzeitig", so fährt der Verfasser des Schriftstückes fort, „erklärte mir der Minister das Folgende: Die französische Regierung ist zu dieser Wahl vorwiegend durch den Umstand bestimmt worden, daß Herr Delcassé in den Augen der französischen Kreise und der öffentlichen Meinung bei der gegenwärtigen, außerordentlich ernsten internationalen Lage, die die Anwendung des franko-russischen Bündnisses hervorrufen kann, als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses gilt." Und zu-

[1]) Süddeutsche Monatshefte: „Poincaré", Juliheft 1922, S. 179.
[2]) Südd. Monatsh. a. a. O., S. 180. — [3]) Beilage 7.

letzt fügt Iswolski noch hinzu: „Ich meinerseits erlaube mir zu äußern, daß Herr Delcassé, dessen politische Vergangenheit Ihnen gut bekannt ist, der Idee einer allerengsten Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich ganz und gar ergeben ist und als einer der einflußreichsten hiesigen Parlamentarier, falls die kritische Stunde kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne einer Beseitigung irgendwelchen Schwankens bei der stets verschiedenen Strömungen ausgesetzten Regierung spielen kann."

Der Inhalt dieser Meldung ist nicht weniger wichtig als das Datum, an dem sie abgesandt wurde. Es ist nämlich der Tag, an welchem Poincaré im Elysée einzog. Der Beschluß zum Wechsel auf dem Botschafterposten in Petersburg wurde also vorher gefaßt, d. h. in jener Zeit, von der Iswolski am 30. Januar 1913[1]) berichtete: „Bis zur endgültigen Übernahme der Präsidentengeschäfte, die erst in 3 Wochen erfolgen wird, hält sich Poincaré täglich im Ministerium (des Auswärtigen) auf. Herr Jonnart trifft ohne sein Wissen und Einverständnis keinerlei Anordnungen." Damit ist die Behauptung Poincarés, er habe mit der Abberufung von Louis nichts mehr zu tun gehabt, als hinfällig bewiesen. Er selbst hat hierbei sicher eine entscheidende Rolle gespielt. Wir wissen ja auch, daß er schon früher darauf bedacht war, französische Vertreter im Ausland, die sich seiner Politik nicht anpassen wollten, zu entfernen. So hatte er 1912 den Botschafter in Wien, Crozier, abgesetzt, weil dieser eine engere Fühlungnahme zwischen Österreich und Frankreich empfahl. Nun mußte Louis fallen und durch einen entschiedenen Anhänger der Kriegspolitik ersetzt werden. Charakteristisch ist übrigens an der Hand der hier zusammengefaßten Vorgänge, daß Poincaré selbst in seinen Aufsätzen über den Ursprung des Krieges Louis ungefähr das vorwirft, was nach Marcel Hutin Iswolski im Mai 1912 an Louis tadelte, indem er schreibt, er habe zu isoliert gelebt, den Kaiser nie gesehen und sich mit Sasonow nicht verstanden. Auch das ist eine indirekte Bestätigung dafür, daß ‚Echo de Paris' in dem oben erwähnten Artikel die Wahrheit sagte. Louis kehrte am 14. März 1913 von Petersburg zurück und erhielt keinen neuen Posten.

Um nun zu Delcassé zurückzukehren, so wurde bereits erwähnt, daß seine Ernennung allgemein das größte Aufsehen erregte. Der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, hob in einem Bericht vom 21. Februar 1913[2]) hervor, daß die Nachricht von dieser Ernennung in den französischen Zeitungen gleichzeitig mit dem Wortlaut der Botschaft des Präsidenten der Republik erschien und meinte im Anschluß hieran: „War dies Zusammentreffen beabsichtigt? Wie es scheint: ja; und auf jeden Fall wurde es sehr bemerkt und übte einen deprimierenden Einfluß auf die Börse aus." Weiter unten stellte er fest: „... viele Politiker hätten diese Wahl gefürchtet aus Angst, sie könnte den Anschein einer deutsch-feindlichen Kundgebung haben. Muß man die Wahl des neuen Botschafters in Petersburg in diesem Sinne auslegen? Ich glaube es nicht; indessen bin ich der Ansicht, daß Herr Poincaré als Lothringer sich darin gefiel, vom ersten Tage seines hohen Amtes an sein Bestreben zu bekunden, sich fest zu zeigen und die Fahne des Vaterlandes hochzuhalten. In den bewegten Zeiten, in denen sich Europa befindet, liegt hier die Gefahr, die die Anwesenheit des Herrn Poincaré im Elysée bietet. Sind doch unter seinem Ministerium die militaristischen und etwas chauvinistischen Instinkte des französischen Volkes erwacht. In diesem Umschwung war seine Hand erkennbar."

So also wirkte der Schritt nach außen. Die Dokumente erzählen uns heute noch mehr und beweisen, daß selbst Guillaume die ganze Tragweite der getroffenen Maßnahme nicht durchschaute. Denn Delcassé hatte ganz bestimmte Aufträge für seine Tätigkeit in Petersburg. Wir hörten bereits, welche Rolle ihm für den Kriegsfall zugedacht war und wissen aus dem früher zitierten Gespräch Poincarés mit Clémenceau, daß der neue französische Botschafter in Petersburg die Aufgabe hatte, die Russen von der Kriegstüchtigkeit Frankreichs zu überzeugen. Ein vertrauliches Schreiben Iswolskis vom 13. März 1913[3]) an Sasonow läßt uns außerdem noch erkennen, welche Pflichten er fernerhin zu erfüllen hatte. In demselben heißt es: „Laut Kenntnis unseres Militärattachés ist ihm (Delcassé) ganz speziell der Auftrag erteilt, unsere (die russische)

[1]) Beilage 5. — [2]) Beilage 9. — [3]) Beilage 15.

Militärverwaltung von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Anzahl unserer strategischen Wege zu vermehren ist, um dadurch das Zusammenziehen unserer Armee an der Westgrenze zu beschleunigen." Die hierzu erforderlichen Geldmittel sollte der neue Botschafter zur Verfügung stellen. Es erscheint demnach klar, daß Delcassé ausersehen war, um alles daran zu setzen, daß Rußland seine Kriegsbereitschaft erhöhte.

Wenn es noch weiterer Beweise für die Tatsache bedürfte, daß Delcassé in Petersburg ganz bestimmte, mit der Vorbereitung des Krieges zusammenhängende Aufträge zu erledigen hatte, würde ein Schreiben, das Poincaré am 20. März eigenhändig an den Zaren richtete[1]), die letzten Zweifel zerstreuen. Lesen wir doch hier die folgenden Ausführungen: „... als ich die Ehre hatte, im letzten Jahre von E. M. in Peterhof empfangen zu werden, habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Zweckmäßigkeit gelenkt, entsprechend der Ansicht unserer Generalstäbe, die Erbauung gewisser Eisenbahnlinien an der Westgrenze des Kaiserreiches zu beschleunigen. Die große militärische Anstrengung, welche die französische Regierung zur Erhaltung des Gleichgewichtes der europäischen Kräfte machen will, läßt heute die entsprechenden Maßnahmen als ganz besonders dringlich erscheinen, über deren Notwendigkeit die Generalstäbe der beiden verbündeten Länder sich geeinigt haben. M. Delcassé wird mit E. M. und der Kaiserlichen Regierung über diese wichtigen Fragen sprechen, ebenso wie über alle diejenigen, welche die Betätigung (le fonctionnement) der Allianz betreffen, und uns erlauben, noch wirkungsvoller über der Erhaltung des Friedens zu wachen."

Ein neutraler Schriftsteller hat einmal die treffende Bemerkung gemacht, wenn Poincaré vom Frieden rede, so meine er immer den Krieg. Die eben angeführte Stelle ist eine ungemein lehrreiche Illustration für die Richtigkeit dieser Feststellung. Wir wissen heute zur Genüge, wie wirkungsvoll die geheimen Machenschaften in Paris und Petersburg dazu beitrugen, über die „Erhaltung des Friedens zu wachen". Aber auch zu jener Zeit entging es eingeweihten Kreisen nicht, daß die Luft jeden Tag gefährlicher mit Zündstoffen geladen wurde.

Der Geist, der unter dem Präsidenten Poincaré in Paris herrschte, erregte immer mehr die Befürchtungen aufmerksamer Beobachter. Am 25. Februar 1913) sandte der russische Botschafter in London Benckendorff einen zusammenfassenden Bericht über seine Eindrücke von der inzwischen beendeten Londoner Konferenz an seinen Außenminister in Petersburg. Er urteilte in seinem allgemeinen Überblick folgendermaßen: „Ich fange mit Frankreich an. Wenn man sich darüber einig war, ... daß die englische Unterstützung nur rein diplomatischer Natur sein sollte, ohne Präjudiz für das, was schließlich dabei herauskommen würde, so ist jedenfalls von seiten Frankreichs ein Vorbehalt dieser Art nicht formuliert worden. Dies ist so wenig der Fall gewesen, man darf sich darüber nicht täuschen, daß, wie klug und maßvoll, obwohl niemals rätselhaft, Herr Cambon sich in den Sitzungen verhalten hat, er sich in Wirklichkeit durchaus nach mir gerichtet hat, und zwar mehr als nach seinen eigenen Eingebungen. Im Gegenteil, wenn ich seine Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole, und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Überzeugung gleichkommt, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, welche, nicht um zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde. Jedenfalls hat mir nichts gezeigt, daß Frankreich aktiv dazu beiträgt, in dem Sinne eines Kompromisses zu arbeiten. Nun, der Kompromiß — ist der Frieden; jenseits des Kompromisses liegt der Krieg."

Am 17. April 1913) stellte Guillaume fest, „daß die öffentliche Meinung in Frankreich mehr und mehr chauvinistisch und unbesonnen wird", und er fügte besorgt hinzu: „Man sollte Maßregeln ergreifen, um diese Stimmung einzudämmen, die die Regierung seit den Zwischenfällen von Agadir unter Bildung des Ministeriums Poincaré—Millerand—Delcassé wahrhaft ermutigt hat."

Wenige Wochen später wurde die Einführung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich aktuell. Wir haben gesehen, daß diese Einführungen schon im Sommer 1912 von Poincaré anläßlich seines ersten Besuches in Rußland in Aussicht

[1]) Beilage 17. — [2]) Beilage 12. — [3]) Beilage 19.

genommen worden war. Jetzt hielt man den Augenblick für gekommen, damit Ernst zu machen, weil man die deutschen Heeresverstärkungen als Vorwand nehmen konnte, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Schrittes zu überzeugen.

Am 30. März 1913[1]) gab der Zar in seiner Antwort auf Poincarés Schreiben wegen der Ernennung Delcassés seiner Befriedigung über „die neue militärische Anstrengung, zu der sich die heldenmütige französische Nation soeben anschickt", Ausdruck. Der vortrefflich unterrichtete Iswolski hatte kurz zuvor zwei ausführliche Berichte über die genannte Angelegenheit an den russischen Außenminister gesandt. Nach dem ersten dieser Berichte vom 27. Februar[2]) war die französische Regierung zu jener Zeit „entschlossen, sofort, d. h. noch vor den Osterferien, vom Parlament einen Kredit von 500 Millionen Franken zur Verbesserung der materiellen Ausrüstung der Armee zu verlangen". Am 13. März[3]) schilderte dann der russische Botschafter, wie bei der Einführung der dreijährigen Dienstzeit wiederum Poincaré eine entscheidende Rolle spielte. Am 4. März berief dieser nämlich den Obersten Kriegsrat und ließ ihn beschließen, „im militärischen Interesse der nationalen Verteidigung, das Heer zu vergrößern". Diese Kundgebung machte auf das französische Volk einen tiefen Eindruck und brachte seinen allzeit empfänglichen Patriotismus in starke Wallung. So war die Stimmung für die Annahme des neuen Gesetzes geschaffen, die bald darauf auch erfolgte.

Am 12. Juni 1913[4]) meldete der belgische Gesandte in Paris, die französische Regierung rechne bestimmt damit, daß die Kammer ihre Zustimmung geben werde. Was er von der Maßnahme selbst hielt, faßte er in folgende Worte zusammen: „Es steht also nunmehr fest, daß in die französische Gesetzgebung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das Land wahrscheinlich nicht lange ertragen kann. Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben, die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald protestieren wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. Für die, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird es eine schwere Verantwortung sein. Man folgt ihnen in einer Art von Kopflosigkeit, von interessantem aber beklagenswertem Wahnsinn. ... Die Propaganda zugunsten des Gesetzes für die dreijährige Dienstzeit, durch die ein Wiedererstehen des Chauvinismus herbeigeführt werden soll, war ausgezeichnet vorbereitet und durchgeführt; sie fing damit an, die Wahl des Herrn Poincaré zum Präsidenten der Republik zu fördern; sie setzt heute ihr Werk fort, ohne sich um die Gefahren zu kümmern, die sie hervorruft; das Unbehagen im Lande ist groß."

Von nun an wuchs die Angst des belgischen Diplomaten immer mehr. Am 16. Januar 1914[5]) hob er nochmals in einem eingehenden Situationsbericht hervor: „Frankreich, durch den Geburtenrückgang geschwächt, kann nicht lange das System des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit ertragen." Und im Zusammenhang damit wiederholte er, „daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa — und für Belgien." Am 10. März des gleichen Jahres[6]) schilderte er die ausgedehnte Redetätigkeit des Präsidenten der Republik im ganzen Lande, die die besonnenen Elemente „erschreckt und beunruhigt" und kennzeichnete dann nochmals dessen politische Haltung: „Zusammen mit den Herren Delcassé—Millerand und einigen anderen predigte er unablässig die politische und militärische Wiederaufrichtung Frankreichs im Verein mit der Schaffung engerer und vertrauensvollerer Beziehungen zu Rußland. Er ging als Ministerpräsident nach Petersburg; in einigen Monaten wird er als Präsident der Republik dorthin zurückkehren. Er schickte kürzlich Hern Delcassé dorthin, den er mit der Mission beauftragt hatte, mit allen Mitteln die Wohltaten der französisch-russischen Alliance zu unterstreichen und das große Kaiserreich zu einer Vergrößerung seiner militärischen Vorbereitungen zu veranlassen."

Am 12. Juni 1913[7]) nahm sogar der belgische Gesandte in Berlin, Baron Beyens, zu

[1]) Beilage 18. — [2]) Beilage 17. — [3]) Beilage 16. — [4]) Beilage 20 und 23. — [5]) Beilage 23. — [6]) Beilage 24. — [7]) Beilage 29.

den Ereignissen in Frankreich Stellung und meinte abschließend: „Die Herren Barthou und Poincaré hätten daher vielleicht besser getan, die Frage mit größerer Kaltblütigkeit zu prüfen, ob es kein besseres Mittel zur Wahrung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland gab, als diesen Wettbewerb in den Rüstungen und die Erhöhung der Präsenzstärke, deren Lasten ersteres nicht solange zu ertragen fähig ist, als letzteres."

Was geschah unterdessen auf diplomatischem Gebiet? Wir sind hier über die Tätigkeit Poincarés einstweilen nur sehr lückenhaft unterrichtet, aber das wenige, was uns bekannt ist, gibt uns doch einen Einblick in die konsequente Tatkraft dieses Mannes.

Im Juni 1913[1]) machte er mit Pichon einen Besuch in London, von dessen Ergebnissen Grey dem russischen Botschafter Mitteilungen machte. Auf Grund dieser Mitteilungen berichtete Benckendorff am 27. Juni an Sasonow. Wir erfahren zwar nur von Verhandlungen über Einzelfragen, denn Grey scheint den Vertreter Rußlands mit einer gewissen Vorsicht informiert zu haben. An einer Stelle des Schreibens heißt es aber doch: „Grey ist mit seinen Auseinandersetzungen mit Poincaré und Pichon ganz außerordentlich zufrieden, da sie, ebenso wie der den französischen Ministern von der englischen Bevölkerung erwiesene Empfang, die Entente ganz besonders gekräftigt hätten." Gerade auf eine solche Kräftigung der Entente kam es Poincaré natürlich an und seitdem ihm der intimste Ausbau des Zusammenarbeitens mit Rußland gelungen war, richtete sich seine ganze Energie auf die Erreichung eines gleichen Verhältnisses zu England.

Im Oktober 1913 war Sasonow in Paris. Über die Besprechungen, die er dort hatte, fehlt uns zunächst noch jegliche Nachricht.

Dafür sind wir in der Lage, aus den uns bekanntgewordenen Dokumenten einige Schlüsse über die Gegenstände zu ziehen, die anläßlich des Besuches, den der englische König und Grey im April 1914 in Paris ablegten, verhandelt wurden. Am 2. April 1914[2]) schrieb nämlich Sasonow seinem Botschafter in Paris, einer Anregung desselben folgend, er teilte Iswolskis Ansicht, „daß es nicht unzweckmäßig sein würde, wenn Poincaré und Doumergue anläßlich der Zusammenkunft mit König Georg und seinem Minister sie vertraulich darauf hinweisen würden, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein freudiges Ereignis begrüßt werden würde, welches für alle drei Teilhaber der gegenwärtigen Tripleentente gleichermaßen erwünscht sei". Der russische Außenminister ging dabei von der Tatsache aus, daß „zwischen Frankreich und England schon einige Schritte zwecks Ausarbeitung möglichst einheitlichen Handelns und genauerer Präzisierung der beiderseitigen Verpflichtungen getan worden" seien, und daß auch Rußland in derselben Richtung arbeiten müsse. Iswolski sprach darauf, nach einem Brief vom 9. April 1914[3]), mit Doumergue, der zusagte, die Bitte zu erfüllen und bestätigte, „daß Frankreich und England nicht durch positive politische Verpflichtungen gebunden sind, daß aber, wenn durch den Verlauf der Ereignisse beide Mächte zu gemeinsamem aktiven Handeln geführt werden, sie sich an die von den Generalstäben ausgearbeiteten technischen Abmachungen halten werden".

Darf man in solchen Abmachungen wahrscheinlich einen Teil der Ergebnisse von Poincarés soeben erwähnter Fahrt nach England erblicken, so erfahren wir andererseits, daß auch bei der beabsichtigten vermehrten Annäherung zwischen Rußland und England abermals der Präsident der französischen Republik die hauptsächliche Vermittlerrolle übernahm. Das wissen wir aus einer geheimen Aufzeichnung[4]), die vom russischen Zaren eigenhändig begutachtet wurde, und am 11. April 1914 an Paléologue, den damaligen französischen Botschafter in Petersburg weitergegeben wurde und die die Frage des anglo-russischen Bündnisses behandelt. Sie enthält folgende Sätze: „Ich erlaube mir, Eure Exzellenz daran zu erinnern, daß Kaiser Nikolaus mir erklärt hat, er wäre dem Herrn Präsidenten sehr dankbar, wenn dieser bei seiner Unterredung mit König Georg die Argumente erwähnt, die nach seiner Meinung die Annäherung in den anglo-russischen Beziehungen fördern."

Die Mitteilung ging zweifellos als Depesche Paléologues nach Paris. Sicher hat sich

[1]) Beilage 21. — [2]) Beilage 25. — [3]) Beilage 26. — [4]) Beilage 27.

Poincaré nicht weniger bereitwillig gezeigt als Doumergue, denn wir kennen ja seinen brennenden Wunsch, die Entente gegen die Mittelmächte immer enger und schlagfertiger zu gestalten.

Poincarés zweiter Besuch in Rußland.

Nach der eben erwähnten geheimen Aufzeichnung vom 11. April 1914 sprach der Zar anläßlich der Bemühungen um ein englisch-russisches Bündnis den Wunsch aus, den Präsidenten der französischen Republik persönlich zu sprechen. Eine erneute Reise Poincarés war auch schon längere Zeit geplant. Aus einer bisher noch unbekannten Depesche Iswolskis vom 5. Januar 1914[1]) geht hervor, daß Poincaré an diesem Tage für den Sommer seinen Besuch ansagte. Allerdings war damals noch nicht vorauszusehen, unter welchen ganz besonderen Umständen die Fahrt schließlich zustandekommen sollte. Denn inzwischen ereigneten sich in Europa die schwerwiegendsten Dinge. Am 28. Juni 1914 war der Erzherzog Franz Ferdinand ermordet worden und die gesamte politische Lage erschien aufs äußerste gespannt. Unter diesen Umständen wurde der Reise auch nach außen hin die größte Bedeutung beigemessen.

In Petersburg war inzwischen abermals ein Wechsel auf der französischen Botschaft eingetreten. Delcassé war durch Paléologue ersetzt worden. Warum dies geschah, läßt sich nicht feststellen, aber beachtenswert erscheinen die Gerüchte, die der belgische Gesandte in Paris nach Hause meldete. Er schrieb am 10. März 1914[2]): „Man behauptet heute, daß Herr Delcassé den Bogen etwas überspannt habe, daß seine Mission mißglückt sei, daß er durch sein Drängen die hohen moskowitischen Kreise verstimmt habe, und daß seine vorzeitige Rückkehr jedenfalls zum Teil auf den geringen Erfolg zurückzuführen sei, den er in Petersburg persönlich gehabt habe." Diese Andeutungen über Delcassés allzu stürmisches Werben um Rußland haben keine absolute Richtigkeit für sich, wenn wir auch bereits mehrmals sahen, daß Rußland für die Steigerung der Freundschaft mit Frankreich ein langsameres Tempo vorzog, als Poincaré und seine Freunde. Paléologue selbst, der am 12. Januar 1914 zum Botschafter in Petersburg ernannt wurde, bezeichnete die Mission seines Vorgängers als eine temporäre. Übrigens gehörte auch der neue Vertreter Frankreichs zur Gesinnungssphäre Poincarés. Er war am 25. Januar 1912 von diesem zum Direktor der politischen Abteilung im Quai d'Orsay ernannt worden und zählte zu dessen engstem Freundeskreise. Schon am 5. Juni 1914, als er in Paris war, um die Einzelheiten für den bevorstehenden Besuch des Präsidenten zu regeln, erklärte er dem Chef des neuen Kabinettes, Viviani, daß der Krieg unvermeidlich sei und trat mit größtem Nachdruck für die Gewinnung der bewaffneten Hilfe Englands und die Einführung der dreijährigen Dienstzeit ein[3]).

Über den Aufenthalt Poincarés in Rußland vom 20. bis 23. Juli 1914 sind uns vorläufig keine Dokumente bekannt. Kein Bericht Sasonows liegt uns diesmal vor. Aber es verdient doch wohl Beachtung, daß das englische Blaubuch (Originalausgabe) in seinem Inhaltsverzeichnis[4]) ein Telegramm des englischen Botschafters in Petersburg vom 24. Juli 1914 verzeichnet und dort von den „Resultaten des Besuches von Poincaré" die Rede ist[5]). Während sich im Text des genannten Berichtes kein Wort über diesen Besuch findet. Hier ist also beim Redigieren des Blaubuches ein kleiner Irrtum unterlaufen. Man hat vergessen, im Inhaltsverzeichnis das zu streichen, was im Text unterdrückt wurde und wir sind dadurch wenigstens in der Lage, schließen zu können, daß sich der Bericht Buchanans über Poincarés Besuch nicht zur Veröffentlichung eignet.

Im übrigen bleiben uns nur die Schilderungen, die Poincaré selbst und Paléologue

[1]) Beilage 22. — [2]) Beilage 24.
[3]) M. Paléologue: La Russie des Tsars pendant la grande guerre. Revue des Deux Mondes vom 15. I. 1922, S. 230/31. — [4]) S. 2. — [5]) „Conversation with Russian Minister for Foreign Affairs respecting results of M. Poincarés visit to St. Petersburgh. Minister for Foreign Affairs and French Ambassador urged that His Majesty's Government should proclaim solidarity with them. Former hoped in any case His Majesty's Government would express strong reprobation of Austro-Hungarian action."

gegeben haben. Sie sind natürlich durchaus unvollständig und gefärbt, aber der Vergleich zwischen beiden läßt manches ahnen, was immerhin gewisse Schlüsse erlaubt.

Nach dem, was bisher vorgefallen ist, erscheint es nicht verwunderlich, wenn der Zar anläßlich des Frühstücks in Peterhof am 20. Juli, das noch vor der Ankunft Poincarés stattfand, zu Paléologue sagte: „... es gibt eine Frage, die mich vor allem beschäftigt: unsere Entente mit England. Wir müssen es veranlassen, in unsere Alliance einzutreten[1])."

Nach der Ankunft von Poincarés Kreuzer „La France" besteigt der Präsident die Yacht des Zaren, „Alexandria", und es kommt zur ersten Unterredung zwischen beiden, wobei nach Poincaré[2]) „nur reichlich allgemeine Erwägungen, und ich bin sogar gezwungen hinzuzufügen reichlich banale, über die Notwendigkeit der Erhaltung unserer Alliance angestellt wurden". Paléologue schreibt[3]) jedoch: „Auf dem Backbord sitzend, begannen der Kaiser und der Präsident sofort eine Unterhaltung, oder besser gesagt, eine Konferenz; denn man kann sehen, daß sie von Geschäften sprechen, daß sie sich gegenseitig fragen, daß sie diskutieren. Wie es sich gehört, dirigiert Poincaré den Dialog. Bald spricht er allein. Der Kaiser stimmt nur zu; aber seine ganze Physiognomie beweist, daß er aufrichtig billigt, daß er Einverständnis und Sympathie fühlt." Ganz gleichgültig scheint also das Gespräch, das geführt wurde, nicht gewesen zu sein. Am Abend des 20. Juli fand dann um ½8 ein Galadiner statt, bei dem der Zar Poincaré wieder zuhört, „mit einer ernsten, gelehrigen Aufmerksamkeit"[4]). Der Präsident hatte also jedenfalls viel zu sagen.

Am 21. Juli vormittags suchte der Kaiser Poincaré im Palais des Peterhofs auf und verweilte beinahe eine Stunde bei ihm. Nach Poincarés eigener Schilderung wurden nur einzelne Fragen besprochen, keineswegs die Möglichkeit eines Krieges[5]). Ganz allgemein wird jedoch weiter vorne[6]) zugegeben, daß der Präsident in seinen Unterredungen mit dem Zaren sich bemühte, die damals herrschenden Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Rußland (wegen Persien) zu beseitigen. Um ½1 Uhr besichtigt Poincaré Petersburg[7]). Um 3 Uhr empfängt der Präsident die Delegierten der französischen Kolonie. Um 4 Uhr sprechen im Winterpalais die Diplomaten bei ihm vor. Die Gespräche mit den einzelnen Vertretern der fremden Länder sind sehr charakteristisch:

Mit dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalés wird kein Wort über Politik gesprochen[8]). Die Besprechung mit dem japanischen Botschafter Baron Motono kennzeichnet Paléologue mit folgenden Worten: „Mit einigen Sätzen wurde das Prinzip des Anschlusses an die Tripleentente formuliert und gegenseitig gebilligt." Dem Engländer Buchanan versicherte Poincaré, „daß der Kaiser entschlossen ist, sich möglichst versöhnlich hinsichtlich der persischen Angelegenheit zu zeigen und er dringt darauf, daß die englische Regierung endlich die Notwendigkeit einer Umwandlung der Tripleentente in eine Triplealliance begreift". Hierauf folgt bei Paléologue[9]) die sehr interessante Schilderung der Unterredung zwischen Poincaré und dem Botschafter von Österreich-Ungarn, dem Grafen Szapary: „Nach einigen Worten des Bedauerns über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand fragt der Präsident Szapary: ‚Haben Sie Nachrichten von Serbien?' ‚Die gerichtliche Untersuchung nimmt ihren Lauf', antwortet kühl Szapary. Poincaré erwidert: ‚Die Ergebnisse dieser Untersuchung können nicht umhin, mich zu beunruhigen, Herr Botschafter; denn ich erinnere mich zwei früherer Untersuchungen, die Ihre Beziehungen zu Serbien nicht gebessert haben... Sie erinnern sich, Herr Botschafter... die Angelegenheit Friedjung und die Angelegenheit Prochaska.' Szapary entgegnet trocken: ‚Wir können nicht dulden, Herr Präsident, daß eine fremde Regierung auf ihrem Territorium Attentate gegen unsere Souveräne vorbereiten läßt.' Im versöhnlichsten Ton bemüht sich Poincaré, ihm auseinanderzusetzen, daß bei der jetzigen geistigen Verfassung Europas alle Regierungen ihre Vor-

[1]) Paléologue, l. c. S. 232. — [2]) R. Poincaré: Les Origines de la Guerre. La Revue de la Semaine illustrée No. 10 vom 11. III. 1921, S. 137. — [3]) Paléologue, l. c. S. 234. — [4]) Paléologue, l. c. S. 235. — [5]) Poincaré, l. c. S. 137/38. — [6]) Poincaré, l. c. S. 136. — [7]) Paléologue, l. c. S. 236. — [8]) Paléologue, l. c. S. 237. — [9]) Paléologue, l. c. S. 238.

sicht verdoppeln müssen. ‚Mit ein wenig gutem Willen läßt sich diese serbische Angelegenheit leicht regeln. Aber leicht wird sie sich auch gefährlich entwickeln. Serbien hat sehr warme Freunde im russischen Volk. Und Rußland hat einen Allierten, Frankreich. Welche Verwicklungen sind da zu befürchten!' Im Saale nebenan warten die anderen ausländischen Vertreter, die Poincaré bloß durch einen Händedruck begrüßt. Nur vor dem serbischen Minister, Spalaikowitsch, bleibt er stehen, den er mit zwei oder drei Sätzen der Sympathie tröstet[1])."

Wir erhalten hier doch allerhand Aufschlüsse, die auf das Auftreten Poincarés ein Licht werfen. Auf der einen Seite beobachten wir sein Streben, Japan für die Entente zu gewinnen und seine Ungeduld, mit der er versucht, England an das französisch-russische Bündnis zu fesseln. Hier begegnen wir somit der Fortsetzung seiner bisher mit eiserner Konsequenz durchgeführten Arbeit an der Isolierung und Umzingelung der Mittelmächte. Auf der anderen Seite sehen wir die seltsame Stellungnahme des Präsidenten zu der akuten Frage des Tages, zu dem Konflikt zwischen Österreich und Serbien wegen der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, seine offene Drohung an den Vertreter Österreich-Ungarns und seine Sympathiekundgebung für den Serben. Poincaré selbst berichtet darüber nicht, Paléologue plaudert also aus der Schule und verrät uns, in welchem Sinne Poincaré in Petersburg angesichts der äußerst gefährlichen Krise wirkte.

Aber Paléologue erzählt noch mehr. Poincaré behauptet in seinen Schilderungen, während seiner Anwesenheit in Rußland habe niemand an die Möglichkeit eines Krieges gedacht. Man vergleiche damit die Worte, mit denen die Großfürstinnen Anastasia und Melitza, die beiden Montenegrinerinnen, den französischen Botschafter auf dem Diner begrüßten, das Nikolai Nikolajewitsch am 22. Juli zu Ehren Poincarés gab. Sie riefen ihm begeistert zu: „Wissen Sie auch, daß wir historische Tage erleben, heilige Tage!... Morgen bei der Truppenschau werden die Kapellen nur den Marche Lorraine und Sambre et Meuse spielen... Ich habe heute von meinem Vater ein Telegramm in vereinbarter Chiffre erhalten; er kündigt mir an, daß wir vor Ende des Monats Krieg haben werden... Welcher Held, mein Vater... Er ist der Ilias würdig... Warten Sie, betrachten Sie diese Bonbonniere, die mich niemals verläßt; sie enthält Erde aus Lothringen, ja, Erde aus Lothringen, die ich jenseits der Grenze mitgenommen habe, als ich vor zwei Jahren mit meinem Gemahl in Frankreich war. Und dann betrachten Sie noch dort den Ehrentisch; er ist bedeckt mit Disteln und ich wollte nicht, daß dort andere Blumen sein sollten. Nun gut! Es sind Disteln aus Lothringen. Ich habe einige Stengel auf dem naheliegenden Territorium gepflückt, ich habe sie hierher mitgebracht und die Samen in meinem Garten säen lassen... Melitza sprich noch mit dem Botschafter; sage ihm alles, was dieser Tag für uns bedeutet, während ich den Kaiser empfangen werde...' Während des Essens sitze ich links von der Großfürstin Anastasia. Und der Dithyrambus wird fortgesetzt, unterbrochen von Prophezeiungen. ‚Der Krieg wird ausbrechen... es wird von Österreich nichts übrigbleiben... Sie werden Elsaß-Lothringen zurücknehmen... Unsere Heere werden sich in Berlin vereinigen... Deutschland wird vernichtet sein...' Dann plötzlich: ‚Ich muß mich mäßigen, denn der Kaiser sieht mich an.'"

Die Worte, die hier wiedergegeben werden, zeigen, welche Stimmung in jenen Tagen in Rußland herrschte. Es ist richtig, daß am 23. Juli, bei der großen Truppenschau, die zu Ehren Poincarés im Krasnoje-Selo abgehalten wurde, die Infanterie unter den Klängen des Marche de Sambre et Meuse und Marche Lorraine vorbeidefilierte. Das Lehrreichste bleibt das Telegramm des König Nikolaus, von dem die Großfürstin spricht, und das schon am 22. Juli mit Sicherheit den Krieg voraussagte, obwohl damals Österreichs Ultimatum an Serbien noch nicht überreicht und noch nicht bekannt war. Wie gut aber Poincaré die kampfesfreudige Stimmung auszunützen wußte, beweist sein Abschiedstoast am 23. Juli, der in den Satz ausklang: „Die beiden Länder haben das gleiche Ideal eines Friedens in Kraft, Ehre und Würde[2])!" und Paléogue fügt hinzu: „Die letzten Worte, die zu hören man wirklich nötig hatte, entfesselten einen Sturm des Beifalls.

[1]) Paléologue, l. c. S. 239. — [2]) Paléologue, l. c. S. 245.

Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, die Großfürstin Anastasia, der Großfürst Nikolai Michailowitsch warfen mir flammende Blicke zu."

Diese Szene verdient deshalb hervorgehoben zu werden, weil sie mit großer Anschaulichkeit zeigt, wie Poincaré von den Anhängern des Krieges als Gesinnungsgenosse verstanden wurde, wenn er in kluger Berücksichtigung der ängstlichen Vorsicht des Zaren angeblich vom Frieden sprach. Den Zaren zu beeinflussen und mutig zu machen, war zweifellos eine Hauptaufgabe seines Besuches, der sich der Präsident bis zur letzten Minute seiner Anwesenheit mit Energie und Ausdauer widmete. Denn noch unmittelbar vor der Abfahrt hatte er mit dem Monarchen auf der Kommandobrücke der „La France" ein Gespräch unter vier Augen, dessen Inhalt uns bis heute nicht bekannt ist, dessen Zweck wir aber ahnen können, denn Nikolaus II. hat selbst nach dem Matin vom 26. August 1915, ungefähr ein Jahr später, zu Jean Cruppi gesagt: „Ich halte mir immer im Geiste die kraftvolle Sprache gegenwärtig, die der Präsident der Republik im Augenblick, als er Rußland verließ, mir gegenüber führte[1])."

Einzelheiten über die Abmachungen, die Poincaré in Rußland traf, wissen wir nicht, aber schon aus dem wenigen, was Paléologue über die äußeren Vorgänge berichtet, gewinnen wir das deutliche Gefühl, daß der einstige französische Botschafter in Petersburg, Georges Louis, recht hatte, wenn er bereits im Mai 1914 Caillaux versicherte, „daß die Reise nach St. Petersburg, die der Präsident der Republik für den nächsten Juli vorhat, folgenschwanger sein muß"[2]).

Poincaré und der Kriegsausbruch.

Während Poincaré an Bord des Kreuzers „La France" die Ostsee überquerte, erhielt er am 24. Juli 1914 die Nachricht von dem österreichischen Ultimatum an Serbien. Hierauf sandte sein Reisebegleiter, der französische Außenminister Viviani, nach London und Petersburg ein Telegramm, dessen Inhalt nach Poincarés eigenen Worten[3]) folgende vier Punkte enthielt: „1. Daß Serbien alle Genugtuung anbieten solle, die mit seiner Ehre und Unabhängigkeit vereinbar waren. 2. Daß es eine Verlängerung der Frist von 24 Stunden, innerhalb deren Österreich Antwort verlangte, erbitten solle. 3. Daß England, Rußland und Frankreich sich verständigen sollten, diese Bitte zu unterstützen. 4. Daß die Tripleentente untersuchen solle, ob es nicht möglich sei, die österreichisch-serbische Enquete durch eine internationale zu ersetzen." Vorher, um 1 Uhr morgens, war ein Telegramm von Viviani[4]) nach Paris abgegangen, das die Mitteilung enthielt, daß der französische und der russische Außenminister bei ihrer Unterredung die Gefahren ins Auge gefaßt hätten, „die aus einem etwaigen Schritt Österreich-Ungarns bei Serbien aus Anlaß des Attentates ... entstehen könnten". „Wir begegneten uns", so heißt es weiter, „in der Auffassung, daß nichts unterlassen werden dürfe, um einer Forderung von Erklärungen oder irgendeiner Zumutung vorzubeugen, die einem Eingriff in die inneren Verhältnisse Serbiens gleichkäme und die dieses als eine Antastung seiner Souveränität und seiner Unabhängigkeit ansehen könnte." Diese Depesche war zur Weitergabe an den französischen Botschafter in Wien bestimmt und enthielt für ihn noch die Weisung, sich „mit den Botschaftern Rußlands und Englands ins Einvernehmen zu setzen und sich mit ihnen über das beste Mittel zu verständigen, um, jeder für sich, unverzüglich dem Grafen Berchtold die Ratschläge zur Mäßigung zu erteilen, die uns die gegenwärtige Situation zu erheischen scheint".

Die zeitlich frühere Depesche, die übrigens nebenbei auch zeigt, daß man dem drohenden Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zur Zeit von Poincarés Aufenthalt in Petersburg nicht so ratlos gegenüberstand, wie Poincaré selbst es in seiner Schilderung glauben machen möchte, ergriff also im voraus stark Partei für Serbien und veranlaßte den französischen Botschafter in Wien zu einem Schritt in diesem Sinne. Was aber im Hinblick auf die Gesamtlage als besonders wichtig erscheint,

[1]) Les Origines de la guerre. Lettres à la Ligue des Droits de l'Homme, Paris 1921, S. 37. — [2]) Caillaux, Meine Gefangenschaft, Basel-Leipzig 1921, S. 88/89.
[3]) Revue de la Semaine illustrée, Heft 10, S. 144. — [4]) Beilage 30.

ist der Plan eines zwar getrennt zu unternehmenden, aber dem Inhalte nach gleichgerichteten Vorgehens der Vertreter der drei Ententeländer. Dieser letztere Gedanke wird in der zweiten Depesche, die Poincaré leider nur in kurzem Auszug gibt, noch viel deutlicher vertreten. Denn hier regt Viviani, der dabei wohl sicher vom Präsidenten beraten wurde, einen gemeinsamen Schritt der Ententemächte zugunsten Serbiens an. Wir begegnen auf solche Weise wieder einmal jenem Verfahren, das Poincaré immer anzuwenden suchte, sobald sich der politische Himmel verdüsterte, nämlich dem Streben, die Ententemächte geschlossen in einer diplomatischen Aktion den Mittelmächten gegenüberzustellen, und wir erinnern uns, daß ihm schon 1912 anläßlich des türkisch-italienischen Konfliktes von russischer Seite entgegengehalten wurde, eine solche Methode, die Europa in zwei Lager spaltet, sei eher dazu angetan, den Frieden zu gefährden, als ihn zu fördern. Nun beschreitet der Präsident den gleichen Weg, den damals der Außenminister zu gehen versuchte, und wir können daraus entnehmen, daß er schon im ersten Augenblick darauf bedacht war, die Lage zu verschärfen. Was hinter seinem Vorschlag des gemeinsamen diplomatischen Vorgehens letzten Endes stand, erfahren wir eindeutig genug aus jenem Berichte des englischen Botschafters in Petersburg vom 24. Juli[1]), dessen erster Teil über den Besuch des französischen Präsidenten in Rußland uns, wie wir sahen, das englische Blaubuch verschweigen zu müssen glaubt. Dort heißt es nämlich, Sasonow habe in einer gemeinsamen Unterredung mit Buchanan und Paléologue gesagt, er hoffe, daß die englische Regierung „nicht verfehlen werde, sich mit Rußland und Frankreich solidarisch zu erklären". Und im Anschluß hieran lesen wir: „Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich im Notfalle alle Verpflichtungen erfüllen würde, die sein Bündnis mit Rußland umschließe." Das war also die Marschroute, die man während des Präsidentenbesuches in Rußland vereinbart hatte. Sie ist uns nicht neu, denn sie gleicht ganz Poincarés Programm bei früheren Anlässen.

Leider haben wir nicht die Möglichkeit, die Arbeit des Präsidenten in den nächsten höchst kritischen Tagen zu verfolgen, denn er befand sich während derselben teils in Stockholm zu einem Besuche beim König von Schweden, teils an Bord der „La France" und traf erst am 29. Juli in Frankreich ein. Wir wissen nur, daß Grey seinen Vorschlag einer gemeinsamen Ententeaktion nicht befolgte, sondern demgegenüber wollte, die vier nicht interessierten Mächte: England, Frankreich, Deutschland und Italien sollten versuchen, auf Österreich und Rußland einzuwirken, was ja von einem geschlossenen Vorgehen der Ententeländer nur in Wien weit verschieden war. Vielleicht hat gerade dieser Umstand den Präsidenten der Republik zunächst zu einem vorsichtigen Schweigen veranlaßt. Daß es ihm dabei nicht wohl zumute war, können wir aus Erzählungen von Augenzeugen schließen, die Gelegenheit hatten, sein Gebaren in Stockholm zu beobachten. Sie bezeugen, daß Poincaré ungeheuer nervös und unruhig gewesen sei. Der Grund zu seiner Sorge war, wie wir alsbald erkennen werden, die Angst um den Anschluß Englands.

Nach Poincarés Ankunft in Paris konnte man natürlich erst zum richtigen Handeln übergehn. Schon am 29. Juli[2]) konnte Iswolski, der inzwischen gleichfalls aus Petersburg auf seinen Posten zurückgekehrt war, seinem Außenminister melden: „Viviani hat mir soeben die volle Entschlossenheit der französischen Regierung bestätigt, im Einvernehmen mit uns zu handeln." Daß das zweideutige Wort „handeln" nicht nur für das Gebiet der diplomatischen Aktion gemeint war, beweist eine Depesche Sasonows an Iswolski vom gleichen Tage[3]), worin zunächst betont wird, daß Rußland Deutschlands Wunsch, seine Rüstungen einzustellen, nicht erfüllen könne, und dann wörtlich gesagt wird: „Haben Sie die Güte, die französische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, und ihr zugleich unseren aufrichtigen Dank für die mir in ihrem Namen vom französischen Botschafter abgegebene Erklärung auszusprechen, daß wir in vollem Maße auf die Unterstützung Frankreichs, als unseren Verbündeten rechnen können. Unter den jetzigen Umständen ist diese Erklärung für uns von besonderem Wert." Nach Poincaré[4]) sandte Viviani am 29. Juli ein Telegramm an Paléologue, in welchem

[1]) Beilage 31. — [2]) Beilage 32. — [3]) Beilage 33. — [4]) Revue de la Semaine illustrée, Heft 11, S. 253.

er erklärte, „daß Frankreich bereit sei, die Verpflichtungen des Bündnisses zu erfüllen". Die Antwort hierauf war die eben erwähnte Depesche Sasonows. Das Telegramm an Paléologue enthielt aber noch einen Rat, der sehr zweideutig lautet: „Ich bin jedoch", so drückte sich Viviani laut Poincaré aus, „der Ansicht, daß es oportun wäre, wenn Rußland bei den Maßnahmen der Vorsicht und der Verteidigung, zu denen es schreiten zu müssen glaubt, nicht unmittelbar irgendeine Disposition träfe, die Deutschland den Vorwand für eine totale oder teilweise Mobilisierung seiner Kräfte bietet." Diese Mitteilung ist deswegen interessant, weil sie auch in das alte Programm Poincarés für einen eventuellen Kriegsausbruch paßt. Erinnert sie doch Rußland daran, daß Deutschland in den Augen der Welt nicht als der Angegriffene dastehen dürfte. So hatte sich ja Poincaré bereits 1912 anläßlich seines ersten Besuches in Petersburg Sasonow gegenüber geäußert. Seither waren noch gewichtige Gründe eingetreten, um besonders streng an dieser Methode festzuhalten und damit nähern wir uns wieder dem Hauptgesichtspunkte, der damals die Haltung des französischen Präsidenten bestimmte, nämlich der Sorge um die Teilnahme Englands am Krieg. Gleichfalls im Jahre 1912, als infolge der Balkanwirren die Lage höchst gespannt war, berichtete die russische Botschaft in London an Sosonow. England könne für einen Krieg unter zwei Bedingungen zum Mitmachen gewonnen werden: 1. müsse der Krieg durch ein aktives Eingreifen Frankreichs zu einem allgemeinen werden, 2. müsse die Verantwortung für den Angriff auf den Gegner (d. h. auf die Mittelmächte) fallen[1]).

Wir werden gleich sehen, wie eifrig man in Frankreich daran arbeitete, diese Bedingungen herbeizuführen. Das „aktive Eingreifen Frankreichs" war ja bereits zugesagt. Am 30. Juli weiß Viviani, wie aus einem Telegramm an seine Botschafter in Petersburg und London[2]) hervorgeht, daß man infolge der russischen Rüstungen „den nahen Ausbruch des Krieges ins Auge fassen" müsse. Und er bestätigt nochmals: „Frankreich ist entschlossen, alle seine Bündnispflichten zu erfüllen." Am gleichen Tage aber bemüht er sich um die Erzielung der zweiten Bedingung, d. h. um den Nachweis, daß der Gegner der Angreifer ist. Er beauftragt seinen Botschafter in London[3]), Grey darauf aufmerksam zu machen, daß „die französischen Truppen in einem Abstand von 10 Kilometern von der Grenze zurückgehalten" werden und auch sonst Frankreichs militärische Maßnahmen hinter den deutschen zurückstehen. „England wird daraus ersehen, daß Frankreich, wenn es auch entschlossen ist, nicht diejenige Macht ist, die Angriffsmaßnahmen trifft."

Hand in Hand damit eröffnet der Präsident der Republik eine lebhafte Aktion, um England dazu zu bewegen, sich öffentlich auf seiten Rußlands und Frankreichs zu stellen. Er verlangt dies in schlauer Berechnung unter dem Vorwand, daß durch einen solchen Schritt allein noch der Friede erhalten bleiben könne. So sagt er ebenfalls am 30. Juli nach einer Meldung des englischen Botschafters in Paris[4]) zu diesem, er sei „überzeugt, daß der Friede in den Händen von Großbritannien liegt. Wenn Seiner Majestät Regierung ankündige, daß im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland aus Anlaß der jetzigen Streitigkeiten zwischen Österreich und Serbien England Frankreich zu Hilfe kommen werde, so werde kein Krieg sein, da Deutschland dann seine Haltung ändern werde".

Es ist inzwischen unwiderleglich festgestellt worden, daß der Befehl zur allgemeinen russischen Mobilmachung am 30. Juli erging. Wir wissen nicht, ob Poincaré davon unterrichtet war, aber wir können feststellen, daß am 31. Juli sein Werben um England immer stürmischer wurde. An diesem Tage sandte er durch einen besonderen Boten einen Brief an den König von England, dessen Text er uns selbst mitgeteilt hat[5]). Darin betont er zunächst wieder, daß Frankreich entschlossen sei, bis zum Äußersten alles zu tun, was von ihm abhänge, um den Frieden zu erhalten, und weist abermals auf die Vorsicht der militärischen Maßnahmen hin. Hierauf schreibt er, der Krieg sei unvermeidlich, wenn Deutschland die Gewißheit habe, daß die englische Re-

[1]) B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. S. 588. — [2]) Beilage 34. — [3]) Beilage 35. — [4]) Beilage 36. — [5]) Revue de la Semaine illustrée, Heft 11, S. 266.

gierung in einem Konflikt, bei dem Frankreich engagiert sei, nicht intervenieren werde und er fordert daher in bewegten Worten England auf, sich zu erklären. In London verstand man, was Poincaré meinte, denn die Antwort des Königs Georg fiel ausweichend aus und hob in erster Linie die englischen Friedensbemühungen hervor. Es galt also für Paris, weiterhin vorsichtig zu sein, um England womöglich doch zum Handeln zu bewegen.

In dieser Hinsicht ist eine kürzlich zum erstenmal vollständig mitgeteilte Depesche Iswolskis an Sasonow vom 1. August höchst lehrreich[1]). Wir kannten die Unterredung, auf der sie fußt, bisher nur nach der Version von Poincaré selbst und diese lautete: „In der Nacht (vom 31. Juli bis 1. August) gegen ½12 Uhr stellte sich Herr Iswolski sehr aufgeregt im Elysée ein und teilte mir die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland mit. Er hatte die Order, mich zu fragen, was Frankreich tun werde. „Die Regierung", sagte ich ihm, „wird darüber beraten. Ich zweifle nicht daran, daß sie bereit sein wird, die Kammern zu bitten, die Verpflichtungen zu erfüllen, die uns das Bündnis auferlegt. Aber bestehen Sie nicht darauf, daß das französische Parlament den Krieg sofort an Deutschland erklärt. Einerseits haben wir ein Interesse daran, daß unsere Mobilisation vor dem Beginn der Feindseligkeiten soweit wie möglich gefördert ist, weil es späterhin gefährlich sein könnte, andererseits wäre es besser, wenn wir nicht dazu schreiten müßten, das Bündnis durchzuführen und den Krieg zu erklären. Wenn Deutschland ihn uns selbst erklärt, wird sich das französische Volk mit noch mehr Feuer erheben, um seinen Boden und seine Freiheit zu verteidigen[2])." Nach Iswolski lauteten die Äußerungen Poincarés etwas anders. Danach erklärte der Präsident „in der kategorischsten Weise, daß sowohl er selbst, wie auch der Ministerrat fest entschlossen seien, die Frankreich durch den Bündnisvertrag auferlegten Verpflichtungen auf das genaueste zu erfüllen". Doch meinte er, aus Rücksicht auf die Konstitution und „aus Erwägungen, die hauptsächlich England betreffen, wäre es besser, wenn die Kriegserklärung nicht von seiten Frankreichs, sondern Deutschlands erfolgte". Wir kennen „die Erwägungen, die hauptsächlich England betreffen", und wir sehen, wie kaltblütig Poincaré bis zuletzt an ihnen festhielt.

Noch ein zweites Dokument beweist uns dies. Es handelt sich um die Depesche Iswolskis vom 1. August 1914, die im russischen Orangebuch (unter Nr. 75) angeführt ist. Doch ist dort nicht der ganze Text wiedergegeben, sondern nur die erste Hälfte, in der es heißt, daß der österreichische Botschafter in Paris in den letzten Tagen Viviani und Poincaré gegenüber versichert habe, Österreich wolle den territorialen Bestand und die souveränen Rechte Serbiens respektieren, dies sei aber mit Vorbedacht von Rußland verschwiegen worden, was Iswolski als vollkommenste Lüge bezeichnete. In der vollständigen Fassung der Depesche[3]), lautet jedoch der letzte Satz: „Auf meine Bemerkung, daß das vollkommenste Lüge sei, antwortete Poincaré, daß Österreich gleiche Erklärungen in London abgegeben habe, wo sie einen sehr gefährlichen Eindruck machen könnten, deshalb müßte man sie auch dort widerlegen." In welchem Sinne derartige Erklärungen in London „gefährlich" werden konnten, versteht man nach dem bisher Gesagten ohne weiteres. Es ist klar: Poincaré war längst zum Kriege entschlossen, aber der Ausbruch mußte so arrangiert werden, daß Frankreich als der angegriffene Teil dastand.

Die Politik Poincarés hat ihre Früchte getragen und mit Recht schrieb sein Freund Cobrat am 14. Dezember 1918 in der Zeitung L'Opinion: „Metz und Straßburg sind wiedergefunden; das ist nicht nur das herrliche Werk unserer Soldaten, der lebenden und toten, der toten noch mehr als der lebenden — das ist das Ergebnis einer Politik... Herr Raymond Poincaré hat sie gemacht mit einer geschickten Ausdauer, die, wenn es nötig war, die Begleiterscheinungen der Hauptsache, die Mittel zum Zweck, die Menschen an der Arbeit heiligte[4])."

[1]) Sie wird in der soeben erschienenen, für die Klärung der Schuldfrage äußerst wertvollen Schrift: „Die Fälschungen des russischen Orangebuches", herausgegeben von Romberg (Vereinigung wissenschaftl. Verleger, Berlin) mitgeteilt. Beilage 37. — [2]) Revue de la Semaine illustrée Heft 11, S. 273. — [3]) Beilage 38. — [4]) Les Origines de la guerre, Société d'Etudes Documentaires et Critique sur la guerre. Paris 1921, S. 57.

Zusammenfassung.

Das eingehende Studium der alten und neuen Dokumente über Poincarés Politik während der Jahre 1912, 1913 und 1914, wie sie hauptsächlich im vorigen Poincaréheft und dem gegenwärtigen niedergelegt sind, führt in großen Zügen zu folgenden Ergebnissen:

Als der Lothringer Raymond Poincaré als Ministerpräsident und Außenminister die Geschicke Frankreichs in die Hand nahm, fand er als Folge der Agadirkrisis im eigenen Lande eine gegen Deutschland aufgebrachte Stimmung vor. Er tat, obwohl Frankreich aus dem Streit um Marokko als Sieger hervorgegangen war, nichts, um diese Stimmung zu beruhigen; sein ganzes Streben ging vielmehr dahin, auf den Haß gegen den deutschen Nachbarn eine Politik aufzubauen, die den europäischen Krieg gegen die Mittelmächte ermöglichen sollte. Erst bemühte er sich, Deutschland-Österreich beim Konflikt zwischen Italien und der Türkei völlig isoliert zu halten. Dann ging er in bewußter Absicht dazu über, die Entente intimer als bisher zu gestalten und für den bewaffneten Zusammenstoß vorzubereiten. Unter ihm kam die französische Marinekonvention mit Rußland zustande. Und auch zu seiner Zeit wurden die geheimen, jährlichen Abmachungen der französisch-russischen Generalstäbe getroffen, die eine Offensive gegen Deutschland-Österreich bis in alle Einzelheiten vereinbarten. Schon während der Balkankrise im Herbst 1912 glaubte Poincaré am Ziele zu sein. Er hoffte damals bereits, den europäischen Brand vorbereiten zu können und war „bestürzt", als der russische Bundesgenosse zu jener Zeit vor dem Äußersten zurückzuckte. Poincarés Stunde war noch nicht gekommen, aber die Zeit arbeitete für ihn, weil er sie vortrefflich zu nutzen verstand.

Zum Präsidenten der französischen Republik erwählt, setzte er seine unheimliche Tätigkeit, die der Franzose Léon Blum einmal die des Totengräbers von Europa genannt hat, mit verdoppelter Energie fort. Auf der einen Seite schürte er unabläßlich den Haß des französischen Volkes gegen das deutsche, um so bei sich daheim die nötigen Maßnahmen für das ersehnte Losschlagen treffen zu können, die in der Einführung der dreijährigen Dienstzeit gipfelten. Auf der anderen Seite trieb er die befreundete Macht im Osten mit Ungeduld an, alle Schritte zu tun, die für eine glatte Durchführung des Angriffes auf Mitteleuropa noch nötig waren. Er sandte seinen Freund und Gesinnungsgenossen Delcassé nach Petersburg, um durch ihn dort den Bau von strategischen Eisenbahnen durchdrücken zu lassen. Zugleich wußte er England immer enger in das Netz der militärischen Kriegsvorbereitungen zu verstricken.

Nachdem das Attentat von Serajewo verübt worden war, reiste er bekanntlich nach Petersburg und es gelang ihm dort, im geschickten Zusammenspiel mit den russischen Kriegshetzern vom Stile eines Nikolaj Nikolajewitsch, beim Zaren die letzten Bedenken gegen das Blutvergießen zu beseitigen. Und dann, als sich die schwersten Gewitterwolken am politischen Horizonte auftürmten, krönte er sein Werk, indem er durch ein furchtbar-geschmeidiges Spiel auf Mitglieder des englischen Kabinetts einwirkte und es dahin brachte, daß auch das englische Volk in den beginnenden Kampf verwickelt wurde, und so der europäische Brand sich zu einem Weltbrand ausdehnen konnte. Während er Rußland durch unumschränkte Zusage der französischen Waffenhilfe mit höchstem Eifer zum Handeln antrieb, täuschte er England seine Friedensliebe vor, um so Deutschland als den Angreifer hinzustellen, und der britischen Regierung die Formel für das Eingreifen in die Hand zu spielen. Seine verhängnisvolle Tatkraft erzielte den gewünschten Erfolg. Die Weltkatastrophe vom August 1914 nahm ihren Anfang.

Die Tatsachen, die durch Dokumente belegt sind, sprechen für sich selbst. Wenn Poincaré heute mit einer ans Groteske streifenden Erregung immer aufs neue den Schuldspruch des Gewaltfriedens von Versailles wiederholt, der Deutschland das Verbrechen aufbürdet, so weiß der Kenner, daß dies aus einem wachsenden Erschrecken vor dem allmählichen Anmarsch der Wahrheit geschieht. Der Schrei des Zornes ist

zugleich der der Angst. Poincaré beruft sich bei seiner gewaltsamen Flucht vor der eignen Verantwortung auf die seltsamsten Zeugen. Er beschwört den Geist des Leutnant Mayer herauf, der angeblich als erster Deutscher auf französischem Boden gefallen ist, und führt den Brief eines deutschen Konsuls Wunderlich in Basel an, der sich nach dem Verbleib dieses Mayer erkundigt habe. Soll dadurch die blutige Arbeit des französischen Außenministers von 1912 und des Präsidenten von 1913 und 1914 widerlegt werden? Aber wenn nichts mehr fruchtet, dann erinnert derselbe Poincaré daran, daß 27 Nationen den Frieden von Versailles unterschrieben und damit auch die Verurteilung Deutschlands entschieden haben. Das ist richtig. Aber es gilt dabei nur eine Kleinigkeit zu bedenken: Das Urteil der Geschichte kennt keine Majoritätsbeschlüsse. Es kennt nur eine einzige Stimme, die allerdings oft sehr langsam zur Herrschaft gelangt: die der Wahrheit. Und sie ist auf die Dauer unwiderstehlich. Heute schon können wir mit ruhiger Gewißheit sagen: Sie ist erwacht, diese Stimme der Wahrheit, sie hat ihren unbeirrbaren Weg durch die Welt begonnen. Wir werden ihr dienen, bis sie gesiegt hat.

Beilagen: Ein Dokumentenbrevier für Herrn Poincaré.

Neu. Beilage 1: Privatbrief Iswolskis an Sasonow, vom 3./16. Januar 1913.

Zehn Tage muß ich bereits wegen eines starken Grippeanfalles das Bett hüten. Die hohe Temperatur und verschiedene Komplikationen haben mich derart erschöpft, daß ich nicht mehr imstande bin, die Geschäfte zu führen und es für nötig befunden habe, sie Sewastopoulo zu übergeben. Heute ist mir besser, und ich hoffe, in ein paar Tagen wieder auf zu sein. Aber der Arzt verlangt, daß ich wenigstens auf ein paar Tage nach dem Süden Frankreichs fahre, ehe ich mich wieder an die Arbeit mache. Ich werde Ihnen hierüber telegraphieren.

Morgen finden die Präsidentenwahlen statt. Wenn, was Gott verhüten möge, Poincaré eine Niederlage erleiden sollte, so wird dies für uns eine Katastrophe sein, denn es wird die Ära Combes usw. beginnen.

Über die Geschäfte schreibt ausführlich Sewastopoulo. Unsere herzlichsten Glückwünsche Ihnen und Ihrer Gemahlin zum neuen Jahre!

Neu. Beilage 2: Telegramm Sewastopoulos an Sasonow vom 7./20. Januar Nr. 22.

Poincaré sagte mir heute, wie tief ihn das huldvolle Telegramm des Kaisers gerührt habe, ebenso wie die Telegramme Eurer Exzellenz, des Staatssekretärs Kokowzew und anderer Würdenträger und Persönlichkeiten. **In Rußland — führte er aus — hat man ganz richtig in meiner Wahl eine neue Bürgschaft der Festigkeit unseres Bündnisses erblickt; meine Wahl selbst bedeutet die Billigung meiner Politik eines engen Einvernehmens mit Rußland.** Heute oder morgen — sagte er — wird er die Führung des Außenministeriums seinem Nachfolger, wahrscheinlich M. Jonnart, übergeben, welcher lange Zeit Generalgouverneur von Algier war und den Poincaré als einen sehr befähigten und für die Führung der auswärtigen Angelegenheiten gut vorbereiteten Menschen bezeichnete. Übrigens wird er beständig seine, Poincarés, Ratschläge erhalten, da Poincaré nicht die Absicht hat, Paris bis zum Antritt der Präsidentschaft zu verlassen. Ebenso wird er von den Ratschlägen des neuen Ministerpräsidenten Briand unterstützt werden; der letztere, sagte mir Poincaré, ist im Laufe des letzten Jahres von allen Vorgängen im Ministerium des Auswärtigen unterrichtet worden und kennt die Geschäfte, als ob er selbst an der Spitze dieses Ressorts stände.

Neu. Beilage 3: Telegramm Sewastopoulos an Sasonow vom 10./23. Januar. Nr. 28.

Der neue Außenminister Jonnart hat gestern unsern Botschafter, der sich immer noch nicht erholt hat, besucht, und ihm erklärt, er **beabsichtige, die Politik seines Vorgängers genau weiter zu befolgen** — nämlich eine Gemeinschaft mit Rußland und England.

Beilage 4: Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 16./29. Januar 1913. Nr. 40.

Soeben hatte ich eine lange Unterredung mit **Poincaré, der sich zu mir dahin äußerte, daß er in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik auf die Außenpolitik Frankreichs direkten Einfluß habe und es nicht versäumen werde, sich dieses Einflusses zu bedienen,** um im Laufe der nächsten sieben Jahre die Unveränderlichkeit einer auf dem engen Bündnis mit Rußland aufgebauten Politik sicherzustellen. Er sprach hierbei die Hoffnung aus, daß wir uns auch fernerhin oft sehen würden, und bat mich, in allen mir notwendig erscheinenden Fällen mich direkt an ihn zu wenden. In bezug auf die Tagesfragen wiederholte er mir ungefähr dasselbe, was ich bereits gestern von Jonnart hörte. **Seinen Worten zufolge ist es der französischen Regierung von äußerster Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung auf die Beteiligung Frankreichs an einem durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufenen Krieg vorzubereiten.** Daher bittet uns die französische Regierung, keinerlei Einzelhandlungen zu unternehmen, „die solchen Krieg ohne vorausgegangenen Meinungsaustausch mit Frankreich hervorrufen könnten".

[Berliner Tageblatt, 31. Dezember 1921, Nr. 604, Ausgabe A Nr. 305.]

Beilage 5: Schreiben Iswolskis an Sasonow vom 30. Januar 1913.

Wie Ihnen aus meinen Telegrammen bekannt ist, habe ich am 15. und 16. d. M., nachdem ich mich von einem dreiwöchigen schweren Unwohlsein erholt hatte, lange Unterredungen mit dem neuen Außenminister Herrn Jonnart und mit Herrn Poincaré gehabt, der erst vor kurzem zum Präsidenten der Republik gewählt worden ist. **Der in den obersten Regierungskreisen Frankreichs eingetretene Wechsel hat für uns zweifellos sehr vorteilhafte Seiten. Die Wahl des Herrn Poincaré auf den höchsten Posten der Republik bedeutet einen entscheidenden Sieg der gemäßigten politischen Elemente über den äußersten Radikalismus, der sich Rußland und dem französisch-russischen Bündnis gegenüber stets feindlich verhalten hat. Die Energie und Entschlossenheit des Herrn Poincaré bürgen uns dafür, daß dieser in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik sich nicht damit begnügen wird, wie Herr Fallières, eine rein passive und sozusagen dekorative Rolle zu spielen, sondern mit allen Kräften und zu jeder Stunde auf den Gang der französischen Politik, hauptsächlich auf das auswärtige Gebiet, einwirken wird.** Der Text der Verfassung wie auch der durch die Praxis herausgearbeitete Staatsmechanismus geben dem Einfluß des Präsidenten der Republik viel mehr Spielraum als gewöhnlich geglaubt wird. Wenn er auch das in der Minderheit bleibende Kabinett nicht halten kann, so hängt doch die Zusammensetzung des neuen Ministeriums und die Wahl eines von seinem Standpunkte durchaus zuverlässigen Außenministers von ihm ab. Daher sind wir für die kommende siebenjährige Periode vor dem Erscheinen solcher Leute wie Caillaux, Cruppi, Monis u. a. an der Spitze der französischen Regierung und des diplomatischen Ressorts gesichert. Außerdem hängt es von seinem Ermessen ab, den Vorsitz im Ministerrat persönlich zu führen, dem, wie Ihnen bekannt, in Zeiten ernster auswärtiger Verwicklungen sämtliche laufenden Verhandlungen zur Beratung vorgelegt werden.

Andererseits werden die Beziehungen zu dem französischen Ministerium des Äußern dadurch verwickelt und erschwert, daß am Quai d'Orsay Herr Jonnart das Amt der machtheischenden Persönlichkeit Poincarés übernommen hat. Herr Jonnart erfreut sich eines ausgezeichneten Rufes, ist aber mit den diplomatischen Angelegenheiten sehr wenig vertraut. **Bis zur endgültigen Übernahme der Präsidentengeschäfte, die erst in drei Wochen erfolgen wird, hält sich Poincaré täglich im Ministerium auf. Herr Jonnart trifft ohne sein Wissen und Einverständnis keinerlei Anordnungen.** Wie Ihnen aus meinem Telegramm bekannt ist, hat Herr Poincaré den Wunsch geäußert, mich auch nach seinem Einzug in das Palais de l'Elysée oft bei sich zu sehen, und gebeten, ich möchte mich jedesmal, wenn es mir wünschenswert erscheint, direkt an ihn wenden. Eine derartige Abweichung von den hier üblichen Gebräuchen kann uns bei den derzeitigen verwickelten Verhältnissen sehr gute und nützliche Dienste leisten.

Die mir erst von Jonnart und später von Poincaré gemachten Mitteilungen decken

sich im wesentlichen, wie aus meinem Telegramm ersichtlich, und sind nicht eine zufällige Meinungsäußerung, sondern stellen den von der französischen Regierung in ihrer Gesamtheit sich angeeigneten Standpunkt dar. Aus meinen langen Unterredungen mit diesen beiden Staatsmännern habe ich folgenden Schluß gezogen: **Die französische Regierung ist fest entschlossen, uns gegenüber die Bündnispflichten in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen. Die französische Regierung ist sich dessen bewußt, daß das Endergebnis der augenblicklichen Verwicklungen eine Teilnahme Frankreichs an dem allgemeinen Kriege notwendig machen wird, und sieht dieser Möglichkeit kaltblütig entgegen.** Der Moment, in dem Frankreich das Schwert entblößen muß, ist in der französisch-russischen Militärkonvention genau festgelegt. In dieser Richtung bestehen bei den französischen Ministern keine Zweifel oder Schwankungen. Andererseits sieht sich die französische Regierung genötigt, mit der Stimmung des Parlaments und der öffentlichen Meinung zu rechnen, denen die auf dem Balkan sich abspielenden Ereignisse bis zu einem gewissen Grade fremd und die Lebensinteressen Frankreichs nur indirekt berührend erscheinen. **Unter den augenblicklichen Verhältnissen und dank den bestehenden Verträgen kann das Einzelvorgehen irgendeines Staates in Angelegenheit der Lage auf dem Balkan sehr rasch einen allgemeinen europäischen Krieg herbeiführen.** Die französische Regierung begreift und anerkennt die besondere Situation der russischen Regierung, die sich unter dem Einfluß des Nationalgefühls und der allmächtigen historischen Traditionen befindet. Die französische Regierung ist durchaus nicht bestrebt, Rußland einer Handlungsfreiheit zu berauben, oder die auf Rußland ruhende moralische Verpflichtung den Balkanstaaten gegenüber einem Zweifel zu unterziehen. Daher ist Rußland nicht allein die Waffenhilfe Frankreichs, in dem vom französisch-russischen Militärabkommen vorgesehenen Falle, sichergestellt, sondern auch die energischste und tätigste diplomatische Unterstützung bei allen Unternehmungen zugunsten der genannten Staaten. **Damit aber Frankreich jede Minute Rußland in weitestem Maße seine Freundes- und Bundesgenossenhilfe erweisen kann, bittet uns die französische Regierung inständigst, keinerlei Einzelhandlungen ohne vorausgegangenen Gedankenaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung kann die Regierung die französische öffentliche Meinung erfolgreich auf die Notwendigkeit einer Teilnahme an dem Kriege vorbereiten.**

Nachdem ich **mit fast phonographischer Genauigkeit** die Begründung der Herren Jonnart und Poincaré wiedergegeben habe, muß ich hinzufügen, daß der Anlaß zu diesen Mitteilungen die ernste Beunruhigung der französischen Regierung gewesen ist, hervorgerufen durch die von uns in Konstantinopel und Berlin gemachten Andeutungen, es könnte möglich sein, daß wir von uns aus allein zu Zwangsverhandlungen der Türkei gegenüber schreiten würden. Aus meinem Telegramm vom 15. Januar ist Ihnen die von mir in dieser Angelegenheit Herrn Jonnart erteilte Antwort bekannt. (Iswolski wiederholt diese Antwort noch einmal. Sie lautet dahin, daß Rußland keinen Vorwand mehr zu einem Einzelvorgehen gegen die Türkei suche, sondern auf Absendung einer Kollektivnote bestehe. Er berichtet, daß er diesen Standpunkt auch Poincaré ausführlich dargelegt habe, der ihm dann nochmals den Wunsch ausgesprochen habe, Rußland möchte ohne vorherigen Gedankenaustausch mit dem französischen Kabinett nichts unternehmen.)

Zum Schluß gestatte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf den mir von Herrn Jonnart mitgeteilten neuen Versuch des Berliner Kabinetts zu lenken, Frankreich in eine Sonderberatung über die Balkanangelegenheiten hineinzuziehen, mit der Begründung, Deutschland und Frankreich wären gleich stark an der Erhaltung einer genügend starken und wirtschaftlich lebensfähigen Türkei interessiert.

Sie werden sich wohl entsinnen, daß ähnliche Versuche s. Z. einige Male durch Kiderlen unternommen worden sind. Es ist daher bezeichnend, daß die erste Handlung des Herrn v. Jagow in ihrer Wiederaufnahme besteht.

Herr Poincaré sagte mir in der Angelegenheit dieses neuen Versuches, daß er, die Neigung des Herrn Cambon zu besonderen Besprechungen mit dem Berliner Kabinett kennend, Herrn Jonnart auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, Anbandelversuchen

des Herrn v. Jagow ein Ende zu bereiten. Infolgedessen ist der französische Botschafter angewiesen worden, Berlin zu antworten, daß Frankreich jederzeit bereit sei, wie mit Deutschland, so auch mit den anderen Staaten die Balkanfragen zu erörtern, jedoch nur in engster Gemeinschaft mit Rußland und nach erfolgter Verständigung mit diesem.

Genehmigen Sie usw. gez. Iswolski.

[Berliner Tageblatt, 31. Dezember 1921, Nr. 604, Ausgabe A Nr. 305.]

Beilage 6: Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, an Herrn Davignon, Minister des Äußeren. Paris, den 14. Februar 1913.

Herr Minister!

Der neue Präsident der Republik erfreut sich augenblicklich in Frankreich einer Beliebtheit, wie sie keiner seiner Vorgänger gekannt hat. Um nur von den beiden letzten zu sprechen: die Wahl des Herrn Loubet wurde von der öffentlichen Meinung ziemlich unfreundlich aufgenommen und die Fallières ließ alle völlig kalt.

Herr Poincaré ist täglich Gegenstand von Sympathiekundgebungen; man veranstaltet ihm zu Ehren ein Bankett nach dem andern; in allen Gassenhauern wird sein Lob gesungen, und in allen Kabaretts und Kinos entfesselt das Erscheinen seines Bildes und die Erwähnung seines Namens Beifallsstürme.

Man bereitet große Feste vor für den Tag, wo er die Präsidentschaft antreten wird; die Stadt Paris wird ihm zu Ehren einen Empfang veranstalten, und Hunderte von Vereinen bitten um die Erlaubnis, in den Straßen Spalier zu bilden, die sein Zug auf dem Wege zum Rathause passieren wird.

Diese Beliebtheit hat verschiedene Ursachen: seine Wahl war geschickt vorbereitet worden; man weiß ihm Dank dafür, daß er während seines Ministeriums geschickt genug operierte, um Frankreich im europäischen Konzert in den Vordergrund zu bringen; er hatte einige Male Glück mit seinen Aussprüchen, die großen Eindruck machten. Aber in erster Linie muß man darin eine Kundgebung jenes alten französischen Chauvinismus erblicken, der lange Jahre hindurch ganz zurückgetreten war, aber seit den Zwischenfällen von Agadir wieder an Kraft gewonnen hat.

Herr Poincaré ist Lothringer und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, daran zu erinnern; er war der Mitarbeiter und der Anstifter der militaristischen Politik Herrn Millerands. Das erste Wort schließlich, das er in dem Augenblick aussprach, als er seine Wahl zum Präsidenten der Republik erfuhr, war das Versprechen, über die Erhaltung aller Mittel der nationalen Verteidigung wachen zu wollen.

Unter diesen Umständen und dank seiner ausgezeichneten Eigenschaften wird er seinem Lande große Dienste erweisen können; aber er ist zu klug, um nicht zu wissen, daß Rückschläge in der öffentlichen Meinung Frankreichs häufig sind, und daß es kein anderes Land gibt, wo der tarpejische Felsen so nahe am Kapitol steht.

Ich bin usw. (gez.) Guillaume.

[Auswärtiges Amt, Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 114.]

Beilage 7: Telegramm Iswolskis an Sasonow. Paris, 4./17. Februar 1913. Nr. 72. Neu.

Persönlich und äußerst vertraulich.

Der Außenminister hat mir soeben mitgeteilt, die französische Regierung habe beschlossen, Georges Louis aus verschiedenen Gründen, besonders aber seiner Kränklichkeit wegen, abzuberufen. Gleichzeitig hat Jonnart mich gebeten, Ihnen die Bitte um Bewerkstelligung der Allerhöchsten Genehmigung zur Ernennung des **Herrn Delcassé zum Botschafter in Petersburg** zu übermitteln. Gleichzeitig erklärte mir der Minister das Folgende: die französische Regierung ist zu dieser Wahl vorwiegend durch den Umstand bestimmt worden, daß **Herr Delcassé in den Augen der französischen Kreise und der öffentlichen Meinung, bei der gegenwärtigen, außerordentlich ernsten internationalen Lage, die die Anwendung des franko-russischen Bündnisses hervorrufen kann, als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses gilt.** Von diesem Gesichtspunkt aus ist es sehr wichtig, daß

Herr Delcassé bei seiner Ernennung zum Botschafter sein Deputiertenmandat behalten kann. Das gesetzliche Hindernis hierzu, das sich aus der Bestimmung ergibt, daß Deputierte nur mit zeitweiligen Aufträgen betraut werden dürften, hat rein formalen Charakter und kann durch periodische Erneuerung des Dekrets seitens des Präsidenten beseitigt werden, wofür einige Präzedenzfälle vorliegen. **Ich meinerseits erlaube mir zu äußern, daß Herr Delcassé, dessen politische Vergangenheit Ihnen gut bekannt ist, der Idee einer allerengsten Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich ganz und gar ergeben ist und als einer der einflußreichsten hiesigen Parlamentarier im Falle die kritische Minute kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne einer Beseitigung irgendwelchen Schwankens bei der stets verschiedenen Strömungen ausgesetzten Regierung spielen kann.** Mir ist bekannt, daß man hier wünscht, die Ernennung Delcassés könnte möglichst bald vor sich gehen.

Neu. Beilage 8: Telegramm Sasonow an Iswolski. St. Petersburg, 6./19. Februar 1913. Nr. 329.

In Bestätigung seiner freundschaftlichen Gefühle für Frankreich und seines persönlichen Wohlwollens für Herrn Poincaré **hat der Zar geruht, dem Präsidenten der französischen Republik den Andreasorden zu verleihen,** dessen Insignien, mit dem entsprechenden Schreiben Seiner Majestät Sie nächsten Montag, den 11. Februar durch den speziell zu diesem Behufe entsandten Direktor der Kanzlei des Außenministeriums, Baron Schilling, erhalten.

Beilage 9: Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, an Herrn Davignon, Minister des Äußern. Paris, den 21. Februar 1913.

Herr Minister!

Die Nachricht von der demnächstigen Berufung Herrn Delcassés auf den Petersburger Botschafterposten hat gestern nachmittag wie eine Bombe eingeschlagen. Die Zeitungen brachten die Nachricht zugleich mit dem Wortlaut der Botschaft des Präsidenten der Republik.

War dies Zusammentreffen beabsichtigt? Wie es scheint: ja; auf jeden Fall wurde es sehr bemerkt und übte einen deprimierenden Einfluß auf die Börse aus.

Die Persönlichkeit des Herrn Delcassé ist sehr bekannt und recht bedeutsam. Er war einer der Urheber des russisch-französischen Bündnisses und in noch höherem Maße der französisch-englischen Freundschaft.

Die Umstände, die ihn zwangen, den Quai d'Orsay zu verlassen, sind in aller Erinnerung. Als Herr Delcassé nach einigen Jahren das Marineministerium übernahm, erzählte man überall, daß seine Rückkehr zur Macht in Berlin nicht schlecht aufgenommen worden sei und die Deutsche Botschaft verkündete dies laut und vernehmlich.

Im letzten Monat wiederholten dies die Freunde des hervorragenden Staatsmannes immer wieder im Hinblick auf die Möglichkeit, daß man im Kongreß von Versailles nach eventuellen ergebnislosen Abstimmungen Herrn Delcassé als Outsider hätte wählen lassen wollen. Für niemand war es ein Geheimnis, daß er dies wünschte; aber viele Politiker hätten diese Wahl gefürchtet aus Angst, sie könnte den Anschein einer deutschfeindlichen Kundgebung haben.

Muß man die Wahl des neuen Botschafters in Petersburg in diesem Sinne auslegen? Ich glaube es nicht; indessen bin ich der Ansicht, daß Herrr Poincaré als Lothringer sich darin gefiel, vom ersten Tage seines hohen Amtes an sein Bestreben zu bekunden, sich fest zu zeigen und die Fahne des Vaterlandes hochzuhalten.

In den bewegten Zeiten, in denen sich Europa befindet, liegt hier die Gefahr, die die Anwesenheit des Herrn Poincaré im Elysée bietet. Sind doch unter seinem Ministerium die militaristischen — und etwas chauvinistischen — Instinkte des französischen Volkes erwacht. In diesem Umschwung war seine Hand erkennbar; man muß hoffen, daß sein politischer, praktischer und kühler Verstand ihn vor jeder Übertreibung in dieser Richtung bewahren wird. Die beträchtliche Verstärkung der Rüstungen Deutschlands in

dem Augenblick, wo Herr Poincaré ins Elysée einzieht, wird die Gefahr einer allzu nationalistischen Orientierung der französischen Politik steigern.

Ich bin usw. (gez.) Guillaume.

[Auswärtiges Amt, Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 116.]

Beilage 10: Brief des Zaren an den Präsidenten der Republik. Neu.

Herr Präsident,
sehr teurer und großer Freund.

Die Gefühle, die ich persönlich zu Ihnen hege und die Bande herzlicher Freundschaft, welche Rußland und Frankreich verbinden, haben mir den Wunsch eingeflößt, Sie zum Kaiserlichen Orden des Heiligen Andreas zuzuzählen, dessen Insignien Ihnen gleichzeitig mit diesem Briefe übergeben werden.

Es ist mir ganz besonders angenehm, Ihnen diesen Beweis meiner Achtung zu erweisen in einem Zeitpunkte, in dem das so glücklich hergestellte völlige Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich mehr als je seinen wohltätigen Einfluß ausüben kann, nicht nur in ihrem eigenen direkten Interesse, sondern auch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens, der uns gleichfalls am Herzen liegt. Mit aufrichtigem Interesse verfolge ich den Erfolg der wunderbaren Ausstellung, auf die Frankreich stolz zu sein ein Recht hat, und ich brauche Sie nicht des großen Bedauerns zu versichern, welches ich ebenso wie die Kaiserin empfinde, Paris in diesem Augenblicke nicht besuchen zu können. Aber nah wie fern, stets an allem, was Frankreich angeht, anteilnehmend, begrüßen wir mit lebhafter Befriedigung alles, was Frankreichs Ruhm und Wohlstand erhöht.

Nehmen Sie diese Versicherung entgegen, Herr Präsident, sehr teurer und großer Freund, ebenso wie die Gefühle meiner hohen Achtung und unwandelbarer Freundschaft.

Beilage 11: Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 12./25. Februar 1913. Nr. 78. Neu.

Ihr Brief Nr. 1873 erhalten. Ich habe heute dem Präsidenten der Republik in feierlicher Audienz den Brief des Kaisers und die Insignien des Heiligen Andreas-Orden übergeben. Meine kurze Rede und die Antwort M. Poincarés werden ohne Kürzung den Agenturen mitgeteilt. Der Brief des Kaisers hat den Präsidenten tief gerührt, der mich frug, ob irgendwelche Einwände dagegen bestehen, daß dieser Brief sofort veröffentlicht wird. Ich habe es für nötig befunden, diese Bitte unter meiner eigenen Verantwortung zu erfüllen, da ich überzeugt bin, daß dieser Brief sowohl in Frankreich, als auch im übrigen Europa einen ausgezeichneten Eindruck hervorrufen wird.

Beilage 12: Bericht Benckendorffs an Sasonow. London, den 12./25. Februar 1913.

Lassen Sie mich auf einen Punkt zurückkommen, den ich für sehr wichtig halte, weil er die gegenwärtige politische Lage besser beleuchtet als jeder andere. Ich meine die diplomatische Unterstützung, die sich Frankreich und England auf der Londoner Konferenz gegenseitig erwiesen haben. Sie hegen Zweifel in dieser Hinsicht. Es ist vielleicht mein Fehler, daß ich die Sache in dieser Richtung nicht genügend geschildert habe.

Ich fange mit Frankreich an. Wenn man sich darüber einig war (ich komme darauf zurück), daß die englische Unterstützung nur rein diplomatischer Natur sein sollte, ohne Präjudiz für das, was schließlich dabei herauskommen würde, so ist jedenfalls von seiten Frankreichs ein Vorbehalt dieser Art nicht formuliert worden. Dies ist so wenig der Fall gewesen, man darf sich darüber nicht täuschen, daß, wie klug und maßvoll, obwohl niemals rätselhaft, Herr Cambon sich in den Sitzungen verhalten hat, er sich in Wirklichkeit durchaus nach mir gerichtet hat, und zwar mehr als nach seinen eigenen Eingebungen. Im Gegenteil, wenn ich seine Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Überzeugung gleichkommt, daß von allen Mächten Frankreich die ein-

zige ist, welche, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde. Jedenfalls hat mir nichts gezeigt, daß Frankreich aktiv dazu beiträgt, in dem Sinne eines Kompromisses zu arbeiten. Nun, das Kompromiß — ist der Frieden; jenseits des Kompromisses liegt der Krieg.

Englands Fall liegt umgekehrt. Mit dem Willen zum Frieden, aber nur solange der Frieden möglich sein wird, strebt es offensichtlich zu einem Kompromiß. Ich weiß, daß eine Haltung wie bei Agadir vielleicht dasselbe Resultat gehabt haben könnte — das ist möglich, aber nicht sicher —, jedenfalls war es dies nicht am Anfang, und das „Bluffspiel" wird in der englischen Politik niemals Mode werden, was auch immer kommen mag; England sträubt sich dagegen. Auf diesem Boden des Kompromisses ist es sich mit Deutschland begegnet. Dies ist der Ursprung des Zusammenwirkens beider Mächte, mit dem einzigen Unterschiede, daß die diplomatische Unterstützung Englands die äußerste Kraft dafür einsetzte, daß das Kompromiß sich zugunsten Rußlands und der Balkanstaaten neige, während die Haltung Deutschlands in einem übrigens bisher wenigstens noch nicht so stark akzentuierten Maße für Österreich eintrat. Einen Beweis dafür sehe ich in dem neuesten österreichischen Zugeständnisse, betreffend Dibra und das Tal der Reka, welches hauptsächlich ein Werk des deutschen Druckes auf die maßlose österreichische Regierung war. Wenn Deutschland den Krieg gewollt hätte, hätte es darin nicht soviel getan. Deutschland sieht in diesem Zugeständnis die Grundlage des Kompromisses, das der Wunsch Deutschlands ist. Es ist der Ansicht, daß Skutari Österreich genüge, ohne sich davon zu überzeugen, daß Diakova von hinreichender Bedeutung sei, um eine Krise hervorzurufen. Da unsere Grenzlinien — dank der gegenseitigen Zugeständnisse — sich fast ganz ausgleichen, glaubt auch England, daß es sich lediglich nur noch um die Frage von Diakova handelt. Ganz wie Deutschland sieht auch England den Augenblick des Kompromisses gekommen. Dieses Kompromiß beruht auf der Grundlage der Befreiung der Balkanstaaten, der bis auf Konstantinopel zurückgedrängten Türkei und Österreich, das diese Lage und dieses Resultat anzunehmen gezwungen ist. Es ist, wenn man alles zusammennimmt, das bemerkenswerteste politische Ergebnis, das Rußland seit fast einem Jahrhundert erlangt hat.

In diesem Sinne hat Sir Edward Grey sich gestern abermals gegenüber Wesnitsch geäußert.

Ein politischer Triumph kann ohne Krieg nicht ganz vollständig sein. Derjenige, welchen wir errungen haben, gleicht einem solchen. Um mehr zu erlangen, ist der Krieg notwendig. Dieser Krieg würde alles in Frage stellen und würde nicht gerechtfertigt sein, da die Erfolge, die noch zu erlangen sind, nicht im Verhältnis stehen zu den ungeheuren Mitteln, zu denen man seine Zuflucht würde nehmen müssen.

Um das Bild der gegenseitigen Lage aller Großmächte einfach darzustellen, werde ich mit Ihrer Erlaubnis Rußland und Österreich in aller Offenheit zunächst aus dem Spiele lassen. Wir haben mit Österreich eine gemeinsame schwache Seite. Die öffentliche Meinung in beiden Ländern ist, allerdings aus verschiedenen Motiven, gemeinsam zu Unrecht des Glaubens, daß geschickt angewandte diplomatische Mittel allein genügen, um vollständige Resultate zu erzielen, die den Überlieferungen beider Länder vollkommen entsprechen. Es besteht indessen, soweit ich es beurteilen kann, darin ein Unterschied, daß man sich bei uns auf den Krieg aus einem Gefühl nationaler Würde einlassen würde, in Österreich aber in ausgesprochener Weise eine wirkliche Kriegspartei besteht. Aber im ganzen scheint man in dem einen wie in dem anderen Lande dem Kriege entgegenzusehen, immer noch in der Hoffnung, ihn zu vermeiden.

England will den Krieg nicht, folglich stimmt es für den Ausgleich, der einen handgreiflichen Erfolg Rußlands, d. h. des Dreiverbandes sichert. Deutschland findet, daß die österreichischen Interessen gerade soweit gesichert sind, wie es ihm paßt; es hätte kaum eine Veränderung der Rollen begrüßt, die Österreich eine Lage verschafft hätte, die für die deutschen Interessen zu präponderant sein würde.

Bleibt Frankreich übrig. Hier betrete ich, wie ich gestehe, das Gebiet der Vermutungen, aber von Vermutungen, die, wenigstens meiner Ansicht nach, mir genügen. Hier will ich abschweifen. Herr Cambon steht mit mir in einem unter Botschaftern fast

einzigartigen Vertrauensverhältnis. Er zeigt mir beinahe alles, mehr als ich ihm zeige. Trotzdem weiß ich nicht genau, wie die Dinge zwischen England und Frankreich stehen. Wenn man alles in Rechnung zieht, läßt er ein gewisses Vertrauen auf die bewaffnete Mitwirkung Englands durchblicken; ich weiß nicht, ob sich das auf Abmachungen bezieht, die er gezwungen ist, geheimzuhalten, oder nur seinen Grund in den Maßnahmen der englischen Flotte hat, die wie Mr. Winston Churchill ihm noch gestern wiederholte, vollkommen bereit und vollkommen mobilisiert ist, zwar ohne äußeres Aufsehen, aber doch derart, daß für die Admiralität große Ausgaben damit verbunden sind. Da ich diese Nachrichten alle aus zweiter Hand habe, so bin ich gezwungen, nur vorsichtige Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Ich glaube, daß die öffentliche Meinung Englands ebenfalls für ein Kompromiß vorbereitet ist, und zwar so, daß, je mehr infolge der Verhandlungen unsere Differenzen sich gegenseitig aufheben, um so mehr dieses Gefühl vorherrschen wird.

In jedem Falle scheint mir Herr Cambon überzeugt, und ich glaube, in dieser Hinsicht hat er recht, daß England sicher eher Krieg anfangen als die Macht Frankreichs Gefahr laufen lassen würde. Dies ist der eine Grund, der ihm die Waffen in die Hand drücken würde. Der zweite wäre ein Ultimatum oder ein brutaler Angriff von seiten Deutschlands, sei es gegen Frankreich, sei es gegen Rußland. Hier würde, wie der König gesagt hat, die Ehre und die nationale Würde Englands berührt werden. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß dieser Gesichtspunkt in England nicht existiert.

Was ich gesagt habe, scheint mir zu genügen, um die Rolle der Vertreter bei der Botschafterversammlung in London zu charakterisieren. Auch Italien, das bald nach der einen, bald nach der anderen Seite plänkelt, neigt ebenfalls zum Ausgleich durch den Frieden hin, und ich wäre erstaunt, wenn es sich gegebenenfalls entscheiden würde, eine sehr ausgesprochene militärische Rolle zu spielen.

Die Lage, so wie ich sie beobachten konnte, scheint mir so zu liegen, daß alle Mächte aufrichtig daran arbeiten, den Frieden zu erhalten. Aber von allen ist es Frankreich, das den Krieg mit der verhältnismäßig größten Ruhe aufnehmen würde.

Frankreich hat sich, um einen bekannten Ausspruch zu gebrauchen, „wieder aufgerichtet". Es hat, sei es mit Recht oder Unrecht, vollständiges Vertrauen zu seinem Heere; der alte gärende Groll ist wieder aufgetaucht, und Frankreich könnte sehr wohl annehmen, daß die Umstände heute günstiger sind, als sie es später jemals sein würden. Ich möchte diesen Bericht nicht dadurch verlängern, daß ich untersuche, ob dies wahr ist. Aber Frankreich könnte von seinem Standpunkt aus der Abschätzung der Lage wohl recht haben.

Einerseits bietet uns diese Gemütsverfassung Frankreichs eine Garantie, aber andererseits darf es doch nicht geschehen, daß der Krieg aus Interessen ausbricht, die mehr französisch als russisch sind, und jedenfalls nicht unter Umständen, die günstiger für Frankreich als für Rußland sein könnten.

Frankreich hat nur eine einzige feindliche Armee gegen sich, und diese Armee ist weit entfernt, sich ganz gegen Frankreich allein zu wenden. Rußland hätte auf einer ungeheuren Front zwei feindliche Mächte zu bekämpfen, wenn nicht gar drei, falls man Rumänien mitrechnet. Dies Rumänien, glaube ich, muß man um jeden Preis gewinnen, das gebietet sowohl die gegenwärtige Stunde wie auch die Zukunft.

Die gegenwärtige Krisis birgt so viele verschiedene Möglichkeiten in sich, daß ich mir selber mißtraue, wenn ich die Folgen abwäge. Die einzige Bemerkung, die ich wagen möchte, ist die, daß uns ein ausgesprochener Waffenerfolg auf seiten Frankreichs als auf unserer Seite beim Friedensschluß in eine Lage bringen würde, die nicht als günstig angesehen werden könnte, wenn man die riesenhaften Anstrengungen Rußlands in Betracht zieht. Das müssen wir uns heute schon überlegen, wo die Konsolidierung des beendeten Werkes zum größten Teil in unseren Händen liegt, wenigstens was die schwierigste aller Fragen, die albanische, anlangt.

gez. Benckendorff.

[Auswärtiges Amt / Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Kriegs. Berlin, Juni 1919. (S. Seite 156 ff.)]

Neu. Beilage 13: Brief Iswolskis an Sasonow vom 14./27. Februar 1913.

Die Verleihung des Andreasordens an M. Poincaré, gleich bei seinem Antritt der Präsidentschaft, die Übersendung der Insignien durch einen besonderen Abgesandten, vor allem aber — der Inhalt des Kaiserlichen Briefes — haben hier einen tiefen und sehr erfreulichen Eindruck hervorgerufen. Die gesamte Presse, ohne Unterschied der Parteien, hebt den herzlichen Ton des Allerhöchsten Briefes hervor und gibt der Ansicht Ausdruck, daß dieser deutliche Beweis der freundschaftlichen Gefühle des russischen Monarchen zu Frankreich und dem von ihm erwählten Präsidenten gerade jetzt eine ganz besondere Bedeutung besitzt; wie Ihnen bekannt, haben die neuen Rüstungspläne Deutschlands hier eine äußerst gehobene nationale Stimmung erzeugt und zu der allgemeinen Überzeugung geführt, daß Frankreich sie mit der allerhöchsten Anspannung der eigenen militärischen Kräfte beantworten muß; deshalb wird die eben in einer so deutlichen Form erhaltene Bestätigung der Unwandelbarkeit der franko-russischen Allianz von den Franzosen mit doppelter Dankbarkeit begrüßt. Dieses Gefühl wird in hohem Maße nicht nur von der großen öffentlichen Meinung, sondern auch von den an der Spitze der Regierung stehenden Personen empfunden; diese Stimmung hat für uns u. a. den Vorteil, daß sie Frankreich veranlaßt, uns in den schwebenden Fragen des nahen Orients die allerenergischste Unterstützung zuteil werden zu lassen. Dies wird Ihnen gewiß von Baron Schilling bestätigt werden, welcher eine lange Unterredung mit M. Poincaré nach der feierlichen Übergabe des Allerhöchsten Briefes und der Ordenszeichen gehabt hat.

Meinerseits halte ich es für notwendig, Ihnen in Kürze über mein Gespräch mit dem Präsidenten der Republik zu berichten:

M. Poincaré begann damit, daß er, offensichtlich bewegt, mir seine tiefe Dankbarkeit für den ihm vom Kaiser erwiesenen ganz besonderen Beweis seiner Aufmerksamkeit und seines Wohlwollens ausdrückte. Er ging sodann zu den schwebenden politischen Fragen über und bestätigte mir alles, was ich von M. Jonnart über die deutschen Rüstungen und die notwendigen französischen Gegenmaßnahmen gehört hatte. Ihm zufolge **haben die Ereignisse der letzten 18 Monate in der französischen öffentlichen Meinung eine völlige Wandlung vollzogen und hier eine längst nicht gekannte patriotische Stimmung erzeugt. In dieser Beziehung hat der Zwischenfall Agadir — „le coup d'Agadir" — Frankreich den allergrößten Dienst erwiesen; und die jetzige Erhöhung der deutschen Armee wird sich vielleicht als ebenso günstig herausstellen, denn sie wird die Unzulänglichkeit der pazifistischen Theorien und die Notwendigkeit einer noch besseren Organisation der französischen Streitkräfte deutlich beweisen.** Über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sprechend, sagte mir Poincaré u. a., daß bei der jetzigen gehobenen nationalen Stimmung in Frankreich weder er selbst, noch seine Minister eine Wiederholung des Zwischenfalls Agadir zulassen, und nicht auf das in dieser Angelegenheit geschlossene Kompromiß eingehen würden. Diesen Gedanken hat er in ganz bestimmter Form in einer offenen Aussprache dem deutschen Botschafter gegenüber ausgedrückt und hat von Baron Schoen die Antwort erhalten, daß dies in Deutschland sehr gut begriffen wird. „Es ist bemerkenswert," fügte M. Poincaré hinzu, „daß bei jedem Regierungswechsel in Frankreich die deutsche Diplomatie es für notwendig erachtet, dem neuen Kabinette gegenüber „la manière forte" zu versuchen; als z. B. in letzter Zeit in Marokko der Zwischenfall mit dem Kaid El Glauli entstand, welcher angeblich unter deutschem Schutze steht, hat die deutsche Regierung gänzlich unannehmbare Forderungen in einer äußerst scharfen Form erhoben. Diese Forderungen sind vom französischen Minister des Auswärtigen in fester Weise abgelehnt worden und die deutsche Regierung hat augenscheinlich von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit Abstand genommen."

Was die französisch-englischen Beziehungen anbelangt, hat Poincaré mir alles bestätigt, was ich Ihnen vor zwei Wochen über die diesbezüglichen Mitteilungen Jonnarts und Paléologues geschrieben habe. Poincaré hat allen Grund zu glauben, daß in letzter Zeit zwischen England und Deutschland keine speziellen Verhandlungen über Rüstungen und andere Fragen stattgefunden haben; **England ist Frankreich gegenüber durch**

keinerlei bestimmte politische Verpflichtungen gebunden, aber der Ton und der Charakter der vom Londoner Kabinett jetzt erhaltenen Versicherungen erlaubt der französischen Regierung, damit zu rechnen, daß im Falle eines Konfliktes mit Deutschland Frankreich bei der jetzigen politischen Konjunktur auf die militärische Unterstützung Englands zählen kann; die Pläne der französisch-englischen militär-maritimen Kooperation sind bis in die letzten Einzelheiten ausgearbeitet worden. Der erste Lord der englischen Admiralität, Winston Churchill, welcher sich zurzeit im Süden Frankreichs befindet, wird in diesen Tagen Toulon besuchen, und wird bei seiner Durchreise durch Paris eine Beratung mit dem französischen Admiralstabe haben.

Die Parlamentsrede des Marquis di San Giuliano hat auf Poincaré einen äußerst ungünstigen Eindruck gemacht, und er fährt fort, sich der Politik des römischen Kabinettes gegenüber sehr mißtrauisch zu verhalten. Den Präsidenten beunruhigen vor allem die zweideutigen Erklärungen des italienischen Außenministers hinsichtlich der von Italien besetzten Inseln. Poincaré befürchtet die geheime Absicht Italiens, sich in den endgültigen Besitz dieser Inseln zu setzen, wenn der Balkankrieg von längerer Dauer sein sollte; er ist überzeugt, daß England eine derartige Besitzergreifung in keinem Falle zulassen wird.

Was die Ereignisse auf dem Balkan anbelangt, so hat mir Poincaré nochmals seine Bereitwilligkeit bestätigt, uns die vollste und tatkräftigste Unterstützung zuteil werden zu lassen; hinsichtlich der albanischen Grenze hat er u. a. gesagt, es wäre sehr erwünschenswert, auf dem Ausschluß nicht nur Dibras, sondern auch Djakowas zu bestehen, namentlich wenn Skutari Albanien zufallen sollte.

Zum Schlusse erlaube ich mir die Hoffnung auszudrücken, daß Sie mit mir nicht unzufrieden sein werden, daß ich unter meiner eigenen Verantwortung die sofortige Veröffentlichung des kaiserlichen Briefes zugelassen habe. Diese Veröffentlichung hat hier den allererfreulichsten Eindruck hervorgerufen, eine Verzögerung hätte aber die wahre Bedeutung und den eigentlichen Charakter dieses Ereignisses verwischt.

Beilage 14: Brief Iswolskis an Sasonow vom 14./27. Februar 1913. Neu.

Während der beiden letzten Wochen hat sich die Aufmerksamkeit sowohl der Regierungskreise als auch der öffentlichen Meinung in Frankreich vor allem der Frage der deutschen Heeresverstärkung und der Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen von seiten Frankreichs zugewandt.

Die Blätter der allerverschiedensten Richtungen, mit Ausnahme der Organe der extremen sozialistischen Parteien, verlangen nicht nur die Bewilligung neuer Kredite zur Verbesserung der materiellen Ausrüstung der französischen Armee, sondern auch die Abänderung des Gesetzes von 1905 über die zweijährige Dienstzeit im Sinne der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit, da man bei der Unmöglichkeit, das jährliche Rekrutenkontingent zu vermehren, nur auf diese Weise die Friedenspräsenzstärke der französischen Armee erhöhen könne.

Bei der jetzigen militärischen Dienstpflicht befindet sich die französische Armee jedes Jahr von Oktober bis zum April in einer kritischen Lage, da in dieser Periode die Truppeneinheiten, infolge der Nichtausbildung der Rekruten, nur aus einer Dienstklasse bestehen und die im Innern Frankreichs garnisonierten Kompagnien nur 50 Gewehre stark sind; in den Grenzkorps *(troupes de couverture)* bilden die Rekruten in dieser Periode sogar ein gefährliches Element, denn bei der Mobilisation müßte man sie zurücknehmen, wobei sie und die einberufenen Reservisten aufeinanderstoßen würden. Besonders schädlich ist die Wirkung der zweijährigen Dienstzeit in der Kavallerie und der Artillerie, wo die Kriegsausbildung der Mannschaften sehr gefallen ist.

Verschiedene bis jetzt in Vorschlag gebrachte Palliativmaßnahmen, wie eine Abänderung des Gesetzes über die Cadres und die Vorrechte der Freiwilligen *(engagés et réengages)* sind jetzt endgültig als ungenügend erkannt worden, und wie ich Ihnen bereits geschrieben haben, ist die Regierung ernstlich bemüht, radikalere Mittel ausfindig zu machen.

Die einzige wirkliche Maßnahme, die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit in allen

drei Waffengattungen, welche auf einmal die Friedenspräsenzstärke der französischen Armee um ein Drittel (d. h. um 210 000 Mann) erhöhen und die oben geschilderten Mißstände beseitigen könnte, stößt bei den extremen radikalen Elementen des Parlamentes auf ernsten Widerstand. Das Gesetz von 1905 über die zweijährige Dienstzeit ist vor allem aus rein politischen Erwägungen eingeführt worden und wurde der Bevölkerung bei der Wahl gerade des jetzigen Parlamentes sozusagen zum Geschenke dargebracht. **Trotzdem herrscht hier die Überzeugung, daß, unter dem Einfluß des jetzigen Anwachsens des Nationalismus in Frankreich und der im deutschen Projekte Frankreich gegenüber enthaltenen Drohung, die Regierung des Erfolges sicher sein kann, wenn sie sich entschließt, das Parlament mit dieser Frage sofort in ganz bestimmter Form zu befassen.**

Aus meinen Unterredungen mit den französischen Ministern und dem Präsidenten der Republik selbst kann ich folgern, daß sich diese Angelegenheit zurzeit folgendermaßen darstellt. Die Regierung ist bereits entschlossen, sofort, d. h. noch vor den Osterferien, vom Parlament einen Kredit von 500 Millionen Franken zur Verbesserung der materiellen Ausrüstung der Armee zu verlangen; diese Mittel werden auf fünf Jahre verteilt werden, wobei die ersten 100 Millionen im laufenden Jahr verausgabt werden sollen (besonders für die Artillerie und die Vermehrung der Schullager) (*„camps d'instructions"*). Was die Dauer der Dienstzeit anbelangt, so hat der Ministerrat noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Es ist mir bekannt, daß der Präsident der Republik und der Minister des Auswärtigen unbedingte Anhänger der dreijährigen Dienstzeit sind, daß aber einige andere Minister infolge politischer Erwägungen noch zaudern; diese Frage wird in diesen Tagen entschieden werden und das entsprechende Gesetz kann ebenfalls dem Parlamente in allernächster Zeit vorgelegt werden. M. Delcassé, welcher die Stimmung im Parlament vorzüglich kennt, sagte mir, daß, wenn im Laufe der nächsten zwei Wochen über die dreijährige Dienstzeit abgestimmt würde, das Gesetz mit einer ungeheuren Mehrheit angenommen werden würde. Jonnart ist derselben Ansicht und wird mit allen Kräften eine derartige Vorlage unterstützen.

Aus allem, was hier zurzeit vorgeht, muß man den Schluß ziehen, daß die deutsche Regierung wiederum, ebenso wie anläßlich des Zwischenfalles Agadir, einen außerordentlich starken Anstoß zur Hebung der nationalen und militärischen Stimmung in Frankreich gegeben hat. Hierbei muß man bemerken, daß die französische Presse, welche nachdrücklich eine sofortige Antwort von seiten Frankreichs auf die deutschen militärischen Maßnahmen verlangt, Deutschland gegenüber einen völlig ruhigen Ton bewahrt, das Recht Deutschlands, seine militärischen Kräfte zu stärken, anerkennt und ihm keine unmittelbaren aggressiven Absichten gegen Frankreich zuschreibt. Kompetente Persönlichkeiten sind sogar der Ansicht, daß Deutschland in die Notwendigkeit versetzt ist, die militärpolitische Schwächung des Dreibundes in Betracht zu ziehen, und zwar infolge der Ablenkung eines bedeutenden Teiles der österreichischen Armee von der russischen Grenze durch die Balkanstaaten. Andererseits ist man hier von der Überzeugung durchdrungen, daß die neuen Rüstungen Deutschlands diesem ein so großes Übergewicht über die jetzigen militärischen Kräfte Frankreichs geben werden, daß die deutsche Armee beim Eintritte der Krise imstande sein wird, sofort die erste französische Linie zu durchbrechen und die Zusammenziehung und den Aufmarsch der französischen Hauptarmee zu verwirren. Deshalb, und ganz unabhängig von der jetzigen politischen Stimmung der deutschen Regierung, sind die an der Spitze der französischen Regierung stehenden Persönlichkeiten verpflichtet, alle Mittel anzuwenden, um das von deutscher Seite gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen.

Zum Schluß will ich erwähnen, daß Jonnart bei der Darlegung seines Standpunktes hinsichtlich der französischen Militärorganisation mir erklärt hat, daß er ein überzeugter Anhänger nicht nur der dreijährigen Dienstzeit, sondern auch der Bildung eines ständigen Kolonialheeres sei, welches, in Anbetracht des bestehenden Abkommens mit England, jederzeit auf den Hauptkriegsschauplatz geworfen werden kann; als er während 11 Jahren Generalgouverneur von Algier war, hat er sich überzeugt, daß diese Kolonie aus eigenen Mitteln und nur auf Grund diesbezüglicher organisatorischer Maßnahmen imstande ist, in einem Zeitraum von 15 Jahren eine Musterarmee von 75 000

Mann zu bilden. M. Jonnart fügte hinzu, er habe die Absicht, persönlich für diese Idee in den Kreisen der Regierung und des Parlamentes Propaganda zu machen.

Beilage 15: Vertrauliches Schreiben Iswolskis an Sasonow vom 28. Februar / 13. März 1913.

Wie Ihnen bekannt, ist Herr Delcassé nicht nur in Fragen der Außenpolitik besonders kompetent, sondern auch in allem, was die Heeres- und insbesondere die Flottenangelegenheit betrifft. **Laut Kenntnis unseres Militärattachés ist ihm ganz speziell der Auftrag erteilt, unsere Militärverwaltung von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Anzahl unserer strategischen Wege zu vermehren ist, um dadurch das Zusammenziehen unserer Armee an der Westgrenze zu beschleunigen.** Herr Delcassé ist in dieser Angelegenheit so bewandert und mit den Ansichten des französischen Generalstabes so bekannt, daß er diese Frage mit unseren Militärbehörden völlig selbständig erörtern kann. Dabei ist er bevollmächtigt, Rußland alle hierzu vielleicht erforderlichen Geldmittel in Form von entsprechenden Eisenbahnanleihen anzubieten.

[Berliner Tageblatt, 31. Dezember 1921, Nr. 604, Ausgabe A Nr. 305.]

Beilage 16: Bericht Iswolskis an Sasonow vom 28. Februar / 13. März 1913. Nr. 11. Neu.

Die **Frage der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit** fährt fort, den ersten Platz im öffentlichen Leben Frankreichs einzunehmen. Das Dekret vom 20. Januar 1912, welches die Zusammensetzung und den Modus der Einberufung des Obersten Kriegsrates bestimmt und auf Initiative des Ministeriums Poincaré erlassen worden war, verleiht zum ersten Male dem Präsidenten der Republik das Recht, den Kriegsrat unter seinem Vorsitze, wenn es ihm nötig erscheint, einzuberufen. In diesem Falle wohnt der Ministerpräsident den Sitzungen bei. Nachdem der Ministerrat sich in den ersten Tagen des März mit dem Entwurfe der allgemeinen dreijährigen Dienstzeit ohne Vergünstigungen befaßt und denselben angenommen hatte, **beschloß der Präsident der Republik, noch vor Einbringung dieser Vorlage in das Parlament, das ihm zustehende Recht auszuüben und den Obersten Kriegsrat am 4. März im Elysée zu versammeln.** Er hat die Ansicht eines jeden Generals einzeln angehört, wodurch die Frage der nationalen Verteidigung allseitig erörtert worden ist. **Am Abend ist eine offizielle Kundgebung veröffentlicht worden, der Kriegsrat habe es für durchaus notwendig gehalten, im militärischen Interesse der nationalen Verteidigung das Heer zu vergrößern;** nachdem die verschiedenen Mittel, die diesem Zwecke dienen können, geprüft worden waren — z. B. das System der Kapitulanten, die monatliche Einberufung der Reservisten, 27- oder 30-monatliche Dienstpflicht — hat der Kriegsrat dieselben einstimmig als ungenügend befunden; einstimmig auch hat er sich zugunsten der dreijährigen Dienstzeit ausgesprochen und zwar einer für alle gleichen Dienstpflicht ohne jede Vergünstigung. Am nächsten Morgen hat der Ministerrat den endgültigen Text des Gesetzentwurfes angenommen und beschlossen, diesen noch am selben Tage der Deputiertenkammer vorzulegen und die Vertrauensfrage zu stellen. Ich habe die Ehre, den Text dieses Gesetzentwurfes mit den entsprechenden Erläuterungen beizufügen.

Das durchaus ungewöhnliche Vorgehen des Präsidenten der Republik, als Hauptes der Armee, in einer für Frankreich so wichtigen Frage, hat, wenn auch die Popularität Poincarés ständig zunimmt, und völlige Solidarität mit der das nationale Ziel ruhig und fest verfolgenden Regierung besteht, doch auf alle Klassen des französischen Volkes einen außerordentlich starken Eindruck gemacht. Von allen Seiten, von den Schulbänken und von den „militärischen Vorbereitungsgesellschaften" *(de préparations militaires)*, von seiten der Volksschullehrer und vielen anderen Gruppen, sind dem Präsidenten der Republik Versicherungen zugegangen, man sei durchaus bereit, die nationale Pflicht fest zu erfüllen, alle Opfer zur Verteidigung des Vaterlandes zu bringen. Es ist der Eindruck entstanden, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit sei aus den Grenzen der parlamentarischen Debatten herausgetreten und sei zu einer allgemein patriotischen Angelegenheit geworden. Am 6. März hat der Kriegsminister den

Gesetzentwurf der Deputiertenkammer vorgelegt. Von den Sozialisten ist er mit dem wilden Geschrei: „Reaktion! Nieder mit dem Empire!“ empfangen worden, von den Radikalsozialisten mit einer abwartenden Haltung, welch letztere seinerzeit die zweijährige Dienstzeit eingeführt hatten, und von der Majorität der Deputiertenkammer mit Händeklatschen und Ovationen. Nach vergeblichen Versuchen des Vorsitzenden, dem Lärm ein Ende zu bereiten, wobei er drohte, die Sitzung aufzuheben. ist es Etienne gelungen, sowohl das Gesetz selbst vorzulegen, als auch dasselbe zu begründen. Der dem Parlamente vorgelegte Entwurf wird im Grund genommen die Kriegspräsenzstärke der französischen Armee nicht erhöhen, wird aber die numerische Stärke der Armee in Friedenszeiten um ungefähr 160 000 Mann vergrößern. Die Cadres, besonders der im Osten befindlichen Truppenteile, werden fast bis zu normalem Kriegsbestande gebracht werden (200 Mann in der Kompagnie), während eine Kompagnie jetzt nur aus 130—150 Mann besteht. Im Innern des Landes werden die Kompagnien bis zu 150 Mann verstärkt werden, statt des augenblicklichen Bestandes von ungefähr 110 Mann. Die Kriegsbereitschaft der Armee wird in hohem Maße erhöht werden, die Mobilisation besser gewährleistet, und die Schulung der Armee wird den neuzeitlichen Forderungen entsprechen. Das Kriegsministerium beabsichtigt, die Erhöhung der Kontingente dazu zu benutzen, um die nötigen Vervollkommnungen einzuführen: den Kavalleriedivisionen besondere Formationen aus drei Batterien beizugeben. Feldmörserbatterien und Batterien weittragender Geschütze zu schaffen, das militärische Luftfahrtwesen weiter zu entwickeln usw. Die dreijährige Dienstzeit wird in diesem Jahre eingeführt werden, indem man die Klasse 1911 unter den Fahnen behält. Das Militärgesetz des Jahres 1905 hat das Prinzip der für alle gleichen Dienstpflicht ohne jegliche Vergünstigung für Bildung oder andere Ursachen eingeführt. Dieses Prinzip ist auch im vorliegenden Gesetzentwurf beibehalten worden, wobei jedoch für Rekruten, die zu Familien gehören, welche fünf oder mehr Kinder haben, die Dienstzeit um 6—12 Monate verkürzt wird. Zurzeit wird der Gesetzentwurf der dreijährigen Dienstzeit in den Parlamentskommissionen beraten. Er wird in allernächster Zeit der Bestätigung des Parlaments unterbreitet werden, und man muß annehmen, daß im Notfalle die parlamentarische Session verlängert werden wird, um die für Frankreich so wichtige militärische Reform jetzt noch durchzuführen.

Beilage 17: Brief Poincarés an den Zaren vom 20. März 1913.

Teurer und großer Freund!

Ich will mich nicht mit dem Beglaubigungsschreiben begnügen, welches ich M. Delcassé übergeben habe, und ich will die Abreise unseres Botschafters benutzen, um E. M. die Versicherung meiner unveränderlichen Gefühle zu erneuern.

Indem die Mission, Frankreich bei E. M. zu vertreten, einer hervorragenden politischen Persönlichkeit anvertraut wird, welche in internationalen Fragen ganz besonders bewandert ist, hat die Regierung der Republik versucht, die Allianz zwischen unseren beiden Ländern noch enger zu gestalten, und einen engen und ständigen Kontakt mit der Kaiserlichen Regierung aufrechtzuerhalten.

Ich brauche E. M. nicht zu sagen, daß im Laufe der letzten Monate M. Delcassé, als Marineminister in meinem Kabinett, an allen Problemen der auswärtigen Politik, welche durch die Balkankrise aufgeworfen sind, ein Interesse genommen und den Gang der Ereignisse sehr aufmerksam verfolgt hat. Er kennt die geringsten Einzelheiten der Verhandlungen und ist mehr als jemand anderes in der Lage, sich mit M. Sasonow zu verständigen, um ein gemeinsames Vorgehen unserer beiden Diplomatien zu gewährleisten.

Andererseits, **als ich die Ehre hatte, im letzten Jahre von E. M. in Peterhof empfangen zu werden, habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Zweckmäßigkeit gelenkt, entsprechend der Ansicht unserer Generalstäbe, die Erbauung gewisser Eisenbahnlinien an der Westgrenze des Kaiserreiches zu beschleunigen. Die große militärische Anstrengung, welche die französische Regierung zur Erhaltung des Gleichgewichtes der europäischen Kräfte machen will, läßt heute die entsprechenden Maßnahmen als ganz besonders dringlich erscheinen über deren Notwendigkeit die Generalstäbe der beiden**

verbündeten Länder sich geeinigt haben. M. Delcassé wird mit E. M. und der Kaiserlichen Regierung über diese wichtigen Fragen sprechen, ebenso wie über alle diejenigen, welche die Betätigung *(le fonctionnement)* der Allianz betreffen, und uns erlauben, noch wirkungsvoller über der Erhaltung des Friedens zu wachen.

Ich wäre glücklich, wenn E. M. unserm Botschafter einen wohlwollenden Empfang bereiten und ihm durch Ihr hohes Wohlwollen eine Mission erleichtern würden, welche, wie ich hoffe, für unsere beiden Nationen von Nutzen sein wird.

Ich bitte E. M. erneut, den Ausdruck meiner Gefühle treuer Freundschaft entgegennehmen zu wollen. [L'Humanité vom 30. Mai 1922. Nr. 6639.]

Beilage 18: Entwurf einer Allerhöchsten Antwort an den Präsidenten der französischen Republik vom 17./30. März 1913. Neu.

Teurer und großer Freund!

In Beantwortung des persönlichen Briefes, den mir M. Delcassé gleichzeitig mit seinem Beglaubigungsschreiben in Ihrem Namen überreicht hat, will ich Ihnen sagen, mit wie großem Vergnügen ich die hervorragende Persönlichkeit wiedergesehen habe, welcher zu begegnen ich bereits Gelegenheit hatte, und welche Sie als Botschafter der Republik bei mir beglaubigt haben.

Die vorhergehende Tätigkeit M. Delcassés als Außenminister und in letzter Zeit als Marineminister bietet genügend Beweise seiner Gefühle für Rußland, um ihm hier alle Sympathien zu sichern. Auf diese Weise findet er hier gleich nach seiner Ankunft das Terrain im voraus vorbereitet, um seine Talente in einer engen Arbeitsgemeinschaft mit meiner Regierung anzuwenden. Was die Frage der strategischen Bahnen anbelangt, welche er besprechen soll, und auf welche Sie meine besondere Aufmerksamkeit lenken, — so bildet dieselbe, auf meinen Befehl, den Gegenstand einer ernstlichen Prüfung von seiten meines Generalstabes.

Die Erhaltung des Gleichgewichtes der europäischen Kräfte bildet eine wichtige Bedingung der Erhaltung des Friedens, und ich teile völlig Ihre Ansicht hinsichtlich der Wichtigkeit der entsprechenden Maßnahmen, welche zur Verstärkung unserer beiden verbündeten Armeen ergriffen werden müssen. **In diesem Sinne verfolge ich mit aufrichtiger Befriedigung die neue militärische Anstrengung, zu der sich die heldenmütige französische Nation soeben anschickt,** und ich kann Sie versichern, daß in dieser Hinsicht Rußland seinerseits nicht zurückbleiben wird.

Empfangen Sie, mein teurer und großer Freund, den Ausdruck meiner aufrichtigen und treuen Freundschaft.

Beilage 19: Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, an Herrn Davignon, Minister des Äußern. Paris, den 17. April 1913.

Herr Minister!

Man kennt noch nicht die endgültigen Ergebnisse der Untersuchung in Nancy über die deutsch-französischen Zwischenfälle, mit der die Regierung einen hohen Beamten, Herrn Ogier, betraut hat.

Die zahlreichen Korrespondenzen, die die Zeitungen veröffentlichten, erwecken jedoch den Eindruck, den ich schon gestern zu berichten die Ehre hatte, daß die Tatsachen keine genügende Bedeutung hatten, um die Schilderhebung eines Teils der deutschen Presse und die Worte des Unterstaatssekretärs des Äußern im Berliner Parlament zu rechtfertigen.

Aber zweifellos werden diese Tatsachen auch beweisen — worüber ich schon mehrfach die Ehre hatte, Ihnen zu berichten —, daß die öffentliche Meinung in Frankreich mehr und mehr chauvinistisch und unbesonnen wird. Man sollte Maßregeln ergreifen, um diese Strömung einzudämmen, die die Regierung seit den Zwischenfällen von Agadir und der Bildung des Ministeriums Poincaré-Millerand-Delcassé wahrhaft ermutigt hat.

Heute morgen bringt das „Journal" einen diesbezüglichen Artikel von Victor Margueritte mit der Überschrift: „An die Grenze." Ich gestatte mir, auf ihn hinzuweisen.

Ich bin usw. (gez.) Guillaume.

[Auswärtiges Amt / Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 122.]

Beilage 20: Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, an Herrn Davignon, Minister des Äußern. Paris, den 12. Juni 1913.

Herr Minister!

Die Zeitungen haben angekündigt, daß der Ministerrat beschlossen hat, die Deputiertenkammer zu bitten, in nächster Zeit der Beratung des Militärgesetzes, dessen Annahme er vor den Parlamentsferien zu sichern entschlossen ist, außerordentliche Sitzungen zu widmen.

Die Tatsache ist richtig; sie wurde mir vom Minister des Äußern bestätigt. Die Regierung meint, daß das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit vor dem Auseinandergehen der Kammer angenommen werden müsse, selbst wenn diese über den 14. Juli hinaus tagen müßte.

Herr Pichon ist des Erfolges des genannten Gesetzes sicher. „Wir werden", sagte er mir, „eine gute Majorität für das Prinzip haben; die folgenden Artikel werden unterschiedliche Stimmzahlen auf sich vereinigen, und für die Vorlage im ganzen werden wir dann eine noch größere Anzahl von dafür abgegebenen Stimmen haben, als bei der Abstimmung über das Prinzip."

Es steht also nunmehr fest, daß in die französische Gesetzgebung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das Land wahrscheinlich nicht lange ertragen kann. Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben, die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald protestieren wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. Für die, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird es eine schwere Verantwortung sein. Man folgt ihnen in einer Art von Kopflosigkeit, von interessantem, aber beklagenswertem Wahnsinn. Auf die Gefahr hin, als Hochverräter zu gelten, ist es heute verboten, an der Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit auch nur zu zweifeln. Jedermann ist sich darüber klar, daß die Nation als solche weit davon entfernt ist, der Reform, die man vorbereitet, günstig gegenüberzustehen, und versteht die Gefahr, die der Zukunft droht; aber man verschließt seine Augen und fährt fort.

Die Propaganda zugunsten des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit, durch die ein Wiedererstehen des Chauvinismus herbeigeführt werden soll, war ausgezeichnet vorbereitet und durchgeführt; sie fing damit an, die Wahl des Herrn Poincaré zum Präsidenten der Republik zu fördern; sie setzt heute ihr Werk fort, ohne sich um die Gefahren zu kümmern, die sie hervorruft; das Unbehagen im Lande ist groß.

Ich bin usw. (gez.) Guillaume.

[Auswärtiges Amt / Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 124.]

Beilage 21: Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 14./27. Juni 1913.

Nr. 572.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen. Er erklärte mir, er sei von den Resultaten des **Besuches Poincarés und Pichons in London** außerordentlich befriedigt. Dasselbe ist mir gestern von Pichon gesagt worden, der mir erklärte, die Kabinette von London und Paris seien in allen Punkten vollkommen einig. Grey erzählte mir, daß, abgesehen von Erwägungen der allgemeinen Politik und der Entente zwischen den drei Mächten, die Unterredungen zwischen ihm und Pichon und später zwischen ihm und Poincaré im Beisein Nicolsons und Cambons sich hauptsächlich auf schwebende Tagesfragen bezogen hätten. Was Albanien anbelangt, hat man über die Notwendigkeit gesprochen, eine provisorische Organisation zu schaffen, ohne die Möglichkeit einer definitiven Regelung in Zukunft auszuschließen, die jedoch jetzt auf der Botschafterkonferenz zu erreichen unmöglich sei. Hinsichtlich der südlichen Grenze Albaniens sind die englischen und französischen Minister übereingekommen, daß keine der beiden Mächte geneigt ist, die Überlassung Koritzas an Griechenland mit Waffengewalt zu unterstützen, und daß man daher auf den Greyschen Vorschlag einer internationalen Kommission zurückgreifen müsse; da aber Österreich diesen Vorschlag abgelehnt habe, so müsse

man beim Wiener Kabinett anfragen, unter welchen Bedingungen es diesen Vorschlag anzunehmen geneigt wäre. Der französische Standpunkt geht dahin, daß, wenn Österreich auf der Überlassung Koritzas an Albanien bestehe, man auf dieser Basis verhandeln müsse. Grey ist diesem Standpunkt beigetreten und hat ein dementsprechendes Telegramm nach Wien abgeschickt.

Ihrem Wunsche gemäß haben Grey und Pichon beraten, welche Haltung wir einnehmen sollten, wenn Feindseligkeiten zwischen den Balkanallierten ausbrechen. Keiner von beiden sieht ein anderes Mittel, einen allgemeinen Krieg zu vermeiden, als das Prinzip der Intervention, wenn Österreich hiermit einverstanden ist. Grey glaubt, Österreich werde möglicherweise die Bedingung stellen, daß die von den Mächten getroffenen Entscheidungen auf alle Fälle aufrechterhalten werden müssen; er glaubt ebenso wie Pichon, daß eine derartige Bedingung annehmbar und vielleicht sogar nützlich sei.

Die Minister haben sich auch noch mit der asiatischen Türkei beschäftigt. Sie sind übereingekommen, daß eine Teilung in Einflußsphären nicht möglich sei, da diese erstens die Einmischung auch anderer Mächte als derjenigen der Tripelentente nach sich ziehen würde und dann zu der Aufteilung der Türkei führen müsse, was eine neue Krise ohne jede Hoffnung, diesmal einen Krieg zu vermeiden, herbeiführen würde. Sie sind folglich übereingekommen, daß es nötig sei, die Türkei in einem gewissen Maße zu stützen, und zwar durch Mittel, über die zwischen allen Mächten eine Einigung erzielt werden muß.

Grey ist mit seinen Auseinandersetzungen mit Poincaré und Pichon ganz außerordentlich zufrieden, da sie, ebenso wie der den französischen Ministern von der englischen Bevölkerung erwiesene Empfang, die Entente ganz besonders gekräftigt hätten. Es besteht kein Zweifel, daß der Poincaré erwiesene Empfang an Wärme die Besuche Loubets und Fallières übertroffen hat. Dies ist stark zum Ausdruck gekommen. Cambon hat mir gegenüber alles von Grey Gesagte bestätigt und nur hinzugefügt, daß Ihr Argyrokastro betreffender Vorschlag erörtert worden sei, daß man aber zu der Überzeugung gelangt sei, daß Griechenland auf keinen Fall auf Argyrokastro rechnen könne und daß Italien sich in dieser Hinsicht mit der Unterstützung Österreichs und Deutschlands ebenso unnachgiebig zeigen wird, wie Österreich hinsichtlich Koritzas. Die Minister haben außerdem über Marokko und Kolonialfragen gesprochen, doch habe ich nicht weiter auf Einzelheiten bestanden.

[B. von Siebert / Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, Berlin und Leipzig 1921, S. 804/805.]

Beilage 22: Telegramm Iswolskis an Sasonow. Paris, 23. Dezember / 5. Januar 1913/14. Nr. 616. Neu.

In den letzten Tagen brachten die hiesigen Zeitungen viele widersprechende Gerüchte über eine **bevorstehende Fahrt des Präsidenten der Republik nach Rußland.** Heute hatte ich eine Zusammenkunft mit Poincaré, der mir sagte, daß er tatsächlich sehr glücklich sein würde, Seiner Majestät dem Kaiser im kommenden Sommer einen Besuch abzustatten, wenn das Seine Majestät wünschen wollten. Er bat mich, mich während meines bevorstehenden Aufenthaltes in Petersburg über den Allerhöchsten Willen zu unterrichten und die Einzelheiten über den Ort, die Zeit und die anderen Bedingungen der Zusamenkunft klarzustellen.

Beilage 23: Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, an Herrn Davignon, Minister des Äußern. Paris, den 16. Jan. 1914.

Herr Minister!

Mehrfach hatte ich schon die Ehre, Ihnen von den ersten Kundgebungen der neuen politischen Gruppierung zu berichten, die Herr Briand mit Unterstützung der Herren Barthou, Pichon und Konsorten bewirkt hat. Diese Aktion tritt immer schärfer hervor; Herr Briand ist soeben zum Vorsitzenden der Gruppe erklärt worden, und die Propaganda wird fortgesetzt.

Diese Bewegung wird sicherlich auf die nächsten Wahlen Einfluß haben; man darf sich aber fragen, ob sie die Bedeutung erlangen wird, die ihre Urheber wünschen, wenn man bedenkt, daß so einflußreiche Politiker von gemäßigter und verhältnismäßig konservativer Richtung wie die Herren Ribot, Develle, Méline und viele andere sich bis jetzt von ihr ferngehalten haben.

Wie dem auch sei, jedenfalls ist diese Aktion interessant; sie kann bewirken, daß der Parteifanatismus der Politiker sich mäßigt, und hat das bestimmte Ziel, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit zu stützen und dauernd zu sichern. Wäre ich Franzose, so glaube ich wohl, daß meine Sympathien der von Briand erdachten Gruppierung gehören würden, die im Vergleich zu den jetzigen Zuständen einen Fortschritt bedeuten würde; doch ich bin Belgier und daher gezwungen, die Dinge, die sich vor meinen Augen abspielen, unter einem anderen Gesichtswinkel zu betrachten.

Es scheint mir sicher, daß wir mehr Interesse daran hätten, die Politik des Herrn Caillaux — der Radikalen und radikalen Sozialisten erfolgreich zu sehen. Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, **daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa — und für Belgien.** Darin erblicke ich die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht; nicht als ob ich zu der Annahme berechtigt wäre, daß die französische Regierung vorsätzlich den Frieden stören will — ich glaube eher das Gegenteil —, sondern weil die Haltung des Kabinetts Barthou meiner Ansicht nach das Anschwellen militaristischer Neigungen in Deutschland hervorgerufen hat.

Die Kriegsgelüste der Türkei und das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit scheinen mir die einzigen Gefahren zu bilden, die den Frieden Europas bedrohen. Ich glaube, die Gefahren darlegen zu können, die die gegenwärtige Heeresgesetzgebung der Republik in sich birgt.

Frankreich durch den Geburtenrückgang geschwächt, kann nicht lange das System des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit ertragen. Die Anstrengung ist zu groß, sowohl in finanzieller Hinsicht, wie im Hinblick auf die persönlichen Lasten. Eine solche Anstrengung wird Frankreich nicht ertragen können, und was wird es tun, um aus der schwierigen Lage herauszukommen, in der es sich befinden wird? Alle Welt stimmt darin überein, daß die 50 000 Mann, die das Amendement Vincent dem Kontingent hinzugefügt hat, überflüssig und unnütz sind. Man sucht nach einem Mittel, sich auf eine angemessene und elegante Art davon zu befreien; aber was dann?

Es ist nicht zu erwarten, daß, wenigstens für den Augenblick, die Parteien und die Männer, die große Anstrengungen gemacht haben, um das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit zur Annahme zu bringen, zu einer Umkehr in ihrer militaristischen Politik geneigt sein oder ihr gar wohlwollend gegenüberstehen könnten. Dazu kommt noch Marokko, wo General Liautey beträchtliche Verstärkungen verlangt, um die ihm gegebene Truppenmacht auf eine Stärke von 100 000 oder 150 000 Mann zu bringen; er will endgültig die Vereinigung von Algier und Marokko herstellen. Man wendet heute indirekte Mittel an; um teures Geld kauft man die Kamele der Stämme, die man für sich gewinnen will, und beraubt sie so ihrer Aktionsfähigkeit. Aber das Mittel ist zu teuer, und seine Anwendung geht zu langsam. Zwischen Marokko und Algier gibt es bedrohliche Stämme, gegen die beträchtliche Streitkräfte notwendig sind. Eine Verstärkung von 60—80 000 Mann ist daher erforderlich, und diejenigen, welche für sofortiges Aufnehmen dieser Politik eintreten, werden nicht für ein Nachlassen in der militärischen Kräfteanspannung zu haben sein, die in Frankreich eingesetzt hat.

Herr Caillaux hat gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit gestimmt; die Zahl der Politiker, die ihn unterstützen und seine Ansicht in dieser Hinsicht teilen, ist groß. Unter dem Einfluß von hochstehenden Persönlichkeiten der Republik hat der Ministerpräsident versprochen, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit loyal durchzuführen; aber es ist wohl nicht übertrieben anzunehmen, daß er ebenso wie seine Freunde im Innern weiter daran denkt, die gegenwärtig bestehenden Härten erheblich zu mildern.

Herr Caillaux, der der eigentliche Ministerpräsident ist, neigt bekanntlich zu einer Annäherung an Deutschland; er ist ein ausgezeichneter Kenner seines Landes und weiß, daß abgesehen von den politischen Führern, einer Handvoll Chauvinisten und von Leuten, die ihre Gedanken und Neigungen nicht einzugestehen wagen, die Mehrheit der Franzosen — Bauern, Kaufleute, Industrielle — nur widerwillig die übermäßigen Ausgaben und persönlichen Lasten erträgt, die man ihnen auferlegt.

Die eigentliche Wahlkampagne wird beginnen; ich zweifle nicht daran, daß das Ergebnis dieser Stimmungen der von Herrn Briand gebildeten Gruppierung die Wage halten wird. Auf alle mögliche Art und Weise sucht man die Politik des Herrn Caillaux mattzulegen; man will verhindern, daß er die nächsten Wahlen macht; niemand kann in diesem Augenblick die Ergebnisse dieses Kampfes voraussehen. Aber ich legte Wert darauf, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir als Belgier sicherlich nicht den Sturz von Caillaux wünschen können. Dieser Staatsmann kann wohl für die Finanzen seines Landes gefährlich werden; er kann ungesunde und im Interesse der inneren Politik Frankreichs bedauerliche Spaltungen hervorrufen, aber seine Beteiligung an der Regierung wird, meiner Meinung nach, die internationalen Reibungsflächen verringern und eine bessere Grundlage für die deutsch-französischen Beziehungen bilden.

Ich bin usw. (gez.) Guillaume.

[Auswärtiges Amt / Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 127.]

Beilage 24: Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, an Herrn Davignon, Minister des Äußern. Paris, den 10. März 1914.

Herr Minister!

Mit Beginn der guten Jahreszeit wird der Präsident der Republik die Rundreise durch die verschiedenen Departements Frankreichs wieder aufnehmen, in denen man nach seinem Besuch verlangt. Aus allen Gegenden des Landes lädt man ihn ein, und er nimmt fast immer diese Aufforderungen an, die ihm schmeicheln und seiner Politik nützlich sind. Er kennt den Zauber, den seine Persönlichkeit ausstrahlt. Er ist sich des ständigen Erfolges seiner Rede bewußt. Seine Sprache ist immer geschickt und glänzend; er bereitet seine Ansprachen sorgfältig vor, in denen er Banalitäten vermeidet, sagt, was zu sagen ist, indem er in beredter Weise an die Vergangenheit der Gegenden, die er besucht, erinnert, eine genaue Kenntnis ihrer Bedürfnisse und ihrer Wünsche an den Tag legt und in diese Betrachtungen eine mehr oder minder chauvinistische und ermutigende Note einfließen läßt, die der Bevölkerung schmeichelt. Herr Poincaré ist unbestritten ein Meister der Rede, und er bedient sich geschickt dieser Fertigkeit — sowohl in den Departements wie auch in Paris selbst —, wo er sie mit einer Beharrlichkeit und einer Ausdauer, die durch nichts zu beeinträchtigen ist, ausübt. Man kennt diese Neigung des Präsidenten, und es gibt keinen Verein, so bescheiden er auch wäre, der nicht den Präsidenten einlüde, seinen Banketts und Versammlungen beizuwohnen. Er nimmt diese Einladung immer an und bezaubert jeden durch seine Liebenswürdigkeit und seine Beredsamkeit.

Aber man findet, daß er sich zu oft zeigt. Eine große Anzahl Leute teilt nicht seine politischen Ansichten und Aspirationen; sie kritisieren dieses fortwährende Haschen nach einer Popularität, die sie erschreckt und beunruhigt. Seine Gewohnheit, Frau Poincaré bei den meisten Gelegenheiten mitzubringen, wird auch kritisiert. Man behauptet, daß das Gewohnheiten seien, die die politischen Sitten des Landes von den republikanischen Gebräuchen abbrächten, die doch unantastbar bleiben sollten.

Die Bevölkerungsschichten, in deren Mitte sich der Präsident der Republik, sei es in den Departements, sei es in Paris, ergeht, sind in der Regel von seinem Besuch geschmeichelt, und in vielen Winkeln Frankreichs ist seine Ankunft das Signal zur Verleihung von Auszeichnungen, für angenehme Geschenke und für die Erlangung kommerzieller und ökonomischer Vorteile; aber es ist oft gefährlich, zu sehr auf die Dankbarkeit der Menschen zu rechnen.

Die Gruppen, die gegen die Erhebung des Herrn Poincaré zum Präsidenten kämpften, rüsten nicht ab; sie warten im Gegenteil ungeduldig auf persönliche Erfolge, die die

öffentliche Meinung beeinflussen könnten; sie kämpfen auf anderen Gebieten, wo sie auch ihrerseits Vorteile erzielen.

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß der Sturz des Kabinetts Barthou dem Präsidenten der Republik sehr peinlich war. Er war sich über seine Bedeutung nicht im unklaren und verstand genau, daß seine eigene Person gemeint war. Der Umstand, daß er sich infolge des Abfalls einiger politischer Persönlichkeiten, auf die er rechnen zu können glaubte, gezwungen sah, die Macht Herrn Caillaux zu übertragen, indem er sie nominell Herrn Doumergue anvertraute, hat ihn stark verstimmt. Die Persönlichkeit des Finanzministers, dessen Verdienste er ebensogut kennt wie alle seine Schwächen, ist ihm höchst antipathisch. Er sah darin einen Mißerfolg der militaristischen und nationalistischen Politik, die er systematisch schon seit dem Tage verfolgt, an dem er als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung gestellt worden war.

Zusammen mit den Herren Delcasseé, Millerand und einigen anderen predigte er unablässig die politische und militärische Wiederaufrichtung Frankreichs im Verein mit der Schaffung engerer und vertrauensvollerer Beziehungen zu Rußland. Er ging als Ministerpräsident nach Petersburg; in einigen Monaten wird er als Präsident der Republik dorthin zurückkehren.

Er schickte kürzlich Herrn Delcassé dorthin, den er mit der Mission beauftragt hatte, mit allen Mitteln die Wohltaten der französisch-russischen Alliance zu unterstreichen und das große Kaiserreich zu einer Vergrößerung seiner militärischen Vorbereitungen zu veranlassen.

Man behauptet heute, daß Herr Delcassé den Bogen etwas überspannt habe, daß seine Mission nicht geglückt sei, daß er durch sein Drängen die hohen moskowitischen Kreise verstimmt habe und daß seine etwas vorzeitige Rückkehr jedenfalls zum Teil auf den geringen Erfolg zurückzuführen sei, den er in Petersburg persönlich gehabt habe.

Andere führen andere Gründe an: wie jedermann weiß, ist Herr Delcassé übertrieben ehrgeizig. Er will auf den Gipfel der französischen Hierarchie gelangen und träumt davon, morgen Ministerpräsident zu werden, um bald ins Elysée einzuziehen.

Er weiß besser als irgendeiner, daß Herr Poincaré zahlreiche Gegner hat, die nicht die Waffen niederlegen, daß sie alle Mittel anwenden werden, um ihm seine Präsidentschaft zu verleiden und ihn zum Rücktritt zu zwingen. Ihre Aufgabe wird mühsam sein, denn der sehr tätige und sehr intelligente Herr Poincaré kennt die Fallen, von denen er umgeben ist, und wird alle Anstrengungen machen, sie zu vermeiden. Er hängt übrigens außerordentlich an der hohen Stellung, die er erworben hat, und es besteht nur geringe Hoffnung, daß er sich, wie seinerzeit Herr Casimir Périer, zu einem freiwilligen Verzicht verstehen wird. Aber in Frankreich ist alles möglich; die Gegner des augenblicklichen Präsidenten können noch Mittel finden, an die man noch nicht gedacht hat, um ihm zu schaden — man behauptet, Herr Delcassé lege Wert darauf, in Paris zu sein, um keine Gelegenheit zu verpassen, seinen Ehrgeiz zu befriedigen. Seit seiner Rückkehr aus Petersburg hält er sich absichtlich zurück; das wird indes sicher nicht lange dauern.

Herr Poincaré, der in Versailles nicht nur der Erwählte eines Teils der republikanischen Partei war, sondern auch des Zentrums und der Rechten des Parlaments, war während der ersten Monate seines hohen Amtes eine Art Abgott für die konservativen Elemente der Kammer. Man schwor nur auf ihn und setzte in seine konservativen Neigungen das größte Vertrauen. Aber die Zeiten haben sich schon etwas geändert. Man macht ihm die Ehrenbezeigungen zum Vorwurf, die unter seiner Mitwirkung dem kürzlich verstorbenen General Picquart zuteil geworden sind, man wirft ihm vor, daß er das gegenwärtige Kabinett angenommen hat, und endlich, daß er das Wiederaufkommen der antikirchlichen Richtung in den Regierungskreisen, sowie neue Verfolgungen gegen gewisse religiöse Anstalten zugelassen habe. Die auf ihn gesetzten Erwartungen haben sich nicht erfüllt; das Vertrauen schwindet.

Zurzeit seiner Wahl in Versailles behaupteten viele Leute, daß, wenn er auch die besten Absichten und ein unbestreitbares Talent habe, er doch zu dauernder Kraftentfaltung und beharrlichem Widerstand unfähig sei. Sie erinnern heute an diese Urteile

am ersten Tage, und das hat der Popularität des Herrn Poincaré in gewissen Kreisen ziemlich Abbruch getan.

Von dem Augenblicke an, wo er ins Elysée einzog, suchte der Präsident eine Annäherung an seinen gefährlichsten Gegner, Herrn Clémenceau, aber dieser Versuch ist, wie jedermann weiß, nicht geglückt. Der Chefredakteur des „Homme libre" läßt keinen Tag vorübergehen, ohne seine heftige Kampagne gegen Herrn Poincaré fortzusetzen. Er hat während seiner langen Laufbahn schon eine große Anzahl von Ministerien zu Fall gebracht; diesmal hat er sich ein höheres Ziel gesteckt.

Ich bin usw. (gez.) Guillaume.

[Auswärtiges Amt / Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 130.]

Beilage 25: Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris, Iswolski, vom 20. März/2. April 1914. Nr. 23.

In dem Schreiben vom 5./18. März berührten Sie die **Frage eines engeren Zusammenschlusses zwischen Rußland und England** und drückten den Wunsch aus, meine Ansicht über den Gegenstand zu erfahren, um so mehr als die Möglichkeit vorläge, daß diese Frage bei dem **bevorstehenden Besuch König Georgs in Paris** von den Führern der französischen und englischen auswärtigen Politik berührt werden würde. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, Ihnen zu erklären, daß eine weitere Festigung und Ausgestaltung der sogenannten Tripelentente und wenn möglich ihre Umwandlung in einen neuen Dreibund mir als eine Aufgabe der Gegenwart erscheint. Die internationale Stellung Frankreichs, Rußlands und Englands vollständig sichernd, würde ein derartiges Bündnis wegen des Fehlens von Eroberungsgedanken der genannten Mächte niemanden bedrohen, aber die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens in Europa bedeuten.

Zwischen Frankreich und England sind schon einige Schritte zwecks Ausarbeitung möglichst einheitlichen Handelns und genauerer Präzisierung der beiderseitigen Verpflichtungen getan worden. Augenscheinlich müssen auch wir in derselben Richtung arbeiten, wobei hierauf bezügliche Fragen vielleicht mit einer ganzen Reihe von verhandlungsreifen Gegenständen verbunden werden könnten, welche die russischen und englischen Interessen in zahlreichen Gebieten nahe berühren.

Wie Sie wissen, ist leider die innere Lage in England zurzeit derart, daß sie die Aufmerksamkeit der königlichen Regierung und der Öffentlichkeit völlig absorbiert. Unter diesen Umständen ist der Boden für internationale Abmachungen, bezüglich deren die Engländer ihrer ganzen Natur nach so empfindlich sind, recht ungünstig, und wir müssen daher dieses Ziel nolens volens nur mit der größten Vorsicht verfolgen.

Trotzdem teile ich Ihre Ansicht, daß es nicht unzweckmäßig sein würde, wenn Poincaré und Doumergue anläßlich der Zusammenkunft mit König Georg und seinem Minister sie vertraulich darauf hinweisen würden, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein freudiges Ereignis begrüßt werden würde, welches für alle drei Teilhaber der gegenwärtigen Tripelentente gleichermaßen erwünscht sei. Die Festsetzung der Bedingungen, unter welchen ein derartiges politisches Abkommen zustandekommen könnte, würde natürlich unmittelbaren Verhandlungen zwischen Petersburg und London vorzubehalten sein; aber vielleicht hält es die französische Regierung für nützlich, Grey vorzuschlagen, uns den Inhalt des von Ihnen erwähnten, zwischen England und Frankreich abgeschlossenen politischen Abkommens gemeinsam mitzuteilen, welches dann als Grundlage für die Ausarbeitung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rußland und England dienen könnte.

[B. von Siebert / Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, Berlin und Leipzig 1921, S. 806/8.]

Beilage 26: Brief des russischen Botschafters in Paris, Iswolski, an den russischen Außenminister vom 27. März/9. April 1914.

Nach Empfang Ihres Briefes vom 20. März/2. April, Nr. 23, habe ich die erste Ge-

legenheit benutzt, um noch einmal im Gespräche mit Doumergue die **Frage eines engeren Einvernehmens zwischen Rußland und England zu berühren.** Doumergue bestätigte mir in bestimmtester Weise seine Absicht, sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Grey dahin auszusprechen, daß ein derartiges Abkommen erwünscht sei. Er meint, daß es ihm sehr leicht sein werde, überzeugende Argumente zugunsten dieses Gedankens anzuführen, weil es ganz augenscheinlich ist, daß, da Frankreich besondere militärisch-maritime Vereinbarungen mit Rußland und England habe, dieses System durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Rußland und England koordiniert und ergänzt werden müsse. Doumergue glaubt, daß das russisch-englische Abkommen die Form einer Marinekonvention annehmen müßte, und daß dabei vielleicht technische Beratungen zwischen den drei Admiralstäben erforderlich sein würden.

Was die nach Abmachung mit Grey uns mitzuteilende politische Vereinbarung zwischen England und Frankreich anbetrifft, so bestätigte mir Doumergue, **daß Frankreich und England nicht durch positive politische Verpflichtungen gebunden sind, daß aber, wenn durch den Verlauf der Ereignisse beide Mächte zu gemeinsamem aktivem Handeln geführt werden, sie sich an die von den Generalstäben ausgearbeiteten technischen Abmachungen halten werden.** Doumergue fügte hinzu, er erinnere sich nicht, ob obiges in eine bestimmte Formel gefaßt sei, er verspricht aber, im Archiv des Ministeriums nachzuforschen und die von uns ausgesprochenen Wünsche im Auge zu behalten.

Bisher hatte ich nicht die Möglichkeit, das Gespräch über diesen Gegenstand mit Poincaré zu erneuern; er ist noch in Eze. Aber ich werde mich bemühen, ihn sofort nach seiner Rückkehr zu sehen und mit ihm den Inhalt Ihres Schreibens zu besprechen.
[B. von Siebert / Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, Berlin und Leipzig 1921, S. 808/9.]

Beilage 27: Paléologue, Botschafter Frankreichs in St. Petersburg, an den französischen Außenminister Doumergue in Paris. St. Petersburg, 18. April 1914, Nr. 154, 155.

[Eigenhändige Aufschrift des Zaren mit Blaustift: „Wahrscheinlich hat Buchanan meine Unterredung mit ihm an Paléologue mitgeteilt." Weiter von Sasonows Hand die Aufschrift mit Tinte: „Liwadia, den 11. April 1914." Offenbar hat also das Russische „Schwarze Kabinett" die in der Dokumentensammlung der Sowjetregierung faksimiliert wiedergegebene Depesche aufgefangen, dechiffriert und dem Zaren vorgelegt.]

(Chiffriert.) Vertraulich.

Es ist mir aus privater und sicherer Quelle (die Worte aus privater Quelle sind zweimal blau unterstrichen) bekannt, daß die ganze letzte Unterredung des Kaisers mit seinem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten vor der Abreise nach der Krim völlig der Frage eines anglo-russischen Bündnisses gewidmet war (am Rande ein Fragezeichen mit gewöhnlichem Bleistift). Bei der Beratung über die mehr oder weniger nahe Bedrohung durch einen Zusammenstoß zwischen Rußland und Deutschland faßte Seine Majestät auch die Möglichkeit der Erneuerung von Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei ins Auge. In diesem Falle wird die Ottomanische Regierung die Meerengen schließen. Dieser Maßnahme gegenüber würde Rußland nicht gleichgültig bleiben dürfen, da sie für seinen Handel und sein Prestige so schädlich sein würde. „Um die Meerengen von neuem zu öffnen," sagte Seine Majestät, „werde ich Gewalt anwenden."

Wird aber Deutschland dann nicht auf seiten der Türkei stehen? In dieser möglichen Einmischung Deutschlands sah Kaiser Nikolaus die Hauptgefahr neuer Verwicklungen, die dem Orient drohen. Und nun hofft er auf schnellen Abschluß eines Abkommens mit England, um die Türkei zu verhindern, die Hilfe Deutschlands zu erhalten, und insbesondere, um sich selbst (im Original folgt eine Lücke) zu sichern.

Ich erlaube mir, Euere Exzellenz daran zu erinnern, daß Kaiser Nikolaus mir erklärt hat, **er wäre dem Herrn Präsidenten sehr dankbar, wenn dieser bei einer Unterredung mit König Georg die Argumente erwähnt, die nach seiner Meinung die Annäherung in den anglo-russischen Beziehungen fördern.**

Würde der Herr Präsident es nicht für nötig halten, den Kaiser persönlich über das Ergebnis dieser Unterredung zu benachrichtigen? Ich weiß, daß Sasonow sich ebenfalls über jede Mitteilung aus Anlaß unserer Unterredung mit Sir Edward Grey freuen wird. [M. Pokrowski / Aus den Geheimarchiven des Zaren, Berlin 1919, S. 19.]

Beilage 28: Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, an Herrn Davignon, Minister des Äußern. Paris, den 8. Mai 1914.

Herr Minister!

Gestern hatte ich Gelegenheit, mit einem Pariser zu sprechen, der die internationale Lage am besten kennt; er sagte mir: „Der Besuch des Königs und der Königin von England ist vollkommen geglückt; die Sonne feierte mit, und die Franzosen lieben es, Kundgebungen zu veranstalten und „Hoch der König" zu rufen. Sie bereiteten daher ihren Gästen einen wahrhaft herzlichen Empfang; aber ich zweifle daran, daß diese Kundgebungen die geringste Änderung in der Politik der beiden Staaten nach sich ziehen werden. Der Trinkspruch des Königs Georg war übrigens offenkundig weniger herzlich als der des Herrn Poincaré.

Welcher Art sind die Verbindlichkeiten, die beide Staaten miteinander verknüpfen, haben sie eine Militärkonvention geschlossen? Ich weiß es nicht, aber ich vergesse nicht, daß überlegte und ernsthafte Köpfe etwas daran zweifeln, ob Frankreich am Tage eines europäischen Brandes bei den Engländern Hilfe finden würde. Es gibt sogar Leute, die nicht einmal an eine ernsthafte Unterstützung durch England zur See glauben.

Ich weiß, daß man gemeinhin von der Absicht der Engländer spricht, Truppen an der nordfranzösischen Küste zu landen und sie von dort unverzüglich nach Südosten zu schicken, um den italienischen Truppen den Weg zu verlegen. Das ist möglich; aber ich glaube zu wissen, daß die französischen Behörden die Aktion der italienischen Armee nicht hoch anschlagen, denn diese würde eine beträchtliche Zeit zur Mobilmachung brauchen.

Schließlich hört England nicht auf, mit Deutschland zu kokettieren. Ich habe in der letzten Zeit nicht erfahren können, was aus den deutsch-englischen Unterhandlungen über Angola und Mozambique geworden ist; doch wäre es interessant, über diesen Punkt Genaueres zu erfahren.

Unstreitig ist die französische Nation in diesen letzten Monaten chauvinistischer und selbstbewußter geworden. Dieselben berufenen und sachverständigen Persönlichkeiten, die vor zwei Jahren sehr lebhafte Befürchtungen bei der bloßen Erwähnung von möglichen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, stimmen jetzt einen anderen Ton an; sie behaupten des Sieges gewiß zu sein, machen viel Aufhebens von den übrigens wirklich vorhandenen Fortschritten, die die französische Armee gemacht hat, und behaupten, sicher zu sein, das deutsche Heer zum mindesten lange genug in Schach halten zu können, um Rußland Zeit zu lassen, mobil zu machen, Truppen zusammenzuziehen und sich auf seinen westlichen Nachbar zu stürzen.

Ich glaube, daß keines der beiden Länder ernstlich wünscht, das entsetzliche Würfelspiel eines Krieges zu wagen; aber bei dem französischen Volkscharakter steht immer zu befürchten, daß ein Zwischenfall in unglücklicher Darstellung das Volk oder besser gesagt, die nervösesten, ja die minderwertigsten Elemente der Bevölkerung dahin führt, eine Lage zu schaffen, die den Krieg unvermeidlich machen würde.

Ein erfahrener und hochgestellter Diplomat sagte neulich: „Wenn sich jetzt plötzlich eines Tages ein ernster Zwischenfall zwischen Frankreich und Deutschland ereignet, so werden die Staatsleute beider Länder sich bemühen müssen, ihm innerhalb der nächsten drei Tage eine friedliche Lösung zu geben, oder es gibt Krieg."

Eines der gefährlichsten Momente in der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum Gesetz der dreijährigen Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von 2 Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen. Verständige suchen der Lage durch eine die Auswüchse des Gesetzes beseitigende Abänderung desselben abzu-

helfen, ohne die Eigenliebe des Landes zu verletzen. So denkt man an eine Lösung auf Grund der jährlichen Einberufung der Reserven.

Die Stimmung der Presse ist in beiden Ländern schlecht. Die Kampagne, die in Deutschland gegen die Fremdenlegion geführt wird, ist äußerst ungeschickt, und der Ton der französischen Zeitungen ist andauernd bitter und aggressiv. Niemand hat genug Ansehen und ist unabhängig genug, um den Versuch zu machen, diese Lage der Dinge zu ändern, die aber von vielen verständigen Leuten verurteilt wird.

Vom Parlament ist nichts zu erwarten. Bereits der erste Wahlgang hat, wie wir es erwarteten, gezeigt, daß die nächste Kammer mit geringer Änderung ebenso aussehen wird wie die vorhergehende. Die Sozialisten können vielleicht einige Stimmen gewinnen, aber alles in allem werden die radikalen Sozialisten trotz ihrer Fehler und Irrtümer die Oberhand behalten. Wie man auch über die jüngsten Ereignisse denken mag, Herr Caillaux, der einzige Finanzmann, den heute die Kammer aufweist, scheint mit einem kleinen Zusatz von Galle und schlechter Laune der Lenker der französischen Politik bleiben zu sollen.

Ich habe usw. (gez.) Guillaume.

[Auswärtiges Amt / Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 134.]

Beilage 29: Baron Beyens, Gesandter Belgiens in Berlin, an Herrn Davignon, Minister des Äußern. Berlin, den 12. Juni 1914.

Herr Minister!

Seit zehn Tagen widmen die deutschen Zeitungen der französischen Ministerkrisis täglich Artikel an erster Stelle. Sie nimmt ihre Aufmerksamkeit ebenso wie die ihrer Leser in Anspruch. Die albanische Frage, die mexikanischen Wirren sind in den Hintergrund gerückt. Wie ich die Ehre hatte, Ihnen am 14. Mai d. J. zu berichten, hatten die Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften in Frankreich hier große Genugtuung hervorgerufen, die in der Sprache der Presse zum Ausdruck kam, jedoch mit der Einschränkung, daß von der Majorität der neuen Kammer keine sofortige Zurücknahme des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit zu erhoffen sei. Dieses Gesetz hat in der Tat in den Augen der Deutschen eine außerordentliche, meiner Meinung nach einigermaßen übertriebene Bedeutung gewonnen. Sie ist das Leitmotiv und der unvermeidliche Refrain ihrer Besprechungen über die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland. Sie sehen darin den offenkundigen Beweis für die agressiven Pläne, die sie bei den Leitern derselben vorausetzen.

Der Rücktritt des Kabinetts Doumergue, das Fiasko der Kombination Viviani und die Weigerung der Herren Deschanel, Delcassé und Jean Dupuy, die Verantwortung für die Bildung eines Ministeriums zu übernehmen, hatten der deutschen Presse die Zuversicht gegeben, daß ihr Wunsch in Erfüllung gehen werde, nämlich: die Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit durch eine radikal-sozialistische Majorität. Wenn aber alle Organe der deutschen öffentlichen Meinung von demselben Gedanken erfüllt waren, so kam er doch je nach der politischen Färbung der Blätter in sehr verschiedener Form zum Ausdruck. Da, wo die liberale Presse dem Triumph des französischen Radikalismus uneingeschränkten Beifall spendete, fanden die Alldeutschen nur Anlaß zu Hohn und verächtlichen Urteilen; man kann sogar sagen, daß die Mehrzahl der konservativen Zeitungen in ihren Urteilen es vollständig an Maß hat fehlen lassen. Alle sehen aber übereinstimmend in der hartnäckigen Weigerung der radikalen Sozialisten, in ein Ministerium einzutreten, das keine sofortige Lösung der Wehrfrage in Aussicht stellt, einen Feldzugsplan gegen das Elysée, da sich eine längere Ministerkrisis in eine Präsidentschaftskrisis umwandeln müsse.

Die Bildung eines Kabinetts unter dem Vorsitz des Herrn Ribot hat die Hoffnungen der deutschen Zeitungen enttäuscht. Sie wollen nicht glauben, daß das ehrenwerte Mitglied der Akademie trotz seines vorgerückten Alters und seines schlechten Gesundheitszustandes lediglich aus Patriotismus die undankbare Aufgabe übernommen habe, ein republikanisches Koalitionsministerium zu bilden. Sie sehen darin nur ein Entgegenkommen seinerseits gegenüber Herrn Poincaré. Hinsichtlich seiner Dauer verlas-

sen sie sich blind auf die Ansicht von Jaurès und die der französischen Radikalen; die „Vossische Zeitung" allerdings — die die parlamentarische Geschichte der Republik besser kennt — erinnert geflissentlich an der Hand der Beispiele Méline und Barthou daran, daß gewisse Ministerien, deren Schicksal von ihrem ersten Tage an besiegelt zu sein schien, ein zäheres Leben besaßen, als man angenommen hatte. In Wirklichkeit hat das französische Parlament, namentlich nach einer schwer zu lösenden Krise, selbst den am wenigsten lebensfähigen ministeriellen Kombinationen im allgemeinen einige Monate der Ruhe gegönnt.

Angesichts des Schauspiels, das uns Frankreich bietet, scheint es heute, als habe das Kabinett Barthou den Kräften und den Gefühlen des Landes zu viel zugemutet, indem es von ihm die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit verlangte, und als hätten die Deutschen recht, dies zu glauben. Das französische Volk zeigte bei dieser Gelegenheit nicht die patriotische Aufopferung, von welcher es bei anderen Gelegenheiten Beweis abgelegt hat. Das liegt zweifellos an der Verbreitung sozialistischer Ideen in den unteren Schichten der Nation. Wie dem auch sei, man muß sich doch fragen, ob nicht das Kabinett Barthou und der Präsident der Republik übereilt gehandelt haben; ob sie nicht von den wahren Absichten der Kaiserlichen Regierung, als sie letztes Jahr ihre Gesetzesvorlage über die Heeresverstärkung einbrachte, schlecht unterrichtet waren, und ob sie recht daran taten, Zug um Zug mit dem Gesetz über die dreijährige Dienstzeit zu antworten, anstatt sich zu vergewissern, ob die Verstärkung der deutschen Effektivbestände tatsächlich eine gegen Frankreich gerichtete Waffe bedeutete. Ich komme zu dem Schluß, daß, wie es Herr von Bethmann Hollweg auf der Tribüne des Reichstags sagte, die Gefahr eines Balkanbundes, der später einen großen Teil der österreichischen Kräfte lahmlegen könnte, der Hauptgrund für das deutsche Gesetz von 1913 gewesen ist. Einige Wochen nach der Einbringung dieses Gesetzes hatte der Balkanbund zu bestehen aufgehört. Aber die Kaiserliche Regierung befand sich einer neuen, von ihr nicht vorhergesehenen Gefahr gegenüber; der Einbringung eines Gesetzes über die Erhöhung der Präsenzstärke der französischen Armee, an die sich eine heftige Kampagne von Reden und Zeitungsartikeln gegen Deutschland anschloß. Das Ergebnis dieser Erregung, die die Franzosen an den Tag legten, war eine größere Spannung in den Beziehungen zum benachbarten Kaiserreich und das Aufkommen des Gedankens, der von den besten Köpfen dieses Landes fälschlicherweise verbreitet oder kritiklos hingenommen wird, daß der Krieg in naher Zukunft unvermeidlich ist, weil Frankreich ihn sehnlich wünsche und fieberhaft rüste, um sich darauf vorzubereiten. In Paris unterstellt man der Kaiserlichen Regierung dieselben Absichten; mehrere ihrer Miglieder haben allerdings bisweilen unglückliche Aussprüche getan; so der Kriegsminister mit seinem Wort von der „blitzschnellen Offensive" und dem „unerhofften Angriff", um dem deutschen Heere den Sieg zu sichern. Vielleicht handelt es sich noch heute nur um einen schrecklichen gegenseitigen Irrtum beider Völker. Die Mehrheit des französischen Volkes will gewiß keinen Krieg, und Deutschland braucht diesen Krieg nicht. In wenigen Jahren wird ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen ihm und seinem Nachbar nicht mehr möglich sein. Deutschland braucht sich nur zu gedulden, braucht nur im Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht dauernd weiter zu steigern, braucht nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Zentraleuropa zu herrschen. **Die Herren Barthou und Poincaré hätten daher vielleicht besser daran getan, die Frage mit größerer Kaltblütigkeit zu prüfen, ob es kein besseres Mittel zur Wahrung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland gab, als diesen Wettbewerb in den Rüstungen und die Erhöhung der Präsenzstärke, deren Lasten ersteres nicht so lange zu ertragen fähig ist als letzteres.**

Was man den Anhängern der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich ferner vorwerfen kann, ist das ständige Einbeziehen Rußlands in die Debatte über diese innere Frage — Rußlands, dessen politische Ziele undurchsichtig bleiben, das den Zweibund zu seinem ausschließlichen Vorteil leitet und das ebenfalls, ohne von Deutschland bedroht zu werden, seine Rüstungen in beängstigendem Maße vermehrt!

Was uns betrifft, so brauchen wir ja nicht, wie es leider unsere französische Presse tut, für oder gegen die Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit bei unseren Nachbarn Partei zu ergreifen. Aber wir können uns selbst folgende Frage vorlegen: würden nicht der Sieg der radikalen Partei über die um den Präsidenten der Republik gescharten gemäßigten Republikaner und die daraus sich ergebende Preisgabe des Militärgesetzes des Kabinetts Barthou für uns sehr günstige Ereignisse sein? Denn sie würden mehr als alles andere dazu beitragen, von unseren Grenzen die Gefahren eines Krieges fernzuhalten, dessen Folgen wir unbeschadet seines Ausganges fürchten müssen, sowie dazu, im Westen Europas wieder eine gesicherte Lage zu schaffen.

Genehmigen Sie usw. (gez.) Baron Beyens.

[Auswärtiges Amt / Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 138.]

Beilage 30: Mr. René Viviani, Ministerpräsident, an den interimistischen Minister des Auswärtigen, Mr. Bienvenu-Martin.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie dringlich die folgenden Informationen und Instruktionen an Herrn Dumaine (französischen Botschafter in Wien) übermitteln wollten:

Reval, 24. Juli 1914, 1 Uhr morgens.

Im Laufe meiner Unterhaltung mit dem russischen Minister des Auswärtigen haben wir die Gefahren ins Auge gefaßt, die aus einem etwaigen Schritte Österreich-Ungarns bei Serbien aus Anlaß des Attentats, dem der Erzherzog-Thronfolger zum Opfer fiel, entstehen könnten. Wir begegneten uns in der Auffassung, daß nichts unterlassen werden dürfe, um einer Forderung von Erklärungen oder irgendeiner Zumutung vorzubeugen, die einem Eingriff in die inneren Verhältnisse Serbiens gleichkäme und die dieses als eine Antastung seiner Souveränität und seiner Unabhängigkeit ansehen könnte.

Demzufolge haben wir es für angebracht erachtet, daß dem Grafen Berchtold in einer freundschaftlichen Unterhaltung Ratschläge im Sinne der Mäßigung gegeben würden, die geeignet wären, ihm begreiflich zu machen, wie übel beraten eine Intervention in Belgrad sein würde, in der man eine Drohung seitens des Wiener Kabinetts erblicken könnte.

Der englische Botschafter, der von Herrn Sasonow auf dem laufenden erhalten wurde, hat die Überzeugung ausgedrückt, daß seine Regierung sich zweifellos einem Schritt anschließen würde, der dahin zielt, eine den allgemeinen Frieden bedrohende Gefahr zu beseitigen, und hat in diesem Sinne an seine Regierung telegraphiert.

Herr Sasonow hat in diesem Sinne an Herrn Schebeko (russischen Botschafter in Wien) telegraphiert, ohne daß es sich hierbei um eine kollektive oder verabredete Aktion der Vertreter des Dreiverbandes in Wien handelt, **bitte ich Sie, sich über die Frage mit den Botschaftern Rußlands und Englands ins Einvernehmen zu setzen und sich mit ihnen über das beste Mittel zu verständigen, um, jeder für sich, unverzüglich dem Grafen Berchtold die Ratschläge zur Mäßigung zu erteilen, die uns die gegenwärtige Situation zu erheischen scheint.**

Ich füge hinzu, daß es am Platze sein dürfte, Herrn Paul Cambon (französischen Botschafter in London) zu bitten, bei Sir Edward Grey die Nützlichkeit dieses Schrittes zu vertreten und den Vorschlag zu unterstützen, den der englische Botschafter in Rußland zu diesem Zweck dem Foreign Office zu unterbreiten übernommen hat. Der Graf Benckendorff (russischer Botschafter in London) ist mit einer entsprechenden Empfehlung beauftragt.

[Eduard Bernstein / Dokumente zum Weltkrieg 1914. VII. Das Gelbbuch Frankreichs, Berlin 1915, S. 3.]

Beilage 31: Sir G. Buchanan, britischer Gesandter in St. Petersburg, an Sir Edward Grey. St. Petersburg, 24. Juli 1914.

Ich empfing diesen Morgen telephonische Mitteilung von Mr. Sasonow, daß der Text des österreichischen Ultimatums ihn soeben erreicht habe.

Seine Exzellenz fügte hinzu, daß eine Antwort innerhalb 48 Stunden verlangt werde,

nd bat mich, ihn auf der französischen Botschaft zu treffen, da der Schritt Österreichs eutlich beweise, daß der Krieg vor der Türe stehe.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte Österreichs Gebaren für sowohl provokatorisch wie unmoralisch. Es würde niemals diesen Schritt getan haben, renn es nicht Deutschland vorher angefragt hätte; einige seiner Forderungen könnten inmöglich angenommen werden. **Er hoffe, daß Seiner Majestät Regierung nicht verehlen werde, sich mit Rußland und Frankreich solidarisch zu erklären.**

Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich im Notfalle alle Verpflichtungen erfüllen würde, die sein Bündnis mit Rußland umschließe. Außerdem würde es Rußland bei allen diplomatischen Verhandlungen energisch unterstützen.

Ich sagte, ich würde Ihnen ausführlich darüber telegraphisch berichten, was Ihre Exzellenzen mir soeben gesagt hätten. Ich könne natürlich nicht im Namen von Seiner Majestät Regierung sprechen, meinerseits sähe ich aber keinen Grund, eine Solidaritätserklärung von Seiner Majestät Regierung zu erwarten, die eine bedingungslose Verpflichtung in sich schlösse, Rußland und Frankreich mit Waffengewalt zu unterstützen. England sei an Serbien in keiner Weise direkt interessiert, und ein Krieg um dieses Landes willen würde von der öffentlichen Meinung Englands niemals gutgeheißen werden.

Worauf Mr. Sasonow erwiderte, wir dürften nicht vergessen, daß die allgemeine europäische Frage aufgeworfen sei, von der die serbische Frage einen Teil bilde, und daß England es sich nicht leisten könne, sich von den jetzt zur Entscheidung gestellten Fragen auszuschließen.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen erklärte ich, ich entnähme aus ihnen, daß Seine Exzellenz vorschlage, Großbritannien solle sich an einer Mitteilung an Österreich beteiligen, die dahin ginge, daß dessen aktive Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens nicht geduldet werden könne. Aber angenommen, Österreich gehe trotzdem zu militärischen Maßnahmen gegen Serbien über, sei es die Absicht der russischen Regierung, in diesem Falle Österreich den Krieg zu erklären?

Mr. Sasonow sagte, er selbst glaube, daß jedenfalls die russische Mobilisierung durchgeführt werden müsse; indes werde diesen Nachmittag ein Ministerrat die ganze Frage in Erwägung ziehen. Eine weitere Sitzung werde wahrscheinlich morgen unter dem Vorsitz des Zaren stattfinden, in der eine Entscheidung getroffen werden würde.

Ich sagte, es scheine mir, der wichtigste Punkt sei, Österreich zur Verlängerung der gestellten Frist zu bewegen, und das erste, was zu geschehen habe, sei, auf Österreich einen Einfluß im Sinne dieses Zieles auszuüben; der französische Botschafter meinte aber, daß Österreich entweder sich entschlossen habe, sofort vorzugehen oder Bluff treibe. Was immer es sein möge, die einzige Möglichkeit, den Krieg abzuwenden, läge darin, daß wir fest und vereint aufträten. Er glaube nicht, daß Zeit wäre, meinen Vorschlag auszuführen. Ich erwiderte darauf, es schiene mir wünschenswert, daß wir erst einmal erführen, wie weit Serbien bereit sei, den von Österreich in seiner Note formulierten Forderungen zu entsprechen. Mr. Sasonow antwortete, er müsse erst mit seinen Kollegen darüber sprechen, doch könnte einigen der österreichischen Forderungen unzweifelhaft von Serbien entsprochen werden.

Der französische Botschafter und Mr. Sasonow fuhren fort, mich um eine Erklärung vollständiger Solidarität der Regierung Englands mit den Regierungen Frankreichs und Rußlands zu drängen, und ich sagte ihnen daher, es scheine mir möglich, daß Sie vielleicht gewillt sein würden, den Botschaftern Deutschlands und Österreichs starke Vorstellungen zu machen und ihnen eindringlich darzulegen, daß ein Angriff Österreichs auf Serbien den ganzen Frieden Europas gefährden würde ... Mr. Sasonow erwiderte, daß, wenn der Krieg ausbräche, wir früher oder später doch hineingezogen würden; wir würden den Krieg nur wahrscheinlicher gemacht haben, wenn wir nicht von Anfang an gemeinsame Sache mit seinem Lande und Frankreich machten. Jedenfalls hoffe er, die englische Regierung werde starken Tadel über Österreichs Vorgehen ausdrücken.

Der Präsident der französischen Republik und der Ministerpräsident können auf ihrer Heimreise von Rußland vor vier oder fünf Tagen Frankreich nicht erreichen, und es

sieht so aus, als ob Österreich absichtlich diesen Zeitpunkt gewählt hat, um sein Ultimatum zu stellen. Nach der vom französischen Botschafter geführten Sache scheint es mir, daß, selbst wenn wir es ablehnen, uns ihnen anzuschließen, Frankreich und Rußland entschlossen sind, entschieden vorzugehen.

[Eduard Bernstein / Dokumente zum Weltkrieg 1914. III. Das englische Blaubuch, Berlin 1917, S. 8.]

Beilage 32: Der Botschafter in Frankreich an den Minister des Äußern. Paris, 16./29. Juli 1914.

Viviani hat mir soeben die volle Entschlossenheit der französischen Regierung bestätigt, im Einvernehmen mit uns zu handeln. Diese Entschlossenheit findet Unterstützung in breitesten Kreisen und Parteien, die sozialistisch Radikalen mit eingeschlossen, die ihm soeben eine Resolution bedingungslosen Vertrauens und der patriotischen Stimmung ihrer Gruppe unterbreitet haben. Sofort nach seiner Ankunft in Paris hat Viviani dringend nach London telegraphiert, in Anbetracht des Aufhörens der direkten Unterhandlungen zwischen Petersburg und Wien sei es notwendig, daß das Londoner Kabinett seinen Vorschlag betreffs Vermittlung durch die Mächte in irgendeiner Form möglichst schnell erneuere. Vor mir empfing Viviani heute den deutschen Botschafter, der ihm nochmals Versicherungen über die friedliebenden Bestrebungen Deutschlands abgab. Auf die Bemerkung Vivianis, wenn Deutschland den Frieden wolle, müsse es sich beeilen, sich dem Vorschlag Englands betreffend die Vermittlung anzuschließen, entgegnete Baron Schön, die Worte „Konferenz" oder „Schiedsinstanz" erschreckten Österreich. Viviani bemerkte, es handle sich nicht um Worte, und es würde nicht schwer sein, eine andere Form der Vermittlung ausfindig zu machen. Nach Ansicht Baron Schöns muß für einen Erfolg der Unterhandlungen zwischen den Mächten festgestellt werden, was Österreich von Serbien zu fordern beabsichtige. — Viviani entgegnete darauf, das Berliner Kabinett könne sehr leicht eine entsprechende Anfrage an Österreich richten, vorläufig könne jedoch die serbische Antwortnote als Gegenstand der Beratung dienen; er fügte hinzu, Frankreich wünsche aufrichtig den Frieden, zugleich habe es aber beschlossen, im vollen Einverständnis mit seinen Verbündeten und Freunden zu handeln, und er, Baron Schön, habe sich überzeugen können, daß diese Entschlossenheit die lebhafteste Zustimmung im Lande finde.

gez. Iswolski.

[Eduard Bernstein / Dokumente zum Weltkrieg 1914. IV. Das russische Orangebuch, Berlin 1917, S. 26.]

Beilage 33: Der Minister des Äußern an den Botschafter in Frankreich. St. Petersburg, den 16./29. Juli 1914.

Heute hat mir der deutsche Botschafter die Erklärung abgegeben, seine Regierung habe beschlossen, ihre Kräfte zu mobilisieren, wenn Rußland nicht seine kriegerischen Vorbereitungen einstellen würde. Dabei haben wir solche Schritte nur wegen der bereits vollzogenen Mobilmachung Österreichs und der offenkundigen Abneigung des letzteren unternommen, auf irgendeine Art friedlicher Beilegung seines Streites mit Serbien einzugehen.

Da wir Deutschlands Wunsch nicht erfüllen können, bleibt uns nur übrig, unsere Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen. Haben Sie die Güte, die französische Regierung davon in Kenntnis zu setzen und ihr zugleich unseren aufrichtigen Dank für die mir in ihrem Namen vom französischen Botschafter abgegebene Erklärung auszusprechen, daß wir in vollem Maße auf die Unterstützung Frankreichs als unseres Verbündeten rechnen können. Unter den jetzigen Umständen ist diese Erklärung für uns von besonderem Wert.

Wird den Botschaftern in England, Österreich-Ungarn, Italien und Deutschland mitgeteilt.

gez. Sasonow.

[Eduard Bernstein / Dokumente zum Weltkrieg 1914. IV. Das russische Orangebuch, Berlin 1917, S. 27.]

Beilage 34: Mr. René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, an die französischen Botschafter in Petersburg und London. Paris, 30. Juli 1914.

Herr Iswolski suchte mich heute spät abends auf, um mir zu sagen, daß der deutsche Botschafter Herrn Sasonow den Beschluß seiner Regierung angekündigt habe, ihre bewaffnete Macht zu mobilisieren, wenn Rußland nicht seine militärischen Vorbereitungen gegen Österreich einstelle.

Der Minister des Zaren für das Auswärtige Amt machte darauf aufmerksam, daß diese Vorbereitungen erst infolge der Mobilmachung von acht Armeekorps seitens Österreichs und der Weigerung dieser Macht begonnen worden seien, ihre Differenz mit Serbien friedlich zu regeln. Herr Sasonow erklärt, daß unter diesen Umständen nichts übrigbleibe, als seine Rüstungen zu beschleunigen und den nahen Ausbruch des Krieges ins Auge zu fassen, daß es auf die Bundeshilfe Frankreichs zählt und es als wünschenswert betrachtet, daß England ohne Zeitverlust sich Rußland und Frankreich anschließe.

Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen.

Es wird indessen keine Bemühung für die Lösung des Konflikts im Interesse des allgemeinen Friedens versäumen. Die zwischen den weniger direkt interessierten Mächten eingeleitete Unterhaltung gibt noch der Hoffnung Raum, daß der Frieden erhalten werden könne; ich erachte es demgemäß für angebracht, daß Rußland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, zu denen es schreiten zu müssen glaubt, nicht gleich zu irgendeiner Maßnahme greift, die Deutschland einen Vorwand für eine ganze oder teilweise Mobilmachung seiner Streitkräfte böte.

Am gestrigen Spätnachmittag besuchte mich der deutsche Botschafter, um über die militärischen Maßnahmen zu sprechen, welche die Regierung der Republik ergreife. Er fügte hinzu, daß es Frankreich freistehe, so zu handeln, daß aber solche Vorbereitungen Deutschland kein Geheimnis bleiben könnten und daß die französische öffentliche Meinung sich nicht aufregen dürfe, wenn Deutschland sich zu solchen entschlösse.

Ich antwortete, daß die französische Regierung keine Maßnahme getroffen habe, welche die Nachbarn beunruhigen könne, und daß ihre Bereitwilligkeit, sich zu jeder Verhandlung für die Aufrechterhaltung des Friedens zur Verfügung zu halten, nicht in Zweifel gezogen werden könne.

[Eduard Bernstein / Dokumente zum Weltkrieg 1914. VIII. Das Gelbbuch Frankreichs, Berlin 1915, S. 13.]

Beilage 35: Mr. René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, an den französischen Botschafter in London, Mr. Paul Cambon, Paris, den 30. Juli 1914.

Ich bitte Sie, die folgenden Mitteilungen betreffend die französischen und die deutschen militärischen Vorbereitungen zur Kenntnis Sir Edward Greys zu bringen. England wird daraus ersehen, **daß Frankreich, wenn es auch entschlossen ist, nicht diejenige Macht ist, die Angriffsmaßnahmen trifft.**

Richten Sie die Aufmerksamkeit Sir Edward Greys auf die heute morgen vom Ministerrat getroffene Entschließung: Obwohl Deutschland auf der ganzen Front von Luxemburg bis zu den Vogesen seine Deckungsvorkehrungen im Abstand von einigen hundert Metern von der Grenze getroffen und seine Deckungstruppen in ihre Kampfstellungen gebracht hat, haben wir unsere Truppen in einem Abstand von zehn Kilometern von der Grenze zurückgehalten, indem wir ihnen untersagt haben, sich ihr darüber hinaus zu nähern.

Unser in einem offensiven Geist entworfener (Kriegs-)Plan sah vielmehr vor, daß die Kampfstellungen unserer Truppen ebenfalls soweit wie möglich der Grenze genähert würden. Indem sie somit einen Streifen des Gebietes dem plötzlichen Angriff des Feindes verteidigungslos preisgibt, glaubt die Regierung der Republik zu zeigen, daß Frankreich ebenso wenig wie Rußland sich für den Angriff verantwortlich macht.

Um sich davon zu überzeugen, genügt es, die diesseits und die jenseits unserer Grenze getroffenen Maßnahmen zu vergleichen. In Frankreich sind die Urlauber nicht eher zurückberufen worden, als bis wir die Gewißheit erlangt hatten, daß Deutschland dies seit fünf Tagen getan hatte.

In Deutschland sind nicht nur die in Metz stationierten Garnisontruppen bis an die Grenze verschoben worden, sie sind sogar noch durch Teile der Garnisonen aus dem Innern, z. B. aus Trier oder Köln verstärkt worden, die mit der Eisenbahn befördert wurden. Nichts dergleichen ist in Frankreich geschehen.

Die Armierung der Grenzplätze (Abholzungen, Aufpflanzung der Geschütze, Errichtung von Brustwehren, Verstärkung der Drahtgitterzäune) hat in Deutschland seit Sonnabend, den 25. (Juli) begonnen, bei uns ist man erst im Begriff, es zu tun, da Frankreich nicht verabsäumen kann, dieselben Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bahnhöfe sind in Deutschland am Sonnabend, den 25. (Juli) militärisch besetzt worden, in Frankreich am Dienstag den 28.

Schließlich sind in Deutschland die Reservisten zu Zehntausenden durch persönliche Zustellungsbefehle einberufen worden, die im Ausland befindlichen (Jahrgänge 1903 bis 1911) sind zurückberufen worden, die Reserveoffiziere einberufen; im Innern sind die Wege gesperrt, die Automobile verkehren nur noch mit Erlaubnisschein. Es ist das letzte Stadium vor der Mobilmachung. Keine dieser Maßnahmen ist in Frankreich getroffen worden.

Die deutsche Armee hat ihre Vorposten an unseren Grenzpfählen; zweimal sind gestern deutsche Patrouillen in unser Gebiet eingedrungen. Das ganze 16. Armeekorps, verstärkt durch einen Teil des 8. Armeekorps, das von Trier und Köln gekommen ist, besetzt unsere Grenze von Metz bis Luxemburg; das 15. Armeekorps, das Straßburger, ist an die Grenze verschoben worden.

Bei Strafe der Füsilierung ist den Elsaß-Lothringern aus den annektierten Gebieten verboten worden, die Grenze zu überschreiten.

[Eduard Bernstein / Dokumente zum Weltkrieg 1914. VIII. Das Gelbbuch Frankreichs, Berlin 1915, S. 18.]

Beilage 36: Sir F. Bertie, britischer Botschafter in Paris, an Sir E. Grey. Paris, 30. Juli 1914.

Der Präsident der Republik sagt mir, die russische Regierung sei von der deutschen Regierung benachrichtigt worden, daß, wenn Rußland seine Mobilmachung nicht einstelle, Deutschland mobil machen werde. Aber ein seitdem von Petersburg eingetroffener Bericht meldet, daß die deutsche Mitteilung dahin abgeändert sei, daß angefragt werde, auf welche Bedingungen hin Rußland bereit sei, zu entmobilisieren. Die Antwort war, daß es einwillige, dies zu tun, wenn Österreich-Ungarn die Zusicherung gebe, daß es die Souveränität Serbiens respektiere und gewisse, von Serbien nicht akzeptierte Bedingungen der österreichischen Note internationaler Diskussion unterbreite.

Der Präsident meint, daß Österreich diese Forderungen nicht akzeptieren wird. Er ist überzeugt, daß der Friede in den Händen von Großbritannien liegt. Wenn Seiner Majestät Regierung ankündige, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland aus Anlaß der jetzigen Streitigkeiten zwischen Österreich und Serbien England Frankreich zu Hilfe kommen werde, so werde kein Krieg sein, da Deutschland dann seine Haltung ändern werde.

Ich erklärte ihm, wie schwierig es für Seiner Majestät Regierung sein würde, eine solche Ankündigung zu machen, er meinte aber, er müsse dabei bestehen, daß es im Interesse des Friedens sein würde. Frankreich, sagte er, ist friedlich gesinnt. Es wolle keinen Krieg, und alles, was es zurzeit getan, seien Vorbereitungen für eine Mobilmachung, um nicht unversehens gepackt zu werden.

[Eduard Bernstein / Dokumente zum Weltkrieg 1914. III. Das englische Blaubuch, Berlin 1917, S. 48.]

Beilage 37: Telegramm Iswolskis an Sasonow. Paris, 19. Juli/ 1. August 1914. Nr. 222.

Ihr Telegramm über Deutschlands Kriegserklärung an uns habe ich um 11 Uhr erhalten. Ich teilte es unverzüglich persönlich dem Präsidenten der Republik mit, der sofort den Ministerrat zusammenrief. **Poincaré erklärte mir in der allerkategorischsten Form, daß sowohl er selbst, als auch das ganze Kabinett fest entschlossen seien, die Frankreich durch den Bündnisvertrag auferlegten Verpflichtungen völlig und ganz zu erfüllen.** Doch hierbei entsteht eine Reihe überaus komplizierter Fragen sowohl politischen als auch strategischen Charakters. Vor allem ist kraft der Verfassung für die Kriegserklärung ein Beschluß des Parlaments erforderlich, für dessen Einberufung zum mindestens zwei Tage nötig sind. Obwohl Poincaré an diesem Beschlusse nicht zweifelt, würde er es vorziehen, öffentliche Debatten über die Anwendung des Bündnisvertrags zu vermeiden. **Daher und aus Erwägungen, die hauptsächlich England betreffen, wäre es besser, wenn die Kriegserklärung nicht von seiten Frankreichs, sondern Deutschlands erfolgte.** Ferner muß man im Auge haben, daß der heutige Tag nur der erste Tag der französischen Mobilmachung ist und daß es für beide Verbündete vorteilhafter wäre, wenn Frankreich die Kriegsoperationen erst begönne, wenn die Mobilmachung weiter fortgeschrittten sein wird. Übrigens ist Poincaré überzeugt, daß Deutschland die Kriegserklärung von seiten Frankreichs nicht abwarten, sondern es, ohne ihm die Beendigung der Mobilmachung zu gestatten, unverzüglich angreifen wird. Poincaré wird sofort nach Beendigung der Besprechung all dieser Fragen im Rat mich zu sich rufen, um mir ihre Ergebnisse mitzuteilen.

[„Die Fälschungen des russischen Orangebuchs. Der wahre Telegrammwechsel Paris—Petersburg bei Kriegsausbruch." Herausgegeben von Freiherrn von Romberg, Gesandter a. D. mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes. Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, S. 45.]

Beilage 38: Telegramm Iswolskis an Sasonow. Paris, 19. Juli/ 1. August 1914. Nr. 223.

Poincaré sagte mir, daß der [hiesige] österreichische Botschafter in den letzten Tagen Viviani und ihm selbst versichert habe, daß Österreich uns seine Bereitwilligkeit geäußert habe, nicht nur den territorialen Bestand Serbiens zu achten, sondern auch seine souveränen Rechte, daß wir aber mit Vorbedacht diese Erklärungen verschwiegen hätten. **Auf meine Bemerkung, daß das vollkommenste Lüge sei, antwortete Poincaré, daß Österreich gleiche Erklärungen in London abgegeben habe, wo sie einen sehr gefährlichen Eindruck machen könnten, deshalb müßte man sie auch dort widerlegen.**

[Die Fälschungen des russischen Orangebuches", S. 45 f.]

Rundschau.

Heldenehrung in Liedern.

Nicht steinerne Denkmäler künden von den Heldentaten der alten Germanen. Aber im Singen und Sagen der Lieder lebt ihr Ruhm unvergänglich fort. Längst, bevor unseren Vorfahren die Bedeutung der bildenden Kunst durch die Berührung mit der Antike erschlossen worden war, hatten sie in der Dichtkunst die ihrem Fühlen gemäße Form der Heldenverehrung gefunden. So ist das Heldenlied tief im deutschen Wesen verwurzelt.

Der glückliche Gedanke, auch die im Weltkrieg gefallenen Helden, statt allein durch das steinerne Denkmal, in dieser urdeutschen Art zu ehren, ist in der Seele eines schlichten fränkischen Landpfarrers erwacht. Pfarrer Eugen Kern in Hetzelsdorf bei Pretzfeld hat im Verein mit dem Volksliederbund Nürnberg ein Preisausschreiben für Dichtung und Vertonung volkstümlicher Heldenlieder zu Ehren unserer gefallenen Krieger veranstaltet. Ein Preisrichterkollegium, bestehend aus den Herren Professor Joseph Haas, Geheimrat Professor Dr. Franz Muncker, Oberbibliothekar Dr. Gottfried Schulz, Professor Eberhard Schwickerath, Professor Dr. Emil Sulger-Gebing, unter dem Vorsitz des Unterzeichneten, hat es übernommen, die Auswahl der zur Preiskrönung bestimmten Einsendungen vorzunehmen. Die Entscheidung bezüglich der Dichtungen konnte bereits getroffen werden: von 165 Einsendungen sind 20 als geeignet befunden worden. Der Einsendungstermin für die Kompositionen schließt am

15. November. Die Wahl der Texte für diese ist frei, doch erscheint es als wünschenswert, wenn sie aus den preisgekrönten Dichtungen erfolgt Nicht materieller, sondern ideeller Art sind die Preise, die aus wertvollen Büchern, Kunstgegenständen und ähnlichem bestehen. Die preisgekrönten Lieder werden gedruckt und verbreitet. Das Unternehmen hat erfreulicherweise das Interesse weiter Kreise gefunden. Eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten beteiligt sich fördernd daran. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat das Protektorat übernommen.

Ein zweifaches Ziel verfolgen die Veranstalter des Preisausschreibens: einmal die Verherrlichung der Gefallenen, dann aber auch die Anregung zur Schaffung volkstümlich gehaltener Lieder, von denen ein oder das andere geeignet sei, in den bleibenden Besitz des deutschen Volkes überzugehen. Beide Ziele sind ernstester Beachtung wert. Der Anstoß, sich schaffend oder singend, in Liedern mit dem Andenken an unsere gefallenen Krieger zu beschäftigen, lenkt den Gedanken der Allgemeinheit in wirkungsvollerer Weise auf deutsches Heldentum, als der Anblick mancher minderwertiger Kriegerdenkmäler aus Stein. Und die Möglichkeit, daß unter den zu diesem Zweck gedichteten oder komponierten Liedern solche von volkstümlicher Eignung sind, ist nicht gering anzuschlagen. Gewiß, das Volk läßt sich seine Lieder nicht aufzwingen. Wer vermag auf den geheimnisvollen Vorgang, der ein Lied zum Volkslied stempelt, sicheren Einfluß zu gewinnen? Nicht vorherzusehende Nebenumstände können dafür bestimmend sein. Aber leichte Faßlichkeit, Schlichtheit der Empfindung, Prägnanz der Gestaltung werden als objektive Momente für eine zu erhoffende Volkstümlichkeit angesehen werden dürfen. Und das Wichtigste ist die durch den Wettbewerb erfolgende Anregung zur Schaffung volkstümlicher Lieder, denen die Idee der Heldenverehrung eine, weiteste Kreise erfassende Bedeutung gibt. Dringen auch nur zwei oder drei der preisgekrönten Lieder ins Herz des Volkes, um dort Jahrhunderte hindurch treu bewahrt zu werden, so ist dies Lohn, der reichlich lohnet.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, das tätige Interesse aller derer, die vom Volkslied eine Gesundung unserer Kunst erhoffen, zu wecken. Anfragen, Beiträge für die Kosten der Drucklegung, sowie Spenden für die Preise nimmt das Bureau der Akademie der Tonkunst, Odeonsplatz, entgegen, wo auch die preisgekrönten Dichtungen käuflich zu erhalten sind. Siegmund v. Hausegger.

Gottfried Kellers Werke.

Die letzten Jahre haben uns eine Anzahl neuer Ausgaben der gesammelten Werke Kellers gebracht. Die letzte uns vorliegende ist im Verlage des Bibliographischen Instituts zu Leipzig erschienen. Max Nußberger hat sie in 8 Bänden herausgegeben. Der Basler Literarhistoriker hat seine Aufgabe mit größter Gewissenhaftigkeit gelöst. Zunächtst ordnet er die Werke nach dem Zeitpunkte der Entstehung. Der erste Band enthält die Gedichte, die fast alle in Kellers Jugendjahre fallen. Hierzu gehört ein textkritischer Anhang von über 70 Seiten; er bringt nicht nur eine Menge Strophen, die in der Ausgabe letzter Hand fehlen, sondern auch die früheren Lesarten, so daß, wer in diese oft spröden, aber bedeutenden Dichtungen tiefer eindringen will, verfolgen kann, wie Keller den Ausdruck an zahllosen Stellen verbessert hat. Zum Grünen Heinrich (Bd. 2 und 3) werden mitgeteilt der Entwurf von 1846 und die Lesarten nach der Handschrift und dem 1. Drucke. Das Verhältnis vom Ur-Heinrich zur Umarbeitung wird in der Einleitung erörtert. Die Bände 4 und 5 bringen die Leute von Seldwyla, den Apotheker von Chamonix, das dramatische Bruchstück Therese, die beiden politischen Novellen und die Parabel aus dem Nachlaß, 6 die Züricher Novellen und die Legenden, 7 das Sinngedicht und die Schriften zur Literatur und Kunst, 8 den Salander, die Autobiographischen Schriften und eine fast 100 Seiten umfassende Lyrische Nachlese, für welche dem Herausgeber alle Verehrer des Dichters besonders dankbar sein werden. Ließe sich doch aus diesen von Kellers später unterdrückten Gedichten allein schon ein Bändchen zusammenstellen, das zum Schönsten der deutschen Dichtung des 19. Jahrhunderts zählen würde. Aber die Tätigkeit Nußbergers ist damit nicht erschöpft. Seine Ausgabe ist nicht nur, wie sie sich mit Recht nennt, kritisch-historisch, sondern auch erläutert, und zwar vorzüglich. Dem 1. Bande ist ein Lebenslauf vorangestellt, der 115 Seiten füllt; außerdem jedem einzelnen Buche besondere Einführungen. Sodann enthält jeder Band noch besondere Anmerkungen, wo dies nötig ist. In den vom Herausgeber herrührenden Teilen dieser 8 Bände steckt eine Arbeit, die man sich kaum mühsam und langwierig genug vorstellen kann. Natürlich werden von Keller noch zahlreiche Ausgaben erscheinen. Aber um die Arbeit Professor Nußbergers wird jeder zukünftige Herausgeber froh sein und keiner herumkommen. Was textkritisch allein geleistet ist, kann nur der abschätzen, der sich an den zahlreichen, oft ganz sinnstörenden Druckfehlern der Ausgabe letzter Hand genug geärgert hat. Dem ersten Band ist ein Bildnis und die Nachbildung eines Briefes an C. F. Meyer beigegeben. Diese Ausgabe war ein unbestreitbares Bedürfnis und ist ein großes Verdienst. Für Bibliotheken, Universitätsseminare und alle, die sich über Keller öffentlich vernehmen lassen, ist sie unentbehrlich. Josef Hofmiller.

Redaktionell abgeschlossen am 12. Oktober 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Politik und Kannegießern.

Unter der statistisch noch nicht erfaßten ungeheueren Anzahl von Lügen des Versailler Vertrages ist wohl die frechste und umfassendste die im Artikel 227: „Der Gerichtshof urteilt auf Grundlage der erhabensten Grundsätze der internationalen Politik; Richtschnur ist für ihn, den feierlichen Verpflichtungen und internationalen Verbindlichkeiten, ebenso wie dem internationalen Sittengesetze Achtung zu verschaffen."

Unter den Lügen zweiten Ranges ist eine der besten die in der Mantelnote enthaltene: „Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchem zu streben Deutschland berechtigt war, und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben darnach getrachtet, sich dazu fähig machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten."

Auch in diesem Absätzchen ist immerhin so Vollkommenes an Lüge geboten, daß wie bei einem vollkommenen Kunstwerk die Kommentare, auch wenn sie umfassender sind als das Kunstwerk, dieses nie erschöpfen.

Wir vertagen also die scherzhaften Andeutungen dieses Absätzchens und wollen der Entente immer deutlicher beweisen, welche friedlichen und freundlichen Absichten sie mit Deutschland hatte und wie sie die Rechte der „freien und gleichen Völker" geschützt hat.

Heute liefern wir nur Material dazu, wie das Deutsche Reich seit seiner Gründung die Vorherrschaft in Europa, die Beherrschung und Tyrannisierung der europäischen Völker angestrebt hat.

Das Material dazu hat uns die deutsche Regierung geliefert durch Öffnung aller Archive, auch der geheimsten bis dahin versiegelten Umschläge. Ebenso verfährt die Sowjetregierung. Wir können nicht erwarten, daß die assoziierten und alliierten Regierungen auch ihre Archive öffnen werden. Sie haben sich nun einmal im Artikel 227 auf die Grundsätze der internationalen Politik festgelegt und diese Grundsätze sind bekanntlich von jeher Heimlichkeit und Lüge gewesen.

Die französische und russische Politik der Bismarckzeit wurde auf Grund der großen deutschen Aktenpublikationen von einem der drei Herausgeber dieser Akten in unserm Juniheft „Die Wurzeln des Weltkrieges" dargestellt. In diesem Heft folgt von demselben Verfasser die englische Politik des gleichen Zeitraums und die Friedenspolitik des Fürsten Bismarck.

Was hier geboten wird, ist ein Einblick in das, was Bismarck unter Politik verstand. Was man jetzt in Deutschland darunter versteht, wird besser mit dem Wort Kannegießern bezeichnet.

Die zwei wesentlichsten Kennzeichen des Kannegießers sind:

1. Er verkennt die Zwangsläufigkeit. Er verkennt, daß jeder Staatsmann eine Erbschaft antritt und die Welt nicht wie Gott nach Ideen aus dem Nichts erschaffen kann. Diese Zwangsläufigkeit müssen wir auch unsern Gegnern zubilligen. Jeder Staat übernimmt aus früheren Zeiten vieles, was er nicht ändern kann. Zu denken, daß man z. B. einfach durch Entlassung des Heeres Kriege verhindere, ist ein Gedanke, der nur Deutschen kommen kann. Gleichgültig ob es wie 1630 Kurfürsten oder wie 1918 Schriftsteller sind, die ihn ausführen. Sollte eine Zeit kommen, die keine Kriege mehr kennt, so wird sie gewiß nur mit neuen Ideen herbeigeführt werden. Aber nur durch Männer, die die Zwangsläufigkeit des Geschehens erkennen. Nicht durch solche, die sich kannegießernd über sie hinwegsetzen. Billig ist es zu kritisieren, daß auch Bismarck unser Ideal, die freiwillige Vereinigung aller Deutschen, nicht erreicht hat. Es gibt eben gute und schlechte Grenzen, es gibt gemischtbevölkerte Länder.

2. Das zweite Kennzeichen des Kannegießers ist: er trennt die Sache von der Person. Das Reden über West-Orientierung und Ost-Orientierung, Erfüllungspolitik und Nichterfüllungspolitik, großdeutsche Lösung und kleindeutsche. Als ob es irgend so etwas gäbe wie eine richtige oder falsche Politik, losgelöst von der Person, die sie ausführt. Wenn 1866 und 1870 Bethmann-Hollweg statt Bismarck die auswärtige Politik Preußens geleitet hätte, wäre in beiden Fällen trotz der militärischen Erfolge ein Koalitionskrieg anderer Mächte gegen Preußen entstanden. Man kann also nicht sagen, der Bismarcksche Gedanke, erst Österreich aus der Leitung des Deutschen Bundes hinauszudrängen, dann das übrige Deutschland zu einigen, sei richtig gewesen. Diesen Gedanken haben vermutlich zahlreiche Trottel gehabt. Sondern worauf es in der Politik — im Gegensatz zum Stammtisch — ankommt, ist die Ausführung, d. h. die Person, die sie macht.

Das Kannegießern ist am stärksten ausgebildet da, wo Deutsche wohnen. Wegen der Eigenart des deutschen Denkens, auf die Schopenhauer hinweist: Überwiegen des begrifflichen Denkens über das anschauliche.

Dieses Heft bietet eine Anschauung, was Politik ist. Für die Verfasser des Versailler Vertrages hat sein neues Material keine Bedeutung; ihre Darstellung von Bismarcks Wirken ist nicht Kannegießern, sondern bewußte Lüge.

Der Wasserkontinent und seine Antipoden.

Die Struktur der Erdoberfläche ist das Gesetz der Geschichte. Wie das Strombett den Wassermassen ihren Lauf, so schreibt das Relief der Erde den Völkern die Bewegung ihrer Geschichte vor. Geopolitische Voraussetzungen haben die Geschicke der Kontinentalmächte bestimmt; hydropolitische Bedingungen ermöglichten die britische Meeresherrschaft. Die gegensätzliche tellurische Konstellation von Seemacht und Landmacht schuf den Antagonismus von England und Europa, der die Geschichte der Welt seit dem Zeitalter Elisabeths beherrscht.

Man kann die Probleme der europäischen Politik, von geopolitischen Voraussetzungen aus gesehen, auf drei fundamentale Fragen zurückführen: Gehört Rußland zu Europa? — Gehört der Orient zu Europa? — Gehört England zu Europa? — Die erste Frage: Gehört Rußland zu Europa? ist von den „Westlern" bejaht, von J. Danilewski und Henri Martin (in entgegengesetztem Interesse) verneint worden. Die zweite Frage: Gehört der Orient zu Europa? ist vier Jahrhunderte lang seit dem Einbruch der Osmanen in Europa von der Geschichte verneint, aber unter Führung zuerst Österreichs, dann Rußlands seit zwei Jahrhunderten mit wachsendem Erfolge bejaht worden, so daß gegenwärtig der Islam, wie einst England in Calais, nur noch in Stambul einen Rest seines einstigen ausgebreiteten Kontinentalbesitzes auf dem europäischen Festland gerettet hat. Ob aber das von England liquidierte Osmanenreich, einst die siebente Großmacht des europäischen Konzertes, politisch noch zu Europa oder zu Asien zu rechnen ist, wird davon abhängen, ob man England selbst als eine europäische oder als eine asiatisch-afrikanische Macht ansieht.

England, keine europäische Macht.

Die Frage: Gehört England zu Europa? ist von keinem Geringeren als Lord Beaconsfield verneint worden, und Lord Randolph Churchill hat ihm zugestimmt. „An die Spitze stellte er den Satz: daß England keine europäische, sondern eine asiatische Macht sei, deren Aufgabe lediglich darin bestehe, sich den Besitz von Indien für alle Zeiten zu sichern." (Nr. 865.)[1]) In altenglischer Zeit würde ein derartiges Wort, das den Verzicht auf europäisches Erstgeburtsrecht bedeutet, unverständlich gewesen sein. England war durch Jahrhunderte eine Kontinentalmacht ersten Ranges. Es nannte das Erbe seiner normannischen Könige und des Hauses Anjou sein eigen. Heinrich V., der Sieger von Azincourt, war aus einem Fremdherrscher der gesetzliche Erbe der Krone Frankreichs geworden. Seit der normännischen Eroberung war das Antlitz Englands dem Festland zugewendet. Mit derselben Zähigkeit, mit der heutzutage Japan auf dem asiatischen Kontinent seine ‚historische Mission' verfolgt, hatte sich das britische Inselvolk in den europäischen Kontinent verbissen. Die Normandie war Englands Mandschurei, Calais sein Port Arthur. Eines hundertjährigen Kampfes hat es bedurft, bis England auf seine Insel zurückgeworfen wurde. 1558 verlor es Calais, ‚den schönsten Edelstein in der Krone Englands', wie Queen Mary es nannte, und büßte durch die Übergabe von Guisnes den letzten Schuhbreit Landes auf dem Kontinente ein. Im gleichen Jahr bestieg Elisabeth den Thron. Dreißig Jahre später, 1588, wurde die spanische Armada zerstört. In der schicksalsschwangeren Fermate 1558—88 vollzog England den Frontwechsel seiner Geschichte, der Europa zum Verhängnis wurde. Es kehrte dem Kontinent den Rücken und dem Weltmeer das Antlitz zu. Es hatte den letzten Fuß vom Festland zurückgezogen und lernte, wie Petrus, auf dem Wasser gehen. Die ‚Seehunde' Howkins, Frobisher, Franz Drake—Abenteurer, Sklavenhändler, Piraten auf eigne Faust — brachten in ihren Kaperschiffen die Beute des Ozeans, Perlen, Smaragden, Diamanten, Goldstaub und Silberbarren, in die heimischen Häfen ein; 1584 wird die erste englische Kolonie in der Neuen Welt von Walter Raleigh gegründet und nach der

[1]) Die in ( ) stehenden Zahlen bedeuten die Nummern der Aktenstücke des Auswärtigen Amtes, veröffentlicht in: „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914." Im Auftrage des A. A. herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922).

ungfräulichen Königin Virginia genannt. Das Jahr 1588 beendete diese Kadenz der Termate, und eine neue Weltära setzte ein. Die mächtigste Flotte des Kontinents, der viele andere auf den Meeresboden folgen sollten, die spanische Armada, wurde von den ‚Seehunden' gepackt und von den Stürmen der Orkney-Inseln vernichtet. Die Stunde, in der England seinen Piraten den Ritterschlag erteilte, war die Geburtsstunde des britischen Weltreiches.

Lord Beaconsfield und Randolph Churchill haben recht mit ihrem Paradoxon. Seit einer Schicksalswende hörte England auf, eine europäische Macht zu sein. Nicht daß es aufgehört hätte, sich in Europas Angelegenheiten einzumischen; nicht daß es abgelassen hätte, auf dem Kontinent diplomatische Schlachten zu schlagen und blutige Kriege zu entfesseln. Im Gegenteil, die Geschichte der Weltausbreitung Englands ist die Geschichte der englischen Kontinentalkriege. Das Wort Pitts: „Auf den deutschen Schlachtfeldern ist Amerika erobert worden", war das Paradigma für jede englische Festlandpolitik. Am britischen Weltreich verblutete Europa.

Die englischen Historiker liebten es, die Geschichte Großbritanniens als Geschichte des Parlamentes und der Demokratie zu erzählen. Das fromme Kirchenvolk war überzeugt, daß, weil es „zuerst nach dem Reich Gottes (d. h. nach der ‚Verfassung') getrachtet" hatte, alles andere ihm nach göttlichem Recht „zugefallen" sei. Die englischen Kolonien hatte der Storch gebracht. Der bedeutende Historiker J. R. Seeley, Regius-Professor an der Universität Cambridge, hatte den Mut, in seinen berühmten Vorlesungen „The expansion of England" (zuerst 1883, dann vielfach aufgelegt) das Geheimnis der Welteroberung Englands zu enthüllen. Nicht ohne politische Abzweckung. „Mit Vorliebe pflege ich zu betonen," führte er im Eingang aus, „daß die Geschichtsforschung sich, während sie wissenschaftlich in ihren Methoden ist, zugleich ein praktisches Ziel setzen muß. Das soll heißen, daß die Geschichtsforschung sich nicht darauf beschränken darf, die Neugierde des Lesers in betreff der Vergangenheit zu befriedigen. Sie muß auch seine Auffassung hinsichtlich des gegenwärtigen Augenblicks und seine Vorstellungen von der Zukunft beeinflussen. Wenn dies richtig ist, so muß die Geschichte Englands mit dem enden, was wir ‚die Moral von der Geschichte' nennen können. Einige großzügige Schlußfolgerungen müssen hervortreten. Englands Geschichte muß die Haupttendenz in den Geschicken des englischen Volkes auf eine Weise darstellen, daß wir gezwungen sind, uns Gedanken über unsere künftigen Schicksale, unsere Aufgaben in der Zukunft zu machen."

Und welches ist die großzügige Schlußfolgerung, die Seeley aus der Geschichte seines Volkes zieht? — Die Moral der Geschichte Englands ist: „Expansion" — Weltausbreitung.

„Expansion of England".

Seeley gibt seinen Landsleuten zu bedenken, daß sie bisher in einer Anwandlung von Geistesabwesenheit („in a fit of absence of mind") ihr großes Kolonialreich erworben hätten, daß sie die Sache aber weit erfolgreicher betreiben könnten, wenn sie wüßten, was sie täten, und sich ihrer Ziele und Motive voll bewußt würden. Mag sein, daß englische Staatsmänner nicht immer wußten, was sie taten; aber sicherlich, sie verstanden sich auf ihr Geschäft. Der englische Historiker zeigt unbefangen, wie sie die Ausbreitung des „Größeren Britanniens" mit allen Mitteln machiavellistischer Diplomatie und rücksichtsloser Gewalt zustande brachten. Seit Seeley den Stein der Weisen der britischen Politik in dem Wort „expansion" entdeckt hat, ist es für jeden bewußten Angelsachsen eine ausgemachte Sache, daß Weltherrschaft die „historische Mission" und messianische Vorherbestimmung des Britenvolkes ist.

Seit dem Erscheinen des Seeleyschen Buches, Anfang der achtziger Jahre, hat England auf alle noch vakanten Territorien der Welt die Hand gelegt. Nur mit seiner Erlaubnis dürfen andere Nationen an der Aufteilung der Erde teilnehmen. Den noch nicht inventarisierten Gewinn des Weltkrieges ungerechnet, hat es in drei Jahrzehnten seinen Weltbesitz verdoppelt. Schon vor dem Weltkriege machte das Mutterland wenig mehr als 10% der gesamten Volkszahl des Reiches und nicht einmal 1% seines Landbesitzes aus, war das Kolonialreich Englands zehnmal so groß als das aller anderen

Länder zusammengenommen. Obwohl die Mächte des Kontinents seit der Entdeckung der Neuen Welt und des Seeweges nach Indien bis zum Zeitalter Elisabeths vor England einen hundertjährigen Vorsprung hatten, obwohl Spanien, Portugal, Frankreich, Holland schon mächtige Kolonialreiche besaßen, als England sich noch mit Seeraub begnügte, ging doch ihr wertvollster Besitz in Englands Hände über. Sie waren nur „Trockenwohner" für den künftigen Hausherrn gewesen, der sie ausquartierte, als das Haus bewohnbar geworden war.

„Oceania". Es gibt auch heute noch Großreiche, die sich, sei es qualitativ, sei es quantitativ mit dem britischen Weltreich messen können, die Vereinigten Staaten, Rußland, China. Alle drei sind Festlandreiche mit keinem oder geringem Kolonialbesitz. Auf den ersten Blick scheinen Kontinentalstaaten mit zusamenhängenden Ländermassen gegenüber dem britischen Weltreich, dessen zersplitterte Besitzungen über alle Kontinente zerstreut sind, im Vorteil zu sein. Doch es scheint nur so. Auch Wasser ist ein Kontinuum, ja auf unserm Planeten das einzige nicht zerstückte Ganze. Die Kontinente sind voneinander abgesondert, sind meerumflossen, sind Inseln. Man hat Erdteile auseinanderschneiden, künstlich insulieren können; Ozeane kann man nicht zuschütten, Kontinente nicht zusammenlegen. Das Wasser ist das einzige Element, das alle Erdteile zugleich trennt und verbindet. Das Wasser allein ist das weltbeherrschende Element, dem das ‚divide et impera' angeboren ist[1]). Nur eine Seemacht, die die Weltmeere beherrscht, kann Weltpolitik treiben, kann Weltherrschaft erstreben[2]).

Doch wie kann Wasser so große Dinge tun?

Ein Piratenreich ist nicht lebensfähig. Die Normannenherrschaft, die ganz Europa eingekreist und selbst Rußland überwältigt hatte, konnte ihre verstreuten Zwingburgen und zersplitterten Fremdherrschaften auf die Dauer nicht behaupten. Das Herrenvolk der Wikinger wurde von den Festlandstämmen teils aufgesaugt, teils aufgerieben. Obwohl es sich immer aufs neue aus seiner nordischen Heimat rekrutierte, fehlte ihm der organische Zusammenhang mit dem Mutterlande. Die Nordreiche selbst, Dänemark, Schweden, Norwegen, waren nur vorübergehend geeint. Nur die britische Insel mit ihrem dreimal übereinandergeschichteten Piratenvolk, das die eingeborene Inselbevölkerung mit Stumpf und Stiel ausgerottet hatte, brachte zustande, was ihre Vorläufer, die Wikinger, nicht vermocht hatten, eine Seeherrschaft aufzurichten, die sich nicht nur behauptete, sondern den Festlandmächten dauernd überlegen blieb. Was England voraus hatte vor den Nordreichen, war die Insellage und die nationale Einheit, die, schon vor der normännischen Eroberung durch die Vereinigung der sieben angelsächsischen Königreiche errungen, von den harten Normannen nur noch fester zusammengeschmiedet wurde. Das übrige tat die Uneinigkeit des Kontinents. Die rücksichtslose Ausnutzung aller nationalen Rivalitäten und Suprematskämpfe der Festlandmächte ermöglichte im Lauf von drei Jahrhunderten die weltumspannende Ausbreitung von Großbritannien.

Festlandmächte sind auf die Grenzen ihres Kontinents angewiesen. Sobald sie dieselben überschreiten, sind sie der Gnade der Beherrscherin der Meere ausgeliefert. „Britannia rules the waves." England wohnt in einem anderen Element als alle Landmächte. Es greift aus einer anderen Dimension in die Kontinentalstreitigkeiten ein. Alle anderen sind Landkontinente; England allein ist ein Wasserkontinent. Anthony Froude nannte es „Oceania", Seeley ein „Weltvenedig mit der See als Straßen".

Es liegt in der Natur der Sache, daß es nur einen Wasserkontinent geben kann. Er mag anderen kleineren Seemächten Teilgebiete seines Herrschaftbereichs zeitweise zu Lehen geben (wie das Gelbe Meer an Japan) oder Wachdienste in englischen Seen zuweisen (wie Frankreich im Mittelmeer); der Versuch aber einer oder mehrerer Landmächte, durch den Bau gleich starker Flotten der seebeherrschenden Macht den Rang streitig zu machen, würde die Existenzbedingungen des Wasserkontinents in Frage stellen und über kurz oder lang einen Kampf auf Leben oder Tod heraufbeschwören.

[1]) Erst im Weltkriege hat ein neues Element, die Luft, seine Weltherrschaftsansprüche angemeldet. — [2]) Von deutscher „Weltpolitik" zu reden, war eine Hyperbel.

Durch die hydropolitischen Lebensbedingungen des Wasserkontinents ist sowohl der Ort seines zentralen Domizils als die Sphäre seiner Ausbreitung gegeben. Nur auf einer Insel, nicht auf dem Festlande, kann die Hauptstadt und das Arsenal von Ozeanien liegen. Andernfalls wäre es allen Rivalitäten und Machtverschiebungen von Kontinentalmächten ausgesetzt. Umgekehrt vermag es auf seinem Inselfelsen aus allen Kontinentalhändeln Nutzen zu ziehen, kann nach Belieben ihren Kämpfen fernbleiben, eingreifen oder wieder abspringen, immer aber von Fall zu Fall sich seine Partner oder Gegner wählen, wie es sein eigenstes Interesse erheischt. Wenn nicht die Geschichte Englands lehrte, daß es sich einst unfreiwillig aus einer Kontinentalmacht in eine ozeanische verwandelte, müßte man es für einen genialen Kunstgriff, für eine Meisterleistung diplomatischer Mimikry halten, daß sich England so nahe dem Kontinent angesiedelt hat. Obwohl schon seit zwei Jahrhunderten eine planetarische Macht geworden, galt England bis in die jüngste Zeit auf dem Kontinent für nichts mehr als für eine von sieben europäischen Großmächten mit etwas hypertrophem Kolonialbesitz. Wie Menelaus sich in ein Seehundsfell einhüllte, um in Proteus Robbenherde unerkannt zu bleiben und ihn unversehens zu überwältigen, so hüllte umgekehrt sich England in die Kuhhaut einer Kontinentalmacht ein, um sein Seehundsfell vor Europa zu verbergen. Dieser Mimikry ist es zu verdanken, daß trotz der offenherzigen Bekenntnisse seiner Staatsmänner England bis auf den heutigen Tag von Europa für eine „europäische Macht" gehalten wurde. Seine allezeit verkannte antipodische Natur als Wasserkontinent, die es zum geborenen Gegner nicht nur der jeweils stärksten Festlandmacht, sondern aller Landkontinente machte, wurde noch besonders durch die paradoxe Lage seines zentralen Domizils verschleiert. Der Herrschaftssitz eines Wasserkontinents, sollte man denken, müßte naturgemäß seinen Platz im Mittelpunkt der Wasserhalbkugel der Erde haben. Doch schon Karl Ritter hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Metropole der britischen Seeherrschaft genau im Mittelpunkt der Landhalbkugel der Erde liegt. Die Nachbarschaft mit Europa, weit entfernt der planetarischen Ausbreitung Englands Schranken zu setzen, hat im Gegenteil den doppelten Vorteil mit sich gebracht, daß es von dem Beobachtungsposten seiner Insel jede Bewegung des gefährlichen Kontinents überwachen und zugleich als Torwächter Europas die Ausgänge zum Weltmeer verriegeln konnte.

Mimikry.

Zu den strategischen Bedingungen der Seeherrschaft gehört zuerst die Sicherung aller interozeanischen Seestraßen und ihrer Schlagbäume an den Meerengen, sodann die Kontrolle und Verkorkung aller Binnenmeere, die sich im Besitz von Kontinentalmächten in Ausfallhäfen rivalisierender Kriegsflotten verwandeln könnten. Die Bedeutung des Mittelmeeres als Verbindung zweier Ozeane sowie des Schwarzen Meeres, als Einfallstor in zwei Kontinente, ist von England längst erkannt worden. Eine Kette von Sperrforts, Kriegshäfen, Kohlenstationen und Ankerplätzen, Gibraltar, Malta, Suda-Bai, Cypern, Suez, Perim, Aden, sichert nicht nur die Fahrstraßen englischer Kriegsschiffe, sondern auch die Seeherrschaft über das Mittelmeer. Verschluß oder Öffnung des Schwarzen Meeres war ein Jahrhundert lang Streitobjekt und Kampfpreis der englischen und russischen Diplomatie — ein Kampfpreis, den Rußland endlich, nicht als Gegner, sondern als Bundesgenosse an England verlieren sollte. Heute kann England wieder einen Krimkrieg wie 1855 führen oder, wie es 1885 plante, einen Afghanischen Krieg im Kaukasus ausfechten.

Englische Seestrategie.

Im Mittelmeer des Nordens war ein so völliger Erfolg England bisher noch nicht beschieden. Die Ostsee kam auch nicht als Durchgangsstraße, sondern nur als Einfallstor in Betracht. Den Sund und die Belte, wie die Dardanellen und den Bosporus, unter vertraglichem Verschluß zu halten, obwohl die Analogie des Verfahrens eine vollkommene gewesen wäre, wollte sich nicht wohl machen lassen. Es war zwar möglich, 1807, mitten im Frieden, Kopenhagen in Asche zu legen und die im Hafen liegende dänische Flotte zu kapern, doch Hamlets Königsschloß am Sund in ein Gibraltar zu verwandeln, hätte die Welt aus den Fugen gebracht und die „bewaffnete Seeneutralität" aus einem Gespenst in einen gewappneten Riesen verwandelt.

Überdies schuf der Kaiser-Wilhelm-Kanal 1895 einen kürzeren und sichereren Weg zwischen Nord- und Ostsee. Wohl hatte England schon während der Marokkokrise sein Auge auf den Kanal geworfen, und der Gedanke der Internationalisierung, will sagen Anglisierung des deutschen Wasserweges wurde zur Zeit der Friedensverhandlungen in England lebhaft ventiliert. Doch mehr als die Schleifung Helgolands war jetzt nicht zu erreichen. Dagegen wurde der wirtschaftlichen Eroberung der Ostseehäfen der Weg gebahnt. Eine englische Hansa mit Danzig, Memel, Libau, Riga, Reval als Gegenstück zu dem einstigen Stahlhof der deutschen Hansa in London) schwebt der britischen Politik auch heute noch als Wunschziel vor.

Kontinental-Einkreisung.

Das Expansionsgebiet des Wasserkontinents schließt alle Inseln des Weltmeeres und die Küsten aller Kontinente ein. Das ozeanische Klima wird vom kontinentalen durch die erste hohe Gebirgsmauer getrennt, die das Binnenland vom Küstenlande scheidet. Der Wasserkontinent sieht alle Küstenländer als seine Domäne an, beansprucht Hoheitsrechte oder beherrschenden Einfluß über sie und sucht die Kontinente auf das eigentliche Binnenland einzuschränken. Dem steht entgegen, daß die Festlandmächte, wie es ihr gutes Recht ist, ihre Fenster und Türen nach allen Himmelsrichtungen zum Weltmeer öffnen wollen. Selbst wenn sie, wie das Reich des Zaren, als küstenlose Binnenstaaten ihren Ursprung nahmen, haben sie die natürliche und unüberwindliche Tendenz, in den vollen Umfang ihres Kontinents hineinzuwachsen. So überschneiden und durchkreuzen sich die Ansprüche des Wasserkontinents und der Landkontinente an allen Küsten und Meerespforten. Damit sind Konflikte ohne Ende gegeben. Nur der geschlossene Wille eines einigen Kontinents wäre imstande, die Ansprüche des rings umflutenden Elementes zurückzuweisen. Für die Tendenz des Wasserkontinents gibt es letztlich keine Grenze. Auch Binnenländer sind in ihrem Gehäuse vor britischer Eroberung nicht sicher. Was sollte den Wasserkontinent hindern, selbst Kontinente, wenn sie Widerstand nicht leisten können (wie im Falle Australien), als

Afrika.

groß geratene Inseln anzusehen und überzuschlucken, oder (wie im Falle Afrika) zuerst zu insulieren und dann langsam einzuschlürfen. Die „Fortnightly Review" schrieb im Jahre 1884 (ein Jahr nach dem Erscheinen der Seeleyschen „Expansion of England") von einer englischen Monroedoktrin für noch unbesetzte überseeische Gebiete, und Fürst Bismarck beschwerte sich darüber (Nr. 743), daß von der englischen Regierung, — um das freie Handelsrecht deutscher Kaufleute zu bestreiten —, „die völkerrechtliche Abnormität der Monroedoktrin zugunsten Englands auf die afrikanische Küste angewendet werde". Wer aber wäre blind genug, um nicht zu sehen, daß die Formel dieser afrikanischen Monroelehre: „Afrika den Engländern" schon seit Jahrzehnten zum Gesetz des Handelns der britischen Politik geworden ist! Seit die interozeanische Bedeutung des Suezkanals Lord Beaconsfield zum Ankauf der Suezkanalaktien bewog (1875), folgten das Bombardement von Alexandrien mit der Okkupation Ägyptens (1882), die Eroberung des Sudans mit Faschoda (1898), die Auskaufung Frankreichs aus Ägypten durch Abtretung von Marokko (1904) und die Erklärung der englischen Schutzherrschaft über Ägypten (1914). Ebenso etappenmäßig ging die Einverleibung von Süd- und Zentralafrika vor sich, die vom Kapland aus in Angriff genommen wurde: 1893 Betschuana, 1895 Metabeleland, 1896 Jameson-Raid, 1898 Rhodesia, 1902 Transvaal und Oranje-Freistaat, 1909 Südafrikanischer Einheitsstaat und endlich im Weltkriege die Beute der deutschen Kolonien. Portugal, Belgien und Italien sind in Afrika nichts anderes als Platzhalter für England. Als pièce de résistance bleibt nur der französische Kolonialbesitz, über dessen endgültiges Schicksal erst der nächste europäische Krieg entscheiden wird.

Siegreich auf der ganzen Linie ist auch der Kampf des Wasserkontinents gegen die beiden anderen Landkontinente der Alten Welt, Asien und Europa. Hier leistet zwar das Binnenland noch Widerstand, und der Wasserkontinent muß sich darauf beschränken, alle Seeklimata bis zur ersten oder zweiten Gebirgsmauer unter seine Kontrolle zu bringen. Auf die Form der Oberhoheit kommt es nicht an. Die protëische Gestalt englischer Herrschaftsübung liegt in der Natur des Elementes: Dominion, Kronkolonie, Protektorat, politische Kontrolle, wirtschaftliche Abhän-

gigkeit, Pachtung, Mandat, Interessensphäre, friedliche Durchdringung, — das englische Wörterbuch ist unerschöpflich.

Europa. Wer auf dem Globus vom höchsten Norden bis zum äußersten Osten die Küstenlinie von Europa und Asien verfolgt, wird sich überall von der Gültigkeit des Kanons überzeugen: Die Herrschaft des Wasserkontinents reicht bis zur nächsten Hochgebirgsmauer des Binnenlandes. Von Norwegen angefangen bis Portugal war die Vorherrschaft Englands über alle nach der Nordsee und dem Atlantischen Ozean sich öffnenden Länder schon vor dem Weltkrieg eine Tatsache, die nicht erst durch die Hungerblockade erwiesen zu werden brauchte. Die Absperrung des nassen Dreiecks schloß zugleich die Ostsee zu. Holland und Belgien, die Kontinentalnachbarn Englands, sind durch ihre Geschichte belehrt, daß ihre seeoffenen Länder nicht Pufferstaaten gegen das Binnenland, sondern Glacis der Inselfestung sind. „Die Maaslinie ist die strategische Grenze Englands." Azincourt, Malplaquet, Waterloo erzählen davon. Frankreich wußte wohl, warum es England den maritimen Schutz seiner Nord- und Westküste überließ und im britischen See des Mittelmeers für England Wache stand, — eine Unterordnung, die es wohl oder übel auf sich nehmen mußte, wenn es bei der Zertrümmerung des Kontinents im Vordertreffen stehen wollte. Portugal, „eine Jolle an der englischen Brigg". Spanien, Italien, Griechenland, alle Länder, die ihre Füße ins Mittelmeer tauchen, liegen mit ihren Küsten- und Hafenstädten unter dem Feuer englischer Schiffskanonen. Sie haben ihre Festlandsinteressen denen der britischen Seeherrschaft zu opfern bis zum Verrat ihrer kontinentalen Bundesgenossen.

Scharf trennen die Gebirgsmauern von Südeuropa Binnenland und Mittelmeerklima: Pyrenäen, Alpen, Balkan, die Hoheitsgrenze des Wasserkontinents. Italien hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es gegen England nicht Partei ergreifen kann. Der Brenner ist nicht die italienische, sondern die britische Grenze gegen das Binnenland. Als Rußland im Frieden von San Stefano Bulgarien bis ans Ägäische Meer ausdehnen und alsdann in eine West- und eine Osthälfte zerlegen wollte, schloß England das russische Fenster nach dem Mittelmeer zu und erzwang die Teilung Bulgariens in eine Nord- und eine Südhälfte. Ein russisches Bulgarien nördlich des Balkan, ein griechisches (englisches) Bulgarien südlich des Balkan, so wollte es die Mittelmeerbeherrscherin.

Orient. Am lehrreichsten für Englands ozeanische Politik ist die Geschichte der orientalischen Frage, mit der wir uns im folgenden eingehender zu befassen haben. Hier stießen die gewaltigsten Tendenzen aufeinander, das Streben Rußlands, seine „Haustür nach dem Mittelmeer" zu öffnen, und der Wille Englands, seine Wasserhoheit bis über das Schwarze ins Kaspische Meer auszudehnen (mit der Naphtaröhrenleitung Baku-Batum als kaukasischem Suezkanal).

Der grandiose Plan, ein britisches Weltreich um den Indischen Ozean, an dem kein Engländer beheimatet ist, aufzurichten, erforderte grandiose Mittel: die Konstruktion einer breiten Landbrücke zwischen Afrika und Indien und den Bau einer Gürtelbahn, auf der sich Cecil Rhodes via Kap-Kairo und Lord Curzon via Kalkutta-Kairo die Hände schütteln konnten. Der Bauplatz war schon abgesteckt. Die Schlagbäume von Suez, Akaba, Aden, Sokotra, Mekran, Bahrein und Kuweit konnten jeden Augenblick niedergelassen werden. Arabien war englisch. Die Hintertüren der Türkei wurden zugeriegelt. Die neuen Transversalbahnen, Bagdadbahn und Hedschasbahn, wurden kupiert, bevor sie das Meer erreichten. Die erste Hochgebirgsmauer des Binnenlandes (zugleich arabische Sprachgrenze), der Taurus, war die dem Wasserkontinent zunächst vorgelagerte Deichmauer. Im Weltkrieg wurde sie von der Flut erreicht. Palästina, Syrien, Mesopotamien wurden überschwemmt und als britische Grenzmark den neugebackenen arabischen Potentaten in Pacht gegeben. Die zweite, weiter rückwärts vorgelagerte Deichmauer, der Kaukasus, bot, wenn erreicht, die Möglichkeit, Südosteuropa, nicht nur zu Lande wie hinter der ersten Mauer, sondern zu Wasser einzukreisen. Der zwischen der Eskarpe des Taurus und der Kontreeskarpe des Kaukasus liegende anatolisch-armenische Graben kann zweckmäßig vom Schwarzen und vom

Kaspischen Meer aus unter Wasser gesetzt werden. Seit England den Schlüssel der Meeresstraßen den Türken abgenommen und in die eigene Tasche versenkt hat, ist das Schwarze Meer, wie im Krimkrieg wieder ein englischer See geworden. Das Kaspische Meer, von dem botmäßigen Persien aus zugänglich, wurde während des Krieges von englischen Transportdampfern befahren, die Truppen in Baku ausschifften. Die kurze Landenge Batum-Baku, von zwei Meeren flankiert, von der Kaukasusmauer gedeckt, in Englands Händen, würde die völlige Abschnürung Europas gegen Vorderasien bedeuten. Das sind heute noch Zukunftsträume des Foreign Office. Die arabische Hälfte des Osmanischen Reiches dagegen hat England fest in der Hand. An der syrischen Küste werden die Franzosen noch kurze Zeit geduldet werden. Der Haß der eingeborenen Bevölkerung und englische Sympathien werden sie vertreiben. Aus Cilicien sind sie schon heraus. Ob es aber gelingen wird, auch die türkische Reichshälfte unter englische Kontrolle zu bringen, ist eine Frage, deren Lösung, nachdem der griechische „Kontinentaldegen" in Englands Hand zerbrochen ist, England selbst in die Hand nehmen muß, wenn es nicht den Preis der Meerengen endlich dennoch an Rußland verlieren will. Die alte Beaconsfieldsche Politik des Türkenschutzes kann wieder aufgenommen werden. Angora wird gern von den Franzosen zu den Engländern wechseln. Griechen und Armenier werden englischen Humanitätsgefühlen und christlichen Relief-Committees nicht länger beschwerlich fallen und für praktische Politik kein Hindernis mehr bilden, sobald sie vollends ausgerottet sind. Man kann ja auch, als Beweis seines Abscheus vor atrocities, in nie verleugneter Humanität, wie in Thrazien, die christliche Bevölkerung evakuieren, um der mohammedanischen Raum zu schaffen.

Das Schicksal Anatoliens stellt die britische Diplomatie vor ihre letzte Aufgabe im Orient. Da Kopf und Schwanz der Bagdadbahn in Englands Händen sind, wird es das Mittelstück nicht missen wollen. Rußland ist vorläufig ausgeschaltet. Die Meerengen wird sich England um keinen Preis entwinden lassen. Aus dem säkulären Kampf mit seinem mächtigsten Rivalen ist England siegreich hervorgegangen; seinen Bundesgenossen hat es bis hinter den Krimkrieg zurückgeworfen.

Zwei Jahrhunderte österreichischer und russischer Kreuzzugsgeschichte haben die islamische Flut, die die Mauern Wiens und Moskaus bespülte, zurückgedämmt. Italien und die Balkanvölker haben den Kampf fortgeführt, der Weltkrieg hat ihn vollendet. Der aus den Ufern getretene Strom der Osmanenhorde ist in sein erstes anatolisches Bett zurückgetreten. Als Religion ist der Islam säkularisiert. Die heiligen Stätten Mekka, Medina, Jerusalem, Damaskus, Bagdad, Nedjef, Kerbela liegen im britischen Hoheitsgebiet. Über das Kalifat in Stambul hält England seine schützende Hand.

Die „historische Mission" Rußlands ist von England erfüllt worden. England, die größte mohammedanische Weltmacht, die die Welt gesehen, hat Mohammed depossediert. Doch mit dem Machtbesitz der einstigen Kalifen ist England in die Kampfstellung des Islam gegen Europa eingerückt. Der Orient gehört nicht zu Europa, er gehört England.

Asien. Wenn wir die Gebirgsgrenzlinie zwischen Mittelmeer und europäischem Binnenland, Pyrenäen, Alpen, Balkan, Kaukasus nach Osten weiter ziehen, stoßen wir auf die Linie Hindukusch-Himalaja. Was südwärts dieser Mauer und der Vormauer des Taurus liegt, Arabien, Palästina, Syrien, Mesopotamien, Persien, Afghanistan, Beludschistan, Vorderindien, Hinterindien bis zur Malakkastraße, ist überspült vom Wasserkontinent. Vom Hindukusch an gabelt sich die Gebirgsmauer und eine zweite Kette Pamir—Karakorum—Küenlün—Altyntag schließt das Zwischenland Tibet ein (dem Zwischenland Armenien zwischen der Doppelmauer des Taurus und des Kaukasus vergleichbar). Wie dort eröffnet sich auch hier die Möglichkeit, die Grenze Ozeaniens über die äußere bis an die innere Deichmauer vorzuschieben und das Zwischenland auf die Wasserseite zu schlagen. Der Weg aber, der von Tibet ins Tal des Yangtse-Kiang führt, mündet ins Gelbe Meer. Das Reich des Drachen liegt vor Englands Augen. „Wie anders wirkt dies Zeichen auf es ein!" Während ganz Südasien vom Suezkanal bis zur Malakkastraße mit den Schenkeln des afrikanischen und australischen Kontinents wie ein Hufeisen

um den Britisch-Indischen Ozean geschmiedet ist, tut sich hinter der Malakkastraße die neue Welt der Zukunftskriege auf. Die Ohnmacht des holländischen Kolonialreiches auf den Sundainseln würde der Machtausbreitung Großbritanniens keine Schranken setzen. Doch der ferne Osten ist eine Welt, die die letzten Rivalen Englands in die Schranken rief. Rußland, Japan, Amerika haben ihre Ansprüche auf das Reich der Mitte, das größte Beutestück der Welt, angemeldet. Nur mit einem Fuß, Australien, tritt England in den Wettkampf ein. Es war ein Meisterstück britischer Diplomatie, den damals mächtigsten seiner drei Rivalen Rußland, durch den scheinbar schwächsten, Japan, aus dem Feld zu schlagen. Mit seinem gelben Schildknappen an der Seite konnte sich England eine Zeitlang als Herr des Stillen Ozeans dünken. Doch schon der Friede von Paris (1898) hatte den Vereinigten Staaten auf den Philippinen einen zentralen „Platz an der Sonne" Ostasiens eingeräumt, der, in gefährlicher Nähe von Hongkong und Formosa, die Meeresstraße vom Indischen in den Stillen Ozean sperrte. Der Friede von Portsmouth (1905) hatte den Träger des Sternenbanners zum Schiedsmann zwischen Siegern und Besiegten bestellt.

Unbestritten sind die Triumphe des Wasserkontinents in den drei Erdteilen der Alten Welt; doch auch seiner Macht ward auf Erden eine Grenze gesetzt, die es niemals überschreiten wird. Kein Nelson und kein Cecil Rhodes wird je die Neue Welt erobern. Über Kanada hängt das Damoklesschwert der Monroedoktrin, die weitherzig genug auch Australien umfaßt. Gab es je ein folgenschwereres Ereignis nicht nur für die Geschichte Englands, sondern auch für die Erdgeschichte, als den Abfall der Vereinigten Staaten vom Mutterlande (1776)? Der Unabhängigkeitskrieg hat Großbritannien die halbe Welt gekostet. Der Ehrgeiz Englands, seine Züge der Menschheit aufzuprägen, wurde auf den Avers der Erdmedaille eingeschränkt. Die Prägung des Revers blieb seinem Antipoden vorbehalten. Wieviel an Festland in der Alten Welt der Wasserkontinent auch noch unterspülen oder überschwemmen mag, es ist dafür gesorgt, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen — am Ufer der Neuen Welt hat Monroe eine Warnungstafel aufgerichtet: „Bis hierher sollst Du kommen und nicht weiter, Hier sollen sich legen Deine stolzen Wellen."

Methoden der englischen Politik.

Die Grundsätze und Methoden der englischen Politik ergeben sich aus der antipodischen Natur des britischen Wasserkontinents, dessen Interessen von Haus aus denen der Landkontinente entgegengesetzt sind. Die von englischen Staatsmännern ausgesprochene These, daß England der geborene Feind der jeweils stärksten Kontinentalmacht sei, ist nur eine Anwendung des allgemeinen hydropolitischen Gesetzes, daß der Wasserkontinent der geborene Feind jedes Landkontinents ist. Die Methoden der britischen Staatskunst würden sich als Folgerungen aus diesem Grundgesetz schon rein logisch ergeben, wenn sie nicht hundertfältig aus der Geschichte der englischen Politik abzulesen wären.

Man kann, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu machen, die Methoden der britischen Politik in den folgenden 20 Punkten zusammenfassen.

Sechs Punkte englischer Kontinentalpolitik.

1. Die Einigung aller Festlandmächte ist zu verhindern, da sie die Aufstellung einer kontinentalen Monroelehre[1]) zur Folge haben würde. (Anti-Monroetheorie.)

2. Jede Vorherrschaft einer einzelnen Kontinentalmacht[2]), die die übrigen Kontinentalstaaten zu Vollstreckern ihres Willens und zugleich von der britischen Weltherrschaft unabhängig machen würde, ist diplomatisch und militärisch niederzuringen. (Völkerbefreiungstheorie.)

3. Das europäische Gleichgewicht ist so zu gestalten, daß England jederzeit in der

[1]) Gleich der „bewaffneten Seeneutralität" zur Zeit Katharinas II. — [2]) Wie zur Zeit Ludwigs XIV. und Napoleons I.

Lage ist, für diejenige Mächtegruppe, deren Unterstützung seinen jeweiligen Weltinteressen dient, im Ernstfalle den Ausschlag zu geben. (Gleichgewichtstheorie.)

4. In Ermangelung einer ausreichenden englischen Landarmee und zur Schonung der eigenen Kräfte sind eine oder mehrere Kontinentalmächte als „Landsoldaten" gegen die Feinde Englands zu verwenden. (Kontinentaldegentheorie.)

5. Die vertragliche Bindung der vorzuschiebenden Kontinentalmacht ist für England so unverbindlich zu gestalten, daß es, sobald sein „Landsoldat" in den für England erwünschten Krieg verwickelt ist, der eigenen Verpflichtung zum Beistande überhoben bleibt und die Wahl hat, sei es sofort oder später, in den Kampf einzutreten, sei es über den Kopf der befreundeten Macht hinweg, sich mit der befeindeten Macht friedlich zu verständigen und den erstrebten Gewinn kostenlos einzustreichen. (Kastanientheorie.)

6. Kontinentalkriege sind nicht zu hindern, sondern zu fördern, da jedesmal eine Schwächung des Kontinents und in der Regel ein überseeischer Gewinn für England dabei herausspringt. (Tertius-gaudens-Theorie.)

Vierzehn Punkte englischer Weltpolitik.

1. Es ist jedermanns Schuldigkeit in England, zu Wasser und zu Lande für Mehrung des britischen Weltbesitzes zu sorgen. (Expansionstheorie.)

2. England gebührt die absolute Seeherrschaft. (Rule-the-waves-Theorie.)

3. Da England auf alle noch unbesetzten Gebiete der Welt eine Priorität besitzt, sind dieselben, bevor sie in andere Hände fallen, zu okkupieren. (Englische Monroetheorie.)

4. Sobald andere Mächte der Besetzung durch England zuvorkommen, ist ihre Flagge niederzuholen. (Faschodatheorie.)

5. England hat doppelt so viele Kriegsschiffe zu bauen, als die beiden stärksten Seemächte zusammengenommen. (Zweimächte-Standard.)

6. Die Flotten unbequemer oder aufsteigender Seemächte sind zu vernichten. („copenhagen"-Theorie.)

7. Rivalisierenden Mächten ist der Flottenbau zu verbieten. (Seeneutralisierungstheorie.)

8. An allen Meerengen sind „turnpikes" aufzurichten. (Schlagbaumtheorie.)

9. Binnenmeere, die fremden Flotten als Ausfallhäfen dienen könnten, sind unter Verschluß zu legen. (Korkentheorie.)

10. England hat ein Recht auf alle britischem Besitz vorgelagerten Gebiete in der Welt, und die Pflicht, nach Einverleibung derselben auf die weiter vorgelagerten Gebiete dieselben Ansprüche zu erheben. (Glacistheorie.)

11. Die Lücken zwischen den englischen Weltbesitzungen sind auszufüllen und eine Kette geschlossenen Landbesitzes oder unbestrittener Vorherrschaft herzustellen, so daß die Binnenländer von den Weltmeeren abgedrängt werden. (Landbrückentheorie.)

12. Ansprüche fremder Mächte auf Gebiete, die England hat oder haben will, sind zu annullieren durch Cession von Territorien, die England nicht hat und vorläufig noch nicht haben will. (Trockenwohnertheorie.)

13. Binnenstaaten sind durch diplomatische Einkreisung, Koalitionskriege und Hungerblockaden auf die Kniee zu zwingen. (Blockadetheorie.)

14. Für jede Gewaltmaßregel britischer Expansion ist ein moralischer oder religiöser Grund zu finden. (Dutytheorie.)

Die „Duty"-Theorie hat von Bernhard Shaw ihre klassische Formulierung erhalten. In seinem Einakter „The man of destiny" läßt er Napoleon zu einer englischen Lady sagen: „Jeder Engländer ist geboren mit einer wunderbaren Fähigkeit, die ihn zum Herrn der Welt macht. Wenn er etwas haben will, gesteht er sich niemals ein, daß er es haben will. Er wartet geduldig, bis ihn — niemand weiß wie — eine brennende Überzeugung überkommt, daß es seine moralische und religiöse Pflicht

ist, diejenigen zu besiegen, die besitzen, was er haben will. Dann wird er unwiderstehlich... Er ist niemals in Verlegenheit um eine wirkungsvolle moralische Geste. Als der große Vorkämpfer für Freiheit und nationale Unabhängigkeit erobert und annektiert er die halbe Welt und nennt es Kolonisation... Sein Losungswort ist immer: ‚Duty', Pflicht; und niemals vergißt er, daß eine Nation, die ihre Pflicht auf die entgegengesetzte Seite ihres Interesses fallen läßt, verloren ist."

Die Methodik der britischen Kontinental- und Weltpolitik ist in sich selbst klar und folgerichtig. Naturgemäß kann aber ein Inselvolk, das an Volkszahl von anderen Großmächten weit übertroffen wird, diese Methoden nicht gleichzeitig und nicht immer mit gleichem Erfolge in allen Weltteilen anwenden. Bei der Fülle ihrer Angriffspunkte aber kann die englische Seemacht den Schauplatz ihrer Offensive beständig wechseln und nach dem Gesetz des kleinsten Widerstandes bald hier bald dort in der Welt aus der unermeßlichen Meeresflut des Wasserkontinents einen Taifun aufspringen lassen, um Gebiete, die es haben will, unter Wasser zu setzen. Da die Kontinentalmächte unter sich auf nichts anderes erpicht sind, als sich, gleich eigensinnigen und streitsüchtigen Bauern, um ihre Ackergrenzen zu zanken (obwohl die strittigen Raine mit den Weltmaßstäben der britischen Expansion kaum noch meßbar sind), so sind sie doch niemals ernstlich auf den Gedanken gekommen, eine Deichgenossenschaft gegen den Wasserkontinent zu bilden. Im Gegenteil. Sie blieben immer nur auf eins bedacht, wie sie die Deiche ihrer Nachbarn hinterrücks durchstechen könnten, um die strittigen Landstreifen mit der britischen Flut zu überschwemmen. Diese merkwürdige Geistesart der Kontinentalvölker hat der britischen Seeherrschaft seit Jahrhunderten die glänzendsten Chancen gewährt, sich ihrer Landantipoden dadurch zu erwehren, daß sie immer den einen durch den andern umbringen ließ und beide, Gegner wie Bundesgenossen, beerbte.

Englische Meerengen- und Balkanpolitik.

Aus dem weltweiten Kreis der Expansion des britischen Imperiums trat in der Bismarckzeit nur der Abschnitt des östlichen Mittelmeers als Gefahrenzone für den europäischen Frieden in den Vordergrund. Die umstrittenen Territorien waren Ägypten und der Balkan, die Angelpunkte des englischen Interesses der Suezkanal und die Dardanellen. Englands Rivalen waren für Ägypten und Suezkanal in erster Linie Frankreich, für den Balkan und die Meerengen in erster Linie Rußland. Österreich-Ungarn und Italien waren Englands Sekundanten. Die Kosten trug in jedem Falle die Türkei. Die einzige an den gewaltigen Interessengegensätzen der ihm verbündeten und befreundeten Mächte unbeteiligte Großmacht war Deutschland. Bismarck hat immer anerkannt, daß die Sicherung des Suezkanals und die Vorherrschaft über Ägypten eine Lebensfrage für das britische Weltreich sei, deren „Genick" hier unter dem Fuß Europas lag. Die Motive der englischen Politik waren durch seine Seeherrschaft und Weltausbreitung gegeben; ihr Ziel war, Frankreich aus Ägypten zu verdrängen, Rußland im Schwarzen Meer einzuschließen und auf dem Balkan einen Damm gegen das Zarenreich aufzuwerfen. Balkankriege und -krisen zogen in den Jahren 1875—78 und 1885—88 ganz Europa in Mitleidenschaft.

Die Perioden akuter Expansion des britischen Imperiums fallen (in etwa 10-jährigem Turnus) in der Regel in die zweite Hälfte der Jahrzehnte entsprechend dem Wechsel der liberalen und konservativen Ministerien.

1868—1874 Gladstone	1874—1880 Disraeli
1880—1885 Gladstone	1885—1892[1]) Salisbury
1892—1894 Gladstone	1895—1902 Salisbury.

Dann folgten 10jährige Perioden:

1895—1905 Salisbury-Balfour
1905—1915 Campbell Bannerman-Asquith

[1]) Mit Intermezzo Gladstone 1886.

Auch die zehnjährigen Perioden wichen nicht von der Regel ab, da die Liberalen Jingopolitik trieben (Tory-Democracy). Das liberale Kabinett 1905—1915 hatte in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts Edward Grey als Außenminister. Das Koalitionskabinett, das seit 1916 am Ruder war, umfaßte auch die Unionisten Bonar Law, Balfour, Milner und Curzon, unter Führung des liberalen Lloyd George. In der Regel wechseln in der englischen Außenpolitik Ruheperioden mit Bewegungsperioden entsprechend dem konservativen und liberalen Turnus. Der Leviathan der britischen Expansion will nach seinen Fütterungszeiten auch Verdauungszeiten haben. Nur daß die Fütterungszeiten oft die halbe Periode überschreiten, etwa schon im vierten statt im fünften Jahr beginnen und sich auch in das zweite Jahr des neuen Jahrzehnts ausdehnen.

In der Bismarckzeit sind im Orient die Jahre 1875—78 und 1885—88 kritische Perioden. Die erste Periode nimmt ihren Ausgang von dem Aufstand in der Herzegowina 1875 und endet mit den Auswirkungen des Russisch-Türkischen Krieges und des Berliner Kongresses 1877/78. Die zweite Periode setzt mit der ostrumelischen Revolution (September 1885) ein, die den Sturz des Battenbergers (August 1886) zur Folge hatte, und endet mit der Beilegung der russisch-österreichischen Kriegsgefahr (Frühjahr 1888). Die Anfangsjahre beider Perioden werden von englischer Seite noch außerhalb des Balkans markiert: das Jahr 1875 durch den Ankauf der Suez-Kanal-Aktien durch Beaconsfield, mit der Folge der Okkupation Ägyptens unter Gladstone 1882; das Jahr 1885 durch den Afghanischen Konflikt, der ohne Bismarcks Dazwischentreten zu einem zweiten Krimkrieg geführt haben würde.

Verfolgen wir im einzelnen an der Hand der deutschen Akten die jeweilige Stellungnahme der englischen Politik gegenüber den Kontinentalmächten.

Pontus-Konferenz 1870/71.

1. Schon die Pontusfrage 1870 drohte den Deutsch-Französischen Krieg zu einem europäischen Koalitionskrieg zu erweitern. Der diplomatischen Kunst Bismarcks war es gelungen, den französischen Angriffskrieg zu lokalisieren. Rußland benützte die europäische Spannung, um sich durch einseitige Erklärung des Zaren vom 31. Oktober 1870 der schwersten Fessel des Pariser Friedens von 1856, die ihm England angelegt hatte, zu entledigen: des Verbots, eine Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meer zu halten. Alle Mächte stimmten dem gerechten Verlangen Rußlands, an seinen eigenen Küsten maritime Bewegungsfreiheit zurückzugewinnen, zu. Nur England remonstrierte. Disraeli (der die Lage als „sehr ernst" ansah), äußerte: „daß das Land eventuell für Krieg sein werde", während der maßvollere Lord Granville einer Verständigung nicht abgeneigt war: „We shall not go to war if we can help it". (Nr. 220.) Lieber noch hätte man die Kontinentalmächte gegen Rußland vorgeschoben. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff schreibt unter dem 19. November 1870 (Nr. 221) an Bismarck: „Wenn wir (Deutschland) mit den anderen Vertragsmächten die einseitige Aufkündigung Rußlands für unzulässig erklären und jedes Einverständnis mit ihm verleugnen, so glaubt man, daß Rußland sich besinnen wird. Wo nicht, hält man Krieg für unvermeidlich, welcher sich über fast ganz Europa erstrecken dürfte[1]), und worin England jedenfalls tatsächlich der Bundesgenosse unserer Feinde sein würde." Selbst Palmerston war der Meinung gewesen, daß eine so rechtswidrige Beschränkung der Souveränität einer Großmacht an ihren eigenen Küsten die Dauer von 10 Jahren nicht überleben würde; Beaconsfield aber hätte nicht Bedenken getragen, deswegen einen europäischen Krieg zu entfesseln. Die Pontuskonferenz, die auf Bismarcks Antrag noch während des Siebziger Krieges in London tagte, entschied sich für eine Revision des Pariser Friedens, einem Beschluß, dem auch England zustimmen mußte.

„Krieg in Sicht" 1875.

2. Nach dem deutschen Sieg über Frankreich wandte sich die Sympathie der neutralen Großmächte sofort dem besiegten Frankreich zu. Lord Derby hielt es für selbstverständlich, daß Frankreich die Möglichkeit haben müsse, „eine achtunggebie-

[1]) Die Sperrungen in den angeführten Aktenstücken rühren durchweg vom Verfasser her, wenn es nicht anders bemerkt ist.

ende Stellung in Europa wiederzugewinnen". (Nr. 165.) (Die Welt st inzwischen weniger generös geworden.) Gortschakow begann alsbald nach dem Kriege auf eine zunächst diplomatische Koalition gegen Deutschland hinzuarbeiten, die auch Gladstones Ideal war. Auch Rußland hatte nichts dagegen einzuwenden, daß Frankreich sofort nach dem Kriege eine Deutschland ebenbürtige Armee aufzubauen begann, um „seinen Rang als europäische Großmacht" wieder einzunehmen. Auf den Gedanken, eine europäische Großmacht wehrlos zu machen und zu dauernder Ohnmacht zu erniedrigen, wäre in dem damaligen Europa, das noch auf politischen Anstand hielt, niemand verfallen.

Die Eifersucht Englands und Rußlands auf das siegreich erstarkte Deutschland kam im Jahre 1875 bei dem falschen „Krieg-in-Sicht"-Lärm zu verletzendem Ausdruck. In den deutschen Akten (Kapitel VII) macht die unerfreuliche Rolle, die Lord Derby in der an die Zeitungskampagne anknüpfenden diplomatischen Intrige spielt, (trotz der entschuldigenden Beurteilung des Grafen Münster) einen peinlicheren Eindruck als das eitle Bemühen Gortschakows, „sich (nach Bismarcks Worten) auf Kosten und zum Nachteile eines seit 25 Jahren bewährten Freundes einen vorübergehenden äußerlichen Erfolg zurechtzulegen". Die Intrige lief darauf hinaus, Deutschland „als Friedensstörer" vor Europa zu denunzieren und zugleich der englischen und russischen Diplomatie Gelegenheit zu geben, sich als „Friedensvermittler" zugunsten Frankreichs aufzuspielen. Von Paris hatte sie ihren Ausgang genommen. Ein vom französischen Premierminister Duc Decazes inspirierter Artikel des Pariser Times-Korrespondenten (Opper) von (aus) Blowitz hatte Deutschland die Absicht insinuiert, einen Krieg gegen Frankreich durch angebliche Forderung einer Armeereduktion vom Zaun zu brechen. Ohne jede Rückfrage oder Ankündigung in Berlin wandte sich Lord Derby — ob im Einverständnis mit dem russischen Gesandten Grafen Peter Schuwalow, bleibt unklar — an die Kabinette von Rom, Wien und Petersburg, um gemeinsame Schritte in Berlin „zur Löschung eines nicht brennenden Feuers" zu tun (Nr. 180). Obwohl zwischen Paris und Berlin kein unfreundliches Wort gewechselt worden war, hielt man es für angebracht, Europa gegen Deutschland zu alarmieren. Eine Verdächtigung des Grafen Beust, des damaligen österreichischen Botschafters in London, verschärfte die Unterstellung dahin, daß Deutschland die Absicht hätte, zuerst über Österreich herzufallen. Da sich das Kriegsgeschrei als blinder Lärm herausstellte, schoben sich London und Petersburg gegenseitig die Schuld in die Schuhe. Gortschakow erklärte Herrn von Schweinitz, daß er die „Befürchtung nicht einen Augenblick geteilt habe" (Nr. 192), während Lord Derby dem Grafen Münster versicherte, „England habe nur das Interesse, in Europa Frieden zu erhalten, und dazu gebe es keine bessere Garantie als ein starkes Deutschland. Mit Deutschland habe England keine divergierenden Interessen, mit Frankreich sei das anders, und kein ruhiger und verständiger Engländer könne sich der Überzeugung verschließen, daß ein zu mächtiges Frankreich naturgemäß für England gefährlicher sein müsse, als ein kräftiges Deutschland." (Nr. 191.) Der diplomatische Zweck der ganzen Kampagne war, Deutschland in Europa in Verruf zu bringen.

Konferenzen 1877.

3. Die Bemühungen des Fürsten Bismarck, den Russisch-Türkischen Krieg, der seit dem Ausbruch des Aufstandes in der Herzegowina (Frühjahr 1876) drohte, abzuwenden, fanden in London keine Gegenliebe. Das bei der Drei-Kanzler-Zusammenkunft in Berlin aufgesetzte sog. Berliner Memorandum (13. Mai 1876), das einen gemeinsamen Schritt der Mächte bei der Pforte herbeiführen sollte, wurde unter den zum Beitritt aufgeforderten Mächten allein von England abgelehnt. Auch ein zweiter Versuch (erste Oktoberhälfte 1876), nach dem Ausbruch des Krieges zwischen den kriegführenden Staaten Serbien, Montenegro und der Türkei durch gemeinsamen Druck der Mächte einen sechswöchigen Waffenstillstand zu erwirken, scheiterte an dem Widerstande des Londoner Kabinetts. „Ich glaube", schreibt Fürst Bismarck in einem Diktat vom 28. Oktober 1876 (Nr. 250), „daß die jetzt obwaltende Spannung nicht eingetreten sein würde, wenn England sich den auf der

Basis der Berliner Besprechungen geeinigten fünf übrigen Mächten damals angeschlossen hätte." Auch Kaiser Wilhelm I. schob England die Schuld an dem Ausbruch des Balkankrieges zu: „Denn, tranchons du mot, seit dem refus Englands, dem Berliner Memorandum von 1876 beizutreten, ist die ganze jetzige Kalamität heraufbeschworen worden, indem Serbien und Montenegro bei diesem Dissenz glaubten, der Moment sei gekommen loszuschlagen; was ohne diesen Dissenz nie möglich gewesen wäre!" Den gleichen Mißerfolg hatte dank der abseitigen Haltung der englischen Regierung und der offenkundigen Ermutigung der Pforte durch den Botschafter Elliot die Konstantinopeler Botschafterkonferenz (11. Dezember 1876 bis 20. Januar 1877). Die Konferenz hatte ein Programm ausgearbeitet, das auf der Basis der Integrität der Türkei den status quo auf dem Balkan erhalten und der Pforte die Errichtung einer lokalen Autonomie in Bosnien und der Herzegowina aufoktroyieren wollte. Zwar unterstützte der „christenfreundliche" Lord Salisbury (als erster Delegierter) die gemeinsame Demarche der Mächte, aber der „turkophile" Elliot (zweiter Delegierter) arbeitete ihm derartig entgegen, daß der Sultan in seiner Renitenz bestärkt wurde. Daß es der englischen Regierung mit den Verhandlungen nicht ernst war, ergab sich aus der Instruktion Lord Derbys an Lord Salisbury (Nr. 268, 20. Dezember 1876), deren Schlußsatz lautete: „Sollte die türkische Regierung diese Vorschläge nicht annehmen, so behält sich die englische Regierung die völlige Freiheit ihrer Entschließungen vor." Überdies erklärte Lord Derby, „daß die englische Regierung der Pforte ganz freie Hand lassen werde, und von einer Pression englischerseits keine Rede sein könne". (Wozu Kaiser Wilhelm I. die Randbemerkung macht: d. h. den Krieg nicht verhüten wollen!) Natürlich erblickte die Pforte in den englischen Kundgebungen, die ihr zu Ohren kamen, eine Ermutigung, die Vorschläge der Botschafterkonferenz glatt abzulehnen, was denn auch mit Zustimmung des Großen Rates am 18. Januar geschah. Auch der letzte Versuch den Frieden zu erhalten, das sog. Londoner Protokoll, das gelegentlich der Mission des Grafen Ignatiew an die Höfe von Berlin, Paris, London und Wien zustande kam (31. Mai 1877) und in abgeschwächter Form die Vorschläge der Botschafterkonferenz erneuerte, wurde wiederum durch Schuld Englands um seine Wirkung gebracht. Die Pforte erfuhr unter der Hand, daß England das Protokoll für „null und nichtig erklären" würde, falls die ausbedungene Abrüstung Rußlands nicht sofort erfolgte. So riskierte der Sultan zum zweiten Male, die gemeinsame Demarche der Großmächte abzulehnen. In ihrem Widerstand wurde er noch bestärkt durch die Ernennung des als Türkenfreund und Russenfeind bekannten Layard zum Nachfolger Elliots in Konstantinopel, — eine Ernennung, die von der Pforte so aufgefaßt wurde, als wolle ihr England wieder den alten Schutz gewähren. Zu dem Zirkularerlaß der Pforte vom 9. April 1877, in dem sie ihre Ablehnung zu begründen versucht, schrieb der 80jährige Kaiser Wilhelm I. eigenhändig (14. April 1877, Nr. 287): „Das türkische Zirkular macht den Eindruck, als wenn ein zivilisierter Staat unschuldig angeklagt, sich verteidigt. Man könnte somit vergessen, daß die unzivilisierte Türkei durch ihre jahrhundertlange willkürliche Unterdrückung ihrer christlichen Untertanen diese zum Aufstande gezwungen hatte. Die 6 Großmächte erkannten diesen Aufstand an, intervenierten 1½ Jahr zugunsten der Christen, werden in allen Punkten von der Türkei zurückgewiesen und — Europa schweigt. Da muß sich die Türkei in ihrem Rechte fühlen!! Wilhelm"[1]).

Da England den Dingen freien Lauf ließ, erklärte Rußland der Türkei am 24. April 1877 den Krieg.

Russisch-Türkischer Krieg 1877.

4. Als die britische Politik alle Bemühungen der Friedensmächte, den Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges zu verhindern, vereitelte, hatte sie zwei Eisen im Feuer, entweder die Niederlage Rußlands oder den Zusammenbruch der Türkei unter gleichzeitiger Erschöpfung Rußlands. In beiden Fällen konnte England aus dem Kriege Nutzen ziehen. Mit diesen entgegengesetzten Möglichkeiten rechneten die turkophile und

[1]) Die Sperrungen rühren vom Kaiser her.

die turkophobe Strömung in der englischen Politik; Lord Beaconsfield, Lord Derby und die Königin samt den Botschaftern Elliot und Layard mit der Niederlage Rußlands, Lord Salisbury und seine Freunde mit dem Zusammenbruch der Türkei. Beide Anschauungen diskontierten im voraus den späteren Eingriff Englands in den Konflikt. Dieser Augenblick kam, als die russischen Truppen in San Stefano standen. Am 31. Januar 1878 übergab Lord Derby dem russischen Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow, ein Memorandum. Es enthielt die Erklärung, „daß England die Besetzung Konstantinopels durch russische Truppen nicht zugeben könne", und schloß mit dem Satze, „daß es, falls es doch geschehe, mit Bedauern gezwungen sein würde, energische Maßregeln zum Schutze seiner bedrohten Interessen zu ergreifen". (Vgl. das umgekehrte San Stefano: Kemal an den Dardanellen.) In der diplomatischen Korrespondenz verschmähte die englische Regierung, im Unterschiede von Gortschakows Predigtstil, andere als reine Machtinteressen vorzuschützen. Da das englische Interesse (wie im Krimkriege) die Stützung und Erhaltung der Türkei gegen Rußland forderte, wären humane oder christliche Motive auch deplaziert gewesen; man stellte sich unbedenklich auf den Standpunkt reiner Interessenpolitik. Nach Übernahme des Auswärtigen Amts durch Salisbury (Ende März 1878) schrieb Graf Münster (2. April 1878, Nr. 378): „Es ist eine merkwürdige Lage, in welche England durch die schwache konditionelle Neutralitätspolitik und die Proklamierung des egoistischen Prinzips der eigenen Interessen geraten ist, und kommt es zum Kriege, so wird er ohne bestimmtes Objekt begonnen, bloß um die Machtstellung und das, was allein die französische Sprache mit einem Worte bezeichnend ‚prestige' nennt, geführt."

So gewiß es sich bei der Kriegsdrohung Englands nur um die Machtstellung handelte, so unzutreffend ist es, daß es sich nicht um „ein bestimmtes Objekt" gehandelt hätte. Das sehr bestimmte Objekt war der Besitz der Meerengen, die die Beherrscherin des Mittelmeeres damals so wenig als heute in die Hände Rußlands fallen lassen konnte. Es gab zwar eine Zeit, wo linksradikale Little-Engländer bereit gewesen wären, den dauernden Besitz Ägyptens gegen ein russisches Konstantinopel einzuhandeln. Die englische Regierungspolitik aber, ob liberal oder konservativ, hat niemals den fundamentalen Grundsatz verleugnet, daß die Russen vom Mittelmeer auszuschließen sind. Der Verschluß der Dardanellen ist der Deckel über dem russischen Brunnen des Abgrunds. Auch Internationalisierung heißt immer nur Anglisierung der Meerengen. Selbst wenn gelegentlich die Möglichkeit ventiliert wurde, die Meerengen für die Kriegsschiffe aller Nationen zu öffnen, so war es auch damit niemals ernst. Es wurde mehr damit preisgegeben, als gewonnen. Falls der Sultan die Dardanellen nicht „freiwillig" öffnete, konnte man die Häfen des Schwarzen Meeres auch trotz des vertraglichen Meerengenverschlusses in den Bereich englischer Schiffskanonen bringen, wenn man die Dardanellen forcierte. Die englische Auslegung des Berliner Vertrages (Dardanellen- und Bosporusverschluß nicht Garantie aller Vertragsmächte, sondern nur freier Entschluß des Sultans) gewährte aber die Möglichkeit, durch Druck auf den Sultan, auch ohne unangenehme Schiffsverluste, die Meerengen zu öffnen. Die Heiligkeit der Verträge galt immer nur für die andern, nicht aber für England. Dies bewies England sofort, als die Dardanellenfrage akut wurde. Am 13. Februar 1878 lief die englische Kriegsflotte, im Widerspruch mit dem Berliner Vertrag und ohne sich um den erforderlichen Ferman des Sultans bemüht zu haben, in das Marmarameer ein und ankerte im Angesicht von Stambul vor den Prinzeninseln.

Bismarck ist sich der vitalen Interessen Englands am Suezkanal und an den Dardanellen immer bewußt gewesen und hat niemals damit gerechnet, daß diese Riegelstellungen von England aufgegeben werden könnten. „Trotz Gladstone", schrieb er 1883 (Nr. 606), „kann England doch nimmer zugeben, daß Konstantinopel und der Verschluß des Bosporus in russische Hände fällt, und Kleinasien eine russische Enklave zwischen Armenien und der Dardanellenposition, letztere aber die Ausfall-

station auf den ägyptisch-indischen Seeweg würde. England kann dies um so weniger, als es allein die Russen aus einer solchen Position weder delogieren, noch sich ein Äquivalent für diese Position sichern könnte." Hierum, und um nichts anderes, handelte es sich für England, als Rußland Anfang 1878 mit erschöpften Truppen vor Konstantinopel und tief in Armenien stand. England wußte, was es wollte: Rußland hinter den Balkan zurück- und aus dem armenischen Hochland herauswerfen. Die speziellen Forderungen Englands waren durch das Gesetz des Wasserkontinents gegeben. In der europäischen Türkei hatte Rußland hinter der ersten Mauer des Binnenlandes, dem Balkan, haltzumachen; die Fenster zum Ägäischen Meer wurden ihm, ebenso wie die Tür zum Mittelmeer vor der Nase zugeschlagen. Als Rußland im Lauf der Verhandlungen vorschlug, das von Ignatiew in San Stefano projektierte Großbulgarien in eine West- und eine Osthälfte zu zerlegen, setzte England auf dem Berliner Kongreß die nordsüdliche Halbierung durch, d. h. Teilung Großbulgariens in ein russisches Nordbulgarien und ein griechisches, d. h. englisches Südbulgarien (Ostrumelien). Es war die Idee Lord Stratford de Redcliffes, aus der europäischen Türkei mehrere autonome Staaten zu machen, die Beaconsfield aufgenommen hatte. So wurde zunächst ein zis- und ein transbalkanisches Bulgarien geschaffen. Der ganze Nordwestbalkan nebst Bosnien und Herzegowina war der englischen Politik gleichgültig. Gegen die Cession von Bosnien und der Herzegowina hatte England damals nichts einzuwenden. Am Ägäischen Meer aber hatten die Slawen, als Vasallen Rußlands, nichts zu suchen. Hier mußten die Griechen als Stoßpolster vor die Bulgaren geschoben werden. „We must play the Greek against the Slaves" (Nr. 338). In Armenien lag die Sache so, daß die englische Einflußsphäre, die ideell ganz Anatolien und Persien umfaßte, vor einer russischen Expansion geschützt werden mußte. Gegen diese Gefahr mußten Sicherungsmaßregeln ergriffen werden. Lord Salisbury argumentierte: „Kars ist, alter Traditionen wegen, ein Punkt, der in Indien eine große Rolle spielt, und mit Bajazid auf der einen und dem Kaspischen Meere auf der andern Seite würde Persien ganz unter der russischen Machtsphäre liegen" (Nr. 401). Obwohl Salisbury zuerst eher Batum als Kars zugestehen wollte, einigte er sich schließlich mit Schuwalow dahin, daß Bajazid bei der Türkei blieb, Kars an Rußland fiel. Batum erklärte der Zar aus eigener Entschließung zum Freihafen, was später (1886) zurückgenommen wurde und einen neuen Konflikt mit England schuf. Die zweite Sicherungsmaßregel war der geheime Defensivvertrag mit der Türkei, die sog. Cyprische Konvention vom 24. Juni 1878, in der England der Türkei die Integrität ihres Territoriums gegen Rußland garantierte. Um den englischen Forderungen Nachdruck zu geben, wurden indische Truppen nach Malta beordert, was in Indien großen Eindruck machte.

Durch die Cyprische Konvention verfolgte England noch ein andres Ziel. Als Entgelt für die der Pforte geleisteten Dienste (angeblich zum Schutz der Türkei) ließ England sich die Insel Cypern ausliefern und schuf sich damit eine Deckung für Ägypten und den Suezkanal. Schon im April 1877 hatte der ägyptische Exminister Nubar Pascha, wohl mit Zustimmung des Khediven, in London in Anregung gebracht, Ägypten unter englisches Protektorat zu stellen. Der Vorschlag war damals bei den leitenden Staatsmännern auf Bedenken gestoßen, da man sich durch einen solchen Schritt die unversöhnliche Feindschaft Frankreichs zuzuziehen fürchtete. Bismarck fand den Vorschlag Nubar Paschas (in einem Marginal zu einem Bericht des Grafen Münster) „sehr verständig" (Nr. 289) und ließ durch Graf Herbert nach London schreiben, (Nr. 290), „daß er selbst sich vor Jahr und Tag dahin ausgesprochen hätte, daß England sich Ägyptens versichern müsse, — und daß es im Interesse des mitteleuropäischen Friedens läge, wenn England lieber Pfand nehme als Krieg führte". Graf Münster berichtete in der Folge, als Nubar Pascha Ende Juni 1877 wieder nach London kam (Nr. 295): „Nubar Pascha klagt sehr über die Sorglosigkeit, den Mangel an Voraussicht und Energie der jetzigen Regierung und sagt, die einzigen Engländer, welche die Notwendigkeit Ägyptens für England nicht begreifen, seien die jetzigen Minister ... In

der City, in der Armee und bei allen Beamten im Foreign Office, India Office und im Finanzministerium hat Nubar Pascha die freundlichste Aufnahme gefunden; dort wird verstanden, wo die wirklichen Interessen liegen, und es wird über die Minister gelacht, welche die Annexion Ägyptens als unmoralisch verwerfen, während sie ganz ruhig die Annexion der Transvaal-Republik, eines Landstriches etwa von der Größe Frankreichs, ruhig sanktionieren und sich damit rühmen." Als Lord Salisbury ins Amt kam, war er im Unterschied von Lord Derby „solchen Ideen sehr zugänglich und sagte, daß, käme es zum Kriege, England nach jener Seite vorgehen müsse, ohne Krieg sei aber die Sache sehr schwer zu machen. Er selbst hat ganz unbedingt Lust dazu" (Nr. 401).

Vor dem Berliner Kongreß.

Während die Verhandlungen über den Berliner Kongreß schwebten, schwankte die Kriegswage in London auf und nieder. Russische und englische Kriegsdrohungen wechselten ab. Rußland erklärte, daß die russischen Truppen in Konstantinopel einrücken würden, falls die Flotte nicht zurückgezogen würde. „Die englischen Minister können darauf nicht eingehen," schreibt Graf Münster aus London (25. Februar 1878, Nr. 327), „täten sie es, sie würden vor Tätlichkeiten auf der Straße nicht sicher sein, und dann wäre es auch im Unterhause mit der Majorität vorbei." Am meisten böses Blut machte in England die Forderung der Auslieferung von 6 türkischen Panzerschiffen, — erst hieß es, der ganzen Flotte — da das ein Schlag sei, der nur gegen England gerichtet sein könne. (Befreundete Flotten sind zu schonen, feindliche zu versenken.) „Will Rußland wirklich den Krieg," schreibt Münster, „so ist das Bestehen auf dieser Forderung das sicherste Mittel dazu. England hat zwar keinen legalen Grund, um gegen den Verkauf oder die Cession von Kriegsschiffen der Pforte zu prozessieren, es kann und wird aber auf andere Weise es verhindern und einen andern casus belli suchen." Als Antwort auf die russische Forderung droht Lord Derby, daß, falls Rußland in der Stellung bei Konstantinopel bleibe oder noch näher rücke, England die Friedenskonferenz nicht beschicken und ihre Beschlüsse nicht annehmen werde. Graf Schuwalow antwortete brüsk, „Rußland würde damit der größte Gefallen geschehen". Ein Peace-Meeting im Hyde Park wurde von einem gleichzeitig versammelten War-Meeting gesprengt und der Friedensredner von seinem Tisch geworfen. 70 000 Menschen nahmen an der Demonstration teil. Nachher ging ein Haufen zu Gladstone und warf ihm die Fenster ein, ein größerer Haufen brachte Disraeli in Downing Street eine Ovation. Weder England wußte, ob Rußland, noch Rußland, ob England den Krieg wollte. Gortschakow trumpfte auf (Nr. 349): „England will nicht gern nach Berlin, nun gut, dann gilt das ‚beati possidentes'; übrigens machen wir starke Rüstungen." Sowohl in Rußland als in England schürten die Kriegsparteien das Feuer. Lord Beaconsfield „führte eine sehr kriegerische Sprache" und versicherte, daß die militärischen Vorbereitungen mit größter Energie betrieben würden. Er hielt die Friedenskonferenz für einen Traum und sagte: „Träume gehen selten in Erfüllung" (Nr. 343). Gortschakow erklärte wiederum: „England will sich aus seiner schwierigen Lage herausziehen, indem es uns eine Demütigung zuschiebt; durch dieses kaudinische Joch gehen wir nicht." Der russische Kriegsminister war überzeugt, daß England den Kongreß nicht wolle, weil seine Absichten „inavouables" seien und es im Trüben zu fischen beabsichtigte (Nr. 359) Zur allgemeinen Überraschung trat Lord Derby plötzlich aus dem Kabinett aus. Er mißbilligte die Mobilisierung von 12 000 Mann Reserven des stehenden Heeres und 26 000 Mann Reserven der Miliz, eine Maßregel, die nach dem Gesetz nur „in case of imminent national danger" beschlossen werden durfte. Alle Vorbereitungen zur Einschiffung des ersten Korps wurden mit größter Energie getroffen, 20 große Transportdampfer angekauft. „Trotz aller Reden von spirited policy" war der alte Lord Beaconsfield verantwortungsscheu; aber die Kriegspartei und die Königliche Familie drängten ihn zum Kriege (Nr. 375). Lord Salisbury übernahm das Auswärtige Amt (29. März 1878). Graf Münster war der Ansicht, daß der Lord, wie er ihn kenne, in einem so gefährlichen Moment das Foreign Office nicht übernommen

haben würde, „wenn er nicht zum Krieg entschlossen wäre". „Die Situation ist deshalb so ernst, weil der Krieg nur noch von Zufälligkeiten abhängt" (Nr. 378). Graf Schuwalow hält ihn für fast unvermeidlich (Nr. 379).

Es ist gut, sich in diese Tage zurückzuversetzen, um von Beaconsfield zu lernen, wie europäische Kriege entstehen können, und von Bismarck — wie sie verhindert werden können. Der Krieg wäre sicherlich ausgebrochen, wenn nicht Bismarck mit äußerster Geduld und Zähigkeit alle Hindernisse überwunden und den immer wieder gefährdeten Berliner Kongreß zustande gebracht hätte. Es war die größte Leistung seiner Friedenspolitik.

Die Verhandlungen mit Rußland sind äußerst lehrreich für die gänzlich unsentimentale Natur der englischen Politik, für die es nur ein Gesetz gibt: das englische Interesse. Jeder Appell Rußlands an das „christliche Europa" und die Versicherung, daß es sich im Kriege nicht um Rußlands Interessen, sondern um „das Los der Christen im Orient" handle — eine Versicherung, die nur bei dem Zaren und der Masse des frommen Volkes ehrlich war, — prallte an dem Panzer der englischen Interessenpolitik ab. England begeisterte sich plötzlich für die Erhaltung der Türkei. Nur der christenfreundliche Lord Salisbury war übel daran, er übernahm mit seinem Kriegsprogramm eine unlösbare Aufgabe. Er wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Er wollte Rußland von den Meerengen zurückwerfen und zugleich die Türkei zertrümmern, um England in den Besitz der Meerengen zu bringen. „Lord Salisbury", schreibt Graf Münster am 2. April 1878 (Nr. 378), „wird, seiner ganzen christlichen und antitürkischen Richtung wegen, dem Kriege eine andere Richtung geben, indem er das türkische Reich, auch wenn er es könnte, nicht wieder aufrichten würde, und er deshalb nicht leicht auf eine Allianz mit den Türken, die er verachtet, eingehen wird. Er ist einer der sehr wenigen englischen Staatsmänner, die unter Umständen so weit gehen würden, mit Rußland sich in die Beute zu teilen, das würde aber nicht gehen, wenn England mit der Türkei gemeinschaftliche Sache machte. Ohne Krieg könnte er das seinen eigenen Landsleuten gegenüber nicht durchsetzen, und deshalb würde es ihm vielleicht gar nicht unerwünscht sein, wenn Rußland die Türkei zwingen könnte, sich England gegenüber erst feindlich zu zeigen, denn eine zuverlässige und wirksame Alliierte würde die Türkei für Rußland nicht sein." In der damaligen Lage war es tatsächlich unmöglich, die Interessen der englischen Expansion mit Christenschutz in der Türkei zu vereinigen. Rußland war weit besser daran, es konnte seine Expansionspolitik in einer das russische Christenvolk begeisternden Befreiergeste mit der Kreuzzugsfahne decken. Das noch christlichere England dagegen war genötigt, die Partei der Türkei zu ergreifen, um sich die Beute des Orients vor dem Zugriff der Russen zu sichern, bis eine günstige Stunde der Weltgeschichte ihm erlauben würde, einen Ohnmachtsanfall seines Rivalen zu nützen und die ganze Türkei samt den Dardanellen an sich zu bringen. Das Doppelinteresse Salisburys rettete zwar diesmal den Frieden, brachte ihn aber in den neunziger Jahren immer wieder in dieselbe Verlegenheit, die sich ausschließenden Ziele des Christenschutzes und der britischen Interessenpolitik gleichzeitig verfolgen zu müssen. In der armenischen Krise 1894/96 brachte er es fertig, mit der einen Hand türkische Reformpolitik und mit der anderen die Aufteilung der Türkei zu betreiben. Er wollte das morsche Haus der Pforte gleichzeitig renovieren und einreißen.

Es lag in der Natur der Sache, daß die Konstellation des Krimkrieges sich immer wieder erneuern mußte. Erst das englisch-russische Abkommen von 1907 schuf eine neue Lage. Die alten Rivalen beschlossen, den Austrag ihres säkulären Streites zu vertagen, um den neuen Aspiranten auf die gesamte Konkursmasse der Türkei — denn als solcher erschien ihnen Deutschland — gemeinsam niederzuwerfen.

Afghanischer Konflikt 1885

Im Jahre 1878 hatte England (trotz aller von ihm selbst geschaffenen Verträge) den Riegel der Dardanellen eigenmächtig zurückgeschoben, um, wenn nötig, den Endkampf mit Rußland auszufechten. Bismarck trat dazwischen und schuf Frieden. Dieselbe Kon-

stellation kehrte wieder, als sieben Jahre später der afghanische Konflikt ausbrach und zum zweitenmal einen englisch-russischen Krieg in die nächste Nähe rückte. Ein Bericht des deutschen Militärattachés in London, Freiherrn von Huene, an das Militärkabinett vom 16. Juli 1885 (Nr. 778) über den „Operationsplan der englischen Heeresleitung für den Fall eines Krieges mit Rußland" lehrt, daß England vorhatte, den afghanischen Krieg von der Basis der Schwarzmeerhäfen aus im Kaukasus auszufechten (Landungen bei Trapezunt und Poti, Flottendemonstration gegen Odessa). Gleichzeitig sollten vom Persischen Golf aus englisch-indische Truppen von Bagdad über Aserbeidschan nach Tiflis marschieren. Der Kriegsplan rechnete mit der Kooperation der türkischen Armee und Flotte, die willig oder unwillig die Meerengen öffnen und sich England anschließen sollten. Die Beteiligung der Türkei hätte die Gefahr einer Ausdehnung des Krieges auf das übrige Europa heraufbeschworen, Grund genug für Bismarck, die englischen Pläne, wenn irgend möglich, zu vereiteln.

In politischen und militärischen Kreisen von Konstantinopel wurde nach dem Bericht des Botschafters von Radowitz (13. April 1885, Nr. 767) die Eventualität eines gewaltsamen Vorgehens der englischen Flotte gegen die Dardanellen (falls die Türkei die Passage nicht freigeben wolle) viel ventiliert und „namentlich von hiesigen Engländern als wahrscheinlich bezeichnet". Der englische Botschafter, Sir Augustus Paget, brachte (15. April, Nr. 769) in Gesprächen mit dem österreichischen Botschafter Graf Kálnoky und dem russischen von Nelidow die Rede auf die Frage der Sperrung der Meerengen. „Er hat geltend machen wollen, daß eine solche (durch internationale Verträge verbürgte) Sperrung beim Ausbruch eines Konflikts zwischen England und Rußland sehr schadenbringend für ersteres sein und letzterem alle Vorteile bringen würde, daß man dies daher keine strikte Neutralität nennen könne." (Nach der Theorie, daß Verträge ungültig sind und ihre Einhaltung unneutral, wenn sie England Schaden bringen, dagegen gültig und ihre Einhaltung neutral, wenn sein Gegner den Schaden davon hat.) Graf Kálnoky opponierte und argumentierte auf die Schweiz, vermochte aber Sir Paget nicht zu überzeugen. Der englische Botschafter hielt den Krieg für unumgänglich und beklagte sich, „daß er hier so wenig Sympathien für die englische Sache begegne". „England habe keinen Freund mehr auf dem Kontinent." Eine Woche später erhielt auch der Sultan vertrauliche Nachrichten aus London, „daß der Krieg unvermeidlich sei". Englische Offiziere rekognoszierten heimlich die Dardanellen und „die englische Absicht, den Eingang zu verlangen, war, wie der Sultan aus London erfuhr, sicher". Bei dem Gedanken an einen Gewaltstreich gegen die Dardanellen geriet der Sultan in große Ängste (Nr. 770, 772). Über die Stimmung in London berichtet Graf Münster (1. Mai 1885, Nr. 773): „Was Krieg und Frieden betrifft, so ist die Stimmung einen Tag ganz kriegerisch und am andern Tage ohne bestimmten Grund ebenso friedlich. Presse und Börse haben viel dabei zu tun. Die Herzogin von Edinburg glaubte anfangs, daß ihr Bruder, der Kaiser (Alexander II.) den Krieg bestimmt nicht wolle und verhindern werde. Jetzt sagt sie selbst, daß ihr Bruder der Militärpartei nicht mehr widerstehen wolle... der Prinz von Wales ist sehr kriegerisch."

Es war wiederum das Verdienst des Fürsten Bismarck, den Krieg verhindert zu haben. Es war der erste große Friedenserfolg des Drei-Kaiser-Bündnisses. Unter dem Druck Deutschlands, Rußlands und Österreichs, mit denen diesmal auch Frankreich ging, entschloß sich der Sultan für Neutralität und effektive Sperrung der Dardanellen. Die Oppposition in London war wütend. Randolph Churchill hielt eine Rede im Unterhause, die großen Eindruck machte. Die Erklärungen Gladstones und Granvilles wurden in beiden Häusern mit Todesstille und Kälte aufgenommen. Die Zeitungsverkäufer riefen auf der Straße aus: „War declared against Russia", und setzten mit leiser Stimme hinzu: „by Lord Randolph Churchill".

Niemals hat England versucht, drohende Kriege, die es selbst herbeizuführen entschlossen war, im voraus durch diploma-

tische Verhandlungen zu lokalisieren. Wenn es einen Krieg zum Schutz oder zur Ausbreitung seiner eigenen Interessensphäre für notwendig hielt, ließ sich die englische Diplomatie durch die Gefahr, daß ein europäischer Brand daraus entstehen könnte, niemals von ihrem Vorhaben abschrecken.

Batum-Frage.

Schon im nächsten Jahr zog eine neue Wolke über dem Schwarzen Meere auf. Anfang Juli 1886 zeigte Rußland den Signaturmächten des Berliner Kongresses seine Absicht an, den Freihafen Batum zu schließen. Bismarck erkannte das berechtigte Interesse Rußlands an, im Kaukasus Herr im eigenen Hause zu sein. Schwierigkeiten machte wiederum England, wenn auch mehr aus Gründen der inneren Politik. Bei den Neuwahlen wirkte die Batumfrage zum Sturz des Kabinetts Gladstone mit und Salisbury kam wieder ans Ruder (Nr. 976). Das Drei-Kaiser-Bündnis sicherte den Frieden.

Österreich, Englands „Landsoldat" 1887.

Das Jahr 1887 brachte die für Deutschland ernsteste aller Kriegsgefahren, die seit der Mitte der siebziger Jahre Bismarck zu schaffen machten. Der westliche und der östliche Feuerherd, französischer Chauvinismus und russischer Deutschenhaß, drohten ihre Brandfackeln über Mitteleuropa zusammenzuwerfen. Nur der unermüdlichen Geduld und Weisheit Bismarcks konnte es gelingen, das Kriegsgespenst zu bannen und den Frieden Europas zu erhalten. Lord Salisbury machte keinerlei Anstrengung, das Feuer zu dämpfen, und war einzig darum bemüht, seine beiden „Kontinentaldegen" Österreich und Italien für den Fall des russischen Einbruchs zu schärfen. Am liebsten hätte er Deutschland für ein erfolgreiches Vorgehen seiner Verbündeten gegen seinen Rivalen haftbar gemacht, ohne sich selbst zu engagieren. Bismarck war überzeugt, daß England in Petersburg nur durchblicken lassen brauchte, daß es im Ernstfalle hinter den beiden Mittelmächten stände, um den Ausbruch des Krieges abzuwenden. Salisbury konnte sich aber nicht dazu entschließen. Zwar sagte er zu Hatzfeldt, „er sei mit der Frage beschäftigt, ob er, ohne aus dem Rahmen seiner Befugnisse herauszutreten(!) und sich einer parlamentarischen Verantwortlichkeit auszusetzen, in St. Petersburg zugunsten der Erhaltung des Friedens einwirken könne". Bismarck bemerkt dazu am Rande: „Dann müßte England den Krieg eingestanden wollen, wenn seine Regierung für den Frieden nicht wirken darf". Es blieb bei den platonischen Erwägungen Lord Salisburys. Inzwischen wandte Bismarck seine ganze diplomatische Kunst auf, um seinen Dreibundgenossen Österreich und Italien durch eine Entente à trois mit England für den Ernstfall eine Deckung zu verschaffen, die er selbst nach seiner unerschütterlichen Überzeugung ihnen in ihren Orientwünschen nicht gewähren durfte.

Es lohnt sich, die Verhandlungen über die Entente à trois (Bd. IV, Kap. 25—28) sorgfältig zu studieren, um die Methoden der englischen Bündnispolitik gründlich kennen zu lernen. Denn hier nur ist der Maßstab zu gewinnen, um die Bündnisverhandlungen zwischen England und Deutschland aus den Jahren 1889 und 1898/1901 zutreffend zu beurteilen.

Die Erfahrungen zur Zeit der afghanischen Kriegsgefahr im Jahre 1885 hatten England gelehrt, daß es „auf dem Kontinent keinen Freund habe" und im Orient einer „ligue des neutres" gegenüberstand. Schon damals erkannte Salisbury die Notwendigkeit, aus seiner „splendid isolation" herauszukommen. „Wir sind Fische", sagte er zu Hatzfeldt (13. August 1886, Nr. 863) und bezeichnete es als „selbstverständlich, daß England in militärischer Hinsicht allein wenig leisten könne, wenn es einmal zu einer ernstlichen Komplikation im Orient kommen sollte, da England nur durch seine Flotte ein ernstliches Gewicht in die Wagschale werfen könne". Österreich dagegen sei „dazu berufen und in der Lage, den Teil der Aufgabe zu übernehmen, den England als Seemacht nicht ausführen könne, und, wenn die diplomatische Aktion zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht genüge, eventuell militärisch die Ruhe im Balkan aufrechtzuerhalten, von welcher Seite sie auch gestört werden sollte. Er gab dabei zu verstehen, daß eine Annäherung und Verständigung zwischen Österreich und England über eine gemeinsame Haltung in diesen Fragen sehr erwünscht sein würde". Hatz-

feldt wandte dagegen ein: „Er (Lord Salisbury) weise damit Österreich die eventuelle Aufgabe zu, die ganze Gefahr eines großen Krieges zu tragen, ohne eines nachhaltigen Rückhaltes sicher zu sein", und sprach die Vermutung aus, daß es zunächst seine eigene Sicherheit zu Rate ziehen, sich eventuell mit Rußland verständigen und Bedenken tragen würde, sich dieser großen Gefahr um Englands willen auszusetzen. Der Andeutung Salisburys, daß ja Deutschland hinter Österreich stehe, begegnete Hatzfeldt mit dem Hinweis auf die Gefahr eines europäischen Konfliktes, den im Falle von Orientverwicklungen Frankreich heraufbeschwören würde. Salisbury erwiderte leichthin: „Aber Frankreich würde vernichtet werden, wenn es Sie angreifen würde", und kam auf sein Thema zurück: „Österreich habe nur zu seiner alten traditionellen Politik im Orient zurückzukehren". „Was verstehen Sie darunter?" — „Die Aufrechterhaltung der Türkei." Auf die Bemerkung Hatzfeldts, daß dies auch die traditionelle Politik Englands gewesen sei, erwiderte Salisbury: „daß England selbstverständlich ebenfalls zu seiner früheren Politik zurückkehren müsse".

Entente à trois.

Die Verhandlungen über eine Entente à trois mit Italien und Österreich zogen sich von Ende 1886 bis Dezember 1887 hin. Schon im Dezember 1885 war das Thema zwischen Hatzfeldt und Salisbury angeschnitten worden. „Aus vertraulichen Mitteilungen des Grafen Hatzfeldt", schreibt Herbert Bismarck nach Wien, „läßt sich mit Sicherheit entnehmen, daß die englischen Minister das Axiom aufstellen, sie brauchten sich um die englischen Interessen im Orient nicht zu kümmern, da Österreich dieselben allein durchfechten würde und müsse; England würde in diesem Falle Österreich sich verbrauchen lassen und sich demnächst nach dem Gladstoneschen Programm auf Kosten Österreichs mit Rußland verständigen."

Bei dieser Gelegenheit erklärte Lord Salisbury, „wenn die Türken wirklich in Ostrumelien einrückten — (im September 1885 hatte Alexander von Battenberg ohne Rußlands Vorwissen die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien vollzogen) —, würde England natürlich seinen Standpunkt wahren und sich das Recht der Ratschläge vorbehalten müssen: es werde aber selbstverständlich keinen Mann aufstellen, um dies zu hindern". Kálnoky antwortete in Wien: „er wisse sehr gut, daß England das Ziel verfolge, seine Geschäfte im Orient durch Österreich besorgen zu lassen, und zu dem Ende Rußland mit Österreich zu verfeinden suche; auch daran zweifle er keinen Augenblick, daß es sich hüten werde, sich über die ostrumelische Frage mit Rußland zu entzweien". Als nun Alexander von Battenberg durch russische Parteigänger im August 1886 in Sofia aufgehoben und ins Ausland spediert worden war, klagte zwar Salisbury, „daß sein Balkandegen zerbrochen sei", rührte aber keinen Finger, um den Battenberger zu halten. In der ganzen Zeit der Balkankrise war es ihm nur darum zu tun, einen Konflikt zwischen Rußland und Österreich heraufzubeschwören. Bismarck dagegen, um dem drohenden Orientkriege vorzubeugen, begnügte sich nicht nur damit, die österreichischen Staatsmänner und ihren Kaiser beständig zu warnen und von Übereilungen zurückzuhalten, er ließ auch durch Hatzfeldt (20. August 1886, Nr. 864) Salisbury den folgenden Rat erteilen: „Wolle England eine Unterstützung seiner Politik haben, so müsse es sich selbst einsetzen und dürfe nicht darauf rechnen, daß andere ihm die Kastanien aus dem Feuer holen würden. Österreich könne England unterstützen, aber nicht vertreten. Wenn England keine Truppen habe, so müsse es sich solche in der türkischen Armee mit englischem Gelde beschaffen (wie es in früheren Zeiten den Kontinentalmächten Subsidien gezahlt habe). Mit Geld lasse sich in der Türkei alles machen, auch ein anderer Sultan. Es sei nicht möglich für England, mit gekreuzten Armen dazustehen und andere ins Feuer zu schicken."

Mit Lord Randolph Churchill, dem damaligen Schatzkanzler und Führer der Regierungsmehrheit im Unterhause, war in das Kabinett Salisburys ein aktiveres Element gekommen; doch auch er machte in erster Linie die äußere Politik von der inneren

abhängig. In einer Unterhaltung mit Hatzfeldt entwickelte er diesem (20. September 1886, Nr. 865) sein Programm. „An die Spitze stellte er den Satz, daß England keine europäische, sondern eine asiatische Macht sei, deren Aufgabe lediglich darin bestehe, sich den Besitz von Indien für alle Zeiten zu sichern. England habe daher keine wesentlichen Interessen in der Balkanhalbinsel und könne Rußland dort ruhig gewähren lassen"... Er entwickelte darauf als zweiten Satz die Behauptung, daß in England unter den heutigen Verhältnissen die äußere Politik von der inneren untrennbar sei. „Die Aufgabe der konservativen Regierung bestehe vor allem darin, sich dauernd zu befestigen, um mit Erfolg den konservativen Sinn im Lande zu fördern, und die monarchischen Konstitutionen befestigen zu können." „Obwohl er im Eingang unserer Unterhaltung", schreibt Hatzfeldt weiter, „jedes englische Interesse auf dem Balkan in Abrede gestellt hatte, vermied er jetzt jedoch sichtlich offen auszusprechen, daß England ein etwaiges Einrücken Rußlands nach Konstantinopel ohne weiteres hinnehmen könne". Als Hatzfeldt auf Ägypten zu sprechen kam, und wie England etwa eine Aufforderung, das Land zu verlassen, beantworten würde, erklärte Churchill kategorisch: „daß England die Forderung ablehnen und eventuell unbedenklich bis zum Kriege gehen müsse". Er fügte hinzu: „Wir müssen Indien für immer behalten und Ägypten noch auf lange Zeit." Schließlich kam er auf Österreich zurück und drückte wiederholt Zweifel aus, „daß die österreichische Regierung dem russischen Vorgehen im Orient gegenüber, welches seine Interessen zunächst bedrohe, auf die Dauer untätig bleiben könne", wogegen Hatzfeldt wiederum einwandte, „daß nach seinem persönlichen Eindruck Österreich nicht daran denken könne, für Interessen, bei denen andere wesentlich beteiligt seien, allein einzutreten, und daß es eine friedliche Verständigung (mit Rußland) vorziehen werde".

Sir Edward Malet, der englische Botschafter in Berlin, gehörte nicht zu den Bewunderern Churchills und äußerte gegen Herbert Bismarck: „Churchill ist viel mehr ein Umsturzmann als ein Konservativer und ist zu den Tories nur gegangen, weil er sah, daß es dort absolut an Fähigkeiten gebrach und die Chancen für ihn in dieser Partei am besten lagen." Er besitze für die auswärtige Politik nicht das geringste Verständnis, und wenn ein Staatsmann eine Politik, die er für richtig halte, aus parlamentarischen Rücksichten nicht ausführe, so handle er gewissenlos; glaubt er, das Parlament nicht zu seinen Ansichten bekehren zu können, und hat er nicht den Mut, gegen den Willen desselben zu handeln, so ist es seine Pflicht zurückzutreten. „Es ist der größte Fehler," fuhr Malet fort, „den wir machen können, wenn wir Konstantinopel den Russen überlassen, wie die neue radikale Schule bei uns das befürwortet: sind die Russen im Besitz Konstantinopels, so können wir Ägypten keinenfalls halten und, wie ich glaube, Indien ebensowenig. Es ist eine grobe Täuschung anzunehmen, die Russen würden, wenn sie erst vor Konstantinopel stehen, auf jede weitere Expansion in Ewigkeit verzichten und an Kriege nicht mehr denken: Eine erobernde Politik, wie die russische, wird sich niemals selbst eine Grenze stecken." Doch weder Salisbury noch Churchill dachten daran, sich im voraus Österreich gegenüber zu binden. Der Gedanke, daß Österreich seine Haut für England zu Markt tragen würde, war zu verlockend, wiederum war das Bedürfnis Österreichs, sich an England anzulehnen, zu stark, als daß es nicht hätte versuchen sollen, ein auch für England bindendes Abkommen zu treffen. England seinerseits tat alles, um Österreich auf den Leim zu locken. In seiner Dardforder Rede (2. Oktober Nr. 870 Fußnote) ging Randolph Churchill so weit, öffentlich auszusprechen (ohne daß noch von irgendeinem Abkommen die Rede war): „England könne es mit großer Genugtuung ansehen, daß Österreich den Anfang mit der großen internationalen Aufgabe mache, die Freiheit und Unabhängigkeit der Donaufürstentümer gegen die russische Autokratie zu schützen." (Es handelte sich ja keineswegs um englische Interessen, sondern um Menschheitsaufgaben, Völkerfreiheit und Demokratie!) Anfang Oktober schrieb der österreichische Botschaftsrat in London, Baron Hengelmüller, „daß ihm die

englischen Minister häufig im Sinne einer Verständigung sprächen; ja er sei überzeugt, daß dieselben sehr bereit seien, mit Österreich in ein Allianzverhältnis zu treten". (Fällt ihnen nicht ein! bemerkt Bismarck am Rande). Der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß, bemerkt dazu: „In welcher Weise sei bekannt, der englische Premier könne aber doch nachgerade wissen, dass er nicht darauf rechnen kann, Österreich ins Feuer zu schicken. (B[m][1]): Wer weiß.) Kálnoky aber will den Engländern keine Hoffnungen erwecken, Lord Churchills Rede beweise hinreichend, wie rasch die Engländer bei der Hand wären, einem anderen die Verfechtung ihrer Interessen zu überlassen" (4. Oktober 1886, Nr. 870). Churchill wurde nun freigebiger mit seinen mündlichen Versprechungen: „Falls Österreich gegen das Einrücken der Russen in Bulgarien in Petersburg ein ‚Ultimatum' abgeben wolle, würde sich England rückhaltlos dabei beteiligen. England sei sehr wohl in der Lage, Österreich 50—60 000 Mann Kerntruppen zur Verfügung zu stellen. Eine englische Flotte vor Warna(!) würde dann Rußland ebenfalls ernstlich zu denken geben (Nr. 871). Zu dem Wort „Warna" bemerkt Bismarck am Rande: „Wie kommt sie dahin? Den Schlüssel hat der Sultan und den hat England sich entgehen lassen." Nach englischer Meinung offenbar nicht, man brauchte nur in die Tasche des Sultans zu greifen und hatte den Schlüssel. Auch die Queen war wieder kriegslustig wie 1878. Hatzfeldt hört, „daß die Königin dringend eine energische Politik wünsche und Salisbury in diesem Sinne in Balmoral bearbeitet habe. Als Österreich den englischen Wünschen nicht sogleich Gehör schenkte, wurde Churchill aufgeregt und beklagte sich, daß Österreich „England jetzt wieder im Stich zu lassen scheine". (B[m]: Oder umgekehrt?) „Österreich wisse genau, daß England ihm zugesagt habe, sich seinen Schritten gegen Rußland im Fall der Okkupation Bulgariens anzuschließen." Der österreichische Botschafter Graf Károly wußte nichts von einer dahingehenden Äußerung, die Frage sei mit Churchill nur akademisch besprochen worden; eine formelle Zusicherung des Anschlusses gegen Rußland sei bis jetzt hier nicht erteilt worden. Ohne Allianzen könne Österreich sich aber hier nicht in den Krieg treiben lassen (Nr. 872, London, 24. November 1886). Auf den Bericht Hatzfeldts erwidert Bismarck: „Er könne die Behauptung Churchills, daß Österreich, falls es den Handschuh aufnimmt, der englischen Unterstützung sicher sei, nur für unaufrichtig halten, darauf berechnet, Österreich zu induzieren und dann sitzenzulassen, resp. auf unseren Beistand anzuweisen, während England neutral bleiben würde. Rußland suche geradezu den Krieg, im Glauben an seine Überlegenheit, sobald es wisse, daß Österreich in demselben ohne Bundesgenossen sein werde. Hätte Rußland die Gewißheit, daß Österreich, von ihm angegriffen, den Beistand Englands finden werde, so würde es den Angriff unterlassen. England brauchte nur in Petersburg anzudeuten, daß es in solchem Falle Österreich beistehen würde, um den Frieden mit Ehren zu erhalten. Solange aber die englische Politik Rußland gegenüber hinterhaltig bleibe, liege es im Interesse Österreichs, dem russischen Krieg auszuweichen, selbst mit Opfern" (Nr. 873). Churchill stellte dann auch gegenüber Hatzfeldt nicht in Abrede, „daß bisher keine förmliche Verständigung zwischen Österreich und England zustande gekommen und daß man in Wien berechtigt sei, seine Äußerungen als nichtamtliche zu betonen", wiederholte aber seine früheren Versicherungen: „Wenn Österreich unter stillschweigender Billigung Deutschlands (connivence) eine entschiedene Stellung in bezug auf den Orient einnehmen wolle, werde England mitgehen und seine ganze Macht in die Wagschale werfen. Eine mächtige englische Flotte, welche die Dardanellen eventuell forcieren (!) müsse (also mit Vertragsbruch), würde im Schwarzen Meer erscheinen. In 6 Wochen könne England außerdem 60 000 Mann der besten Truppen ausrüsten und auf den Kriegsschauplatz werfen." Als im Verlauf der Unterredung Hatzfeldt auf die Gefahr hinwies, daß ein russisch-österreichischer Krieg unter allen Umständen einen französischen Angriff zur Folge haben würde, schüttelte Lord Churchill das Füll-

[1]) Mit B[m] bezeichnen wir Marginalien von der Hand Bismarcks.

horn seiner nichtamtlichen Versprechungen auch über Deutschland aus. Er halte „eine Verständigung über die Unterstützung, die England uns dabei gewähren könne, ebenfalls für möglich. Jedenfalls würde England den Schutz unserer Kolonien gegen etwaige Angriffe übernehmen" (Nr. 874). In einer Unterredung Hatzfeldts mit Salisbury (6. Dezember 1886) versuchte jetzt auch der Premier die Schuld auf Österreich zu schieben und „beklagte lebhaft, daß keine Verständigung mit dem Grafen Kálnoky möglich sei, der auf alle Eröffnungen von englischer Seite mit Ausflüchten antworte. Bestimmte und für das Land verbindliche Versprechungen habe er allerdings beim besten Willen nicht machen können, weil verfassungsmäßig (B^{m}: also!) kein englischer Minister dazu imstande sei. Wie nun die Dinge lägen, müßten zuerst bestimmte Tatsachen eintreten. Als eine solche bezeichnete er einen etwaigen Angriff Rußlands auf Galizien, welcher hier (in England) unzweifelhaft einen Sturm in der öffentlichen Meinung hervorrufen und die Möglichkeit geben werde, offen für Österreich einzutreten und zu handeln. England werde ein feindliches Auftreten Rußlands gegen Österreich in Gemeinschaft mit der Pforte nicht ruhig ansehen, vielmehr dagegen Maßregeln ergreifen, und, falls es etwa den Eingang der Dardanellen nicht erzwingen könne, alle türkenfeindlichen Nationalitäten der Balkanhalbinsel (Griechenland, Bulgarien, Mazedonien) auf die Pforte werfen" (Nr. 875). Bismarck bemerkt dazu am Rande: „Wenn England auch nur durchblicken läßt, daß es einen Angriff auf Österreich als Kriegsfall ansehen würde, so ist der Friede gesichert mit oder ohne Pforte. Letztere wird englischer Drohung gegenüber nicht wagen, mit Rußland zu gehen. Frankreich halten wir in Ruhe und Italien geht wenigstens nicht gegen England."

In einer letzten Unterredung mit Hatzfeldt (Nr. 877) entwickelte Churchill: „Die Schließung der Dardanellen sei der Angelpunkt für die englische Politik im Orient, da England bei eintretenden Feindseligkeiten nur im Schwarzen Meer mit wirklich großem Erfolg operieren könne, und in dieser einzigen wirksamen Aktion durch die Schließung der Meerengen, wenn nicht gelähmt, so doch ernstlich gehemmt und von vornherein der Möglichkeit großer maritimer Verluste ausgesetzt sein würde." „Als wir", fährt Hatzfeldt in seinem Bericht fort, „auf die Frage kamen, daß es in der Hand Englands liege, durch eine entschiedene Sprache in Petersburg zugunsten Österreichs den Frieden unbedingt sicherzustellen, stellte der Minister diesen voraussichtlichen Erfolg einer solchen Haltung keineswegs in Abrede. Er machte aber gegen die Opportunität derselben im englischen Interesse geltend, daß Rußland, durch diese Einmischung Englands verletzt und aufs äußerste getrieben, nach kurzer Zeit in Asien eine Revanche suchen würde"... „Als wir auf Frankreich kamen und auf die von dort ausgehende permanente Bedrohung des europäischen Friedens, sagte er: „Im Grunde genommen ist Frankreich unser gewöhnlicher Feind, und wir werden keine Ruhe haben, wenn es nicht völlig zerschmettert wird." Als Hatzfeldt hierauf bemerkte, daß bei solcher Auffassung England bereit sein sollte, Deutschland noch mehr als den Schutz unserer Kolonien zu gewähren, da deren Schicksal doch auf dem europäischen Schlachtfeld entschieden werden würde, dachte Churchill einen Augenblick nach und sagte dann: „Wir könnten vielleicht in Paris erklären, daß wir keine Beunruhigung des Handels im Kanal zugeben können." (Vgl. die Erklärung von Lord Grey im August 1914, nur mit umgekehrtem Spieß.) In einer weiteren Unterhaltung mit dem englischen Premier kam Lord Salisbury noch einmal darauf zurück, daß ihm für einen Krieg an Rußland in der englischen Öffentlichkeit der nötige Wind und in Bulgarien eine Waffe fehle. Durch Beseitigung des Fürsten Alexander sei ihm sein Degen zerbrochen worden. „C'était mon épée qui a été brisée dans nos mains." Was ihm heute fehle, sei der Wind in seinen Segeln. Er müsse warten, bis sich ein solcher ergebe und ihm gestatte, vorwärts zu segeln. Dieser Fall werde, wie er mir stets gesagt, eintreten, wenn Österreich bedroht werde. „Das wird wie ein Sturm auf die öffentliche Meinung in England wirken." (Vgl. den belgischen Wind 1914!)

Durch den Austritt Lord Randolph Churchills aus dem Kabinett, Januar 1887, erlitten die Verhandlungen mit Österreich eine Unterbrechung. Lord Salisbury übernahm selbst das Auswärtige Amt. Die Initiative in den Bündnisverhandlungen ging in der Folge an Italien über.

England und Italien.

Am 26. Januar 1887 gab der italienische Außenminister Graf Robilant dem italienischen Botschafter in London Graf Corti den Auftrag, in einen Gedankenaustausch mit Salisbury einzutreten, um engere und praktisch nutzbringendere Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen. Die Vorschläge Italiens für eine Entente mit Großbritannien betrafen 1. die Erhaltung des status quo im Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meer. 2. Vorhergehende Verständigung im Falle der Änderung. 3. Unterstützung der ägyptischen Politik Englands und Sicherung Italiens in Nordafrika gegen Frankreich. 4. Gegenseitiger Beistand für den Fall eines Krieges mit Frankreich und zwar nicht eines Defensiv- sondern eventuell auch eines Agressivkrieges (Nr. 879, 887): Von dem Gedanken eines Angriffskrieges auf Frankreich nahm Ribot auf Rat Bismarcks Abstand. Salisbury trat dem Bündnisgedanken näher, bemerkte aber im voraus, „daß ein förmlicher Vertrag ausgeschlossen sei, welcher der Kenntnis des Parlaments nicht entzogen werden könne; auch dürfe die Verabredung in keiner Hinsicht gegen Österreich gerichtet sein, mit welchem England durch gemeinsame Politik verbunden sei. Im übrigen erkenne er die Gleichartigkeit der englischen und italienischen Interessen im Orient und im Mittelländischen Meer an und würde daher persönlich sehr geneigt sein, auf Verhandlungen einzugehen (Nr. 880). Schon am 6. Februar meldete Hatzfeldt, daß Salisbury seine Aufgabe in einer gemeinsamen Politik mit Österreich und Italien erkenne und in diesem Sinne handeln wolle, falls er von deutscher Seite auf Unterstützung seiner ägyptischen Politik rechnen könne. Hauptgrund für Salisbury war die Furcht, daß England angesichts der drohenden europäischen Verwicklungen (die er durch einen Druck auf Petersburg zu beseitigen Bedenken trug), in eine seinen Interessen verderbliche Isolierung geraten würde (Nr. 886).

Da Bismarck die italienischen Wünsche in London vertrat und auch weiterhin seine Unterstützung der englischen Politik in Ägypten zusagte, blieben nur noch Formfragen zu regeln. Die Art, wie sie geregelt wurden, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Methoden der englischen Politik.

Als Salisbury sich für eine Entente mit Italien entschlossen hatte, machte er nicht nur auf die Unmöglichkeit einer förmlichen Allianz aufmerksam, er erklärte es auch für notwendig, jede Verständigung in eine Form zu kleiden, die der Regierung, im Fall von Interpellationen, gestatte, vorläufig jede Allianz in Abrede zu stellen (Nr. 885). Da Graf Robilant erklärte, „daß er auf die Form der Verständigung keinen Wert lege", kam ein Notenabkommen eigener Art zustande.

Die italienische Note beginnt mit einer gewissen Feierlichkeit und erklärt, daß die Regierung Seiner Majestät des Königs, beseelt von dem Wunsche, mit der Regierung Ihrer Majestät der Königin über verschiedene ihre Interessen betreffenden Fragen eine Entente zu etablieren, der Ansicht sei, daß dieses Ziel durch Annahme der folgenden Basen erreicht werden könne. Es folgen die vier Punkte.

Die englische Regierung spricht in ihrer Antwort ziemlich formlos zuerst ihre Befriedigung über die freundschaftlichen Gesinnungen des Grafen Robilant aus, durch die sie in die Lage gesetzt sei, „ihren eigenen Wunsch zu erkennen zu geben, im allgemeinen mit der italienischen Regierung in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse für die beiden Länder zu kooperieren". Dann fährt sie fort: „Über den Charakter dieser Kooperation müssen dieselben (englisch: must be decided by them) je nach den Umständen des Falles einen Beschluß fassen, wenn die Veranlassung für die Kooperation eintritt." Dann werden die italienischen Basen ganz kurz umschrieben, und die Note schließt: „Es wird der ernstliche Wunsch Ihrer Majestät Regierung sein, der italienischen Regierung, wie vorstehend ausgesprochen, bei Aufrechterhaltung dieser Hauptgrundsätze der Politik ihre vollste Kooperation zu gewähren." Die sorgfältig erwogene Fassung verpflichtete

zu nichts. Graf Hatzfeldt macht aber in seinem Bericht noch auf eine besondere Finesse in der Stilisierung der Antwortnote aufmerksam. Er schreibt (10. Februar 1887, Nr. 890): „Bezüglich des Charakters der Kooperation bezieht der italienische Botschafter den Ausdruck „by them" auf beide Regierungen. Lord Salisbury deutete mir vertraulich an, daß er damit einverstanden sei, daß aber die Möglichkeit, den Ausdruck auch auf Ihrer Majestät Regierung im vorhergehenden Satz zu beziehen (H. M. Government zieht im Englischen den Pluralis nach sich), ihn gegen eventuelle Angriffe im Parlament sicherstellen würde." Wie von Lord Salisbury vorhergesehen, schwitzte später von dem Abkommen etwas durch und die erwartete parlamentarische Anfrage erfolgte am 10. Februar 1888 (Nr. 941). — (Inzwischen war noch die Entente à trois zwischen England, Österreich und Italien vom 12. Dezember 1887 abgeschlossen worden.) Am 1. Februar 1888 (Nr. 941) fragte der Führer der radikalen Linken Labouchère im Unterhause an: „ob die englische Regierung ein Abkommen (engagement) für einen eventuellen Fall oder im allgemeinen mit Italien oder mit irgendeiner anderen fremden Macht eingegangen sei." Der parlamentarische Unterstaatssekretär Sir James Fergusson antwortete, „es sei von der englischen Regierung kein Übereinkommen (agreement), welches das Land zu einer materiellen Aktion verpflichte, eingegangen worden, welches dem Hause nicht bekannt wäre". Man wird unwillkürlich an die analoge Ableugnung der englischen Verhandlungen über eine Marinekonvention mit Rußland im Juni 1914 durch Lord Grey erinnert. Er könnte sich auf das Vorbild Lord Salisburys berufen.

Im Einverständnis mit Lord Salisbury teilte Graf Robilant das italienisch-englische Geheimabkommen nach Wien mit. Graf Kálnoky bringt unter dem 24. Februar 1887 (Nr. 896) nach London seine lebhafteste Befriedigung zum Ausdruck und schreibt: „daß nichts dem entgegenstehen würde, auf derselben Basis ein ganz gleiches Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und England zustande zu bringen". Lord Salisbury erwiederte, „diese Abmachungen bedeuteten keine Kriegsallianz, sondern nur die Feststellung der Gleichheit in den Prinzipien, nach denen die beiden Regierungen in einem der vorgesehenen Fälle in eine Kriegsallianz treten würden" (Nr. 902) und stellte bald darauf in bestimmterer Weise in Wien den Antrag, sich den englisch-italienischen Abmachungen anzuschließen. Da man es in Wien nicht sehr eilig hatte, weil keine Gefahr im Verzuge sei, ließ Bismarck im März (Nr. 901) Kálnoky warnen: „Wenn England den Beistand, den es im Orient zu bedürfen glaubt, bei Österreich nicht finde, werde es denselben bei Griechenland, Serbien, Bulgarien und Montenegro suchen."

Lord Salisbury trug sich um dieselbe Zeit, als Rußland wieder Anstrengungen machte, den Sultan auf seine Seite zu ziehen, mit dem Gedanken, unter Umständen die Dardanellen zu forcieren. Als Graf Hatzfeldt ihn darauf aufmerksam machte, daß der Sultan vertragsmäßig verpflichtet sei, die Dardanellen zu schließen, wollte Salisbury davon nichts wissen, sondern wiederholte mehrmals: „daß es, wenn die Dinge eine ernste Wendung nehmen sollten, vielleicht doch von Malta aus möglich sein würde, de passer par surprise" (Nr. 903). Am 23. März 1887 erfolgte dann der Notenwechsel zwischen Wien und London, durch den Österreich der englisch-italienischen Entente beitrat.

Im Herbst stieg die Spannung zwischen Rußland und Österreich bis zu einem gefährlichen Grade, so daß man in Wien das Bedürfnis empfand, dem ziemlich unverbindlichen Abkommen mit England eine festere Form zu geben. Der österreichische Botschafter in Konstantinopel Baron Calice arbeitete mit seinen italienischen und englischen Kollegen Baron Blanc und Sir W. White den Entwurf einer Vereinbarung der drei Mächte aus, den Kálnoky an Bismarck übersandte mit der Bitte: „in London unseren ganzen Einfluß aufzuwenden, um Lord Salisbury zum Anschluß an Italien und Österreich zu bewegen. Ohne eine starke Pression unsererseits würde Salisbury, bei seiner Neigung zum Temporisieren, schwerlich zu einem Entschlusse zu bewegen sein." (B.: auch durch uns nicht, aber man muß es doch versuchen. Nr. 918.) Die acht Basen des Kon-

stantinopler Entwurfs für einen accord à trois nahmen im Falle eines russischen Einbruchs ein Bündnis der drei Mächte mit der Türkei in Aussicht und eine provisorische Besetzung gewisser Punkte des Osmanischen Reiches durch Land- und Seestreitkräfte, um so das notwendige politische und militärische Gleichgewicht wiederherzustellen. Es war die Konstellation des Krimkrieges, nur mit Österreich an Stelle Frankreichs. Lord Salisbury erklärte sich nach Mitteilung Hatzfeldts mit den Prinzipien der acht Punkte der Entente à trois einverstanden und wünschte nur noch Kleinasien als englische Interessensphäre in die Abmachung einzubeziehen. Als man in Paris merkte, daß etwas zwischen den drei Mächten im Werke war, kamen dringende Winke nach London, England könne sich auf die Freundschaft Frankreichs in Zukunft verlassen, wenn es auf alle damit im Widerspruch stehenden Projekte verzichte (Nr. 926). Die wiederholten Versuche Lord Salisburys, Deutschland zu einer Art Garantie der Entente à trois oder wenigstens einer „approbation morale pour l'arrangement" zu bewegen, wurden von Bismarck freundlich, aber entschieden abgelehnt. Er hatte die Entente à trois gerade darum so dringend befürwortet, weil er seinen Dreibundgenossen in ihren Orientinteressen, die von den deutschen Bündnisverträgen nicht gedeckt waren, eine Stütze verschaffen wollte. Um Lord Salisbury zum Abschluß willig zu machen und über die Tragweite und die Grenzen der deutschen Verpflichtungen gegenüber Österreich-Ungarn aufzuklären, schenkte er Lord Salisbury und der Königin von England das Vertrauen, daß er ihnen, mit Einwilligung Österreichs, den Text des deutsch-österreichischen Bündnisses mitteilte. Zugleich tat er am 22. November 1887 den „ganz ungewöhnlichen Schritt", in einem eingehenden persönlichen Schreiben an Lord Salisbury dem englischen Premierminister die Grundsätze seiner Politik auseinanderzusetzen, die ihn hinderten, ein Engagement für die Entente à trois zu übernehmen. Ganz offen sprach er aus, daß es für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit sei, die Brücke mit Rußland nicht abzubrechen. Der mit ungewöhnlicher Sorgfalt aufgesetzte Brief (Nr. 930) wurde von Otto Hammann („Zur Vorgeschichte des Weltkrieges") bereits 1918 veröffentlicht, fälschlicherweise aber dahin gedeutet, als ob er zwischen den Zeilen ein Bündnis an England hätte anbieten wollen. Diesen Schritt tat Bismarck erst 1889; der Brief von 1887 bezieht sich ausschließlich auf die Stellung Bismarcks zur Entente à trois. Die Eröffnungen Bismarcks trugen wesentlich dazu bei, daß sich Lord Salisbury zu dem Notenabkommen vom 12. Dezember 1887 mit Italien und Österreich entschloß.

Wiederum ist die Einkleidung, die Lord Salisbury für das Abkommen wählte, für die Methoden der englischen Politik bezeichnend. Er sprach sich von vornherein „gegen die Form der identischen Note aus", „er wünschte, in Übereinstimmung mit dem Präzedenzfalle des Monats März des Jahres seine Antwortnote selbständig und speziell mit englischen Argumenten abzufassen, und dies hauptsächlich mit Rücksicht auf das Parlament". Seine Bedenken bezogen sich daher nur auf die Form der Einkleidung (Nr. 938 Anl. II). Um die Initiative zu markieren, sollten Wien und Rom die vorgeschlagene identische Note an ihn richten. Er selbst wollte dann in nichtidentischer Form antworten. So geschah es. Seine Antwort begann „mit einigen auf das Parlament und die öffentliche Meinung in England berechneten Erwägungen über die vertragsmäßige Politik Englands und die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der christlichen Bevölkerungen im Orient, sowie die Freiheit der Dardanellen aufrechtzuerhalten. Zum Schluß erklärte er dann im Auftrag der englischen Regierung die volle Zustimmung zu den identischen Noten der beiden Mächte". Erst auf Zureden Hatzfeldts entschloß sich Salisbury, wenigstens die neun Punkte der beiden identischen österreichischen und italienischen Noten in den Text seiner Antwort aufzunehmen (Nr. 939). Goschen, der als Vertreter der Partei Lord Hartingtons im Kabinett ebenfalls eingeweiht wurde, drang auf strengste Geheimhaltung, da in der öffentlichen Meinung Englands „ein Sturm der Entrüstung gegen das Kabinett entstehen würde, wenn ein solches Abkommen bekannt würde" (Nr. 933 P. S.).

Deutsch-englische Kolonialpolitik.

Das Bild, das die deutschen Akten von der englischen Politik in der Bismarckzeit geben, würde unvollständig sein, wenn wir nicht auch den Eindruck, den die kolonialpolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und England erwecken, berühren wollten.

Das deutsche Kolonialreich ist von Bismarck geschaffen worden. Er folgte nur zögernd dem Unternehmungsgeist deutscher Kaufleute und Kolonialpioniere, denn er wußte, daß jede deutsche überseeische Erwerbung England ein Dorn im Auge sein würde. Trotzdem gelang es ihm durch meisterhafte diplomatische Schachzüge den Widerstand der britischen Politik von Fall zu Fall zu brechen und, wenn auch nicht ohne kräftige Druckmittel, so doch ohne ernstliche Konflikte den deutschen überseeischen Besitz unter Dach zu bringen. Die koloniale Nachlese der Nachfolger Bismarcks, Helgoland, Südseeinseln, Kiautschou und die Entenfüße am Kongo, Erwerbungen, die teils von Bismarck vorbereitet, teils durch schwere Verwicklungen erkauft waren, wiegt im Verhältnis zu dem großen Wurf der Bismarckzeit, der Deutschland in die Reihe der ersten Kolonialmächte rückte, keineswegs so schwer, daß es gerechtfertigt war, das bescheidene Wort „Kolonialpolitik“ mit der großen Geste der „Weltpolitik“ zu vertauschen.

Die Verhandlungen Bismarcks mit England betrafen in den Jahren 1884—89 nacheinander die Fidschi-Inseln, Helgoland, Angra Pequena, Kamerun und Togo, Ostafrika, Sansibar und Samoa. Wir begnügen uns damit, die Verhandlungen über Südwestafrika und Helgoland zu skizzieren.

Südwestafrika. Die Verhandlungen über Angra Pequena kamen wegen des illoyalen Verhaltens der englischen Regierung nur langsam vorwärts. Bereits am 12. November 1883 hatte die deutsche Regierung in London angefragt, ob englischerseits Ansprüche auf Angra Pequena erhoben würden oder nicht, und auf welche Titel sich diese Ansprüche gründeten. Die englische Regierung antwortete am 21. November ausweichend. Am 31. Dezember wurde die deutsche Anfrage erneuert und blieb sechs Monate ohne Antwort. Inzwischen aber drängte das englische Kolonialamt die Kap-Regierung, den ganzen südwestafrikanischen Küstenstrich bis zur Walfischbai in Besitz zu nehmen. Nun stellte die deutsche Regierung am 24. April die Lüderitzschen Niederlassungen unter deutschen Schutz. Die amtliche Mitteilung wurde von London ignoriert. Dagegen erklärte sich Anfang Juni die Kap-Regierung auf erneuten Druck des englischen Kolonialamtes bereit, die ganze Küstenstrecke bis zur Walfisch-Bai einschließlich Angra Pequena in Besitz zu nehmen, worauf Bismarck Lord Granville mitteilen ließ, „wir seien nicht in der Lage, eine solche Besitzergreifung anzuerkennen und bestritten das Recht dazu“ (Nr. 741). Um dieselbe Zeit hatte die „Fortnightly Review“ in einem Artikel das Programm einer „englischen Monroe-Doktrin für überseeische Gebiete“ entwickelt. Da die englische Regierung sich anstellte, als ob England auf Angra Pequena Anspruch hätte, und auch eine Interpellation Lord Sidmouths im Oberhause in diesem Sinne beantwortet hatte, schrieb Bismarck an Graf Münster nach London (1. Juni 1884, Nr. 743): „Lord Sidmouth betrachtet das Gebiet von Angra Pequena als res nullius; um so mehr wären Ew. pp. berechtigt gewesen, Ihr Befremden darüber zu erkennen zu geben, daß auf die Interpellation von Lord Sidmouth das Recht deutscher Kaufleute, dort Handel zu treiben, nicht unbedingt von der englischen Regierung anerkannt worden sei, vielmehr statt dessen die völkerrechtliche Abnormität der Monroe-Doktrin zugunsten Englands auf die afrikanische Küste angewandt werde. Wenn wir wirklich Absichten hätten, Kolonien einzurichten, wie kann Lord Granville unser Recht dazu bestreiten, in dem Augenblick, wo die englische Regierung die Ausübung desselben Rechtes der Kolonial-Regierung am Kap anheimstellt. Es liegt in dieser Naivität des Egoismus eine Verletzung unseres Nationalgefühls, auf die Ew. pp. Lord Granville aufmerksam machen wollen. Das ‚quod licet Jovi etc.‘ kann Deutschland nicht auf sich anwenden lassen.“... „Wenn

Lord Granville mit der Meinung, daß Deutschland Kolonialpolitik treiben wolle, eine wohlwollende Stimmung des englischen Parlaments für uns unvereinbar findet, so wären wir begierig zu erfahren, weshalb das Recht zu kolonisieren, welches England im weitesten Maße ausübt, uns versagt sein sollte... Die Interpellationen von Sidmouth und die Art der Beantwortung derselben beweisen aber, daß Vertrauen (zu uns) dort nie bestand, und bei uns wird es erschüttert durch die Überhebung, welche in der Aufstellung von Theorien und Ansprüchen liegt, die mit dem Prinzip der Gleichheit unabhängiger Mächte sich nicht in Einklang bringen lassen."

Um seiner Beschwerde Nachdruck zu geben, läßt Bismarck in London ankündigen, daß er die Sache öffentlich klarstellen werde, und im Falle des Beharrens Granvilles bei seiner Haltung die bisher gewährte freundschaftliche Unterstützung der englischen Politik in Ägypten zurückziehen müsse. Lord Granville gerät in Bestürzung und sucht sich herauszureden. Graf Münster antwortet (Nr. 745): „Wir hätten eine einfache Frage gestellt, auf die wir eine Antwort ‚Yes or No' verlangt hätten. In der Aufmunterung der Kapkolonie, den qu. Landstrich nachträglich zu annektieren, um ein fait accompli zu schaffen, und im Hinhalten der Antwort erblicke der Reichskanzler einen Beweis von Undank für die deutschen Dienste, der in der bevorstehenden Londoner ägyptischen Konferenz Folgen haben würde." Zu der Äußerung Granvilles (Nr. 746), in England herrsche die Ansicht vor, „daß die Ausdehnung der englischen Kolonien schon zu groß sei", bemerkt Bismarck am Rande: „die der anderen aber nicht größer werden darf". Zu weiterer Verhandlung schickt Bismarck seinen Sohn Graf Herbert, damals Gesandter im Haag, nach London.

In England spricht der Graf mit verschiedenen Politikern wie Harcourt, Dilke, Chamberlain und bringt auf Rat des Prinzen von Wales durch Ponsonby die Sache an die Königin. Harcourt sagt, er wisse nicht einmal, wo Angra Pequena liege. Dilke und Chamberlain mißbilligen das hinterhältige Verfahren Granvilles (Nr. 754). Chamberlain erkennt mit klarem Blick die Gefahr einer Abwendung der deutschen Politik von England und sagt zu Graf Herbert: „Es ist ja geradezu verrückt von der englischen auswärtigen Politik, Deutschland, mit dem wir so leicht gut Freund sein können, überflüssig herauszufordern... Wir brauchen für uns nichts als die Kapstadt und ihren Hafen für eine Kohlenstation. Was will denn diese unbequeme Kapkolonie, die uns nur Schwierigkeiten macht und gar nichts nützt. Wir können mit den dortigen Holländern und Eingebornen, gegen die die afrikanischen Engländer eine verschwindende Minorität bilden, nicht fertig werden... Die deutsche Kolonisation ist uns im ganzen überhaupt nicht unsympathisch. Ihre Landsleute verstehen die Eingeborenen überall gut und geschickt zu behandeln, und wenn durch Ihre Arbeit neue Gebiete dem Welthandel erschlossen werden, so können wir davon auch Vorteil ziehen. Anders ist es mit den Franzosen, welche ihrer Anlage nach gewalttätig sind und andere Nationen ausschließen wollen, wo sie sich festsetzen. Am schlimmsten sind aber die Portugiesen wegen ihrer unglaublichen Aussaugung und Mißhandlung der Wilden. Ich sage dies nicht von dem Humanitätsstandpunkte aus, den man bei uns mitunter heuchlerisch voranstellt, sondern von dem des praktischen Geschäftes" (Nr. 753).

Nachträglich wurde Münster vom Fürsten Bismarck getadelt, seinen Forderungen nicht genug Nachdruck gegeben zu haben: „Wenn wir dieses Recht nicht energisch vertreten, laufen wir Gefahr, durch Verdunklung desselben in eine inferiore Stellung zu England zu geraten und die anmaßliche Überhebung zu bestärken, mit welcher England und seine Kolonialregierungen gegen uns auftreten... Die von Ew. Exzellenz beobachtete Schonung der englischen Empfindlichkeiten führt nur dazu, die englischen Ansprüche zu steigern und England in der irrigen Meinung zu bestärken, daß wir ohne Forderung von Gegenseitigkeit auch ferner wie seit Jahren unsere Politik in den Dienst der englischen stellen werden, während England uns mit gering-

schätziger Rücksichtslosigkeit in allen Kolonialsachen behandelt" (Nr. 749). Die kühlere Haltung Deutschlands auf der Londoner Konferenz veranlaßte endlich Granville einzulenken und zu bitten (Nr. 751), „daß Deutschland seine für England freundschaftliche Politik, die der Kanzler bisher bei vielen Gelegenheiten betätigt habe, nicht ändern wolle". Als die Konservativen mit Salisbury zur Regierung kamen, wurden die westafrikanischen Fragen zufriedenstellend geregelt.

Helgoland. Am 5. Mai 1884 hatte Bismarck den deutschen Botschafter in London Grafen Münster um seine Meinung befragt, ob er es für tunlich hielte, im vertraulichen Gespräch mit Lord Granville die Frage der Abtretung von Helgoland zu berühren. „Ich sehe in derselben mehr ein Anerbieten unsererseits als eine Forderung; denn die Unterstützung, die wir England leisten können und eventuell leisten werden (in Ägypten, Konstantinopel usw.), ist in der Tat mehr wert, als Helgoland samt Fidschi und Little Popo... Helgoland aber hat für England im Frieden gar keinen, und hätte im Kriege nur einen sehr problematischen Nutzen. Ein vertragsmäßiges Abkommen, durch welches die Insel an Deutschland überlassen würde, etwa mit der Bedingung, daselbst einen Sicherheitshafen anzulegen..., würde uns die freundschaftliche Begünstigung der englischen Politik, für welche Lord Granville mit Recht seine Anerkennung ausspricht, für die Zukunft sehr erleichtern."

In seiner Antwort sprach sich Graf Münster für Anregung der Frage aus und erinnerte an ein Gespräch, das er mit dem Kolonialminister Lord Derby schon im Winter zufällig über Helgoland geführt hatte. Er schreibt: „Lord Derby sagte mir: ‚Die kleinste unserer Kolonien, ein ganz unnützer Felsen in der Nordsee, macht mir am meisten Mühe. Ich habe erst keinen Gouverneur finden können, und jetzt schreibt er auch, wie der vorige, regelmäßig und bittet, wo anders verwandt zu werden... Wenn Deutschland sich verpflichten wollte, in drei Jahren einen Sicherheitshafen, der aber mindestens wohl 250 000 Pfund Sterling kosten würde, zu bauen, so ließe sich wohl einmal darüber reden' (Nr. 739). Doch schon am 25. Mai (Nr. 741), als England wegen Angra Pequena Schwierigkeiten machte, bittet Bismarck den Grafen Münster, „Helgoland einstweilen nicht mehr zu erwähnen; Helgoland würde den Vorwand liefern, die Gerechtigkeit unserer afrikanischen Ansprüche auf die Linie unseres Rechtes auf Helgoland herabzudrücken".

Als Graf Herbert Bismarck im Frühjahr 1889 wieder nach London entsandt wurde, kam zwischen Chamberlain und ihm die Helgolandfrage noch einmal zur Sprache. „Seine Deutschfreundlichkeit", schreibt Graf Herbert an seinen Vater, „ist nie so scharf hervorgetreten als bei unserer gestrigen Entrevue; er sagte geradezu, sine Germania nulla salus, und betonte, wir müßten beiderseitig unser ganzes Augenmerk darauf richten, alle Punkte zu beseitigen, welche Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern in Zukunft hervorrufen könnten." „Darauf rückte er mit dem Vorschlag heraus, Deutschland möchte ganz Südwestafrika, das für es keinen Pfennig wert wäre, aufgeben und England überlasen." Als Herbert Bismarck den überraschenden Vorschlag als undiskutabel ablehnte, fuhr Chamberlain fort: „Natürlich können wir Ihnen nicht zumuten, jene Kolonie, so wertlos sie immer sein mag, an England zu schenken. Eine Kompensation müsse eintreten. Was denken Sie, wenn wir Ihnen Helgoland dafür geben, das nutzlos ist für England und für Sie vielleicht einen Wert hat, wenn auch nur für Ihr Prestige." Der Graf bemerkt dazu, vor anderthalb Jahren habe der konservative Abgeordnete Minister Gorst die unentgeltliche Abtretung von Helgoland im Parlament befürwortet (Nr. 946). Das Anerbieten Chamberlains erklärt er damit, daß der Schraubenkönig von Birmingham „wahrscheinlich merkantile Interessenten hinter sich habe, sowie solche an den in Südwestafrika entdeckten Metall-Lagern" (Nr. 952). Da Salisbury von der Veräußerung Helgolands nichts wissen wollte und keine Neigung hatte, die unbotmäßige Kapkolonie zu vergrößern, blieb die Erwerbung des „ganz unnützen Felsens in der Nordsee" Kaiser Wilhelm II. vorbehalten. Mit Helgoland ging es wie mit den sibyllinischen Büchern: Gorst verlangte nichts dafür, Derby einen Sicherheitshafen, Chamberlain Südwestafrika und Caprivi bezahlte es mit Sansibar, Witu und Uganda.

Bismarck als Pazifist.

„Wir sind keine Bismarcks"
Poincaré.

Wir Deutschen empfinden, im Unterschied von den Engländern, unser lateinisches und romanisches Sprachgut als Fremdkörper und machen demgemäß von fremden und eigenen Worten einen verschiedenen Gebrauch. Für den abstrakten, toten Begriff wählen wir gern Fremdworte, für den konkreten, lebendigen eigene Worte. In diesem Sinne unterscheiden wir die Worte „Pazifist" und „Friedensstifter". An sich wäre es daher vorzuziehen, in unserer Überschrift Bismarck nicht „Pazifist", sondern „Friedensstifter" zu nennen, ein Wort von ungleich tieferem Gehalt. Da aber für die Epoche, in der wir leben, das Wort „Friede" (in Verbindung mit „Versailles") einen Zynismus und das Wort „Pazifismus" ein Ideal bedeutet, so ist es ratsamer, Bismarck einen „Pazifisten" zu nennen. „O, was ist die deutsch Sprak für ein arm Sprak! für ein plumb Sprak!" sagt Riccaut de la Marlinière. Man muß es französisch oder lateinisch sagen, wenn verstanden werden soll, daß Bismarck kein Napoleon war, und daß Poincaré kein Bismarck ist.

Maßstäbe und Ziele.

Bei aller Wertung geschichtlicher Persönlichkeiten kommt es auf die Maßstäbe an, die wir mitbringen. Eine unvoreingenommene Beurteilung großer Staatsmänner wird ihre Motive und Methoden immer nur an dem politischen Koordinatensystem ihrer eigenen Zeit messen und nicht an dem eines utopischen Zeitalters, wie es uns von heut auf morgen angekündigt worden ist. Die politischen Koordinaten der Neuzeit waren Nationalismus und Universalismus, — Universalismus, sei es im Sinne imperialistischer Tendenzen, die die Vorherrschaft einer einzelnen Großmacht über ganze Erdteile erstrebten, sei es im Sinne einer föderativen Solidarität gleichberechtigter Nationen, die sich ihre vernünftigen Lebensbedingungen gegenseitig verbürgen. Nach Verwirklichung des nationalen Einheitsstaates, eines Ideals, das alle lebenskräftigen Völker im Laufe ihrer Geschichte früher oder später erreicht haben, ohne bei seinem Zustandebringen die ultima ratio des Krieges zu verschmähen, hat Bismarck das ganze Genie seiner Staatskunst in den Dienst eines Solidaritäts- und Friedensideals gestellt, das bis zu seiner Zeit in Europa unbekannt war. Und das mit einem Erfolge, der jeden pazifistischen Doktrinarismus beschämen und von seiner Unfruchtbarkeit überzeugen sollte. Auch der erste Bismarck war kein Napoleon. Er besaß weder militärischen Ehrgeiz noch imperialistischen Größenwahn. Er war für Deutschland, was Egbert von Wessex für England (827), Cavour für Italien (1861) und Lincoln für die Vereinigten Staaten (1865) war, nicht Eroberer, sondern Einiger. Der zweite Bismarck hat in der neueren Geschichte nicht seinesgleichen.

Bismarck war kein Theoretiker. Seine Art zu denken und zu handeln war bestimmt durch intuitive Einsicht in die jeweils gegebene geschichtliche Lage und durch den Willen, derselben Herr zu werden. Da sich Intuition und Reflexion in seinem Geiste mühelos verbanden, vermochte er (wie seine Randbemerkungen hundertfältig beweisen) im Augenblick den springenden Punkt jeder Frage zu erfassen und auf den knappsten, schlagendsten Ausdruck zu bringen. Zum diplomatischen Handwerk Bismarcks gehörte aber auch die Formung der Leitgedanken seiner Politik. Er pflegte seine Einzelentscheidungen aus Grundgedanken zu entwickeln, die, nicht aus doktrinären Theorien sondern aus geschichtlicher Einsicht gewonnen, seinen Mitarbeitern den Schlüssel zum Verständnis seiner Anweisungen an die Hand gaben. Solcher Schlüssel hatte Bismarck eine ganze Reihe an seinem Schlüsselbund hängen; aber Dietriche, die alle politischen Probleme lösen, besaß er nicht. Sobald ein Schlüssel zerbrach, feilte er sich einen neuen und benützte ihn so lange, bis die Schlösser, die er damit öffnen konnte, von seinen politischen Gegenspielern geändert wurden. Es ist gleichwohl auffallend, wie groß die Zahl der Leitgedanken ist, die während der ganzen Kanzlerschaft Bismarcks im Gebrauch blieben, ein Beweis von der außerordentlichen Konstanz der politischen Gesamtlage Europas, die nicht zum wenigsten seiner konservativen Politik zu danken war. Gewisse Leitgedanken Bismarcks nahmen fast einen formelhaften Charak-

ter an. Aber jederzeit, sobald am politischen Horizont neue Gefahren auftauchten oder bessere Chancen sich boten, war er bei der Hand, alte Formeln zu zerbrechen und neue an ihre Stelle zu setzen. Immer aber machte er die wechselnden Konstellationen einem einzigen großen Gedanken dienstbar, in der ersten Periode: der Einigung Deutschlands, in der zweiten: der Erhaltung des europäischen Friedens.

Eine schwerere Aufgabe als die eines Friedensstifters und Friedenshüters in dem kriegslüsternen europäischen Staatensystem der achtziger Jahre kann kaum gedacht werden (wenn anders wir die gegenwärtige Lage des geknebelten Deutschlands in einem balkanisierten Europa außer Vergleich stellen). Eine agressive, imperialistische Politik, die keinerlei Gewissenshemmungen untersteht, hätte weder damals noch später einer überlegenen staatsmännischen Kunst bedurft, die Gerissenheit eines Delcassé oder Iswolski war dazu viel befähigter als die Besonnenheit Bismarcks. Kriege entzünden kann „jeder leichtfertige Knabe, der zwischen Pulverfässern mit Streichhölzchen spielt". Friede zu stiften und zu erhalten, ist die Kunst, Feuerbrände zu löschen und Blitzableiter anzulegen. Das war die Kunst Bismarcks.

Im Vordergrunde steht überall bei ihm der große Gedanke. Bei seinem ersten Werk standen ihm gleichzeitig in wunderbarer Hellsichtigkeit die Ziele und die Wege vor Augen. Bei seinem zweiten Werk war er sich des rechten Zieles stets bewußt, aber den Weg mußte er immer wieder neu entdecken.

Seine Friedensidee hing nicht in der Luft. Er träumte von keinem utopischen Friedensreich. Er kannte den Kriegswillen und die Expansionslust der europäischen Mächte. Er überschaute die möglichen Verwicklungen. Er erwog die Mittel, ihnen zu begegnen. Er rechnete immer mit dem schlimmsten Fall, und niemals gab er sich der Illusion hin, auf den guten Willen der Großmächte oder auch nur auf die Zuverlässigkeit seiner Bundesgenossen zählen zu dürfen. Er war aus Mißtrauen zusammengesetzt, ohne des Gottvertrauens zu entbehren. Immer aber beschränkte er sich, in richtiger Einschätzung der großen aber begrenzten Macht des Deutschen Reiches und trotz des Bewußtseins einer fast unbegrenzten persönlichen Autorität auf das Erreichbare und vernünftigerweise Erstrebenswerte. „Der Herr Reichskanzler", schreibt Graf Herbert Bismarck, „bittet die Bündnisfrage unter den vorstehenden Gesichtspunkten eingehend mit Graf Kálnoky zu besprechen und dabei den Standpunkt zu vertreten, daß es sein Grundsatz sei, sich mit dem Erreichbaren zu begnügen, sobald man über die Nützlichkeit einer Sache nicht mehr im Zweifel sei" (Nr. 833).

Die Handlungen eines Staatsmannes setzen sich zusammen aus den Maximen seiner sittlichen Persönlichkeit, den in der Weltlage gegebenen Möglichkeiten, dem vorschwebenden großen Ziel und der methodischen Kunst, die seinem Ziel entgegenstehenden Hemmungen zu überwinden und seinem Willen dienstbar zu machen.

Persönliches.

Bismarck hatte in seinen Erlassen und Aufzeichnungen weder Lust noch Anlaß, sich über sich selbst und seine persönlichen Grundsätze auszusprechen. Hie und da aber laufen unwillkürlich Bemerkungen mit unter, die ein Licht auf seinen Charakter als Staatsmann und die Urbanität seiner politischen Lebensart werfen. Wir reihen willkürlich einige Äußerungen aneinander:

„Wenn irgend etwas meinen Diensten, die ich Euerer Majestät, soweit meine Kräfte reichen, mit Freuden leiste, einen ausnahmsweisen Wert verleihen kann, so ist es gerade das Vertrauen auf mein Wort und auf meine Zuverlässigkeit in der Politik, welches ich mir in einem 25jährigen Zeitraum habe erwerben können" (Nr. 1331).

„Man kann in diesen wie allen Fragen der großen Politik keine mathematischen Beweise führen oder verlangen" (Nr. 447).

„Ich kann mich nur darauf beschränken, die Eindrücke, die ich mehr instinktmäßig als aktenmäßig von der Situation habe, zur allerhöchsten Kenntnis zu bringen" (Nr. 229).

„Wenn man nicht sicher über das ist, was geschehen muß, ... so tut man am besten nichts: Dans le doute abstiens-toi" (Nr. 972).

Mit Bezug auf die Patriotenliga und die Kriegshetze von Déroulède: „Dergleichen Sachen werden am besten totgeschwiegen“ (Nr. 672).

„Wir sind nicht die Tugendwächter der Agenten fremder Regierungen“ (Nr. 636).

„Es handelt sich nicht darum, berechtigte Empfindungen kundzugeben, sondern Politik zu treiben und die Arbeit unserer politischen Gegner nach Möglichkeit unschädlich zu machen“ (An Schweinitz. Nr. 273).

Der Herr Reichskanzler bittet, Herrn von Bülow zu antworten, „es wäre nicht richtig, daß diese Vorgänge uns verletzt und entrüstet hätten. Das wären überhaupt Worte, die in der Politik nicht am Platze wären; dieselben hätten uns aber mißtrauisch gemacht“ (Nr. 1119).

Der Oberbefehlshaber der Okkupationsarmee General Freiherr von Manteuffel in Compiègne schreibt an den Reichskanzler Fürsten Bismarck: „Euer Durchlaucht mündliche Instruktion, als Seine Majestät mich mit dem Oberbefehl der Okkupationsarmee betraut hatten, bestand darin, daß Sie die größte Energie erforderlich hielten, wo die Stellung der Armee bedroht sei, daß Sie aber dabei die möglichste Aufrechterhaltung guter Verhältnisse mit dem französischen Gouvernement wünschten, daß nach Ihrer Ansicht es der Lage des Siegers entspräche, großmütig zu verfahren, und dieser sich durch solches Verfahren nie etwas vergäbe. Euer Durchlaucht führten an, Sie hätten Herrn Thiers stets die Treppe heruntergeleitet“ (Nr. 31)[1]).

„Ich bitte Sie, wenn die Äußerungen dieser Erregung des Kaisers Alexander sich wiederholen sollten, derselben diejenige Passivität entgegenzusetzen, die man der üblen Laune eines hochgestellten und persönlich hochverehrten Freundes gegenüber zu betätigen pflegt... Ein Monarch und ein Seiner Majestät dem Kaiser, wie auch Ihnen selbst, so nahestehender wie der Kaiser Alexander, bleibt Ihnen und mir gegenüber, um mich eines inkorrekten aber verständlichen Ausdrucks zu bedienen, immer im Rechte einer Dame“ (An Schweinitz. Nr. 273 S. 131 und 126).

„Wir werden, wie seit 22 Jahren, so auch ferner gewiß die Politik beobachten, die Freunde unserer Freunde zu sein“ (An Graf Münster, London. Nr. 738).

„Die Staatsraison enthält für das russische Reich keinen Grund, das alte und von uns für die Zukunft angebotene Bündnis Deutschlands zurückzustoßen, wenn nicht das Element persönlicher Ranküne hinzutritt. Wenn es Gottes Wille ist, daß letzteres auf die Entschließung eines so mächtigen Monarchen, wie der Kaiser von Rußland, entscheidend einwirkt, so müssen wir, so gut wir können, einen schweren Kampf bestehen, den wir nicht suchen. Wir werden ihn ungern fechten, aber mit dem Gottvertrauen, welches ungerechte Angriffe dem davon Betroffenen zu verleihen pflegen; einschüchternd kann auch eine so bedauerliche und unseren Gefühlen so sehr widerstrebende Aussicht nicht auf uns wirken; um so weniger, je mehr man uns nötigt, ihr ins Auge zu blicken“ (An Schweinitz. Nr. 273 S. 129).

In einem kritischen Moment des Berliner Kongresses erinnerte Bismarck die englischen Bevollmächtigten an ihre Verabredungen mit dem Worte: Après tout la politique honnête est encore la meilleure“ (Nr. 1338).

Dazu ein Wort von Jules Ferry: „Fürst Bismarck hat uns stets ehrlich und wohlwollend behandelt und ich habe auch jetzt das vollste Vertrauen in die deutsche Politik... Fürst Bismarck ist der Inbegriff der Geradheit in der Politik“ (Nr. 694).

Der Friedenswille Bismarcks.

Es war ein Wesenszug der Bismarckschen Politik, daß er sein Urteil über alle Einzelfragen der diplomatischen Tagesgeschichte immer wieder auf die allseitig durchdachten Grundanschauungen seines politischen Systems zurückführte. Die große persönliche Erfahrung seiner diplomatischen Laufbahn, verbunden mit einer eindringen-

[1]) Man vergleiche mit dieser vornehmen Ritterlichkeit des Siegers die Behandlung der deutschen Friedens-Delegation in Versailles 1919.

den Kenntnis der neueren europäischen Staatengeschichte, hatte ihm ein sicheres Gefühl für das Kräftespiel der europäischen Mächte verliehen. Trotz der Reizbarkeit seines Alters und gelegentlicher Temperamentsausbrüche seiner titanischen Natur sorgte er nicht nur für das exakteste Funktionieren der diplomatischen Maschinerie, er traf seine Entscheidungen mit einer olympischen Ruhe und Besonnenheit, die nirgends, es sei denn, daß sie ihm von außen aufgedrängt wurde, einer Korrektur oder Umstellung seiner ersten Entschließungen bedurfte. Niemals gab er nach außen Gefühlen von Verletztheit und Entrüstung („Worten, die in der Politik nicht am Platze sind") Raum. Er wertete jede Äußerung und jeden Schachzug seiner Gegenspieler nur nach ihrem dynamischen Effekt, nicht nach ihrer moralischen Qualität. Tief überzeugt, daß auch der größte Staatsmann Geschichte nicht „machen" kann, ging sein ganzes Streben dahin, die feindlichen Tendenzen zu unterbinden, die sich seinem großen Friedensziel entgegensetzten, und die Kräfte frei zu machen, die automatisch dafür wirkten.

Die Formel seiner durch und durch konservativen, antirevolutionären Politik war die Erhaltung des status quo bis zur Grenze des Möglichen. Solange England durch die Interessen seines Weltimperiums an die Seite der Mittelmächte gedrängt wurde, war es möglich, ohne wesentliche Schwankungen die kontinentale Balance aufrecht zu erhalten und unter Isolierung Frankreichs die beiden Flügelmächte, Rußland und England untereinander im Schach zu halten. Die langjährige Konstanz der französisch-britischen Rivalität im Mittelmeer, Ägypten und Afrika und ihre Rückwirkung auf die englische Kontinentalpolitik brachte es mit sich, daß Bismarck in den zwei Jahrzehnten, während deren er de facto die Politik Europas leitete, nur einmal genötigt war, eine Umstellung seines politischen Systems vorzunehmen.

Bis zum Herbst des Jahres 1879 lag der Schwerpunkt des europäischen Gleichgewichts in Rußland. Bismarck erblickte in dem Friedenswillen des Zaren die stärkste Garantie für die Erhaltung des status quo in Europa. Erst der Brief des Zaren an Kaiser Wilhelm I. vom 15. August 1878 (Nr. 446), der Deutschland zu einer unbedingten Gefolgschaft selbst in den Bagatellen der russischen Balkanpolitik verpflichten wollte und im Weigerungsfalle mit „verhängnisvollen Folgen für beide Länder" drohte, bewirkte, daß Bismarck das Vertrauen auf den Friedenswillen Alexanders II. verlor. „Nach russischen Einrichtungen kostet es ein einziges kaiserliches Wort, nur eine Unterschrift, ohne Motive, ohne Verantwortlichkeit, und der Krieg ist da" (Nr. 455). Die Natur der russischen Autokratie machte es unmöglich, den Frieden Europas allein den Launen eines Zaren zu unterwerfen. Die Folge dieser Überzeugung war die Achsenverschiebung, die Bismarck durch das deutsch-österreichische Bündnis in seinem System vornahm. Erst seit 1879 ruhte der Schwerpunkt des europäischen Gleichgewichts im Zentrum Europas. Seit der ideellen Erneuerung des alten deutschen Bundes war Deutschland nach dem klassischen Worte Bismarcks „die Bleigarnitur an dem Stehaufmännchen Europa". In den achtziger Jahren balancierten das Drei-Kaiser-Bündnis und die Entente à trois den Weltgegensatz von Rußland und England im Sinne des Weltfriedens. Denn Bismarck war kein englischer Staatsmann. Er hielt es nicht für erlaubt, das ganze Schwergewicht der uninteressierten Macht in eine der beiden Wagschalen zu werfen. Europa in ein Chaos zu stürzen und das Wiederaufstehen des „Stehaufmännchens" durch Entfernung der „Bleigarnitur" zu vereiteln — dies Verbrechen von Versailles hätte ein Staatsmann von den sittlichen Qualitäten Bismarcks niemals über sich gewonnen. Er machte Deutschland zum Zünglein an der Wage des Friedens. Nur die Unparteilichkeit, mit der er den natürlichen Interessen aller Mächte Rechnung trug, nur die Abstinenz des „saturierten" Deutschen Reiches von jedem Eroberungswillen machte es ihm möglich, die Position des ehrlichen Maklers und Friedensrichters von Europa bis zum Ende seiner Kanzlerschaft zu behaupten. Da Bismarck sein Werk jäh abbrechen mußte, bleibt es eine offene Frage, ob das Bündnisangebot an Salisbury vom Januar 1889 eine neue Achsenverschiebung in seinem politischen System bedeuten sollte. Bismarck rechnete schwerlich damit, daß ein öffentliches Bündnis mit England sofort und notwendig einen Bruch mit Rußland hätte zur

Folge haben müssen. Im Hintergrunde stand wohl der Gedanke, ein „Abkommen zwischen den drei Kaisern, England und Italien“ (Nr. 908, siehe unten S. 87), als denkbar stärkste Friedensgarantie zustande zu bringen. Eine Wirkung aber wäre automatisch eingetreten: die Verlegung des Schwerpunktes des europäischen Gleichgewichts von Deutschland nach England (wie sie später, im Jahre 1901 zur Tatsache wurde, nur nicht zum Vorteil, sondern zum Verhängnis des Weltfriedens). Die Worte Bismarcks in der Instruktion an Graf Hatzfeldt (Nr. 943): „Ich glaube, daß die Wirkung eines offnen und männlichen Schrittes in dieser Richtung nicht nur in England und Deutschland, sondern in ganz Europa eine erleichternde und beruhigende sein würde, und daß derselbe dem englischen Ministerium die Stellung als Hort des Friedens der Welt gewähren würde“, bedeuten nichts Geringeres, als das Anerbieten des arbitrium mundi an den englischen Premier.

In dem Jahrzehnt von 1879 bis 1889 hat Bismarck dies arbitrium, das ihm nicht sowohl durch die Macht des Deutschen Reiches als durch seine unumstrittene persönliche Autorität bei allen Staatsmännern Europas zugefallen war, im Sinne des Weltfriedens betätigt. Sicherlich glaubte er, daß der Weltfriede durch ein deutsch-englisches Bündnis am stärksten verbürgt sei. Doch schon die Behandlung seines Bündnisangebotes durch Lord Salisbury enttäuschte ihn, und vermutlich wäre er in der Folge zu einer verstärkten Bindung seiner Politik an das russische Bündnis zurückgekehrt.

Das politische System Bismarcks.

Das politische System Bismarcks, das sich in der ganzen Epoche von 1879—90 in seinen großen Linien merkwürdig gleich blieb, lernt man am besten kennen, wenn man eine Reihe von pragrammatischen Darlegungen des Fürsten, die aus Anfang, Mitte und Ende dieser Periode stammen, miteinander vergleicht. Es waren besondere Veranlassungen, die Bismarck zu eingehenden grundsätzlichen Erörterungen nötigten. Am Anfang stehen die beiden großen Exposés, in denen er die politische Notwendigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses für Kaiser Wilhelm I. darlegt (Nr. 447 u. 455, den 24. u. 31. August 1879); am Ende die beiden bedeutsamen Schreiben an Kaiser Friedrich vom 3. April 1888 (Nr. 1331) und an den Kronprinzen Wilhelm vom 5. Mai 1888 (Nr. 1341). Der ausgesprochene Zweck der letzteren war die Rechtfertigung seiner Friedenspolitik unter Wilhelm I. vor den beiden Erben der Monarchie. In die Zwischenzeit, in die Jahre der akuten Kriegsgefahr 86/87, fallen zwei mit besonderer Sorgfalt von Bismarck redigierte Schriftstücke, nach der russischen Seite die für den Zaren bestimmte „Remémoration historique“ vom 14. Dezember 1886 (Nr. 1004), nach der englischen Seite das persönliche Schreiben an Lord Salisbury vom 22. November 1887 (Nr. 930). Den Abschluß bildet die Motivierung des englischen Bündnisangebotes in dem Erlaß an Hatzfeldt vom 11. Januar 1889 (Nr. 943). Ein Vergleich dieser monumentalen Schriftstücke zeigt die außerordentliche Beharrungskraft der Grundgedanken der Bismarckschen Politik: Isolierung Frankreichs und Balancierung von England und Rußland zum Zweck der Erhaltung des europäischen Friedens. Nur in einem dieser Schriftstücke wird ein anderer Ton als der des unbedingten Friedenswillens angeschlagen. Doch die ironischen Erörterungen über die Möglichkeit einer der seinigen entgegengesetzten Politik, mit aggressiven Tendenzen, in dem Brief an den Prinzen Wilhelm verstärken nur das Gewicht der Bismarckschen Gründe für die von ihm mit äußerster Beharrlichkeit durchgeführte Friedenspolitik. Das in persönlicher und sachlicher Hinsicht bemerkenswerte Schreiben an Prinz Wilhelm ist die erwünschte Ergänzung zu dem bereits im dritten Band von Bismarcks Erinnerungen veröffentlichten und in den Akten Nr. 1341 am Fuß wieder abgedruckten Antwortschreiben des Kronprinzen, das sich mit Überzeugung zu der Friedenspolitik Bismarcks bekennt. In dem Schreiben Bismarcks ist die pädagogische Absicht des Mentors ebenso deutlich, wie die Reizung des künftigen Monarchen, zu der Politik seines künftigen Kanzlers Farbe zu bekennen.

Niemand, der diese Schriftstücke gelesen hat, wird den grundsätzlichen Friedenswillen des großen Kanzlers in Frage stellen, der überdies durch

die Gesamtheit der Dokumente mit erdrückender Beweiskraft erhärtet wird. Um so mehr ist es notwendig, die besonders im Ausland herrschenden Zweifel an der Aufrichtigkeit der Bismarckschen Friedenspolitik zu beheben, und zwar in doppelter Hinsicht: Naturgemäß erweckt jede Koalitionspolitik den Verdacht, als ob ihr der Hintergedanke nicht fern liege, die vereinigte Kraft scheinbar friedlich verbündeter Mächte zuletzt doch nur als gewaltiges Kriegsinstrument zu benützen, um die isolierte gegnerische Macht zu zertrümmern. Ebenso naturgemäß erscheint die zweite Annahme, daß diejenige Macht, die im Besitz so überlegener Kräfte ist, sich den vorteilhaftesten Zeitpunkt zum Überfall im Sinne eines Präventivkrieges mindestens gegenüber der Gefahr einer gegnerischen Koalition, auswählen wird. Diese beiden Fragen: 1. Lauerte im Hintergrunde der Bismarckschen Friedenspolitik der aggressive Wille eines Eroberers? 2. War Bismarck ein Anhänger der Theorie des Präventivkrieges? erfordern eine gründliche Beantwortung, um die Zweifel an der Aufrichtigkeit der Bismarckschen Friedenspolitik zu entkräften.

Divide et impera?

Der Beweis, daß Bismarcks Bündnissystem ohne Hintergedanken nichts andres wollte, als die Pazifizierung Europas, wäre erbracht, wenn sich zeigen ließe, daß Bismarck, weit entfernt zwischen den Großmächten Unfrieden zu säen, die Annäherung aller Großmächte aneinander jederzeit willkommen hieß und zu fördern suchte.

Welche Mühe Bismarck darauf verwendete, um Frankreich zu versöhnen, wie er die französische Republik lange Jahre hindurch in ihren kolonialen Unternehmungen unterstützt und gefördert und ihr den breitesten Platz an der Sonne eingeräumt hat, ist zu bekannt, als daß es weiter ausgeführt zu werden brauchte. In weiser Rücksichtnahme auf die französische Psyche tat er nicht nur nichts, um das Selbstbewußtsein der Franzosen zu verletzen und ihren Ehrgeiz einzudämmen, sondern gönnte ihnen jede Genugtuung, jede Art politischer Erfolge und jede Prosperität ihrer großzügigen Kolonialpolitik, nur in der einen Hoffnung, ihren Blick von dem „trou des Vosges" abzulenken und den Revanchekrieg vergessen zu machen. „Unser Verständigungsgebiet mit Frankreich erstreckt sich von Guinea bis nach Belgien hinan und deckt alle romanischen Lande; nur auf deutsche Eroberungen braucht Frankreich zu verzichten, um uns befreundet zu bleiben. Je weniger wir ihm Einbrüche nach Osten hin gestatten können, desto mehr sind wir — wie ja auch unsere Orientpolitik während der letzten Jahre bewiesen hat — bereit, ihm zu Entschädigungen in jeder anderen Richtung zu helfen. Nicht nur die neuerdings durch das Sahara-Eisenbahnprojekt angedeutete afrikanische Politik, sondern auch das Streben Frankreichs nach vermehrter Einflußnahme auf die übrigen romanischen Staaten verletzt kein deutsches Interesse; die Abwesenheit politischer Bedenken gestattet uns vielmehr anzuerkennen, daß das französische Volk, welches dank der stärkeren Beimischung germanischen Blutes als die kräftigste unter den romanischen Nationen dasteht, die Stellung einer zivilisatorischen Vormacht in der romanischen Welt, sowohl in wie außerhalb Europas, beanspruchen kann. Wenn daher Frankreich die Ausbreitung seiner politischen Operationsbasis als seinen Interessen entsprechend erachtet, so kann es dafür nicht nur auf unsere Enthaltung, sondern unter Umständen sogar auf unsere Rückendeckung rechnen, sofern nur unsere Stellung in Deutschland und unser einziger Anspruch, Herren im eigenen Hause zu sein, nicht gefährdet wird." (Bismarck an Hohenlohe, 8. April 1880, Nr. 662.)

Diese grundsätzliche Haltung Bismarcks, die nicht nur von Ferry, sondern auch von Grévy, Freycinet und anderen französischen Staatsmännern dankbar anerkannt wurde, hat gleichwohl nicht ein Abschwellen, sondern ein Anschwellen der französischen Revanchestimmung zur Folge gehabt. Die Revanche hörte auf, für das französische Volk und die französische Politik ein politischer Gedanke zu sein, sie wurde ein psychopathisches Phänomen, eine „überwertige Idee", wie die heutigen Psychiater sagen. Beweis dafür ist die erschütternde Tatsache, daß der französische Rachedurst nicht etwa, als er durch die Rückeroberung der „verlorenen Pro-

vinzen" befriedigt wurde, erloschen ist, sondern auch heute noch, in ungeschwächter, ja vermehrter Stärke fortbesteht.

Wie weit Bismarck davon entfernt war, nach dem Grundsatz des „divide et impera", die Mächte gegeneinander aufzuhetzen, ergibt sich daraus, daß er — abgesehen von einem französisch-russischen Bündnis, das seiner Natur nach ein Attentat auf die Sicherheit des Deutschen Reiches und den Frieden Europas bedeutete — jede Annäherung unter den Mächten als einen Gewinn für die Wohlfahrt Europas ansah. Eine Reihe bedeutsamer Äußerungen, die sich über die Periode von der Mitte der siebziger bis gegen Ende der achtziger Jahre verteilen, betreffen die Verbesserung der Beziehungen sowohl zwischen England und Frankreich, als zwischen England und Rußland.

Förderung von Annäherungen zwischen England und Frankreich.

Januar 1876 ließ Bismarck durch den Staatssekretär von Bülow dem Botschafter Graf Münster in London schreiben, daß mit Rücksicht auf den friedlichen Charakter der damaligen englischen Politik in Europa eine „Annäherung Englands an Frankreich in der orientalischen Frage, indem sie letzteres durch das Schwergewicht der englischen Friedensliebe bände, jetzt eine Bürgschaft für Erhaltung des Friedens werden könne" (Nr. 227). In einer Aufzeichnung vom 20. Oktober 1876 (Nr. 250) schreibt er: „Eine Annäherung Englands und Frankreichs untereinander halte ich für unsere Interessen und für das europäische Gleichgewicht nicht für nachteilig; im Gegenteil." Einen Monat nach dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses erklärt er in einem Diktat für das Auswärtige Amt (10. November 1879, Nr. 511): „Wir haben meiner Ansicht nach nicht zu fürchten, daß die französisch-englische Intimität zu innig werde. Sie könnte erheblich inniger werden, als sie ist, und würde für den Frieden Europas, wie ich glaube, keine andere Folge haben, als die, daß beide Westmächte einander an gewagten Unternehmungen hinderten und sich gegenseitig in friedlichen Bahnen erhielten" (Nr. 511). Im Januar 1883 berichtet Graf Herbert Bismarck aus England, Lord Granville habe ihm auf seine Bemerkung, „daß unser Wunsch nach wie vor dahin ginge, ein gutes Einvernehmen zwischen England und Frankreich erhalten zu sehen", erwidert: „Von französischer Seite hat man mir im Verlaufe des vergangenen Jahres wiederholt suppeditiert, daß die deutsche Politik nur daran arbeite, England mit Frankreich zu entzweien. Er habe darauf jedesmal der Wahrheit gemäß geantwortet, daß dies vollständig unbegründet sei, und daß der Reichskanzler ihm gerade im Gegenteil in allen Mitteilungen, die an ihn gelangten, habe sagen lassen, daß Deutschland lebhaft wünsche, nahe Beziehungen zwischen den Westmächten erhalten zu sehen" (Nr. 735). Im Oktober des Jahres 1884 schreibt Bismarck nach Paris: „Wir haben mit Frankreich das gleiche Interesse, daß Bruch mit England und namentlich Krieg verhütet und die ägyptische Frage friedlich gelöst werde. Ein französisch-englischer Krieg würde für uns, auch wenn wir unbeteiligt blieben, eine ähnliche Kalamität sein, wie ein russisch-österreichischer" (Nr. 693). Im Juni 1885 (Nr. 704) äußert Graf Hatzfeldt im Sinne Bismarcks in einem Pariser Gespräch mit Herrn Barrère: „Unser Bestreben sei stets auf Verständigung zwischen beiden Staaten gerichtet... Der Herr Reichskanzler käme daher auf sein altes Rezept zurück, daß Frankreich und England sich verständigen, für das Ergebnis ihrer Verständigung (in der ägyptischen Frage) die Zustimmung der drei Kaiserhöfe suchen und demnächst gemeinsam dem Sultan ihre Vorschläge machen möchten, die alsdann alle Aussicht auf Annahme haben würden." Auch in den Jahren drohendster Kriegsgefahr 1886/87 bemühte sich Bismarck, die allgemeine Spannung durch Förderung einer Annäherung Englands und Frankreichs zu entlasten, und läßt an den Grafen Hatzfeldt nach Paris schreiben, „Er möchte, wenn er Spuren einer Verständigung über Ägypten begegnete, derselben nicht entgegentreten und andererseits kein Mißtrauen erwecken, als wenn wir uns daran erfreuten, die Franzosen den Engländern auf den Hals zu hetzen; die Erneue-

rung eines westmächtlichen Bundes wäre ihm gar nicht unerwünscht... Infolge einer Verständigung mit Frankreich würde England vielleicht in unseren Kolonialfragen schwieriger werden, aber ihm wäre ein Gegengewicht gegen den russischen Übermut nicht unlieb" (22. Oktober 1886, Nr. 803). In gleichem Sinne läßt er Hatzfeldt im November 1886 instruieren: „Jede Annäherung zwischen England und Frankreich wird in der Richtung (einer Entspannung) wirksam sein und ...ich erblicke darin das einzige Mittel, Rußland zu ‚entkaulbarsen', d. h. verträglich zu stimmen" (Nr. 806). Wir sehen, daß Bismarck kein Bedenken trug, deutsche Kolonialinteressen gegen die Erhaltung des europäischen Friedens zurückzustellen. Auch sonst pflegte er zu betonen, daß Verständigungen zwischen Großmächten nur durch gegenseitige Zugeständnisse ermöglicht werden könnten: „Es ist meines Erachtens ein Irrtum und voraussichtlich ein freiwilliger, wenn öffentlich angenommen wird, der Friede könne dadurch erhalten werden, daß staatsmännische Weisheit ein Arkanum erfinde, während doch in der Tat seine Sicherstellung nur auf dem Wege gesucht werden kann, daß eine oder mehrere der interessierten Mächte den anderen Konzessionen machen, indem sie entweder ihre Ansprüche oder ihr gegenseitiges Mißtrauen herabmindern; wenn das von keiner der beteiligten Seiten geschieht, so glaube ich nicht, daß menschliche Weisheit ein Rezept erdenken kann, welches dem schließlichen Zusammenstoß der einander widerstrebenden Kräfte vorbeugte" (Nr. 250).

Förderung von Annäherungen zwischen England und Rußland.

Ebensowenig wie zwischen England und Frankreich wünschte Bismarck zwischen England und Rußland Unfrieden zu säen. Schon vor dem Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges bemühte er sich um eine Verständigung zwischen Rußland und England, wie seine intensive Anteilnahme an der Arbeit der Botschafterbesprechungen und der Londoner Konferenz beweist. Im August 1876 erwägt Bismarck, ob nicht eine deutsch-russisch-englische Entente den Vorzug sogar vor dem Drei-Kaiser-Bündnis verdiene: „Wenn ein dauerndes Bündnis zwischen England und Rußland denkbar wäre, so wäre unsere Beteiligung als dritter an demselben, wenn man die Verhältnisse im großen und für lange Zeit auffaßt, vielleicht noch natürlicher als unsere bisherige Beziehung zu Rußland-Österreich". Für letzteres nimmt er gleichwohl auch im Falle einer deutsch-russisch-englischen Verständigung „eine freundliche, vermittelnde Zwischenstellung" in Aussicht (Nr. 229).

In derselben Richtung bewegt sich eine Äußerung aus dem Juni 1877: „Ich halte es in unserem Interesse und für unsere Zukunft für eine nützliche Gestaltung, einen Ausgleich zwischen England und Rußland zu fördern, der ähnliche gute Beziehungen zwischen beiden, wie im Beginn dieses Jahrhunderts, und demnächst Freundschaft beider mit uns in Aussicht stellt. Ein solches Ziel bleibt vielleicht unerreicht, aber wissen kann man das auch nicht" (Nr. 294). Die unermüdliche und endlich erfolgreiche Geduldsarbeit, die Bismarck darauf verwendet hat, nach dem Frieden von San Stefano den Ausbruch eines englisch-russischen Krieges zu verhindern, steht ohne Vergleich da in der Geschichte aller Friedensbemühungen.

Eine eigenartige Episode fällt in den Herbst 1887. Im August ging Salisbury mit dem Gedanken einer Umstellung seiner ganzen Politik um und erwog eine friedliche Verständigung mit Rußland in der Dardanellenfrage. Er zog Hatzfeldt ins Vertrauen. In einem sehr bemerkenswerten Erlaß (v. 8. 8. 87. Nr. 908) an den Londoner Botschafter erörterte Bismarck die an ihn gerichtete Frage: „ob eine Annäherung Englands an Rußland ihm ratsam erscheine". Er erwiderte: „In dieser Allgemeinheit kann ich sie bejahen; uns kann das Einvernehmen zwischen England und Rußland nur erwünscht sein, da wir von keiner der beiden Mächte erwarten, daß sie ihr Einverständnis mit der andern gegen uns ausbeuten würde. Wir sind mit beiden befreundet und wünschen es zu bleiben, befürchten auch nicht, daß ihre Liebe zueinander stärker werde als die einer jeden von ihnen zu uns."

Wiederum ist es die Aussicht einer verstärkten Friedensgarantie, die

ihn den Salisburyschen Gedanken befürworten heißt, ja er sieht auf der Grundlage einer englisch-russischen Verständigung die Möglichkeit eines allgemeinen Abkommens, das jede Kriegsgefahr beseitigen würde, und erbietet sich, einer solchen Aktion (wenn Lord Salisbury auf den Gedanken einginge), seinerseits als „Geburtshelfer" zur Seite zu stehen. „Wenn es gelänge, zwischen den drei Kaisern, England und Italien mit Ausschluß Frankreichs ein Abkommen einzuleiten, welches die Gefährdung des Friedens zwischen diesen fünf Mächten einstweilen aus der Welt schaffte, so würde damit auch die Kriegsgefahr erledigt sein, die von seiten Frankreichs, nach der Unberechenbarkeit der Explosionen, welche dort möglich sind, dem europäischen Frieden droht. Der kriegslustigste Staat in Europa ist Frankreich, und mit einer Isolierung Frankreichs würde der europäische Friede gesichert sein"... Am Schluß des Erlasses betont Bismarck, daß seine eingehend ausgeführten Ratschläge in bezug auf den modus procedendi „kein weiteres Interesse haben als unseren Wunsch, Europa den Frieden und dessen Wohlfahrt zu erhalten, nicht bloß für Deutschland, sondern auch für die uns befreundeten Mächte, deren Verständigung untereinander eingeleitet zu haben ich Lord Salisbury vertraulich vorschlage sich das Verdienst zu erwerben, vor England sowohl wie vor Europa" (Nr. 908).

Der Gedanke an eine englisch-russisch-deutsche Entente hat, wie wir sehen, Bismarck wiederholt intensiv beschäftigt, und es scheint uns nicht zweifelhaft zu sein, daß auch sein Bündnisangebot an Lord Salisbury vom 11. Januar 1889, weit entfernt einen Bruch mit Rußland vorauszusetzen, ebenfalls auf eine Kombination England, Dreibund und Rußland hinauswollte.

Man sieht aus diesen weitsichtigen Erwägungen, wie wenig Bismarck die leitenden Gesichtspunkte und Grundgedanken seiner Politik dogmatisch erstarren ließ. Immer schritt er von begrenzten zu umfassenderen Sicherungen vor. Sobald sein Friedensbau irgendwo Risse zeigte, versuchte er die Fundamente noch breiter zu legen als zuvor und durch mächtige Strebepfeiler den Einsturz zu verhindern. Ohne Furcht, daß „das Bessere des Guten Feind" sein könnte, suchte er beides durch das Beste zu überbieten.

Wie weit sind alle diese Bemühungen entfernt von einer Politik des „divide et impera"! Nicht der blasseste Schatten eines Gedankens an Vorherrschaft ist hinter der Bismarckschen Bündnispolitik zu entdecken.

Die Gefahr einer Tripel-Entente.

Die Haltung, die Bismarck zu verschiedenen Zeiten gegenüber einer Annäherung zwischen England und Rußland einnahm, ist um so höher zu bewerten, als Bismarck für die Gefahren, mit denen eine solche Entente, für die der Beitritt Frankreichs leicht zu haben gewesen wäre, Deutschland bedrohen konnte, keineswegs blind war. Als im Mai 1885 sich die „Times" wieder einmal bemühten, zwischen Deutschland und England Unfrieden zu säen, machte Bismarck Kaiser Wilhelm I. in einem Immediatbericht vom 27. Mai (Nr. 777) darauf aufmerksam, daß die Taktik der „Times" in Übereinstimmung mit orleanistischen Blättern darauf hinauswolle, „eine Verbindung Englands mit Rußland und Frankreich in antideutschem Sinne anzubahnen". Zugleich weist er darauf hin, daß in der Presse verschiedener Länder Stimmen laut geworden wären, die „den Wunsch und die Erwartung aussprachen, daß die Beilegung des afghanischen Konfliktes zu einer Entente und zu einem Bündnis zwischen Rußland und England führen werde." Schon im Jahre 1885 also tauchte das Gespenst der späteren Entente cordiale vor Bismarcks Augen auf, und sofort kommt ihm auch die äußerste Gefährlichkeit einer solchen antideutschen Allianz zum Bewußtsein. Er schreibt an den Kaiser: „Diese Stimmen verdienen mehr Beachtung als gewöhnliche Zeitungsartikel, weil der darin ausgesprochene Gedanke eines englisch-russischen Bündnisses von der panslawistischen Partei, welche die eigentliche Trägerin der Idee des Krieges gegen Österreich und eventuell gegen

Deutschland ist, gehegt wird und dem Programm Gladstones von Hause aus angehört. Käme diese englisch-russische Allianz zustande, mit ihrer angeblich christlichen und antitürkischen, in der Tat panslawistischen und radikalen Richtung, so wäre derselben die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit nach Bedürfnis durch Frankreich zu verstärken, wenn die russisch-englische Politik bei Deutschland Widerstand fände; es wäre die Basis für eine Koalition gegen uns gegeben, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenübertreten kann" (Nr. 777).

Gleichwohl ist Bismarck weit entfernt davon, daraus den Schluß zu ziehen, daß es Deutschlands Aufgabe gewesen sei, dem afghanischen Konflikt seinen Lauf zu lassen, um den Riß zwischen England und Rußland zu vertiefen. Denn er fährt fort: „Es liegt für die deutsche Politik die Versuchung sehr nahe, zwischen Rußland und England lieber feindselige als zu intime Verhältnisse herbeizuführen. Wir haben derselben aber gewissenhaft widerstanden und nichts getan, um Kriegsaussichten zu fördern; aber wenn wir diese Enthaltsamkeit aus allgemeinen christlichen Erwägungen üben, so sind wir doch der deutschen Nation schuldig, alles zu vermeiden, was dahin führen könnte, daß wir England die russische Feindschaft abnehmen, indem wir sie uns selbst aufladen."

Präventivkrieg?

Unsere zweite Frage: „Wie stand Bismarck zum Präventivkrieg?" wird in den Bismarckakten durch eine ganze Reihe von Äußerungen beleuchtet. Mit seinem kaiserlichen Herrn verwirft Bismarck aus sittlich-religiöser Überzeugung jeden Präventivkrieg.

Das militärische Interesse, sich den günstigsten Zeitpunkt für einen Krieg, von dem man annimmt, daß er doch kommt, zu erwählen, galt auch dem alten Kaiser nicht als Argument für eine gute Politik. Als der „Krieg-in-Sicht"-Lärm im Jahre 1875 nachträglich damit motiviert wurde, daß sich Deutsche in hoher Position gesprächsweise dahin ausgesprochen hätten, daß Deutschland die Vollendung der französischen Rüstungen nicht abwarten, sondern einen Vorwand zum Kriege suchen müsse, wandte sich Kaiser Wilhelm I. in der Randbemerkung vom 16. Mai 1875 (Nr. 181) mit sehr ernsten Worten gegen die „auch in neuster Zeit wieder gangbar gewordenen deutschen Prahlereien: man müsse, wenn Frankreich wirklich nur bis zur Wiederherstellung seiner Armee Frieden halten werde, ihm nicht den Zeitpunkt zum Losschlagen überlassen, sondern unsererseits das prévenir spielen und an Frankreich den Krieg zutragen, ehe es fertig ist mit seinen Rüstungen. Dies ist eine Ansicht, die im gemeinen Leben etwas für sich hat, nicht so, wo Staaten sich bekämpfen sollen. Um glückliche Kriege zu führen, muß dem Angreifenden die Sympathie aller edelgesinnten Menschen und Länder zur Seite stehen, und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen. Dies war das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870! Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, er wird keinen Alliierten finden, keine neutres bienveillants, ja überhaupt wohl keine Neutralen, wohl aber Gegner finden." (Eine systematische Fälschung des Welturteils, wie wir sie erlebt, hielt der gerade Sinn Kaiser Wilhelm I. für unmöglich.) In demselben Sinne sprach sich Kaiser Wilhelm I. in einem Brief vom 3. Juni 1875 an die Königin Viktoria aus. In ihrer Antwort schreibt die Königin: „Mit aufrichtiger Freude ersehe ich nun aus Deinem Briefe, daß Du sogar den Gedanken mit Indignation zurückweisest: Frankreich oder irgendein Nachbarland anzugreifen einfach aus dem Grunde, weil dieses Land oder Volk auf Krieg sinnt und nur auf die erste günstige Gelegenheit zum Losschlagen wartet" (Nr. 189).

Alle Äußerungen Bismarcks über die Frage des Präventivkrieges tragen einen gemeinsamen Zug. Bismarck verschmäht es sonst, Erörterungen der Politik mit moralischen oder religiösen Argumenten zu verbrämen. Die Religion war ihm zu heilig, um sie zur Fälschung diplomatischer Motive zu mißbrauchen. Um so schwerer wiegt es, daß Bismarck regelmäßig, wenn er die Frage des Präventivkrieges streift, ein religiöses Argument entscheidend geltend macht. Schon in den „Gedanken und

Erinnerungen" (II, S. 177) wurde von ihm ein Brief an Kaiser Wilhelm (13. August 1878) wiedergegeben, in dem es heißt: „Ich würde noch heut, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Ew. Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn später besser gerüstet beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im voraus erkennen."

Im Anfang des Jahres 1887 berichtete Prinz Reuß aus Wien Äußerungen des Fürsten Lobanow, der den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für unvermeidlich erklärte, da „kein Franzose den Frieden von 1871 anerkenne", und „es im Interesse Deutschlands für angezeigt hielt, diese beklagenswerte Notwendigkeit nicht hinauszuschieben, obwohl Deutschland eigentlich bei einem Kriege kaum etwas gewinnen könnte" (Nr. 1249 Fußnote). Bismarck ließ durch Graf Herbert darauf antworten: „Wir würden einen Krieg niemals aus dem Grunde führen, weil es früher oder später wahrscheinlich doch zu einem solchen kommen würde. Niemand kann der göttlichen Vorsehung so weit vorgreifen, um dies mit unbedingter Sicherheit behaupten zu können, denn es können sich im Laufe der Zeiten allerhand unberechenbare Vorfälle ereignen, welche den Ausbruch eines französisch-deutschen Krieges verhindern" (Nr. 1249).

Dasselbe Argument kehrt in den Dokumenten mehrfach wieder. In der Zeit der akuten russisch-österreichischen Kriegsgefahr, Ende 1887, schreibt er nach Wien (Nr. 1186): „Die Größe der Kalamität, welche für die Völker Österreich-Ungarns und Deutschlands mit einem französisch-russischen Kriege, wie immer er ausfallen mag, verbunden sein wird, legt uns die Pflicht auf, den Ausbruch desselben, wenn wir können, zu verhüten, und jedenfalls der göttlichen Vorsehung nicht dadurch vorzugreifen, daß wir ihn herbeiführen, ehe er sich uns aufdrängt."

Daß Bismarck an dieser seiner Überzeugung ohne Wanken festgehalten hat, beweist auch seine berühmte Rede zur Begründung der Militärvorlage vom 8. Februar 1888, wo wiederum das gleiche Argument wiederkehrt: „Es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird." Es ist die Rede, die mit den Worten schließt: „Wir Deutschen fürchten Gott, und sonst nichts in der Welt."

Man könnte zahllose Stellen aus den Dokumenten ausschreiben, wenn es noch nötig wäre, um den grundsätzlichen Friedenswillen Bismarcks zu erweisen. Daß er in der ganzen Zeit seiner Kanzlerschaft im Reich je einen Eroberungskrieg geplant und etwas wie eine Suprematie Deutschlands über Europa erstrebt oder gar Träumen einer deutschen Weltherrschaft in seinen Gedanken Raum gegeben habe, wäre angesichts der überwältigenden Beweiskraft der deutschen Dokumente aus der ganzen Zeit der Kanzlerschaft im Reich eine so groteske Lüge, daß sie der Widerlegung nicht mehr bedarf. Man wird im ganzen Archiv des Auswärtigen Amtes, kein einziges Aktenstück, keine Aufzeichnung, keine noch so intime Notiz oder Randbemerkung auffinden können, wonach Bismarck je die Möglichkeit einer „Mehrung des Deutschen Reiches durch kriegerische Eroberungen" erwogen hätte.

Offensive nach Ausbruch eines Krieges.

Doch eine Frage bleibt noch zu erörtern: Hielt Bismarck nach bereits erfolgtem Ausbruch eines europäischen Krieges, bei welchem mit Sicherheit auf einen französischen Angriff zu rechnen war, eine Offensive für erlaubt? Man wird in den Akten nur zwei Fälle auffinden können, in denen Bismarck diese Möglichkeit erwogen hat. Die beiden Fälle sind 1. ein französischer Angriff auf Italien, der einen Angriff Deutschlands auf Frankreich zur Folge haben

könnte. 2. ein Angriff Rußlands auf Österreich, der Deutschland nötigen könnte, Frankreich den Krieg zu erklären.

Im Fall eines französisch-italienischen Krieges.

1. Der an den zweiten Dreibundsvertrag vom 20. Februar 1887 angeschlossene Separatvertrag zwischen Deutschland und Italien (Nr. 859) faßt im Artikel III den Fall ins Auge, daß Frankreich sein Okkupationsgebiet, Protektorat oder Souveränität unter irgend einer Form auf nordafrikanische Territorien (Tripolis und Marokko) auszudehnen unternähme, und infolgedessen Italien genötigt sein würde, um seine Stellung im Mittelmeer zu behaupten, in den genannten nordafrikanischen Territorien selbst in eine Aktion einzutreten, oder sogar auf französischem Territorium in Europa zu den „äußersten Maßregeln" seine Zuflucht zu nehmen, und bestimmt, daß „der daraus folgende Kriegszustand zwischen Italien und Frankreich auf Verlangen Italiens und zu gemeinsamen Lasten ipso facto den casus foederis mit allen vorgesehenen Wirkungen usw. herbeiführen würde." Hier wird angenommen, daß die Initiative zum Kriege durch Einmarsch in Territorien, die in der Interessensphäre Italiens lagen, von Frankreich ergriffen und insofern Italien der angegriffene Teil sein würde; zur Abwehr eines solchen Vorgehens wird die Möglichkeit einer italienischen Aggressive gegen das europäische Territorium Frankreichs ins Auge gefaßt. Falls es so zum Ausbruch eines französisch-italienischen Kriegs käme, hielt es nicht nur Bismarck, sondern auch der alte Kaiser für unmöglich, daß Deutschland in der Neutralität verharre. Im Lauf der Verhandlungen über den casus foederis äußerte Kaiser Wilhelm I. (30. Oktober 1886, Nr. 833): „daß es für uns doch untunlich sein würde, in einem Kriege, der sich zwischen Frankreich und Italien entwickeln könnte, neutral zu bleiben, was auch immer die Veranlassung dazu sein möchte. Der Grund eines solchen Krieges würde dabei irrelevant sein, denn wir könnten nicht zugeben, daß Italien von Frankreich vernichtet oder in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht würde." In der Tat kam Bismarck Italien hinsichtlich des casus foederis weiter entgegen als irgend einem anderen seiner Verbündeten. Der Grund dieses Entgegenkommens war die sichere Annahme, daß Italien, falls es keine Deckung bei Deutschland fände, eine Entente mit Frankreich vorziehen und dabei besser fahren würde, als wenn es durch einen verlorenen Krieg unter die Oberhoheit Frankreichs geraten würde. Im Grunde aber hatte Bismarck auch bei dieser weit entgegenkommenden Fassung des casus foederis wieder nur eine Sicherung des Friedens im Auge. „Bei der Abneigung der französischen Nation gegen überseeische Abenteuer", schreibt Bismarck am 30. Oktober 1886, „ist ein französischer Angriff auf Tripolis nach der Überzeugung des Herrn Reichskanzlers an und für sich höchst unwahrscheinlich; Frankreich wird sich aber vor einem solchen erst recht hüten, wenn es Wind davon bekommen wird, daß Deutschland und auch Österreich Italien in einem Kriege des letzteren mit Frankreich den Rücken decken würden" (Nr. 833).

Im Fall eines russisch-österreichischen Krieges.

2. Der Fall eines russischen Angriffs auf Österreich führte in dem kritischen Jahr 1887 wiederholt zu Erörterungen zwischen Berlin und Wien über die Grenzen des gegenseitigen casus foederis. Kaiser Franz Joseph war besorgt, daß die Entente à trois mit England und Italien Österreich zu einem Vorgehen gegen Rußland nötigen könnte, das formell als Angriffskrieg angesehen werden könnte. Schon bei den Verhandlungen über den ersten Dreibundvertrag kam die Schwierigkeit der Definition eines Angriffskrieges zur Sprache. Graf Kálnoky sagte damals: „Die Feststellung, wer angegriffen habe, sei überhaupt immer unmöglich" (Nr. 561). Bei den Besprechungen von 1887/88 (Kap. 38) kam Kaiser Franz Joseph auf dieselbe Schwierigkeit zurück: „Seiner Ansicht nach sei nicht immer derjenige der Angreifer, der den ersten Schlag führe... Er könne sich daher unserer Auslegung des casus foederis nicht anschließen, wonach derselbe erst dann eintreten könne, wenn die russischen Armeen die österreichischen Grenzen bereits überschritten haben würden... Wenn Österreich fest entschlossen sei, Rußland nicht anzugreifen, Rußland aber Österreich mit einer immer grö-

ßeren Aufstellung von Armeen bedrohe und dadurch die Absicht eines bevorstehenden Angriffs klar erwiesen sei, so bliebe seiner Ansicht nach kein Zweifel mehr darüber, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei" (Nr. 1190). Obwohl Bismarck im Grunde diese Anschauung teilte, so hütete er sich doch, in Wien irgendwelche Hoffnungen zu erwecken für den Beistand Deutschlands über den Buchstaben des Vertrages hinaus. Immer wieder verwahrte er sich dagegen, daß österreichische Militärs auf Verschiebungen des Bündnisses ausgingen, die den Boden des Vertrages verlassen. Streng hielt er an der rein defensiven Natur des Vertrages fest. Am Rand aber schrieb er zu den obigen Worten Franz Josephs: „Wer Angreifer ist, das wird eintretendenfalls von unserem Kaiser ehrlich erwogen werden. Unsere zurückhaltende Vorsicht hat mehr die bulgarische Situation als die an der galizischen Grenze zur Grundlage. Wegen Bulgarien wollen wir nicht fechten. Evidente Vorbereitungen zum Angriff auf Österreich aber (Galizien) werden uns immer zu Vorbereitung der Abwehr (Mobilisierung) Anlaß geben, und damit zum faktischen Eintritt in den russisch-österreichischen Konflikt." Doch auch im akutesten Stadium der Kriegsgefahr, um die Wende des Jahres 87/88, machte Bismarck, weit entfernt Österreich freie Hand zu lassen, die größten Anstrengungen, um Kálnoky gegen die Kriegstreiberei der Wiener Militärs den Rücken zu steifen und warnte aufs ernstlichste davor, auf russische Provokationen zu reagieren. Ebenso wie der österreichische Generalstab hatte auch Moltke die Überzeugung, daß Rußland „unmittelbar zum Kriege rüstet und durch eine allmählich fortschreitende resp. ruckweise Mobilmachung den Aufmarsch seiner Armee vorbereitet." Moltke zog seinerseits daraus die Schlußfolgerung, daß Deutschland dem bevorstehenden russischen Angriff zuvorkommen müsse, wozu Bismarck am Rande bemerkt: „Nicht meine Ansicht." Anders aber lautete sein Urteil über das Recht der Offensive für den Fall eines bereits ausgebrochenen Krieges. In einem Erlaß an Prinz Reuß, der die militärischen Auffassungen zurückweist (15. Dezember 1887, Nr. 1163) findet sich der Passus: „Wenn der russische Krieg durch österreichischen Angriff auf Rußland entsteht, so ist für uns meines Erachtens nicht die Beteiligung an demselben, sondern der sofortige Angriff auf Frankreich indiziert und unser Verhalten zum russischen Kriege von dem Erfolg unseres französischen Krieges abhängig zu machen." Ebenso schreibt Bismarck in einem weiteren Erlaß an Reuß vom 27. Dezember 1887: „Daß für uns der Krieg gegen Frankreich dem Ausbruch des russisch-deutschen Krieges unverzüglich folgen wird, ist nicht zweifelhaft. Sollte er wider Erwarten nicht von selbst eintreten, so würde es für uns mehr oder weniger geboten sein, ihn ohne Verzug herbeizuführen. Wir können einen Krieg nach Osten solange nicht mit voller Kraft und weit über unsere Grenzen hinaus leisten, als wir noch die volle französische Macht ungeschwächt und angriffsbereit im Rücken haben. Wir wissen nicht, wie es in dem Fall dann in Frankreich aussehen wird, aber wenn unser Friede dort nicht gesicherter ist, wie heute, so wird es vielleicht geboten sein, daß wir dem Ausbruche des russisch-österreichischen Krieges unsere Kriegserklärung gegen Frankreich folgen lassen, um dann nach Sicherstellung unserer Westgrenze unsere volle Macht gegen Rußland zur Verfügung haben" (Nr. 1186). Wie wenig aber diese Auffassung Bismarcks, daß nach Kriegsausbruch eine Offensive geboten sein könnte, von der Absicht eines deutschen Angriffs auf Frankreich oder von der Theorie des Präventivkrieges diktiert war, ergibt sich aus einer näheren Prüfung beider Erlasse. In dem ersten Erlaß vom 15. Dezember polemisiert er gegen die Generalstabsauffassung eines Präventivkrieges, die er sowohl im Jahre 1867 als auch im Laufe der siebziger Jahre bezüglich Frankreichs zurückgewiesen habe, und erklärt. „Solange ich Minister bin, werde ich meine Zustimmung zu einem prophylaktischen Angriffe auf Rußland nicht geben", und führt weiter aus: „An einem Angriff auf Rußland aber wollen wir uns nicht beteiligen,

auch wenn unsere Militärs überzeugt sind, daß wir den Krieg heut unter günstigeren Verhältnissen führen könnten wie später... Der Angriff Rußlands muß abgewartet werden... Um Österreich stark zu machen, haben wir uns bemüht, ihm Italiens, und wenn möglich auch Englands Unterstützung im Kriegsfall zu verschaffen. Aber auf eine Zusage unserer Unterstützung Österreichs, im Falle des österreichischen Angriffs auf Rußlands, werde ich mich unter keinen Umständen einlassen." Und im zweiten Erlaß vom 27. Dezember läßt er Graf Kálnoky ermahnen, sich „die Verantwortlichkeit von militärischen Ratgebern nicht aus der Hand nehmen zu lassen," und betont, da „in gewissen militärischen Kreisen Wiens die Absicht besteht, unser Defensiv-Bündnis zu verschieben", „daß es für keinerlei offensive Zwecke geschlossen wurde". Die Pointe aber dieser nach Wien gerichteten Erlasse lag in einer anderen Richtung. Schon früher hatte Bismarck mit Erfolg die Nervosität der Wiener Militärs dadurch bekämpft, daß er sie damit schreckte, Deutschland werde seine ganze Kraft zur Abwehr eines französischen Angriffs einsetzen müssen, und Österreich werde die ganze Wucht eines russischen Angriffs so gut wie allein auszuhalten haben. Jetzt geht er noch einen Schritt weiter und droht, falls Rußland von Österreich angegriffen würde, durch einen deutschen Angriff auf Frankreich Österreich die deutsche Deckung zu entziehen und sich den Eintritt in den österreichisch-russischen Krieg vorzubehalten, je nach dem Ausfall des deutsch-französischen Krieges. Um Reuß über den Zweck dieser Drohung nicht im Zweifel zu lassen, fügt er hinzu: „Wir dürfen Österreich durchaus nicht zu aggressivem Vorgehen gegenüber Rußland ermutigen."

Die beiden Eventualfälle einer Offensive gegen Frankreich nach Ausbruch eines französisch-italienischen Krieges und einer Offensive gegen Frankreich nach Ausbruch eines österreichisch-russischen Krieges, können daher so wenig gegen die grundsätzliche Ablehnung jedes Präventivkrieges ins Feld geführt werden, daß sie vielmehr beweisen, wie von Bismarck jede Art von Vertragsbestimmungen doch immer nur als Abschreckungsmittel vor dem Kriege gedacht war. In beiden Fällen hat der Erfolg das taktische Vorgehen Bismarcks gerechtfertigt. Kálnoky legte sich ein „dickes Fell" zu und ließ die stärksten Provokationen Rußlands daran ablaufen. Frankreich hütete sich wohlweislich, einen Kolonialkrieg gegen Italien anzuzetteln, weil es gewiß war, im Ernstfalle Deutschland an der Seite seines Mittelmeerrivalen zu finden. So sprechen die beiden einzigen Scheinausnahmen von dem hundertfältig bezeugten Friedenswillen der Bismarckschen Politik im Gegenteil für die Strenge des Grundsatzes, nicht nur jeden Präventivkrieg abzulehnen, sondern auch jedem nur denkbaren Kriege vorzubeugen. Ganz anders lag natürlich die Frage, ob eine Offensive geraten oder notwendig sei in dem Falle, daß durch den westlichen oder östlichen Nachbar bereits ein Krieg heraufbeschworen war, in den einzutreten Deutschland so wie so gezwungen sein würde. Hier liegt in dem Urteil Bismarcks eine Analogie mit dem Verhalten des Kaisers im Jahr 1914 vor. Bismarck ging sogar noch einen Schritt weiter als der Kaiser. Wilhelm II. wartete die russische Mobilisierung gegen Deutschland ab: Bismarck wollte schon eine russische Mobilisierung gegen Österreich durch eine deutsche Mobilmachung gegen Rußland beantworten. Beide Maßregeln, sowohl die eventuelle Offensive gegen Frankreich als die eventuelle Mobilmachung gegen Rußland, nach Ausbruch eines französisch-italienischen bzw. russisch-österreichischen Krieges hielt Bismarck nicht nur mit seiner Friedenspolitik für vereinbar, er erörterte sie sogar in einem Atem mit seinen grundsätzlichen Erklärungen gegen jeden Angriffs- und Präventivkrieg.

Kriegsdrohung gegen Frankreich.

Es gibt noch einen Fall, den man als Gegenbeweis gegen den Friedenswillen Bismarcks geltend machen könnte. Ein einziges Mal hat Bismarck die französische Regierung mit einem Angriff bedroht, nicht 1875 zur Zeit des „Krieg-in-Sicht"-Lärmes, wie Lord Derby, Gortschakow und Graf Beust Europa glauben machen wollten, sondern schon im ersten Jahre nach dem Frankfurter Frieden. Am

27. August 1871 (Nr. 37) telegraphierte Bismarck aus Gastein „auf Befehl Seiner Majestät" an den Geschäftsträger in Paris Grafen Waldersee: „Wir haben im Vertrauen auf die Regierung, welche wir durch unseren Friedensschluß anerkannt haben, das deutsche Okkupationsheer schneller reduziert, als unsere vertragsmäßigen Pflichten es mit sich brachten. Sollte die schwebende Krisis in der Regierung Frankreichs" (die Verlängerung der Vollmacht von Thiers in der Nationalversammlung stand in Frage) „eine Modifikation von politischer Tragweite herbeiführen, so würden wir uns für berechtigt halten, das deutsche Heer in Frankreich sofort auf jede uns zur Sicherung unserer Ansprüche erforderlich scheinende Höhe zu verstärken"... „Der Oberkommandierende in Compiègne wird gleichzeitig von Seiner Majestät ermächtigt, alle durch die Sachlage etwa gebotenen Bewegungen behufs Konzentrierung unserer Truppen in der Richtung auf Paris anzuordnen"... Dem Telegramm folgte ein zweites vom gleichen Tage auf dem Fuße: „Zu Ihrer Orientierung bemerke ich, daß wir, wenn die Verhältnisse in Frankreich unsicher werden sollten, es nicht geraten finden werden, einen französischen Angriff abzuwarten, sondern unsererseits, sobald uns die Erhaltung des Friedens zweifelhaft wird, unverzüglich zur Erneuerung der Feindseligkeiten unter Mobilisierung von 500 000 Mann übergehen werden. An dem guten Willen der jetzigen Regierung, den Frieden zu erhalten, zweifle ich aber durchaus nicht, da dieselbe bis vor kurzem noch Zahlungen an uns gemacht hat."

Natürlich liegt dieser Fall ganz anders als die oben besprochenen, denn es handelt sich lediglich um die Sicherstellung des abgeschlossenen Friedens. Man lese aber das nächste Telegramm Bismarcks an Waldersee vom 28. August und man wird die Absicht, die Bismarck mit seiner Drohung verfolgte, erst richtig verstehen. Die Instruktion an Waldersee lautet nämlich: „Der Zweck dieses Telegramms ist einerseits, der jetzigen französischen Regierung gerade durch die Sprache, die wir ihr gegenüber führen, nützlich zu sein und ihr eine Stütze zu gewähren, soweit sie selber glaubt, daß diese Wirkung dadurch erzielt werden könne. Darüber hat sie allerdings allein zu urteilen, und ich habe deshalb Ew. pp. ersucht, die Frage, welchen Gebrauch sie von Ihrer an sich diskret zu behandelnden Mitteilung machen wolle, ganz den französischen Staatsmännern zu überlassen" (Nr. 38). Eine Kriegsdrohung, die einer fremden Regierung zu ihrer eigenen Stütze und zu eventuellem Gebrauch oder Nichtgebrauch gegenüber ihrer eigenen Volksvertretung zugestellt wird, ist sicherlich ein Kuriosum, aber nichts weniger als ein feindlicher Akt gegen diese Regierung.

Wir haben die drei scheinbaren Ausnahmefälle so eingehend erörtert, weil sie, aus dem Zusammenhang herausgerissen, als Beweise für aggressive Hintergedanken der Bismarckschen Friedenspolitik verwendet werden könnten. Doch gerade in diesen Fällen gilt im eminenten Sinne das Wort: „Ausnahmen bestätigen die Regel."

Politik und Militär.

In dieselbe Richtung, wie die Zeugnisse für die grundsätzliche Friedenspolitik Bismarcks, weisen wiederholte Ausführungen über seine prinzipielle Anschauung hinsichtlich des Verhältnisses der politischen zu den militärischen Autoritäten. In keinem Punkte war Fürst Bismarck so eifersüchtig als in der Wahrung seines ausschließlichen Rechtes, den Kaiser in allen Fragen der äußeren Politik zu beraten, in keinem Punkte so rücksichtslos als in der Abwehr von Übergriffen des Generalstabes in die Kompetenzen des Reichskanzlers. Auch die Autorität Moltkes besagte ihm in politischen Dingen nichts. Mit Waldersee geriet er wiederholt aneinander und der deutsche Militärattaché in Wien, Major von Deines, wird mit einem Antrag auf Entfernung bedroht, als er es in der Krisis von 1887 gewagt hatte, gegenüber Kaiser Franz Joseph politische Ansichten zu äußern. Prinz Reuß wird getadelt, daß er den Militärattaché nicht sofort rektifiziert habe. Nur einige Äußerungen mögen die Entschiedenheit, mit der sich Bismarck jede Einmischung der Militärs in seine Politik verbittet, charakterisieren: „Ich kann eine politische Verantwortlichkeit nur für solche Verhandlungen übernehmen, welche zwischen den direkten Organen des

diplomatischen Dienstes beider Höfe stattfinden, und muß in der Lage bleiben, dem österreichischen Kabinett gegenüber aus politischen Gründen eine andere Meinung haben zu können als diejenige, welche aus militärischem Gesichtspunkte für die maßgebende gehalten wird" (Nr. 1182). Aus Anlaß der von Wien gewünschten Besprechungen der beiderseitigen Generalstäbe über militärische Maßnahmen für den casus foederis schreibt er: „Wenn solche Vollmachten ohne mein Zutun und gegen meinen Rat erteilt, oder auch nur bei Seiner Majestät beantragt werden, so ist meine Verantwortlichkeit für die mit der Leitung der auswärtigen Politik verbundene Stellung als Reichskanzler nicht mehr haltbar" (Nr. 1184). „Die Militärs machen die Diplomatie nicht" (Nr. 1185 Fußnote). An Kálnoky schreibt er: „Wir müssen nur beiderseits darauf achten, daß die Berechtigung, unsere Monarchen politisch zu beraten, nicht faktisch unsern Händen entgleite und auf die Generalstäbe übergehe" (Nr. 1186), und fügt hinzu: „Graf Kálnoky und er dürften auch in Nebendingen ihrer Eigenschaft als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ihre Befugnisse nicht auf die beiderseitigen Militärpersonen übertragen, ohne die Geschäfte zu gefährden... Es liegt im Interesse des Friedens, an dieser Art der Geschäftsbehandlung streng festzuhalten, da beide Minister naturgemäß friedlicher gesinnt sein werden als ihre militärischen Landsleute" (Nr. 1187). Graf Kálnoky teilte die Anschauung Bismarcks: „Daß die Militärs nur von militärischen und nicht von politischen Ideen geleitet würden, könne man ihnen nicht verdenken. Dieses habe aber keinen Einfluß auf die politischen hier zu treffenden Entscheidungen"... Er befände sich in derselben Lage, wie der Reichskanzler: „er müsse die Richtigkeit der militärischen Beweisführung anerkennen, könne sich aber dadurch nicht bewegen lassen, sich für die Notwendigkeit eines Angriffs auszusprechen" (Nr. 1188).

Militärpartei.

Im Auftrag seines Vaters spricht sich auch Herbert Bismarck in der schärfsten Weise aus, als aus Berichten von Prinz Reuß im März 1887 hervorging, daß „man in Österreich wirklich den ganz unglaublichen Gedanken gehabt zu haben scheint, als ob wir die Absicht hätten, Frankreich anzufallen", und zur Begründung dieser Meinung von einer „Berliner Militärpartei" gefabelt wurde. „Es ist schwer zu erklären, wie ernsthafte österreichische Staatsmänner und Politiker auf solche Idee haben kommen können... Wir haben von Frankreich absolut nichts zu gewinnen, es besitzt nichts, was uns reizen könnte, und daß es bei uns Leute geben sollte, die aus reiner Frivolität unsern 90jährigen Kaiser noch in einen leichtsinnigen Krieg stürzen wollten, ist ein für den Herrn Reichskanzler unfaßbarer Gedanke. Der Herr Reichskanzler kann in den Ihnen in Wien gegenübergetretenen diesbezüglichen Ansichten nur einen Mangel an Urteil erblicken, welcher entweder auf der eigenen Beschränktheit der Betreffenden beruhen muß oder darauf, daß ein hoher Grad von Torheit in der Leitung unserer Politik vorausgesetzt wird; es ist dies insofern erschreckend, als es unsere politischen Berechnungen, welche sich doch auf das Vorhandensein einer gewissen Einsicht in Wien gründen müssen, ganz unsicher macht... Die Ausrede mit den Absichten der supponierten hiesigen Militärpartei erscheint dem Herrn Reichskanzler sehr naiv; es gibt bei uns keine Militärpartei, sondern höchstens einzelne Offiziere, welche gelegentlich von ihrer kriegerischen Bereitwilligkeit sprechen mögen. Wenn man in dem Sinne, wie es Ihnen gegenüber geschehen ist, vom Einflusse einer „Militärpartei" sprechen wollte, so würden sämtliche großen europäischen Staaten unaufhörlich dicht vor dem Kriege stehen, denn die Mehrzahl des Militärs rasselt überall gern mit dem Säbel, wenn sie es auch vielfach nur unter der Gewißheit tut, daß der Friede nicht gebrochen werden wird. Der Herr Reichskanzler bittet Ew. pp. allen denjenigen, die Ihnen über unsere angebliche Kriegslust und von der imaginären deutschen Militärpartei gesprochen haben, den Ausdruck Ihrer Verwunderung darüber nicht vorenthalten zu wollen, daß man auf diese Torheit, welche auf uns einen betrübenden Eindruck machen muß, hat kommen können. In der ganzen Ihnen gegenüber zum Ausdruck gekommenen Argumentierung liegt eine vollkommen unrichtige

Auffassung der französischen Verhältnisse. Die Franzosen bemänteln ihre ununterbrochenen und enormen Rüstungen mit dem von ihnen selbst nicht geglaubten Vorwand, daß wir sie angreifen würden; diese Rüstungen dienen lediglich Angriffszwecken; sie sollen die französische Armee der unsern überlegen machen, damit Frankreich alle Chancen des Erfolges auf seiner Seite hat, sobald es den Moment für den Angriff auf uns für gekommen hält. Daß unsere Gegner den Sachverhalt im Sinne der altbekannten Fabel des Phädrus von dem Wolf und dem Lamm umdrehen und uns in bewußter Verlogenheit aggressive Absichten imputieren, ist natürlich. Daß aber unsere Freunde in Wien sich soweit haben verblenden lassen können, jenen Unterstellungen auch nur für eine kurze Zeit Glauben beizumessen, ist sehr niederschlagend. Es zeigt das eine gewisse Neigung, uns immer das Dümmste zuzutrauen, was eine Regierung nur begehen kann, und es ist das um so weniger verständlich, als wir nicht glauben, für eine solche Beurteilung greifbare Anhaltspunkte gegeben zu haben" (Nr. 1256).

Diese kräftige Zurückweisung der Fabel vom Wolf und Lamm wurde am 19. März geschrieben. Zwei Tage darauf brachte das Abendblatt des „Temps" die erste Meldung von der Schnäbele-Affaire, deren Rückwirkung auf die französische Revanchestimmung mit erschreckender Deutlichkeit der Welt offenbar machte, auf welcher Seite der Angriffswille lag, auf der deutschen oder der französischen.

Demissionsgesuche Bismarcks.

Noch ein letzter Beweis, wie tief die Überzeugungen Bismarcks gewurzelt waren und wie er sich mit seiner ganzen Person für seine Friedenspolitik einsetzte, ist aus seinen Demissionsgesuchen zu entnehmen. In allen Fällen, in denen er sich während der Jahre 1871—1890 gezwungen sah, seinen Rücktritt in Aussicht zu stellen, ist der ausschlaggebende Grund jedesmal der, daß er bei Nichtbefolgung seiner Ratschläge den Frieden Europas gefährdet sah.

Den ersten Anlaß gab die Orientkrise vom Herbst 1876. Kaiser Wilhelm I. hatte die Absicht geäußert, durch ein Privatschreiben auf Kaiser Alexander II. einen Druck auszuüben, weil „durch Fortdauer jetziger russischer Politik Europa zum Kriege treibe" (Nr. 247). Bismarck sah im Gegenteil den Frieden Europas durch eine dem Zaren unwillkommene Pression gefährdet, weil dadurch die Gefahr entstand, das nach dem Balkan abziehende Kriegsgewitter über Deutschland und Österreich zu entladen. „Es ist unmöglich, zwischen zwei großen Mächten einen solchen Wunsch direkt oder indirekt anzudeuten, ohne daß er einen Anflug einer Drohung für den Fall der Nichterfüllung an sich trüge; selbst die freundschaftlichste Form würde ihn davon nicht freihalten können" (Nr. 777). Da der Kaiser auf seinem Vorhaben zu bestehen schien, schreibt Bismarck an den Staatssekretär von Bülow (Nr. 248, 16. Oktober 1876): „Ich würde außerstande sein, die Geschäfte weiterzuführen von dem Augenblick an, wo ich die Überzeugung gewänne, daß in dieser für die Zukunft unserer auswärtigen Beziehungen entscheidenden Krisis die Politik, die ich glaube anraten zu müssen, nicht die allerhöchste Billigung hätte." Er stellt Bülow anheim, im Notfalle von der Mitteilung Gebrauch zu machen, „daß er fest entschlossen sei, sein Amt niederzulegen, sobald Seine Majestät ihn in den Fall setzte Schritte vertreten zu sollen, die seines Erachtens die Zukunft des Landes gefährdeten, ohne notwendig zu sein". Der Kaiser gab nach und verzichtete auf seinen Schritt bei dem Zaren.

Im Mai 1877 lag ein analoger Anlaß nach britischer Seite vor. Der Kaiser hatte anscheinend gegenüber dem französischen Botschafter Gontaud de Biron unvorsichtige Äußerungen über England getan. Bismarck veranlaßt Bülow, „in ehrerbietiger Form dem Kaiser vorstellen zu wollen, daß es ihm unmöglich wäre, die Verantwortung für eine Politik zu tragen, die nicht die seine wäre und auf deren Gang er keinen Einfluß auszuüben vermöchte. Wenn die auswärtige Politik so rein persönlich betrieben würde, so könnte er sich nicht mehr dabei beteiligen" (Nr. 208 Fußnote). Der Staatssekretär von Bülow macht daraufhin dem Kaiser eindringliche Vorstellungen „über die Notwendigkeit, Zeugen beizuziehen und in Briefen, Telegrammen und politischen Äußerungen dem verantwortlichen Ratgeber nicht vorzugreifen", was „sehr

lebhafte Verwahrungen" bei dem alten Kaiser hervorrief, aber nicht ohne Eindruck auf ihn blieb (Nr. 209). Derselbe Gontaud de Biron, der Beziehungen zu dem Kreise der Kaiserin Augusta hatte und in der Richtung einer „legal-klerikalen Wendung der Dinge" in Frankreich arbeitete, hatte im Juni 1877, ähnlich wie seinerzeit Benedetti, sich in Ems eingenistet und dort den Kaiser „ohne ministerielle Vermittlung" in Verkehr gezogen (Nr. 211). Bismarck wollte „als Bedingung seines Verbleibens im Amt" die Mitwirkung des Kaisers zur Abberufung des Herrn von Gontaud von Berlin erbitten, ließ sich aber von Fürst Hohenlohe in Paris im Blick auf den voraussichtlichen Regierungswechsel in Frankreich, der ohnehin die Rückberufung Gontauds nach sich ziehen würde, davon abbringen. Die Voraussage Hohenlohes traf ein (Nr. 212).

Zu dem ernstesten, nahezu tragischen Konflikt zwischen Bismarck und dem alten Kaiser führten die Verhandlungen über das deutsch-österreichische Bündnis. Bismarck befand sich damals in Gastein. Es bedurfte nicht weniger als sieben Immediatberichte Bismarcks, um den Widerstand des Kaisers zu brechen, der die Option für Österreich als eine „persönliche Perfidie" gegen Alexander II. empfand. Schon zu Anfang der Krise (am 7. September 1879) hatte Bismarck erklärt, „daß die Ablehnung der jetzt von dem Reichskanzler vorgeschlagenen Politik gleichbedeutend sei mit dem Verzicht auf die politischen Dienste des Fürsten Bismarck, welcher nach ernster Überlegung es mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbar finde, auf einer andern als der von ihm angegebenen Basis, die Verantwortung für die fernere Regelung unserer auswärtigen Beziehungen zu übernehmen" (Nr. 459). Einen ganzen Monat währte der Kampf um das Bündnis. Ergreifend sind die Äußerungen des Kaisers, die von dem Rat im kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow an den Staatssekretär (7. September, Nr. 460) berichtet werden: „Ich bin gewissenshalber außerstande," sagte der Kaiser, „auf den Vorschlag des Reichskanzlers einzugehen: Meine Lage ist eine überaus schwierige und peinliche; ich befinde mich in einem schauderhaften Dilemma; aber lieber will ich vom Schauplatz abtreten und die Regierung meinem Sohne übergeben, als daß ich wider meine bessere Überzeugung handle und eine Perfidie gegen Rußland begehe... Aber eine Allianz — nein, da gehe ich nicht mit." Nach einer Begegnung mit dem Zaren in Danzig, die den Kaiser in seinem Vertrauen auf den Friedenswillen Alexanders II. wieder bestärkt hatte, hoffte der Kaiser, Bismarck wieder von seinem Plan abzubringen, und schrieb ihm am 10. September: „Wenn dies, so Gott will, der Fall ist, so kann ich getrost in die Zukunft sehen, die sonst für mich sehr dunkel werden würde und die freundlicher werdenden Verhältnisse zu Rußland in Wahrheit fortsetzen sehen... Ich kann Ihnen nicht sagen, wie schmerzlich mir diese Episode gewesen ist, wo es schien, daß wir uns zum ersten Male seit 17 Jahren nicht verstanden. Ihrer Antwort sehe ich mit Ungeduld entgegen und bin überzeugt, daß ein Verständnis zwischen uns eintreten wird! Das walte Gott! Ihr treu ergebener Wilhelm" (Nr. 466).

Überzeugung stand gegen Überzeugung, Gewissen gegen Gewissen. Bismarck rief zuerst den Grafen Moltke, dann den Kronprinz, dann das Staatsministerium zu Hilfe. Moltke erklärte sein Einverständnis, der Kronprinz ebenfalls. In der Sitzung des Staatsministeriums vom 28. September erneuert Bismarck seine Erklärung, „von dem ihm zustehenden Rechte, sein Amt niederzulegen, Gebrauch machen zu müssen" (Nr. 487). Sämtliche Staatsminister erklären, mit ihm zurücktreten zu wollen. Nachrichten aus Wien, daß Petersburg dort wegen eines Bündnisses verhandle, lassen Bismarck die Erneuerung der Kaunitzschen Koalition (Rußland-Österreich-Frankreich) befürchten. „Seine Majestät", schreibt er an den Grafen Stolberg in Baden-Baden, „setzt uns ohne alle Not der Situation des Siebenjährigen Krieges aus. Der Kaiser gefährdet die Zukunft des Landes in einer Weise, die der beste Wille später nicht wieder gutmachen kann. Ich glaube nicht, daß von Argumenten noch eine Wirkung zu hoffen ist, vielleicht aber davon, daß Ew. Erlaucht Seiner Majestät dem Kaiser die bestimmte Alternative vorlegen, heute zuzustimmen oder mor-

gen keinen Minister zu haben" (3. Oktober 1879, Nr. 490). — Der Kaiser war in äußerster Bedrängnis. Am gleichen Tage schreibt er an den kranken Staatssekretär von Bülow: „Seit vier Wochen kämpfe ich gegen eine Stipulierung in Wien, die meinem Ehrgefühl und meiner Pflicht widerstrebt... Meine ganze moralische Kraft ist gebrochen! Ich weiß nicht, was aus mir werden soll! Denn der Kaiser Alexander muß mich für wortbrüchig halten, nachdem ich ihm schrieb und sagte, auf Diktat des Fürsten Bismarck — „de maintenir le leg centenaire de nos pères". Abends um 11 Uhr gab der Kaiser endlich seine Genehmigung (Nr. 493). Am 7. Oktober wurde das Bündnis unterzeichnet.

Bismarck beschwichtigte nachträglich noch die Gewissensbedenken seines kaiserlichen Herrn wegen der vermeintlichen Illoyalität gegen den Zaren. „Eine solche kann einmal da nicht vorliegen, wo Ew. Majestät nach dem Beispiel Ihres erhabenen Vorfahren den Frieden Ihres Volkes durch ein Defensivbündnis schützen; aber auch dem Kaiser von Rußland gegenüber liegt eine Illoyalität sicherlich nicht vor, wenn Ew. Majestät nach wie vor entschlossen sind, Allerhöchst Ihrerseits Frieden und Freundschaft mit Rußland ebenso wie mit Österreich fortzusetzen wie bisher, sich aber für den Fall, daß der Kaiser Alexander oder sein Nachfolger uns diesen Frieden nicht zu halten vermag, wenigstens die Freundschaft Österreichs sichern" (6. Oktober 1879, Nr. 500). Es war das letzte Mal, daß Bismarck sich durch sein Gewissen gedrängt sah, dem alten Kaiser seine Demission in Aussicht zu stellen.

Doch noch nicht lange hatte Kaiser Wilhelm I. seine Augen geschlossen, als Bismarck dem kranken Kaiser Friedrich III. aus Anlaß des von der Königin Viktoria und der Kaiserin Friedrich begünstigten Heiratsprojektes zwischen dem Prinzen Alexander von Battenberg und der Prinzessin Viktoria sich genötigt sah, die Kabinettsfrage zu stellen, falls sein Rat, die Einladung und Auszeichnung des Prinzen von Battenberg rückgängig zu machen bzw. zu unterlassen, nicht befolgt würde. In seinem Immediatschreiben vom 3. April 1888 schreibt Bismarck: „Es wäre ein großes Unglück für Deutschland nicht nur, sondern für alle friedliebenden Nationen in Europa, wenn lediglich durch einen Mißgriff in der diplomatischen Behandlung unserer Beziehungen zum Kaiser Alexander eine so verhängnisvolle Wendung, eine Zerstörung aller bisher erreichten diplomatischen Erfolge, herbeigeführt werden sollte." Das Schreiben schließt mit den Worten: „Ich kann aus diesen Gründen Ew. Majestät meine Überzeugung nicht verhehlen, daß ein politischer Akt, welcher eine Änderung der bisherigen bulgarischen Politik des Deutschen Reichs, einschließlich unserer Beziehungen zu der Person des früheren Fürsten von Bulgarien, involvierte, mich zu meinem tiefsten Schmerze in die Notwendigkeit versetzen würde, Ew. Majestät um huldreiche Enthebung von der Leitung der Auswärtigen Politik des Deutschen Reiches in Ehrfurcht zu bitten" (Nr. 1331).

Kaiser Friedrich lehnte mit dem Heiratsprojekt auch die Entlassung Bismarcks ab.

Nach welcher Richtung man auch die Akten durchforschen mag, überall beweist sich der Friedenswille Bismarcks als das Gesetz seines Handelns. Doch nicht allein die innere Logik und der äußere Erfolg seiner Politik, auch das Zeugnis der bedeutendsten Staatsmänner seiner Zeit steht ihm zur Seite.

Der Dank der Mächte.

Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß Bismarck 1878 den Abbruch der Verhandlungen zwischen England und Rußland zweimal nach San Stefano und dreimal auf dem Kongreß verhindert und allein den europäischen Frieden gerettet hat. Englische und russische Staatsmänner haben dies freimütig bekannt. Lord Salisbury nahm es „freudig und dankbar auf", „daß die Kaiserliche Regierung ihre Vermittlung gerade da hat eintreten lassen, wo die Gefahr am nächsten lag" (14. April 1878, Nr. 390). Gortschakow dankt für den „ihm geleisteten Freundschaftsdienst der Kaiserlichen Regierung" (10. April 1878, Nr. 383). Nach der glücklichen Beendigung des Berliner Kongresses erklärt der russische Botschafter Graf Peter Schuwalow dem Kaiser Alexander, „er verdanke es nur der Unterstützung der Kaiserlichen Regierung, wenn der Kongreß nicht unter Abbruch der Verhandlungen zum Kriege geführt habe. In drei Augenblicken seien die Verhandlungen lediglich dadurch wieder in

Fluß gekommen, daß es den deutschen Bevollmächtigten gelang, durch persönliches Eingreifen die von den Bevollmächtigten Englands und Österreichs gefaßten Beschlüsse in einem Rußland erwünschten Sinne umzugestalten. In warmen und von tiefem Danke durchdrungenen Worten betonte er namentlich die Unverzüglichkeit, mit der die deutsche Vertretung ihm jedesmal zur Seite stand, sobald er selbst es nicht mehr vermochte, den bestehenden Widerstand zu überwinden" (22. Juli 1878, Nr. 433). Je mehr Bismarck diesen Dank verdient hatte, um so schmerzlicher berührten ihn später die Verleumdungen der russischen Presse und der Undank der russischen Regierung. „Nachdem wir auf dem Berliner Kongreß unsern ganzen Einfluß in Europa, den persönlichen wie den politischen, zur Vertretung Rußlands gestellt hatten, nachdem wir jeden russischen Antrag im Kongreß vertreten und durchgeführt hatten, war der Erfolg der, daß in dem Jahre nach dem Kongreß die russische Presse mit Zulassung und Förderung der russischen Regierung zunächst den Grafen Peter Schuwalow, dann aber die deutsche Vermittlung anklagte für alle unerfüllt gebliebenen russischen Wünsche... Unabhängig von dieser vollständigen Einstellung der deutschen Politik in den Dienst Rußlands war die Stimmung in Rußland nach dem Kongreß gegen uns eine so feindliche, wie niemals zu einer Zeit der letzten hundert Jahre, und diese Stimmung kulminierte schließlich in dem eigenhändigen Schreiben des Kaisers Alexander an den unsrigen vom 15. August 1879, durch welchen wir direkt mit Bruch und Krieg bedroht wurden" (14. Dezember 1886, Nr. 1001). Bismarck hat sich die redlichste Mühe gegeben, durch die eigens für den Zaren Alexander III. berechnete und mit Giers redigierte „remémoration historique" vom 14. Dezember 1886 (Nr. 1004 Anlage, vgl. Nr. 1062), die schon historisch gewordene Lüge über seine Haltung auf dem Berliner Kongreß gegenüber Rußland aus der Welt zu schaffen. Der Zar ist durch die Darstellung überzeugt worden, und hat (wenn auch erst nach dem Tode Bismarcks) schließlich seiner besseren Einsicht Ausdruck gegeben. Giers, der dem Zaren die remémoration vorlegte, hatte sofort der Wahrheit die Ehre gegeben. „Was in diesem Schriftstücke steht, sind bittere Wahrheiten, aber Wahrheiten. On y reconnaît la griffe du lion... Gewiß ist Fürst Bismarck für uns ein loyaler Freund gewesen, sowohl unter der Regierung des verstorbenen Kaisers wie heute, und wir sind ihm Dank schuldig" (24. Dezember 1886, Nr. 1003).

Russischer Undank.

Oftmals sind die Bemühungen des Fürsten um den Frieden und um den Ausgleich der österreichischen-russischen Differenzen vom Zaren anerkannt worden. Die Entscheidung über Krieg und Frieden hing allein vom Zaren ab. „Einen andern Boden hat das Faß dort nicht." Vertrauen auf Deutschland hieß Friede, Mißtrauen Krieg. Der Zar aber vertraute auf die Friedensliebe des alten Kaisers und Bismarcks. „Der Kaiser ist wirklich unser einziger Alliierter und Freund[1]); von allen andern haben wir nur Feindschaft zu erwarten... ich weiß, Kaiser Wilhelm wird alles tun, den Frieden zu erhalten; ich rechne auf ihn und auf den Fürsten Bismarck; ich habe Vertrauen zu ihm, der Fürst will keinen Krieg" (8. Dezember 1886, Nr. 997).

Englischer Dank.

Ebenso freimütig haben englische Staatsmänner ihren Dank für die Verdienste Bismarcks um Englands ägyptische Politik ausgesprochen. So erklärt Lord Granville (14. Januar 1883, Nr. 785): „Wir sind dem Fürsten Bismarck ungemein dankbar, denn er hat uns durch die freundliche Haltung der deutschen Politik im Sommer einen großen Dienst geleistet. Daß wir mit Ägypten allein gelassen wurden, haben wir lediglich dem Wohlwollen Deutschlands zu verdanken. Wir wissen alle sehr wohl, daß Fürst Bismarck in einem gewissen Augenblick den Wagen hätte umwerfen können, wenn er es gewollt hätte, und daß er das nicht getan, erkennen wir mit großem Danke an." Ebenso äußert sich Chamberlain (9. Juli 1884, Nr. 748): „Fürst Bismarck hat uns so große Dienste geleistet, daß ich nur wünsche, er möchte davon überzeugt sein, daß wir keiner Macht so gern Gefälligkeiten erweisen, wie Deutschland. Ohne Deutschlands günstige Haltung wären wir in große Schwierigkeiten geraten, und ich bedauere es auf das tiefste, wenn

[1]) 1889 war es der Fürst von Montenegro.

durch unser Ungeschick eine momentane Verstimmung bei Ihnen hervorgerufen ist." Mit ebenso „lebhaftem Danke" erkannte Lord Salisbury an, „daß er in dem befreundeten Deutschland ein schützendes Bollwerk gegen eine französische Aggression erblicken dürfe" (6. Februar 1887, Nr. 886). Auch gegenüber dem Prinzen Wilhelm bezeugt der englische Premier bei dessen Besuch in London (8. Juli 1887, Nr. 817), daß der Fürst Bismarck „für ihn stets ein guter und zuverlässiger Freund gewesen sei".

Französischer Dank.

Selbst über französische Dankbarkeit für Deutschlands Verdienste um Frankreich wäre ein Kapitel zu schreiben, angefangen von den Friedensverhandlungen und der Räumung des französischen Territoriums bis in die Zeit Freycinets und Herbettes, in der die ersten Fäden zwischen Petersburg und Paris gesponnen wurden. Angesichts des zweiten Versailles überkommt den Leser der deutschen Akten zum Frankfurter Frieden (Kap. I—V) die schmerzliche Überzeugung, daß Courtoisie und Ritterlichkeit von Siegern gegenüber Besiegten romantische Vorstellungen eines untergegangenen Abendlandes sind. Die Anweisungen Bismarcks an den Generalfeldmarschall von Manteuffel haben wir schon oben wiedergegeben. Ihnen korrespondiert von französischer Seite „die herzliche und aufrichtige Dankbarkeit für die entgegenkommende und ehrenvolle Aufnahme", welche der französische Finanzminister (ein halbes Jahr nach dem Friedensschluß) in Berlin gefunden hat (26. Oktober 1871, Nr. 58). Am meisten aber verdient der Vergessenheit entrissen zu werden das Schreiben des Präsidenten der französischen Republik (Nr. 117), das in den Tagen der Räumung Frankreichs durch die deutschen Truppen an den Oberbefehlshaber der Okkupationsarmee General von Manteuffel in Verdun gerichtet wurde.

(In Übersetzung): „Den 4. September 1873

Mein Herr Oberbefehlshaber!

Im Augenblick, wo die deutschen Truppen sich anschicken, das französische Territorium zu verlassen, glaube ich Ihrem Oberbefehlshaber die Gefühle, die ich empfinde, für die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, die er in der schwierigen ihm anvertrauten Mission bewiesen hat, aussprechen zu müssen.

Ich bitte Sie, die Versicherung meiner hohen Achtung entgegenzunehmen.

Der Präsident der französischen Republik
Mal de Mac Mahon, Duc de Magenta."

Der Verehrung Ferrys für Bismarck haben wir schon gedacht. Nicht geringeren Dank als Ferry in seiner Außenpolitik schuldete Freycinet Bismarck für die Unterstützung, die die französische Politik in den Fragen der ägyptischen Finanzkonvention und der Suezkanalschiffahrt erfuhr (Nr. 698 und 705). „Der Ministerpräsident sprach seine volle Anerkennung aus, daß es vor allem der energischen Sprache Ew. Durchlaucht zu danken sei, wenn die englische Regierung auf die gemeinsamen Vorschläge der Mächte eingegangen sei".

Herbette.

Weit weniger aufrichtig waren die Dankesbeteuerungen Herbettes in Berlin. Im Oktober 1886 (Nr. 1231) entwickelte im Auftrage Freycinets der französische Botschafter gleich beim Antritt seines Berliner Postens gegenüber dem Staatssekretär Graf Bismarck mit Eifer den Gedanken einer politischen Kooperation Deutschlands und Frankreichs im Mittelmeer. „Die guten Dienste, die Deutschland in den letzten Jahren uns in bezug auf Tunis und unsere Kolonialpolitik geleistet hat, sind nur den Eingeweihten bekannt, im großen Publikum ist durch die schlechte, teils dumme, teils böswillige Presse der Glaube verbreitet worden, als hätte Fürst Bismarck, indem er uns auf den kolonialen Weg stieß, nur ‚le plan sinistre', uns Verwicklungen und Schädigungen zuzuziehen. Jetzt würde der Moment gekommen sein, um die öffentliche Meinung in Frankreich über die wahren Absichten der deutschen Politik, die uns ja in unseren Mittelmeerinteressen gewiß nicht kreuzen will, aufzuklären. Sie werden sehen, welche détente sich in unserer öffentlichen Meinung vollziehen würde und wie alle Verdächtigungen und Besorgnisse bei uns in dem Augenblicke verschwinden wür-

den, in dem Fürst Bismarck offen erklärt, daß er seine enorme Autorität für die Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer geltend machen wolle. Die Idee der Revanche ist überlebt (gesprochen ein halbes Jahr vor dem Schnäbele-Fall!) und die Art, in der Störenfriede wie z. B. dieser Taugenichts von Deroulède von der Ostgrenze sprechen, ist krankhaft und man wäre bei uns zufrieden, sich mit andern Dingen zu beschäftigen." Bei den Vorschlägen, die darauf Herr Herbette im Auftrage Freycinets entwickelte, kam nur allzubald der Pferdefuß zum Vorschein. Die Sprache, die der französische Botschafter über die britische Politik führte, bewies nur zu deutlich, daß es sich darum handelte, Deutschland und England zu verhetzen. Als nämlich Graf Herbert hinwarf, „er hätte immer geglaubt, daß die Gefühle der in den fünfziger und sechziger Jahren zwischen Frankreich und England etablierten entente cordiale noch vorherrschend wären", erwiderte Herbette „mit einer bezeichnenden Handbewegung": „dies ist ein großer Irrtum; die Engländer machen uns seit Jahren auf allen Punkten des Erdballs die größten Schwierigkeiten, überall haben wir Reibungen mit ihnen und konterkarrieren sie uns; die Erbitterung gegen England ist bei uns auf das höchste gestiegen, und für jeden französischen Minister würde es die dankbarste Aufgabe sein, eine prononziert antienglische Politik zu verfolgen" (Nr. 1231). Als Bismarck für eine Kooperation gegen England nicht zu haben war, kühlte sich die französische Begeisterung für eine deutsch-französische Entente sehr schnell wieder ab.

Leider hatte aus wohlweislichen Gründen die französische Regierung die Gepflogenheit, den Ausdruck ihrer Dankbarkeit immer nur der diplomatischen Korrespondenz und mündlichen Aussprachen anzuvertrauen, der französischen Öffentlichkeit aber vorzuenthalten. Die Revanche war so wenig „überlebt", daß ihre Lebenskraft vielmehr von Jahr zu Jahr zunahm. Wie groß auch zeitweise die Erbitterung Frankreichs gegen die Rücksichtslosigkeiten der englischen Expansionspolitik war, sie reichte doch niemals heran an die Bitterkeit der Empfindungen, die die blaue Linie der Vogesen in den Herzen aller Franzosen erweckte. Niemals sind Frankreich selbst politische Lebensfragen wichtig genug erschienen, um darüber die Revanche zu vergessen. Gegen elementare Gewalten, wie den gallischen Rachegeist, den panslawistischen Deutschenhaß und den britischen Expansionsdrang, war und blieb der deutsche Friedenswille ohnmächtig: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt."

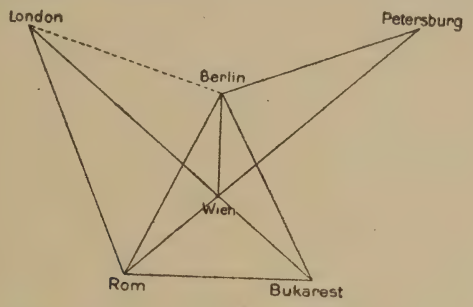
Das Bündnissystem Bismarcks.

Das Werkzeug der Bismarckschen Friedenspolitik war sein Bündnissystem.

Die Bündnispolitik Bismarcks verfolgte einen vierfachen Zweck: 1. seine Schöpfung, das Deutsche Reich, gegen jeden Angriff zu sichern; 2. Frankreich zu isolieren; 3. Rußland bündnisunfähig gegenüber Frankreich zu machen; 4. den Frieden Europas zu erhalten. Die vier Motive bedingten sich gegenseitig. Einen Krieg, der Bismarcks Schöpfung hätte vernichten können, begehrte nur Frankreich. Ohne russisch-französisches Bündnis war der Sieg über Deutschland undenkbar. Nur durch Frankreich und Rußland, und nur durch ihren gemeinsamen Angriff auf Deutschland und Österreich war der europäische Friede gefährdet. Auch die Bemühungen Bismarcks, an den Meerengen und im Schwarzen Meer einen Rivalitätskampf zwischen England und Rußland zu verhindern und auf dem Balkan die Differenzen zwischen Rußland und Österreich auszugleichen, waren von der Sorge diktiert, daß Balkan- und Orientkrisen einen europäischen Krieg entzünden könnten.

Die Aufgabe, die sich Bismarck durch sein Bündnissystem stellte, war durch seinen Friedenswillen gegeben. Er wollte Europa gegen einen allgemeinen Brand sichern und das bestehende Staatensystem vor dem Einsturz bewahren. Solange das Vertrauen Bismarcks zu Alexander II. nicht erschüttert war, erschien das Drei-Kaiser-Bündnis von 1873 als eine ausreichende Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens.

Am 7. Oktober 1879 aber legte Bismarck durch das deutsch-österreichische Bündnis einen neuen Grund für seinen Friedensbau. Nun begann der Aufbau des Bündnissystems, das, mit Ausnahme Frankreichs, den ganzen Kontinent unter ein Dach brachte. Als Firstbalken richtete Bismarck das deutsch-österreichische Bündnis auf. Dann stützte er den First durch ein fünffaches Gespärre von Dreibünden, die das Haus nach allen Richtungen wetterfest machen sollten: das Drei-Kaiser-Bündnis von 1881 (84), den Dreibund von 1882 (87), das Deutsch-Österreichisch-Rumänische Bündnis von 1883, die Entente à trois zwischen Österreich, Italien und England von 1887, den Rückversicherungsvertrag von 1887 (als Ersatz des Drei-Kaiser-Bündnisses) und das Italienisch-Österreichisch-Rumänische Bündnis von 1888. Nur eine Seite des europäischen Hauses blieb offen, der Westen. Doch auch diese Seite versuchte Bismarck durch sein Angebot eines deutsch-englischen Bündnisses von 1889 gegen jede Gefahr zu sichern. Schematisch dargestellt ergibt das Bündnissystem Bismarcks das folgende Bild:



Es wäre möglich gewesen, alle Bündnisse in eins zusammenzufassen. Bismarck dagegen hielt es für zweckmäßiger, jedes Bündnis in sich selbst zu verankern und alle so anzuordnen, daß jedes am andern sein Widerlager hatte, alle zusammen aber das deutsch-österreichische Bündnis stützten. So war Berlin mit Wien nicht nur einmal, sondern viermal in gesonderten Verträgen verbündet, Wien mit Rom dreimal. Auch wenn bei neuen Abschlüssen die Erweiterung bestehender Bündnisse in Frage kam, zog Bismarck es vor, über die Dreizahl nicht hinauszugehen und lieber neue Bündnisse den alten anzuschließen.

Schottensystem.

Wozu dies merkwürdige Schottensystem, durch das jedes Bündnis gegen das andere wasserdicht abgeschlossen war? Wäre ein Gesamtbündnis nicht viel zweckdienlicher gewesen? Zunächst ließe sich, wie beim Schiffsbau, einwenden, daß wenn ein Bündnis einen Leck bekam (wie z. B. das deutsch-russische 1890) und sich mit Wasser füllte, die übrigen Bündnisse noch eine Zeitlang dicht bleiben konnten, ohne daß das ganze System mit einem Schlage Havarie erlitt. Entscheidend aber war der folgende Gesichtspunkt. Der zugrunde liegende Zweck der Bündnisse war, jeder Kriegsgefahr vorzubeugen. Deutschland selbst besaß keinerlei Streitobjekte mit seinen Bundesgenossen und ein Krieg mit irgendeinem seiner Nachbarn hätte ihm keinerlei begehrenswerten Kampfpreis geboten, auch mit Frankreich nicht. Anders bei seinen Bundesgenossen. Zwischen ihnen gab es Streitobjekte und Kampfziele die Fülle. Rußland begehrte die slawischen Länder von Österreich, Italien von der Doppelmonarchie Triest und den Trentino; Frankreich wollte Italien wie von Tunis so auch von Tripolis und Marokko ausschließen, Österreich mißgönnte Italien Albanien. Umgekehrt begehrte Italien Tunis, Korsika, Nizza und eventuell auch Savoyen von Frankreich, Rumänien hoffte, sei es mit russischer Hilfe Siebenbürgen und die Bukowina von Österreich, sei es mit Hilfe der Mittelmächte Beßarabien von Rußland zu gewinnen. England rang mit Frankreich um den Besitz Ägyptens, des Sudans und des Kongo; und in Rußland glaubte alle Welt „daß wir eines Tages die Säbel mit England werden kreuzen müssen“ (Nr. 992) — um was nicht alles? Um den Besitz von ganz Ostasien und ganz Vorderasien! Frankreich aber, war jederzeit bereit, Europa in Flammen zu setzen, um die verlorenen deutschen Provinzen zurückzugewinnen. Kriegsgefahr und Kriegsdrohung ringsum. Deutschland allein sah sein Lebensinteresse

in der Erhaltung des europäischen Friedens. Darum schied es die Mächte voneinander durch die eisernen Zwischenwände seiner Verträge. Ein Tierbändiger, der Löwen, Tiger, Bären, Panther und Hyänen dressiert, hatte keine schwierigere und gefährlichere Aufgabe als ein Friedensstifter von Europa. Denn wer bürgte dafür, daß sich die Bestien zum Dank dafür, daß er sie gegeneinander schützte, schließlich alle zugleich gegen ihn wenden würden. Sämtliche europäischen Mächte begehrten jede etwas von der anderen; keine dieser Mächte — Frankreich ausgenommen — begehrte etwas von Deutschland. Deutschland seinerseits begehrte von keiner der Mächte etwas, Frankreich eingeschlossen. Nicht einmal geschenkt hätte es etwas haben wollen — einen „unfruchtbaren Felsen" in der Nordsee ausgenommen. Infolge dieser Sachlage, die von allen Staatsmännern Europas anerkannt wurde, war Deutschland der geborene Friedensvermittler zwischen allen Mächten. Wie oft hat Bismarck wiederholt, daß weder ein deutsch-französischer, noch ein deutsch-russischer, noch ein deutsch-englischer Krieg für Deutschland irgend etwas Verlockendes haben könnte, selbst wenn er siegreich wäre, schon aus dem einen Grunde, weil kein Kampfpreis für solche Siege auszudenken wäre.

Die Verträge.

Alle Bündnisverträge, die Bismarck abgeschlossen hat, vom ersten bis zum letzten, standen unter dem Zeichen des Friedens. Es ist bemerkenswert, daß diese Verträge, mit Ausnahme des deutsch-österreichischen, nicht von Deutschland, sondern von den verbündeten Staaten angeregt worden sind. Bismarck „machte" nicht Politik. Mit gespannter Aufmerksamkeit auf jedes Angebot der Stunde, fing er die Bälle auf, die ihm das Schicksal zuwarf, und gab sie in der Richtung, die ihm diente, weiter. Immerhin waren die Anregungen, die er für seine Bündnispolitik von außen empfing, nicht Sache des Zufalls. Seit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses übte die deutsche Friedenspolitik eine wachsende Anziehungskraft zuerst auf Rußland, dann auch auf Italien und Rumänien und nicht zuletzt auch auf England aus.

Das drei Kaiser-Abkommen 1873.

Das einzige kontinentale Bündnis, das dem deutsch-österreichischen von 1879 vorausging, die Militärkonvention mit dem nachfolgenden Drei-Kaiser-Abkommen von 1873, war streng genommen nicht eine Allianz, sondern nur eine Entente zwischen den drei Monarchen von Rußland, Deutschland und Österreich. Bismarck selbst erkannte der deutsch-russischen Militärkonvention vom 6. Mai 1873 (Nr. 127) keine politische Gültigkeit zu. Sie war nur von den beiden Monarchen und den beiden Feldmarschällen Graf Moltke und Graf Berg unterschrieben, aber weder von ihm selbst noch von Gortschakow gegengezeichnet (Nr. 127) (B : Sie gilt aber nicht, wenn Österreich nicht beitritt [Nr. 126].) Gleichwohl hat das Drei-Kaiser-Abkommen (6. Juni bzw. 22. Oktober 1873, Nr. 129) in seiner rein persönlichen Form dem ersten Jahrzehnt nach dem siebziger Kriege sein Gepräge gegeben.

Das deutsch-österreichische Bündnis 1879.

Die Verlegung des Schwerpunktes von der deutsch-russischen auf die deutsch-österreichische Bündnisachse brachte den Gewinn mit sich, daß nicht mehr nur eine Monarchenfreundschaft, sondern eine Völkergemeinschaft die Bürgschaft für den europäischen Frieden übernahm. Ein festeres Bündnis als das deutsch-österreichische hat es nie gegeben, denn es war, unabhängig von jedem Regierungswechsel, in einem gemeinsamen nationalen Seelengrunde verankert. Es war in der Tat eine Erneuerung des alten deutschen Bundesstaats, nur mit einer Verschiebung des Kraftzentrums von einem Brennpunkt der Ellipse in den andern, von Wien nach Berlin.

Die innere Wahrheit und das Recht der Option für Österreich bewährte sich darin, daß das alte Drei-Kaiser-Bündnis, weit entfernt unterhöhlt zu werden, nun erst eine tragfähige Grundlage gewann und zu einem richtigen Staatsvertrag ausgebaut werden konnte. Die Vorwürfe, die später dem Rückversicherungsvertrag von 1887 gemacht worden sind, als schlösse er eine „Perfidie" gegen Österreich ein, sind in umgekehrtem Sinn schon bei Abschluß des 79er Bündnisses von Kaiser Wilhelm I. Rußand gegenüber empfunden worden. In der Tat war das österreichische Bündnis ein erster „Rückversicherungsvertrag". Es gelten daher auch die Einwände, die Bismarck gegen den Vorwurf der „Perfidie" im Jahre 1879 erhob, vice versa für den Rückversicherungsvertrag von 1887. „Selbst wenn die erste Petersburger Verabredung

der Feldmarschälle in unveränderter Geltung bestände, was rechtlich nicht der Fall ist, so wäre diese preußisch-russische Verabredung mit der anliegenden deutsch-österreichischen vollkommen verträglich. Ew. Majestät würden damit zwischen Österreich und Rußland in eine ähnliche Stellung gebracht sein, wie sie der Kaiser Nikolaus zur Zeit von Olmütz zwischen Preußen und Österreich einnahm, indem er sich gegen denjenigen seiner beiden hohen Bundesgenossen erklärte, welcher den anderen angreifen würde. Ew. Majestät würden dann in der Lage sein, Rußland gegen einen österreichischen, Österreich gegen einen russischen Angriff zu verteidigen" (Nr. 482). Das österreichische und alle späteren Bündnisse mit Rußland, Italien und Rumänien, wie auch die Entente à trois, sollten nach der Absicht Bismarcks eine Prämie auf jede friedenerhaltende und eine Konventionalstrafe auf jede friedenstörende Politik setzen.

Dieser Grundtendenz entsprechend bekämpfte Bismarck bei allen Vertragsverhandlungen die regelmäßig auf seiten seiner Partner auftretenden Wünsche, die aus der „Versicherungsgesellschaft" eine „Erwerbsgenossenschaft" machen wollten. Wie „der alte deutsche Bund", so sollte das deutsch-österreichische Bündnis „eine Art von gegenseitiger Assekuranzgesellschaft für den Frieden" sein.

Den besonders von österreichischen Militärs, aber auch von Kaiser Franz Joseph mehrfach erneuten Versuchen, das Bündnis auf die österreichischen Balkaninteressen auszudehnen oder gar Deutschland in die Meerengenkonflikte zwischen den Mittelmeermächten und Rußland hineinzuziehen, hat Bismarck mit äußerster Beharrlichkeit widerstanden. Die Schwierigkeiten beim Abschluß des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1881 wie bei seiner Erneuerung im Jahre 1884 liefen sowohl von russischer als auch von österreichischer Seite darauf hinaus, daß weder Rußland noch Österreich sich entschließen konnte, wie es Bismarck immer wieder gewünscht hatte, auf dem Balkan eine „Demarkationslinie" zwischen ihren Interessensphären zu ziehen. Bismarck seinerseits stellte trotzdem seine Politik auf die Demarkationslinie ein und behandelte den Ostbalkan als russische, den Westbalkan als österreichische Domäne. Der Hauptzweck des Vertrages blieb ihm, die beiden Balkanrivalen an die Kette zu legen. Den Vertragsgewinn für Deutschland sah er ausschließlich in der russischen Neutralität für den Fall eines französischen Angriffs. Weder von Rußland noch von Österreich hat Bismarck je eine Garantie für die Integrität des Deutschen Reiches verlangt. Keine der europäischen Mächte, auch England nicht, ist jemals willig gewesen, sich für den status quo des Frankfurter Friedens zu verbürgen. Alle hatten ein Interesse daran, die Glut der Revanche unter der Decke weiterbrennen zu lassen, weil ihnen der dauernde Druck, den die französische Kriegsgefahr auf die junge deutsche Großmacht ausübte, willkommen war.

Der Dreibund 1887.

Bei den ersten Verhandlungen über den Dreibund machte Bismarck aus seinem Mißtrauen gegen Italien kein Hehl. Er hielt die italienische Regierung von Haus aus für unzuverlässig: „Ein Versprechen dieser Regierung gibt dem andern Teile keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse hat, dasselbe zu halten; auch in Form eines Vertrages gekleidet, würde dasselbe keine Sicherheit der Erfüllung gewähren; es wäre für die Erhaltung des Weltfriedens absolut wertlos" (Nr. 535). „Nach der ganzen dortigen Situation, den häufigen Ministerwechseln usw., liegt die Befürchtung nahe, daß ein solcher Vertrag kein zweiseitiger, sondern nur ein einseitiger sein würde. Es erschiene sehr fraglich, ob Italien unter allen vielleicht kommenden Ministerien im gegebenen Falle seine Vertragspflicht zu erfüllen geneigt oder auch nur imstande sein würde" (Nr. 539). Sodann aber fürchtete er, daß der „kindliche Egoismus der Italiener" (später nannte man es „sacro egoismo") von einem Bündnis hauptsächlich eine Förderung seiner Mittelmeer- und Balkanaspirationen erwarten würde. „Die italienischen Interessen im Mittelmeere reichen, wie sich in Tunis und Ägypten gezeigt, sehr weit, und die revolutionäre mazzinistische Partei, welche drängend hinter jedem liberalen Ministerium steht, hat nicht vergessen, auf welchen Küsten und Inseln einst die Flaggen Venedigs, Genuas und Savoyens geweht haben" (Nr. 535).

Der Dreibund 1882.

Bei der Erneuerung des Dreibundes 1887 kamen ihm dieselben Bedenken. „Der italienische Ehrgeiz wird bei der Aufteilung im Orient den Löffel in der Schüssel haben wollen" (Nr. 840, B[m]). Auch dem Grafen Kálnoky fiel es auf, „daß sich der italienische Entwurf hauptsächlich in der Idee, eine Kompensation zu erhalten, zuspitzte und hierauf mehr Wert zu legen scheine, als auf den eigentlichen Zweck desselben, die Erhaltung des Friedens" (Nr. 845). Für Deutschland ging Bismarcks Bedürfnis „kaum weiter als wohlwollende Neutralität", selbst einem französischen Angriff gegenüber. Trotzdem ist er Italien weiter entgegengekommen als irgendeinem andern Partner.

Drei Gründe waren für Bismarck ausschlaggebend, das unzuverlässige Italien aufs neue an die Mittelmächte zu binden: 1. die Sicherung der italienischen Monarchie gegenüber der Propaganda der westlichen Demokratien (Nr. 541); 2. die Rückendeckung Österreichs im Falle eines russischen Angriffs (Nr. 847); und 3. die Erwägung, daß schon die Tatsache des Vertrages geeignet sei, „Frankreich von Infraktionen abzuhalten und hierdurch den Frieden zu bewahren" (Nr. 839).

Das rumänische Bündnis.

Ähnliche Bedenken wie gegenüber Italien hatte Bismarck gegen ein rumänisches Bündnis. Zunächst gab er Kálnoky recht, der „die Verläßlichkeit", eine „Eigenschaft, die leider den Rumänen sehr abgeht", anzweifelte (Nr. 584). Sodann hatte er aus seinen Unterredungen mit Bratianu in Gastein (September 1883, Nr. 585) „den Eindruck, daß dieser unter eventuellen politischen Abmachungen sich eher ein Schutz- und Trutzbündnis mit Gewinnanteil dächte, als eine rein defensive Friedensassekuranz." „Jedenfalls wird man in der Fassung eines etwaigen Abkommens die Vorsicht anwenden müssen, die defensive Erhaltung des Friedens als Bündniszweck auf das stärkste zu akzentuieren und die gegenseitige Zusage der kontrahierenden Mächte aufzunehmen, daß sie sich jeder Provokation, welche den Frieden stören könnte, gegen jede andere Macht enthalten werden, und sich nicht zur Erreichung von Vorteilen, sondern behufs Erhaltung des Friedens verbinden" (Nr. 586).

Das Drei-Kaiserbündnis 1884.

Die Verhandlungen über die Erneuerung des Drei-Kaiser Bündnisses von 1884 erfuhren eine gefährliche Störung durch die Intrigen des russischen Botschafters Saburow, der, im Gegensatz zu Herrn von Giers, den Zaren drängte, in den neuen Vertragstext Vereinbarungen über eine eventuelle Aufteilung der Türkei aufzunehmen, und durch Erfüllung weitgehender russischer Aspirationen den maßvollen Giers bei Alexander III. auszustechen versuchte. „Das Einverständnis zwischen den drei Kaiserhöfen", so argumentierte er, „würde in Rußland sehr populär und der Friede gesichert werden, wenn die russische Nation von einem Abkommen zwischen denselben hören würde, welches alle russischen Lieblingsträume zu realisieren verspräche" (Nr. 603). Für solche „halsbrecherischen Pläne" war weder Kálnoky noch Bismarck noch auch Herr von Giers zu haben, dem es denn auch gelang, sich gegen Saburow und Schuwalow beim Zaren durchzusetzen. „Wenn wir fänden," schreibt Bismarck nach Wien (Nr. 609), „daß Rußland mit dem Plan umgeht, den Zusammenbruch der Türkei als Bündniszweck hinzustellen, so bleibt uns immer noch übrig, unsere Mitwirkung dazu zu versagen, nötigenfalls auch unannehmbaren Plänen hindernd in den Weg zu treten."

Der Rückversicherungsvertrag 1887.

Für die Beurteilung des Rückversicherungsvertrages von 1887 und seine Nichterneuerung im Jahre 1890 ist von Bedeutung, daß Bismarck schon bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses sorgfältig darauf achtete, daß die Bestimmungen der verschiedenen Verträge nicht widersprechende Verpflichtungen enthielten. Ausdrücklich beauftragte er den Prinzen Reuß, mündlich bei einem Besuch in Friedrichsruh, und dann auch schriftlich im Dezember 1883, Graf Kálnoky eine zwiefache Bitte vorzulegen:

1. zu prüfen, ob nicht aus dem Text der verschiedenen Verträge, welche wir gemeinsam mit Rußland, Italien und Rumänien abgeschlossen haben, es sich ergeben könnte, daß Verpflichtungen aus dem einen mit denen aus dem anderen in Widerspruch geraten könnten, und

2. ihn zu fragen, ob und was wir dem Petersburger Kabinett mit Zustimmung Italiens über den italienischen Vertrag etwa mitteilen könnten" (Nr. 614).

Als 1890 Caprivi, Schweinitz und die Räte des Auswärtigen Amtes den widerstrebenden Kaiser zur Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages überredeten, operierten sie hauptsächlich mit dem Argument, daß der Rückversicherungsvertrag mit dem Dreibundvertrag und insbesondere mit dem rumänischen Vertrag kollidiere und daß man von der „komplizierten" Politik Bismarcks zu einer „einfachen" zurückkehren müsse. Die von Bismarck selbst veranlaßte Prüfung der Verträge beweist, daß er auf die rechtliche Unanfechtbarkeit seiner Verträge mehr bedacht war als seine Nachfolger auf die Würdigung seiner Intentionen. Die Prüfung der Verträge durch Kálnoky ergab, daß die Vertragstexte und insbesondere auch der rumänische „keine Kollision" befürchten ließen (Nr. 614).

Schon bei seinem ersten Bekanntwerden im Jahre 1896 wurde der Rückversicherungsvertrag von 1887 als ein Meisterstück machiavellistischer Diplomatie an den Pranger gestellt. Dies Urteil war sehr voreilig. Zunächst wußte man damals noch nichts von den Drei-Kaiser-Bündnissen von 1881 und 84 und ahnte darum auch noch nichts davon, daß es sich bei dem Vertrag von 1887 keineswegs um eine neue Erfindung Bismarcks, sondern nur um die zweiseitige Verlängerung des bisherigen dreiseitigen Bündnisses handelte. Die Abhängigkeit der Zarenpolitik von der panslawistischen Partei machte die Erneuerung des Vertrags mit Österreich unmöglich. Der Zar fürchtete ernstlich für seine Popularität, wenn es an den Tag käme, daß er mit dem verhaßten Österreich alliiert sei. „Bestimmt fürchtet er, daß, wenn er jetzt einen Vertrag mit Österreich unterzeichnet, es ihn vor dem russischen Volk und vor der Geschichte zu stark ins Unrecht setzen würde, wenn das irgendeinmal an die Öffentlichkeit käme. Bei Deutschland ist das anders, aber in bezug auf Österreich weiß ich nicht, ob ich den Zaren zu irgendeinem Vertrage bringen könnte." Herr von Giers, der diese Erklärung abgab, hätte am liebsten das Drei-Kaiser-Bündnis erneuert, sah aber bei der Unmöglichkeit, den Zaren dafür zu gewinnen, in der zweiseitigen Verlängerung des Bündnisses mit Deutschland so wenig eine Spitze gegen Österreich, daß er vorschlug, in den Vertrag zwischen Deutschland und Rußland „eine Art von Garantie nicht nur für den Besitzstand Österreichs, sondern auch für seine Machtsphäre" aufzunehmen, so daß Österreich „wenigstens indirekt an der deutsch-russischen Entente partizipiere" (Nr. 1073). Wie großes Vertrauen man damals in Rußland zu Bismarcks Friedenspolitik hatte, geht aus folgendem hervor: Im ersten Artikel des neuen Vertragsentwurfs, der die Neutralität Rußlands im Falle eines deutsch-französischen Krieges stipulierte, wollte Giers auf die Klausel verzichten, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen wolle, da dem Zaren die Erklärung Bismarcks von 1884, daß Deutschland auch im Fall einer monarchischen Restauration nicht an einen Angriff denke, völlig genügt hätte. Die besonderen Wünsche Rußlands in bezug auf Bulgarien und die Meerengen wurden in einem „sehr geheimen Zusatzprotokoll" formuliert. Im § 1 sicherte Deutschland seinen Beistand für die Wiederherstellung einer geordneten und legalen Regierung in Bulgarien zu und versprach, in keinem Falle seine Zustimmung zu einer Wiedereinsetzung des Prinzen von Battenberg zu geben. Der § 2 enthielt das äußerste von dem, was Bismarck in bezug auf die Meerengen Rußland glaubte zugestehen zu können. Er lautete (in Übersetzung): „Im Falle, dass Seine Majestät der Kaiser von Rußland sich in die Notwendigkeit versetzt sähe, selbst die Aufgabe zu übernehmen, den Eingang des Schwarzen Meeres zur Sicherung der Interessen Rußlands zu verteidigen, verpflichtet sich Deutschland dazu, seine wohlwollende Neutralität und seine moralische und diplomatische Unterstützung zu gewähren für die Maßnahmen, die Seine Majestät zu ergreifen für notwendig erachten würde, um den Schlüssel seines Reiches zu wahren." Dieser Meerengen-Paragraph ist für ein Spezimen machiavellistischer Kunst ausgegeben worden, weil er den Meerengeninteressen des Abkommens der Entente à trois, das doch Bismarck selbst patronisiert hatte, ins Gesicht geschlagen habe. Aber der Wortlaut des Paragraphen spricht nur von dem Eingang des Schwarzen

Meeres, also dem Bosporus, den gegen einen Einbruch Englands und der mit ihm verbündeten Mittelmeermächte zu verteidigen Rußland ebenso auf Grund der Verträge berechtigt war, wie England den Durchbruch Rußlands ins Mittelmeer zu verhindern gewillt war. Eine Begünstigung Rußlands gegenüber der Entente à trois kam nur darin zum Ausdruck, daß Bismarck dem russischen Vorgehen im Ernstfalle moralische und diplomatische Unterstützung zugesichert hatte, während die nur moralische Unterstützung, die Deutschland den Interessen der Mittelmeermächte lieh, es zu keiner diplomatischen Unterstützung im Fall eines Dardanellenkonfliktes verpflichtet hätte. Eine bedingungslose Preisgabe beider Meerengen an Rußland war durch das Zusatzprotokoll keineswegs zugestanden. Bismarck stellte sich einfach auf den Boden des Berliner Vertrages, dessen Meerengenartikel er mit den übrigen Mächten im russischen und nicht im englischen Sinne interpretierte. Er würde daher weder in einer Besetzung des Bosporus durch Rußland noch in einer Besetzung der Dardanellen durch England, die sich gegenseitig neutralisiert hätten, eine wesentliche Verschiebung der beiderseitigen Positionen an den Meerengen erblickt haben. Was er wünschte, war der Doppelverschluß. Mochte die Tür von beiden Seiten so fest wie möglich verrammelt werden, um so besser. Ihm war es nur darum zu tun, durch ein unübersteigliches Hindernis die beiden Rivalen auseinanderzuhalten und durch die eisernen Riegel seiner Verträge einen europäischen Krieg zu verhindern. Wer kann da Bismarck machiavellistischer Künste bezichtigen? Ist es unerlaubt, zwei Freunde, die sich prügeln wollen, davon abzuhalten? Ist es unmoralisch, Vorkehrungen dagegen zu treffen, indem man die Zwischentür, die sie trennt, von beiden Seiten verriegelt? Etwas anderes war von Bismarck nicht beabsichtigt. Er hat das Abkommen à trois gegen den Rückversicherungsvertrag und den Rückversicherungsvertrag gegen das Abkommen à trois ausgespielt. Beide Verträge zusammengenommen leisteten ihm den Dienst einer Wach- und Schließgesellschaft für Bosporus und Dardanellen, so daß er selbst nicht den Nachtwächter zu spielen brauchte.

Die Hoffnung Bismarcks, daß der Zar doch noch zum Drei-Kaiser-Bündnis zurückkehren würde, erfüllte sich nicht. Der deutsch-österreichische Vertrag wurde (mit Ausnahme des Artikel III, der die Zeitdauer betraf) von Bismarck dem Grafen Schuwalow mitgeteilt (13. Juni 1887, Nr. 1107). Am 18. Juni 1887 wurde der Vertrag mit Rußland ohne Österreich abgeschlossen.

Wie wenig Bismarck bei Abschluß des Rückversicherungsvertrages Österreich zu schaden dachte, geht aber zuletzt noch daraus hervor, daß er nicht nur den deutsch-russischen Vertrag als dem österreichischen Interesse günstig ansah, sondern auch sein Bekanntwerden in Wien durch russische Indiskretion geradezu wünschte. „Ich glaube," schreibt er an Prinz Reuß (20. Juli 1887, Nr. 1098), „daß wir unsere Politik so fortführen müssen, als ob unser bisheriges Vertragsverhältnis zu Rußland noch bestände. Zu diesem Behufe werden wir die verhältnismäßig bessere Stellung Deutschlands zu Rußland ausbeuten und uns die Aufgabe stellen müssen, die Beziehungen zwischen den drei Kaisermächten ebenso zu pflegen, als ob der Vertrag erneuert worden wäre." In einem Diktat vom 28. Juli 1887 schreibt er weiter (Nr. 1099): „Ich teile nicht die Ansicht, daß der Kaiser von Österreich mißtrauisch gegen uns werden würde, wenn er den Abschluß unseres geheimen Vertrages mit Rußland erführe; im Gegenteile glaube ich, daß der Kaiser von Österreich einen solchen Abschluß wünscht." Und ebenso heißt es in dem Konzept eines Immediatschreibens an Kaiser Wilhelm I. vom gleichen Tage (Nr. 1100): „Es ist möglich, daß der Kaiser von Österreich eine geheime Abmachung zwischen uns und Rußland vermutet; keinenfalls glaube ich, daß sie dem Kaiser Franz Joseph unerwünscht sein oder ihn bedenklich machen würde. Ich glaube im Gegenteil, daß der Kaiser von Österreich zu Euerer pp. das Vertrauen haben wird, daß wir die Einwirkung, welche uns der russische Vertrag auf die russische Politik ermöglicht, nur im Sinne des Friedens und niemals zum Schaden Österreichs verwenden werden." Bismarck hat denn auch angenommen, daß die Tatsache des Vertrages in Wien nicht unbekannt geblieben ist.

Der Rückversicherungsvertrag war der letzte der Verträge, die Bismarck abgeschlossen hat. Mit seiner Nichterneuerung, die dramatisch genug mit seinem Sturz zusammenfiel, begann der Auflösungsprozeß des Bismarckschen Bündnissystems. Nachdem alle Stützen der übrigen Verträge morsch geworden waren, blieb im Weltkriege davon nichts als der Firstbalken des deutsch-österreichischen Bündnisses stehen. Es war umsonst, daß er bis nach Sofia und Konstantinopel verlängert wurde; er brach zuletzt da ab, wo er über das alte Haus hinaus hing.

Im Rückversicherungsvertrag sah Bismarck mit Recht „einen Ersatz für den abgelaufenen Drei-Kaiser-Vertrag; der Form nach keinen vollständigen, in der Tat aber einen mindestens ebenso wirksamen" (Nr. 1100). Nach seinem Abschluß spricht er sich noch einmal über den Gewinn des Vertrages aus: „Wir stehen für die nächsten drei Jahre, auf welche unser russischer Vertrag abgeschlossen ist, in dem Verhältnis, daß wir Österreich beistehen, falls es von Rußland angegriffen wird; daß wir aber neutral bleiben, wenn Rußland von Österreich angegriffen würde. In dieser Stellung liegt eine starke Nötigung für die beiden andern Kaisermächte, untereinander Frieden zu halten."... „Der Haupteffekt aber unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Einen Angriff Frankreichs auf Deutschland... halte ich nach wie vor für die nächstliegende Wahrscheinlichkeit einer Friedensstörung in Europa" (Nr. 1100).

Gleichwohl erschien Bismarck das in einem Jahrzehnt aufgebaute Bündnissystem immer noch nicht ausreichend, um den Angriffswillen Frankreichs endgültig zu paralysieren. Im letzten Jahre vor seinem Sturz versuchte er, durch ein Bündnis mit England sein Werk zu krönen (siehe den Erlaß an Graf Hatzfeldt vom 11. Januar 1889 im Juniheft der Süddeutschen Monatshefte, S. 169 ff.).

Deutsch-englische Bündnisfühler 1876—89.

Die Bündnisfühler zwischen Deutschland und England begleiten den Aufbau der Kontinentalbündnisse durch mehr als ein Jahrzehnt. Man kann in den Akten nicht weniger als neun mehr oder weniger ernsthafte Annäherungsversuche zählen, die eine Allianz zwischen Deutschland und England anbahnen wollten.

1. Wenn wir absehen von der nicht genügend beglaubigten Sondierung, die nach Freiherrn von Eckardstein („Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten") im Dezember 1875 bei Gelegenheit der Sendung Lothar Buchers nach England stattgefunden haben soll, so werden wir in den Anfang des Jahres 1876 geführt, als Bismarck in einer Unterredung mit Lord Odo Russell Gedanken aussprach, die in England als Bündnisfühler aufgefaßt wurden. Damals äußerte Lord Derby: „Er halte das Zusammengehen Englands mit Deutschland für die allein richtige Politik; es seien die beiden einzigen Staaten, bei denen er wirklich divergierende Interessen nicht entdecken könne" (Nr. 709, Fußnote). Es blieb aber bei unverbindlichen Redensarten. Lord Beaconsfield hat später ausdrücklich zugegeben, daß die damals von Bismarck erstrebte nähere Verständigung nur an England gescheitert sei. „Dieser Vorschlag (eines Bündnisses) wurde vom englischen Staatssekretär nicht nur zurückgewiesen, sondern wurde von ihm seinen Kollegen nur mitgeteilt mit dem Hinzufügen, daß er ihn für völlig unmöglich halte."

2. Ein zweiter Fühler Bismarcks fällt in die Zeit kurz vor dem Abschlusse des deutsch-österreichischen Bündnisses. Am 14. September 1879 wies Bismarck den Grafen Münster an, „von Lord Beaconsfield zu ermitteln, welches die Politik Englands sein würde, wenn wir fortfahren, uns den russischen Zumutungen zu versagen und darüber mit Rußland in Zerwürfnis geraten sollten" (Nr. 709). Lord Beaconsfield war in seinen Worten sehr entgegenkommend und Graf Münster sprach sogar die Überzeugung aus, daß der englische Premier „die Absicht gehabt habe, die allerbefriedigendste Antwort und Erklärung zu geben" (Nr. 714). Lord Beaconsfield äußerte, „er sehe, er könne es nicht leugnen, mit einer gewissen Befriedigung, daß Rußland, verblendet und von ganz unsinnigem Slawophilismus befangen, den alten Alliierten von sich stoße, und die Drei-Kaiser-Allianz, die doch wesentlich für Rußland nützlich gewesen sei, aufzugeben

scheine. England müsse und wolle Alliierte haben, um mit eingreifen zu können in die Geschicke Europas... Die natürlichsten Alliierten für England seien Deutschland und Österreich. Er würde mit Freuden auf eine Allianz mit Deutschland eingehen. Die Kernfrage dabei sei Frankreich und die Möglichkeit einer russisch-französischen Allianz. Aber gerade in diesem Punkte könne er mir die allerfestesten Versicherungen geben. Frankreich werde Deutschland niemals angreifen, sowie es sehe, daß England diesen Angriff als casus belli betrachten würde und daß Deutschland, welches Frankreich gegenüber alles habe, was es zur Sicherung seiner Grenzen bedürfe, niemals aggressiv gegen Frankreich vorgehen werde, sei eigentlich selbstverständlich." Er fügte noch hinzu, „daß die Königin für England nur einen Feind kenne und das sei Rußland, und daß sie nichts sehnlicher wünsche, als völlige Verständigung mit Deutschland. Der Prinz von Wales habe zwar gewisse Sympathien für Frankreich, — wenn auch ‚mehr noch für Französinnen' — diese Sympathien seien aber nicht so tief gewurzelt als seine Abneigung, man könne es fast Haß nennen, gegen Rußland... In der Masse des Volkes sei eine Allianz mit Deutschland die populärste" (Nr. 712). Die Erwartungen Bismarcks waren durch die Antwort Beaconsfields nicht in vollem Maße erfüllt worden. Er entnahm aus ihr, daß Deutschland auf Englands aktiven und bewaffneten Beistand gegen Rußland nicht würde rechnen können. „Will sich England, wie es Lord Beaconsfield gesagt hat, darauf beschränken, bei einem eventuellen Kriege zwischen Rußland und uns Frankreich zu überwachen, so ist dies an sich allerdings eine sehr dankenswerte Hilfe, aber doch nicht groß genug, um uns die Aussicht auf einen russischen Krieg erträglich zu machen" (Nr. 713). Bismarck ließ daher den Bündnisgedanken fallen und suchte trotz der Option für Österreich das alte Verhältnis zu Rußland wiederherzustellen, was ihm auch mit dem Abschluß des Drei-Kaiser-Bündnisses gelang.

3. Eine neue Möglichkeit einer Anknüpfung mit England ergab sich aus den Verhandlungen über den Dreibundvertrag, April 1882. Das italienische Kabinett des Grafen Robilant war sehr besorgt, daß Italien durch den Abschluß des Vertrages der Gefahr eines Krieges mit England ausgesetzt werden könnte und schlug daher auf Anregung Mancinis die Unterzeichnung eines geheimen Protokolls zwischen den Dreibundmächten vor, „wodurch dieselben England die Tür offen ließen, entweder allen Punkten der Allianz zu Dreien oder doch dem der gegenseitigen Neutralität beizutreten". Bismarck fand den Vorschlag unbedenklich; Kálnoky aber lehnte ihn ab, da man bei der damaligen Komposition des englischen Kabinetts Indiskretionen zu befürchten habe und einige Kabinettsmitglieder (Dilke, Chamberlain) nichts Eiligeres zu tun haben würden, als ihren Freunden in Frankreich von dem Vertrage Kenntnis zu geben (Nr. 561).

4. Im September 1882 gab der Kronprinz Friedrich Wilhelm eine Anregung seines Schwagers, des Prinzen von Wales, an Bismarck weiter. „Nach der Auffassung des Prinzen hege man zurzeit in den politischen Kreisen Englands, ohne Unterschied der Parteistellung, den lebhaften Wunsch, ein engeres und vertrauteres Verhältnis zu Deutschland zu finden." Er habe den Eindruck empfangen, „daß man in England den Wert eines Bündnisses mit Deutschland und Österreich hoch genug schätzt, um demselben im Sinn gemeinsamen Zusammenstehens gegen jede Gefahr, welche dem Frieden droht, eine weitgehende Ausdehnung zu geben" (Nr. 726). (Die Gefahr eines englisch-französischen Krieges war durch das Bombardement von Alexandrien, 11./12. Juli 1882, und die Okkupation Ägyptens nahegerückt. Der Zweck des Angebots war, bei Deutschland und Österreich Deckung zu suchen.) Bismarck behandelte diese Anregung, da sie nicht vom Kabinett, sondern nur vom Prinzen von Wales ausging, als nicht genügend ernsthaft, um darauf einzugehen, und betonte in der Antwort an den Kronprinzen nur seine englandfreundliche Haltung in der ägyptischen Frage.

5. Zwei Jahre später, im September 1884, brachten gelegentlich einer Mission

des Grafen Herbert Bismarck nach London nicht nur Chamberlain, damals Handelsminister im Kabinett Gladstone, und Charles Dilke, Parlamentsunterstaatssekretär im Foreign Office, ihre Sympathien für ein Zusammengehen mit Deutschland zu lebhaftem Ausdruck, der Prinz von Wales verstieg sich sogar zu der Äußerung, daß er eine wirkliche und dauernde Allianz mit Deutschland erstrebe, die allein Englands Heil fördern könne" (Nr. 753). In einer Besprechung mit Graf Herbert Bismarck äußerte Sir Charles Dilke: „Sie wissen aus wiederholten vertraulichen Unterredungen mit mir, daß meine ganze Politik immer auf enge Anlehnung an Deutschland hinausgegangen ist, und es ist unverantwortlich, daß unsere auswärtige Leitung eine Verstimmung mit Ihnen hat aufkommen lassen können." Im Lauf des Gesprächs sprach sich Dilke in sehr bemerkenswerter Weise über die ägyptische Frage und den drohenden Konflikt mit Frankreich wegen der ägyptischen Finanzen aus. Er vertrat die Ansicht, daß England sich den französischen Forderungen widersetzen müsse, „selbst wenn wir darüber den Krieg an Frankreich erklären sollten". Auf die Entgegnung des Grafen Bismarck: „Sie werden sich doch um einer einfachen Geldfrage willen nicht in einen großen Krieg stürzen wollen?" erwiderte Dilke: „Ich kann nur sagen, daß wir mit Frankreich zum Kriege kommen, wenn man uns durch die Tribunale zwingen will, Ägypten bankerott werden zu lassen oder ihm eine Blanco-Anweisung auf den englischen Staatsschatz zu geben: wir befinden uns in einem Falle unabänderlicher Notwendigkeit, und das entschuldigt uns, wenn wir die Verträge nicht halten." Herbert Bismarck entgegnete: „Dies sei doch ein sehr gefährliches Räsonnement; einen englisch-französischen Krieg könne niemand wünschen, Deutschland am allerwenigsten, aber Verträge zu verletzen, sobald sie einem lästig erschienen, wäre doch verhängnisvoll und würde England um alles Vertrauen bringen." „Theoretisch haben Sie vollkommen recht," erwiderte Dilke, „aber wir können schon unseres Parlaments wegen nicht anders handeln, so sehr wir auch diese peinliche Notlage bedauern... Außerdem kommen solche Vertragsbrüche doch öfter vor" (Nr. 755).

6. Obwohl bisher weder durch ein liberales noch durch ein konservatives Kabinett ernsthafte Bündnisangebote an Deutschland gemacht worden waren, überraschte Lord Randolph Churchill, der das Kabinett Salisbury im Unterhaus vertrat, im Dezember 1885 den Grafen Hatzfeldt durch die erstaunliche Behauptung, daß Deutschland leider ein Bündnis mit England ausgeschlagen habe: „Sein Wunsch wäre", so erklärte er, „eine Allianz mit Deutschland" und er bedauert lebhaft, daß sie nicht zustande gekommen ist. Er sprach mir von der Korrespondenz zwischen dem Herrn Reichskanzler mit Salisbury als „von ihm und zu diesem Zweck inspiriert". „Wir beide könnten die Welt beherrschen. Aber Ihr habt nicht gewollt"[1]) (Nr. 788). In dem Brief Salisburys an Bismarck vom 2. Juli 1885 (Nr. 782) ist auch zwischen den Zeilen nichts von einem englischen Bündnisfühler zu entdecken und ebensowenig eine Abweisung Bismarcks in seiner Antwort vom 8. Juli 1885 (Nr. 783). Salisbury, der nach dem Sturz des Kabinetts Gladstone am 8. Juni die Regierung übernommen hatte, schien nur das Bedürfnis zu haben, den Reichskanzler zu begrüßen, wobei er die Erinnerung an Besuche in Berlin in den Jahren 1876 und 1878 auffrischte. Er spricht in seinem Brief den Wunsch aus, „das gute Einvernehmen zwischen den beiden Ländern wiederherzustellen, dem wir die höchste Bedeutung beimessen, das aber in den letzten Zeiten etwas umwölkt war". Sodann berührte er kurz Rußland und verriet dabei, daß England für die nächste Zeit das größte Interesse am Frieden habe, da „die indische Eisenbahn nach Kandahar nicht vor zwei Jahren fertig sein würde". Das war alles. Auf den Bericht Hatzfeldts brachte Bismarck in seinem Erlaß vom 9. Dezember 1885 (Nr. 789) sein Erstaunen über die Behauptungen Churchills zum Ausdruck: „Die Äußerung Lord Randolph Churchills bezüglich einer Allianz mit

[1]) Übersetzt. Die Schriftl.

Deutschland verstehe ich nicht: Es ist mir nie ein Angebot gemacht, das ich hätte ablehnen können"... Es sei in seinem Briefe an Salisbury nicht im entferntesten von einer Ablehnung die Rede gewesen. „Die Äußerung Churchills ‚wir beide könnten die Welt beherrschen' kann ich nicht akzeptieren: wir sind zu Zweit dazu nicht stark genug, sondern brauchen eine dritte Macht, als solche war Österreich naturgemäß gegeben: die englische Politik hat das aber nicht verstanden oder nicht verstehen wollen und sich in frivoler Weise Österreich entfremdet. Die Schlußworte Churchills ‚aber Ihr habt nicht gewollt' sind einfach eine Erfindung, da uns die Allianzfrage nie gestellt ist." Des weiteren spricht sich Bismarck sehr abfällig über die englische Kurzsichtigkeit aus, „die in der Sorte Politik liegt", andere veranlassen zu wollen, daß sie „englische Politik auf eigene Kosten machen und Bundesgenossen verbrauchen zu wollen, ohne sie zu unterstützen" (Nr. 789).

7. Als im folgenden Jahr, Juni 1886, Hatzfeldt gesprächsweise die Frage berührte, „ob England, wenn es im Laufe der Zeit selbst in Differenzen mit einer großen Macht, Frankreich oder Rußland, verwickelt würde, nicht eine Allianz schmerzlich vermissen würde", erwiderte Lord Salisbury: „Es ist immerhin sehr möglich, daß Sie dann finden werden, daß es Ihr eigenes Interesse ist, uns zu unterstützen und daß Sie uns in diesem Falle unterstützen werden." Hatzfeldt fügt hinzu: „Es ist das wieder dieselbe Berechnung, der ich schon mehrfach hier begegnet bin, wonach bald Österreich, bald Deutschland dazu berufen sind, im gegebenen Falle für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Überzeugung glaube ich auch heute wieder aussprechen zu dürfen... daß England unter dieser Regierung sich bei einem etwaigen ernsthaften Konflikt, in welchen wir mit einer anderen Macht geraten, sehr kühl überlegen würde, ob es nicht seinen Vorteil dabei findet, uns unserm Schicksal zu überlassen" (Nr. 794).

8. Im August 1888 berührt Bismarck in einer vertraulichen Information, die er Hatzfeldt zugehen läßt (Nr. 942), das Interesse Englands an einem guten Verhältnis zu Deutschland, um „gegen französische Überfälle" gesichert zu sein. „Wäre England ein sicherer Bundesgenosse und gleichzeitig so stark, wie seine Kräfte es ihm erlauben zu sein..., dann könnte auch mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Seite der Mächte, welche den Frieden wollen: Deutschland, Österreich, Italien und England, stark genug wäre, um jeden Versuch der kriegslustigen Mächte, Rußland und Frankreich, aussichtslos zu machen... Wenn England nicht bloß friedliebend, sondern auch stark wäre, so würde es ihm an Freunden in Europa nicht fehlen; solange es aber bloß friedliebend ist, und darauf rechnet, fremde Kräfte auszunutzen, die eigenen aber finanziell zu schonen, wird es auf Bundesgenossen nur nach deren Konvenienz rechnen können." Diese Bemerkungen sollten nicht mit einem Auftrag verbunden sein. Immerhin gab Bismarck Hatzfeldt anheim, „englischen Staatsmännern gegenüber, bei denen Sie ein Verständnis hierfür zu finden glauben, und mit denen Sie befreundet genug sind, um in einen derartigen Gedankenaustausch einzutreten, sich gelegentlich in vorstehendem Sinne vertraulich zu äußern" (Nr. 942).

9. Erst im Anfang des nächsten Jahres verdichteten sich die Erwägungen Bismarcks zu dem Entschluß, seinerseits England ein (womöglich öffentliches, vom Parlament genehmigtes) Bündnis mit Deutschland anzutragen — ein Bündnisangebot, das merkwürdigerweise bis zur Veröffentlichung der deutschen Dokumente völlig unbekannt geblieben war. Schon im Juniheft (S. 169) haben wir den Text des Erlasses an Hatzfeldt vom 11. Januar 1889 wiedergegeben, der den deutschen Botschafter in London unter eingehender Motivierung der Bismarckschen Intentionen beauftragt, mit Lord Salisbury das Bündnisangebot zu besprechen. Ebenso haben wir im Juniheft schon über den Mißerfolg dieser Anregung berichtet, die zwar freundlich aufgenommen, aber von Salisbury auf die lange Bank geschoben wurde: "Meanwhile we leave it on the table, without saying yes or no: that is unfortunately all I can do at present" (Nr. 945).

Trotzdem seit Mitte der siebziger Jahre bald von englischer bald von deutscher Seite Erwägungen und Anregungen zu einer englisch-deutschen Allianz den Aufbau des kontinentalen Bündnissystems begleitet haben, schließen alle diese Plänkeleien beim ersten ernsthaften Bündnisangebot Bismarcks an Salisbury mit einem Fehlschlag ab. Man muß den Verlauf und den endlichen Mißerfolg dieser Bündnisfühler im Auge behalten, man muß zugleich die Lehren beherzigen, die aus dem weiteren Schicksal der Entente à trois in den neunziger Jahren abzulesen sind, und man wird die Chancen der Bündnisangebote Chamberlains aus den Jahren 1898 und 1901 schwerlich mit dem Optimismus des Freiherrn von Eckardstein beurteilen können.

Ergebnis.

Der Verlauf der englischen Balkan- und Meerengenpolitik und die Ergebnislosigkeit der englisch-deutschen Bündnisfühler haben uns erkennen lassen, daß Deutschland und Österreich keinerlei Sicherheit hatten, im Fall eines russisch-französischen Angriffs, England auf ihrer Seite zu haben. Die englische Politik hat nur das Interesse, den Zustand dauernder Labilität des europäischen Gleichgewichts zu erhalten. Sie ist niemals durch direkte Festlandinteressen und ebensowenig durch den Wunsch geleitet worden, den Frieden des Kontinents zu erhalten. Ihre diplomatischen Schachzüge und ihre Optionen für die eine oder andere Mächtegruppe sind ausschließlich bestimmt durch die Berechnung der Rückwirkungen kontinentaler Konflikte auf die Erleichterung oder Erschwerung der britischen Weltexpansion. Jede Rechnung, die sich auf scheinbare Sympathien Englands, auf Versprechungen seiner Diplomaten oder auf die Dauer von ministeriellen Ententen gründet, ruht auf unsicheren Voraussetzungen. Eventualpolitik, Politik der freien Hand bis zum letzten Augenblick, war und blieb die Methode der englischen Diplomatie — eine Methode, die allein es ermöglichte, das Parlament von der Großen Politik fernzuhalten und unter dem Scheine der Demokratie aristokratische oder autokratische Weltpolitik zu treiben. Für den letzten Augenblick aber wurden Schlagworte bereitgehalten, deren Suggestionskraft auf die öffentliche Meinung sorgfältig berechnet und um so größerer Wirkung sicher war, je mehr es gelang, der reinen Interessenpolitik sittliche und religiöse Motive anzudichten. Die Geschichte der deutsch-englischen Bündnisfühler und der Entente à trois beweist, daß England in der Politik eine instinktive Aversion gegen eheliche Verbindungen hegt, die irgend etwas wie Treue voraussetzen. Es zieht wechselnde Liaisons vor, die zu nichts verpflichten und jederzeit gelöst werden können. Diese Liaisons nehmen gern, unter Vorspiegelung eines Eheversprechens, die Form von Scheinbindungen an, die dem andern Teil wenigstens eine „approbation morale“ zu entlocken suchen, damit er im Ernstfall die Alimentationskosten eines Krieges übernimmt. Der Schlüssel für die englische Festlandpolitik ist überall der gleiche: Kontinentale Konflikte und Ententen als Mittel zum Zweck britischer Weltexpansion.

In der ganzen Bismarckepoche starrte die französische Politik wie hypnotisiert auf das Loch in den Vogesen, die russische in gleicher Geistesverfassung auf das Schlüsselloch der Dardanellen. Unterdes bestrich der Scheinwerfer britischer Expansion unablässig die ganze Peripherie, der Welt, begrenzt allein durch die Monroelehre der amerikanischen Kontinente. Sub specie aeternitatis britannicae und unter dem Gesichtspunkt der englischen Weltbeglückung haben die historischen Traditionen und nationalen Lebensideale des unbeträchtlichen Europa keinerlei Bedeutung zu beanspruchen. Kontinentalkriegen vorzubeugen oder auch nur sie zu lokalisieren, gehörte niemals zu den Gepflogenheiten englischer Politik. Die Überzeugung Bismarcks, die er immer wieder aussprach, daß jeder Krieg, zwischen wem auch immer, ein „großes Übel“ sei, eine „Kalamität“ (wie er zu sagen pflegte), die mit allen Mitteln zu verhindern Aufgabe der Staatskunst sei, fand niemals eine Resonanz in den Äußerungen englischer, geschweige denn französischer oder russischer Staatsmänner. Natürlich lag es zu Zeiten auch im britischen Interesse, den status quo, sei es auf dem Kontinent, sei es im Orient oder sonst irgendwo zu erhalten; niemals jedoch war der europäische Friede ein grundsätzliches Postulat englischer

Staatskunst, und noch weniger der Weltfriede; denn wer die Welt erobern will, kann nicht wohl wünschen, daß ihr status quo erhalten bleibe.

Man könnte versucht sein, diesen Gegensatz der Grundanschauungen darauf zurückzuführen, daß die britische Politik von vornherein einen Welthorizont hatte, während die Politik Bismarcks über den kontinentalen Horizont nicht hinaussah. Dagegen ist einzuwenden, daß das große deutsche Kolonialreich von dem „Kontinentalpolitiker" Bismarck und nicht von den „Weltpolitikern", die ihm folgten, geschaffen worden ist. Auch der deutsche Welthandel ist nicht durch Welt- und Flottenpolitik, sondern durch die Gründung des Deutschen Reiches ermöglicht worden. Richtiger ist zu sagen, daß die Bismarcksche Politik rein national war, während die britische Politik imperialistisch ist. Die Naturbasis der britischen Politik ist durch das Element des Wasserkontinents bedingt, dessen hydropolitische Gesetze a priori zu den geopolitischen Gesetzen jeder Kontinentalpolitik in antipodischem Gegensatze stehen. Da der politische Mensch der „natürliche Mensch" ist und nicht der geistige, so folgt er Naturgesetzen und nicht Geistesgesetzen.

Aus den Dokumenten der Wilhelminischen Ära, die die Bismarckzeit ablöste, wird es sich erweisen müssen, ob in der Tat die Nachfolger Bismarcks in der Lage waren, den Übergang von „Kontinentalpolitik" zu „Weltpolitik" zu vollziehen, oder ob es sich dabei mehr um große Worte als um weltbewegende Taten handelte. In einem Sinne aber wird man zugeben müssen, daß der diplomatische Horizont Bismarcks auf den Kontinent begrenzt blieb. Bismarck hat England wesentlich nur als eine der sechs europäischen Großmächte gewertet und niemals mit der Möglichkeit gerechnet, daß das „Größere Britannien" die gesamte Macht seines Weltimperiums in einem kontinentalen Konflikt in die Wagschale werfen könnte, um einen lästigen Rivalen durch eine Weltkoalition zu vernichten. Hätte Bismarck dies geahnt, er würde wahrscheinlich den Zwang empfunden haben, zwischen der größten Landmacht, Rußland, und der größten Seemacht, England, zu optieren, statt sich zwischen beiden neutral zu halten. Allerdings wäre diese Option das Ende von Bismarcks Friedenspolitik gewesen. Er hätte sich entschließen müssen, das Schwert Deutschlands entweder in die englische oder in die russische Wagschale zu werfen, um mit dem Sieger die Beute zu teilen. Was ihn daran hinderte, war sein Friedenswille. Den Friedenswillen zwang ihm die innerste Überzeugung seines ganzen Menschen auf, die ihn zum Feinde jedes Imperialismus machte. Wie ihn die Ehrfurcht vor der Geschichte und der Eigenart der deutschen Stämme auf die Form des deutschen Bundesstaates führte, so sah er für die Einigung Europas keine andere Formel als die seines Bündnissystems. Imperialismus war der Krieg, Föderalismus war der Friede. Nationale Souveränität, übernationale Solidarität waren die beiden Pole Bismarckscher Denkungsart. Wer behauptet, daß Bismarck die Vorherrschaft Deutschlands über Europa erstrebt habe, wer imstande ist, wie es Poincaré tat, Bismarck und Napoleon in einem Atemzuge zu nennen, ist bedauernswert unwissend oder er setzt sich mit der Wahrheit in bewußten Widerspruch.

Die Bismarcksche Friedenspolitik ist gescheitert. Ob nur durch das Ungeschick seiner Nachfolger oder durch die Übergewalt von Koalitionen, die den Krieg um der Beute willen wollten, werden die Dokumente der deutschen Aktensammlung aus der Zeit vom Sturze Bismarcks bis zum Ausbruch des Weltkrieges zeigen müssen. Eins aber bleibt: das große Beispiel, das der Friedenswille Bismarcks der Welt gegeben hat.

Das tragische Ende deutscher Friedenspolitik hebt die Beweiskraft dieses Beispieles nicht auf, es vertieft und verstärkt sie nur. Auch heute noch ist das Friedenswerk Bismarcks von vorbildlicher Bedeutung, beschämend für die Friedensstörer, erhebend für die Friedensfreunde und belehrend für die Schwärmer, die Utopie und Staatskunst, Phantasie und Wirklichkeit verwechseln.

Auch die tragische Lösung eines Schicksalsproblems ist eine positive Lösung. Und nicht allein dies. Sie ist in dieser Welt der harten Selbstsucht die positivste, weil die einzig im Sinne des Geistes wirksame. Tragisch endete auch Bismarcks staatsmännisches Geschick. Hic et ubique wird er dennoch in der Zukunft Deutschlands leben.

Bücherrundschau.

Von Dr. Josef Hofmiller.

Briefe über Bücher.

Als ich abends heimkam, lag auf dem Tisch die kleine Sendung mit dem Inselschiff auf dem Umschlag. Mit der weihnachtlichen Spannung, die ein wohlverschnürter Bücherpack erweckt, löse ich aus den Hüllen von Papier und Pappe drei reizende Leinenbände. Aber — o weh! der erste ist nichts für mich: Dostojewskis Schuld und Sühne in russischer Sprache. Was wird der zweite enthalten? Balzacs Contes drôlatiques im französischen Urtext? Der Einfall läßt sich hören. Und der dritte? Um die Spannung zu erhöhen, schlage ich irgendeine Seite auf: mittelhochdeutsch! ... das ist ja das Nibelungenlied! ... wahrhaftig, der Nibelunge Not und die Kudrun! Welch gescheiter Einfall! Macht da dieser Inselverlag eine neue Bücherei, die bedeutendsten Werke der Weltliteratur in der Ursprache, Libri Librorum genannt: nicht nur handlich und inhaltsreich wie die Bibliotheca Mundi, nicht nur taschlich und leicht wie die Pandora, die zwei andern mehrsprachigen Sammlungen, die er herausgibt, sondern dies alles zugleich: der ganze Raskolnikow in einem dünnen Bande federleichten Papiers, kaum 250 Gramm! All die ausgelassenen Schwänke mit ihren köstlichen Pro- und Epilogen! Und die ganzen Nibelungen, die ganze Kudrun zusammen in einem einzigen Bande, so schmal, leicht und knapp, wie der Faust der Großherzog Wilhelm-Ernst-Ausgabe. Wie der Faust das ideale Rucksackbuch, der gegebene Tornisterband — —

Tornisterband! Welche Erinnerung klingt nur an? Ich muß es einmal aufgeschrieben haben ... Halt, da steht es: „1815 besorgt August Zeune die Feld- und Zeltausgabe des Nibelungenlieds, da viele Jünglinge das Lied, als ein Palladium in den bevorstehenden Feldzug mitzunehmen wünschten." Als Palladium! Genau wie 1914, wo ein paar Wochen nach Kriegsausbruch kein Faust mehr in einer Taschenausgabe aufzutreiben war. Nibelunge und Faust, Tat und Gedanke, das deutsche Janushaupt. Gibt es etwas, das deutscher wäre? Aber dieser kleine dunkle Band vor mir sagt: Ja, es gibt etwas noch Deutscheres: Nibelunge und Kudrun ... Heldentun und Heldengeduld. Geduld heldischer noch als Tun. Geduld, die unüberwindliche Gewalt, die am Ende immer siegende. Nennt nicht auch der tiefblickende Verfasser der Contes drôlatiques Deutschland einmal la patiente Allemagne? Ist es nicht viel mehr als ein kluger Verleger-Einfall, gerade jetzt diesen Band zu bringen? Ist er nicht einer jener Geistergrüße, die in Schicksalsstunden aufsteigen aus den Tiefen der Vergangenheit? Sie sind in der Tat symbolisch, diese drei Bände, als hätten sich die Herausgeber eigens gefragt: Was denn ist nun russisch? Kompromißlos, antiwestlich russisch? Und hätten sich geantwortet: der Roman der russischen Seele. Dostojewskis Schuld und Sühne. Und abermals: Was ist französisch? Was ist das Französische? Nichts Pseudoklassisches, nichts aus zweiter Hand, nichts Importiertes, Nachgeahmtes, nein, l'esprit gaulois, le génie gaulois, das große, ausgelassene Lachen! Rabelais? Zu ungeheuerlich formlos. Molière? Nicht repräsentierend genug; vor allem bei weitem nicht genug Kaliber; außerdem was von Molière? Trotz seiner spanischen Verkleidung ist Beaumarchais' Figaro in allem und jedem französischer, gallischer. Der eigentliche Schwerpunkt dieser Literatur jedoch ruht in der Erzählung. Also Roman oder Novelle! Aber was? Die Madame Bovary? Aber ihr Pessimismus ist ungallisch. Sie läßt alle Eigenschaften vermissen, die wir gemeinhin französisch nennen — Leichtigkeit, Anmut, Übermut, Keckheit, vor allem Lachen, das dröhnende, fröhliche Lachen. Wer hat überhaupt noch so gelacht in Frankreich nach Rabelais? Ein einziger: Balzac! Balzac in den Contes drôlatiques ...

Was aber läßt sich gleichwertig und gleichgewichtig aus deutscher Literatur neben den russischen Roman legen und neben diesen französischen Boccaccio? Faust, jawohl. Faust geht immer. Aber den haben wir schon. Außerdem, es sollte volkstümlich sein, gewissermaßen überpersönlich; der zweite Teil ist nun einmal nicht volkstümlich und wird es nie, eben weil er persönlich ist bis zur Geheimniskrämerei, bis zur Schrulle. Hermann und Dorothea? Zu kurz. Der Tell? Ebenfalls zu kurz. Aber was dann? Was ist denn deutsch? Ach, deutsch ist erstaunlich viel. Märchen und Sagen von Grimm sind deutsch. Deutsch ist das Wunderhorn. Der Arme Heinrich ist so rührend deutsch, wie Ackermann und Tod. Und erschütternd deutsch

sind die drei großen Zeugen deutscher Verwilderung: der Simplicissimus, der Gotfried von Berlichingen, der Meier Helmbrecht. Und wie deutsch ist dieser Hauff: Das kalte Herz! Und Kleistens Michel Kohlhaas, der Schlemihl von Chamisso, der Taugenichts von Eichendorff, Jean Pauls Schulmeisterlein Wuz, Mörikes Hutzelmännlein, Fouqués Undine ...

Wird uns nicht sonderbar wohl und warm im Herzen, wenn wir diese Namen herschreiben? Übermannt uns nicht das Gefühl eines stärkenden Stolzes? Wenn sie uns alles nehmen, das können sie uns nicht nehmen! Und wenn sie alle Reichtümer Indiens auf die eine Seite legen, und alle Macht der Welt, und ihren schäbigen Sieg dazu, — welches Glück und welcher Stolz, dem Volk anzugehören, das dies alles hervorgebracht hat, diesem armen, diesem zertretenen, geschmähten, wunderlichen Volke!

Deutsch ist alles das. Und, sonderbar, das alles ist nicht Literatur, sondern Dichtung. Mit Literatur hat es wohl die Form gemein; aber es will etwas andres, ist etwas andres. Alles hart am Märchen; am Mythus; am Volkslied. Selbst das Klassische in seiner höchsten Erscheinung nahe dem unliterarisch Einfachen: Hermann und Dorothea; der Tell. Jeder Arbeiter erfaßt sie; jede Feiertagsschülerin kann sie verstehen. Im rein Literarischen, jener eleganten Gebrauchsliteratur bis ins Geistigste hinein, die heute jeder kleine Feuilletonist auf Bestellung liefert, empfindsam, nachdenklich, anmutig, schwermütig — in diesem Literarischen haben wir manchmal keinen leichten Stand; das können die anderen besser. Aber da, wo die deutsche Literatur ganz groß wird und ganz deutsch zugleich, wächst sie über das Literarische hinaus in ein unmeßbar Dichterisches. Da ist der russische Roman: was hält sich neben dieser bis zur Furchtbarkeit tiefen, bis zum Fanatismus und zur Naturentfremdung bohrenden Seelenanalyse? Aber wir, sind wir überhaupt analytisch? Ist unser höchster Wille nicht eine höchste Synthese, Kontrapunkt des Daseins, Fuge und Choral der Welt? Auch im Dichterischen streben wir nach dem Musikalischen, schweben gelassen über Antinomien und hören den feierlichen Einklang des millionenspältigen Alls.

Nicht, daß wir nicht genug Novellen zu werfen hätten in die andre Wagschale, wenn wir wollten. Eine dieser Novellen hieße etwa Werther. Eine andre gar bloß „Novelle". Stifter, Keller, auch Storm, wollen sie nicht alle drei etwas ganz andres, als Balzac? Fangen sie nicht da erst an, wo Balzac schon am Ende ist? Nicht, daß ich Balzacs Riesenklaue nicht sähe. Aber er bleibt doch stecken im Literarischen seiner Zeit, seiner Stadt, der Cloaca maxima, des glühenden Hochofens, während jene über ihren sonnigen und schwermütigen Landschaften und Schicksalen kreisen wie weissagende Vögel. Ein einziges Mal hat Balzac die unliterarische, souveräne Heiterkeit, da, wo er breit und fest auf alter Erde steht, breit und fest sein dröhnendes Gallierlachen lacht, — aber merkwürdig genug, und abermals fast symbolisch, nicht im verschliffenen, buntscheckigen, papiernen Französisch seines Jahrhunderts, nicht in der stilreineren, aber auch ärmeren, dünnklingenden Sprache des heiteren achtzehnten, noch der strengen und kühlen des grand siècle, sondern in jenem übermütigen, überschäumenden, strotzenden Französisch des sechzehnten: in den Contes drôlatiques ...

Dostojewskis Raskolnikow ist der gelesenste russische Roman, der lebendigste. Ob Balzacs altertümelnde Sprache in Frankreich noch viele Leser zählt, darf füglich bezweifelt werden. Und die Nibelunge? Gestorben sind sie uns nie ganz. Lange hat man im Wormser Dom noch des Hürnen Seyfried Lanze gezeigt, und 1495 noch, berichtet ein Chronist, habe Kaiser Maximilian seinen Grabhügel öffnen lassen. Ob dies wahr oder ein Märchen, wer weiß es? Sicher war er leer, dieser Grabhügel; so wenig man Kaiser Karl je im Untersberg fände, oder den alten Barbarossa im Kyffhäuser, oder Tannhäuser im Hörselberg, und leben doch alle drei, ein heimliches, unsterbliches Leben. Auch unserm alten Gedicht „von küener Recken Striten, von Weinen und von Klagen" ist dies geheimnisvoll unterirdische Leben beschieden gewesen: immer wieder steigt der Hort an Tag, entgleitet, blinkt aus der Tiefe, wird abermals gehoben, von Hebbel einstweilen zum letztenmal und von Wagner. Aber über Hebbel und Wagner steht trotz allem, mitsamt ihren kleinen Schwächen und Brüchen, die herrliche mittelalterliche Urgestalt der Nibelunge, uralt und ewig jung zugleich, Märe und Heldensage auf halbverschüttetem Urgrund der Götterdichtung, ein Werk, in dem, was man Technik nennt, als Literatur, gleich den Standbildern in den Domen von Naumburg und Bamberg, manchmal ungeschickt, gleich ihnen als Ausdruck, als Dichtung ungeheuer, wie alle ganz großen und ganz deutschen Werke jede Einordnung sprengend, jeder Regel spottend und mit nichts vergleichbar als mit sich selber.

Sie haben etwas geheimnisvoll Zeitloses und Immergültiges, diese alten Gestalten. Sie sprechen zu uns jenes indische: Tat twam asi, das bist du. Wie in den Bildern von Ahnen finden wir erschauernd unsere Züge wieder in den ihren, nur sind sie bei ihnen stärker, strenger, gewaltiger, von einer ungeheuer mahnenden, oft drohenden, erschütternden Symbolik. Wir sind es, die immer wieder Gefahr laufen, unser Herz aus der Brust zu tun für einen Stein wie Hauffs Kohlenmunkpeter, unsern Schatten dem Teufel zu verkaufen wie Chamissos Schlemihl, trotzig unser Recht zu fordern bis zum eignen Untergang wie Kleistens Kohlhaas. Immer wieder schlägt das Buch unsres Schicksals das Motto zum Ur-Goetz auf: „Das Unglück ist geschehn, das Hertz des Volcks ist in den Koth getreten und keiner edeln Begierde mehr fähig." Immer wieder liegt Siegfried auf der Bahre, und Hagen ist es, der ihn gemordet. Immer wieder muß Hildebrand dem eignen Blut sich zum Kampfe stellen, und das eigne Blut schilt ihn Hunne. Und immer wieder zergeht in Dunst das alte Reich, doch uns bleibt gleich die heilige deutsche Kunst. Im deutschen Blut aber ist auch Faust und Hermann, ist der Taugenichts und das Schulmeisterlein Wuz, wie im Germanenblut Baldur kreist, aber auch Hödur, der ihn fällt, und Loki, der das Geschoß lenkt; Brand, der an der Welt zerbricht, und Peer Gynt, der sein Selbst an sie verliert.

Wenn mir jener bekannte Aphorismus Nietzsches einfällt, in dem er als Schatz der deutschen Prosa ein halbdutzend Bücher nennt, die allein es wert seien, wieder und wieder gelesen zu werden, muß ich immer denken: Armer Mann! War deine Kenntnis so kümmerlich? Dein Geschmack so einseitig? Wußtest du wirklich sonst nichts? Da sind die Märchen der Brüder Grimm: sie waren dir gewiß Kindermärchen, warum sind sie dir nicht Hausmärchen geblieben? Und die deutschen Sagen: welches Volk der Welt kann neben diese Sammlung die seine hinlegen, gleich erfüllt vom Geruch der Heimatscholle, jeder Fluß rauscht die seine, jeder Berg hütet sie, um jeden Hügel, in Wald und Moor tanzen Waldfrauen und Zwerge die ihre, in den alten Städten quellen Sagen heimlich und vertraut aus jedem Steine, Stammessagen, Heldensagen, Kaisersagen — es ist ein Reichtum, nicht auszuschöpfen! Welch ein verkümmerter Gelehrtenbegriff von Sprache, der den Simplicissimus von seinem Schatze der Prosa ausschließt, und den Armen Mann im Toggenburg, Kügelgens Jugenderinnerungen und die von Ludwig Richter! Der nicht sofort die beiden ehrwürdigen Namen Arndt und Grimm nennt! Ich suche in allen Literaturen nach einem Seitenstück zu Jakob Grimms anklagender Rechtfertigung „Über meine Entlassung", von gleicher Reinheit des Tons, gleicher Höhe und Zartheit des Sittlichen, aber ich muß bis auf die Leichenrede des Perikles zurücksuchen, die uns Thukydides bewahrt hat, um eines zu finden. Und alle die schier mythischen Gestalten: Kleistens Michel Kohlhaas, Eichendorffs Taugenichts, Chamissos Peter Schlemihl, Mörikes Hutzelmännlein, und die mit himmlisch irdischem Behagen in sich geschlossene Kleinwelt von Hebels Schatzkästlein — sollten sie alle wirklich nicht zu jenem Schatze der deutschen Prosa gehören, und wert sein, wieder und wieder gelesen zu werden?

Die Frage: Was ist deutsch? ist für uns eine Frage auf Leben und Tod. Die Deutschen haben immer Zeitwenden gehabt, wo sie sich in alle Welt ergossen und alle Welt sich in sie; wo alle Schranken gefallen waren, alle Tore geöffnet, Europa durch Europas Herz strömte und deutsche Unrast nach allen Landen ausschwärmte, Eigenes achtlos verschenkend, Fremdes wahllos zusammenraffend. Auf diese Zeiten peripherischen Vergeudens sind jeweils andre gefolgt, in denen die Kräfte der Nation wieder ihren vergessenen Mittelpunkt suchen, Auswanderern gleich, die plötzlich eine seltsame Unruhe überfällt und heimtreibt übers Meer, bis sie wieder den Abendsegen läuten hören in dem einsamen Dorf hinter den sieben Bergen, und jeder Ton sagt: Heimat!, und von Wiese und Wald ringsum weht es wie aus vergessenen Mären, und der Mühlenbach rauscht das eintönig liebe Wort, und der alte Brunnen vor dem alten Haus. Zeiten, in denen die Fremde zum Verbotenen wird, zum Schädlichen; wohl umgrenzt sie uns nach wie vor, aber die großen Wälder schließen sich lautlos zu und umstehen uns abwehrend wie die runde, grüne Mauer eines lebendig Gewachsenen. Solche Zeiten der Beschränkung auf uns selbst, auf unser Selbst kommen wie eine heilende Gnade, ungerufen, ungewollt. Eines Tages sind sie da, das deutsche Herz zieht den Atem ein und das Blut strömt einwärts. Wo ist der Hochmut hingekommen, in dem wir uns vermaßen, daß am deutschen Wesen die Welt genesen solle? Wir sind es, wir allein, die gesunden müssen von undeutschem Unwesen. Wir hatten verlernt, was deutsch ist, darum müssen wir's wieder lernen; müssen den verschütteten Brunnen freimachen, damit wir wieder vom alten Quell der angestammten Erde

trinken, nach dem uns dürstet, weil wir allzulang aus fremden Brunnen schöpften, bis uns ihr Wasser schal schmeckte: „Unser Volk hat ein schlaffes Gedächtnis und eine träumende Seele, trotz allem, was es besitzt, verliert es immer wieder, aber es ruft sich nachts zurück, was es am Tage verloren hat. Den Reichtum, der ihm eignet, zählt es nicht und ist fähig, seiner Krongüter zu vergessen; aber zuzeiten sehnt es sich nach sich selber, und niemals ist es reiner und stärker als in solchen Zeiten" (Hofmannsthal).

Büchernachweise.

Grimm, Märchen: eine Menge Ausgaben, vollständig u. a. bei Cotta, Reclam, Hendel, Insel. — Grimm, Deutsche Sagen: vollständig bei Georg Müller, gute Auswahlen bei Hendel und Inselverlag. — Des Knaben Wunderhorn: vollständig bei Reclam; gute Auswahl bei Langewiesche („Von Rosen ein Kränzelein") und im Deutschmeister-Verlag. — Deutsche Volkslieder mit Melodien: beste Sammlung der „Zupfgeigenhansl" (Leipzig, Friedrich Hofmeister); besonders schön gesetzt dessen Klavierausgabe (ebenda). — Deutsche Volksbücher: Ausgabe von Gustav Schwab vollständig bei Reclam; älteste Fassungen einzelner bei Langewiesche-Brandt, in der Inselbücherei, und bei Eugen Diederichs. — Waltari und Armer Heinrich in der Fassung Wilhelm Grimms in den Wiesbadener Volksbüchern. — Meier Helmbrecht: Versfassungen bei Hendel und Beck, erstere von Fulda, letztere von Will Vesper. — Der Arme Heinrich: Versfassung von Will Vesper bei Beck. — Gottfried von Straßburgs Tristan und Wolfram von Eschenbachs Parzival, übersetzt von Hertz (Cotta). — Nibelungenlied: mittelhochdeutscher Text mit Simrocks Übersetzung daneben bei Cotta, bei Bong und im Tempelverlag. — Gudrun: bei Cotta. — Goethes Gottfried von Berlichingen (Ur-Goetz): Inselbücherei. — Grimmelshausens Simplicius Simplicissimus: Inselverlag, Cotta. — Die Novellen von Kleist usw.: Reclam; Inselverlag. — Eichendorff: bei Langewiesche-Brandt; Reclam; S. Fischer. — Chamissos Peter Schlemihl: Reclam, S. Fischer, Propyläenverlag. — Fouqués Undine: Reclam; Parcus. — Mörikes und Hauffs Märchen: Reclam, Inselverlag, Cotta'sche Handbibliothek. — Wagners Meistersinger und Ring des Nibelungen: Reclam. — Grun-Pfitzners Armer Heinrich: Max Brockhaus. — Der Arme Mann im Toggenburg: Perthes, Gotha. — Kügelgen und Ludwig Richter: Hesse & Becker; Kügelgen auch bei Langewiesche-Brandt und Robert Lutz. — Ludwig Richter mit Bildern von ihm selbst: Einhorn-Verlag, Dachau. — Ackermann und Tod: Insel.

Erziehung des Willens.

Die deutsche pädagogische Literatur ist, soweit sie sich aufs Wissen bezieht, sehr reich, soweit auf den Charakter, bedeutend ärmer. Höchst selten, daß einmal ein Werk darunter ist, das man Erziehern und Selbsterziehern ehrlich empfehlen kann: keine psychologisierenden Haarspaltereien, sondern männliche Bücher, die Hand und Fuß haben. Zu diesen letzteren zähle ich „Die Erziehung des Willens" von dem Franzosen Payot, das in guter Übersetzung bei Voigtländer herausgekommen und schon in 7. Auflage erschienen ist. Wenn einer das Frankreich kennenlernen will, vor dessen zähem Widerstandskraft man die höchste Achtung haben muß, — das Frankreich der jungen Geschlechter, willensstark und zielbewußt bis zur Selbstaufopferung, der lese Payot. Es ist ein ausgezeichnetes Buch für junge Leute, die Gefahr laufen, zu verbummeln, zu versumpfen und zu verkommen. Ein wertvolles Buch für Nervöse, denen es die Wahrheit aller Wahrheiten predigt: daß im Grunde nämlich einem Menschen kein anderer Mensch helfen kann als er selber, und es für uns kein tiefsinnigeres Symbol gibt, als den Münchhausen, der sich an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpf zieht.

Ludwig Thomas Gesammelte Werke.

Sieben Bände bei A. Langen: alle Romane, Erzählungen und Skizzen, sämtliche Bühnenstücke; alles Autobiographische, auch die „Leute, die ich kannte", sogar das Tagebuch aus dem Gefängnisse Stadelheim; überhaupt alles, was sich an Werken und Bruchstücken im Nachlaß fand, so die Prachtgeschichte „Münchnerinnen", die „Lola Montez" und die Bruchstücke des autobiographischen Romans „Kaspar Lorinser"; die altbayerische Weihnachtslegende; die Gedichte, und ganz besonders die Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften, in sehr reichlich bemessenen Auswahlen. Der erste und der siebente Band werden auch Leser überraschen, die von Thoma sonst alles kennen. Die Ausgabe wird voraussichtlich nicht nur der Hauptschlager des diesjährigen Weihnachtsmarktes sein, sondern ihn auf Jahre hinaus beherrschen. Die Bände sind ungewöhnlich umfangreich, und so solid ausgestattet wie dies heute nur möglich ist. Über ihren Inhalt brauchen wir kein Wort verlieren. Gerade jetzt, wo das Gesamtwerk Thomas vereinigt vor uns liegt, zeigt es seinen ganzen Reichtum und seine innere Einheit. Die übermütigsten Stücke des Filserbriefwechsels, die unübertreffliche „Dachserin" aus dem Nachlasse, die Platostellen des Häftlings, das Krippengedicht, der wuchtige Ruepp, — alles gehört zusammen, hinter allem steht der nämliche Mann und die nämliche Heimat, und vor allem die nämliche leidenschaftliche Liebe dieses Mannes zu dieser Heimat.

Redaktionell abgeschlossen am 14. November 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet.

Druck: F. Bruckmann A.-G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Das Augustheft der Süddeutschen Monatshefte hat anschaulich geschildert, daß das deutsche Volk nicht daran schuld ist, wenn auch heute noch weite Teile der französischen zerstörten Provinzen in Trümmern liegen. Ich betonte im Schlußsatz des Vorwortes dieses Heftes ganz besonders, daß ein schneller und grundlegender Wandel in der Wiederaufbauarbeit nur durch die von Deutschland so oft angebotene Beteiligung deutscher Organisations- und Arbeitskraft und durch Einsatz unserer verfügbaren Erzeugnisse eintreten könne.

Inzwischen haben sich die Wirtschaftler hüben und drüben, in der klaren Erkenntnis der Unfähigkeit der französischen leitenden Kreise und der Schwerfälligkeit unseres eigenen bureaukratischen Apparats, zu gemeinsamem Handeln aufgerafft. Der Vertrag Stinnes-Lubersac ist ein erster Schritt zu positiver Arbeit und eine praktischere Ausgestaltung des Wiesbadener Abkommens.

Wie sehr wir mit unserer Darstellung der französischen Unfähigkeit zum Wiederaufbau das Richtige trafen, geht einwandfrei aus einer Äußerung des Herrn de Lubersac gelegentlich der Besprechungen mit Stinnes hervor: „Angesichts des niemals erfüllten Versprechens der französischen Regierung, sei der Verband (Lubersac) zu dem Entschluß gekommen, die Wiederherstellung der Ruinen selbst in die Hand zu nehmen!“

Mit diesem Abkommen Stinnes-Lubersac ist aber auch nur ein erster Schritt getan. Die notwendig schnelle und umfassende Hilfe kann den zerstörten Provinzen durch Deutschland nur gewährt werden, wenn, wie ich gleichfalls in dem Vorwort zum Augustheft hervorgehoben habe, auch die Gesamtreparationslasten auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden, und der verzweifelten wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung getragen wird. Denn wenn neben den Sachleistungen, auch in ihrer jetzigen veränderten Form, die bisherigen enormen Barleistungen von uns gefordert werden, wird das deutsche Volk niemals in der Lage sein, sich auf die große Aufgabe des Wiederaufbaus zu konzentrieren.

Deutschland hat sich im Friedensvertrag unter dem Druck der Entente zu dem Wiederaufbau der gesamten zerstörten Provinzen verpflichtet, obwohl keinerlei rechtliche Grundlage diese Forderung unserer Feinde stützen konnte.

In dem vorliegenden Heft wird nämlich diese rechtliche Seite des Diktates der restlosen Wiederherstellung der zerstörten Provinzen behandelt und gezeigt werden, daß auch diese Grundlage des Friedensvertrages bei näherer, objektiver Untersuchung zusammenbricht. Es mußte auch diese Frage einmal offen angeschnitten werden, damit sich in aller Welt die Erkenntnis durchsetzt, daß die deutsche Forderung auf Herabsetzung der Reparationslasten vollste Berechtigung hat und uns kein Gnadengeschenk gewährt wird, wenn man dieser Forderung nachkommt.

Das vorliegende Heft soll über diesen Zweck hinaus aber auch der Aufdeckung der Wahrheit dienen. Es soll auch den Vorwurf der „mutwilligen“ Zerstörung der nordfranzösischen Ortschaften widerlegen und damit der Rechtfertigung des deutschen Volksheeres und unseres fortgesetzt geschmähten guten Rufes dienen.

Es ist die sittliche und nationale Pflicht des Staates und eines jeden Deutschen, das Lügengewebe zu zerstören, das in und nach dem Kriege deutsches Wesen und Handeln während des Weltkrieges fortgesetzt vor aller Welt zu diskreditieren suchte. Diese Klarstellung der Wahrheit ist aber — das muß hier ganz besonders betont werden — auch eine sittliche Pflicht aller Weltstaaten. Der Weltkrieg hat nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben der Welt aus den Angeln gehoben. Er hat Schlimmeres verursacht. Den völligen Zusammenbruch früher geheiligter Begriffe wie Recht, Ehrlichkeit, Treu und Glauben und damit der Grundlagen jeden Staatswesens, jeden Zusammenlebens der Völker und überhaupt der Kultur. Im Kriege galt die Lüge, die Verdrehung der Tatsachen, die Ausschüttung ganzer Kübel verhetzenden Schmutzes als vornehmste Aufgabe der alliierten Politik und bezahlten Propaganda. Diese Mittel waren die schärfsten Waffen unserer Gegner. Heute aber wird, trotz dringendster Warnungen besonders einsichtiger Männer aller Staaten, dieses System vornehmlich von Frankreich und Belgien auch im „Frieden“ aufrechterhalten und hat zur Folge, daß, genährt durch dieses Vorbild der führenden Staatsmänner und ihrer Politik, Korruption, Lug und Trug, Mißachtung der Ehre des einzelnen und ganzer Völkerschaften in breiten Volkskreisen aller Länder nunmehr schon als etwas allgemein Gebräuchliches, ja Selbstverständliches gelten. Auch Gutgläubige, darunter ein großer Teil des Volkes der Vereinigten Staaten von Nordamerika, reden heute noch alle die Lügen nach, die ihnen unter Aufwendung von ungeheuren Summen eingeimpft wurden.

Wer Wahrheit und Recht wieder als Grundlage des Völkerlebens stabilisieren will, der helfe daher mit an der Verbreitung der Wahrheit. Auch zu diesem hohen Ziele soll dieses Heft über die Ursachen und Entstehung der Zerstörungen in Nordfrankreich einen Beitrag leisten. Jede Hetz- oder Propagandaabsicht lag mir völlig fern. Das betone ich besonders den alliierten Ländern gegenüber, denen in den einzelnen Kapiteln ein Spiegelbild ihres eigenen Verhaltens im Kriege vorgehalten werden mußte. Diese Darstellung war nötig, weil nur mit ihrer Hilfe eine Urteilsbildung möglich ist.

Berlin, im November 1922. Otto von Stülpnagel.

Einleitung.

Die völlige Wiederherstellung der im Weltkriege zerstörten Ortschaften Frankreichs und Belgiens legt dem deutschen Volk, dessen Finanzwirtschaft völlig zerrüttet und dessen Leistungsfähigkeit durch den Raub weiter Grenzgebiete und der gesamten Kolonien, durch die Unterbindung seines Handels und jeder freien Entfaltung auf das Äußerste beschränkt ist, Lasten auf, die nicht zu tragen sind.

Die restlose Wiedergutmachung aller durch den Krieg entstandenen Schäden in dem Umfange, wie sie der Friedensvertrag von Versailles fordert, und besonders die Auferlegung der Gesamtkosten für den restlosen Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften, ist überdies etwas gänzlich Neues in der Kriegsgeschichte. Diese Forderung ist juristisch und völkerrechtlich völlig unhaltbar[1]). Die Entente hat versucht, diese Forderung im Friedensvertrage vor der Welt dadurch zu rechtfertigen, daß sie behauptete, Deutschland habe den Weltkrieg ohne zwingende Gründe vom Zaun gebrochen.

Diesem Zweck der Rechtfertigung dient der Artikel 231 des Friedensvertrages, dessen Fassung bekanntermaßen lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Durch die Herausgabe des wahren Telegrammwechsels Paris-Petersburg bei Kriegsausbruch (die Fälschungen des russischen Orangebuchs, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin und Leipzig 1922) ist nunmehr der urkundliche Beweis erbracht, daß vor der deutschen Kriegserklärung und auch vor der deutschen allgemeinen Mobilmachung Frankreich vollkommen entschlossen zum Kriege war.

Das deutsche Volk und seine Regierung waren also mit Recht 1914 der Auffassung, daß der Krieg Deutschland von der Entente aufgezwungen und für das Land ein reiner Verteidigungskrieg war. Dabei spielt die Tatsache der Priorität der deutschen Kriegserklärung, eine Tatsache, die die Entente besonders auszuschlachten sucht, keine ausschlaggebende Rolle für den Beweis der Schuld. Die dieser deutschen Kriegserklärung voraufgegangene Mobilmachung Rußlands bedeutete in Wahrheit bereits den Beginn des Krieges. Ebenso wie sich auch französische Truppenteile schon vor Übergabe der deutschen Kriegserklärung Grenzverletzungen hatten zuschulden kommen lassen und damit de facto der Kriegszustand auch zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt war. Poincaré hat sich allerdings am 15. 7. 22 bei der Enthüllung eines Denkmals in Joncherry, das dem am 2. August 1914 auf französischem Boden gefallenen Korporal Peugert gewidmet ist, bemüht auch die Priorität der Grenzverletzung Deutschland zuzuschieben. Die betreffende Stelle seiner Rede lautet:

„Während wir auch die Geste des Angriffs noch vermieden und unbeweglich innerhalb der eigenen Grenzen blieben, haben unsere Nachbarn durch eine Reihe illoyaler Vorstöße bewiesen, daß sie den Krieg unabwendbar machen wollten. Wie das Deutsche Reich alle Vorschläge eines Schiedsgerichts, einer Vermittlung und einer internationalen Konferenz unmöglich machte und auf Grund phantastischer Vorwürfe eine Kriegserklärung gegen Frankreich fabrizierte, hat es vor seinen Zeitgenossen und der Geschichte sein eigenes Verdammungsurteil gesprochen. Es zeigte deutlich, daß es die Wahrheit mißachtete, und um seine kriegerischen Zwecke zu erreichen, vor den niedrigsten Verleumdungen nicht zurückschreckte. Mag es sich auch noch so sehr bemühen, dem unverlöschbaren Richterspruch zu entschlüpfen, es wird niemals die Revision des Artikels 231 erlangen. Die Tatsachen reden..."

Dieser Behauptung Poincarés gegenüber sei hier festgestellt, daß nach den Kriegstagebüchern der 39. I.-D., 58 Inf.-Brig. des Jäg.-Btl. 14 bereits am 1. 8., also sogar noch einen Tag früher, französische Truppen die deutsche Grenze überschritten haben. Nur eine Meldung der 39. I.-D. sei hier aus den vorhandenen zahlreichen Dokumenten als Beispiel angeführt:

---

[1]) Man lese die im Verlage der Kulturliga, Berlin W. 35, Lützowstr. 107, erschienene Broschüre „Die Schuldfrage völkerrechtlich entschieden?", die über diese Frage hochinteressanten Aufschluß gibt.

Colmar, den 2. 8. 14

Telegramm an Generalkommando Straßburg.

„Meldung betreffend Grenzverletzung durch Franzosen. Jäger-Batl. 14 meldet: am 1. 8. zwischen 8 Uhr und 8 Uhr 30 Min. abends je eine französische Jäger-Patrouille deutsche Grenze westlich Hergauchamps, westlich Hochbrück und südwestlich Höhe 988 westlich Casino, einige 100 m weit überschritten. Bei Ruine Eckerich klein Rumbachtal 11 Uhr 30 Min. abends Posten Jäger durch anscheinend französische Patrouillen beschossen. 4. Drag. 14 meldet: F.-W.-Leutnant Seer in Steinbrück westlich Metzeral nachts durch Franzosen beschossen. II/171 meldet: Französische Patrouille zwischen 12 Uhr und 2 Uhr nachts vom Hohneck die Grenze überschritten, ist gegen vorgeschobene F.-W.-Leutnant Weber 8/171 ins Gefecht getreten. F.-W. 4 der 8/171 am Westausgang Mühlbach hatte nachts Feind dicht gegenüber." 39. Inf.-Div.

Eingekeilt zwischen Rußland und Frankreich, das durch seine Verträge auf Gedeih und Verderb mit Rußland verbunden war, blieb Deutschland, wenn es nicht durch die Übermacht erdrückt werden wollte, kein anderer Weg, als Schnelligkeit des Handelns. Der Einmarsch in Frankreich und Belgien war die Folge dieser unserer schwierigen Lage. Man erinnere sich auch bei dieser Gelegenheit des 1913 erschienenen Buches des bekannten französischen Militärschriftstellers Oberst Boucher, in dem dieser schrieb:

„Hat Deutschland am 11. Tage unsere Grenzen noch nicht überschritten, dann werden wir die seinen überschreiten und die direkte Offensive an uns reißen."

Die Ausfechtung des Kampfes auf französischem und belgischem Boden ist daher aus den vorgeschilderten Verhältnissen und aus dem Zwange der Lage heraus entstanden.

Daß bei diesem Kampf ungeheure Schäden entstanden sind, erklärt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß der Krieg 4 Jahre in teilweise sehr engbegrenztem Raum durchgeführt wurde und in diesem Kampf 6 Staaten, Frankreich, Belgien, England, Portugal, Italien und Amerika, die mit allen Mitteln der Welttechnik ausgerüstet waren, Deutschland gegenüberstanden. Die einzelnen Kapitel der Schrift werden hierüber klar Aufschluß geben.

Das Gefühl der juristischen Haltlosigkeit der im § 231 des Friedensvertrages festgesetzten These der absoluten Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges und damit auch der Unhaltbarkeit der Forderung der restlosen Wiedergutmachung aller Schäden scheint aber auch den Urhebern des Friedensvertrages klar gewesen zu sein. Wir sehen sie deshalb im Friedensvertrag eifrigst bemüht, Deutschland auch einer barbarischen Kriegführung anzuklagen, ein Versuch, der in den §§ 227—230 des Friedensvertrages in der Forderung der Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher seinen Ausdruck findet.

Die Absicht, Deutschland auf diesem Wege auch moralisch vor der Welt ins Unrecht zu setzen, zeigt sich besonders in der Mantelnote vom 16. Juni 1919, die Clemenceau an den Grafen Brockdorff-Rantzau sandte:

„Indessen beschränkt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands nicht nur auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Deutschland ist in gleicher Weise auch für die rohe und unmenschliche Art, auf die er geführt wurde, verantwortlich"[1]).

Dieser Versuch, sich durch den Vorwurf der verbrecherischen Kriegführung eine weitere Rechtsgrundlage für die Reparationen zu sichern, trat dann später immer schärfer hervor. Vor allem am 3. März 1921 bei den Verhandlungen mit der deutschen Delegation in London, in denen Lloyd George beispielsweise die „mutwilligen" Zerstörungen der belgischen und französischen Ortschaften durch Deutschland ganz besonders hervorhob. Seine Worte seien hier nochmals festgelegt:

„1659 Gemeinden und Flecken sind vollkommen zerstört worden. Von 707 Flecken sind drei Viertel zerstört worden. Von 1656 Gemeinden sind wenigstens 50% zer-

[1]) Diesen Anwurf habe ich bereits in meiner Schrift „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen", Staatspolitischer Verlag, Berlin, Friedrichstr. 226, zu widerlegen versucht. Zahlreiche andere Schriften, wie besonders die Gallingersche Schrift „Gegenrechnung", Süddeutsche Monatshefte, Juni-Heft 1921, haben weiteres furchtbares Material erbracht. („Gegenrechnung" auch englisch und spanisch erschienen im Verlag Knorr & Hirth, München, Preis je 80 M.)

stört worden. 319 269 Häuser sind völlig und 313 675 teilweise zerstört worden. Das macht 630 000 entweder völlig oder teilweise zerstörte Häuser."

Und weiter:

„Was wird bei Lage dieser riesenhaften Unbill jetzt Frankreich angeboten, dem Frankreich, das erbebt unter der Last der Ausgaben, die ihm durch diese mutwillige Verwüstung auferlegt sind, welche seine reichsten Provinzen in eine scheußliche Wildnis der Zerstörung und Verzweiflung verwandelt hat?"

„Deutschland hat einen unglaublichen Betrag an Schäden mit Vorbedacht ausgeführt und Großfabriken mutwillig zerstört, nur um die feindliche Industrie zu verkrüppeln oder es ihr unmöglich zu machen, mit der deutschen Industrie nach Kriegsende in Wettbewerb zu treten."

„Eine große Anzahl der Bergwerke in Nordfrankreich wurden mit Vorbedacht zerstört, in der Absicht, ihren Betrieb auf Jahre hinaus unmöglich zu machen und nicht durch Beschießung, sondern durch überlegte Zerstörungsmaßnahmen."

Ebenso wie Lloyd George hat auch Poincaré sogar noch kürzlich den Versuch gemacht, die Zerstörung der nordfranzösischen Provinzen als „mutwillig" hinzustellen. Bei der Denkmalseinweihung in Thiaucourt am 20. August 1922 hielt er folgende Rede:

„Während des kurzen Zeitraums, wo sich die Deutschen als Herren in unseren Wohnungen eingerichtet hatten, habt Ihr sie ärgste Missetaten vollbringen sehen. Ihre Soldaten brandstifteten und meuchelmordeten vor Euren Augen und, wenn Ihr an ihre Vorgesetzten etwa rechtmäßige Klagen richtetet, so antworteten sie Euch mit Gleichmut und Zynismus: ‚Was wollt Ihr. Das ist Krieg!'

Nein, das ist nicht Krieg! Das ist disziplinierte Barbarei und offizielle Ermutigung zu Verbrechen gegen das gemeine Recht.

Das kaiserliche Deutschland hat es verweigert, sich den Vorschriften zu unterwerfen, die dazu bestimmt waren, systematische Zerstörungen und unnützes Blutvergießen zu verhindern; und seine Armee hat während der ganzen Zeitdauer der Feindseligkeiten die Prinzipien, auf welche sich die zivilisierten Völker geeinigt hatten, verleugnet.

Alle Deutschen haben teilgehabt an der Plünderung und **Niederbrennung unserer unglücklichen Provinzen des Nordens und des Ostens;** alle sind in gleicher Weise mitverantwortlich an dem Schaden, den sie angerichtet haben. Alle sind in gleicher Weise anzuhalten, den Schaden wieder gutzumachen, den wir erlitten haben. Wir werden darauf dringen, daß sie ihn wiederherstellen."

Ganz besonders aber suchen die zurzeit gerade den ausländischen Besuchern der Schlachtfelder zu billigstem Preise zugestellten, mit außerordentlichem Aufwande und unter Beigabe vieler Photos hergestellten französischen Reiseführer den Vorwurf der „mutwilligen" Zerstörung der nordfranzösischen Provinzen durch das deutsche Heer aufrecht zu erhalten und in aller Welt zu verbreiten. Aus Raumersparnis wird darauf verzichtet hiervon Proben zu geben.

Dieser Vorwurf der „mutwilligen Zerstörung" soll ferner ganz besonders in der vorliegenden Schrift widerlegt werden. Sie beschränkt sich zunächst auf die Frage der Zerstörung der Ortschaften. Die Frage der Zerstörung der Bergwerke und der Industrie wird späteren Schriften vorbehalten bleiben. Die Schrift soll streng objektiv die Tatsachen darstellen und zukünftigen Unterhändlern, wie dem gesamten deutschen Volk das Rüstzeug liefern, den alliierten Anwürfen zu begegnen.

Das Völkerrecht und die Zulässigkeit der Zerstörung von Ortschaften.

Bevor die einzelnen Zeitabschnitte des Krieges und die in ihnen entstandenen Zerstörungen erörtert werden, erscheint es nötig, mit einigen Worten auf die Bestimmungen des Völkerrechts einzugehen, die die Zerstörung feindlichen Eigentums im Kriege behandeln.

Die einzige Stelle der Haager Konvention, die sich über dieses Thema ausläßt, ist der § 23g der Schlußakte der 2. Internationalen Friedenskonferenz 1907 (Anl. z. Abkommen, 2. Abschnitt, 1. Kap.), der folgendermaßen lautet:

„Namentlich ist untersagt: die Zerstörung feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörungen durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt werden."

Jedem Leser wird sofort auffallen, wie allgemein dieser Paragraph gefaßt ist. Was unter „Erfordernisse des Krieges“ zu verstehen ist, und in welchen Fällen diese Bestimmung als übertreten anzusehen ist, darüber wird in der Haager Konvention nirgends Aufschluß gegeben.

Man war sich augenscheinlich klar, daß eine scharfe Abgrenzung oder eine Präzisierung dieses Begriffes für den modernen Krieg mit seinen ständig wechselnden Erscheinungsformen und dementsprechend auch kampftaktischen Notwendigkeiten, gar nicht möglich ist. Das mögen sich vor allem jene vor Augen halten, die jetzt in jeder Zerstörung einer Ortschaft durch deutsche Kriegsmaßnahmen einen Akt des Mutwillens und der Barbarei zu sehen bestrebt sind.

Auch das englische „Manual of Military Law“, das dem deutschen Kompendium für Militärrecht entspricht, gibt in seiner Erläuterung des § 23g auf S. 296, Ziff. 408, keinen klareren Aufschluß, wenn es schreibt:

„Hauptsächlich also darf kein Schaden getan werden, der nicht durch militärische Operationen erforderlich ist. Dagegen ist jedoch eine gänzliche Zerstörung von Eigentum rechtmäßig, wenn sie durch die Kriegserfordernisse geboten ist.“

Wie verschiedenartig aber dieser Begriff „Kriegserfordernisse“ aufgefaßt werden kann, mag anderseits eine zweite englische Schrift zeigen: “The Laws and Customs of War on Land”. Diese englische Vorschrift ist mit Kommentaren von Professor Holland versehen, der sich auf S. 30 folgendermaßen äußert:

„Verboten ist, feindliches Eigentum zu zerstören, wenn nicht seine Zerstörung durch Kriegsnotwendigkeit unbedingt geboten ist. Die Kriegsnotwendigkeiten können nicht nur die Beschlagnahme von Privateigentum, sondern auch die Zerstörung solchen Eigentums **und die Verwüstung ganzer Bezirke klar rechtfertigen!**“

Das englische Kriegsministerium hat es zwar abgelehnt, die Kommentarnoten des Professors Holland mit seiner Autorität zu decken, indem die Vorrede sagt, Professor Holland habe bei erklärenden Noten und anderen Sachen mitgewirkt und sei für sie allein verantwortlich. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das englische Kriegsministerium dieses Buch für den Instruktionsunterricht in der englischen Armee herausgegeben hat. Es hat sich so mit den Rechtsanschauungen des Professors Holland identifiziert.

In der Tat haben, wie in dieser Schrift noch gezeigt wird, England Frankreich, Rußland und sogar Amerika in praxi stets nach diesem Grundsatz gehandelt.

Um so ungerechtfertigter ist es, wenn jetzt bei allen Erörterungen über die Zerstörung Nordfrankreichs und Belgiens, das Vorliegen der „Kriegsnotwendigkeiten“ für Deutschland stets abgestritten wird.

Gegenüber diesen Behauptungen der Alliierten soll in den nachstehenden Kapiteln bewiesen werden:

1. Die überwiegende Zahl der vernichteten Ortschaften Frankreichs und Belgiens ist im Verlaufe der ununterbrochenen vierjährigen Kämpfe zerstört worden. Sie ist also eine direkte Folge der Kampfhandlungen.

2. An diesen durch den Kampf entstandenen Zerstörungen haben beide Parteien, Deutschland und die Alliierten, ihren bestimmten Anteil. Doch überwiegt der Anteil der Alliierten den deutschen bei weitem.

3. Soweit planmäßige — d. h. außerhalb des Kampffeldes mit Absicht durchgeführte — Zerstörungen von deutschen Truppen ausgeführt wurden, geschah dies aus zwingenden, rein militärischen Gründen. Die Bestimmungen des Völkerrechts wurden hierbei durchaus beachtet.

4. Dagegen haben die Alliierten, vielfach über die militärischen Erfordernisse weit hinausgehend, zahlreiche Orte des eigenen Landes rücksichtslos zerstört, durch Artilleriebeschießung oder Fliegerangriffe.

Es soll bei dieser Beweisführung niemals bestritten werden, daß einzelne deutsche Zerstörungsmaßnahmen vielleicht übereilt getroffen wurden, zumal die Ausführung durch viele untergeordnete Instanzen zu erfolgen hatte. Aber derartige Erscheinungen

sind in einem Kriege eben unvermeidlich, besonders in einem Weltkriege, zu dem fast die gesamte Bevölkerung herangezogen wurde, und verändern das Gesamtbild nicht. Zahlreiche Mißgriffe dieser Art sind erst recht bei den Alliierten vorgekommen!

Zerstörungen als unmittelbare Folge von Kampfhandlungen.

Die Zerstörungen während der deutschen Offensive 1914.

Der außergewöhnlich schnelle Vormarsch der deutschen Armee, der geringe Widerstand der feindlichen Truppen und vor allem der Einsatz beträchtlich geringerer Artilleriemassen, als später im Stellungskampf, überdies meist nur von leichter Artillerie, hatte zur Folge, daß umfangreichere Zerstörungen nicht entstanden. Der Gebäudeschaden ist im Vergleich mit der von den Alliierten angegebene Gesamtziffer der zerstörten Gebäude in Frankreich und Belgien

313 675 Häuser teilweise
319 269 Häuser völlig } zerstört

geringfügig zu nennen.

Wesentlichere Schäden entstanden nur in solchen Städten und Dörfern, in denen die feindlichen Truppen nachhaltigeren Widerstand leisteten. Dieser mußte selbstverständlich durch Artilleriefeuer gebrochen werden. Außerdem in den Ortschaften, die vom Feinde zur Unterbringung feindlicher Truppen und Stäbe, zur Aufstellung von Artillerie, Beobachtungsposten, Reserven usw. benutzt wurden. Aber auch diese Zerstörungen sind nicht von größerem Umfange gewesen, da die deutschen Truppen meist nach nur kurzer Artillerievorbereitung schnell über das Angriffsgelände hinweggingen.

Bildtafel I[1]) zeigt eine Reihe solcher im Kampf zerstörter Ortschaften.

Diese Zerstörungen sind, was keiner weiteren Erklärung bedarf, eine unmittelbare Folge des Kampfes. Über ihre völkerrechtliche Zulässigkeit kann daher kein Zweifel bestehen.

Viele Ortschaften blieben überhaupt, da sie von den feindlichen Truppen kampflos geräumt wurden, zu Anfang des Krieges völlig unversehrt, wie aus fast allen Bildtafeln hervorgeht.

Es muß nachdrücklich betont werden, daß überdies eine schonende Behandlung der Ortschaften der besetzten Gebiete von den deutschen Kommandobehörden ausdrücklich angeordnet war.

Nachstehender Befehl sei hierfür als Beispiel angeführt:

„Armeeoberkommando 6. Armee Dieuze 9. 9. 1914

Besonderer Erlaß.

Mit Armee-Tagesbefehl vom 24. 8. 1914 ist darauf hingewiesen, daß mutwillige Zerstörungen von fremdem Eigentum jeder Art eines deutschen Soldaten unwürdig sind. Sie sind aber auch mit strengen Strafen, in schweren Fällen (§ 132 mit § 133 M.-St.-G.) mit lebenslänglicher Zuchthaus- oder Todesstrafe bedroht. Straflos sind Zerstörungen nur, wenn sie im dienstlichen Interesse von den für die Notwendigkeit und den Umfang verantwortlichen Befehlshabern angeordnet werden. Die Befehlshaber werden erwägen, und tragen die Verantwortung, inwieweit durch Vernichtung von Vorräten und Unterkunftsräumen die eigenen nachrückenden Truppen beeinträchtigt sind.

v. S. d. A. O. K.
I. A.
von Hartz."

Besonders muß ferner hervorgehoben werden, daß die Zerstörungen im Vormarschgebiet 1914 zu fast gleichen Teilen den deutschen und den alliierten Truppen zur Last fallen. Denn auch die Alliierten haben während der Kämpfe die von den deutschen Truppen besetzten Ortschaften unter Feuer genommen. Auch bei dem Einfall der Franzosen in Elsaß-Lothringen bei Kriegsausbruch 1914 und der Russen 1914/15 in Ostpreußen sind zahlreiche Orte durch das französische bezw. russische Feuer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Bildtafel I gibt auch hierüber Aufschluß.

[1]) Aus drucktechnischen Gründen konnten die Bildtafeln nicht nach der Textfolge eingeordnet werden. D. Schriftl.

Nächstens Neuauflage: 16.—25. Tausend!

Das Weihnachtsgeschenk für Deutsche!

Ein hohes Lied auf die deutsche Frau!

So nennen Kritiker das nächstens in dritter Auflage erscheinende Buch des Afrikaforschers Bode:

„Erlebtes! — Deutsche Frauen und zwei Afrikaner!"

Ein außergewöhnlicher Erfolg!! — Die erste Auflage war nach zwei Monaten vergriffen! Die zweite Auflage (6.—16. Tsd.) geht zur Neige! Die ganze dritte Auflage (16.—25. Tsd.) — gleich gebunden wie die zweite! — erscheint in kurzem!

Hervorragende Fachmänner der Presse spendeten höchste Anerkennung und Lob!

Buchhändler mit klingendem Namen traten für Verbreitung des Buches ganz besonders ein.

Feinsinnige Leserinnen und Leser sandten begeistert geschriebene Briefe.

Und Rezensionen, Urteile der Buchfachleute und **Briefe** der Leser klingen aus mit dem Schlußsatz:

Ein deutsches Buch!
Geschrieben mit Reinheit, Innigkeit und Zartheit des Empfindens!
Geeignet, ein Stück Erziehungsarbeit am deutschen Volk zu leisten!

Was bringt Bode in seinem Buch? — — **Eine Erzählung!**

Aegypten! Land blendender Sonnenpracht! Märchenwelt des farbenprächtigen Orients! — Am Suezkanal wachen während des Krieges Engländer, Kanadier, Australier, Inder, Neger. Und mitten in dem bunten Gemisch finden wir die beiden Afrikaforscher Fellner und Bode. Täglich in Lebensgefahr, bleiben sie dort jahrelang **geheim!** Ihnen zur Seite stehen zwei deutsche Frauen, die Gattinnen verhafteter Freunde. Diese Frauen!! Sinnbild wundersamer Frauengüte! Verkörperung der Reinheit und Vaterlandsliebe! Sie schützen die Männer — trotz eigener Gefahr! Schwerste innere Konflikte wachsen hoch und höher! Doch diese Menschen bleiben stark, wo es nötig — und sie sind fein und innig, wo es möglich ist. Nach Ausweisung der Frauen gelingt Fellners Flucht. B. finden wir in englischer Untersuchung und schließlich gefangen in der Wüste. In schwerster Zeit klammert er sich an die Hoffnung auf die Zukunft. Das starke Innenleben siegt über äußere Qual, Not und Pein. Und schließlich kommt der Lohn des Sieges: Die Freiheit!

Sechs Jahre des **äußeren und inneren großen Erlebens** — dies ist der Inhalt des Buches. **Wie** dieser Inhalt gegeben ist — — sagt uns das Urteil der Fachleute!

Chefredakteur Baecker, Deutsche Tageszeitung, Berlin: — schlichte reine Sprache und eine **höchste Spannung erzeug. Erzählerkunst** vereinigen sich. Die Schilderung ist durchpulst von deutschem Herzblut, durchleuchtet von deutschem Humor. Es ist ein Buch von deutschem Wagemut, deutschem Familiensinn und deutscher Heimatliebe. Zugleich ein starkes Lied von der Ueberlegenheit deutscher Persönlichkeit und von dem unerschütterlichen Glauben an deutsche Kraft und Zukunft.

Literarische Neuigkeiten, Leipzig: — aus jedem Satz dieses ungewöhnlichen Buches klingt deutsche Tatkraft, deutscher Wille und unbeirrter Glaube an deutsches Wesen und deutschen Seelenadel. Der durch seine Vorträge bekannte Afrikaforscher schildert mit lebensfrohen Augen und heißem Herzen Erlebnisse während des gefährlichen Geheimaufenthaltes an der Stätte des englischen Hauptquartiers in Aegypten. Von feinstem Reiz ist die keusche Innigkeit der Geschichte einer Liebe zwischen dem Forscher Fellner und der deutschen Dame, welche ihn während seines Geheimaufenthaltes in Port Said schützt. Und in die folgende erschütternde Schilderung seelischer Leiden in Wüstengefangenschaft sind Märchen von wunderbarer Zartheit gewoben. Für **jede deutsche Frau und jeden deutschen Mann** wird das Buch nicht nur eine fesselnd interessante, sondern auch eine zu Herzen gehende Lektüre sein.

Chefredakteur Schlüter, Görlitz: — aus einem eigengearteten Stil des „Erzählers" spricht hier Erlebnis in voller Ursprünglichkeit. — Sein Kampf, geführt gegen Härte und Tücke, gegen Willkür und Niedertracht; geführt durch alle wechselvollen Phasen, mit der Energie eines Mannes, der seine ganze Persönlichkeit einsetzt, mit allen Mitteln selbstbewußter Tat-

kraft und geschärfter Klugheit, geführt aber auch mit einer großen Leidenschaft des Gefühls. **Es ist das Buch einer Persönlichkeit!** Ein Bekenntnisbuch auch — Bekenntnis zum Glauben an den deutschen Wiederaufbau.

Der Exportbuchhandel Nössler, Leipzig, schreibt: — Ihre tiefempfundene Hochachtung und Ehrerbietung vor der „deutschen Frau", die glühende Landesliebe und Ihre wundervollen Märchen **müssen jeden Deutschen begeistern. Das Hohelied auf die deutsche Frau, das Bekenntnis zum Deutschtum und der Sammelruf hierzu** befähigen das Werk im stärksten Maß zur Empfehlung als Lektüre auch für Frauen und die reife Jugend.

Buchhändler Eulitz, Stolp i. P. an seine Kunden: — Warum ich, **gegen** meine Gewohnheit, dieses Buch unbestellt sende?? — Weil es die Pflicht des deutschen Buchhändlers ist, dieses **außergewöhnliche** Buch in jedes **deutschdenkende** Haus zu bringen. Es gehört **zum Besten,** was überhaupt gebracht wurde! Im Lesen kann man von diesem Buch **nicht loskommen** — man muß es in einem Zug lesen.

Buchhandlung Leuwer, Bremen: — wohl selten hat mich ein Buch so gefesselt, wie das Ihre. Meine energische Verwendung für das Buch setzte schon letzte Woche ein.

Ein Buchhändler im besetzten Gebiet: — es fesselte mich. Nein, das ist zu wenig gesagt! **Es hielt mich in seinen Banden bis zur letzten Zeile und meiner Frau erging es ebenso.** Viele im inneren Deutschland, im heutigen Taumel, werden das **hohe Ziel Ihres Buches** teilweise nicht verstehen. Wir aber, hier herausen, sind **tief ergriffen.**

Deutsche W. Buchhandlung, Leipzig, Roßstr.: — es liegt mir nicht, viele Worte über ein Buch zu machen, aber **ich habe direkt das Bedürfnis,** Ihnen zu sagen, **wie stark ich selbst mitempfunden habe.** Besonders fein finde ich das Tulpenmärchen. Ich gab das Buch recht verschiedenartigen Menschen — — auf jeden machte es den **gleichen starken Eindruck.** Ich werde mich für dieses Buch **in ganz besonders starkem Maß einsetzen.**

Buchhandlung Schöningh, Osnabrück: — es ist mir noch selten ein so fein und doch so natürlich geschriebenes Buch durch die Hände gegangen.

Wartners Buchhandlung, Görlitz: — es ging vielen wie mir — man kam nicht los vom Buch, bevor man es ausgelesen! **Ich erfülle eine Pflicht,** es zu verbreiten wo ich kann

Die feinsinnige pommersche Schriftstellerin L. Gartener: — — es ist so fesselnd geschrieben, daß man es kaum aus der Hand legen mag. Es enthält so viel Innigkeit und Zartheit des Empfindens, wie man es dem sich rücksichtslos durchsetzenden selbstbewußten Tat- und Verstandesmenschen gar nicht zutraut und ihn uns darum doppelt lieb und wert macht. Wie Schiller sagt: **„Wo Starkes sich mit Mildem paart, da gibt es einen guten Klang."** — —

Der kritische Mecklenburger Hoeppner: — Was dem Buch nicht anstehen will, vergißt man sehr bald, da man

bald überhaupt vergißt, es mit einem Buch zu tun zu haben. Man hat **einen Mann** vor sich, einen Menschen voll hochgespannter gesunder Lebenskraft. Alles schildert er mit natürlichem, förmlich aufspringenden Talent und mit größter, wiederum — wir gebrauchen mit Absicht das Wort nochmals im besten Sinne — knabenhafter Frische und Unverbogenheit der Darstellung. Er hat Humor. Er hat Liebe und Haß, Härte und Weichheit, Männlichkeit und Jugend. — Es ist ein Werk von einem Guß! **Ein lebendiges Buch und in dem Buch ein ganzer Mann!**

Ueber den großen Erfolg des Buches möge auch nachstehend ein kurzer Kontoauszug des Verlags berichten. So bezogen u. a. bis November:

Buchhdlg. Doertgen, Münster 320 Bücher; Haiem, Bremen 460; Dabelow, Hamm 160; Lohde, Gelsenkirchen 160; Schmemann, Essen 100; Plath, Stargard 100; Hoike, Dortmund 112; H. Bahr, Berlin 100; Scheilbach, Altenburg 112; Braun (Beyer), Heidelberg 480 usw.

Diese Zahlen sprechen klar und deutlich!

Sichern Sie sich daher schon jetzt das Buch **als Weihnachtsgeschenk zum heutigen Preis!**

Bestellzettel.

Bei der Buchhandlung: .....

oder beim **Verlag „Deutschland"**, G. m. b. H., **in Baden-Baden**

bestelle ich aus dessen Verlag:

..... **„Erlebtes —**
Deutsche Frauen und zwei Afrikaner"

Großoktav, 320 Seiten, Rest der zweiten Auflage und die dritte Auflage, gleich elegant und solid in Halbleinen gebund.

Novemberpreis: **Mk. 500.**— und Versandkosten.
Bei besonderer Teuerung entsprechender **Zuschlag.**
Nach dem Ausland der vorgeschriebene Valutazuschlag.

Betrag liegt bei. — Betrag ist nachzunehmen.

Genaue Anschrift des Bestellers .....

.....

Druckerei des Verlags „Deutschland", Baden-Baden.

In Belgien sind außerdem eine gewisse Anzahl von Orten, z. B. Andennes, Loewen usw. durch Inbrandsetzung von Häusern teilweise zerstört worden. Diese Maßnahmen, die eine wahre Flut von Verleumdungen und Beschimpfungen seitens unserer Feinde hervorgerufen haben, waren eine durchaus zulässige Strafmaßnahme, zu der das deutsche Heer infolge des völkerrechtswidrigen belgischen Franktireurkrieges und des hinterhältigen Verhaltens eines Teiles der belgischen Zivilbevölkerung gezwungen wurde. Die Erörterung über diese Strafzerstörungen müssen einer besonderen Schrift vorbehalten bleiben, da diese Frage nur im engsten Zusammenhange mit dem belgischen Franktireurkrieg behandelt werden kann.

Bildtafel VIII (unterste Reihe) gibt immerhin schon einigen Aufschluß, daß die Engländer noch kürzlich in Irland ähnliche Maßnahmen zur Anwendung brachten.

Die Zerstörungen während des Stellungskampfes.

Es ist hervorgehoben worden, daß der deutsche Vormarsch 1914 im allgemeinen nur geringe Zerstörungen im Gefolge hatte. Die Lage veränderte sich grundlegend, als der Stellungskampf an die Stelle des Bewegungskrieges trat. Der hauptsächlichste Gebäudeschaden ist in der Tat während des mehrjährigen Stellungskampfes entstanden, der sich mit verhältnismäßig geringen Frontveränderungen in einer ziemlich engbegrenzten Zone abspielte.

Es ist ohne weiteres klar, dass in einem schmalen Geländestreifen, in dem jahrelang in wechselvollem Kampfe und mit den verheerendsten neuzeitlichen technischen Mitteln um jeden Fußbreit Boden gerungen wird, wo es aus kampftaktischen Gründen darauf ankommt, dem Gegner nach Möglichkeit jede Lebens- und Unterkunftsbedingung zu nehmen, allmählich jedes Haus und jede Ortschaft, die zur Verteidigung und zur Unterbringung von Truppen und Material diente, von beiden Parteien schließlich zum Trümmerhaufen geschossen wird.

In einem solchen jahrelangen Ringen auf Tod und Leben treten alle menschlichen Rücksichten den harten Notwendigkeiten der Kriegführung gegenüber zurück. Erst recht aber, wenn in diesem Stellungskampf, wie es im Weltkriege der Fall war, ein gelungener Durchbruch an einer Stelle von entscheidender Bedeutung für die Gesamt-Front werden mußte.

Ebenso wie beim Vormarsch sind auch an diesen Zerstörungen beide kriegführende Parteien beteiligt. Sie sind es jedoch nicht wie dort zu gleichen Teilen. Vielmehr kann ohne Übertreibung ausgesprochen werden, daß ein überwiegender Teil der Zerstörungen des Stellungskampfes den feindlichen Heeren zur Last fällt und nicht den deutschen.

Zwei Momente, von denen jedes einzelne von größter Bedeutung ist, erklären dies ohne weiteres:

1. Die ungeheure Überlegenheit der Alliierten, denen die Industrie und die Hilfsmittel der ganzen Welt zur Verfügung standen, an Artillerie, Munition und allen sonstigen Kampfmitteln auf der gesamten Kampffront und während der ganzen Dauer des Krieges. Diese Überlegenheit an Material war es bekanntermaßen auch, die den deutschen Erfolg stets auf das stärkste beeinträchtigte. Oft drohte sie geradezu zu einer Katastrophe zu führen, so daß es nur der eisernen Zähigkeit und dem opferwilligen Einsatz unserer Infanterie zu verdanken war, wenn trotzdem die deutsche Front dem feindlichen Anprall standhielt.

2. Die fortgesetzten Versuche der Alliierten in allen Kriegsjahren, die deutsche Front zu durchbrechen, führten hauptsächlich zu folgenden, oft monatelang dauernden Abwehrschlachten, deren Heftigkeit in der Kriegsgeschichte ihresgleichen nicht kennt:

Gegend	Dauer	Frontbreite des Angriffs	Äußerste Tiefe des Kampffeldes
Somme 1916	5 Monate	rund 40 km	rund 10 km
Flandern 1917	$3^1/_2$ Monate	rund 26 km	rund 7 km
Arras 1917	1 Monat	rund 30 km	rund 6 km
Doppelschlacht Aisne-Champagne 1917	$1^1/_2$ Monate	rund 47 km	rund 5 km
Laffaux und Chemin des Dames 1917	10 Tage	rund 34 km	6 km
Cambrai 1917	10 Tage	18 km	9 km

Bei allen diesen Durchbruchsversuchen, die wie vorstehende Tabelle zeigt, verhältnismäßig schmale deutsche Frontstrecken trafen, hatte der Gegner jedesmal sein gesamtes, verfügbares Kampfmaterial zusammengezogen und nie dagewesene Munitionsmengen angehäuft.

Trotzdem gelang es ihm da, wo er überhaupt Erfolg hatte, nur schrittweise und oft erst nach tagelang wiederholtem Trommelfeuer vorzudringen.

Im Höchstfalle konnte der Feind überdies in diesen oft monatelang andauernden Schlachten nur 10 km Gelände der Tiefe nach gewinnen.

Durch diesen Einsatz gewaltigen Materials in fast stationären Kämpfen, ist natürlich kein Stein auf dem anderen geblieben, und das gesamte Gelände in eine wahre Wüste verwandelt worden.

Die beigefügten Bildtafeln II—V bringen dies klar zum Ausdruck.

Tafel II zeigt Städte und Dörfer der Kampfzone zur Zeit der gewöhnlichen Stellungskämpfe in den Jahren 1914 bis 1917.

Tafel III zeigt an einem Beispiel die allmählich fortschreitende völlige Vernichtung der Ortschaften durch das alliierte Feuer im Laufe der Kampfjahre.

Tafeln IV—V zeigen das gleiche aus dem Gebiet der sogenannten großen Abwehrschlachten. Diese Tafeln zeigen auch besonders an der Hand von Fliegerbildern die ungeheure Wirkung der zahllosen feindlichen Artillerie, die das Gelände in eine wahre Trichterwüste verwandelte.

Es ist nochmals zu betonen, daß der deutsche Anteil an dieser Zerstörung französischen und belgischen Gebietes ein weit geringerer ist, als der alliierte, wie sich aus unserer Unterlegenheit an Artillerie und Munition ganz von selbst ergibt.

Allerdings haben auch die Ortschaften, die in und unmittelbar hinter der feindlichen Front lagen, wie z. B. Ypern, Arras, Soisson, Reims, Verdun stark unter dem deutschen Artilleriefeuer gelitten; Verdun als Festung besonders während des deutschen Angriffes 1915. Diese Städte sind aber keineswegs, wie uns jetzt unterschoben wird, in der Absicht unter Feuer genommen worden, sie planmäßig zu verwüsten, sondern lediglich aus militärischen Gründen, d. h. um die in ihnen untergebrachten Truppen, Batteriestellungen und sonstigen feindlichen Kampfeinrichtungen zu fassen. Es ist z. B. unbestritten, daß in den vorgenannten Städten feindliche Artillerie in Stellung gebracht war, die zu bekämpfen für die deutsche Artillerie eine Notwendigkeit war.

Vielfach sind sogar diese Städte auch wochenlang geschont und von der deutschen Artillerie nur als Vergeltungsmaßnahme beschossen worden, wenn weit hinter unserer Front gelegene, mit belgischen und französischen Einwohnern dicht besetzte Ortschaften von der feindlichen Artillerie rücksichtslos unter Feuer genommen wurden. So z. B. Reims für die Beschießung der Ortschaften Witry-les-Reims, Cernay-les-Reims, Berru, Nogent l'Abesse, Bazancourt, Warmériville, Pont Faverger u. a. Aber auch diese Beschießungen durften als Vergeltung nur mit ausdrücklichem Einverständnis der vorgesetzten Kommandostellen ausgeführt werden.

Nachstehende Beispiele geben hierfür einwandfrei Zeugnis:

Armeegruppe von Haenisch meldet am 3. 8. 15 an A. O. K. 3:

„Als Erwiderung auf die andauernde Beschießung unserer rückwärtigen Unterkünfte durch Artillerie und Flieger, wurde die bis dahin von der Armeegruppe nicht beschossene Stadt Reims am Dienstag den 20. Juli eine Stunde lang mit 250 Schuß schwerer Artillerie belegt, unter ausdrücklicher Schonung der Kathedrale und ihrer Umgebung. Seitdem wurde die Stadt nicht mehr beschossen, sondern nur die im Weichbild der Stadt feuernden Batterien mit zusammen 43 Schuß innerhalb 12 Tagen bekämpft. Die Stadt darf nur auf ausdrücklichen Befehl der Armeegruppe beschossen werden!"

Meldung des A. O. K. 3 an O. H. L. am 4. 8. 15:

„Nach Pariser Meldungen soll Reims in der Zeit vom 27. bis 30. Juli stark beschossen sein. Die ganze Meldung ist erlogen. A. O. K. Ia Nr. 5245 t."

Spruch vom VIII. R. K. vom 27. 1. 16, 1^{20} nachm.

An A. O. K. 3

„Die Franzosen haben heute, 12 Uhr mittags, die Ortschaften Witry-les-Reims Berru, Cernay-les-Reims und Nogent l'Abesse mit je 10—15 Schuß beschossen.

Das Generalkommando billigt den Entschluß der 4. I.-D. die Stadt heute 2^{30} nachm. als Vergeltung mit einem Feuerüberfall zu belegen. VIII. R.K., gez. Major Henz."
30. 10. 16, 8^{30} abends. An 1. O. H. L.

An 2. Heeresgruppe Kronprinz des Deutschen Reiches.

Die im heutigen französischen Zeitungsdienst gemeldete Beschießung von Reims erfolgte — wie in der Morgenmeldung vom 26. 10. und in der Meldung vom 27. 10. 16 angegeben — lediglich deshalb, weil die Franzosen am 25. 10. 16 die nordöstlich Reims gelegenen und von ihren eigenen Landsleuten noch bewohnten Orte Witry, Warmériville und Pont Faverger unter anhaltendes, schweres Artilleriefeuer genommen hatten. A. O. K. 3 Ia 7890 t.

Diese Tatsachen zeigen einwandfrei, wie sehr sich die deutschen Kommandobehörden, trotz aller Schwierigkeiten unserer Lage und trotz des rücksichtslosen Auftretens unserer Feinde stets bemüht haben, menschliche Rücksichten walten zu lassen und den Schaden von den feindlichen Bewohnern, soweit es die Kriegslage gestattete, abzuwenden.

Die Behauptung, deutsche Truppen hätten „mutwillige" Zerstörungen vorgenommen, wird so auf das klarste widerlegt. Aber abgesehen von den rein menschlichen Rücksichten, die gegen solche Verwüstung sprachen, zeigt auch eine einfache Überlegung, daß die deutsche Heeresleitung das höchste Interesse daran hatte, kein Haus, keinen Raum, keine Unterkunft ohne die zwingendste militärische Notwendigkeit zu zerstören.

Die O. H. L. brauchte jede Hütte dringend für die Unterkunft der deutschen Truppen. Denn während der Feind seine Angriffe stets mit frischen Divisionen erneuerte, erforderte unsere zahlenmäßige Unterlegenheit den wiederholten Einsatz derselben Divisionen, oft schon nach kaum 6tägiger Ruhe. Und selbst diese kurzen Pausen mußten die Divisionen meist dicht hinter der Schlachtfront verbringen, da eben ihre Bereitschaft zu neuem Einsatz jederzeit erforderlich war. Diese Lage zwang sogar die deutsche Heeresleitung ganze Barackenstädte neu zu errichten, um der Unterkunftsnot zu steuern.

Unter diesen Umständen wäre es geradezu unsinnig gewesen, Ortschaften ohne zwingenden Grund zu zerstören und das Gelände zu verwüsten. Vielmehr war die sorgfältige Schonung des besetzten Gebietes schon aus Selbsterhaltungstrieb die erste Pflicht der deutschen Kommandobehörden.

Die Zerstörungen während der deutschen Offensive 1918.

Die Kriegslage zu Lande war um die Jahreswende 1917/18 durch den Ausfall Rußlands eine verhältnismäßig günstige geworden. Zahlreiche Kräfte wurden im Osten für die Westfront verfügbar. Diese Lage führte zu den großen deutschen Offensiv-Stößen in der ersten Hälfte des Jahres 1918:

1. Die März-Offensive der 17., 2. und 18. Armee errang den größten Geländegewinn. Da sie aber größtenteils über das Gebiet, das seit dem deutschen Rückzuge in die Siegfriedstellung (1917) (siehe S. 126 ff.) bereits zerstört war, führte, hatte sie so gut wie gar keine neuen Zerstörungen im Gefolge. Namentlich die einleitenden gewaltigen Artilleriekämpfe, die bekanntermaßen stets die größte Wirkung hatten, fanden in einem Gelände statt, in dem tatsächlich kein unzerstörtes Haus mehr vorhanden war. Als der deutsche Angriff in seinem weiteren Verlauf die im Jahre 1917 weniger zerstörten Gebiete erreichte, nahm er wieder mehr den Charakter des Bewegungskampfes an, ähnlich unserem Vormarsch 1914. Hierbei aber litten die Ortschaften in nur geringem Maße.

Auch hier war es wieder die französische Artillerie, die aus vielen Ortschaften einen Trümmerhaufen machte, als die Offensive zum Stehen kam. Bildtafel III zeigt das klar an dem Beispiel Noyon.

2. Die April-Offensive bei Armentières brachte nur geringen Geländegewinn; auch sie ging über eine Kampfzone hinweg, die durch die vierjährigen Stellungskämpfe bereits zum größten Teil zerstört war. Von wesentlichen Zerstörungen kann also auch bei diesem Angriff nicht die Rede sein. (Vgl. auch die nachstehenden Bilder von Bailleul, das unter dem deutschen Angriff nur wenig litt.)

Bailleul.

Die Bilder kennzeichnen die geringe Zerstörungswirkung der deutschen Offensive in den vorher unzerstört gewesenen Orten des Angriffsgebietes.

Fismes.

Die Bilder beweisen, daß die Stadt völlig unzerstört bei der Offensive in deutsche Hand fiel.

3. Die Juni-Offensive der 7. Armee gegen die Marne traf gleichfalls in ihrem ersten Stoß eine bereits stark zerstörte Kampfzone. Als sie dann über diese hinauskam, trug sie wiederum mehr den Charakter des Bewegungskrieges mit seiner geringen Zerstörungswirkung, wie die nebenstehenden Bilder der Stadt Fismes gleichfalls zeigen. Erst als der deutsche Angriff zum Stehen kam und die feindlichen Gegenangriffe einsetzten, wurden auch die Ortschaften wieder stärker mitgenommen. Es ist aber auch hier zu betonen, daß der feindlichen Artillerie, entsprechend ihrer gewaltigen numerischen Überlegenheit, der Hauptanteil hieran zur Last fällt.

4. Die 4. Offensive, östlich Reims (Juli 1918), mißlang. Sie erreichte nur das zweite feindliche Stellungssystem, kam also über die bisherige Kampfzone nicht hinaus. Besondere Zerstörungen hatte sie daher nicht im Gefolge.

Die bei der deutschen Offensive 1918 entstandenen Verwüstungen waren also im ganzen gering; sie sind eine direkte Folge des Kampfes und fallen zum mindestens zu gleichen Teilen den alliierten wie den deutschen Heeren zur Last. Irgendein Verstoß gegen das Völkerrecht kann auch in ihnen nicht erblickt werden.

Die planmäßigen Zerstörungen.

Die bisher erörterten Verwüstungen sind, wie wir sahen, durch Kampfhandlungen entstanden, an denen beide Parteien beteiligt waren.

Außerdem wurden von deutschen Truppen aber auch planmäßige Zerstörungen vorgenommen. Dies wird offen zugegeben und ist nie bestritten worden. Gegen sie richtet sich der Hauptvorwurf der Entente. Dies vor allem sind die „mutwilligen Verwüstungen", von denen Lloyd George und Clemenceau sprechen, und hiermit begründen sie besonders den Vorwurf der Barbarei, des Vandalismus und all jener Schmähworte, die man noch heute gegen uns schleudert. Hätten wir wirklich jene planmäßigen Zerstörungen ohne militärisch zwingende Gründe mutwillig vorgenommen, so träfe uns allerdings eine große Schuld. Aber demgegenüber behaupten wir:

Diese planmäßigen Zerstörungen bildeten eine militärisch notwendige und daher völkerrechtlich völlig zulässige Maßregel, die durch die Kriegslage und durch unsere Rückzugsbewegungen in den Jahren 1917 und 1918 bedingt war.

Der deutsche Rückzug in die Siegfriedstellung 1917.

Die militärischen Gründe der Rückzugsbewegungen.

Um die deutschen Maßnahmen und ihre militärische Berechtigung verstehen zu können, müssen erst kurz die Gründe dargelegt werden, die diesen Rückzug veranlaßten.

Seit dem Herbst 1916 war Deutschlands militärische Lage überaus ernst. Mit allen Mitteln versuchte die Entente den Widerstand der Mittelmächte endgültig zu brechen. Im Westen hatte die Somme-Schlacht die besten deutschen Truppen zermürbt. Dabei erreichten die englischen Truppen erst zu diesem Zeitpunkt ihre höchste Zahl. Zahlenmäßige Übermacht und materielle Überlegenheit des Gegners an Artillerie und Munition machten sich fast überall geltend. Dazu setzten Oktober 1916 neue starke Angriffe gegen die deutsche Verdun-Front ein und der Dezemberangriff des Generals Petain erschütterte die deutsche Westfront vorübergehend bis zur Krisis.

Diese an sich schon schwierige Lage wurde infolge der Vorgänge an der Ostfront noch kritischer.

Im Osten stand die Brussilow-Offensive bevor, so daß trotz unserer ungünstigen Lage im Westen noch erhebliche Kräfte an die Ostfront abgegeben werden mußten.

Der Einfall Rumäniens in Siebenbürgen erforderte erneute Abgaben und schwächte die deutsche Front in Frankreich noch mehr. Den seit Monaten in der Abwehr unerhört abgehetzten Truppen konnte fast keine Ruhe mehr gewährt werden.

Allerdings gelang es trotz dieser ungeheuren Beanspruchung des deutschen Heeres,

den russischen Vorstoß aufzufangen und im Dezember die Rumänen entscheidend zu schlagen. Auch im Westen blieb der Entente der Durchbruch versagt. Trotzdem blieb die deutsche militärische Lage nach wie vor sehr kritisch.

Im Frühjahr 1917 mußte mit der Fortsetzung der Somme-Offensive und der feindlichen Angriffsoperation auf breitester Grundlage gerechnet werden. Die langgestreckte russische und rumänische Front mit ihren immer wieder auflebenden Kämpfen hielt anderseits die dorthin überführten deutschen Kräfte auch fernerhin fest, so daß die außerordentliche Schwächung der Westfront bestehen blieb.

Das erste deutsche Friedensangebot vom 12. 12. 16, das den ehrlichen Willen kundtat, zur Verständigung mit den Feinden zu gelangen, wurde von der Entente abgelehnt! Sie bewies damit klar ihren unabänderlichen Willen, Deutschland zu vernichten.

So blieb auch Deutschland nichts anderes übrig, als sich weiter mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg, in dem die Marinebehörden ein entscheidendes Kampfmittel sahen, wurde nunmehr befohlen. Man hoffte mit seiner Hilfe die Entente für den Frieden geneigter zu machen. Zu Lande war dagegen ein ausschlaggebender Erfolg vorerst nicht zu erwarten. Auf der Westfront mußte daher das deutsche Heer unter möglichster Schonung seiner Kräfte dem feindlichen Ansturm weiterhin standhalten, bis der U-Bootkrieg wirksam wurde.

Anfang Dezember 1916 wurden die erwarteten neuen großen Angriffsvorbereitungen der Engländer gegen die 6. und 1. Armee in Gegend Arras erkennbar. Um das Bild noch zu vervollständigen und damit die kritische Lage der Westfront überzeugend ersichtlich zu machen, muß schließlich noch erwähnt werden, daß eine nachhaltige Verbesserung der bisherigen, an sich nicht sehr starken und durch die vorausgegangenen Kämpfe vielfach völlig zerstörten Stellungen infolge der Ungunst des Wetters mißlungen war.

Aus dieser Lage heraus entstand der Entschluß zum Rückzug in die Siegfriedstellung.

Die Ziele des Rückzuges.

Die militärischen Vorteile, die dieser Rückzug bringen sollte, waren Kräfteersparnis, Zeitgewinn und Ruhe für die erschöpften deutschen Truppen.

Eine erhebliche Kräfteersparnis gewährte ohne weiteres die beträchtlich kürzere Siegfriedfront. Die bisherige Front betrug 186 km, die neue Siegfriedfront 143 km. Erstere war besetzt mit 34 Divisionen, für letztere reichten 20 Divisionen aus, wenn die Stellung stark genug ausgebaut und den Divisionen dementsprechend größere Abschnitte zugeteilt werden konnten.

Dieser starke Ausbau der Siegfriedstellung aber kostete Zeit. Er konnte erst in Monaten beendet sein. Den gleichen Zeitgewinn brauchte auch die Truppe zur Wiederherstellung ihrer sehr erschöpften Kampfkraft. Sonst hätte selbst der stärkste Ausbau der Siegfriedstellung und der Gewinn von 14 Divisionen als Reserve wenig genutzt. Mit einer einfachen Zurücknahme der Truppen in die Siegfriedstellung war aber dieser Zeitgewinn nicht erzielbar. Zwar wäre der Gegner dann zu einem gänzlich neuen Truppen- und Nachschubaufmarsch gezwungen gewesen; er hätte diesen aber in wenigen Wochen durchführen und schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem neuen Angriff vor der neuen deutschen Front bereitstehen können.

Das Ziel der Obersten Heeresleitung — Zeitgewinn von mehreren Monaten — konnte nur erreicht werden, wenn dem Feinde dieser Aufmarsch und die Bereitstellung zu einer neuen Offensive aufs äußerste erschwert wurde.

Diesem militärischen Zwecke dienten die planmäßigen deutschen Zerstörungsmaßnahmen.

Die deutschen Zerstörungsmaßnahmen.

Zur Verlangsamung des feindlichen Vormarsches diente die Zerstörung der Bahnen, Straßen, Brücken, Telegraphen- und Fernsprechverbindungen, das Unbrauchbarmachen der Brunnen usw. Über diese Zerstörungen braucht kein Wort verloren zu werden. Sie sind ein bekanntes Kampf- und Hilfsmittel der Truppenführung bei allen Rückzugsbewegungen. Bildtafel VII zeigt, daß die Alliierten im Weltkriege in völlig gleicher Weise verfuhren. Dem gleichen Zweck diente auch die Entfernung aller Vor-

räte. Der Gegner mußte gezwungen werden, alle Lebensbedürfnisse für sein Heer von weit rückwärts her auf den schwierigsten Wegen nachzuführen, so daß schon aus Verpflegungsgründen die täglichen Marschleistungen nur wenige km betragen konnten. Auch die Feldfrüchte durften ihm aus diesem Grunde nicht überlassen werden.

Daß alle von Deutschen neuerrichteten militärischen Anlagen, wie Baracken, technische Betriebe, Magazine, vernichtet wurden, ist selbstverständlich und da es sich um deutsches Material handelte, eigene Angelegenheit der deutschen Kommandobehörden. Dem Gegner durften keine militärischen Hilfsmittel überlassen werden, die seine Operationen unterstützen konnten. Bildtafel VII zeigt, daß auch in dieser Beziehung die Alliierten auf ihren Rückzügen im Weltkriege von den gleichen Maßnahmen in umfangreicher Weise Gebrauch gemacht haben.

Am schärfsten aber hat der feindliche Propagandadienst — und wie gesagt werden muß mit großem Erfolg — die planmäßige Zerstörung der Ortschaften, Wälder und Obstplantagen ausgenutzt, um das deutsche Heer der bewußten Barbarei und einer bodenlosen Zerstörungslust zu zeihen. Auch diese Zerstörungen waren aber aus den erst angeführten strategischen und militärischen Erwägungen heraus unbedingt nötig.

Wenn die Ortschaften zerstört wurden, so geschah dies lediglich, um einen neuen feindlichen Angriff zu verzögern und um die Angriffskraft der alliierten Truppen zu lähmen. Es ist klar, daß ein starkes feindliches Heer, das in rauher Jahreszeit ständig unter freiem Himmel biwakieren muß, erheblich an Kraft und Angriffslust einbüßt, daß ferner die Errichtung neuer Unterkunftsgelegenheiten für Truppen, Material und Proviant außerordentliche Zeit und Arbeitskräfte kostet. Aus diesen militärischen Erwägungen heraus haben die Russen im Weltkriege, wie die Tafel IX zeigt, sich nicht gescheut, sogar ihre eigenen Städte anzuzünden und zu zerstören, um den deutschen Vormarsch zu hemmen.

Wenn die Wälder und Obstplantagen niedergelegt wurden, so hatte dies zum Ziel, dem Gegner jede Gelegenheit zu nehmen, seinen Aufmarsch vor der neuen deutschen Front ungesehen durchzuführen. Im Schutze der Bäume hätte er seine Truppen ungestört versammeln, Munition und alles übrige für einen Angriff Erforderliche bereitstellen können, ohne daß die deutsche Luftaufklärung diese Maßnahmen rechtzeitig erkannt hätte. In dem planmäßig hergerichteten deckungslosen Gelände wurde dagegen jede feindliche Bewegung sofort bemerkt und konnte unter schärfstes Feuer genommen werden. Der Feind mußte sich daher unter den schwierigsten Verhältnissen und unter unendlichen Mühen in der Nacht und durch umfangreiche Neuanlagen an die deutsche Front heranarbeiten. Die Russen haben im Weltkriege aus gleichen Gründen einen Teil ihrer eigenen Wälder in Brand gesteckt, wie die Bildtafel IX gleichfalls zeigt.

Wenn uns schließlich vorgeworfen wird, die Obstplantagen niedergelegt, dagegen einzelne Pappeln stehen gelassen zu haben, und wenn daraus ein Akt besonderer Brutalität und eines unerhörten Vernichtungswillens konstruiert wird, so bedenke man, daß die stark belaubten Obstbäume eine ganz andere Fliegerdeckung gewährten und damit ganz anderen taktischen Wert besaßen, als die schlanken wenig belaubten und nur in einzelnen Exemplaren vorhandenen Pappeln. (Vergleiche im übrigen auch die gleichen Maßnahmen der Belgier 1914, Tafel VII.) Einzelne Pappeln ließ man auch bewußt stehen, weil diese hohen Bäume bei den Rückzugskämpfen, bei Ausführung der Siegfriedbewegung, und bei dem Kampf im Vorgelände der Siegfriedstellung für die deutsche Artillerie glänzende Richt- und Entfernungsmarken bildeten, die in dem sonst ziemlich nivellierten Gelände für Kampfzwecke dringend gebraucht wurden.

Es ist geradezu absurd zu behaupten, daß die Niederlegung der Obstbäume erfolgte, um die Feindmächte wirtschaftlich zu schädigen. Der für die Ernährung Frankreichs kaum ins Gewicht fallende Obstertrag der vernichteten Plantagen spielte für die deutsche Oberste Heeresleitung im Rahmen der großen Kriegsfragen überhaupt keine Rolle.

Die Zerstörung der Ortschaften und Geländebedeckung war daher gleichfalls lediglich ein militärisches Mittel, um den Zweck der ganzen Siegfriedoperation — Kräfteersparnis, Zeitgewinn und Ruhe für die Truppen — unbedingt zu erreichen.

Das zeigt einwandfrei nachstehender Befehl der Heeresgruppe, die die Gesamtrückzugsbewegung zu leiten hatte:

Heeresgruppe Kronprinz von Bayern H. O. 13. 2. 17
Oberkommando Ia Nr. 2264 geh.

„Der Hauptzweck der Operation ist:
Einsparen an Truppen und Mitteln aller Art.
Ich bitte die Herren Oberbefehlshaber dafür Sorge zu tragen, daß dieser Gedanke allen Maßnahmen und Anordnungen zugrundegelegt wird. Nur dann wird der Zweck der Operation erreicht und können der O. H. L. möglichst starke Kräfte für eine bestimmte Zeit zur Verfügung gestellt werden.
Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Der Rückzug in die planmäßig ausgewählte, durch besondere Mittel befestigte Stellung mit ihrem zerstörten Vorfeld, stellt den Feind vor ganz neuartige, schwierige Aufgaben. Wie er sich damit abfindet, läßt sich kaum voraussehen. Auf lange Zeit hinaus verfügt er — außer an den äußersten Flügeln der Siegfriedstellung — nicht über die geringsten Angriffsvorbereitungen. Auf weiten Strecken sind seine rückwärtigen Verbindungen unterbrochen. Im Feuer des Verteidigers muß er sich an die Stellung heranarbeiten, deren Tiefe nach dem Rückzug noch rechtzeitig vervollständigt werden kann.

Der Oberbefehlshaber
gez. Rupprecht von Bayern, Kronprinz."

Schweren Herzens und nur aus der Not heraus hatte sich die O. H. L. zu ihren Maßnahmen entschlossen. Sie ordnete überdies, um auch bei dieser Operation jede unnötige Härte zu vermeiden, eine gründliche Zerstörung der Ortschaften, Wälder usw. nur in dem engeren Angriffsgelände der Siegfriedfront an. So heißt es in dem Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres:

Ia Nr. 746 geh. Op. 1. 11. 16

„Zu III. Die Ortschaften sind nur im Angriffsgelände (bis 15 km Entfernung) gründlich zu zerstören. Städte wie Noyon, Ham usw. sind zu schonen."

Daß dieser Befehl der Obersten Heeresleitung von den deutschen Truppen auch wirklich befolgt wurde, zeigen beispielsweise nebenstehende Bilder der Stadt Ham und Noyon, die im Jahre 1918 aufgenommen sind, als die deutsche Märzoffensive das bei der Siegfriedbewegung geräumte Gelände zurückeroberte.

Der militärische Erfolg der Rückzugsbewegung.

Es bleibt schließlich zu untersuchen, ob der von der deutschen Heeresleitung erstrebte militärische Erfolg erreicht wurde. Diese Frage ist zu bejahen und damit ist der Endbeweis erbracht, daß die deutschen Zerstörungsmaßnahmen bei der Siegfriedbewegung als „militärische Notwendigkeiten" im Sinne der Haager Landkriegsordnung angesehen werden müssen.

Starke feindliche Angriffe an der Somme und nördlich der Oise standen als Teile der großen englisch-französischen Frühjahrsoffensive 1917 unmittelbar vor ihrer Ausführung, als die Siegfriedbewegung planmäßig einsetzte. Der feindliche Feldzugsplan wurde völlig durchkreuzt. Ein Aufmarsch zu neuem Angriff gegen die starke Siegfriedfront war in dem unwirtlichen und zerstörten Gelände auf absehbare Zeit unmöglich. Der Zeitgewinn vor allem erwies sich als von größter Bedeutung. Auf Monate hinaus war die gesamte Siegfriedfront als Angriffsziel für den Gegner ausgeschaltet und gleichzeitig ein Ruheplatz für abgekämpfte Divisionen geworden. In Abänderung seiner bisherigen Angriffsabsichten sah sich der englische Oberbefehlshaber zu einem neuen Aufmarsch bei Arras gezwungen und die Franzosen waren infolge des deutschen Rückzuges von der Somme genötigt, ihre Offensive an die Aisne zu verlegen. Aber diese Offensive endete mit einem vollen Mißerfolg, da die deutsche Heeresleitung nunmehr auch genügend ausgeruhte Reserven zur Verfügung hatte, um den dortigen französischen Angriff zurückzuschlagen.

Der militärische Erfolg des Jahres 1917, der sonst der Entente kaum hätte entgehen können, ist also in erster Linie der Rückverlegung der deutschen Front und den hierbei angewandten Zerstörungsmethoden zuzuschreiben.

Der Leser wird nach diesen Darlegungen jetzt auch verstehen, daß die Entente ihren

wie bei Noyon, daß die Stadt bei der Siegfried-Bewegung dem Befehle der deutschen O. H. L. entsprechend völlig unzerstört blieb.

Deutsche Truppen März 1918 nach der Rückeroberung der Stadt in den völlig unzerstörten Straßen.

Noyon.

Französische Truppen rücken 1917 nach dem Rückzuge der Deutschen in dem unzerstörten Noyon ein. (Aus dem franz. Führer Michelin, Paris.)

großen Mißerfolg durch um so heftigere Vorstöße ihrer Presse über Deutschlands barbarische Kriegführung und Zerstörungswut auszugleichen suchte.

Die Londoner Truth hat diesen deutschen Rückzug als „größte strategische Meisterleistung" anerkannt.

Der schweizerische Oberstleutnant Frey, der Mitte 1917 die deutsche Westfront besuchte, und der dabei Gelegenheit hatte, das Rückzugsgebiet zwischen Arras und Reims zu besichtigen, wandte sich in der Baseler Nationalzeitung (27. 7. 17) heftig gegen die im Ausland verbreitete Auffassung, daß bei der Zurücknahme der Front unnütze Zerstörungen verübt worden seien. „Ich habe" — so schrieb er — „selbst die vor den deutschen Stellungen niedergelegten Dörfer mit eigenen Augen gesehen, aber als Militärperson mich ohne weiteres von der dringenden Notwendigkeit jener Zerstörungen überzeugen müssen. Man muß mehr Verständnis dafür haben, daß im Kriege nur die militärischen Zwecke entscheiden können."

Der Engländer Stephen Graham schreibt in seinem Buch „A private in the guards", S. 208, über die englische Kriegführung: ...„An vielen Brunnen tauchte die Inschrift auf ‚Vorbereitet für die Zerstörung', an Brücken las man ‚Warnung! Die Brücke ist unterminiert' ...Wir waren vorbereitet zu einem Rückzug nach dem Muster des deutschen Rückzuges im März 1917, als die Deutschen die Felder der Sommeschlacht verließen. Es ist vielleicht fraglich, ob wir auch die Obstbäume abgeschlagen hätten, wie sie es taten. Aber wir würden dem Feinde eine unbewohnbare Wüste hinterlassen haben."

Diese offenherzige englische Stimme ist ein Beweis dafür, daß auch die englische Heeresleitung gleiche Maßnahmen, wie wir sie bei der Siegfriedbewegung ausführten, für erforderlich und im Sinne des Kommentars des Prof. Holland zu der Haager Landkriegsordnung (S. oben S. 121) nach dem Völkerrecht für berechtigt hielt.

Man vergleiche nun mit diesen Darlegungen den Teil dieser Schrift, in dem geschildert ist, in welchem Umfange die Heere der Alliierten in ihren Feldzügen vor dem Weltkrieg von ähnlichen Zerstörungsmaßnahmen Gebrauch gemacht haben, obwohl sie sich in keineswegs gleich kritischer Lage befanden wie die deutschen Truppen 1917. Man halte sich vor allem die Maßnahmen der Russen 1914 und 1915 vor Augen (Tafel IX), die sich sogar nicht gescheut haben, ihre eigenen Städte und Dörfer rücksichtslos niederzulegen, um den deutschen Vormarsch aufzuhalten.

Dann aber stelle man sich die Frage: Sollte die deutsche Heeresleitung den drohenden Zusammenbruch der Westfront 1917 stillschweigend mit ansehen? Sollte sie sich etwa scheuen — in völligem Gegensatz zu der Handlungsweise unserer Feinde in früheren Jahren und im Weltkriege — diejenigen Kampfmittel anzuwenden, die das Völkerrecht und die Lehre unserer Feinde uns boten?

Das deutsche Volk hätte dann wohl mit vollem Recht der deutschen Führung einen schweren Vorwurf machen können.

Die Zerstörung der Ortschaften an der Siegfriedfront durch die engl.-franz Artillerie

Es muß auch in diesem Abschnitt darauf hingewiesen werden, daß die Vernichtung der deutscherseits unzerstört gelassenen Ortschaften in und hinter der neuen Siegfriedfront später sofort einsetzte, als die alliierten Truppen ihren Aufmarsch vor der neuen deutschen Front durchgeführt hatten. Zu diesem Zeitpunkt war es besonders die Stadt St. Quentin mit ihrer herrlichen Kathedrale, die der Zerstörung anheimfiel, und deren Untergang die ganze Welt in Aufregung versetzte. Auch hier hat es der alliierte Propagandadienst verstanden, die Schuld an der Zerstörung der Stadt den Deutschen in die Schuhe zu schieben, obwohl es tausendfältig verbürgt ist, daß die feindliche Artillerie die Stadt in Trümmer schoß (Bildtafel XII).

Nachstehender Auszug aus den Kriegsakten des 18. A. K. vom 14. 4. bis 8. 10. 17 gibt hierüber klaren Aufschluß:

4. 4. 17: Die feindliche Artillerie feuerte lebhaft auf den Südteil von St. Quentin, auf die Inselvorstadt und die Kanalbrücken.

6. 4. 17: Die Inselvorstadt erhielt Feuer schwersten Kalibers. Die Kathedrale wurde durch mehrere Schrapnells leicht beschädigt.

10. 4. 17: Die Inselvorstadt von Quentin erhielt Schrapnell und Granatfeuer.

11. 4. 17: Von 2 Uhr nachm. ab steigerte sich das Feuer, das zeitweise einen trommelfeuerartigen Charakter annahm, zu ziemlicher Heftigkeit. Vor allem lag es auf der Inselvorstadt. Zahlreiche Häuser in Quentin wurden zerstört.
18. 4. 17: Rathaus und Börsenturm von Quentin wurden beschädigt.
20. 4. 17: Auch die Inselvorstadt von Quentin wurde beschossen, wobei die Kathedrale von 8 bis 10 Geschossen leichter Kaliber getroffen wurde.
22. 4. 17: Außer einem Feuerüberfall in die Gegend der Kathedrale war die Tätigkeit des Feindes geringer wie an dem vorhergehenden Tage.
28. 4. 17: Auch der Ostteil von Quentin wurde lebhafter beschossen.
30. 4. 17: Die Kathedrale von Quentin erhielt 5 Treffer.
9. 5. 17: Kleinere Feuerüberfälle auf Quentin.
19. 5. 17: Feuerüberfälle auf das Stadtinnere und Ausgänge von Quentin.
26. 5. 17: Streufeuer auf Stadt Quentin.
3. 6. 17: Die Stadt Quentin lag am Vormittag unter dem Feuer mittlerer und schwerer Kaliber.
11. 6. 17: Die Stadt Quentin, vornehmlich die Inselvorstadt, erhielt etwa 150 Schuß mittleren Kalibers.
9. 8. 17: Die Kathedrale erhielt 5 Treffer.
11. 8. 17: Die Kathedrale erhielt 8 Volltreffer.
13. 8. 17: Die Kathedrale erhielt 17 Volltreffer.
14. 8. 17: Die Kathedrale erhielt 7 Volltreffer.
16. 8. 17: Am 15. 8. von 7^{30} Uhr bis 12^{30} Uhr nachts richtete der Feind mit 6 Batterien planmäßig sehr starkes Zerstörungsfeuer mittleren und leichten Kalibers, darunter zahlreiche Gasgranaten, auf die Kathedrale und Umgegend im ganzen mindestens 3000 Schuß. Es gelang ihm, das an die Kathedrale anschließende Pfarrhaus in Brand zu schießen. Das Feuer sprang auf die Kirche über, die bald in Flammen stand. Jegliche Löscharbeit wurde durch das feindliche Feuer unmöglich gemacht. Der Börsenturm und der Justizpalast erhielten bei der Beschießung mehrere Treffer.
17. 8. 17: In der Gegend der Kathedrale brach durch die feindliche Beschießung mehrfach Feuer aus.
20. 8. 17: Der Börsenturm wurde mit etwa 50 Schuß mittelschweren Kalibers beschossen und erhielt mehrere Volltreffer.
22. 8. 17: Sehr schweres Störungsfeuer leichter und mittlerer Kaliber auf Quentin. Hauptsächlich der westliche Stadtteil. Der Marktplatz wurde zweimal mit Feuerüberfällen, darunter auch Gasgranaten, belegt.
24. 8. 17: Das starke feindliche Feuer lag hauptsächlich in der Gegend der Kathedrale. Durch Brandgranaten wurden Brände in der Inselvorstadt hervorgerufen.
25. 8. 17: Gleichzeitig wurden Quentin und ihre Ostausgänge beschossen, wobei der Gegner vielfach Brand- und Gasgranaten verwendete. In Quentin entstanden mehrere Brände. 15 Häuser, darunter das Nonnenkloster, sind ausgebrannt.
26. 8. 17: Insbesondere wurde die Brandstelle am Marktplatz von der feindlichen Artillerie mehrfach abgestreut. Am Marktplatz und in Quentin sind weitere drei Häuser durch Überspringen des Feuers in Brand geraten.
1. 9. 17: Der Börsenturm erhielt 4 Volltreffer.
9. 9. 17: Mehrere Feuerüberfälle während der Nacht auf Quentin, besonders Mitte, darunter Gasgranaten. 10 Häuser in der Nähe der Kathedrale wurden in Brand geschossen.
24. 9. 17: Die Ruine der Kathedrale erhielt mehrere Treffer.
2. 10. 17: Durch Brandgranaten entstanden in der Nähe des Börsenturms in Quentin mehrere Brände.

Leutn. Col. Mac Taggert vom 5th Lances Reg. att. to the Gorden High, gefangen bei Fresnoy am 21. 3. 18, sagte aus:

„Die französische Behauptung, die Deutschen hätten die Kathedrale von St. Quentin angezündet, ist absurd; da sie den Deutschen als vorzüglicher Beobachtungspunkt gedient habe, deshalb hatten die Engländer die Kathedrale beschießen wollen. Die Franzosen wollten aber das Bauwerk schonen, schließlich haben die Engländer selbst die Beschießung übernommen."

Bildtafel XII gibt an einigen Beispielen die durch die feindliche Beschießung der Stadt entstandenen Zerstörungen wieder. Sie zeigt vor allem, daß St. Quentin unter der deutschen Verwaltung in den Jahren 1914 bis 1917 völlig unversehrt blieb und beweist damit schlagend, daß wir da, wo militärische Notwendigkeiten nicht dagegen waren, mit allen Kräften für die Erhaltung der französischen Ortschaften gesorgt haben.

Die Ausweichbewegungen einzelner Armeen im Jahre 1918.

Die Räumung des Marnebogens.

Im Juli 1918 setzte die allgemeine Offensive der Alliierten zunächst gegen den rechten Flügel der 7. deutschen Armee ein. Der Angriff brachte dem Gegner wider Erwarten außerordentlichen Geländegewinn und verkürzte damit die an sich schon sehr schmale und ungünstige Operationsbasis der 7. Armee in gefahrdrohender Weise. Die O. H. L. mußte sich entschließen, den bei der Juni-Offensive (S. 126) neugewonnenen Marnebogen wieder aufzugeben.

Die schweren Anstrengungen der Juni-Offensive, die dann folgenden ununterbrochenen Abwehrkämpfe und schließlich der schwierige Rückzug aus dem engen Marnebogen hatten die Kräfte der 7. Armee stark mitgenommen. Andererseits konnten der Armee frische Kräfte, mit denen die erschöpften Truppen hätten abgelöst oder verstärkt werden können, nicht mehr zugeführt werden. Sie blieb, wenn sie ihre neue Stellung hinter der Vesle erreicht hatte, nach wie vor auf ihre eigenen Kräfte angewiesen.

Bei dieser Sachlage war es für die deutsche Führung von höchster Wichtigkeit, zunächst einmal Zeit zu gewinnen, um den Truppen die erforderliche Erholung gewähren und die neue Stellung sachgemäß einrichten und verstärken zu können. Beides konnte nur erreicht werden, wenn dem Gegner das schnelle Nachfolgen verwehrt und ein sofortiger neuer Angriff gegen die Vesle-Stellung verhindert wurde.

Diese rein militärischen Gründe veranlaßten die deutsche Führung eine den Siegfriedmaßnahmen von 1917 analoge Zerstörung des zu räumenden Geländes anzuordnen. Tatsächlich sind diese Zerstörungen aus Mangel an Zeit und Vorbereitung nur äußerst unvollkommen durchgeführt worden. Sie sind jedenfalls weniger umfangreich als die Verwüstungen, die durch den Kampf selbst hervorgerufen wurden. Auch sie waren militärisch berechtigt und sind daher als völkerrechtlich zulässig anzusehen.

Im September 1918 wurde noch einmal an einer anderen Frontstelle eine planmäßige Zerstörung des Vorgeländes der neuen deutschen Stellung angeordnet, und zwar nach Aufgabe des St. Mihiel-Bogens (westlich Metz). Wie gleich gesagt sein mag, ist auch diese Maßnahme mangels Zeit und Kräften nur ganz unvollkommen durchgeführt worden, auch deshalb, weil der feindliche Angriff der geplanten Räumung zuvorkam.

Auch zu dieser Maßnahme führten lediglich militärische Erwägungen. Gerade an dieser Stelle der Westfront mußte die Fortsetzung des feindlichen Angriffs und sein Vordringen über die neue deutsche Stellung hinaus mit allen zulässigen Mitteln verhindert werden. Denn wenn es dem Feinde damals gelungen wäre, in der Richtung Metz weiter vorzudringen, so wäre, wie ein Blick auf eine Kriegskarte zeigt, die strategische Lage der gesamten Westfront überaus ungünstig und der später in Ordnung durchgeführte Rückzug der Westheere äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich geworden.

Die sogenannten planmäßigen Zerstörungen während des großen deutschen Rückzuges 1918.

Es ist immer behauptet worden, daß gerade während des großen deutschen Rückzuges 1918 ganze Landstriche Nordfrankreichs und Belgiens und zahllose Ortschaften von den Deutschen „mutwillig" vernichtet worden seien.

Auch diese Behauptung widerspricht absolut den Tatsachen.

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 die feindliche Offensive fast gegen die gesamte Front der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz einsetzte und das überanstrengte deutsche Heer diesem gewaltigen Anprall kämpfend ausweichen mußte, wären planmäßige Zerstörungen nach den Bestimmungen des Völkerrechts wohl berechtigt gewesen. Denn in diesem Feldzugsabschnitt wäre es erst recht notwendig gewesen, dem Feinde ein schnelles Nachfolgen zu verwehren und seine Angriffskraft zu schwächen. (Vgl. besonders die Maßnahmen der Russen, S. 137/138.)

Man muß bei diesem Rückzuge 1918 zwei Phasen scharf unterscheiden.

1. Das Zurückweichen der Truppen an einzelnen Stellen der Front im Kampf, ein Kampf, der sich ähnlich gestaltete wie die Abwehrschlachten.

Zu diesem Zeitpunkt war die strategische Lage keineswegs derart, daß die deutsche Oberste Heeresleitung mit einem Gesamtrückzug der deutschen Heere rechnen mußte. Sie nahm an, daß die hier und da entstandenen größeren Erfolge des Feindes nur lokale Erscheinungen seien, und daß die deutsche Front sehr bald wieder fest konsolidiert sein würde.

Wenn in dieser Zeit der Teil-Rückzüge an einzelnen Stellen Zerstörungen durchgeführt wurden, so geschah dies lediglich aus kampftaktischen Gründen, um für die deutschen Truppen günstige Kampfbedingungen zu schaffen.

Diese Zerstörungen sind jedoch keineswegs umfangreich gewesen und beschränkten sich auf das Kampfgebiet! Von mutwilligen, nicht durch die Kriegslage gerechtfertigten Zerstörungen kann hier also keine Rede sein.

2. Als sich diese Hoffnung der deutschen Obersten Heeresleitung auf erneute Erstarkung der Front nicht verwirklichte, sondern ganze Frontstrecken in weiter rückwärtsgelegenen Stellungen sprungweise zurückgenommen werden mußten, hat die deutsche Oberste Heeresleitung planmäßige Zerstörungen und auch solche, die über die dringendsten militärischen Erfordernisse hinausgingen, stets verboten.

Gestattet waren nur Zerstörungen von solchen Objekten, die dem Feinde unmittelbar großen militärischen Nutzen brachten und die rein taktisch zur Durchführung des Kampfes in den neuen Stellungen erforderlich waren, wie z. B. das Niederlegen solcher Objekte, die das Schußfeld vor den neuen Stellungen beeinträchtigten pp.

Zu planmäßigen Zerstörungen, wie sie z. B. bei der Siegfriedbewegung ausgeführt waren, und die Monate zur Vorbereitung und Durchführung erforderten, fehlte damals völlig die Zeit. Auch wäre es unmöglich gewesen, wie bei der Siegfriedbewegung die Bewohner planmäßig zurückzuführen, eine Vorbedingung für solche umfangreiche Zerstörungen. Schon aus diesen rein menschlichen Erwägungen nahm die deutsche O. H. L. von planmäßigen Zerstörungen ohne weiteres Abstand.

Es kam noch hinzu, daß auch die deutsche Reichsleitung angesichts der eingeleiteten Wilsonschen Friedensaktion dem alliierten Propagandadienst jedes Mittel nehmen wollte, diese Friedensaktion durch den Hinweis auf deutsche Zerstörungssucht zu vereiteln. Gerade die Reichsleitung hat bei der deutschen Obersten Heeresleitung immer wieder darauf gedrungen, die von der O. H. L. bereits erlassenen strengen Befehle, jede unnötige Verwüstung zu vermeiden, scharf zu überwachen und die Durchführung der Befehle mit allen Mitteln sicher zu stellen.

Abgesehen von einzelnen Fällen, die im Kriege unvermeidbar sind, haben denn auch umfangreiche, oder planmäßige, oder über die taktischen Erfordernisse hinausgehende Zerstörungen niemals stattgefunden.

Nachstehende Dokumente, die absichtlich in großer Zahl und aus allen Armeegebieten angeführt sind, werden dies einwandfrei ersichtlich machen.

A. Oberste Heeresleitung.

1. Generalquartiermeister v. 30. 9. 18:

„Häuser sind bis auf weiteren Befehl zu schonen, soweit nicht rein militärische Gründe es anders bedingen. Eine planmäßige Verwüstung ist verboten."

2. Telegramm der O. H. L. v. 9. 10. 18 an die Heeresgruppen Ia Nr. 10 753 g. Op.:

„Die planmäßige Zerstörung von Ortschaften durch uns, soweit es militärische Rücksichten nicht dringend erfordern, hat zu unterbleiben. Dagegen bitte ich zu melden, sobald bisher unversehrte oder wenig beschädigte französische oder belgische Ortschaften, vornehmlich die größeren Städte durch feindliches Feuer beschädigt oder vernichtet werden." (Diese Meldung war notwendig, da man voraussah, daß auch diese, von den feindlichen Truppen veranlaßten Zerstörungen späterhin den Deutschen zur Last gelegt werden würden.)

3. Ungeschlüsselter Funkspruch vom 17. 10. 18 an die Heeresgruppen:

„Ich weise nochmals auf die von mir und dem Generalquartiermeister wiederholt gegebenen Befehle hin, daß bei der Räumung besetzter Gebiete nur durch Kriegshandlungen begründete militärische Zerstörungen vorzunehmen sind. gez. v. Hindenburg Ia Nr. 10 888 g. Op."

4. Telegramm O. H. L. vom 23. 10. 18:

„Eine planmäßige Verwüstung des Landes ist nicht vorzubereiten."

B. Heeresgruppenkommandos.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz Ia/Ic Nr. 6930 g. v. 10. 10. 18:

„Bei der Gudrun-Bewegung und dem Beziehen der Hermann-Brunhild-Stellung sind Zerstörungen von Ortschaften, Baulichkeiten, einzelnen Häusern nur insoweit vorzunehmen, als es die Freimachung des infanteristischen Schußfeldes unbedingt erfordert, im übrigen streng zu vermeiden."

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht Ia F Nr. 10 244 v. 18. 10. 18:

„Gesichtspunkte für die Räumung des Gebietes zwischen der ..... Hermannstellung und der Antwerpen-Maasstellung.

Die Zerstörungen haben sich auf militärisch besonders wichtige Anlagen zu beschränken."

C. Die Armee-Ober-Kommandos.

A. O. K. I. Nr. Ia/S. Pi. 3922 g. v. 3. 10. 18:

„Zerstörungen haben sich auf taktisch wichtige Anlagen und Vorräte, die dem Feinde wesentlichen Nutzen bringen können, zu beschränken.

Alle anderen Zerstörungen sind zu vermeiden."

Daraufhin meldete A. O. K. I unter dem 17. 10. 18 an die Heeresgruppe:

„In Ortschaften sind nur Fliegerunterstände gesprengt worden, soweit nicht in einzelnen Ortschaften, die in oder unmittelbar vor unserer vordersten Kampfzone liegen, zum Freimachen des Schußfeldes auch einige Häuser umgelegt werden mußten.

A. O. K. III vom 11. 10. 18 Ia Nr. 110 120 g:

„Es ist nur das zu zerstören, was das infanteristische Schußfeld der Brunhildstellung behindert."

A. O. K. III vom 15. 10. 18 Ia Nr. 11 180 Rm:

„6. Ortschaftszerstörungen sind außer Betracht zu lassen."

A. O. K. III vom 3. 10. 18 Ia Nr. 10 600 g:

„Die Zerstörungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken und Verwüstung des Feldes ist verboten."

A. O. K. IV vom 7. 10. 18 I/10 2750 g:

„Ein Abbrennen von Vorräten und Anlagen, Häusern usw. ist grundsätzlich verboten. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Holzlager der Bau- und Pionierparks, die noch bei etwaigem Abzug größere Bestände enthalten."

A. O. K. IV vom 6. 11. 19 Ia Nr. 180:

„9. Während der Antwerpen-Maas-Bewegung ist jedes Abbrennen von Ortschaften, Lagern, Baracken und sonstigen Gegenständen verboten."

A. O. K. V vom 24. 10. 18 Ia Nr. 216:

„Eine planmäßige Vernichtung des Landes ist nicht vorzubereiten."

A. O. K. VI vom 18. 10. 18 Ia Nr. 4930:

„6. Die westlich der Hermannstellung-Zwischen-Stellung liegenden, für den Feind günstigen Beobachtungsstellen sind zur Zerstörung freigegeben. Nur militärisch notwendige Zerstörungen haben stattzufinden."

A. O. K. VI vom 21. 10. 18 Ia Ic Ib Nr. 4966 g:

„Betrifft Zerstörungsmaßnahmen zwischen Hermann- und Antwerpen-Maas-Stellung.

1. Grundsatz für alle Zerstörungen ist, daß nur militärisch wichtige Objekte zerstört werden dürfen."

A. O. K. VII vom 9. 10. 18 Ia/Ib 50:

„Die Zerstörung von Ortschaften ist verboten; nur da, wo das infanteristische Schußfeld vor der Hundingstellung freigemacht werden muß, dürfen Zerstörungen von Häusern vorgenommen werden."

A. O. K. VII vom 16. 10. 18 Ia/IV 45:

„6. Die Zerstörung von Häusern und Ortschaften ist verboten."

A. O. K. VII vom 28. 10. 18 Ic Nr. 224:

„Häuser und Ortschaften sind zu schonen. Ebenso alle Betriebe, auch die von uns beschlagnahmten, sofern sie keine militärische Bedeutung für den Gegner haben. Eine planmäßige Verwüstung des aufzugebenden Gebietes ist verboten."

A. O. K. XVII Nr. Ia/b 9140 op:

„2. Die Durchführung von Zerstörungsarbeiten zur Freimachung des Schußfeldes und Ausschaltung günstiger Beobachtungsmöglichkeiten für den Feind sind vorzubereiten und schon jetzt durchzuführen, wo Unterbringung nicht in ausgedehntem Maße geschädigt wird."

A. O. K. XVIII vom 3. 10. 18 Ia Nr. 8081:

„Verwüstungen ohne militärischen Zweck sind zu verhindern."

A. O. K. XVIII vom 16. 10. 18:

„Ortschaften bleiben unzerstört, soweit nicht die taktischen Interessen hierdurch berührt werden."

A. O. K. XVIII vom 4. 11. 18 Nr. Ia N 278 g:

„Jede Verwüstung ohne militärische Notwendigkeit ist verboten."

Generalkommando Nr. 51 Ia/S 84 g vom 4. 10. 18:

„Es wird bestimmt, daß ein Abbrennen und Sprengen von Unterkünften zu unterbleiben hat, soweit nicht militärische Interessen in Frage kommen (Freimachen des Schußfeldes). Planmäßige Verwüstungen sind verboten."

Ein klares Zeugnis dafür, daß tatsächlich die deutschen Truppen diesen Befehlen entsprechend handelten, und die Ortschaften nach Möglichkeit schonten, gibt der Bericht des Korrespondenten der „Daily Chronicle", Phil. Gibbs, vom 11. 10. 18 S. 1/6—3/1—2 aus der Gegend östlich Cambrai, in dem Gibbs schreibt:

„Ganz eigentümlich mutete es mich heute an, als ich nach Überschreitung der Kampfzone unzerstörte Dörfer mit Dächern auf den Häusern, Mauern ohne Granatlöchern, Schulen und Marktplätze genau so wie hinter unserer Kampflinie und jenseits des Bereiches unserer Geschütze traf.

Und doch lagen diese Orte gerade vor unserer ehemaligen Kampflinie und befanden sich noch eine Nacht vorher hinter den deutschen Linien. Villers Outreaux war an der uns zugekehrten Seite in der gewohnten Weise durch Artilleriefeuer beschädigt, Mauern in Schutthaufen verwandelt, aber der Mittelpunkt der großen Ortschaft war kaum berührt. Die Gebäude um den alten Marktplatz zeigten keine Spuren des Kampfes. Hinter dem Dorfe ganz unberührtes Land, die abgeernteten Felder umgepflügt, glatte Straßen, kleine Städte wie Malincourt, Walincourt und Selvigny ganz unberührt vom Kriege und entzückend anzuschauen, für das von den Kriegsschrecken ermüdete Auge. Man sah dort weißgetünchte Wände, rote Ziegeldächer, die Bürgermeisterei breit am Marktplatze hingepflanzt, die Schulen mit heilen Wänden, Fenstern pp."

So sehen in Wirklichkeit, wie selbst der englische Berichterstatter bestätigen muß, die „mutwilligen" Zerstörungen durch die deutschen Truppen auf dem Rückzuge 1918 aus!

Die planmäßigen Zerstörungen der Russen 1914 bis 1917.

Man vergleiche nun mit diesen vorerwähnten deutschen Maßnahmen das Verhalten der Russen im Weltkriege auf ihrem Rückzuge 1914—1917. In diesen Jahren hat die russische Heeresleitung die Zerstörung ganzer Landstriche in größtem Stile angeordnet. Sie hat nach dem Vorbilde des Jahres 1812 (vgl. Teil I S. 64) sogar das eigene Land aus strategischen Gründen in schonungsloser Weise verwüstet.

Das Jahr 1915 besonders sah die russischen Truppen in höchst kritischer Lage, da sie sowohl in Litauen und Kurland, wie auch in Galizien und Polen zurückgenommen werden mußten. Diese Rückzüge trugen im allgemeinen alle das gleiche Gepräge. Brücken und Stege wurden abgebrochen oder verbrannt, die Eisenbahnen aufgerissen (vgl. Bildtafel VII), beiderseits der Rückzugsstraßen die Wohnstätten planmäßig zerstört (vgl. Bildtafel IX), ebenso die Brunnen, und die Einwohner von Haus und Hof vertrieben.

Während in Süd-Litauen das flache Land abseits der großen Straßen durch die Kriegsereignisse weniger berührt worden ist, sind besonders in dem polnischen Gebiet zwischen der Rawka, der Szura und der Weichsel umfangreiche Zerstörungen durch die Russen vorgenommen worden. Durch Abbrennen der Ortschaften, Abschub der Einwohner und Wegtreiben des Viehs suchten die Russen den deutschen Truppen den Weichselübergang zu erschweren.

Am rücksichtslosesten gegen die eigene Bevölkerung gingen die Russen bei dem Rückzuge der Bugarmee im Sommer 1915 vor; das Gebiet um Brest-Litowsk wurde nahezu völlig verwüstet, ein breiter Streifen des an sich wenig besiedelten Landes buchstäblich in eine Wüste verwandelt.

Die im Frieden etwa 60 000 Einwohner zählende Stadt Brest-Litowsk wurde vor dem Abzuge von den Russen in Brand gesteckt, die großen Magazine und Kasernen der Kernfestung bis auf die Mauern ausgebrannt. Fast zwei Drittel der Stadt sind durch den Brand zerstört worden, von der Festung nur wenige Gebäude erhalten geblieben (vgl. Bildtafel IX). Die gesamte Bevölkerung wurde vertrieben und wanderte in endlosen Zügen dem Sumpfgebiet bei Pinsk zu. Hunderte von Menschen sind auf dem beschwerlichen Marsche verhungert oder den Einflüssen der Witterung zum Opfer gefallen.

Der russische Rückzug über Brest-Litowsk dürfte in der Kriegsgeschichte einzig dastehen. Noch niemals hat in neuerer Zeit eine Armee die eigenen Volksgenossen in so rücksichtsloser Weise ins Elend geschickt.

Auch im Jahre 1917 befanden sich die Russen in Galizien in überaus bedrängter Lage. Die außerordentliche Wirkung des deutschen Durchbruchs von Zloskow hatte die ganze russische Front bis zu den Karpathen ins Wanken gebracht, so daß eine Katastrophe eintreten mußte, wenn es nicht glückte, die Armeen vom Feinde zu lösen und in günstigem Verteidigungsgelände zum Stehen zu bringen. Wie im Jahre 1915 versuchten die Russen auch hier wieder, den vordringenden Gegner durch Zerstörungen aufzuhalten.

Bei der Eile des Rückzuges sind hauptsächlich die Landstriche beiderseits der Rückzugsstraßen zerstört worden. Besonders betroffen wurden die Städte und Ortschaften an der Straße Zborow-Jezierna-Tarnopol, sowie an den Straßen zwischen Dnjester und Pruth.

Bei all diesen Rückzügen sind zahlreiche Städte wie z. B. Jezierna, Tarnopol, Kalisch, Stanislau, Kolomea ein Raub der Flammen geworden. Tafel IX zeigt einige dieser zerstörten Ortschaften.

Gegen diese russischen Zerstörungen, so furchtbar sie auch sind, kann vom Standpunkt des Völkerrechts aus nichts eingewendet werden. In ihrer verzweifelten Lage glaubte die russische Heeresleitung nur auf diesem Wege das schnelle Nachfolgen der deutschen und österreichischen Truppen verhindern und so eine Katastrophe vermeiden zu können. Aber diese Maßnahmen gehen in ihrem Umfange und in der Rücksichtslosigkeit ihrer Durchführung weit über das Maß der deutschen Anordnungen hinaus.

Und die Alliierten, die Engländer, Franzosen und Belgier, haben diese ungeheuren Zerstörungen geduldet und kein Wort darüber verloren, weil sie ihren Zwecken dienten.

Um so schärfer aber tritt bei dieser Sachlage **das zweierlei Maß** hervor, mit dem jetzt Deutschland gemessen wird, wenn **ihm** das Vorliegen gleicher Kriegsnotwendigkeiten abgesprochen und die deutschen Rückzugsmaßnahmen als **„mutwillig, brutal und grundlos“** hingestellt werden.

Völkerrechtswidrige Zerstörungen der Alliierten.

Verfolgung der deutschen Heere in der zweiten Hälfte 1918.

Wir haben gesehen, daß die Russen aus den gleichen militärischen Notwendigkeiten heraus ähnliche und noch viel nachhaltigere Zerstörungsanordnungen trafen, wie die deutschen Kommandobehörden. Wir haben ferner nachgewiesen, daß die deutsche O. H. L. bei dem großen Rückzug 1918 derartige Maßnahmen, obwohl sie militärisch von höchstem Wert für die Operationen sein mußten, aus rein menschlichen Motiven sogar zurückstellte.

Der ganze Widersinn des feindlichen Vorgehens in der Zerstörungsfrage und die Heuchelei, die darin liegt, daß überhaupt Anklage gegen Deutschland wegen der Zerstörungen von Ortschaften erhoben wurde, werden vollends klar, wenn man das Verhalten der Alliierten bei der Verfolgung der deutschen Heere 1918 betrachtet.

Auch bei dem großen Rückzug 1918 hat selbstverständlich wie vorerst erwähnt werden muß, eine große Zahl der Ortschaften unter den Kämpfen stark gelitten, denn die deutschen Armeen wichen zunächst nur schrittweise aus und ihr starker Widerstand erforderte den Einsatz erheblicher feindlicher Artillerie. Bei dieser Gelegenheit bereits schoß die alliierte Artillerie rücksichtslos und mit ganzer Kraft in die eigenen Städte und Dörfer, ohne sich im geringsten um ihre unglücklichen Bewohner zu kümmern. Die Alliierten haben auch hier einen ganz überragenden Anteil an den im Kampf entstandenen Schäden.

Die alliierte Artillerie richtete vor allem aber ihr Feuer auch gerade gegen solche Ortschaften, die weit hinter der Front, völlig außerhalb des eigentlichen Kampffeldes lagen, und die zurzeit der Beschießung für den Fortgang der Operationen keinerlei militärische Bedeutung besaßen. Die Beschießung dieser Ortschaften war um so unheilvoller, als sie von der Bevölkerung noch nicht verlassen und sogar mit zahllosen Flüchtlingen angefüllt waren, die sich dorthin aus dem unmittelbaren Kampfgebiet geflüchtet hatten. Einige Ortschaften wurden sogar unter schwerstes Feuer genommen, obwohl die deutschen Kommandobehörden den alliierten Befehlshabern ausdrücklich mitgeteilt hatten, daß die Städte nicht verteidigt und eine zahlreiche Menschenmenge in ihnen vereinigt seien.

Bei dieser Verfolgung der deutschen Heere durch die Alliierten fanden also tatsächlich Zerstörungen stärksten Umfanges und von unheilvollster Wirkung für die Zivilbevölkerung statt, Zerstörungen, die mit militärischen Notwendigkeiten beim besten Willen nicht mehr begründet werden können und die tatsächlich mit viel größerer Berechtigung als ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet werden können, als die von den Alliierten Deutschland vorgeworfenen Zerstörungen.

Nachstehende Dokumente von Behörden und Bewohnern der besetzten Gebiete und amtliche Meldungen deutscher Kommandobehörden geben hierfür zuverlässig Zeugnis.

Die Zerstörung von Cambrai.

(Bildtafel X.) **Evakuierte aus der Cambraier Gegend an die Regierung der Schweiz** (das Dokument befindet sich bei den deutschen Akten):

a) „Die Zerstörung von Städten und Dörfern ist — zurzeit — nicht das Werk der Deutschen, sondern der Engländer. Die Engländer sind es, welche schon seit mehreren Monaten die Städte Douai, Cambrai, Valenciennes mit Bomben überschüttet haben, und die ganz vor kurzem erst Caudry, Le Cateau, Solesmes, Ors, Landrecies, Englefontaine, Le Quesnoy ohne die geringste Rücksichtnahme auf Hab und Gut und Leben der Einwohner dieser Städte und Dörfer beschossen haben; zu Hunderten zählen die Toten unter der Einwohnerschaft dieser Gegend.

Die Evakuation der von den Engländern beschossenen Städte und Dörfer durch die Deutschen, ist die Tat eines zivilisierten Volkes; sie ist ein Akt der Menschlichkeit. Die Einwohner von Cambrai haben ihre Evakuierung als eine Erlösung empfunden. Die letzten Einwohner Cambrais flohen aus der Stadt vor ätzenden Gasen englischen Ursprungs, nachdem sie schon vorher monatelang im Keller gewohnt hatten; das Bombardement von Caudry war derart heftig, daß Einwohner teilweise vor Schrecken gestorben sind. — In den Straßen von Le Cateau feuerten englische Flugzeuge mit Maschinengewehren unter die erschreckt flüchtenden Einwohner, und die letzten Flüchtlinge sahen mit Entsetzen Brände in der Stadt aufflammen, die durch die englische Beschießung mit Brandgranaten hervorgerufen waren.

Man muß dem deutschen Heere Gerechtigkeit widerfahren lassen, das in selbstentsagender Weise der Bevölkerung zum Abtransport der Alten, Kranken und Kinder und ihres Gepäcks Wagen zur Verfügung stellte, die selbst wiederum ihrer militärischen Bestimmung entzogen worden waren; man muß außerdem den deutschen Behörden Gerechtigkeit widerfahren lassen, die in den Grenzen des Möglichen Lebensmittel unter die Evakuierten verteilt und sich der Kranken sorgend angenommen haben."

b) „Wir, die Einwohner der evakuierten Gebiete, verlangen, daß die Zerstörung aufhört und daß das Unglück, das uns betroffen hat, nicht auch noch weiteren Einwohnern zustößt; wir bitten darum, daß die neutralen Staaten sich mitleidig der besetzten Gebiete annehmen und sich gemeinsam darum bemühen, daß dem Zerstörungswerk in unserem Land, das von den Folgen des deutschen Einfalls bisher verschont geblieben war, Einhalt geboten wird. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Unsere Städte waren vorher zum größten Teil unbeschädigt geblieben, und die durch den deutschen Einmarsch in Cambrai, Douai, Valenciennes usw. verursachten Schäden besagen nichts im Vergleich zu den Zerstörungen, die durch die englischen Beschießungen angerichtet worden sind.

Den 19. Oktober 1918

Evakuierte aus der Cambraier Gegend."

„Die oben angeführten Tatsachen sind von den meisten Evakuierten aus den Städten Cambrai, Caudry, Le Cateau usw. ausgesprochen worden. Eine genaue Untersuchung durch eine streng neutrale Kommission würde ihre unbedingte Richtigkeit dartun und die sehnlichsten Wünsche der Einwohnerschaft der evakuierten und besetzten Gebiete ans Tageslicht bringen.

Diese Denkschrift ist aus freien Stücken verfaßt worden, im Anschluß an die Lektüre der Note des Präsidenten Wilson und unter dem gleichzeitigen Eindruck häufiger Rücksprachen mit zahlreichen Evakuierten. gez. Unterschrift."

So die Einwohner aus der Cambraier Gegend über das Vorgehen der alliierten Truppen!

Wir wollen dieser flammenden Anklage der französischen Einwohnerschaft gegen ihre eigenen und verbündeten Truppen die amtlichen, in den Kriegsakten enthaltenen, deutschen Feststellungen über die Beschießung von Cambrai folgen lassen.

Die planmäßige Beschießung der Stadt setzte, nachdem zahlreiche Fliegerangriffe vorangegangen waren, im Herbst 1918 ein.

8. 9. morgens Fernfeuer und Bomben;
9. 9. morgens Einzelfeuer schwerer Kaliber;
10. 9. morgens Einzelfeuer schwerer Kaliber;
11. 9. morgens einzelne Schüsse, in der Nacht vom 11./12. Fernfeuer;
12. 9. Fernfeuer schwerer Kaliber;
13. 9. vormittags einige Schüsse, ebenso am Vormittag des 16.;
16. 9. abends 10 Schuß;
17. 9. morgens 25 Schuß und 10 Fliegerbomben;
17. 9. abends 16 Schuß mittleren Kalibers;
18. 9. morgens 40 Schuß mittleren Kalibers;
19. 9. morgens 60 Schuß mittleren Kalibers;
20. 9. Fernfeuer und am Abend desselben Tages 23 Schuß mittleren Kalibers;
21. 9. morgens 44 Schuß mittleren Kalibers und 6 Bomben; abends 41 Schuß mittleren Kalibers auf den westlichen und nordwestlichen Stadtteil;
22. 9. 36 Schuß mittleren Kalibers, abends 29 Schuß;
23. 9. früh 48 Schuß mittleren Kalibers, abends 13;
24. 9. 45 Schuß. 5 Bomben, abends 12 Schuß;
25. 9. 24 Schuß, abends 15;
26. 9. Fernfeuer und zahlreiche Bomben, außerdem 14 Schuß mittleren Kalibers;
27. 9. 24 Schuß;
28. 9. morgens Störungsfeuer;
29. 9. Fernfeuer mit Gas und Bomben;
30. 9. Stärkstes Feuer;
1. u. 3. 10. wieder starkes Feuer, das am
4. 10. zu Dauerfeuer wurde, wobei die Stadt in Brand geriet und der Marktplatz mit Brandgranaten beschossen wurde;
6. 10. starker Beschuß, mittags und abends, ebenso 7. u. 8. 10. mittags Beschuß schwerer Artillerie und Minen, wobei der Turm der Kathedrale einen Volltreffer erhielt. Mittags Dauerfeuer, auch Brandgranaten. An diesem Tage wurde auch das Renaissancerathaus durch Volltreffer zerstört.
8. 10. wurde die Stadt von den Deutschen geräumt.

Diese aktenmäßigen Aufzeichnungen der deutschen Kommandobehörden bestätigen also ebenso wie die Aussagen der Einwohner einwandfrei, daß Cambrai durch die feindliche Artillerie zerstört wurde.

Trotzdem wurde und wird auch heute noch aus propagandistischen und

politischen Gründen die Schuld an der Zerstörung der Stadt stets den Deutschen in die Schuhe geschoben.

Selbst amtliche Stellen und Persönlichkeiten der Alliierten haben sich zu diesem Zwecke nicht gescheut, bewußt das Gegenteil der Tatsachen zu behaupten.

So sagt der Funkspruch Carnavon vom 2. 10. 18, 5^{30} nachmittags:

„Nicht eine einzige englische Granate hat die Stadt getroffen."

Horsea vom 10. 10. 18, 5^{00} nachmittags, bringt einen Auszug aus einer Kundgebung Lloyd Georges, in der dieser sagt:

„Die Alliierten haben keine einzige Granate auf die Stadt Cambrai abgeschossen."

Diesen wahrheitswidrigen Äußerungen wollen wir als weitere Ergänzung unserer bereits wiedergegebenen Feststellungen den Bericht eines Neutralen, des schweizerischen Hauptmanns Basazetti, gegenüberstellen, der im Luzerner Vaterland sagt:

„In Cambrai waren vor den jetzigen Kämpfen (Oktober 1918) viele Straßen überhaupt nur noch hohle Rinnen. Die Kathedrale, im übrigen kein Bauwerk von irgendwelcher kunsthistorischen Bedeutung, war auf der Südseite völlig aufgerissen und die Steintreppe nur ein Gewühl von Steinsplittern. Das Haus, in dem Fenelon geboren ward, und dessen Portal, eine feine spätgotische Arbeit, die von den Deutschen durch Sandsäcke geschützt war, wurde gerade während jener Zeit schwer von französischen Granaten mitgenommen.

Welche Gründe auf seiten des Verbandes vorliegen, aus denen heraus man jetzt eine nachträgliche Zerstörung Cambrais durch die Deutschen behauptet, weiß ich nicht."

Es ist sogar behauptet worden, die Deutschen hätten Cambrai durch Brandstiftung zerstören wollen. So heißt es in den:

Times 10. 10. EB. Livesey beim kanadischen Heere. 9. 10. 7/5:

„Die Truppen der Verbandmächte haben nicht eine einzige Granate nach Cambrai hineingefeuert und die Brände, welche in der Stadt an verschiedenen Stellen ausgebrochen sind, müssen auf Brandstiftung zurückzuführen sein."

Der Funkspruch Lyon vom 4. 12. 18, 1^{00} nachmittags, behauptet sogar:

„Der Generalrat für das Departement du Nord behauptet auf Vorschlag von Demolon, daß das besetzte Gebiet und Cambrai im besonderen hauptsächlich gelitten habe, infolge des teutonischen Gedankenganges, Schlechtes zu tun, aus reiner Freude am Schlechten."

Und der Funkspruch Lyon, der die Wahrheit völlig auf den Kopf stellt, meldete am 2. 10. 18, 7^{00} nachmittags:

„Cambrai steht in Flammen. Das ist das neue Verbrechen dieser großen Zerstörer allen Lebens. Cambrai, die historische Stadt, mit allen ihren Erinnerungen aus der Vergangenheit, Cambrai, die moderne Stadt, mit ihrer ganzen Industrie stürzt zusammen in Rauch und Feuer. Cambrai ist in diesem Augenblick ein ungeheures Feuermeer. Die Deutschen sind fortgezogen, aber sie haben ihre Brandfackeln auf alle teuren Erinnerungen des alten Frankreichs geworfen."

Daily Chronicle schränkt allerdings diese Angabe schon erheblich ein, indem ihr Berichterstatter Phil. Gibbs am 10. 10. schreibt:

„Am 8. Oktober hatten wir den bitteren Eindruck, daß die Feinde Cambrai niederbrannten. Um 10^{00} erzählten mir Maschinengewehrschützen, die deutsche Artillerie hätte mit der Beschießung der Außenbezirke begonnen, und greller Schein sowie auflodernde Flammen lägen über der Stadt. Aber etwas später, als wir die Straßen betraten, fanden wir, daß nur hier und da Brände bestanden pp."

Dieser Bericht läßt gleichzeitig erkennen, wie solche Behauptungen durch übertriebene Erzählungen aufgeregter Truppenteile in die Welt gelangen und dann auch Glauben finden, und wie vorsichtig man bei der Bewertung derartiger Aussagen sein muß.

Tatsache ist, daß beim Einzuge der englischen Truppen am 9. 10. 18 in Cambrai noch einige Brandstätten vorhanden waren, die durch englische Granaten erzeugt waren und deren völlige Ablöschung, wie klar aus den Akten ersichtlich ist, den deutschen Truppen bei der Schnelligkeit des Abzuges nicht gelungen war.

Auch diese Brände sind also, wie hier ausdrücklich festgestellt werden soll, lediglich hervorgerufen worden durch die Beschießung Cambrais durch die alliierte Artillerie.

Hierfür soll schließlich noch in Erweiterung des Berichts der Cambraier Einwohner (S. oben S. 139 f.) das Zeugnis des K. Flak 98 angeführt werden, der am 18. 10. 18 aus Wargnis le Petit an die Flakgruppe meldete:

„Betr. Beschießung der Stadt Cambrai mit Brandgeschossen. Am 3. 10. stand das Geschütz in Cambrai. Nachdem der Munitionsvorrat verschossen war, wurde beim Bahnhof Annex Stellung bezogen. Da Einiges liegen geblieben war, wurde Kanonier Pettinger nochmals zur früheren Stellung geschickt. Auf dem Rückwege krepierte in seiner Nähe auf der großen Wiese beim Wasserturm ein Geschoß, das eine brennende Substanz um sich schleuderte und die im weiten Umkreise auf dem Boden in kleinen Flämmchen weiter brannte... gez. Schorg."

Zerstörung von Douai, Valenciennes, Denain und Le Quesnoy durch die alliierte Artillerie.

Auch diese Ortschaften sind in gleicher Weise wie Cambrai ohne zwingende militärische Gründe durch die alliierte Artillerie stark zerstört worden. Nachstehende, den deutschen Akten entnommene Meldungen und Urkunden seien hierfür als Beweis angeführt. (Bildtafel XI.)

Douai.

Douai hatte bereits 1917 unter den Bombenangriffen der feindlichen Flieger stark zu leiden. 1918 vermehrten sich die Fliegerangriffe in außerordentlichem Umfange, so daß zahlreiche Gebäude in Trümmer gelegt wurden.

Die Gesamtsumme der von Anfang April bis Mitte Oktober 1918 auf Douai abgeworfenen Bomben beläuft sich auf mindestens 700! Neben dem beträchtlichen Gebäudeschaden verursachten diese Fliegerangriffe auch erhebliche Verluste unter den Einwohnern, deren Gesamtsumme auf 100 festgestellt ist.

Am 23. Juli erfolgte die erste Beschießung der Stadt aus einem Ferngeschütz mit 16 Granaten schweren Kalibers. Bei den am 8., 14., 22. und 25. August 1918 stattfindenden Beschießungen fielen insgesamt 40 Schüsse auf die Stadt. Mit dem 2. September setzte ein planmäßiges Zerstörungsfeuer auf die ganze Stadt ein, welches den ganzen Monat über anhielt. Die Gesamtzahl der im September an 15 Tagen mäßiger Beschießung gemeldeten Einschläge beläuft sich auf rund 500.

Nachstehende, den Akten des I. B. R. K. und der Kommandantur Douai Nr. 225 auszugsweise und als Beispiele entnommene Meldungen zeigen, wie genau wir die einzelnen Schäden wiedergeben können, die durch die feindliche Beschießung entstanden waren.

1. September und Nacht zum 2. September: Fernfeuer auf Douai aus Eisenbahngeschütz südlich Bahnhof Thelus mit 7 Granaten. Beträchtlicher Häuserschaden.

2. 9.: Heute zum erstenmal hält der Feind Douai dauernd unter Störungsfeuer. Beträchtlicher Häuserschaden.

Nacht vom 2. zum 3. 9.: Feind setzt die Beschießung von Douai fort. Im ganzen 13 Granaten, 4 Zivilisten tot, 5 Zivilisten schwer, 1 Zivilist leicht verwundet.

4. 9.: Douai liegt dauernd unter Feuer, schweren und mittleren Kalibers. Die Zerstörung der Stadt schreitet vorwärts. Heute wurde das Theater durch Volltreffer zerstört. 3 Zivilisten leicht verwundet.

8. 9.: Douai liegt unter schwerem Beschuß. Beträchtlicher Häuserschaden.

Nacht vom 8. zum 9. 9.: Douai lag wieder unter schwerem Feuer mittleren und schweren Kalibers.

10. 9.: Douai erhält Störungsfeuer mittleren und schweren Kalibers. 9 Granaten, 2 Häuser stark beschädigt.

Nacht vom 13. zum 14. 9., 1^{00}—5^{00} vormittags: Artilleriebeschuß Douais. Beträchtlicher Schaden am Bahnhof und Häusern.

Nacht vom 16. zum 17. 9.: Douai erhält schweres Kaliber. Ein Treffer im Rathausturm.

Nacht vom 17. zum 18. 9.: 8 Granateinschläge Douai. In Gegend Rathaus. Beträchtlicher Häuserschaden. Durch die Beschießung entstehen drei Brände. 5 Häuser brennen ab.

22. u. 23. 9.: Douai wird stark beschossen. Beträchtlicher Schaden an Geleisen und Häusern.

27. 9.: Douai und Sin le Noble werden mit 300 Schuß mittleren und schweren Kalibers belegt.

Nacht vom 28./29. 9.: Douai und Sin le Noble werden mit ca. 50 Schuß mittleren und schweren Kalibers belegt.

10. 10.: Störungsfeuer der feindlichen Artillerie Douai. Bei der Beschießung von Douai entstanden mehrere Brände.

13. 10.: Feindliche Artillerie gibt Störungsfeuer mittleren Kalibers ab.

Tafel XI gibt die umfangreichen Zerstörungen durch die feindliche Artillerie im Bilde wieder.

Valenciennes.

Die Beschießung der Stadt durch die Alliierten setzte am 20. 10. 18 ein und dauerte bis in den November hinein.

In den Akten des 18. A. K. finden wir hierüber folgende Angaben:

20. 10. 18: Seit 9^{00} vormittags beschießt der Feind Valenciennes.

23. 10. 18: Westrand und Stadtpark von Valenciennes wurden beschossen.

25. 10. 18: Ostausgang Valenciennes wurde beschossen. Westrand erhielt einige Schüsse.

26. 10. 18: Im Südteil von Valenciennes wurden einige Häuser durch feindlichen Beschuß beschädigt.

27. 10. 18: Südteil und Ausgänge von Valenciennes wurden beschossen.

27. 10. 18 mittags: Bei der gestrigen Beschießung des südwestlichen Stadtteils von Valenciennes wurden 22 Häuser erheblich beschädigt.

27. 10. 18 abends: Der Südwestteil von Valenciennes, besonders die Gegend der Gurdulakirche, südöstlich des Bahnhofs, sowie der Stadtteil zwischen Schleuse und Bahn wurden vom Feinde mit planmäßigem Störungsfeuer belegt.

28. 10. 18: Valenciennes erhielt in den letzten zwei Stunden 50 Schuß mittleren Kalibers. Dabei entstanden erhebliche Verluste unter den Einwohnern.

29. 10. 18 mittags: Das Stadtinnere von Valenciennes erhielt 10 Schuß mittleren Kalibers. Die Stadtränder lagen unter starkem Störungsfeuer.

31. 10. 18: Die Stadt Valenciennes erhielt in den letzten 24 Stunden etwa 100 Schuß mittleren Kalibers, dabei fielen 10 Schuß in die Rue de Mons, 8 Schuß auf das Gaswerk.

31. 10. 18: Der Wasserturm von Valenciennes erhielt 4 Schuß mittleren Kalibers. Durch die nächtliche Beschießung der Stadt wurden 11 Häuser beschädigt.

1. 11. 18: Valenciennes brennt an vielen Stellen.

Die einzelnen durch die englische Beschießung entstandenen Gebäudeschäden sind gleichfalls von den deutschen Kommandobehörden genau registriert worden. Als Beispiel sei ein Auszug aus den Meldungen des A. O. K. 17 Ic Br. 13 328 an die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht wiedergegeben.

„An Zerstörungen durch feindliche Beschießung ist folgendes zu melden:
Rue Edmond Guillaume 37: Dachstuhl durch Volltreffer, Fassade durch Splitter.
Rue Edmond Guillaume 44: Dachstuhl und 1. Stock durch Volltreffer.
Rue Neuf de Paris 7: Erdgeschoß durch Schrapnell.
Rue Neuf de Paris 21: Dachstuhl und 1. Stock durch Volltreffer.
Boulevard Saly 78, 76, 74, 70, 68, 66, 64, 62, 60, 56: Fassade durch Volltreffer.
Rue de Mons 125: Erdgeschoß durch Volltreffer.
Rue Notres Dames 4: Sous-Prefecture Gebäude, Haupteingang und sämtliche Fenster durch Schrapnell beschädigt, zwei Volltreffer in den Dachstuhl der Stallungen.
Rue de Paris 158, 154, 146: Mehrere Volltreffer im Dach und oberen Stockwerk.
Rue de Petit Brouilles 5, 7, 9, 11, 15, 6: Minen im Obergeschoß und Dach.
Rue Dencien 23, Place des Esplanades 5, 7, 11 usw.: Volltreffer im Erdgeschoß.
Unterschrift: V. s. d. A. O. K.
Der G. Qu.
gez. Joachim."

Daß Valenciennes bis zum Einsetzen der feindlichen Beschießung am 20. 10. 18 von den deutschen Truppen völlig geschont war, zeigen nachstehende Bilder und Dokumente.

„A. O. K. 17 Ic Nr. 12684 vom 23. 10. 18: Auszug aus einem Bericht des Zivilkommissars von Tournai über einen Besuch der neutralen Gesandten in Valenciennes am 18. 10. 18:

Es wurde festgestellt, daß vollkommene Ruhe und Ordnung herrschte. Spuren von Plünderungen oder Beschädigungen der Behausungen waren nicht zu erblicken, ebensowenig von Zerstörungen irgendwelcher Art. Die verlassenen Häuser waren verschlossen.

Ein Schreiben des Gemeinderates von Valenciennes am 18. 10. 18 an den kommandierenden General des 18. A. K. spricht den Dank der Stadt und ihrer Bewohner aus, daß von den deutschen Militärbehörden alles erdenkbar Mögliche getan ist, um die Stadt zu schützen."

Auszug aus der von einer neutralen Kommission, die die Front bei Tournai, Valenciennes und Denain besucht hatte, an die spanische Regierung gesandten Note vom 19. 10. 1918. Betr. Valenciennes:

„Die Stadt ist auf Befehl der militärischen Behörden evakuiert worden, mit Ausnahme eines kleinen Teils der Bevölkerung — 3400 Seelen —, welcher hat bleiben können. Maßnahmen zur Verhinderung des Plünderns der Stadt sind getroffen worden. Im Innern der Stadt sichert ein Truppenteil die Ordnung. Alle verlassenen Wohnungen sind hermetisch verschlossen, und in der Umgegend der Stadt befindet sich ein Kordon von Schildwachen. Die Zivilbevölkerung, sehr dünn gesät, geht ohne Unfall in den Straßen hin und her. Der größte Teil der Wohnungen ist geschlossen. Nirgends eine Spur von Plünderungen, oder des Einbruchs oder der Verwüstung.

Den 19. Oktober 1918.

Der Marquis von Villalobar
Van Vollenhoven.
Van Bree."

Denain. Auszug aus den Tagesmeldungen des A. O. K. 17 87449/43962 vom 11. 10. 18:

11. 10. 18 A. O. K. an H. G.: Denain wurde weiter beschossen.

15. 10. 18 18. A. K. an A. O. K. 17: Lourches und Denain lagen während der Nacht unter starkem Beschuß.

15. 10. 18 18. A. K.: Die Beschießung von Denain durch schweres Flachfeuer hält an.

16. 10. 18 abends 18. A. K.: Der Engländer fährt fort, die Stadt Denain, in der sich über 20 000 Einwohner befinden, mit schwerem Kaliber zu beschießen; wenn diese Beschießung anhält, wird die Räumung auch dieser Stadt mit allen unvermeidlichen Härten für die Bewohner nicht mehr zu umgehen sein.

17. 10. 18: Mäßiges feindliches Störungsfeuer auf Denain.

17. 10. 18 abends 18. A. K.: Denain wurde stark beschossen.

18. 10. 18 18. A. K.: Denain wurde stark beschossen.

19. 10. 18 A. O. K. 17 an O. H. L.: Denain lag noch während der ganzen Nacht unter feindlichem Feuer.

Am 20. 10. 18 rückten die Engländer in Denain ein. Meldung des Lt. Schierer vom Feld.-Art.-Rgt. 71 vom 17. 10. 18 an die 35. Inf.-Div.:

„An 35. Infanterie-Division. Denain, den 17. 10. 18

Der Feind schießt fast ununterbrochen nach Denain. Nachts überwiegend schweres Kaliber, tagsüber leichtes Kaliber, besonders Schrapnellfeuer. Der Feind belegt sämtliche Stadtteile, insbesondere aber die Bahnhöfe, Bahnhofsanlagen und Hauptstraße. Karte über Beschuß habe ich heute 4 Uhr nachm. dem Artillerie-Kommandeur eingereicht. Schußzahl schätzungsweise 40—60 Schuß stündlich, nachts bedeutend mehr.

Verwundung der Einwohner: Mir persönlich bekannt am 16. 10 in der Hauptstraße, Keller neben meinem Quartier, 2 Frauen tot, 1 Frau verwundet. Am 17. 10. auf einem Kohlenplatz in der Nähe des Nordbahnhofes 20 Zivilisten tot. Nach Aussage von Zivilisten sollen die Opfer der letzten Tage sehr groß sein.

Die Einwohner verfluchen die Engländer.

Die Zivilleute wohnen sämtlich in Kellern, infolgedessen sind schon viele erkrankt (nach Mitteilung eines deutschsprechenden Franzosen). Die Leute sind sehr verängstigt und eingeschüchtert.

Die Zivileinwohner plündern die Holz- und Kohlenplätze. (Ich war heute Augenzeuge, wie die Zivilisten eine Baracke zum Heizen usw. abrissen.) Aus den zerschossenen Häusern schleppen besonders die Kinder allerhand Sachen heraus.

Seit gestern ist mir ein deutschsprechender Franzose bekannt, der über Stimmung usw. der Zivileinwohner sehr gut unterrichtet zu sein scheint und die englische Zerstörung aufs schärfste verwünscht.

gez. Schierer, Leutn. d. Res.-Feldartl.-Rgt. 71."

Auszug aus dem Bericht der neutralen Kommission, die Denain bereiste.

„Diese Stadt beherbergt außer ihrer Bevölkerung von ungefähr 20 000 Seelen noch 6000 Einwohner der benachbarten Gemeinden, welche sich hierher geflüchtet haben. In dieser Gegend haben die deutschen Behörden im ganzen ungefähr 42 000 Personen belassen: Frauen, Kinder und Greise. Die Örtlichkeiten, in denen diese Leute sich befinden, sind den militärischen Behörden der Alliierten kenntlich gemacht, um sie bei dem Bombardement zu verschonen, andererseits haben die deutschen Truppen sich von genannten Örtlichkeiten zurückgezogen und haben dort keine Verteidigungsmaßnahmen getroffen. Nichtsdestoweniger befindet Denain sich täglich unter Feuer der englischen Artillerie. Das Feuer setzt hin und wieder aus; in der Nacht beschränkt es sich im allgemeinen auf Geschosse großen Kalibers, während am Tage das Feuer der Schrapnells mit dem der Artilleriegeschosse großen Kalibers abwechselt.

Straßenansicht 1916.

Kasernengegend. 1916.

Am Markt 1916.

Marktplatz 1918.

Ein Bericht über das Tagesbombardement des 17. wurde den Gesandten durch die Militärs unterbreitet, zugleich mit einer Karte der Stadt, welche die Orte angab, die Geschosse großen Kalibers erhalten hatten. Durch die gegenwärtigen Persönlichkeiten ist festgestellt worden, daß das Bombardement tatsächlich stattgefunden hat. Während des Aufenthaltes in der Stadt (etwa 1 Stunde) zerriß ein Schrapnell, ohne zu zerplatzen, einen Teil von einer Mauerwand, welche am Auto der Gesandten entlang lief; mehrere große Geschosse platzten in der Nachbarschaft. Andere flogen heulend über die Stadt hinweg. Eine ziemlich beträchtliche Anzahl von Häusern ist durch das Bombardement zerstört worden. Der Bahnhofplatz und die benachbarten Wohnungen haben besonders gelitten. Die Einwohner leben in ihren Kellern, dank der sehr wohl verständlichen Ängste. Die Gesandten unterhielten sich mit dem Bürgermeister, seinen Gehilfen und verschiedenen Personen der Zivilbevölkerung. Aus den gemachten Erklärungen geht hervor, daß der Aufenthalt in der Stadt ein sehr unangenehmer ist und daß die Einwohner sich nicht die Ursache des Bombardements erklären können, ferner, daß die Einwohner nur eins wünschen, daß dies so früh wie irgend möglich aufhört. Die Einwohner aus anderen Gemeinden möchten schnell in ihr eigenes Heim zurückkehren. Die Beschießung hat bis zum 18. als Opfer ungefähr 40 Zivilpersonen erfordert. Das Fortbringen der Toten ist wegen der Beschießung schwierig geworden. Was die Verpflegung anbelangt, so genügt diese noch, um die Bedürfnisse während 10—14 Tagen sicherzustellen; die Verteilung der Lebensmittel ist sehr mißlich, auch wegen der Beschießung.

Den 19. Oktober 1918. Der Marquis von Villalobar
Van Vollenhoven."

Auch für Denain gibt die beigefügte Bildtafel XI einige Proben der Zerstörungen, die die völlig unnötige Beschießung der Stadt durch die alliierte Artillerie verursachte.

Le Quesnoy. Auszug aus der Mittagsmeldung der 2. Armee vom 15. 10. 18:

„Der Gegner belegte am 14. 10. nicht nur den Bahnhof, der 14 km hinter unserer Front liegenden Stadt Le Quesnoy, sondern auch die Stadt selbst mit schwerem Kaliber."

Über diese Beschießung des Ortes durch die Alliierten richtete der Bürgermeister folgenden Hilferuf

„An den deutschen Kommandanten von Le Quesnoy.

Département du Nord. République Française.
Arrondissement d'Avesnes. Le Quesnoy, le 19. Octobre 1918
Ville de Quesnoy.

Herr Kommandant!

Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, auf dem kürzesten Wege den zuständigen höheren Stellen der Armee melden zu wollen, daß die Stadt Le Quesnoy, in der sich noch viele Flüchtlinge befinden, seit mehreren Tagen Gegenstand einer ununterbrochenen Beschießung ist, welche in der Zivilbevölkerung die größte Aufregung hervorruft. Eine Reihe von Einwohnern ist bereits getötet oder schwer verwundet und außerdem großer Sachschaden verursacht worden.

Im Namen der Menschlichkeit wage ich zu hoffen, daß diese schreckliche Beschießung bald eingestellt wird und versichere Sie, Herr Kommandant, meines lebhaften Dankes und meiner vorzüglichen Hochachtung. Der Bürgermeister
gez. H. Deleporte."

Der Pfarrer von Le Quesnoy, Beaudigniers, sowie der Maire von Vandegies au Bois gaben fast gleichlautend zu Protokoll:

„Von Plünderungen und Zerstörungen unserer Ortschaften durch deutsche Truppen haben wir nichts gesehen. Auch ist uns nichts davon zu Ohren gekommen, was sicher der Fall gewesen wäre, falls es versucht worden wäre. Alle Zerstörungen, die wir gesehen haben, rühren allein von der Beschießung der Engländer her. Wo leere Wohnungen gefunden wurden, sind sie von den Bewohnern vor ihrer Flucht selbst ausgeräumt."

Daß Le Quesnoy von den Deutschen stets geschont wurde, zeigen gleichfalls nebenstehende Bilder, die von deutschen Soldaten 1916 und 1918 aufgenommen sind.

Laon. Bereits im Oktober 1917 setzte die Beschießung der weit hinter der Front gelegenen, bis dahin völlig unzerstörten Stadt durch französisches Fernfeuer ein. Besonders stark war die Beschießung und Zerstörung in den Monaten März und April 1918. Aus den Tagesmeldungen des Genkds. z. b. V. 54 und des Genkds. VIII. R. K. kann man sich ein Bild über die Stärke des feindlichen Feuers machen. Aus diesen Tagesmeldungen sei ein Auszug wiedergegeben:

15. März: 17 Bomben Bahnhof Laon;
26. März: 35 Schuß La Neuville Art.-Kaserne;
27. März: 5 Bomben Unterstadt Laon;
27. März: 25 Schuß Gegend des Bahnhofs und La Neuville;
28. März: 60 Schuß auf die Stadt;
1. April: ca. 300 Schuß auf die Oberstadt, Martinskirche, wobei ein Leichenzug getroffen wurde. Über die Beschießung an diesem Tage meldete der offizielle deutsche Bericht am 2. 4. 18:

„Am Ostermontag haben die Franzosen bei Fortsetzung der Beschießung der 9 km hinter der Front liegenden Stadt Laon mit über 300 S.-Granaten erneut die Mar-

Le Quesnoy 1916.

Le Quesnoy Juni 1918.

tinskirche und verschiedene Stadtviertel schwer beschädigt. Ein Trauerzug von vielen Personen, die einen Mitbürger zur letzten Ruhe begleiteten, wurde vor der Kirche von den verderbenbringenden Geschossen der eigenen französischen Landsleute getroffen. Sie richteten ein grauenvolles Blutbad an. 11 der Leidtragenden stürzten tot nieder, 4 weitere wurden schwer verwundet."

3. April: ca. 70 Schuß, Oberstadt und Athies.
5. April: 241 Schuß auf die Stadt.
6. April: 473 Schuß auf die Oberstadt und das Hospiz. Über diese Beschießungen am 5. u. 6. April meldete der offizielle deutsche Bericht am 7. 4. 18:

„Die Beschießung von Laon dauert an. Täglich werden einige Zivilisten von den Granaten ihrer eigenen Landsleute getötet. Nachdem am Ostermontag 11 Personen eines Leichenbegräbnisses zerrissen wurden, können die Opfer nur noch nachts eilig und ohne Geleit zum Kirchhof geschafft und begraben werden. Die Stadt zerfällt immer mehr. In der Nacht vom 5. zum 6. April trafen mehrere Schüsse das Hospiz, in dem 80 alte Weiblein einen friedlichen Lebensabend erhofften. Andere fielen in

das Krankenhaus, in dem 200 Kranke — meist Kinder und Frauen — liegen. Man ist gezwungen, die Kranken nunmehr in feuchten Kellern zu bergen."

7. April: 351 Schuß auf die Oberstadt;
8. April: 349 Schuß auf die Bahnhofsgegend und die Unterstadt;
9. April: 267 Schuß auf die Unterstadt;
10. April: 161 Schuß auf die Oberstadt;
11. April: 229 Schuß auf die Oberstadt;
12. April: 1006 Schuß auf die Oberstadt; usw.

Über die Beschießung von Laon im Mai 1918 meldet der deutsche offizielle Bericht am 27. 5. 18:

„Die sinnlose Beschießung Laons hat in den letzten Tagen wieder erheblich zugenommen. Durchschnittlich fielen in den letzten Tagen seit dem 20. Mai 200 Granaten auf Laon und in seine Vorstädte. Besonders scharf war, trotz regnerischen Wetters, die Beschießung am 24. Mai. Die Vorstädte sind nur noch Trümmer, die Oberstadt verfällt immer mehr. Die verängstigten Bewohner, unter denen die Beschießung täglich Opfer fordert, können sich aus ihren Kellern nicht mehr herauswagen. Es ist, wenn die Beschießung andauert, nur eine Frage der Zeit, wann die noch erhaltenen Teile von Laon mit allen Kirchen und Baudenkmälern ein Raub der Flammen werden."

Auch hier sei die Zerstörung der Stadt durch die französische Artillerie in der Tafel VI im Bilde wiedergegeben.

Vouziers.

Auch die Stadt Vouziers wurde durch die französische Artillerie namentlich im Jahre 1918 in außerordentlichem Umfange in Mitleidenschaft gezogen. Über diese Zerstörung heißt es in den deutschen Kriegsakten:

„Die Stadt Vouziers wurde am 10. Oktober 1914 von der 4. Armee durch die 3. Armee übernommen.

Der Gebäudeschaden war gering.

Im Jahre 1915 wurde ein Haus auf der linken Seite der Rue de Condé dicht neben dem Hotel Lion d'Or durch Feuersbrunst zerstört.

Am 22. September und am 2. Oktober 1915 fanden große Fliegerangriffe auf Vouziers statt, bei denen einige Häuser auf der Rue de l'Hospital, auf dem Marktplatz und der Rue Bourzinet zum Teil erheblich beschädigt wurden; bei den Fliegerangriffen sind auch Einwohner zu Tode gekommen. Eine Sägemühle wurde durch Brand zerstört.

Dank der straff organisierten Polizei- und der großen Ordnung, auf die immer in Vouziers gehalten wurde, sind Zerstörungen von Häusern durch Feuersbrünste oder durch Verfall in den weiteren Jahren des Krieges im allgemeinen unterblieben. Im Gegenteil wurde die Stadt, insbesondere eine Anzahl Bauwerke, durch Kräfte des A. O. K. in einen Zustand gebracht, von dem die Einwohner selbst sagten, daß er vor dem Kriege nie so gut gewesen wäre.

Im Verlauf des Sommers 1918 wurden bei einem französischen Fliegerangriff das vom A. O. K. erbaute Theater und der anstoßende Häuserkomplex durch Brand zerstört; schwer beschädigt wurde ein Haus auf der Rue Avetan.

Mit Beginn der französischen Offensive im September 1918 häuften sich die feindlichen Fliegerangriffe, und vor allem wurde Vouziers zeitweise erheblich mit schweren Kalibern durch die Franzosen beschossen. Dadurch wurde ein großer Teil der Stadt zerstört, insbesondere wurden bei einem Fliegerangriff am 10. Oktober nachmittags viele Einwohner getötet."

Bildtafel XI gibt gleichfalls Aufschluß über den Umfang dieser durch die französischen Truppen veranlaßten Zerstörung der Stadt.

Vorstädte von Lille.

A. O. K. 6 meldet an die O. H. L. unter dem 17. 10. 18:

„Vom 1. bis 16. Oktober wurden vom Engländer ohne jede militärische Notwendigkeit folgende, bisher vom Kriege gänzlich verschont gebliebenen Vorstädte von Lille und Dörfer der näheren Umgebung mit mittlerem und schwerem Kaliber beschossen:

Haubourdin täglich vom 3. bis 13. 10. zum Teil bis 40 Schuß S.-Kal.
Außerdem am 4. bis 10.: Santes und Wavrin.
Am 6. bis 10.: Hallennes, Bahnhof Erquinghem.
Am 7. 10.: Santes, Emmerin, Hallennes.
Am 8. bis 10.: Pérenchies, Ancoisne und Loos.
Am 9. 10.: St. Andre.
Am 10. 10.: Park von Grande Ville.
Am 11. 10.: La Madelaine — 5 Schuß S.-Kal., 2 Häuser zerstört und Gleisanlagen, Santes, Hallennes und Lambersart.
Am 12. 10.: Ancoisne, Wattignies, Pérenchies, Hallennes und Loos.

Am 13. 10.: Ancoisne, Emmerin, Santes, Pérenchies, Hallennes, Thumesnil, Loos.
Am 14. 10.: Santes, Wattignies, Templemars, Ronchin, Lesquin, Pérenchies, Lompret, Verlinghem, Emmerin, Postes.
Am 15. 10.: Lambersart, Ancoisne und Zitadelle Lille.
Am 16. 10.: Lambersart, Faches, Templemars, Ronchin.
Durch diese Beschießungen der Engländer wurden fast völlig zerstört Lambersart, Le Marais, Hallennes, Erquinghem, Haubourdin, Ancoisne, Santes, Emmerin, Noyelles."

Einige weitere Meldungen der deutschen Kommandobehörden über rücksichtslose Zerstörungen von Ortschaften durch die feindliche Artillerie.

„Auszug aus Abendmeldungen vom 13. 10. 18

3. Armee.
Die bisher unversehrten Orte Grandpré und Briquenay wurden vom Feinde zusammengeschossen."
4. Armee (Morgenmeldung).
Am 13. 10. wurde Tourcoing erstmalig vom Gegner beschossen.
18. Armee (Morgenmeldung).
Iron, Villers-les-Guise und Flavigny wurden vom Gegner mit schwerem Kaliber beschossen.
1. Armee (Abendmeldung).
Die Stadt Rethel und der bisher unversehrte Ort Sorbon wurden vom Feinde beschossen.
18. Armee (Abendmeldung).
Der Franzose beschoß im Laufe des Tages Beaurain und Flavigny fortgesetzt mit schwerem Kaliber. Die Einwohner mußten unter Zurücklassung aller Habseligkeiten flüchten."

„Auszug 18. 10. 1918

1. Armee (Abendmeldung).
Feindliche Artillerie setzt Zerstörung von Rethel fort.
18. Armee (Abendmeldung).
Der Gegner beschoß heute nachmittag Origny mit schwerem Kaliber."

An der Hand dieser vollgültigen Dokumente ist hiermit der Beweis erbracht, daß die Alliierten weit über das militärische Maß hinaus dem eigenen Lande schwersten Schaden zugefügt haben. Hier liegen also Handlungen vor, die im Gegensatz zu den deutschen Maßnahmen völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen sind.

Die Russen in Ostpreußen 1914/15.

Ein unwiderlegbarer Verstoß gegen das Völkerrecht ist den Alliierten aber vor allem in Ostpreußen nachzuweisen, wo die Russen, die Verbündeten der Engländer und Franzosen, in den Jahren 1914/15 mutwillig die schwersten Zerstörungen vorgenommen haben. Während in den vorausgegangenen Kapiteln bewiesen wurde, daß die von den deutschen Truppen planmäßig ausgeführten Zerstörungen in Frankreich und Belgien militärisch durchaus gerechtfertigt waren, haben hier die Russen einen großen Teil Ostpreußens nicht erst bei ihren Rückzügen, sondern beim Vormarsch zerstört, ohne daß hierzu in den meisten Fällen die geringste militärische Notwendigkeit vorlag.

Lloyd George sagte seinerzeit in seiner Rede in London am 3. 4. 21:

„Andererseits haben die Gebäude in Deutschland mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen in Ostpreußen keinen Schaden gelitten."

Demgegenüber sei hier festgestellt, daß in Ostpreußen ganz oder teilweise zerstört sind:

24 Städte, rund 600 Dörfer und 300 Güter.

Es sind 20 000 Gebäude abgebrannt und 80 000 Wohnungen planmäßig vernichtet worden.

Diese Verwüstungen fanden statt nicht in 4 langen Kriegsjahren, wie in Frankreich und Belgien, in denen die größten Schlachten der Weltgeschichte geschlagen wurden, sondern in kaum 6 Monaten.

Diese deutschen Ortschaften wurden zu einem großen Teil nicht im Kampf zerstört, sondern tatsächlich ohne jeden Grund.

Diese Verwüstungen bilden daher wirklich einen schweren, durch nichts hinwegzuleugnenden Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die menschliche Kultur.

Gegen dieses unrechtliche Verhalten ihrer russischen Verbündeten haben die Alliierten nie Einspruch erhoben. Sie tragen daher eine schwere Mitschuld an diesem Bruch des Völkerrechts!

Nachstehend seien einige deutsche Ortschaften angeführt, die in dieser Weise grundlos verwüstet wurden. (Vgl. auch Bildtafel I, unterste Reihe und die Bilder des Augustheftes 1922 der „Süddeutschen Monatshefte": Sabotage des Wiederaufbaus.)

Städte	Zahl der zerst. Gebäude Durch Kampf	Grundlos	Art der grundlosen Zerstörung	Bemerkungen
Stallupönen	8 Gebäude	246 Gebäude	Brandstiftung mit Zelluloidbündeln	Die Bürger wurden auf Befehl des russischen Ortskommandanten gezwungen am 2. Sept. nachstehendes Schriftstück zu unterschreiben: „Wir Unterzeichnete erkennen hiermit an, daß die Stadt Stallupönen vom deutschen Militär und von den Einwohnern geplündert und in Brand gesteckt ist." (Vgl. die Bildtafeln im Augustheft der Südd. Monatsh.)
Pillkallen	—	125 Gebäude	Brandstiftung	Vgl. Bildtafel I
Schirwindt	—	103 Wohngeb. mit zugehörigen Wirtschaftsgebd.	Brandstiftung	Vgl. Bildtafel I
Eydkuhnen	192 Gebäude, teilweise Kampf, teilweise grundlos		Brandstiftung	—
Domnau	—	142 Gebäude	Systematische Brandstiftung	Am 4. Sept. 1914 als der Feind endgültig den Ort räumen mußte, ließ er etwa die Hälfte der Stadt in Flammen aufgehen. (Siehe Bildtafel I.)
Gerdauen	171 Gebäude, teilweise Kampf, teilweise grundlos		Brandstiftung	Vgl. die Bildtafeln im Augustheft der Südd. Monatshefte.
Goldap	—	267 Gebäude, 45 gewerbl. Anlagen	Brandstiftung	Vgl. die Bildtafeln im Augustheft der Südd. Monatshefte
Neidenburg	—	227 Gebäude	—	—

Man kann sich an der Hand dieser in kaum 6 Monaten entstandenen Zerstörungen eine Vorstellung machen, wie es Deutschland ergangen wäre, wenn die Alliierten die Kraft besessen hätten, den Krieg nach Deutschland hineinzutragen, und ihn vier Jahre auf deutschem Boden auszufechten. Man kann sich an der Hand des russischen Verhaltens in Ostpreußen, des Verhaltens der Engländer und Franzosen 1918 in Frankreich (vgl. S. 138—148) ein Bild machen, wie das Völkerrecht von der Entente in diesem Fall beachtet worden wäre.

Ganz Deutschland wäre heute nichts als ein Trümmerhaufen!

Die völlige Erhaltung feindlicher Ortschaften während der deutschen Offensive in Rußland, Serbien, Rumänien und Italien.

Deutschland wird beschuldigt, die Städte und Dörfer der alliierten Länder willkürlich zerstört zu haben. Den klarsten Gegenbeweis liefern die Länder, welche von Deutschland besetzt wurden, ohne größere Zerstörungen aufzuweisen. Die Bildtafel VIII zeigt klar und deutlich, daß außerhalb des Kampffeldes kein Dorf und kein Haus absichtlich von den deutschen Truppen zerstört wurde. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß alle Bilder in der Zeit nach der Besetzung durch die deutschen Truppen aufgenommen sind, wie die Bilder selbst ergeben oder durch zahllose Zeugen eidlich erhärtet werden kann.

Zerstörungen durch die Ententeländer in der Geschichte.

Die Kriegsgeschichte beweist, daß Zerstörungsmaßnahmen aus operativen und taktischen Gründen stets als zulässig anerkannt wurden. Sie beweist aber auch, daß gerade unsere Gegner in ihren früheren Feldzügen oft zur rücksichtslosesten Verwüstung ganzer Landstriche geschritten sind.

1. Frankreich.

Im zweiten Raubkrieg Ludwigs XIV. verwüstete Turenne planmäßig die Pfalz. Durch diese Verwüstungen sollte den kaiserlichen Truppen die Möglichkeit zu einem offensiven Vorgehen genommen werden.

Hierüber schreibt Rousset in seiner „Histoire de Louvois" (Paris 1862):

„Nachdem Turenne die Deutschen über den Main zurückgetrieben hatte, wollte er sie daran verhindern, selbst nach seinem Abmarsch zurückzukommen und sie von der Versuchung befreien, Philippsburg zu belagern; er ließ daher sämtliche Futtermittel und die gesamte Ernte beiderseits des Neckar fortschaffen oder vernichten. Louvois gegenüber äußerte er sich darüber, als über eine durchaus natürliche und sehr nützliche Maßnahme: ‚Ebenso wie ich die Gegend zwischen Mannheim und Heidelberg bis zum Letzten ausgesaugt habe, beiderseits des Neckar, so glaube ich, werden Sie verstehen, wie richtig dies ist, um zu verhindern, daß man nach Philippsburg kommt'."

Turenne schrieb an den König:

„Ich bitte Euer Majestät mir aufs Wort zu glauben, daß nichts in der Welt so zweckmäßig ist, um eine Belagerung von Philippsburg zu verhindern, als die gesamte Gegend auszufouragieren, in der der Feind sich versammeln kann, um dorthin zu marschieren."

Noch größer waren die von den Franzosen unter Führung Melacs im Jahre 1689 vorgenommenen Zerstörungen deutscher Städte und Gebiete. Heidelberg, Mannheim, Worms, Speier, Oppenheim, Bingen, Sinzheim, Bruchsal, Wisloch fielen ihnen zum Opfer.

Über die Beweggründe für das Vorgehen der Franzosen schreibt Rousset (a. a. O.):

„Wenn eine Festung mit Belagerung bedroht ist, so ist es das erste für den Gouverneur, die Vororte, einzelne Häuser, Mauerwerk, Bäume, Gebüsch, selbst Strauchwerk, überhaupt alles, was die Annäherung und Bewegungen des Feindes, trotz Wachsamkeit der Festungsbesatzung, begünstigen kann, niederzulegen. Es ist seine Pflicht, alles weitgehendst freizulegen und er hat das Recht zu diesen Zerstörungen. In der Nähe der Festungen und in der weiteren Umgebung entsteht eine Zone, in der der Besitz des nackten freigelegten Bodens allein noch gestattet ist; alles, was sich darauf erhebt, sei es von der Natur oder von Menschenhand geschaffen, ist nichts als widerruflicher und zeitlich begrenzter Besitz. Die Geschichte hat Zeiten gesehen, in denen derartige ‚devastations pour le salut public' sich über ungeheure Flächen erstreckt haben, in denen man, um den Angreifer aufzuhalten und zu verderben, eine trostlose ausgetrocknete Einöde ohne jede Hilfsquelle vor ihm zurückließ."

Gegen Ende Dezember erhielt Herr v. Montclar nachstehenden Befehl:

„Seine Majestät befiehlt Ihnen", schrieb ihm Louvois, „sämtliche Ortschaften, die Sie verlassen, möglichst gründlich zu zerstören, sowohl am oberen als auch am unteren Neckar, damit der Feind hier nicht die geringsten Lebens- und Futtermittel vorfindet und dadurch nicht in Versuchung gebracht wird, sich uns zu nähern."

Am 28. Mai machte Chamlay Louvois mit seinen Zerstörungsplänen bekannt:

„Die Truppen werden in Speyer, Worms und Oppenheim nötig sein, um diese Städte zu zerstören. Um sie ebenso zuzurichten wie Mannheim, d. h. dem Erdboden gleich, wird man reichlich Zeit und eine große Anzahl Arbeitskräfte brauchen. Herr v. Duras hat sich deshalb vorgenommen, sie vollständig niederzubrennen, mit Ausnahme der großen Kirche in Oppenheim, der Kathedralen von Worms und Speyer und der beiden bischöflichen Schlösser; dann wird er die vom Feuer verschont gebliebenen Giebel und Mauern einreißen und die Keller sprengen lassen. Herr v. Duras beabsichtigt, nicht halbe Arbeit zu machen; er wird den Einwohnern 6 Tage Zeit lassen, um ihre Möbel und ihr Gepäck in Sicherheit zu bringen und ihnen vorschlagen, ins Elsaß, nach Burgund oder nach Lothringen zu ziehen, mit Abgabenfreiheit für 10 Jahre und mit dem Versprechen freier protestantischer Glaubensausübung im Elsaß. Wenn sie diesen Vorschlag annehmen, wird man ihnen die zum Transport ihres Gepäcks, ihrer Frauen

und Kinder in diese Provinzen erforderlichen Fahrzeuge stellen. Es ist sehr bedauerlich, daß wir zu diesem Äußersten gezwungen sind, aber diese Städte sind so günstig gelegen, so leicht wieder aufzubauen, so voll von großen, zur Aufnahme umfangreicher Magazine geeigneten Gebäuden, mit einem Wort von so großer Bedeutung, daß schreckliche Unannehmlichkeiten daraus entstehen würden, falls der Feind sie mit Beschlag belegen und sich dort festsetzen würde."

2. Amerika.

Auch im amerikanischen Sezessionskrieg 1864 sind aus strategischen Gründen ganze Länderstrecken planmäßig verwüstet worden.

Im Spätsommer gelang es dem General Sheridan, seinen Gegner, den General Early wiederholt zu schlagen, und bis in den südlichen Teil des Shenandoah-Tals vorzudringen. Er entschloß sich sodann, seinen Gegner nicht weiter zu verfolgen, sondern das Tal derart zu verwüsten, daß der Feind in Zukunft darin keinen Unterhalt mehr finden und auf diese Weise das Shemandoah-Tal als Einfallstraße nach dem Norden ausgeschaltet würde. Wie gründlich diese Zerstörungen ausgeführt wurden, beweist sein Bericht vom 6. Oktober 1864 an Grant (Official Records of the Union and Confederates Armies, Bd. 43):

„Gestern morgen begann ich den Rückzug von Port Republik, Mount Craqford, Bridgewater und Harrisonburg. Korn und Futter vorwärts dieser Orte bis nach Staunton hinauf, war vorher vernichtet worden. Auf dem Rückzug wurde das ganze Land von den Blue-Ridge — bis zu den Nord-Bergen für eine Rebellen-Armee unhaltbar gemacht. Ich habe mehr als 2000 Scheunen mit Weizen, Heu und landwirtschaftlichen Geräten, sowie 70 Mühlen voll Korn und Weizen zerstört, über 4000 Stück Vieh vor der Armee hertreiben und mindestens 3000 Schafe schlachten und an die Truppe ausgeben lassen. Die Zerstörung umfaßt das Luray- und Little-Fort-Tal ebensowohl als das Haupttal. Wir haben eine große, nicht genau zu schätzende Anzahl Pferde erbeutet. Leutnant Meigs, mein Ingenieuroffizier, wurde bei Dayton, jenseits Harrisonburg, ermordet. Für diese Untat habe ich alle Häuser in einem Umkreis von 8 km niederbrennen lassen."

(Man überlege, was die deutsche Oberste Heeresleitung hätte niederbrennen müssen, wenn sie für jeden, durch Franktireure ermordeten deutschen Soldaten, zu ähnlichen Strafmaßregeln geschritten wäre!)

„... Die Versprengten der Armee Early, Reiter und Fußsoldaten, bilden Banden. Diese werden sehr gefährlich und beunruhigen mich in hohem Maße. Ich weiß nicht, wie ich sie ausrotten soll, außer indem ich das ganze Land niederbrenne und die Bevölkerung nach Norden und Süden abschiebe .... Morgen werde ich die Zerstörung von Weizen, Futter usw. hinunter bis Fisher Hill fortsetzen. Wenn das geschehen ist, wird das Tal von Winchester aufwärts bis Staunton auf einer Strecke von 150 km nur noch wenig für Mann und Tier bieten."

Über diese planmäßige Vernichtung eines ganzen umfangreichen Landstriches schreibt der Führer der Konföderierten:

„Er hat beinahe die ganze Grafschaft Rockingham und das Shenandoah-Tal zu einer Wüste gemacht."

Auch bei seinen weiteren Operationen setzte Sheridan seine Taktik fort. Planmäßige Verwüstungen sollten dem ostwärts marschierenden Heer den Rücken decken; in diesem Sinne drahtet der föderierte Oberbefehlshaber Grant am 17. Oktober an Sherman (Boynton, Shermans Historical Raid):

„Falls Sie nach dem Süden gehen, würde ich vorschlagen, nichts südlich Chattanooga, sicher aber nichts südlich Dalton festzuhalten. Zerstören Sie in diesem Fall alles, was in Atlanta von militärischem Wert ist."

Später schreibt Sherman an den Oberbefehlshaber (Memoirs, Bd. II, S. 152):

„Solange wir Georgien nicht wieder bevölkern können, hat es keinen Zweck, es festzuhalten, aber die gänzliche Vernichtung seiner Straßen, seiner Gebäude und seiner Einwohnerschaft wird seine militärische Widerstandskraft ‚durchlöchern'."

Hier wird also die planmäßige Zerstörung eines ganzen Landes, als Ziel einer Operation hingestellt und das, obwohl die militärische Lage für die Unionstruppen durchaus günstig war!

3. Rußland.

Sogar im eigenen Lande wurde die planmäßige Zerstörung ganzer Länderstrecken nicht gescheut, wenn es sich darum handelte, dem Feinde das Vorwärtskommen zu erschweren.

Über den Rückzug der russischen Armee 1812 schreibt Clausewitz:

„Bei der russischen Arrieregarde war es zur Gewohnheit geworden, die Dörfer, welche sie innehatten, anzustecken. Die Einwohner waren gewöhnlich schon früher fortgezogen...

Die Zerstörungen der Russen wurden in großem Maßstabe durchgeführt, alle Brücken verbrannt, die Ansiedlungen zerstört und die Einwohner entfernt. Mit diesen verschwand die Masse der Vorräte und das Vieh, so daß die Verpflegung der französischen Armee wesentlich erschwert wurde.

Die durch mangelhafte Verpflegung und die Einflüsse der Witterung erschöpften Franzosen gewannen infolgedessen nur langsam in Richtung auf Moskau Raum.

Auf Anordnung der russischen Regierung war die Stadt Moskau von allen Behörden und den vornehmsten Einwohnern rechtzeitig geräumt worden. Diesen hatte sich aus Furcht vor den Franzosen fast die gesamte Bevölkerung unter Mitnahme ihrer beweglichen Habe und ihres Viehs angeschlossen. Nur ein paar hundert Menschen ‚von der geringsten Klasse' waren zurückgeblieben.

Wenige Stunden nach Einzug der Franzosen begann der Brand von Moskau.

Die Zerstörung des Landstrichs von Smolensk bis Moskau hat wesentlich zur Dezimierung der französischen großen Armee beigetragen und Napoleons Entschluß zur Umkehr vor dem Winter außerordentlich beeinflußt."

4. England.

Die Zertörung ganzer Landstriche und die Ausbeutung des besetzten feindlichen Landes ist zu allen Zeiten Mittel der Kriegführung gerade der britischen Heere gewesen. Aber hier sind es in den seltensten Fällen operative, sondern meistens politische Gründe gewesen, die zu dem rücksichtslosen Vorgehen gegen das betreffende feindliche Land veranlaßten!

So berichtet Hamley über Marlborough:

„Nach seinem Marsch nach Flandern, quer durch Deutschland, hielt sich Marlborough, obwohl er von befreundeten Staaten mit allem Erforderlichen versorgt war, beim Betreten Bayerns an das, was er ‚military Execution' nennt, oder besser gesagt systematische Zerstörung. Es sollte dies ein Mittel sein, den Kurfürsten von Frankreich zu trennen, indem er ihn zum Zeugen der Leiden seiner Untertanen und der Verwüstungen seiner Länder machte."

Auch Warren Hastings hatte keine Bedenken, die Zerstörung eines Landes gutzuheißen, wenn dies seinen politischen Zwecken nützlich schien, auch dann, wenn operative Gründe gar nicht mitsprachen. Der Krieg gegen die Rohillas, der in seinem Auftrage geführt wurde, hatte, nach Macaulay, den Zweck, eine zahlreiche Bevölkerung, die den Briten nicht die geringste Beleidigung zugefügt hatte, einer guten Regierung zu berauben und wider ihren Willen einer abscheulich schlechten Regierung zu unterwerfen. Nach Schilderung des Sieges der Briten und ihres Verbündeten, des Sudscha Daula, über die unglücklichen Rohillas fährt Macaulay fort (Thomas Babington Macauly, Ausgewählte Schriften):

„Jetzt wurden alle Schrecken eines indischen Krieges auf die schönen Täler und Städte der Rohillas losgelassen; das ganze Land war eine Feuersbrunst, mehr als hunderttausend Menschen flohen in pesthauchende Sumpfdickichte, weil es ihnen ein erträglicheres Los schien, von Hunger und Fieber verzehrt in der Höhle des Tigers zu wohnen, als die Tyrannei derer zu erdulden, welchen eine englische und christliche Regierung in schmachvoller Gewinnsucht ihr Vermögen und Leben, die Ehre ihrer Frauen und Töchter verkauft hätte."

Bekanntlich hat sich die Öffentlichkeit mit den von Warren Hastings getroffenen Anordnungen beschäftigt. Erst Jahre später, im Juni 1786, stellte schließlich der Major Scott Burke die erste auf den Rohilla-Krieg bezügliche Anklage gegen Hastings. Pitt stimmte für Hastings, das Urteil lautete auf Freisprechung!

Man sieht also, verurteilt wurde diese rücksichtslose Zer-

störung eines unschuldigen Landes nicht, obwohl sie durch militärische Notwendigkeit in keiner Weise gerechtfertigt werden konnte.

Im 19. Jahrhundert haben die Briten mit gleichen Mitteln in Amerika Krieg geführt. Channing führt in der Betrachtung des Kriegs 1813/14 in Amerika aus (A History of the United States, vol. IV, New York 1917):

„Wenn wir uns den Mittelstaaten der Cheseapeake-Bay zuwenden, so brachte das Jahr 1813 einige zusammenhanglose und verderbliche Streifzüge des englischen Admirals Cockburn längs der Cheseapeake-Bay. Beim geringsten Anlaß wurden Häuser und Dörfer an der Küste niedergebrannt und aller Besitz zerstört, und nur aus reiner Lust am Plündern wurden alle möglichen Haushaltungsgegenstände ihren Besitzern weggenommen und auf die Schiffe gebracht."

Die Briten sind ihren Grundsätzen durch die Jahrhunderte hindurch treu geblieben. Das letzte und furchtbarste Beispiel englischer Kriegführung ist der Buren-Krieg.

Nach der Einnahme Bloemfonteins und der Einverleibung des Oranje-Freistaates durch England im Mai 1900 begann der britische Oberbefehlshaber Lord Roberts die Farmhäuser und Dörfer der Buren zu zerstören, ihr Vieh wegzutreiben und ihre Nahrungsmittel systematisch zu vernichten! Am 29. 4. 1900 schreibt der Berichterstatter des Morning Leader E. W. Smith hierüber:

„Die Generale French und Poll Carew marschieren an der Spitze der Guards und der 18. Brigade durch das Land und brennen buchstäblich alles auf ihrem Wege nieder. Der Brigade folgen etwa 3500 Stück erbeutetes Hauptvieh und Schafe. Hunderte von Tonnen Korn und Futtermittel wurden zerstört. ... Ich hörte heute, daß General Rundle auf seinem Wege nach Dewetsdorf alles niedergebrannt hat."

So gründlich und systematisch war die Zerstörung der Farmen und Wohnplätze, daß schon am 28. 5. 1900 der Sonderberichterstatter des Daily Chronicle meldete:

„Von einem Ende zum anderen liegt die Oranjeflußkolonie jetzt in Ruinen und Hunger."

Der Zweck dieser barbarischen Zerstörung war, die Familien der Buren ins Elend zu jagen, um dadurch die kämpfenden Männer zur Aufgabe des Kampfes zu bestimmen. Diesen Zweck zeigt deutlich folgende amtliche englische

„Öffentliche Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß, wenn nicht die zurzeit im Felde stehenden Männer aus Stadt und Bezirk Krügersdorp sich bis zum 20. 7. ergeben und ihre Waffen den englischen Behörden abliefern, ihr gesamtes Eigentum konfisziert und ihre Familien aus Krügersdorp mittel- und heimatlos ausgewiesen werden.

Krügersdorp, 9. 7. 1900. Auf Befehl (gez. G. R. M. Ritchie.)"

Ein Verhalten, das mehr gegen das Völkerrecht verstieße, ist nicht denkbar.

In dem Buch von Frl. C. Hobhouse (The Brunt of the War, 1902) beschreibt Leutnant Morison seine Tätigkeit in Transvaal unterm 21. 11. 1900 wie folgt:

„Wir zogen von Tal zu Tal, nahmen Vieh und Schafe weg, brannten und plünderten und jagten Frauen und Kinder aus ihren Häusern und ließen sie wimmernd neben den Ruinen ihrer einst schönen Farmen sitzen. Es war schrecklich mitanzusehen ..."

Über diese planmäßigen Verwüstungen berichtet auch der Generalkommandant der Buren-Armee I. C. Smuts in einem Briefe an den Staatspräsidenten Steyn:

„Alle Grenzen der Zivilisation und Menschlichkeit wurden wie von einem wilden Sturzbade grenzenloser Wut überströmt, ... daß ich mich unfähig fühle, die Verwüstung, die der Feind hier anrichtete, den Schmerz und das Leid, das er uns angetan, selbst in allgemeinen Zügen wiederzugeben. Als Beispiel will ich den Teil des Bezirks Krügersdorp zwischen den Magalies- und Witwatersbergen nehmen. Jetzt ist es eine dürre, verwüstete Wildnis, alle Ländereien sind vernichtet, die Gärten abgehackt und ausgerodet, die Farmen niedergebrannt, die Häuser in vielen Fällen nicht nur verbrannt, sondern auch mit Dynamit gesprengt, daß nicht ein Stein auf dem anderen blieb.

Ich habe überall gehört, daß der Feind sich jetzt mehr auf die Folgen einer Hungersnot, als auf seine eigenen Waffen verließe. So werden alle Nahrungsmittel vernichtet, alle Wagen, Karren,

Mühlen, Pflüge, Schneide- und Dreschmaschinen verbrannt, Wasserdämme zerstört, ja selbst Kaffeemühlen werden vernichtet, weil die Frauen Korn damit mahlen.

Daß diese Kriegführung gegen wehrlose Nichtkämpfende und diese Zerstörung von privatem Eigentum, die beide nicht in direkter Verbindung mit der Fortführung des Krieges stehen, mit den Vorschriften des modernen Völkerrechts im Streit sind, brauche ich wohl nicht zu beweisen."

Ein „Return of buildings burnt in each month from June 1900 to January 1901" gibt wertvolle Angaben über die Gründe, die zu diesen Maßnahmen führten. So heißt es darin u. a.:

„Die Maßnahmen erfolgten:
‚Weil es dem Feinde sonst Nutzen brachte.'
‚Um Haferstroh zu vernichten, das nicht geborgen werden konnte.' ‚Um zu verhindern, daß die Vorräte in die Hände der Buren fallen.' ‚Zur Unbewohnbarmachung von Gelände, das dem Feind als Stützpunkt diente'."

Zerstörungen und Verwüstungen um rein politischer Zwecke willen sind ein Hilfsmittel der englischen Kriegführung bis zu diesen Tagen geblieben! Das tritt am sinnfälligsten zutage in dem Vorgehen der englischen Truppen gerade zur jetzigen Zeit in Irland.

5. Irland.

Hier wurden ganze Ortschaften, lebenswichtige Betriebe usw. rücksichtslos angezündet und zerstört, um den irischen Aufstand niederzuwerfen, meistens in einer durch nichts zu rechtfertigenden Weise. Das englische Vorgehen in Irland gleicht fast völlig dem Verhalten der britischen Truppen im Burenkriege.

Über diese Zerstörungen in Irland sagt der „Bericht der englischen Arbeiterkommission":

Das Niederbrennen von Eigentum.

Eine große Anzahl Häuser wurde durch Feuer vernichtet, in den wenigsten Fällen hat die Regierung zugegeben, daß die Brandstiftung von Regierungstruppen herrührt. Wir haben jedoch Beweismaterial darüber, daß es eine vorsätzliche Brandstiftung seitens der Regierungstruppen ist. Unter den vernichteten Grundstücken sind viele Molkereien, Fabriken, große Geschäftshäuser, Läden, Privathäuser und Farmen (S. 13 des Berichtes der engl. Arbeiterkommission).

Molkereien.

Tubbercurry und Achonry Molkereien.

Brandstiftung dieser Molkereien ein Racheakt der Polizeitruppe aus Wut über die Ermordung des Bezirks-Inspektors Brady. Der Staatssekretär bestätigt, daß diese Brandstiftungen eine „Repressalie sind und daß mit oder ohne Genehmigung Angehörige der R. I. C.[1]) sich an Farmern gerächt haben (Bildtafel VIII).

Ballymote Molkerei.

Telegramm:

Abs. Bezirks-Inspektor in Slige. 3. November 1920.
An Polizeioberhaupt Polizeitruppe Ballaghadreen.
„Alle verfügbaren Hilfstruppen haben sich sofort nach Ballymote zu begeben, wo ein Sergeant erschossen wurde" (S. 14).

Aus obigem Telegramm ersichtlich, daß durch die Heranziehung von Hilfstruppen nur ein Racheakt beabsichtigt ist. Am 3. 11. 20 wurde die Molkerei, einer Gesellschaft von 980 Mitgliedern gehörend, niedergebrannt (S. 15).

Strumpfwebereien.

Strumpfweberei in Balbriggan.

Am 20. September eine der beiden einer englischen Gesellschaft gehörenden Webereien verbrannt. Das andere Werk wäre dem gleichen Schicksale verfallen, wäre die R. I. C. nicht von Einwohnern gehindert worden (S. 17) (Bildtafel VIII).

Zerstörung von Geschäften.

Am 12. Dezember Niederbrennen von großen Geschäftshäusern in Cork. Leute, die Uniform trugen, steckten durch Petroleum und Bomben die Geschäfte in Brand. In den oberen Stockwerken waren Wohnungen; die Insassen mußten fliehen. Häuser waren total vernichtet. Photographie eines niedergebrannten Ladens (S. 17—19) (Bildtafel VIII).

Balbriggan.

Läden, Häuser, Gehöfte niedergebrannt. Eine Webwarenfabrik ebenfalls durch Feuer vernichtet. 2 Bürger getötet, andere verwundet. Bewohner flüchteten in die Felder, 2 Frauen starben vor Aufregung, 2 andere hatten Fehlgeburten, 4 kleine Kinder, die Masern hatten, starben ebenfalls.

[1]) = Royal Irish Constablery (Englische Polizei in Irland).

Diese „Repressalien" wurden von Leuten ausgeübt, die die britische Uniform trugen und die sich an der ganzen Bevölkerung rächen wollten, da Grausamkeiten an einigen der R. I. C. verübt wurden (S. 19) (Bildtafel VIII).

Cork.

Cork hat am meisten gelitten, da es als wichtigster Sinnfeiner-Mittelpunkt bekannt ist. Innerhalb der letzten 12 Monate hatte Cork 3 Oberbürgermeister. Der erste wurde in Gegenwart seiner Frau ermordet, der zweite starb im Gefängnis. Sein Nachfolger sitzt wie auf Kohlen, erfüllt aber seine Pflicht nach Möglichkeit. Versuche, das Rathaus und die Verwaltungsgebäude in Brand zu stecken. Im November wurden über 200 Verhaftungen nach Feierabend vorgenommen, 4 Sinnfeiner-Clubs, 12 große Geschäftshäuser wurden niedergebrannt, ferner wurden 7 Mann erschossen, 12 Leute schwer verwundet, 15 Züge zum Stillstand gebracht, 4 Drohungen gegen die Bürger Corks veröffentlicht, in mehr als 500 Privathäusern gewaltsam eingedrungen und durchsucht. Dies sind noch längst nicht alle Fälle (S. 33).

In der Zeit, als sich die Kommission dort aufhielt, haben Hilfstruppen viele Leute bestohlen oder ihr Eigentum mutwillig zerstört. Durch diesen Terror ist wirtschaftlicher Stillstand eingetreten. Nur die notwendigsten Anschaffungen werden gemacht, aus der Umgegend kommen kaum mehr Kunden. Augenzeugen sagen aus, daß die Brandstiftungen von Agenten der britischen Regierung herrühren. Die Stadtbibliothek wurde ebenfalls niedergebrannt. Die Kommission ist der Ansicht, daß die „Repressalien" am 11./12. Dezember kein Racheakt für den Überfall in Dillons Cross sind, sondern es sollten lediglich die wertvollsten Besitzungen vernichtet werden (S. 35) (Bildtafel VIII).

Brandstiftungspolitik.

Brandstiftung ist eine Politik der „Black-and-Tans" und der Hilfstruppen. Sie haben den Zweck, Terrorismus und Rache auszuüben. Beweise, daß die Regierung diese „Repressalien" duldet, sind vorhanden. Es wurde uns vorgehalten, daß es kein Beweis ist dafür, daß Regierungstruppen die Brandstiftungen verursacht haben, wenn uniformierte Leute dabei betroffen wurden. Es bestände die Möglichkeit, daß Sinnfeiner sich die Uniform der Polizeitruppen angeeignet haben, und daß die Brandstiftung das Werk der republikanischen Truppen sei, um die Öffentlichkeit gegen die britische Regierung aufzuhetzen. Dies ist aber wenig glaubhaft, denn zur Stunde der Brände waren die Straßen im Besitz der Polizei und des Militärs. Wenn Sinnfeiner die Brandstifter gewesen wären, hätten doch logischerweise die Regierungstruppen dem Treiben ein Ende machen müssen. Dies geschah nicht, im Gegenteil, die Regierungstruppen machten keine Anstalten, das Feuer zu löschen. Es gibt sogar Beweismaterial, daß die Schläuche von Regierungstruppen durchschnitten wurden (S. 21).

Die Regierung und die Wahrheit über die „Repressalien".

Wie aus den Berichten ersichtlich, ist die Darstellung der Regierung abweichend von der der Kommission. Die Rapporte der Regierung sind nur auf die Darstellungen ihrer Agenten gestützt. Die Kommission versuchte die Dinge den Tatsachen entsprechend darzustellen ohne jede Übertreibung, während die Darstellung der Regierung nicht überzeugend ist. Schlimmer als die falsche Darstellung der Vorgänge ist nach Ansicht der Kommission die Haltung der Regierung gegenüber den „Repressalien". Terror und Gewalttätigkeiten der Regierungstruppen werden gutgeheißen, verteidigt usw. Werden ähnliche Vergehen von anderen begangen, so werden diese anderen von den Leuten, die die „Repressalien" der „Black-and-Tans" und der Hilfspolizeitruppe unterstützen, der Brutalität, des Mordes und der Grausamkeit bezichtigt. Diese Politik Englands ist schamlos (S. 52).

Bei einer Anfrage der Daily News, wie Sir Pollock über das Vorgehen der Militärbehörden beim Einäschern in Irland denke, erwiderte dieser nach dem Zeitungsbericht vom 5. 1. 21:

„1. Wenn es nötig ist, Militär gegen Aufständische anzuwenden, gibt es dafür keine bestimmten Gesetze, außer der Frage, ob tatsächlich die Notwendigkeit besteht, und wenn dies der Fall ist, ob zu dieser militärischen Aktion vernünftigerweise triftige Gründe vorlagen."

„2. Das Zerstören von Gebäuden aus Feindseligkeit(!) ist ein ganz gebräuchliches und regelrechtes Kriegsverfahren."

Man erinnere sich nun nochmals des Kommentars des Prof. Holland in „The Laws and Customs of War on Land" zur Haager Landkriegsordnung, in dem dieser sagt (vgl. S. 121):

„Die Kriegsnotwendigkeiten können sogar die Verwüstung ganzer Bezirke klar rechtfertigen!"

Ganz im Sinne dieser Auffassungen Pollocks und Hollands handelten England und 'rankreich, wie wir in den einzelnen Kapiteln dieser Schrift gezeigt haben, in ihren üheren Feldzügen und im Weltkriege, England vor allem in dem Burenfeldzuge und uch jetzt noch in Irland.

Alle deutschen Maßnahmen aber, die, wie wir gesehen haben, Kriegsnotwendigkeiten n Sinne des Völkerrechts waren, glaubt dieses gleiche England ganz ebenso wie 'rankreich ohne mit der Wimper zu zucken, als „völkerrechtswidrig, mutwillig und nmenschlich" hinstellen zu dürfen.

Schluß.

Wir haben in den vorstehenden Kapiteln nur eine ganz kurze Darstellung der Tatsachen geben können. Auch die Bildtafeln und die zum Beweis angeführ-en Dokumente sind nur als Beispiele gedacht und aus dem zahlreichen, vorhandenen laterial herausgegriffen.

Die Schrift wird aber auch in dieser kurzen Form schon hinreichende Unterlagen eben, um dem Leser ein objektives Urteil zu ermöglichen.

Wir sind der Überzeugung, daß der Leser, der die Schrift nicht nur überfliegt, sondern ernsthaft durcharbeitet, der sich vor allem die Mühe macht, an der Hand der einzelnen Kapitel das deutsche Verhalten und das der Alliierten mit ehrlichem Willen zur Wahrheit gegeneinander abzuwägen, mit uns zu den Schlußfolgerungen kommen wird, die, wie folgt, präzisiert werden sollen:

1. Die „willkürliche" Zerstörung von Ortschaften in Frankreich und Belgien, wie sie uns von Clemenceau und Lloyd George vorgeworfen wird und mit der die restlose Wiedergutmachung begründet werden soll, kann Deutschland nicht zur Last gelegt werden.

2. Ein überwiegender Teil der Ortschaften ist unmittelbar im Verlauf der Kampfhandlungen zerstört worden. Ein Verstoß gegen das Völkerrecht liegt bei diesen Zerstörungen nicht vor.

3. Ein überragender Anteil an diesen im Kampf entstandenen Zerstörungen fällt den Alliierten zur Last.

4. Die außerhalb der Kampfhandlungen von den deutschen Kommandobehörden angeordneten Zerstörungen standen mit den militärischen Operationen in engster Verbindung. Sie waren aus militärischen, strategischen und kampftaktischen Gründen unbedingt notwendig. Auch sie waren also völkerrechtlich zulässig.

5. Die Bestimmungen des Völkerrechts und das eigene Verfahren der Alliierten in den früheren Kriegen beweisen die Rechtmäßigkeit solcher Zerstörungen.

6. Die Alliierten sind bei der Zerstörung von Ortschaften in ihrem eigenen Lande und in Ostpreußen oft weit über die militärischen Erfordernisse hinausgegangen und haben so in vielen Fällen das Völkerrecht schwer verletzt.

7. Deutschland hat dagegen aus Gründen der Menschlichkeit von dem ihm nach dem Völkerrecht zustehenden Zerstörungsrecht vielfach überaus maßvollen Gebrauch gemacht. Oft sogar unter bewußt weitgehender Zurückstellung der dringendsten militärischen Erfordnisse.

The Nation vom 15. 1. 21 schrieb:

„Minister beurteilen alles nach dem politischen Erfolg, und diesem ordnen sie jedes Mitgefühl und Gerechtigkeitsgefühl unter."

So dient auch diese Behauptung, daß Deutschland „mutwillig" belgische und französische Ortschaften im Weltkrieg zerstört habe, lediglich politischen Zwecken.

Diese Behauptung soll ebenso wie der Vorwurf der deutschen Schuld am Kriege die Rechtsgrundlage liefern, um Deutschland die Gesamtreparationen aufbürden zu können.

Sie soll nebenher aber auch dem Verruf unseres ehrlichen guten Namens dienen und uns auch fernerhin moralisch in der Welt isolieren.

Diese Behauptung ist zu diesem Ziele einfach eine

Fortsetzung der Lügenpropaganda des Weltkrieges!

Weihnachtsbücherschau.

Gegen die Zellenbücherei des Verlags Dürr & Weber hatte ich anfangs ein Vorurteil gehabt: ich war zufällig gleich auf ein paar Bände gestoßen, die mir gegen den Strich gingen. Inzwischen aber hat sich da tatsächlich ein Buchtyp herausgebildet, der neu, zweckmäßig und anregend ist. Wenn z. B. jemand hergeht wie Lassar-Cohn, und schreibt eine „Chemie in einer Stunde", so ist das ein Buch, das man immer gern liest, und nicht nur ein Mal liest. Oder wenn die völkerpsychologischen Bände alle so gut sind wie „Die Franzosen" von Karl Lahm, dann ist diese Reihe der Sammlung lesenswert, nicht nur in Deutschland, sondern auch in dem betreffenden Ausland. Oder wenn die literarischen Bände alle so gut wären wie Witkowskis Einführung „Der Faust Goethes", wäre diese Reihe musterhaft; auf so geringen Umfang soviel unaufdringliche Belehrung zusammenzudrängen ist eine Leistung. Auch von Francé habe ich seit längerem nichts gelesen, das mich so gefesselt hätte, wie das Zellenbuch, wo er „Den Weg der Kultur" an dem lebendigen Beispiel unsres Städtedornröschens Dinkelsbühl demonstriert. Paul Lensch „Die politische Kinderstube" geht ausgezeichnet an und hat auch im einzelnen eine Menge Bemerkungen, die entweder den Nagel auf den Kopf treffen oder doch zum mindesten äußerst nachdenkenswert sind, aber eine gewisse Horizontlosigkeit und Parteibefangenheit läßt sich doch nicht leugnen. Wenn ein botanisches Buch jemanden, der von Botanik so gar nichts versteht wie ich, von Anfang bis zum Ende fesselt, wird es Leuten, die etwas verstehen, wohl noch wesentlich mehr sagen: „Schwester Pflanze" von Karl Soffel. Die größte Überraschung jedoch waren wieder 3 Bücher über bildende Kunst: die „Kunstgeschichte in einer Stunde" von Hans Wolfgang Singer, „Stilarten der Kunst" von Julius Zeitler, und „Renaissance und Barock im Kunstgewerbe" von Richard Graul. Zunächst machten mich die guten Namen schon neugierig. Dann war ich erstaunt, daß keines dieser Bücher ein Bild enthält: sie wollen offenbar wirklich und ernsthaft gelesen werden, so wie man etwa einen Vortrag eines Mannes hört, der über sein Gebiet etwas zu sagen hat und zu dem, was er zu sagen hat, kein Bild braucht. Gerade diese Bände finde ich besonders gut. Alles in allem: die Zellenbücherei hat sich offenbar sehr gut entwickelt, und wer nicht Zeit, Lust oder Gelegenheit hat, belehrende Vorträge zu besuchen, wird beim Lesen dieser durchwegs anregend geschriebenen kleinen Bände sicher auf seine Kosten kommen.

Die neuere Plastik von 1800 bis zur Gegenwart von Alfred Kuhn (mit 68 meist ganzseitigen Netzätzungen und 14 Strichätzungen. Delphin-Verlag München). Ein äußerst lesenswertes, kenntnisreiches und anregendes Buch, bis auf die letzten Seiten, wo der Verfasser versucht, selbst noch den groben Unfug der allerneuesten Skulptur zu verstehen und verständlich zu machen. Ebenso ungewöhnlich lesenswert, kenntnisreich und anregend bis auf den Schluß ist Ludwig Justis „Deutsche Malkunst im 19. Jahrhundert" (Julius Bard, Berlin), die in der Reihe der amtlichen Veröffentlichungen der Nationalgalerie erschien, aber für jeden Kunstfreund von hohem Wert ist, da sie zum malerischen Sehen überhaupt anleitet, zum Erkennen dessen, worauf es dem Künstler angekommen ist. Ein textlich wie bildlich gleich gediegenes Buch über „Antike Bronzestatuetten" von Karl Anton Neugebauer (Schoetz & Parrhysius, Berlin). Der Verfasser ist Kustos an den Staatlichen Museen. Er behandelt sein Thema erschöpfend, die Bilder sind mit großer Umsicht ausgewählt, sie beschränken sich keineswegs auf den Berliner Bestand, sondern bringen Kleinbronzen aus allen in Betracht kommenden europäischen und amerikanischen öffentlichen und privaten Sammlungen. Weder war das Bildmaterial bisher in diesem Umfang zugänglich, noch gab es bisher eine Gesamtdarstellung der Entwicklung von der Urzeit bis ins spätere Altertum. — Sehr angenehm sind die kleinen Kunstbücher des Verlags Hugo Schmidt, München. Von den zuletzt erschienenen Bänden seien vor allem die über Holbein als Maler und als Zeichner genannt, und Wilhelm von Bodes Bändchen über Elsheimer. — Bei F. Bruckmann erschien eine Sammlung Maler-, Bildhauer- und Architektenanekdoten aus 6 Jahrhunderten, „Der Künstlerspiegel", gesammelt

von Alfred Georg Hartmann. Das Buch liest sich vergnüglich, und wenn man daraus nur eines lernte, nämlich allen Urteilen von Künstlern über Künstler zu mißtrauen und das Ateliergeschwätz zu verachten, wäre es seinen Preis wert. — Eine bedeutende Studie zur Fugger- und zugleich zur Kunstgeschichte ist das Werk von Philipp Maria Halm „Adolf Daucher und die Fuggerkapelle bei St. Anna in Augsburg“ (Duncker & Humblot). Die Fuggerkapelle ist die Wiege der Renaissance in Deutschland, und der Meister des Chorgestühls (jetzt im Kaiser-Friedrich-Museum) einer der größten deutschen Plastiker. Man muß die bedeutendsten Holzplastiken hernennen, die wir überhaupt haben, die Ulmer, die von St. Martin in Memmingen, die aus Weingarten, um diesen Figuren den gebührenden Rang anzuweisen. Über einen etwas älteren, aber nicht minder bedeutenden Augsburger Plastiker, nämlich Jörg Muscat, handelt ein Aufsatz von Feuchtmayer im eben erschienenen Band XII Heft 2 des „Münchner Jahrbuchs der bildenden Kunst“. Es ist höchste Zeit, daß wir mehr von dieser unserer größten Zeit deutscher Skulptur erfahren. Wie wenige wissen denn in Deutschland, daß unsere mittelalterliche und Frührenaissance-Plastik neben den größten Leistungen der Italiener völlig ebenbürtig steht, wenn nicht mehr? und daß es ein albernes Geschwätz ist, den Deutschen plastischen Sinn abzusprechen? Wir machten einmal eine Wanderung, die uns so ziemlich zu allen großen Barock- und Rokoko-Chorgestühlen des bayerischen und württembergischen Schwaben führte. Ganz am Schluß sahen wir des Vergleichs halber wieder das Memminger an: alle andern waren wie weggeblasen, selbst die von Rott und Ottobeuren; so gewaltig wirkten diese Schnitzwerke.

Bibliothek der Kunstgeschichte. Ein merkwürdiges neues Unternehmen des Verlags E. A. Seemann. Von den 500 geplanten Bändchen liegen vor: Vincent van Gogh, von C. Glaser; Das Bildnis im alten Ägypten, von H. Schäfer; Die Sixtinische Decke, von E. Panofsky; Oberitalienische Trecentisten, von J. Schlosser; Das flämische Sittenbild des 17. Jahrhunderts, von K. Zoege von Manteuffel. Jedes Bändchen hat 8 Seiten Text und 20 Vollbilder. Herausgeber ist der Wiener Universitätsprofessor Hans Tietze. Jedes Bändchen ist einzeln käuflich, Programmheft mit dem vollständigen Verzeichnis aller 500 Bände in den Buchhandlungen. Man kann gewisse Bedenken gegen den Plan nicht unterdrücken. Ist nicht, was seit einiger Zeit in die Kunstbetrachtung eindringt, der Standpunkt des Antiquitätenhändlers? Wäre uns nicht ein neuer Laokoon nötig über die Grenzen zwischen Museum für Völkerkunde und Glyptothek? Tritt nicht an Stelle eines lebendigen Fühlens der uns verwandten und gemäßen Kunst mehr und mehr eine wissenschaftlich kühle Neugier, die ihrerseits schon wieder von einem snobistischen Kuriositäteninteresse abgelöst zu werden droht? Ist nicht das tiefste Motiv der augenblicklichen ägyptischen und asiatischen Propaganda ein geheimer, rachsüchtiger Griechenhaß, Europahaß, der Haß alles dessen, was sich vom Orient nicht bezwingen ließ, was mit dem Orient fertig geworden ist? Und ist nicht ihr letztes Ziel: Grenzen zu verwischen, Distanzen wegzudiskutieren, alles gleich interessant zu machen, schließlich sogar alles gleich wertvoll, Götter zu enthronen?... Wenn wir das Verfahren der neuesten Kunstschriftstellerei auf Dichtung anwenden würden, vor allem aber auf Musik, wäre das Ergebnis nicht grauenhaft? Diese Bedenken richten sich weniger gegen das Unternehmen des Verlags an sich, als vielmehr gegen dessen Betonung der „vollen Berücksichtigung der Urzeit wie der Exoten“. Sollte man nicht, anstatt aus der Kunstgeschichte ein analytisches Mosaik von der Buntheit eines Antiquitätenladens zu machen, vom Neandertalmenschen bis zum Expressionismus, im Gegenteil den Unterschied zwischen dem Interessanten und dem Lebendigen mit größter Schärfe herausarbeiten? An wen wendet sich eigentlich die Sammlung? Für die Studierenden sind am wertvollsten die Literaturangaben. Kunstfreunde, die sich diese Literatur nicht leisten können, werden nicht allzuviel von den 8 Seiten Text haben. So bestechend die Bändchen sind — die Ausstattung ist reizend — so offen glaube ich meine Zweifel äußern zu müssen. Ich bin überzeugt, daß bei dieser Verzettelung (auf deutsch Organisation) des ungeheuren Gebiets eine erkleckliche Anzahl hübscher Miniaturmonographien herauskommt; aber daß sich diese 500 Bändchen jemals zu einem Ganzen zusammenschließen, daß dieses Ganze jemals

geeignet ist zur Kunst hinzuführen, daß diese kunstwissenschaftliche Kartothek jemals eine künstlerisch erziehende Bibliothek wird, das bezweifle ich. Ich bezweifle vor allem, daß man wirklich über Pisano, Donatello, Mantegna, Deutsche Baukunst des 17., Deutsche Zeichner des 19. Jahrhunderts usw. usw. auf 8 kleinen Seiten etwas Nützliches und Förderndes sagen kann; ich bezweifle ebenso, daß man mit 20 Abbildungen so große Themen illustrieren kann. Es scheint mir, daß hier ein von Anfang an nicht glücklicher Einfall zu Tode geritten wird. Was wir bräuchten, wären Bändchen wie Gowans Art Books, oder Bonomis Italia Monumentale.

Von den „Antiken Bronzestatuetten" Karl Anton Neugebauers war hier schon die Rede. Der nämliche Verlag, Schoetz & Parrhysius in Berlin, legt im selben Format und in derselben gediegenen Ausstattung ein Werk von Martin Schede vor: „Die Burg von Athen" (28 Textabbildungen, 99 Tafelbilder). In einer Zeit, die vor lauter vorderasiatischer und Südsee-Kunst nicht mehr weiß, wo ihr der Kopf steht, ist es an sich schon verdienstlich, an die Existenz der Akropolis und des Parthenonfrieses zu erinnern. Doppelt verdienstlich aber ist es, wenn die Reisemöglichkeiten fast völlig beschnitten sind, einen Band mit so schönen, großen Bildern zu machen. Der Verfasser, Kustos an den Staatlichen Museen in Berlin, hat jahrelang im Süden gelebt. Er versteht es, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung mitzuteilen, ohne den Leser durch Wiederholung der Forschungsarbeit zu ermüden. Hervorragend wichtig ist dieser Band für unsere Gymnasien. Die Zeiten, wo alljährlich ein Dampfer mit bayerischen Gymnasiasten und ihren Lehrern nach Griechenland fuhr, werden nicht so geschwind wiederkehren.

C. Oßwalds illustrierte Monographie über den Malerpoeten Matthäus Schiestl war eines der schönsten Weihnachtsbücher des Vorjahres. Die Gesellschaft für Christliche Kunst hat das rasch vergriffene Buch neu aufgelegt (120 Text-, 12 farbige, 10 zweifarbige ganzseitige Einschaltbilder). Es ist anzunehmen, daß diese 2. Auflage so rasch, wenn nicht noch rascher vergriffen sein wird als die erste. Denn das Bedürfnis nach der seelischen Atmosphäre, aus der Schiestls Bilder hervorgingen, ist in diesem Jahre eher noch größer geworden. Es ist eine Labung für Herz und Auge, in diesem Bande zu blättern. Alles ist so schlicht und treuherzig, so voll Gemüt und „innerlich voller Figur". Auch der Text Cajetan Oßwalds wirkt, gegenüber der geschwollenen Kunstschreiberei dieser Zeit, in seiner Einfachheit und Ruhe erquickend. Den Lesern der Zeitschrift, die den ehrwürdigen Hans Thoma zu ihren Mitherausgebern zählt, sei dies schöne Buch besonders empfohlen.

„Die Philosophie der Musik" von Paul Moos hat 21 Jahre von der ersten zur zweiten Auflage gebraucht. Aber daß überhaupt von einem so wenig alltäglichen und aller Mode so abgewandten Werke dieses Umfanges eine 2. Auflage möglich ist, möglich in dieser Zeit, das ist ein hoffnungsvolles Zeichen, und so hoffen wir, daß das vom Verlag (Deutsche Verlagsanstalt vereinigt mit Schuster & Löffler) gediegen ausgestattete Werk in wesentlich kürzerer Zeit seine 3. Auflage erleben wird. Von seinem Reichtum an dieser Stelle im Rahmen einer Weihnachtsbücherschau nur einen Begriff zu geben, ist unmöglich. Moos setzt sich mit der ganzen musikalischen Ästhetik seit Kant auseinander: mit Metaphysikern und Psychologen, Physiologen und Soziologen (vermißt habe ich lediglich das im Münchener Dreimasken-Verlag erschienene nachgelassene Werk Max Webers: Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik). In einer Zeit wie der unseren, wo auch musikalisch alles im Flusse, wenn nicht ist, so doch scheint, ist es von hohem Werte, nachzudenken, wie die Früheren, darunter Geister ersten Ranges, vor allem Musiker ersten Ranges, über all die mit der Musik verbundenen Probleme sich ausgesprochen haben. Moos läßt zunächst jeden, möglichst mit seinen eigenen Worten, seine Ansicht vortragen. Er ist sehr zurückhaltend, aber wo es darauf ankommt, wie in der Debatte Pfitzner-Bekker, sagt er seine eigene Meinung kurz und bündig. Er setzt die verschlungensten Gedankengänge der Musiktheoretiker mit wohltuender Klarheit auseinander. Wer etwa der Meinung sein sollte, ein solches Buch habe ihm nichts zu sagen, der versuche es nur: es regt zum Selbstnachdenken auf Schritt und Tritt an. In diesen 20 Jahren ist auf dem Gebiete

außerordentlich viel geschrieben worden, darunter, wie sich zeigt, doch viel mehr Gutes und Förderliches, als der Einzelne, der die Literatur nur zufällig zu Gesicht bekommt, glauben möchte. Durch dies Labyrinth von Ansichten, die sich zum Teil schroff entgegenstehen, ist das bedeutende Werk von Paul Moos der einzige mir bekannte Ariadnefaden.

Politische Werke. Friedrich Meineckes Werk „Weltbürgertum und Nationalstaat" ist 1908 zum erstenmal erschienen. Die weiteren Auflagen folgten sich 1911, 1915, 1917, 1918 und nunmehr die sechste 1922 (München, Rudolf Oldenbourg). Dieses mächtige Werk hat das Merkwürdige, daß es im ersten Teil rein geschichtlich rückschauend erscheint, um im zweiten, der ausschließlich die Entwicklung des Problems Preußen-Deutschland gewidmet ist, von Kapitel zu Kapitel aktueller zu werden bis zu dem höchst aktuellen und viel umstrittenen Nachworte „Das preußisch-deutsche Problem im Jahre 1921". Gerade weil wir den Standpunkt des Verfassers in vielen, zum Teil entscheidenden Punkten nicht zu teilen vermögen, müssen wir auf dieses wohl bedeutendste Werk über das deutsche Lebensproblem mit größtem Nachdruck hinweisen.

Friedrich Meinecke gibt auch, zusammen mit Hermann Oncken, eine Reihe heraus: Klassiker der Politik (Berlin, Reimar Hobbing). 6 Bände liegen vor: I.: Die Utopia des Thomas Morus, mit einer langen und wichtigen Einleitung von Oncken. II.: Macchiavelli, Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte (im Original irreführend Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio). Auch dieser Band ist von Oppeln-Bronikowski ausführlich eingeleitet. Die Übersetzung der Discorsi war noch wichtiger als die der Utopia. III.: Severinus von Monzambano (Pseudonym für Samuel von Pufendorf): Über die Verfassung des deutschen Reiches. Pufendorfs berühmtes Jugendwerk, das größte politische Werk wohl des 17. Jahrhunderts, gewissermaßen ein politisch-ironischer Tacitus des deutschen Verfassungselends, heute noch lesenswert wie je, im Gegenteil lesenswerter denn je. IV.: Castel de Saint-Pierre, Der Traktat vom ewigen Frieden 1713. V.: Vielleicht der wichtigste von allen, nämlich die Politischen Testamente Friedrichs des Großen; die wichtigsten Kapitel daraus die über die Erziehung des Kronprinzen: Infandum, regina, jubes renovare dolorem... VI.: Eine Auswahl aus den politischen Schriften Wilhelms von Humboldt, die mit großer Umsicht vorgenommen und um so wertvoller ist, je weniger der einzelne Leser heute in der Lage ist, sich die sehr umfangreichen Werke Humboldts anzuschaffen.

Sehr bedeutend wird auch die von Karl Alexander von Müller und Otto Westphal herausgegebene „Bibliothek der Weltgeschichte" (München, Rösl & Co.), eröffnet durch des letzteren Werk „Philosophie der Politik: Einheiten und Mächte der Universalgeschichte". Es wird sich Gelegenheit finden, auf diese Werke zurückzukommen. Heute konnte nur auf diese hervorragenden Veröffentlichungen in aller Kürze hingewiesen werden.

Von der Bibliothek Deutscher Klassiker (Freiburg, Herder) sind wieder ein paar Bände neu herausgekommen. Band I enthält Klopstock, und vom Göttinger Dichterbunde Hölty, Voß und Stolberg. Ich würde vorschlagen, von Klopstocks Messias nur eine längere Probe oder mehrere kürzere zu geben, und die dadurch gewonnenen 200 Seiten Claudius und Bürger zuzuweisen, die jetzt mit Herder und Jean Paul zusammen im III. Bande untergebracht sind. Den III. Band würde ich dann nur Herder und Jean Paul widmen. Der II. Band enthält Lessing und Wieland. Des letzteren „Oberon" füllt fast 120 Seiten. Ich hielte es für zweckmäßiger, auch bei Wieland nur eine möglichst bezeichnende Probe seiner kleinen Epen zu geben, und den dadurch gewonnenen Raum zu füllen mit Proben seiner Horazübersetzung (vor allem der Epistel an die Pisonen) und seiner erzählenden Prosa. Vielleicht ließen sich dann auch aus Lessings Hamburgischer Dramaturgie Ausschnitte geben. Vor allem aber schiene es mir angebracht, Lichtenberg, Hippel, Hufeland und Knigge in den Rahmen dieses Bandes einzubeziehen. Auch durch sparsamere Druckanordnung (Jahreszahlen nicht in eigener Zeile, sondern neben den betreffenden Stücken, Einleitungen in kleinerer Type) ließe sich neuer Raum gewinnen. — Die Ausstattung der Bände ist von der Gediegenheit,

die alle Veröffentlichungen des Verlags auszeichnet. Die Bibliothek Deutscher Klassiker ist berufen, in einer Zeit der enormen Steigerung der Bücherpreise allen Bildungsbedürftigen, besonders auch den Schulbibliotheken, wertvolle Dienste zu leisten. Daß sie nichts enthält, was im geringsten geeignet wäre, jugendliche Gemüter zu beunruhigen, ist ihr anerkanntes Verdienst.

Die bei Herder (Freiburg) erscheinende Bibliothek wertvoller Novellen und Erzählungen eignet sich besonders zum Schenken, sei es als Ganzes, oder nacheinander. Die 3 letzten Bände, die uns vorliegen, enthalten: Bd. 13: Theodor Mügge, Am Malanger Fjord; Franz Kugler, Die Incantada; Edmund Hoefer, Rolof der Rekrut; Fouqué, Rose; Freiligrath, Der Eggesterstein. Bd. 14: Hermann Schmid, Die Zuwiderwurzen; Alfred Müllner, Der Kaliber; Stifter, Der Kuß von Sentze; Moritz Hartmann, Das Schloß im Gebirge. Bd. 15: Heinrich Schaumberger, Vater und Sohn; Ludwig Tieck, Das Fest zu Kenilworth; Theodor Körner, Hans Heilings Felsen; Josef F. Lentner, Der Juchschrei. Je teurer Romane und Erzählungen in Einzelausgaben werden, desto preiswerter erscheinen diese Sammelbände.

Im Verlage H. Haessel (Leipzig) erscheint eine Sammlung „Die Schweiz im deutschen Geistesleben". Der Herausgeber ist Professor Harry Maync (Bern). Es liegen vor die ersten 4 Nummern: Historische Volkslieder der deutschen Schweiz, herausgegeben von Otto v. Greyerz: 20 der kraftvollsten geschichtlichen Lieder aus dem 15. und 16. Jahrhundert, vom Ursprung der Eidgenossenschaft bis zu Zwinglis Lied von Kappel reichend, mit ausführlicher Einleitung und sprachlichen Erläuterungen am Schlusse; Salomon Geßners Dichtungen, ausgewählt und eingeführt von Hermann Hesse; Gedichte Conrad Ferdinand Meyers, ausgewählt und eingeleitet von Eduard Korrodi; Adolph Frey, Lieder und Gesichte, ausgewählt und eingeleitet von Gottfried Bohnenblust. Es sind die besten Namen der Schweiz, die als Herausgeber der hübsch ausgestatteten Bändchen zeichnen. Von C. F. Meyer erschien im selben Verlage die erschütternde geschichtliche Novelle „Das Leiden eines Knaben", mit einer Einführung E. Ermatingers.

Velhagens & Klasings Volksbücher werden in Zeiten der Teuerung wie der unsern immer mehr Leser finden. Sie entsprechen als Buchtyp einem doppelten Bedürfnisse: dem nach knappen Lebensdarstellungen großer Männer, und dem nach illustrierten Büchern, zumal Texte wie Bilder gleich gut sind. So liegen nun neue Biographien vor: Schillers, von Jakob Wychgram; Beethovens, von Ferdinand Pfohl; Albrecht Dürers, von Hans W. Singer; Raffaels, von Ernst Diez; Johannes Brahms', von Ludwig Misch. Raffael erschien in 2., Dürer gar schon in 4. Auflage. Hand in Hand damit gehen Darstellungen bestimmter landschaftlicher Einheiten, von denen vor allem 2 genannt seien: München und Oberbayern von Maximilian Krauß, und Verlorenes Land, deutsches Land. Bände, wie der zuletzt genannte gehören in jede Familien-, vor allem auch in jede Klasse jeder Schulbibliothek. In Italien wären sie's, in Frankreich auch. In Deutschland muß man um Selbstverständlichkeiten kämpfen.

Die Künstlermappen des Verlages E. A. Seemann (Leipzig) sind eine der wertvollsten Veröffentlichungen, um gute Kunst in Nachbildungen, die vom Kunstwerk einen möglichst guten Begriff geben, verhältnismäßig billig unters Volk zu bringen. Von diesen Mappen sind bereits 55 verschiedene Nummern erschienen, von denen uns einige vorliegen, die wir daher genauer beschreiben. Sie bieten je 8 farbige Wiedergaben, mit einleitendem Text. Wir beginnen mit Hans Thoma, von dem 2 Mappen vorliegen; die zweite enthält Thomas Aufsatz: „Vom Bildermalen" aus den Südd. Monatsheften; sie zeigt den Meister von allen Seiten und aus allen Jahrzehnten seines reichen Schaffens. Wilhelm Leibl, mit Begleitworten von W. Bayersdorfer: enthält den Jäger (Baron Perfall) am Ammersee, das Ungleiche Paar (Original im Städelschen Institut), die drei oberbayerischen Bäuerinnen in der Kirche, drei seiner schönsten Bildnisse, die Strickenden Mädchen (Dresden, Staatsgalerie) und den Garten Leibls von seinem Freunde und Mitarbeiter Sperl. Zweite Spitzweg-Mappe (mit einigen Briefen Spitzwegs): Der arme Poet (München, Pinakothek), Das köstliche

ständchen (Breitformat), Das Picknick im Walde, Die Sterndeuter, Die Kinder im Walde, Im Dachstübchen (der blumengießende alte Junggeselle), Der federnschneidende Schreiber, Der Alte auf der Terrasse. Rokoko: Einführung von Richard Graul, je 3 Bilder von Watteau und Boucher, 2 von Fragonard. Achenbach: je 5 farbige Nachbildungen von Andreas und Oswald Achenbach, Einleitung von A. Specht. Man sehe sich z. B. den Brunnen vor der Peterskirche an: die Wiedergabe ist so meisterhaft, daß man genau weiß, wie das Original gemalt ist. Ein besonderes Verdienst des Verlages ist es, daß er auch das Schaffen solcher Künstler zugänglich macht, die dem Getriebe von Markt und Mode sich geflissentlich fernhielten, um ihre künstlerische Eigenpersönlichkeit desto reiner auszubilden, wie Fr. Hoffmann-Fallersleben, der Sohn des Dichters von „Deutschland über alles", und Otto H. Engel, der in Süddeutschland geborene, in Berlin lebende feine Landschafter; gerade diese beiden Mappen gehören zu den verbreitungswertesten, die Seemann herausgegeben hat. Verbreitung aber, und zwar in allen Schichten unsres Volkes, vor allem auch in den Schulen, ist diesen Sammlungen aufs nachdrücklichste zu wünschen. Der Schaukasten im Treppenhause unseres Gymnasiums, in dem allwöchentlich ein neues Bild des Verlages Seemann ausgestellt wird, erfreut sich von allen, die den Schülern zu Gebote stehen, der größten Beliebtheit. Die Wiedergaben stehen durchweg auf einer Höhe, daß sie zu den schätzenswertesten Mitteln zur Kunsterziehung zu zählen sind, die wir heute besitzen. Es ist ein großes Verdienst, daß Seemann auch seine „Meister der Farbe" fortsetzt, von denen jährlich 6 Hefte erscheinen, jedes acht farbige Tafeln enthaltend. Die „Meister der Farbe" bringen alte und neue Kunst in bunter Abwechslung, Thoma, Zumbusch, Manet, Habermann, Liebermann, Daumier, Degas neben Andrea del Sarto, Vermeer van Delft, Giorgione, Rembrandt, Memling, Eyck, Tiepolo, Murillo, Hobbema. Die jeder Nummer beigegebenen kunstgeschichtlichen Aufsätze des Herausgebers Artur Seemann sind sehr interessant und von bleibendem Werte. Wie gut die Reproduktionen den verschiedensten Techniken gerecht werden, sieht man, wenn man z. B. die Ruysdael-Mappe neben die von Memling legt. Diese Seemannschen Farbentafeln bilden eine Privatgalerie, die sich jeder nach Neigung und Verständnis allmählig sammeln kann.

Die meisten Leute kennen von E. A. Poe, den sie hartnäckig falsch, nämlich Puh, aussprechen, nichts als ein paar schlecht übersetzte Geschichten. Es war daher ein vernünftiger Einfall des Propyläenverlages, eine gute Gesamtausgabe dieses bedeutenden Amerikaners zu machen. Sie umfaßt 6 Bände. I enthält Theodor Etzels Einleitung, die Gedichte, die ästhetische Abhandlung „Philosophie der Komposition", und die philosophische Schrift „über das materielle und geistige Weltall": „Heureka". II: „Geschichten von Schönheit, Liebe und Wiederkunft", 20 Novellen und Dialoge, aus denen man einen ganz anderen Poe kennenlernt, als den der Detektiv- und Gruselgeschichten. III: „Verbrechergeschichten", 12 Novellen; IV: Die denkwürdigen Erlebnisse des Artur Gordon Pym; Das Tagebuch des Julius Rodman (über die erste Überquerung der Rocky Mountains). V: „Phantastische Fahrten": 14 Novellen. VI: „Scherz- und Spottgeschichten": 20 Novellen und Skizzen. Poe ist nicht nur der Ausgang der modernen Detektivgeschichte (der ganze Sherlock Holmes ist schon bei ihm vorgebildet, nur viel geistreicher), sondern auch der literarischen Groteske und der exotischen Abenteurergeschichte. Er ist geboren am 19. Januar 1809, gestorben am 7. Oktober 1849. Die Zeitschrift, in der seine ersten Novellen erschienen, brachte es in Jahresfrist von 700 auf 5000 Bezieher. Seine Spezialität war das Entziffern der schwierigsten Geheimschriften; sie steigerte die Abonnentenzahl von „Grahams Magazine" von 5 auf 52 Tausend. Der erste europäische Verkünder seiner Genialität war Baudelaire. Eine englische Auswahl seiner besten Sachen erschien in 3 Bänden bei Tauchnitz; sie ist weniger vollständig als die deutsche des Propyläenverlages, die, wie alle Erscheinungen dieses Hauses, vorbildlich geschmackvoll ausgestattet und gedruckt ist.

Iwan Turgenjeff: Visionen; und Östliche Rosen (Liebeslieder des Orients von Richard Zoozmann übertragen), 2 niedliche Bände des Amalthea-Verlags, beide mit feinen Bildern und Vignetten; etwas für literarische Feinschmecker.

Tiere, die ihr häßlich nennt, weil ihr sie nicht besser kennt (Nürnberg, Offenstadt & Fellheimer). Endlich einmal wieder etwas Eigenartiges, Neues und Gutes: handelt von Kröten, Spinnen, Mistkäfern, Fledermaus und Ohrwurm, Raupe und Schlupfwespe, Igel und Blindschleiche, Krebs und Regenwurm. Doppelter Wert: Beobachtung der Natur, und Ehrfurcht auch vor dem kleinsten Lebendigen. Die Verse von Emmy Landmann kindlich und leicht zu behalten, die bunten und schwarzen Bilder deutlich und künstlerisch.

Das „Rieser Heimatbuch", gewissermaßen das Protokoll der Rieser Heimatwoche in Nördlingen vom 22. bis 31. August 1922, ist ein Muster, wie derartige Veranstaltungen anzulegen und durchzuführen sind, und darum hat die Veröffentlichung des Bandes eine Bedeutung, die über das bloß Örtliche weit hinausreicht. Es wäre zu wünschen, daß wir von recht vielen deutschen in sich geschlossenen Landschaften solche Monographien bekämen, die das Stück Volkstum und die Erde, aus der es erwachsen ist, von allen Seiten schildern. Möge dieser treffliche Band ebenso gute Nachfolger finden: denn wenn das neue Deutschland erstehen soll, so kann es nur durch überzeugte Pflege des Heimatgedankens geschehen. (Verlag C. H. Beck, München.)

Wenn ein Verlag wie Herder & Co. einen neuen Typ Jugendschrift macht, darf man überzeugt sein, daß dieser Typ bisher gefehlt hat und daß er vorbildlich hingestellt wird. „Der Fährmann" ist ein Lesebuch für junge Männer zwischen 16 und 20. Den einen bietet er noch Abenteuer und weite Welt, den andern Innerlichkeit und Probleme. An dem Bande ist nichts alltäglich. Unter den Mitarbeitern finden wir z. B. Dörfler, Jakob Kneip, Wilhelm Matthießen. Der Band ist gediegen ausgestattet.

Dr. Josef Hofmiller.

Noch einige Neuerscheinungen,

auf die sogleich kurz hingewiesen sei, da sie für manche Leser der S. M. als Weihnachtsgeschenke in Betracht kommen:

Der uns innerlich nahestehende Verleger Wilhelm Langewiesche in Ebenhausen im Isartal hat einen neuen Band herausgebracht: Das Unerkannte auf seinem Weg durch die Jahrtausende. Ohne Deutungsversuche werden aus dem biblischen Altertum, aus der abendländischen Geschichte und Literatur bis etwa zum Jahr 1800 merkwürdige Fälle von Fernsehen, Hellsehen u. dgl. im Wortlaut des ersten Berichtes erzählt. Der Band, der erste eines neuen Gebiets, ist so sorgfältig ausgewählt und bearbeitet wie alles, womit Langewiesche den deutschen Bücherschatz bereichert hat.

Von unserm Mitarbeiter Tim Klein erschien soeben bei Flemming und Wiskott in Berlin ein Lebensbild des Freiherrn vom Stein. Die ganze deutsche Jugend sollte es lesen.

Diese erfährt nun jeden Tag am eigenen Leib, daß die Weltgeschichte kein bloßes Schulfach ist. Eine übersichtliche Darstellung wie die eben in 23. Auflage erschienene Webersche Weltgeschichte in einem Band (Leipzig, Engelmann), von Prof. Gutwasser bis auf die Gegenwart fortgeführt, würde in weiten Kreisen des Mittelstandes eine willkommene Gabe sein — soweit er noch Bücher kaufen kann.

Wer noch ein Bilderwerk kaufen kann, dem sei wärmstens empfohlen die soeben bei der Frankfurter Verlagsanstalt erschienene Hans Thoma-Sammlung „Deutsche Heimat". 64 prächtige Lichtdruckbilder unsrer Münchner Kunstanstalt F. Bruckmann A.-G. Die deutsche Kunst lebt noch — das ist das Gefühl bei Betrachtung dieser Bilder. Möge die deutsche Kunst in irgendeiner Form den Weihnachtsabend unserer Leser verschönen. In tiefer Not und Erniedrigung ein Klang jenes Geistes, aus dem einzig die Wiedergeburt kommen kann.

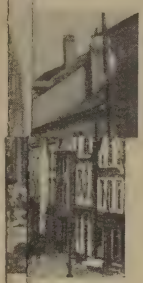
Redaktionell abgeschlossen am 24. November 1922.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck der Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet.
Druck: F. Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München.
Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

on

Oerung zeigen
1 Landbatterie om 22.—26. 9
Diers beschosse
B60 Häuser wu
Zufall von ihr

Strandleben an dehende deutsc

ar
u



n 1915.

f) Straße in M

en

Gebäuden
t.

Domnau. 142 Ge

Besch er Seebahnhof

lfront. Beis

(I) Der Bewegungskampf 1914. Beispiele von offenen Ortschaften in Belgien und Frankreich, die während des Vormarsches 1914 in beiderseitigem Kampf beschädigt wurden.

Der nach Kampf genommene Brückenkopf am Kanal bei Pommeroeul, 24. August 1914.

Beaurains, 7. Oktober 1914.

Artillerie zieht durch Charpentry bei Varennes, 1914.

Longuyon 1914.

Fromelles 1914.

Guise 1914.

Beispiele von Ortschaften, die während des Vormarsches ohne nennenswerte Kämpfe und z. T. ohne Zerstörungen genommen werden konnten. Die Bilder beweisen, daß die deutschen Truppen jede Ortschaft schonten, wenn Kämpfe nicht erforderlich waren.

Marsch durch Enghien, 22. Aug. 1914.

Kurze Mittagsrast in Ath, 23. August 1914.

Grande Place in Mons, Oktober 1914 nach dem Einrücken der deutschen Truppen.

Einzug des ersten deutschen Regiments in Brüssel.

Abtransport gefangener Franzosen durch St. Dié (Aug. 1914).

Durchzug deutscher Artillerie durch Amiens am 21. Aug. 1914.

Einige Beispiele aus dem Festungskampf 1914, in dem stärkere Zerstörungen die naturnotwendige Folge des Kampfes waren, da schwere Artillerie bei der Belagerung zur Anwendung kam. Die Bilder beweisen gleichzeitig, daß nach der Einnahme der Stadt von den deutschen Truppen jede weitere Zerstörung vermieden wurde.

Longwy. Die Festung Longwy mußte 1914 belagert werden. Beim Angriff trat auch deutsche schwere Artillerie in Aktion. Dadurch erklären sich die schweren Beschädigungen. Die Beschießung wurde aber auch hier nur insoweit durchgeführt, als es der Angriffszweck erforderte. Bild b zeigt, daß wesentliche Teile der Stadt unzerstört blieben.

a) Blick vom Festungstor.

b) Gesamtansicht 1916, die die unzerstörten Teile der Stadt klar zeigt.

Lille. In Lille wurde bei den Kämpfen 1914 um die Festung von der deutschen Artillerie lediglich das Bahnhofsviertel beschossen, um Truppenverschiebungen und das Eintreffen von Verstärkungen zu verhindern. Das Bahnhofsviertel hat dadurch beträchtlich gelitten. Alle übrigen Teile des Stadtinnern wurden aber geschont. Das zeigen klar die Bilder c und d. Das unfertige Theater wurde sogar von den Deutschen während der ersten Kriegsjahre völlig ausgebaut. (Siehe Bild b im Hintergrunde.)

a) Straße vom Bahnhof nach dem Theater.

b) Umgebung des Theaters. Im Hintergrund das im Kriege von Deutschen vollendete Theater.

c) Das Leben auf dem großen Platz, 1915.

d) Rue Nationale 1916.

Antwerpen. Die Festung Antwerpen wurde 1914 von den Engländern und Belgiern hartnäckig verteidigt. Sie mußte in hartem Angriff genommen werden. Das deutsche Bombardement richtete sich im wesentlichen, dem militärischen Zwecke entsprechend, gegen die Fortslinie. Der Stadtkern wurde nur, soweit militärisch unbedingt nötig, beschossen, um die Uebergabe zu beschleunigen. Die Bilder c und d zeigen, daß hierbei möglichste Schonung obwaltete. Im späteren Verlauf der Kriegsjahre ist deutscherseits nichts mehr zerstört worden. Wohl aber wurden 1917/18 noch einige Häuser durch die Luftangriffe der Alliierten schwer beschädigt, wie Bild e und f zeigen.

a) Wirkung des Bombardements in einer Straße. Aufnahme vom 20. 10. 1914.

b) Wirkung des Zeppelin-Angriffs während der Belagerung im Stadtviertel neben der Börse.

c) Deutsche Bagagewagen durchfahren 1914 den unzerstörten Stadtkern von Antwerpen.

d) Kundgebung der Vlamen Februar 1918 in dem unzerstörten Stadtkern.

e) Englischer Fliegerangriff auf Antwerpen. Häuserkomplex am Paulsplatz.

f) Englischer Fliegerangriff auf Antwerpen 1917. Café Maude.

Beispiele einer im Kampf 1914 hauptsächlich von der alliierten Artillerie (Belgier) zerstörten Stadt.

Mecheln. Diese belgische Stadt wurde beim Angriff der belgischen Truppen aus Antwerpen heraus von den Belgiern selbst beschossen. Der Hauptteil des Schadens bei den Kämpfen fällt der belgischen Artillerie zur Last. Später wurde deutscherseits nichts zerstört, wie die Bilder e und f beweisen

a)—c) Teilansicht der durch die Beschießung zerstörten Stadtviertel.

d) Der Marktplatz von Mecheln. Deutsche Proviantkolonnen und Truppen mit vielen Hunderten von Gefangenen 1914. Das Bild beweist, daß deutsche Truppen den Ort nicht zerstört haben.

e) Der völlig unzerstörte Rathausplatz in Mecheln 1915.

f) Straße in Mecheln Oktober 1914 völlig unzerstört.

Beispiele von deutschen Ortschaften im Elsaß und in Ostpreußen, die beim Einfall der Franzosen und Russen 1914/15 zerstört wurden.

Elsaß.

Gegend Saarburg nach der Schlacht vom 18.—21. 8. 1914.

Brudersdorf bei Saarburg, das bei den Kämpfen am 20. 8. 1914 teilweise zerstört wurde.

Ingersheim i. Elsaß nach dem Gefecht vom 22. 8. 1914.

Ostpreußen.

Pillkallen. 125 Gebäude durch Brandstiftung der Russen zerstört

Schirwindt. 103 Gebäude mit zugehörigen Wirtschaftsgebäuden durch Brandstiftung von den Russen zerstört.

Dommau. 112 Gebäude durch systematische Brandstiftung von den Russen zerstört.

(II) Der Stellungskampf.

Küstenfront: Ostende.

Ostende war beim Einrücken der deutschen Truppen völlig unzerstört. Das friedliche Zusammenleben der deutschen Truppen mit der belgischen Bevölkerung zeigen die ersten Bilder der Tafel. Schon am 23. 10. 1914 beschoß ein Torpedoboot der Alliierten die Stadt mit 10 Schuß. 1915—1917 wurde Ostende wiederholt von Bombengeschwadern angegriffen. Am 5. 6. 1917 wurde die Stadt von 5—6 Uhr vormittags von 2 englischen Monitoren und 1 Landbatterie unter Feuer genommen. Ebenso beschossen die Engländer von Land und See her am 27. 6. 1917, 6. 9. 1917, vom 7.—13. 9. 1917, besonders aber in der Zeit vom 23.—26. 9. 1917, die Stadt.

Diese Angriffe setzten sich auch 1918 fort. Beispielsweise wurde Ostende am 31. 3. 1918 von 4 Uhr nachmittags ab von See her mit 42 Schuß schwersten Kalibers beschossen, ebenso am 29. 7. 1918. Auch die Fliegerangriffe dauerten im Jahre 1918 unausgesetzt an. Umfangreichste Zerstörungen waren die Folge, von denen nachstehend einige Proben gegeben werden.

Bei der Einweihung eines Erinnerungsdenkmals am 3. 9. 22. gab H. de Bock folgende Zahlen an: Ostende erlitt 148 Luftangriffe, 46 Artilleriebeschießungen, 160 Häuser wurden zerstört, über 2000 beschädigt, 273 Personen wurden getötet, 558 verwundet. „Sie wurden durch einen unglücklichen Zufall von ihren eigenen Brüdern im Kampf getroffen"!

Strandleben an der deutscherseits unzerstörten Strandpromenade während der Besetzungszeit.

Strandbild aus dem Jahre 1915, das das friedliche Zusammenleben der deutschen Besatzungstruppen mit der belgischen Bevölkerung zeigt.

Die aufziehende deutsche Wache vor dem Kurhause am 3. 10. 1917.

Bild der zerstörten Kathedrale. Im Vordergrunde ein durch die Beschießung zerrissener Körper eines belgischen Zivilisten.

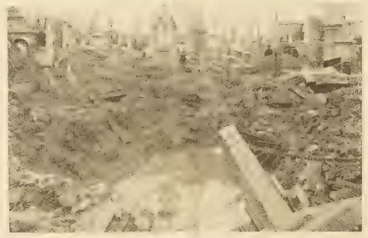
Beschießung am 25. 9. 1917. Einschlag neben der Kirche in der Christinenstraße.

Die Verwüstung des Kathedralen-Innern gelegentlich eines englischen Monitoren-Angriffs 1917. Im Vordergrunde getötete belgische Frauen und Kinder.

Beschießung am 25. 9. 17. Am Strande.

Englische Beschießung am 21. 3. 18. Wirkung in der Paulusstraße.

Der Seebahnhof nach der englischen Zerstörung 1917.



Wirkung der englischen Beschießung auf dem alten Friedhof, wodurch 25 Gräber zerstört oder stark beschädigt wurden.

Westende.

In gleicher Weise wie Ostende wurde das herrliche Bad Westende und das zugehörige Dorf von der alliierten Landartillerie in Trümmer gelegt.

Kirche in Westende-Dorf. Ende 1917.

Der zerstörte Friedhof in Westende-Dorf.

Landfront.

Beispiele von Ortschaften aus den verschiedensten Armeegebieten, die im Stellungskampf im Laufe der Jahre zerstört wurden.

Messines (Gegend Ypern) im April 1918.

Lombartzyde 1916.

La Bassée 1916.

Givenchy en Gohelle. (Gegend Lens.) 1916.

Riencourt (Siegfriedstellung) 1917.

Hendecourt (Siegfriedstellung) 1917.

Fresnoy 1916.

Craonelle 1918.

Chavignon 1918.

Pinon 1918.

Somme-Py 1917.

St. Marie à Py 1916.

Die Zerstörungen an der elsässischen Front durch die französische Artillerie.

Die Bilder zeigen, daß der Stellungskampf eben starke Zerstörungen der Ortschaften mit sich bringt und daß selbst die Franzosen, obwohl sie sich, um die Einwohner für sich zu gewinnen, sichtbar bemühten, in dem als Kriegsziel betrachteten deutschen Elsaß-Lothringen vorsichtig zu verfahren, solche Zerstörungen im Verlauf der Kämpfe nicht vermeiden konnten.

Das zerstörte Uffholz i. Elsaß. Die Umgebung der Kirche.

Zerstörte Häuser in Oberburnhaupt i. Elsaß.

Das zerstörte Wittelsheim i. Elsaß.

Der zerstörte Marktplatz in Wattweiler i. Elsaß.

Das zerstörte Sennheim i. Elsaß.

Die zerstörte Stadt Münster am Stein i. Elsaß.

driffen. Am 5. 6. 1917 wurde die Stadt von 5—6 Uhr vormittags von 2 englischen Monitoren und
1
n werden.
r

hlag
raße.

Die Verwüstung des Kathedralen-Innern gelegentlich eines engli
schen Monitoren-Angriffs 1917. Im Vordergrunde getötete belg
sche Frauen und Kinder.

Westende.

Bad Westende und das zugehörige Dorf von der alliierten Landartillerie in Trümmer gelegt.

17.

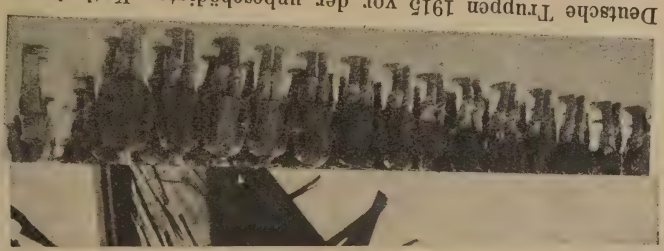
Der zerstörte Friedhof in Westende-Dorf.

Bildtafel IV

Nach Abschluß der Schlacht 1917.

Die Zerstörung Nordfrankreichs und Belgiens. (Südd. Monatshefte, Dezember 1922.) 13 (S. 189—224).

Deutsche Truppen 1915 vor der unbeschädigten Kathedrale vor Beginn des Gottesdienstes.



1918

(IV) Arras-Schlacht 1917 (2. 4. — 20. 5.)

Die Arras-Schlacht zeigt das gleiche Bild wie die Somme-Schlacht (Tafel V).

Beispiele von Ortschaften des Kampfgebietes
vor Beginn der Schlacht in unzerstörtem Zustande.

Chérisy (Januar 1917).

Wancourt (April 1917).

Bois Bernard (Anfang 1917).

Monchy le Preux (April 1917).

Plouvain (April 1917).

Vis en Artois (Anfang 1917).

Dieselben Ortschaften nach der Zerstörung durch das englische Artilleriefeuer.

Chérisy nach der Schlacht.

Wancourt nach der Schlacht.

Das zerstörte Bois Bernard.

Monchy le Preux während der Schlacht.

Das zerstörte Plouvain

Das zerstörte Vis en Artois

Die Flandernschlacht 1917 (27. 5. — 3. 12.).

Die über 6 Monate dauernde Flandernschlacht zeitigte ein trostloses Bild der Verwüstung. In ungeheurem Ausmaße kamen hier alle Kampfmittel zur Anwendung. Die Verwüstung wurde noch schwerwiegender durch den vielfach sumpfigen Untergrund der Kampfzone. Reiche und blühende Ortschaften der dem deutschen [illegible] fielen [illegible] Verwüstung [illegible].

Einige Beispiele von Ortschaften der Kampfzone,
die vor Beginn der Schlacht unter deutscher Herrschaft völlig unversehrt oder nur wenig durch das engl.-franz. Feuer beschädigt waren.

Zonnebeke. Altes und neues Schloß (Februar 1917).

Westroosebeke, Straße mit Kirche (März 1917).

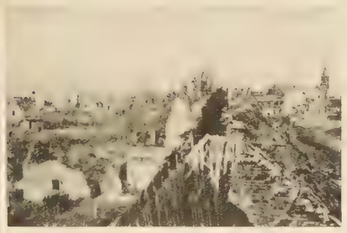
Poelkappelle.

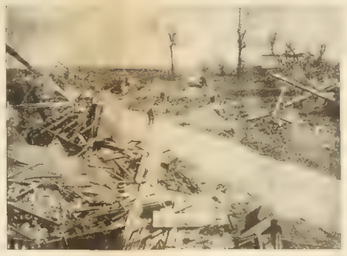
Becelaere zu Beginn der Schlacht. Umgebung ein völlig friedliches Bild. Nur Kirche bereits beschädigt.

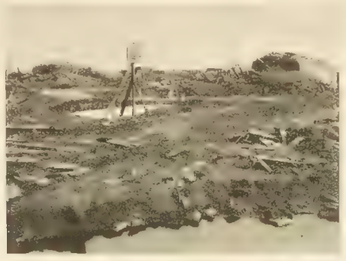
Tenbrielen (April 1917).

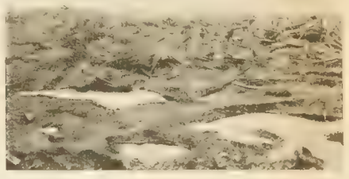
Moorslede, Marktplatz (Jan. 1917).

Die gleichen Ortschaften unter dem englischen Artilleriefeuer.
Die Bilder sind während der Schlacht aufgenommen. Die Ortschaften waren, wie in den unteren Reihen an Fliegerbildern gezeigt wird, nach Abschluß der Schlacht eine völlige Trichterwüste.


Zonnebeke (April 1917).


Westroosebeke (Dezember 1917).


Poelkappelle und Umgebung (November 1917).

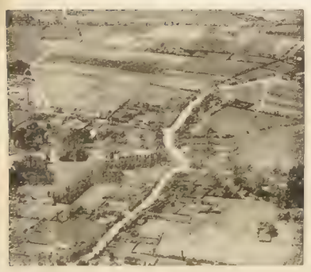

Becelaere. Dorftrümmer (November 1917).

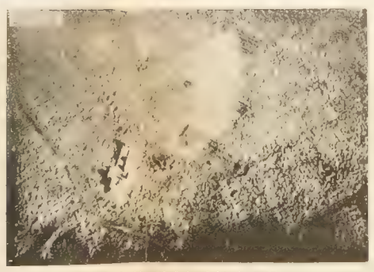
Tenbrielen (Oktober 1917).

Moorslede, Marktplatz mit Kirche (Oktober 1917).

Beispiele der durch das englische Artilleriefeuer entstandenen Trichterfelder,
in denen die Ortschaften kaum noch zu erkennen sind.

Zonnebeke — Poelkappelle — Passchendaele.


1915


Nach Abschluß der Schlacht 1917

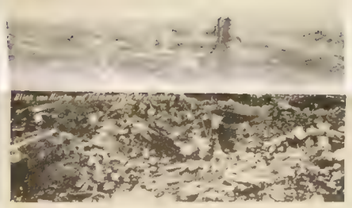
1915

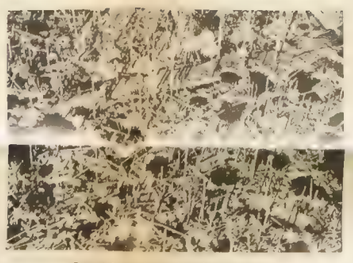
Nach Abschluß der Schlacht 1917.

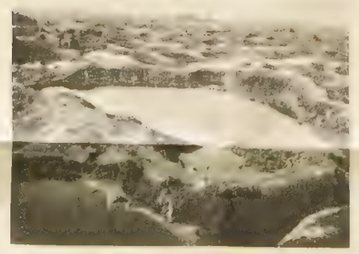
1915.

Nach Abschluß der Schlacht 1917

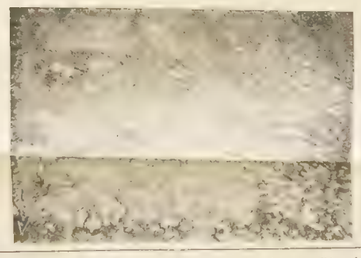
Vielfach entstandene vollkommenste Trichtersümpfe,
in denen die Truppe kaum leben konnte

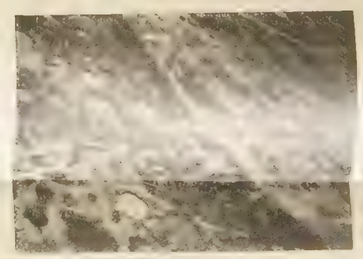

Das völlig zertrommelte Gelände bei Wytschaete.


Der vielumstrittene Houthulsterwald


Das Trichterfeld bei Poelkappelle.

Typische Bilder des durch das Trommelfeuer entstandenen „Flandern-Sumpfes".





Die anderen Abwehrschlachten, wie Aisne-Champagne 1917 usw. zeigen völlig gleiche Bilder

(III) Lens. Die Zerstörung der Stadt Lens durch die englisch-französische Artillerie.

1914/15

Gesamtansicht der Stadt 1914

Französischer Friedhof

An den französischen Friedhof haben die Deutschen keine Hand gerührt.

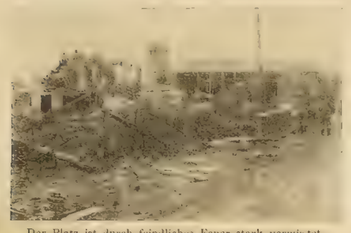
1916 Der sogenannte Ochsenplatz

Die Einwohner sind noch in der Stadt. Die Beschießung wird stärker.

Bahnhof

Der Bahnhof wurde von der feindlichen Artillerie besonders unter Feuer genommen.

1917 Der sogenannte Ochsenplatz



Der Platz ist durch feindliches Feuer stark verwüstet.

Bahnhof

Der Bahnhof ist bereits ein wüster Trümmerhaufen.

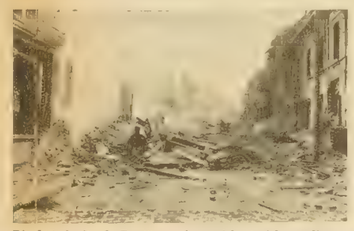
Deutscher Soldatenfriedhof

Der Friedhof und seine Umgebung beweisen, daß unter der deutschen Besetzung Anfang 1915 Lens unzerstört war.

Teilansicht der Stadt

Das engl.-franz. Feuer beschädigt schon den inneren Teil der Stadt.

Teilansicht der Stadt



Die fortschreitende Zerstörung kennzeichnet sich an diesem Bilde klar. Häuser stehen in Brand.

1914/15

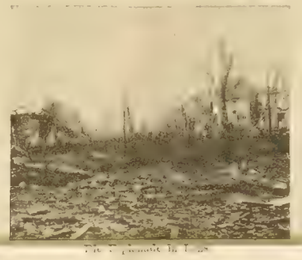
Straßenbild aus dem Jahre 1915 (Ende)

Die Zerstörung beginnt.

1916

Ein anderes Bild sich fortsetzender Zerstörung.

1917



stark beschädigt

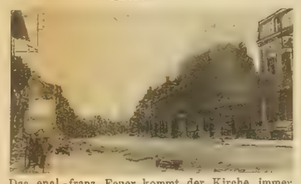
Kirche 1915

Völlig unzerstört.

Kirche Frühjahr 1916. Hauptansicht

Das feindliche Feuer setzt auch im Kirchenviertel ein. (Vgl. besonders das untenstehende Bild.)

Kirche Mitte 1917



Das engl.-franz. Feuer kommt der Kirche immer näher. Die auf die Kirche zuführende Hauptstraße ist bereits teilweise zerstört. Häuser stehen in Flammen. Die Einwohner mußten zu ihrem eigenen Schutz vor der engl.-franz. Artillerie aus der Stadt entfernt werden.

Eingang zur Kirche 1915

Die Einwohner sind noch in der Stadt!

Seitenansicht

Die engl.-franz. Beschießung setzt ein. Man beachte die zerstörten Fenster der Kirche und die Sandsackbarrikaden, die die Einwohner zu ihrem Schutze vor den Kellerfenstern errichtet haben.

Die Umgebung der Kirche August 1917

Der stark zerschossene Kirchturm, der die Passage gefährdete, mußte gesprengt werden.

Stadtteile.

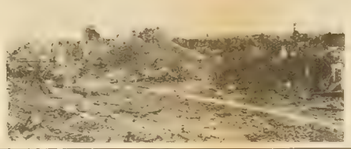
Die Kirche und ihre Umgebung 1918.

1918

Aus dem französ. Reiseführer „Michelin", Paris, Heft „Arras".

1918

Diese Bilderreihe aus dem Jahre 1918 zeigt die ungeheure Verwüstung der Stadt durch die engl.-franz. Artillerie.



Die Stadt ist ein wüster Trümmerhaufen.

Noyon.

Die Stadt kam, wie nachstehende Bilder beweisen, 1914 völlig unzerstört in deutsche Hände. Es entwickelte sich sehr bald ein leidliches Zusammenleben zwischen den deutschen Truppen und den französischen Bewohnern. Im Jahre 1917, gelegentlich der Siegfriedbewegung, wurde auch Noyon von den deutschen Truppen geräumt. Bis zur Räumung waren nur wenige Häuser durch französischen Beschuß in Mitleidenschaft gezogen. Bei der Räumung durch die Deutschen wurden nur ganz geringfügige Zerstörungen an Straßenkreuzungen und einigen Kellern vorgenommen. Die Stadt wurde sonst völlig geschont. Da starke Massen französischer Zivilbewohner aus den weiter rückwärts gelegenen Ortschaften in Noyon versammelt waren, die dort den französischen Truppen übergeben werden sollten, hatten die Deutschen auch Vorsorge getroffen, daß die feindliche Artillerie Noyon nicht beschoß. So waren Tafeln mit folgender Inschrift auf den Anmarschwegen zur Stadt angebracht: „Mehr als 10000 französische Einwohner (Frauen und Kinder) befinden sich in diesem Moment in Noyon." Auch als die Franzosen 1917 in Noyon eingerückt waren, wurde die Stadt von der deutschen Artillerie nicht unter Feuer genommen. 1918, gelegentlich der großen deutschen Märzoffensive, fiel die Stadt nach sehr kurzem Kampf in die Hand der 33. deutschen Division. Der Chef des IV. Reservekorps fand die Stadt in gutem Zustande. Schon am nächsten Tage begann die Beschießung der Stadt durch die Franzosen, so daß die deutschen Reserven aus der Stadt gezogen werden mußten. Auch die Kathedrale wurde in Brand geschossen. Nach wenigen Tagen war fast kein Haus mehr in Noyon von dem französischen Artilleriefeuer unverschont geblieben. Die nachstehenden Bilder zeigen den ungeheuren Umfang der Zerstörung der Stadt durch das französische Artilleriefeuer

Gesamtbild von Noyon nach dem Einrücken der deutschen Truppen 1914.

Das Generalkommando der zuerst einrückenden deutschen Truppen in dem unzerstörten Noyon am 15. 9. 14

Die unzerstörte Dragonerkaserne in Noyon im September 1914.

Teilansicht vom unzerstörten Noyon 1915

Fliegeraufnahme des unzerstörten Noyon 1916

Wochenmarkt im unzerstörten Noyon 1916.

Unzerstörte Straße in Noyon 1916.

Die gleiche Straße 1918 nach ihrer Zerstörung durch französisches Artilleriefeuer.

Die unzerstörte Rue de Paris in Noyon im Jahre 1914/15.

Die Rue de Paris 1918 nach dem französischen Artilleriefeuer.

Der Marktplatz 1916.

Der Marktplatz 1918. Durch französisches Artilleriefeuer verwüstet

Das Rathaus 1914 in dem völlig unzerstörten Noyon.

Das Rathaus nach seiner Zerstörung durch das französische Artilleriefeuer

Die völlig unzerstörte Kathedrale nach der deutschen Besetzung von Noyon 1914.

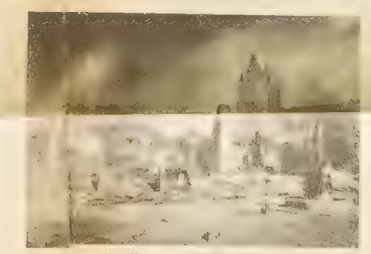
Die Kathedrale und ihre Umgebung 1918 nach der französischen Beschießung von Noyon.

Das Innere der 1916 noch völlig unbeschädigten Kathedrale

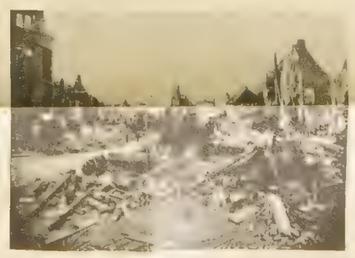
Das Innere nach der französischen Beschießung Juni 1918.

Deutsche Truppen 1915 vor der unbeschädigten Kathedrale vor Beginn des Gottesdienstes.

Das gleiche Portal nach der französischen Beschießung 1918.



Die Umgebung der Kathedrale



Die Zerstörung Nordfrankreichs und Belgiens. (Südd. Monatshefte, Dezember 1922.) 13 (S. 189—224).

Einige andere Bilder, die die Zerstörung der Stadt im Jahre 1918 durch die französische Artillerie kennzeichnen

Eingang zur Kirche 1915

Die Einwohner sind noch in der Stadt!

tansicht

Seitenansicht

irchenviertel ein.
nde Bild.)

Die engl.-franz. Beschießung setzt ein. Man beachte die zerstörten Fenster der Kirche und die Sandsackbarrikaden, die die Einwohner zu ihrem Schutze vor den Kellerfenstern errichtet haben.

Kirche Mitte 1917

l.-franz. Feuer kommt der Kirche immer
ie auf die Kirche zuführende Hauptstraße ist
ilweise zerstört. Häuser stehen in Flammen.
ohner mußten zu ihrem eigenen Schutz
engl.-franz. Artillerie aus der Stadt ent-
fernt werden.

Die Umgebung der Kirche August 1917

Der stark zerschossene Kirchturm, der die Passage gefährdete, mußte gesprengt werden.

nommen sind, geben Proben.

Einige Bilder der von

Bildtafel VI

(VI) Laon.

g zwecklos von der französischen Fern-Artillerie unter Feuer genommen und viele Gebäude zerstört und Einwohner getötet.
Juni 1917.

Juni 1917.

(V) Abwehrschlachten. Somme-Schlacht 1916 (24. 6.—26. 11.).

Vor Beginn der Schlacht waren die Ortschaften des Somme-Kampfgebietes, abgesehen von den unmittelbar an der Stellungskampffront gelegenen, unter der deutschen Herrschaft völlig unberührt geblieben. Nachstehende Bilder, die von unseren Soldaten 1916 im Kriege aufgenommen sind, geben Proben.

Beaumont-Hamel. Das Dorf, das unmittelbar an der Stellungsfront lag, war etwas beschädigt.

Le Mesnil, Dorfteich (Juni 1916)

Flers.

Miraumont, beim südlichen Bahndurchlaß.

Le Transloy.

Sailly-Saillisel.

Dieses friedliche Bild änderte sich sofort völlig, als die englische Somme-Durchbruchsoffensive einsetzte. Die Ortschaften wurden von der englischen Artillerie völlig in Trümmer gelegt. Die Bilder zeigen die oben wiedergegebenen Ortschaften nach ihrer Zerstörung.

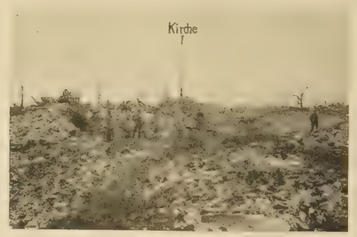
Beaumont-Hamel nach 6tägiger Feuervorbereitung durch die englische Artillerie.

Le Mesnil.

Flers.

Miraumont.

Das zerstörte Le Transloy.



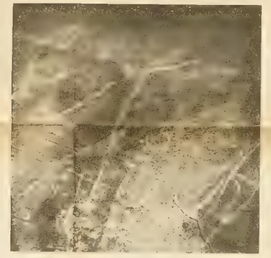
Sailly-Saillisel.

Das ununterbrochene, von zahlloser Artillerie und mit ungeheurem Munitionsaufwande durchgeführte englische Trommel- und Zerstörungsfeuer verwandelte ganze Landstriche mit ihren Ortschaften in Trichterwüsten. Die nachstehenden Fliegerbilder geben hiervon Zeugnis. (Vgl. auch obige Erdbilder derselben Ortschaften.)

Flers. Sailly-Saillisel.

Vor Beginn der Sommeschlacht. April 1916.

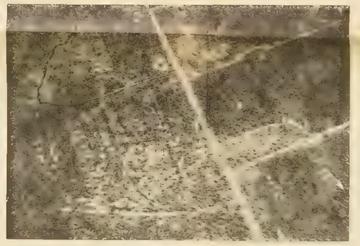
Während der Schlacht. September 1916.



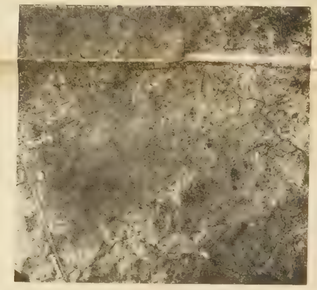
Nach der Schlacht.

Ginchy.

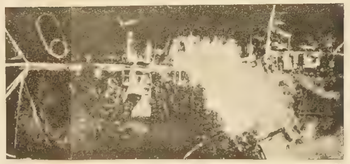
Vor der Schlacht.



Während der Schlacht.



Nach Abschluß der Schlacht.

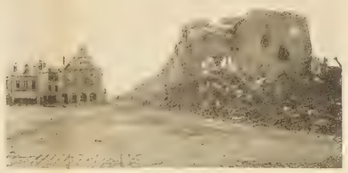


Französisches Selbst-Zeugnis. Aus dem französischen Führer „Michelin" Paris „Les Batailles de La Somme".

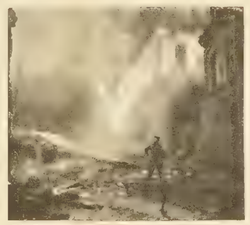
Sogar die Ortschaften, die auch noch nach Abschluß der Schlacht hinter, und teilweise sogar viele Kilometer hinter der deutschen Frontlinie lagen, wurden durch das englische Feuer, namentlich Fernfeuer schwer beschädigt. Péronne und Bapaume wurden u. a. auf diese Weise zerstört.

Péronne. Bapaume.

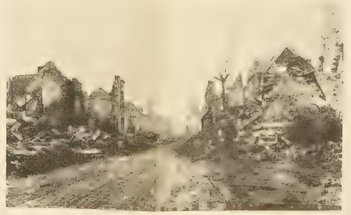
Vor Beginn der Schlacht. Der Marktplatz.



Nach Abschluß der Schlacht. Der Marktplatz.



Die Deutschen suchen die durch englische Granaten verursachten Brände zu löschen.



Straßenansicht.

Platz Faidherbe vor der Schlacht.

Bapaume nach der Zerstörung.

(VI) Laon.

Diese, weit hinter der deutschen Front liegende, französische Stadt wurde völlig zwecklos von der französischen Fern-Artillerie unter Feuer genommen und viele Gebäude zerstört und Einwohner getötet.

Frühling 1917. Juni 1917. Juni 1917.

Die Stadt, die bereits 1914 von der deutschen Armee besetzt wurde, hatte unter deutscher Verwaltung bis zum Jahre 1917 keinerlei Gebäudeschaden. Die Einwohner lebten in der Stadt gemeinsam mit den deutschen Truppen. 1917 begann die teilweise Zerstörung der mit Einwohnern angefüllten Stadt durch französische Fliegerangriffe und durch Fern-Beschießung.

Einige Bilder der von der französischen Artillerie zerstörten Gebäude.

Die Martinskirche war Juni 1917 noch unzerstört.

Sakristei und Seitenschiff erhielten 1918 französische Volltreffer.

Das Seitenschiff.

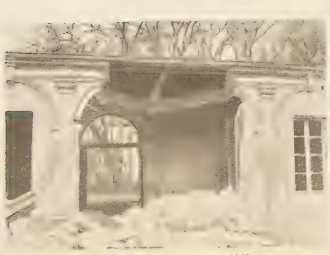
Die Sakristei.

Durch französische Bombenangriffe zerstörte Häuser der Unterstadt, 1917.

Die 1918 durch französisches Feuer zerstörte Artillerie-Kaserne

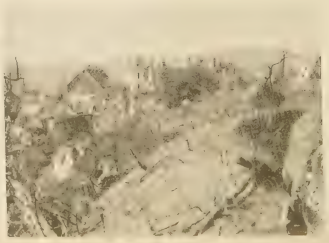
Das Mittelstück des zerstörten Lyceums.

Das 1918 durch französisches Artilleriefeuer zerstörte Lyceum.



Volltreffer in die Prefecture, 1918.

Treffer vor dem Altersversorgungsheim, 1918.



Teilansicht.

THE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF ILLINOIS

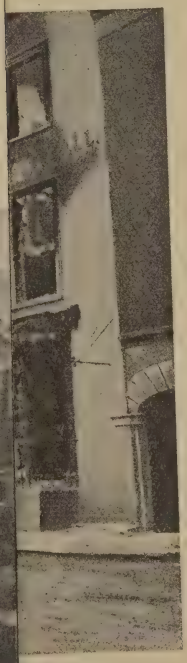
THE LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF ILLINOIS

in Irland n

Bildtafel VIII

Eisenbahn
länder, Bel

September 1920 nieder-
briggan.



ht der Patrick-Street.

törte Transport-

2. Dezember 1920 zum Teil in

(VIII) Beispiele unzerstörter Städte, aus der Zeit der deutschen Besetzung Rußlands, Serbiens, Rumäniens, Italiens.

Rußland.

Nachstehende Bilder aus dem russischen Grenzgebiet zeigen, daß die deutschen Truppen nach ihrem Einrücken in das russische Gebiet die russischen Ortschaften nach Möglichkeit geschont haben.

Das unzerstörte Skandville.

Das unzerstörte Kalwarja.

Das unzerstörte Mlawa.

Das unzerstörte Plon

Das unzerstörte Rossienie.

Das unzerstörte Suwalki.

Das unzerstörte Ciechanow.

Das unzerstörte Pultusk

Auch in Italien, Rumänien, Serbien und Mazedonien blieben die Ortschaften, soweit nicht Gebäude im Kampf Schaden erlitten, völlig unzerstört.

Italien.

Pordenone.

Udine.

Serbien.

Kursumlja.

Krusevac.

Mazedonien.

Prilep.

Ochrida.

Rumänien.

Marktplatz von Ploesti.

Hauptstraße von Foscani.

Das Vorgehen der englischen Truppen in Irland nach dem Waffenstillstand.

Die am 1. Oktober 1920 durch englische Regierungstruppen niedergebrannte Achonry Genossenschafts-Molkerei.

Die am 20. September 1920 durch englische Regierungstruppen eingeäscherte Strumpfweberei zu Balbriggan.

Ansicht eines von englischen Regierungstruppen ausgebrannten Ladens.

Durch britische Regierungstruppen im S[illegible]ember 1920 niedergebrannte Häuser in Ball[illegible]an

Die Patrick-Street.

Die durch Feuer zerstörte Carnegie-Bibliothek.

Eine andere Ansicht der Patrick-Street.

Die Ruinen der Patrick-Street nach dem Niederbrennen.

Das durch Niederbrennen zerstörte Transportarbeiterhaus.

Das durch britische Regierungstruppen am 11./12. Dezember 1920 zum Teil in Brand gesteckte Cork.

(VII) Die Zerstörung von Eisenbahnen, Tunnels, Magazinen, technischen und industriellen Anlagen aller Art und Brücken im eigenen Lande durch die Franzosen, Engländer, Belgier, Russen, Serben und Rumänen auf ihren Rückzügen vor den deutschen Truppen während des Weltkrieges.

1. Bahnanlagen.

Der von den Russen auf ihrem Rückzuge 1915 zerstörte Bahnhof Lainowka in Rußland.

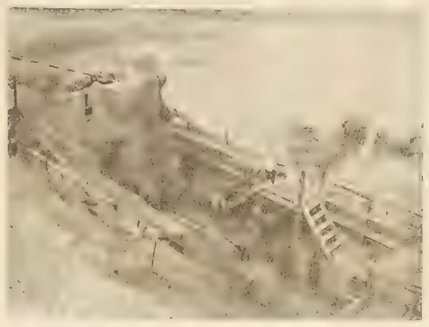
Der von den Russen auf dem Rückzuge 1915 zerstörte Bahnhof von Pinsk in Rußland.

Der von den Engländern auf dem rumänischen Rückzug 1917 zerstörte Lokomotiv-Schuppen bei Faurey in Rumänien.

Die von den Russen zerstörte Eisenbahnstrecke Wilna-Minsk.

2. Tunnels und Straßen.

Der von den Franzosen 1914 gesprengte Eisenbahntunnel bei Charleville. Wiederherstellungsarbeiten durch die Deutschen.

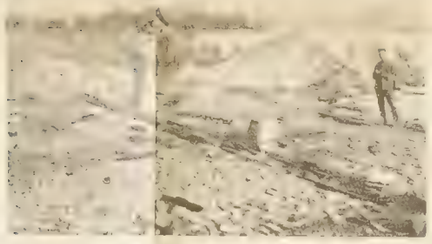


Der von den Franzosen bei ihrem Rückzuge 1914 gesprengte Tunnel bei Somme-Py z. Zt. seiner Wiederherstellung durch die Deutschen.

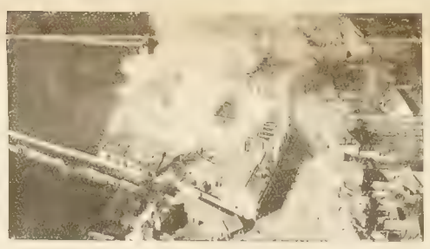
Von den Franzosen 1914 gesprengter Tunnel bei Charleville.

Die von den Russen durch Minen zerstörte Chaussee Kowno-Mariampol bei Geellewo August 1915.

3. Magazine, militärische Gebäude usw.



Das von den Franzosen bei ihrem Rückzuge vor der deutschen Offensive 1918 in Brand gesteckte Proviant-Depot bei Fismes.

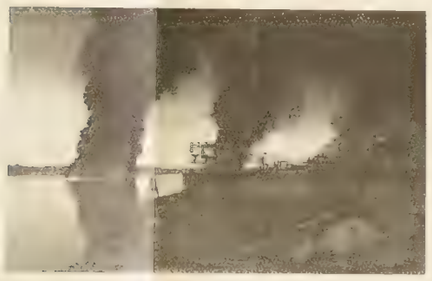


Von den Franzosen 1918 auf dem Rückzuge vor der großen deutschen Offensive in Brand gesteckte, für militärische Zwecke verwendete Gebäude in Ognes bei Chauny.

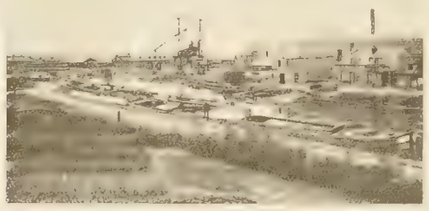
Von den Russen auf ihrem Rückzuge 1915 in Brand gesteckte Magazine der Zitadelle in Brest-Litowsk.

Von den Russen auf ihrem Rückzuge 1915 vernichtete Viehherden von rund 1600 Rindern bei Wolkewitz.

4. Technische und industrielle Anlagen, Transportmittel usw.



Von den Engländern 1914 auf ihrem Rückzuge im Hafen von Antwerpen in Brand gesteckte Schiffe.



Von den Engländern auf ihrem Rückzuge 1914 versenkte Kähne bei Chauny (Frankreich).

Von den Engländern 1914 im Hafen von Gent versenkte Zuckerschiffe.

Die von den Engländern auf ihrem Rückzuge 1914 zerstörten Hafenanlagen von Antwerpen.

Von den Russen beim Rückzuge 1915 aus den Karpathen planmäßig zerstörte Fabriken bei Skole.

Von den Russen auf ihrem Rückzuge 1915 zerstörte Tuchfabriken bei Skirardow nordöstlich Skierniewice.

Die unter englischer Leitung von den Rumänen auf ihrem Rückzuge 1917 in Brand gesetzten Erdölfelder von Campina und Ploesti.

Die von den Engländern und Belgiern bei ihrem Rückzuge aus Antwerpen 1914 angezündeten Petroleum-Tanks in Antwerpen.

5. Getreidefelder, Bäume und Brücken.

Englische und französische Versuche 1916/17 die Ernte im besetzten Gebiet hinter den deutschen Linien durch Brandbomben anzuzünden.

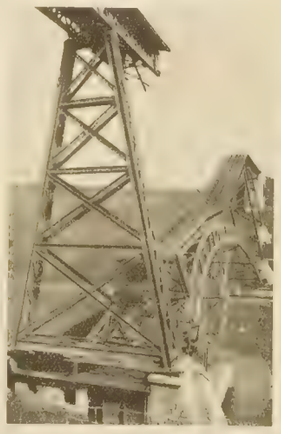
Belgische Infanterie beim Umhauen von Bäumen, um den herannahenden Feinden die Deckung zu entziehen.

Von den Rumänen gesprengte Eisenbahnbrücke über die Putna bei Faurei.

Die von den Engländern auf ihrem Rückzuge gesprengte Lysbrücke 21,8 km bei der deutschen Offensive 1918.

Von den Italienern gesprengte Eisenbahnbrücke über die obere Piave.

Die von den Serben zerstörte große Eisenbahnbrücke über die Save 1915.



Von den Franzosen 1914 auf ihren Rückzügen gesprengte Eisenbahnbrücke bei Bouillonville.

Von den Russen auf dem Rückzuge gesprengte Eisenbahnbrücke bei Zagorce-Krowinka August 1917.

en im eigenen Lande durch
n während des Weltkrieges.

Die von den Russen zerstörte Eisenbahnstrecke Wilna-Minsk.

Die von den Russen durch Minen zerstörte Chaussee Kowno-Mariampol bei Geellewo August 1915.

917 a

pol.

nnte Häuser

hnhof lag

Einwohner re

Auch

(IX) Von den Russder

Die Stadt zählte vor dem Brande etwa 56(ße Teile

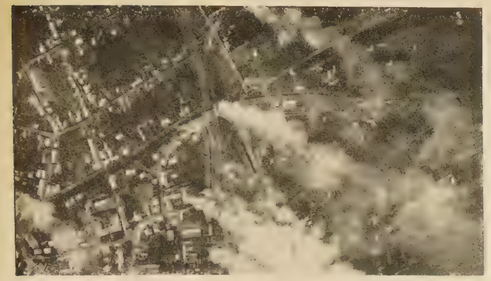
Eine in Brand stehende Straße.

Das Bierbrauviertel. annte

Das von den Russen in Brand gesteckte Swidnika. JuteSpitä

(IX) Von den Russen auf ihrem Rückzuge vor den deutschen Truppen 1914—1917 angezündete oder zerstörte Städte im eigenen Lande.

Das von den Russen 1917 zerstörte Tarnopol.



Fliegeraufnahme vom 21.7.17. Die Photographie zeigt, daß die Stadt an mehreren Stellen gleichzeitig planmäßig in Brand gesteckt wurde.

Platz im südlichen Stadtviertel nach dem Brande.

Ausgebrannte Häuser an der Promenade. (Nähe des Hotels Podolski.)

Der abgebrannte Bahnhof.

Die von den Russen auf ihrem Rückzuge durch Anzünden großer, mit Benzin übergossener, am Bahnhof lagernder Holzstapel in Brand gesetzte Stadt Szawle.

Der Eingang zur brennenden Stadt.

Teilansicht der brennenden Stadt nach dem Einrücken der deutschen Truppen.

Die Einwohner retten sich aus der brennenden Stadt.

Die deutschen Truppen verlassen vor dem um sich greifenden Brande die Stadt.

Das von den Russen auf dem Rückzuge angezündete Kalisch.

Blick in eine niedergebrannte Straße.

Niedergebranntes Stadtviertel.

Auch die Stadt Stanislau wurde bei dem Rückzug von den Russen in gleicher Form zerstört.

Teilansichten.

Die Zerstörung Nordfrankreichs und Belgiens. (Südd. Monatshefte, Dezember 1922.) 16 (S. 273—280).

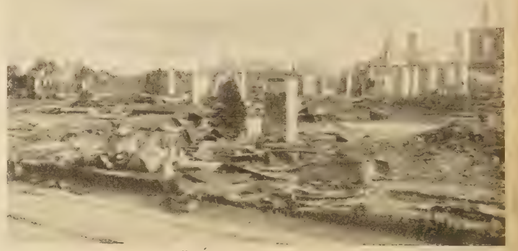
(IX) Von den Russen auf ihrem Rückzuge vor den deutschen Truppen 1914—1917 angezündete oder zerstörte Städte im eigenen Lande.

Das von den Russen auf ihrem Rückzuge in Brand gesteckte und zerstörte Brest-Litowsk.
Die Stadt zählte vor dem Brande etwa 56000 Einwohner. Die gesamte Einwohnerschaft wurde beim Herannahen der deutschen Truppen von den Russen aus der Stadt vertrieben, die Stadt dann in Brand gesteckt. Große Teile der Stadt sind dieser Zerstörung durch die eigenen Truppen zum Opfer gefallen.

Eine in Brand stehende Straße.

Brennende Häuser.

Brennendes Holzhausviertel.

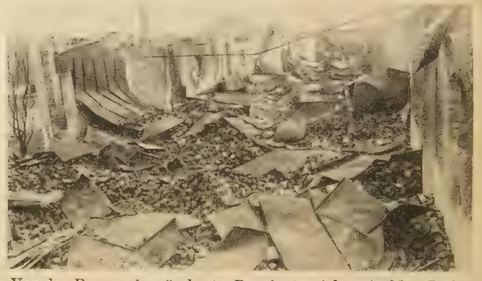


Überreste der Stadt.

Das Bierbrauviertel.

Die zerstörte Börse.

Das von den Russen angezündete und ausgebrannte Magazin der Zitadelle.



Von den Russen eingeäscherter Proviantspeicher. Auf dem Boden liegen ausgebrannte Konservenbüchsen.

Bilder aus anderen russischen Gebieten.

Das von den Russen in Brand gesteckte Swidnika. Juli 1916.

Ansicht eines in Bessarabien auf dem Rückzuge von den Russen in Brand gesteckten Dorfes.

Von den Russen in Sokal (Sept. 1915) niedergebrannte Spitäler.

Von den Russen auf ihrem Rückzuge angezündeter Wald an der Dubissa. Im Vordergrunde deutsche Löschtrupps.

zerstörte Städte im eigenen Lande.

der Stadt sind dieser Zerstörung durch die eigenen Truppen zum Opfer gefallen.

Überreste der Stadt.

Von den Russen eingeäscherter Proviantspeicher. Auf dem Boden liegen ausgebrannte Konservenbüchsen.

Von den Russen auf ihrem Rückzuge angezündeter Wald an der Dubissa. Im Vordergrunde deutsche Löschtrupps.

on den Alliierte

Cambrai war bis zum Jahre
Jahre 1918. Die planmäßi

Der Marktplatz und das Marktleben 1916
in der völlig unzerstörten Stadt.

Seitenansicht des Marktplatzes 1917.

Der Platz vor dem Stadthaus 1917.

(XI) Douai. Die weit hinter der deutschen Front liegende, von den Alliierten beschossene Stadt.

Douai Anfang 1918, abgesehen von wenigen Fliegerschäden noch unzerstört.

Douai nach der planmäßigen Beschießung August/September 1918.

Straße in Douai unter englischem Feuer.

Der oben dargestellte Marktplatz 1918 unter englischem Artillerie-Feuer.

Stadtviertel der Kirche St. Pierre nach der englischen Beschießung. (Aus dem Reiseführer Michelin, Paris.)

Durch englische Granaten zerstörte Häuser. 2. Oktober 1918.

Feindlicher Artillerietreffer in der Ecole Chrétienne, wodurch 8 Personen getötet wurden. Die Deutschen bei Rettungsarbeiten.

Die Zerstörung des oben dargestellten Marktplatzes durch englische Artillerie. (Aus dem französischen Reiseführer Michelin, Paris, „Arras et Les Batailles d'Artois".)

Der zerstörte Bahnhof.

Der zerstörte Kirchhof.

Denain.

Die Stadt 1918 vor der Beschießung.

Teilansichten aus der Zeit des Anfangs der englischen Beschießung. Oktober 1918.

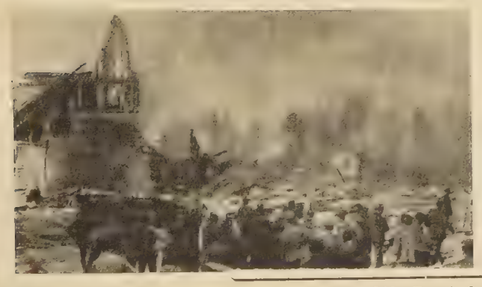
Vouziers. Durch die französische Artillerie, namentlich 1918, stark zerstört.

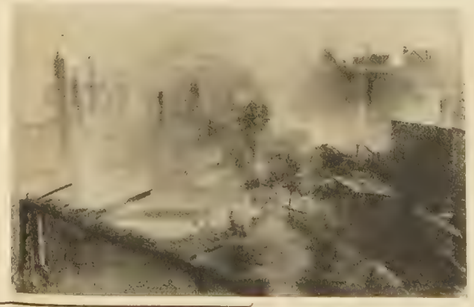
Der Marktplatz 1914 nach dem Einrücken der deutschen Truppen.

Der Marktplatz. September 1916.

Teilansicht März 1917. Die deutschen Behörden veranlassen das Forträumen des Schnees.

Die Stadt unter französischem Feuer 1918.





1918. Durch französische Fliegerangriffe in Brand gesetzte und in großem Umfange zerstörte Stadtviertel. Die deutschen Truppen versuchen zu löschen.

Oktober 1918. Die französische Bevölkerung flüchtet vor dem Artilleriefeuer der Franzosen.

(X) Cambrai.

Cambrai war bis zum Jahre 1917 völlig unzerstört. Die ersten Bilder zeigen, daß sich die deutschen Behörden bemühten, das bürgerliche Leben in Gang zu halten. 1917 setzten die Fliegerangriffe der Alliierten ein, wodurch einiger Schaden entstand. Diese Angriffe vermehrten sich im Jahre 1918. Die planmäßige Beschießung der Stadt durch die englische Artillerie erfolgte im Herbst 1918. Durch diese Beschießung wurde die Stadt teilweise auch in Brand gesetzt. Die Bilder zeigen den ungeheuren Sachschaden, den die alliierte Beschießung in der Stadt anrichtete.

Der Marktplatz und das Marktleben 1916 in der völlig unzerstörten Stadt.

Die Parkanlagen noch August 1918 völlig instandgehalten.

Gesamtbild der Stadt, August 1918.

Ostausgang von Cambrai, August 1918.

Seitenansicht des Marktplatzes 1917

Dasselbe Bild nach der engl. Beschießung. Engl. Truppen rücken ein.

Der Boulevard Vauban 1917.

Der gleiche nach der englischen Beschießung.

Der Platz vor dem Stadthaus 1917.

Derselbe nach der englischen Beschießung 1918.

Der große Platz April 1917 völlig unzerstört.

Der große Platz nach der englischen Beschießung 1918.

Großer Platz vor dem Stadthaus 1918. Noch völlig unberührt.

Dasselbe nach der Beschießung. Bild von der Seite aufgenommen. Der sichtbare zerstörte Häuserblock ist auf nebenstehendem Bilde des unzerstörten Marktplatzes rechts erkennbar.

Der Beffroi vor der Zerstörung.

Der Beffroi und die St. Martinsstraße nach der englischen Zerstörung.

Das spanische Haus und das große Seminar 1917.

Dasselbe nach der englischen Beschießung.

Der Kathedralen-Eingang.

Die Kathedrale nach der englischen Beschießung.

einiger Schaden entstand. Diese Angriffe vermehrten sich im
schaden, den die alliierte Beschießung in der Stadt anrichtete.

Ostausgang von Cambrai, August 1918.

Der gleiche nach der englischen Beschießung.

Der große Platz nach der englischen Beschießung 1918.

(XII) St

hen in die Siegfri

1914 lle von oben nach

1915 b

Der Nebeneingang
völlig unzerstört.

Die deutsch ie
störte Stac
Par

da, wo militärisch
chaften nach K

It zu erwarten wa
rten vor der Stadt
e

llerie zeigen die Bil
l h

(XII) St. Quentin.

Die Zerstörung der Kathedrale durch englisch-französisches Feuer.

1914 Bild a

Nach dem Einrücken der Deutschen war die Kathedrale und das umliegende Stadtviertel völlig unzerstört.

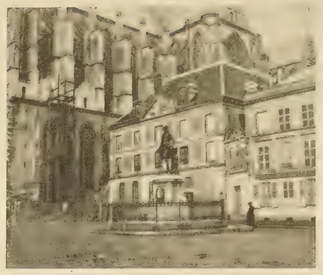
1915 Bild b

Seitenansicht der Kathedrale. Das Gerüst auf der rechten Seite des Bildes zeigt die Bemühungen, Witterungsschäden an dem kostbaren Bauwerke auszubessern.

1916 Bild c

An diesem unzerstörten Zustand hat sich in den Jahren 1915—1917, bis zu dem Erscheinen der englisch-französischen Truppen vor der Stadt, nichts geändert! Zahlreiche Urlauber von allen deutschen Armeefronten besuchten die Kathedrale und erfreuten sich an dem schönen Bauwerk. Ein deutscher Schriftsteller würdigte die Schönheit des Bauwerks in einer besonderen Schrift („Die Basilika von St. Quentin“ von Franziskanerpater Prof. Dr. Raymund Dreiling, 1916).

1917 Bild d



1915 Bild e

Der Nebeneingang zur Kathedrale. Die Zugangsstraße ist völlig unzerstört. Deutsche Offiziere und Einwohner auf dem Wege zur Kirche.

1917 Bild f

Die Kathedrale wird von der englischen Artillerie unter Feuer genommen. Bild f zeigt eine ins Dach einschlagende Granate. In den deutschen Archiven befindet sich ein Film, der von einem militärischen Front-Filmtrupp gerade zu diesem Zeitpunkt aufgenommen ist und der die einschlagenden feindlichen Granaten und Schrapnells in die Kathedrale unwiderlegbar wiedergibt.

1917 Bild g

Die englisch-französische Artillerie zerstört dieses schöne Bauwerk 1917.

1917 Bild h

1917 Bild i

Das englisch-französische Feuer setzt das Kathedralenviertel und die unmittelbar neben der Kathedrale gelegenen Häuser in Brand. Auch der Dachstuhl der Kathedrale gerät in Brand und stürzt ein (Bild g, h und i). Vgl. dazu die aktenmäßigen deutschen Aufzeichnungen im Text.

1917 Bild k

Das englisch-französische Feuer war besonders auf die Kathedrale gerichtet. Die an dieser gelegenen Häuser wurden zuerst getroffen.

Bild l

Bild l zeigt deutlich die Spuren der in die Kathedrale eingeschlagenen Granaten und Geschoßsplitter der französisch-englischen Artillerie.

Bild m

Bild n

Die zusammengeschossene und abgebrannte Umgebung der Kathedrale (vgl. damit Bild a, c, f und g).

Bild o

Bild p

Die von den engl.-franz. Geschossen zerstörte Umgebung des Kathedralen-Nebeneinganges (vgl. Bild e und k).

Die Zerstörung Nordfrankreichs und Belgiens. (Südd. Monatshefte, Dezember 1922) 18 (S. 297—316).

(XII) St. Quentin, die von den Alliierten mit eigener Hand zerstörte französische Stadt.

Die Stadt wurde 1917 nach der Rückzugsbewegung der Deutschen in die Siegfriedstellung von englischer und französischer Artillerie beschossen. Zu diesem Zeitpunkt der Beschießung befand sich die deutsche Front an der Westseite, also feindwärts der Stadt.

Der Marktplatz. (Man vergleiche die Bildserien der linken Hälfte der Tabelle von oben nach unten.)

1914 — Bild a

Die deutschen Truppen rücken in die vollständig unzerstörte Stadt ein. Generalfeldmarschall v. Bülow nimmt die Parade der durchmarschierenden Truppen ab.

1915 — Bild b

Unter der deutschen Herrschaft geht das Leben in der auch 1915 unzerstörten Stadt seinen gewöhnlichen Gang. Die Läden sind offen, Zivil-Fahrzeuge verkehren.

1916 — Bild c

An diesem Zustand hat sich auch 1916 in der unzerstörten Stadt unter deutscher Herrschaft nichts geändert. Die Wache zieht mit Musik auf. Die Zivilbevölkerung wohnt dem Schauspiel bei.

In diesen 3 Jahren lag die Stadt rund 30 km hinter der Front. Die Bilder beweisen schlagend, daß da, wo militärische Notwendigkeiten nicht vorlagen und Kämpfe nicht stattfanden, das deutsche Heer für die Erhaltung der Ortschaften nach Kräften sorgte.

Infolge der strategischen Lage mußte 1917 die deutsche Front an den Westrand der Stadt zurückgenommen werden. Da starke Kämpfe um die Stadt zu erwarten waren, wurde die Bevölkerung in ihrem eigensten Interesse aus der Stadt planmäßig zurückgeführt. Die Zerstörung der Stadt durch französisch-englisches Artilleriefeuer setzte aber sofort ein, als die Alliierten vor der Stadt erschienen waren. Bild d zeigt bereits den ersten Anfang dieser Zerstörung.

Bild d

Bild e

Bild f

Die fortschreitende Zerstörung des Marktplatzes durch die englisch-französische Artillerie zeigen die Bilder g, i und l.

Bild g

Die Eckhäuser (vgl. Bild a und d) sind stärker zerstört.

Bild h

Der Platz hat bereits stärker gelitten. Das schöne Rathaus ist verschont geblieben.

Bild k

Im Jahre 1918, als die große deutsche Offensive die beiderseitigen Kampflinien wieder von der Stadt entfernte, hat keinerlei weitere Zerstörung der Stadt stattgefunden.
Das Rathaus ist fast unversehrt nach dem deutschen Rückzuge in die Hände der Franzosen gelangt.

Bild i

Die Häuser an der Ostseite des Marktplatzes werden in Brand geschossen (vgl. Bild f)

Bild l

Die Ostseite des Marktes nach dem Brande.
Die Häuser sind völlig zerstört.

Einige andere Straßenbilder nach der Beschießung durch die Alliierten.

Bild m

Zu Beginn der Beschießung

Bild n

Am Schluß der Beschießung.

Straße, die von der Kathedrale zum Markt führt.

Bild o

Der Börsenturm bei Beginn der Beschießung

Bild p

Der Börsenturm nach der Beschießung

Bild q

Das zerstörte Museum

Bild r

Straßenbild.

Bild s

Kanalbrücke, bei Beginn der Beschießung

Bild t

Kanalbrücke nach der Beschießung

der Beschießung durch die Alliierten.

Bild n

Am Schluß der Beschießung.

athedrale zum Markt führt.

Bild p

Der Börsenturm nach der Beschießung

Bild r

Rückblick

Die geschichtliche Wahrheit ist einfach, das deutsche Denken kompliziert; daher kommen diese beiden so selten zusammen und wird der Sinn des Weltkrieges und des Versailler „Vertrags" vielen Deutschen erst jetzt klar durch die militärische Besetzung immer weiteren deutschen Gebietes.

Vor dem Krieg haben wir nicht gesehen, daß die Franzosen uns vernichten wollen. Jetzt wissen wir und können beweisen durch die im Berliner Tagblatt vom 28. Dezember 1922, Morgen-Ausgabe, veröffentlichten Depeschen von Iswolski an Sasonow, daß im Jahr 1913 Delcassé als französischer Botschafter in Petersburg mit dem russischen Außenminister Sasonow über Krieg und Kriegsziele sich verständigt hat. Neu können wir mitteilen, daß der Flügeladjutant des russischen Zaren, Tatschischew, der in den kritischen Tagen mit einem Brief des Zaren an den Deutschen Kaiser nach Berlin geschickt werden sollte, durch Sasonow persönlich verhindert wurde, seine Reise auszuführen.

Seit dem Kriegsausbruch sind einige Millionen Deutsche aus dem Traum erwacht. Wir schrieben im August 1914: „Wie einer in der Gefahr des Ertrinkens blitzartig sein ganzes vergangenes Leben beleuchtet sieht, so ist die deutsche Nation hellsichtig geworden im Augenblick der Gefahr."

Und im Hefte „An die deutschen Arbeiter", Januar 1918, schilderten wir, wie es gehen würde, wenn die Franzosen das militärische Übergewicht hätten: „Es ist nicht zu zweifeln, daß, wenn die Franzosen Elsaß und Lothringen besetzt hätten, sie damit niemals zufrieden wären, sondern das ganze linke Rheinufer, also auch Mainz, Köln usw. verlangen würden. Die Überzeugung, daß Elsaß-Lothringen allein sie nichts nütze, ‚daß der Rhein die natürliche Grenze' sei, liegt den Franzosen tief im Blut. Die wenigen wirklichen Friedensfreunde, die es in Frankreich immer gegeben hat, würden, wenn sie gegenüber solchen Forderungen nur den Mund auftäten, umgebracht wie Jaurès. Bezüglich der Kriegskontributionen, die wir zahlen müßten, genügt es daran zu erinnern, daß an den Kriegslasten aus der letzten Franzosenzeit vor hundert Jahren die Stadt Berlin bis zum Jahre 1861 abzuzahlen hatte, während anderen deutschen Städten die letzten Lasten erst aus der französischen Kriegsentschädigung des Jahres 1871 abgenommen werden konnten."

Inzwischen, vom August 1914 bis zum Januar 1918, dem Monat des Munitionsarbeiterstreiks in Deutschland, hatte die Lügenpropaganda für den „Verständigungsfrieden" und „Wilsons 14 Punkte" ungeheueren Fortschritt in Deutschland gemacht. Wir schrieben in dem genannten Aufruf an die deutschen Arbeiter: „Ja, um den äußersten Grad der Verblendung auszusprechen: das deutsche Volk kennt sich selbst nicht, weiß selbst nicht mehr, daß es das friedlichste und gutmütigste unter den großen Völkern der Erde ist, glaubt selbst, was seine Feinde erlogen haben, daß es ein Eroberervolk ist und hält selbst seine Hand hin, um sie fesseln zu lassen. — Das werden die Deutschen in fünfzig oder hundert Jahren einsehen, wenn sie es gedruckt in Büchern lesen.", Die andern haben auch genug", „die fangen nicht wieder an", „alle wollen den Frieden" bezeichneten wir damals als die im Volke verbreiteten Lügen.

Dem Erwachen der Arbeiterschaft war ein um so gründlicherer künstlicher Schlaf gefolgt. Vertrauensselig ging sie dem Frieden der 14 Punkte entgegen. Sie verstand nicht die einfachen beiden Wahrheiten: 1. Den Feinden war die Revolutionierung Deutschlands ein Kriegsmittel wie jedes andere, sie verbanden sich mit dem Antimilitarismus in Deutschland zu demselben Zweck wie mit dem Zaren von Rußland, nämlich um Deutschland zu vernichten; 2. Freiheit im Innern kann nur bestehen, wenn Freiheit nach außen besteht.

In der Note vom 5. Oktober 1918 nimmt die deutsche Regierung die von Wilson in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 formulierten 14 Punkte als Friedensgrundlage an.

Am 23. Oktober 1918 nimmt die Regierung der Vereinigten Staaten die Erklärung der 14 Punkte als Friedensgrundlage an.

Am 5. November 1918 teilt eine Note der Vereinigten Staaten mit, daß auch die anderen alliierten Regierungen die 14 Punkte als Grundlage des Friedens anerkennen mit zwei Einschränkungen: die Freiheit der Meere bedürfe noch näherer Auslegung, und Deutschland müsse für die der Zivilbevölkerung der Alliierten zugefügten Schäden Ersatz leisten.

Bis heute hat keine deutsche Regierung mit klaren Worten gesagt, daß alle am Versailler „Vertrag" beteiligten Regierungen ihr in dieser Note verpfändetes Wort eines Friedens auf Grund der 14 Punkte gebrochen haben.

Die 14 Punkte hatten eben ihren Zweck erreicht: das deutsche Volk war nunmehr in eine solche Täuschung über den Vernichtungswillen der Gegner gebracht, daß es reif war, eine antimilitärische Revolution zu machen und sich zu entwaffnen. Am 11. November wurden die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben.

Wir schrieben damals im Heft „Zusammenbruch", Dezember 1918: „Als die Deutschen sich vor einigen Wochen einbildeten, die Waffenstillstandsbedingungen ließen deshalb so lange auf sich warten, weil die Feinde unter sich uneinig seien, hat ihnen Lloyd George nachher ganz kühl erklärt, es habe keinerlei Differenz zwischen den Alliierten bestanden, man habe nur durch Hinauszögerung der Waffenstillstandsbedingungen den Zusammenbruch Deutschlands noch weiter fortschreiten lassen wollen .... Vielleicht werden sie uns auch

sagen, daß der Augenblick, in welchem wir den U-Bootskrieg eingestellt und bedingungslos die Waffen gestreckt haben, der kritischste in der Geschichte Englands gewesen ist." Es folgte die Entwaffnung, die Auslieferung der Flotte, die Annahme des Versailler „Vertrags" am 22. Juni 1919. Sowohl beim Waffenstillstand als auch beim Versailler „Vertrag" hatten die Feinde Deutschland die Ehrlosigkeit der Unterzeichnung nicht zugetraut und für den bestimmt erwarteten Fall der Ablehnung abgeschwächte Bedingungen vorbereitet.

Wir schrieben im Heft der „Friede", Juli 1919: „In Wirklichkeit hat die Unterzeichnung auf das, was geschieht, natürlich nicht den geringsten Einfluß. Ob Kolonialtruppen einrücken, hängt vom Wetter ab und nicht von deutschen Schiebern. An Vorwänden wird es nie fehlen, da ja der Vertrag undurchführbar ist." Wir sagten damals die Besetzung des Ruhrgebiets voraus. Im Heft „Politische Bildung", August 1918, wiesen wir darauf hin, daß Frankreich, wenn es das linke Rheinufer hatte, das rechte verlangte; und daß das in Deutschland nie geglaubt wurde. Was kommen mußte, war damals wie heute jedem klar, der die einfache Wahrheit versteht: Furcht führt das Gefürchtete herbei.

Keine deutsche Reichsregierung hat bisher in klaren Worten gesagt, daß jedes Wort, das im Versailler „Vertrag" zur Begründung des Straffriedens gesagt ist — über Schuld am Krieg, Gefangenenbehandlung, Kriegsgreuel, mutwillige Zerstörungen — das Gegenteil der Wahrheit ist. Ja, am 11. Mai 1921 erklärte sich die Reichsregierung durch Annahme des Londoner Ultimatums bereit, die von der Entente beschuldigten „Kriegsverbrecher" vor ein deutsches Gericht zu laden. Sie glaubte, wenn sie das Londoner Ultimatum annehme, würde das Ruhrgebiet erhalten. Sie schwieg von der deutschen, die feindliche um so viel tausendfach übersteigenden und außerdem zutreffenden Gegenliste. Sie glaubte, wenn sie von den furchtbaren Kriegsverbrechen gegen Deutsche schweige, würden wir Oberschlesien behalten.

Die führenden Politiker in Berlin haben nun seit acht Jahren den Versuch gemacht, die Weltgeschichte wirtschaftlich aufzufassen. „Lieber Sklav als tot" war der Wahlspruch. Die Unterzeichnung des Versailler „Vertrags" war der gigantischste Versuch, den Begriff der Ehre aus dem Leben der Völker auszuschalten. Die Weltgeschichte hat diesen Versuch abgelehnt. Die deutsche Ehre lebt seitdem nur noch, wo Witwen und Waisen sich geloben, im Sinn ihrer gefallenen Männer und Väter zu hungern und frieren, eher als die Lüge von der Schuld und Strafen, die auf diese Lüge aufgebaut sind, anzuerkennen. Sie lebt bei armen Studenten, die nächtens über ihrem Arndt und Görres sitzen. Sie lebt bei Bauern und Arbeitern, die wiederum — und dieses Mal hoffentlich für immer! — erwachend, sagen: „So haben wir es im Herbst 1918 nicht gemeint! Lieber tot als Sklav!"

Fort mit den Phrasen, daß ein Sechzigmillionenvolk nicht untergeht. Es geht jeden Tag vor unseren Augen unter. Es stirbt in jedem Kind, das unter dem Straßburger Münster geboren, nur noch französisch lernt, das im Osten keine deutsche Schule mehr findet, das verhungert aus Mangel an Milch, das erfriert aus Mangel an Kohle, das stirbt aus Mangel an Heilmitteln. Worauf wartet ihr noch? Ist euch das nicht Untergang genug? Unsere Überzeugung ist, daß es überhaupt noch nie ein deutsches Volk gegeben hat, in dem Sinne wie alle anderen Völker Volk sind. Die Aufgabe dieser Zeit ist es zu schaffen. Wir stehen entweder am Ende oder am Anfang der deutschen Geschichte.

Es gibt nur eine Rettung: Heraus aus dem Materialismus, der Besitzende und Arbeiter in gleicher Weise erfaßt hat, aus der rein wirtschaftlichen Denkweise, in der Unternehmer und Arbeitnehmer bis jetzt lebten — als ob wirtschaftliche Gesetze das geschichtliche Geschehen beherrschten! Das Schicksal macht aber seine Rechnung nicht in Zahlenwerten, sondern in Menschenwerten.

Es gibt einfache Gesetze des Geistes, deren tiefstes sogar ein Deutscher, Schopenhauer, zuerst ausgesprochen hat: daß der Wille die Welt ist. Wäre die Welt nicht Wille, so hätten wir den Krieg gewonnen und den Frieden gewonnen. Wir waren vor dem Krieg die wirtschaftlich Tüchtigsten und unsre Politik brach zusammen; wir gingen im Krieg von Sieg zu Sieg und unser Heer brach zusammen; und wir wären jetzt, wenn uns der Aufbau erlaubt worden wäre, zu wirtschaftlichen Erfolgen gelangt und am Schluß zu Grunde gegangen. Noch einmal stellt das Schicksal die Frage: wollt ihr ein Volk werden?

Die Berliner Regierung hat weder vor dem Krieg noch während des Krieges die unausgesprochene Parole der Feinde vernommen: Vernichtung des Deutschtums. Sie hat ihr niemals die unausgesprochene Gegenparole entgegengesetzt: Vereinigung aller Deutschen. Heute noch sieht ein großer Teil des deutschen Volkes nicht die einfache Tatsache, daß während man bei uns und in der Schweiz an eine fortschreitende Internationalisierung der Welt glaubt, bei sämtlichen übrigen Völkern der Erde das Nationale gegenüber früheren Jahrhunderten immer ausschließlicher die Herrschaft im politischen Leben übernommen hat. Man verkannte, daß Gesinnung — nicht Wirtschaft — das Stärkste in der Welt ist, daß große Gedanken nur aus großen Gefühlen kommen. Die Forderung aber, stark und stolz aufzutreten, nichts zu unterschreiben was nicht wahr ist, nichts zu versprechen was man nicht halten kann, nannte man Katastrophenpolitik. Die „Vermeidung von Katastrophen" hat uns im Krieg eine Kriegserklärung nach der anderen, nach dem Krieg eine Ausplünderung nach der andern auf den Hals gezogen. Wenn Regierung und Volk jetzt entschlossen sind, lieber jede Katastrophe auf sich zu nehmen als Lügen anzuerkennen und unerfüllbare Versprechungen zu geben, so ständen wir am Beginn deutscher Geschichte.

Wie die deutsche Handelsflotte ausgeliefert wurde.

Nach Tagebuch-Aufzeichnungen von Staatsrat von Braun.[1])

Berlin, 8. Januar 1919. Vormittags hatte ich eine Besprechung mit Erzberger[2]) wegen der Beschaffung von Geldmitteln für die Truppenverpflegung. Bei dieser Gelegenheit sagte mir Erzberger, daß die Lage äußerst ungünstig und gefährlich sei. Der Waffenstillstand werde nicht einfach verlängert, wie vereinbart, sondern von einer Verhandlung abhängig gemacht, bei der auch die Fragen der Lebensmittelversorgung und der Auslieferung der Handelsflotte gelöst werden sollten. Er reise zu diesem Zwecke in den nächsten Tagen nach Trier. Da ich von der damaligen Reichsleitung zum Vorsitzenden der Kommission für Lebensmittelfragen und für die Handelsflotte ernannt worden war, verlangte ich, daß ich mit meiner Kommission zu diesen Verhandlungen sofort hinzugezogen würde. Erzberger erklärte aber, das sei nicht notwendig, weil man nicht voraussehen könne, wann speziell diese Fragen zur Verhandlung kämen. Ich möchte meine Kommission nur einstweilen bereithalten, er würde rechtzeitig telegraphieren, wann wir nachkommen sollten. Von diesem Standpunkte war er auch nicht abzubringen, als ich ihn darauf hinwies, daß man meistens nicht voraussehen könne, in welchem Moment solche Fragen auftauchen, und daß es auch nicht möglich sei, die ganze Kommission, zu der die hervorragendsten Mitglieder der Reedereien gehörten, tagelang nutzlos in Berlin zusammenzuhalten.

Berlin, 15. Januar. Major Keim[3]) teilt mir gestern mit, er habe ein Telegramm an das Auswärtige Amt durchgehört, daß General Foch verlangt habe, daß deutsche Vertreter zu Verhandlungen über die Lebensmittelaushilfe nach Trier kommen müßten. Ich ließ sofort Erkundigungen darüber einziehen. Das Auswärtige Amt gab aber Weisung, daß die Abreise nicht vor heute Abend erfolgen solle, der genaue Termin würde nach Benehmen mit der Waffenstillstandskommission mitgeteilt.

Trier, 16. Januar. Gestern früh um 10 Uhr kam ein Telegramm vom Auswärtigen Amt, daß die Kommission spätestens abends nach Trier abreisen solle. Nachdem noch Besprechungen mit dem Reichsschatzministerium und mit den in Berlin anwesenden Mitgliedern der Waffenstillstandskommission stattgefunden hatten, fuhr ich am Abend mit den 16 Mitgliedern der Kommission von Berlin ab und kam heute Nachmittag um ½5 Uhr in Trier an. Am Bahnhof empfing mich Erzberger in großer Aufregung. Er sagte, wir müßten sofort in das nächste gegenüber dem Bahnhofe liegende Restaurant zu einer Sitzung kommen, um die Antwort zu beraten auf einen 6 bis 8 Druckseiten umfassenden Vertrags-Entwurf, den ihm Foch über die Auslieferung der Handelsflotte übergeben hatte, und auf den er bis 5 Uhr Antwort geben müsse, da nach Androhung von Foch sonst der Waffenstillstand nicht verlängert würde, sondern die alliierten Truppen weiter vorrückten. Die Entente forderte nämlich die Herausgabe der ganzen deutschen Handelsflotte mit Ausnahme der nur für die Küstenschiffahrt bestimmten Schiffe unter 1000 t für die Dauer des Waffenstillstandes zum Zwecke des Lebensmitteltransportes für die Weltversorgung, wobei eine gewisse Versorgung Deutschlands zugesichert werde. Wir sahen das Schriftstück kurz durch. Die Vertreter der Reedereien, unter denen sich Geheimrat Cuno[4]) von der Hapag und Generaldirektor Heineken vom Bremer Lloyd befanden, erklärten aber einmütig, es sei vollkommen unmöglich, über diese harten, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs schärfste bedrohenden Bestimmungen in einer so kurzen Frist sich gutachtlich zu äußern. Sie müßten unter allen Umständen verlangen, daß sie bis zum nächsten Vormittage Zeit hätten, um den Entwurf genau durchzustudieren und so wenigstens die Erleichterungen durchzusetzen, die für die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands unentbehrlich seien. Erzberger erklärte, das sei vollkommen ausgeschlossen; er wolle zwar versuchen, bei Foch eine Verlängerung der Frist um eine halbe Stunde oder eine Stunde durchzudrücken, aber bis zum nächsten Tage würde er sicher nicht warten. Wir zogen uns

[1]) Damals Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt. — [2]) Damals Vorsitzender der Waffenstillstandskommission. — [3]) Während des Krieges Verbindungsoffizier der O.H.L. beim Kriegsernährungsamt. — [4]) Der jetzige Reichskanzler.

dann in das für uns bestimmte Hotel zurück und gingen sofort an die Beratung dieses unglaublichen Dokumentes.

Gegen 7 Uhr wurde uns aber dann mitgeteilt, daß Foch nur eine Fristverlängerung von einer Stunde gewährt habe, und daß Erzberger, nachdem bis dahin ein Gutachten der Reedereivertreter nicht vorgelegen hatte, die Bedingungen von Foch angenommen habe. Erzberger kam später selbst und antwortete auf die erregten Bemerkungen der Reedereivertreter, die Sache sei gar nicht so gefährlich, wie sie aussehe, es sei bestimmt zugesagt, daß die Schiffe ausschließlich zur Lebensmittelversorgung Deutschlands verwendet würden, und der amerikanische Vertreter für Marinefragen bei der Ententekommission habe ihm bestimmt versprochen, daß die ganze deutsche Handelsflotte bei Abschluß des Friedensvertrages wieder zurückgegeben werde.

Erzberger reist mit den übrigen Mitgliedern der Waffenstillstandskommission noch in der Nacht ab. Wir werden zurückgehalten, um morgen mit der Ententekommission die besonderen Bestimmungen — über Modalitäten und Ausnahmen — bei der Auslieferung der Handelsflotte zu beraten.

Trier, 17. Januar 1919. Früh um 9 Uhr wurde mir zunächst das Abkommen über die Herausgabe der Handelsflotte und die Lebensmittelhilfe zur Mitunterzeichnung vorgelegt. Ich erklärte, daß ich die Unterzeichnung unter allen Umständen ablehnen müßte, da wir zu diesen Verhandlungen zu spät geladen seien und an ihnen gar nicht hatten teilnehmen können und deshalb auch nicht die Verantwortung übernehmen könnten. Den gleichen Standpunkt nahmen die um 10 Uhr zur Sitzung erscheinenden Vertreter der Reedereien ein. Wir erklärten uns aber bereit, an den offiziellen Verhandlungen mit der Ententekommission, die auf 10 Uhr anberaumt waren, teilzunehmen. In dieser Sitzung, bei der sich lediglich die Vertreter von England und Amerika an der Debatte beteiligten, lehnten diese irgendwelche Zugeständnisse, die von den Reedereivertretern verlangt wurden, ab, indem sie darauf hinwiesen, daß schon alles im Waffenstillstand abgemacht sei und es sich nur um die Ausführung dieser Bestimmungen handle. Sie verlangten im wesentlichen nur noch Angaben über die Ernährungslage in Deutschland, über den Bedarf an Lebensmitteln, die nach Deutschland einzuführen seien, und sonstige Fragen, die mit der Auslieferung der Handelsflotte nicht im Zusammenhang standen. Es wurde jedoch in Aussicht gestellt, daß im Februar in Spa die Einzelbestimmungen über die Fristen und über die Reihenfolge der Auslieferung der Schiffe und über besonders zu begründende Ausnahmen stattfinden würden. Daß an dem Grundsatze der Wegnahme unserer Handelsflotte nichts mehr zu ändern sei, ging aber aus ihren Äußerungen klar hervor, und an den Optimismus Erzbergers, wir würden die Schiffe bei Friedensschluß wieder zurückbekommen, glaubte keiner von uns.

Spa, 4. März 1919. Die in Aussicht gestellten Verhandlungen in Spa zogen sich lange hinaus. Bei den Sitzungen, zu denen ich mit meiner Kommission, die inzwischen auch durch die Vertreter der Banken verstärkt worden war, am 5. Februar nach Spa gerufen wurde, wurde zwar über Schiffahrtsfragen und über Finanzfragen mehrere Tage lang verhandelt, aber es kam zu keinem Abschluß, da die Ententevertreter am 12. Februar wieder abreisten und erklärten, die Finanzverhandlungen müßten in Luxemburg fortgesetzt werden.

Wir fuhren dann am 13. Februar nach Trier hinüber, und es gelang mir, dort Mister Wise von der englischen Delegation davon zu überzeugen, daß diese Trennung der Lebensmittel- und der Finanzverhandlungen vollkommen unzweckmäßig sei und ihn zu veranlassen, daß auch die Finanzdelegierten nach Trier kamen. Dort konnten aber nur Vorverhandlungen gepflogen werden, weil die Ententevertreter keine Vollmachten hatten. Das ganze Ergebnis war ein Abkommen über die Lieferung von 35 000 Tonnen Getreide und Fetten, das aber immer noch von der endgültigen Erledigung der Vereinbarungen über die Handelsflotte und über die Finanzierung abhängig gemacht wurde. Auf unser Drängen wurde dann endlich für den 4. März eine Zusammenkunft in Spa vereinbart.

Heute vormittag 10 Uhr trafen wir im Hotel Britannique mit der Ententekommission, die unter dem Vorsitz des englischen Admirals Hope stand, zur ersten Verhandlung zu-

sammen. Gleich zu Beginn der Sitzung übergab mir Hope den Entwurf einer Erklärung, die wir abgeben sollten, mit dem Bemerken, daß das die Voraussetzung für alle weiteren Verhandlungen sei. In dieser Erklärung sollten sich die deutschen Vertreter verpflichten, ohne jede weitere Bedingung die Auslieferung der deutschen Handelsflotte in bestimmten Fristen zu versprechen. Ehe diese Erklärung nicht abgegeben sei, könne nichts an Lebensmitteln geliefert werden, auch nicht die 35 000 Tonnen, über die bereits in Trier ein Abkommen erzielt war. Wenn aber die fahrtbereiten Schiffe ausgeliefert würden, so könne sofort die Lieferung der ganzen ersten Rate von 290 000 Tonnen Lebensmitteln erfolgen, und sie seien bereit, darüber heute zu verhandeln. Ich verlangte eine Unterbrechung der Sitzung, um mich mit meiner Kommission zu beraten und die Antwort auf die Forderung der Gegner vorzubereiten. Obwohl in der deutschen Kommission die Meinungen sehr geteilt waren, weil von Einzelnen ein Abbruch der Verhandlungen befürchtet wurde, wenn wir diese Bedingung der Gegner nicht akzeptierten, setzte ich es durch, daß eine Erklärung aufgesetzt wurde, die darauf hinwies, daß nach dem Waffenstillstandsvertrag die Auslieferung der Handelsflotte verlangt wurde zum Zwecke der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, daß wir also den Vertrag über die Auslieferung erst unterschreiben könnten, wenn uns bindende Zusicherungen über die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland bis zur nächsten Ernte und nicht bloß hinsichtlich der ersten Rate gemacht worden seien. Die Abgabe dieser Erklärung in der für den Nachmittag anberaumten Sitzung rief bei der gegnerischen Kommission großes Erstaunen hervor. Der Vorsitzende, Admiral Hope, erklärte in gereiztem Tone, daß er auf dieser Basis überhaupt nicht in Verhandlungen eintreten könne und fragte mich schließlich, ob ich nicht noch einmal vorher telephonisch in Weimar anfragen könne, um mir andere Instruktionen erteilen zu lassen. Ich erklärte mich zwar dazu bereit, sagte aber gleich, daß ich eine Änderung des von mir eingenommenen Standpunktes nicht befürworten könne und auch nicht für wahrscheinlich hielte. Gleichzeitig legte ich ihm nahe, doch in Paris wegen einer Änderung seiner Instruktionen anzufragen. Professor Keynes, der gleichfalls der englischen Delegation angehörte, erwiderte mir darauf, das sei nicht so einfach, da der Oberste Kriegsrat nicht immer zusammen sei und auch nicht so schnell Beschluß fassen könne. Die Sitzung wurde, für den Fall, daß ich andere Informationen erhalte, auf morgen vormittag 10 Uhr vertagt.

Spa, 5. März 1919. Die Regierung in Weimar stellte sich bei telephonischer Besprechung, wenn auch mit Zögern, auf meinen Standpunkt, und ich teilte noch gestern abends um 9 Uhr dem Admiral Hope brieflich mit, daß ich an meinem Standpunkte nichts ändern könne und die Fortsetzung der Sitzung nicht für erfolgversprechend halte. Um 12 Uhr nachts kam die Antwort von Admiral Hope, daß er mit seiner Kommission sofort nach Paris zurückfahre, um den alliierten Regierungen über den deutschen Standpunkt Bericht zu erstatten.

Weimar, 7. März 1919. Ankunft mit mehrstündiger Verspätung um 3 Uhr nachmittags. Ich erstatte in der Nationalversammlung über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht; die Stimmung war geteilt. Man befürchtete weitere Erschwerungen der Gegner in der Lebensmittelversorgung Deutschlands und ein langes Hinziehen der Verhandlungen.

Der Eindruck dieses scheinbaren Abbruches der Verhandlungen ist ein starker und erregt besonders im neutralen Ausland Aufsehen. In der neutralen Presse, besonders in der schweizerischen, wird stark unterstrichen, daß dies das erste Nein sei, zu dem sich Deutschland seit dem Abschluß des Waffenstillstandes aufgeschwungen habe.

Brüssel, 15. März 1919. Schon am 10. März kam ein Telegramm, das uns zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Brüssel einlud. Wir trafen dort mit der ganzen, fünfundzwanzig Kopf starken, deutschen Kommission am 12. März ein und fanden bei Beginn der Verhandlungen, denen auf seiten der Gegner nicht mehr Admiral Hope, sondern der Höchstkommandierende der verbündeten Flotten, Admiral Sir Roger Wemyss, vorsaß, eine ganz andere Atmosphäre. Ich setzte mich nach der Ankunft sofort mit den gegnerischen Vorsitzenden und mit dem amerikanischen Lebensmittel-

controller Hover, der der Kommission gleichfalls angehörte, in Verbindung und fand bei beiden eine durchaus höfliche und fast entgegenkommende Haltung. Die Verhandlung über die Lebensmittellieferungen, die von der gegnerischen Seite im wesentlichen von Hover geführt wurden, spielten sich vollkommen reibungslos ab. Auch die Verhandlung über die Schiffahrtsregelung machte keine allzu großen Schwierigkeiten. Dagegen kam die Unterkommission für Finanzfragen, für die auf deutscher Seite Dr. Melchior den Vorsitz übernommen hatte, über zwei Schwierigkeiten nicht hinweg, so daß es gestern fast den Anschein hatte, als ob die ganzen Verhandlungen wieder scheitern würden. Ich trat dann noch einmal persönlich mit Admiral Wemyss in Verbindung, besprach mit ihm den Grund der Schwierigkeiten, der vor allem darin lag, daß nach den Vereinbarungen der Finanzkommission die Zahlungsmittel nur für die Hälfte der Lebensmitteleinfuhr gesichert gewesen wären, und daß wir nicht abschließen konnten, wenn uns nicht für die zweite Hälfte die Gewährung von Krediten in Aussicht gestellt werde. Wemyss erklärte sofort, daran dürften die Verhandlungen nicht scheitern, und er sei bereit, die Finanzvertreter der Ententekommission zu einer entgegenkommenden Haltung zu veranlassen. So konnte dann gestern, am 14. 3., abends um 8 Uhr 20 Min., das Gesamtabkommen unterzeichnet werden, das im wesentlichen eine vollkommene Anerkennung des von Deutschland eingenommenen Standpunktes enthielt.

In der neutralen Presse wird dieses Abkommen als großer deutscher Erfolg bezeichnet, der „erste Erfolg der neuen deutschen Diplomatie", wobei der Artikelschreiber freilich übersieht, daß ich weder zu den „Neuen" noch zur Diplomatie gehöre. In materieller Beziehung konnte es an dem traurigen Ergebnis der Auslieferung unserer Handelsflotte allerdings nichts ändern. Aber die ganzen Verhandlungen haben den Beweis geliefert, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, die harten, von den Gegnern gestellten Bedingungen in wesentlichen Punkten zu mildern, wenn nicht der frevelhafte Optimismus Erzbergers ihn dazu geführt hätte, zu allen Forderungen der Gegner Ja zu sagen in der Hoffnung, daß das in Wirklichkeit gar nicht so schlimm gemeint sei, und daß man später die Schwierigkeiten schon wieder beseitigen könne.

Im Vertrag von Versailles wurde dann bekanntlich die deutsche Handelsflotte zum größten Teil Deutschland ohne Entschädigung endgültig abgenommen.

Erinnerungen an Versailles.

Von Handelsminister Dr. von Meinel.

Dem Wunsche der geehrten Redaktion, aus meinen Erinnerungen an Versailles zu der Januar-Nummer der Süddeutschen Monatshefte über den Versailler Vertrag etwas beizusteuern, komme ich gerne nach. Mein Beitrag kann freilich nur ein bescheidener sein. Die Geschichte jener verhängnisvollen Wochen in Versailles zu schreiben und darüber zu bestimmen, zu welcher Zeit und in welchem Umfange die deutschen Akten über jene Tage noch weiter als schon geschehen, geöffnet werden sollen, muß der Reichsleitung und in ihr wieder denjenigen überlassen werden, welche die politische Führung der Deutschen Delegation damals in Händen gehabt haben. Aber vielleicht interessiert die Erinnerung eines Augenzeugen auch dann, wenn sie keine weittragenden neuen historischen Tatsachen bringt, sondern nur in kurzen Zügen die Stimmung kennzeichnet und wieder wachruft, die deutsche Teilnehmer an den dramatischen Vorgängen der Versailler sogenannten Friedenskonferenz damals beseelt hat.

Berufung.

Nach der ungeheuren Tragödie des verlorenen Weltkrieges und des politischen Zusammenbruchs war in München das Satyrspiel der Eisner-Herrschaft gefolgt, als an mich von Berlin das Ansuchen erging, als 1. Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums an den Verhandlungen in Versailles und an den Vorbereitungen hiefür teilzunehmen. Es war bezeichnend, daß Eisner, mit dem ich mich wegen der Art der Führung seines Ministeriums und wegen seiner Stellung gegenüber den in ihrer Pflicht ausharrenden Beamten des Staates in ernsten, auch in der Öffentlichkeit sich abspielenden Auseinandersetzungen befand, zunächst ein Veto gegen die Übernahme der mir an-

gebotenen Funktion mit der Begründung einlegen zu müssen glaubte, daß das Reichswirtschaftsministerium diese Mission einem Sozialdemokraten übertragen müsse. Eisner war damals noch ganz in der utopistischen Anschauung befangen, es würde den internationalen Beziehungen der Sozialdemokratie und namentlich seiner eigenen Fühlungnahme mit französischen Arbeitervertretern in der Schweiz gelingen, für Deutschland einen günstigen Versöhnungsfrieden von seinem „Freunde Clemenceau" bewilligt zu erhalten. Er glaubte auf diesem Wege bereits gewaltige Fortschritte erzielt zu haben und verschloß sich schlechterdings den Befürchtungen, die angesichts der Waffenstillstandsbedingungen für jeden auf dem Boden der Wirklichkeit Stehenden auf der Hand lagen.

Ich selbst dagegen hatte diese Befürchtungen sehr lebendig vor Augen und war mir klar bewußt, daß die Aussichten für Deutschland, in Versailles erträgliche Bedingungen zu erwirken, sehr gering waren. Wenn ich gleichwohl es für meine Pflicht erachtete, den Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums nach Beseitigung der Bedenken Eisners zu übernehmen, so geschah es im Bewußtsein, wenigstens eine Voraussetzung für die warme und nachdrückliche Vertretung der deutschen Interessen zu besitzen, nämlich die auf Grund amtlicher Einblicke in die Vorgeschichte des Krieges gewonnene felsenfeste Überzeugung von der Gerechtigkeit der deutschen Sache und von der Unwahrheit der Behauptung, daß Deutschland den Krieg gewollt oder mindestens nicht verhindert habe. Ich hatte die Möglichkeit, mir hierüber eine eigene Meinung zu bilden, da mein Chef zur Zeit des Kriegsausbruchs, der damalige bayerische Ministerpräsident und spätere Reichskanzler Graf Hertling, mir vertrauensvoll Einblick in die politische Vorgeschichte des Krieges gewährt hatte und da meine berufsmäßige Befassung mit den wirtschaftlichen Bedingungen und Verhältnissen meines Vaterlandes mir zwei Tatsachen klar vor Augen geführt hatte, die allein genügen sollten, vor jedem unparteiischem Forum zu beweisen, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt haben konnte. Die eine ist, daß Deutschland, dessen Wirtschaft in den Friedensjahrzehnten einen glänzenden Aufschwung genommen hatte und bei Fortdauer des Friedens weiter zu nehmen versprach, von einer kriegerischen Verwicklung nur Nachteile und keine Vorteile zu erwarten hatte. Die zweite ist die unumstößliche, schon in den ersten Kriegsmonaten offen zutage tretende Tatsache, daß Deutschland, trotzdem es in Bezug auf seine Rohstoffversorgung bei der sich vorbereitenden Einkreisung mit Abschneidung von seinen Bezugsquellen im Falle eines Krieges rechnen mußte, in gar keiner Weise seine Vorversorgung mit Rohstoffen, also eine wirtschaftliche Kriegsvorbereitung betätigt hatte. Für mich stand und steht fest, daß der Weltkrieg für Deutschland als ein gefürchtetes und wahrlich nicht herbeigewünschtes Verhängnis heraufzog und daß auch größeres diplomatisches Geschick, als es unserem unpolitischen Volk eignet, wohl nicht ausgereicht hätte, um dem Verhängnis zu entrinnen, ohne freiwillig auf die Möglichkeit des wirtschaftlichen Gedeihens im friedlichen Wettbewerb in einer kaum von einem Volke zu verlangenden Selbstbeschränkung zu verzichten.

Vorbereitungen.

Zu den Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen, an denen ich mich vom Februar 1919 ab im Reichswirtschaftsministerium zu beteiligen hatte, war ein großer Apparat von Sachverständigen und behördlichen Kommissionen aufgeboten worden. Das war notwendig, denn an brauchbaren Vorarbeiten war aus den Zeiten, in welchen noch auf einen anderen Ausgang des Krieges gehofft werden konnte, nur wenig vorhanden. Ich möchte aber hier Folgendes ausdrücklich feststellen: Aus dem amtlichen Material des Wirtschaftsministeriums, das mir in vollem Umfange zugänglich war, ging nirgends hervor, daß man im Falle eines glücklichen Ausgangs des Krieges an eine wirtschaftliche Vergewaltigung der Gegner gedacht hätte; vielmehr war überall das Bestreben ersichtlich, nach Friedensschluß vor allem auf möglichst rasche Wiederanknüpfung des internationalen Handelsverkehrs hinzuwirken. Wenn die Vorbereitungen gewiß nicht vernachlässigt, ja sogar vielleicht von einer allzu großen Anzahl von Organisationen und Stellen gleichzeitig betrieben wurden, so stand doch andrerseits trotz der Fülle der vorbereitenden, meist in einem sehr großen Kreise sich abspielenden Besprechungen unter Grafen Bernstorff und den vielen grundsätzlichen Erörterungen

unter den beteiligten Reichsressorts eine Reihe von schwer zu überwindenden Schwierigkeiten einer einheitlichen, zielbewußten Vorbereitung für die in Versailles einzunehmende Haltung entgegen. Ganz abgesehen von den tiefgehenden Wirkungen des Zusammenbruchs und des Umsturzes auf den ganzen Regierungsapparat war die Rechenschaft, die sich Deutschland über den Stand seiner Produktion und seiner Handelsbeziehungen zum Ausland in der Zeit vor dem Kriege zu geben gewohnt war, nicht auf ausreichenden und vielfach auch nicht auf ganz unanfechtbaren statistischen Grundlagen basiert. So waren beispielsweise für eine Produktionsstatistik nur Anfänge vorhanden. Zudem hatte der Krieg und der wirtschaftliche Abschluß Deutschlands vom Welthandel eine völlige Umstellung großer Teile der deutschen industriellen Produktion zur Folge gehabt und die Wiederumstellung für die Friedensarbeit war zwar in vielen Beratungen über die Übergangswirtschaft theoretisch eingehend erörtert worden, aber selbstverständlich zu Anfang des Jahres 1919 erst in das Stadium der allmählichen Durchführung eingetreten. Auch über grundlegende wirtschaftliche Anschauungen waren die Meinungen gerade zu jener Zeit noch vielfach auseinandergehend. Namentlich hatte sich darüber noch keine einheitliche Meinung bilden können, inwieweit der mit dem Namen Rathenau, v. Moellendorf und Wissell verknüpfte Gedanke einer Gemeinwirtschaft (sog. Planwirtschaft) im Sinne einer staatlichen bewußten Beeinflussung der Gütererzeugung und Verteilung unter Zurückdrängung der Privatinteressen zu Gunsten der Allgemeinheit durch Zusammenfassung der einzelnen Unternehmungen unter staatlicher Kontrolle bei gleichzeitiger Beeinflussung des Absatzes und der Preise der Erzeugnisse möglich und wirtschaftlich nützlich sei. Endlich war angesichts der Waffenstillstandsbedingungen zweifelhaft geworden, inwieweit von den vierzehn Wilsonschen Punkten, die uns als Friedensgrundlage gewährleistet erschienen, erwartet werden durfte, daß sie in Versailles von den Gegnern respektiert werden würden. Mit dem Gefühle der Unsicherheit wurde deshalb der Gang nach Versailles angetreten im Bewußtsein der Notwendigkeit, die eigene Taktik erst im Verlaufe der Verhandlungen je nach dem Vorbringen und den Forderungen der Gegner zu bestimmen. Daß es überhaupt nicht gelingen würde, zu mündlichen Verhandlungen über die Friedensbedingungen zu kommen, daß das Dokument von Versailles nicht den Namen eines Vertrages und noch weniger den eines Friedensvertrages verdienen würde, konnte und mochte man damals noch nicht annehmen.

Erste Eindrücke in Versailles.

Schon die ersten Eindrücke in Versailles gaben einen Vorgeschmack dessen, auf welche Stimmung wir zu rechnen hatten. Die nächtliche Ausparkierung in der kleinen Haltestation vor Versailles war wenig würdig. Noch weniger der Einzug in das Hôtel des Réservoires, das sich zwar sehr erhebliche Summen für die Unterbringung jedes deutschen Gastes bezahlen ließ, aber angeblich keine Franzosen gefunden hatte, die die Deutschen bedienen wollten. Dadurch wurde notwendig, die Verbringung des Gepäcks in die unwirtlichen kalten Räume mit eigener Hand unter freundlicher Mitwirkung des Kanzleipersonals der Deutschen Delegation zu betätigen. Das unwürdigste aber war der hermetische Abschluß des Hotels der deutschen Kommission von der Außenwelt, mittels Pallisaden, durch deren Lücken die neugierige Menge auf die deutschen Delegierten wie auf wilde Tiere starrte. Noch heute wird jeden deutschen Teilnehmer an der Delegation bei der Rückerinnerung ein Gefühl zorniger Empörung überkommen, in welch hohem Maße die einfachsten Pflichten der internationalen Höflichkeit von einer Nation hier verletzt wurden, die den Ruf der Ritterlichkeit für sich vor allen andern in Anspruch zu nehmen gewohnt ist. In welch grellem Kontraste stand in diesem Punkte, wie in so manchem andren, das Verhalten unserer Gegner zu dem seinerzeitigen Verhalten des siegreichen Deutschlands im Jahre 1871. Damals war Herzenshöflichkeit bestrebt, das Unglück des unterlegenen Gegners zu ehren. Damals war nach den Schilderungen, die mir Augenzeugen vor meiner Abreise nach Versailles wiederholt gemacht hatten, die erste Sorge des deutschen Siegers, den Druck des Krieges sobald als irgend angängig zu erleichtern und beispielsweise im Gegensatz zu der über uns verhängten Fortsetzung der Hungerblockade für das zernierte Paris angesichts der schlecht verpflegten, ja hungernden deutschen Belagerungstruppen Züge

mit Lebensmitteln zur alsbaldigen Verwendung nach der Einnahme bereitzustellen. Wenn die Absicht bestanden haben sollte, durch die Behandlung, die man der Deutschen Delegation in Versailles zuteil werden ließ, in uns Gefühle des Schuldbewußtseins wachzurufen und uns zu demütigen, so ging diese Absicht sicher fehl. Das Gefühl, einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt zu sein, die sich bei der Abreise der Deutschen Delegation bekanntlich zu tätlichen Angriffen seitens des Pöbels mit der bedauerlichen Folge einer dauernden schweren Gesundheitsschädigung für ein deutsches weibliches Mitglied der Delegation steigerte, ließ uns eher das Haupt stolzer erheben und konnte nur verächtliche Gefühle in uns wachrufen. Als ich später bei den Konferenzen in Brüssel, London und Genua Gelegenheit hatte, mit dem Vorgehen der Franzosen die einwandfreie Haltung der Belgier in Brüssel, die korrekte, wenn auch eisige Höflichkeit der Engländer in London, die wahre, mit würdiger nationaler Haltung wohl vereinbarte Höflichkeit der Italiener in Genua zu vergleichen, da habe ich mir oft die Frage vorgelegt, wo die psychologische Erklärung für diese Einstellung der Franzosen zu suchen sei. Gewiß sind hiebei die auch auf uns bei der Hinfahrt nach Versailles erschütternd wirkenden Zerstörungen in Nordfrankreich in erster Linie in Rechnung zu stellen, die, wenn sie auch dem Krieg und zum großen Teile den kriegerischen Aktionen der Alliierten selbst zuzuschreiben waren, doch Deutschland allein in Rechnung gestellt wurden. Gewiß hat die lügnerische Kriegspresse-propaganda über deutsche Kriegsgreuel auf die empfänglichere und leidenschaftlichere französische Psyche tieferen Eindruck gemacht als auf den skeptischeren Engländer. Dort hat wenigstens Bernard Shaw in seinen für die Versailler Friedenskonferenz um jene Zeit herausgegebenen Winken (Peace conferences hints) aufgefordert, sich bewußt zu bleiben, daß die Statistik der Rohheitsdelikte in England selbst recht stattliche Prozentsätze aufweist und daß deshalb an Rohheiten, die im Kriege vorkamen, wohl auch die englischen Truppen ihren Anteil gehabt hätten. Wie kommt es aber, daß über diesen Punkt die Stimme der Wahrheit, die doch auch in Frankreich in früheren Fällen der Massen-Psychose (Dreyfuß-Affäre) unter hochstehenden Franzosen sich schließlich Bahn brach, noch nicht in Marsch gesetzt wurde? Längst hätte dies von den besetzten Gebieten aus geschehen müssen, wo nirgends die von Deutschen angeblich verstümmelten Kinder wirklich aufgefunden werden konnten, wo nach manchen in deutschen Händen befindlichen Zeugnissen auch französische Kreise eine gerechte und schonende Behandlung seitens der deutschen Besatzungstruppen bestätigen mußten. Gewiß hat der Krieg vielen französischen Müttern schweres Leid zugefügt! Bei den einsamen Spaziergängen in dem für uns abgeschlossenen Teile des Parkes von Versailles sah man in dem benachbarten, dem Publikum offenen Teile viele Frauen in Trauerkleidern, deren düstere Farben zu der prangenden Frühlingspracht der Natur so wenig stimmen wollten wie unsere düsteren Gedanken. Aber konnten diese Mütter sich nicht dessen entsinnen, daß gleiches Leid wie das ihre fast zwei Millionen deutsche Mütter betroffen hat und daß gemeinsames Leid nicht durch wechselseitigen Haß, sondern eher durch Gefühle der Versöhnlichkeit und des Mitleids verklärt und überwunden werden konnte? Bei Erwägung aller dieser Momente kann ich nur zu dem Schlusse kommen, daß bei dem einheitlichen und erbitterten Haß der französischen Nation, wie er sich im Verhalten des Publikums in Versailles manifestierte, die jahrzehntelange systematische Erziehung der jungen Generationen zur Abneigung gegen alles Deutsche, im tiefsten Grunde aber auch das für die französische Gloire unerträgliche Bewußtsein eine ausschlaggebende Rolle mit gespielt hat, den verhaßten deutschen Gegner nicht selbst mit eigener Waffengewalt besiegt, sondern nur durch Verbündung mit der halben Welt und dank entscheidenden Eingreifens Amerikas zur Strecke gebracht zu haben.

Die Verhandlungen.

Daß über den Vertragsentwurf mit der Deutschen Delegation mündlich nicht verhandelt wurde, habe ich bereits erwähnt. Es blieb trotz zahlreicher deutscher Versuche, durch schriftliche Anregungen im Notenwechsel schließlich zu mündlichen Verhandlungen zu gelangen, bei dem Diktat Clemenceaus, der in seiner Rede bei Überreichung der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 angekündigt hatte, es werde keine mündlichen Verhandlungen geben. Hätte es nach der Ungeheuerlichkeit der Bedingun-

gen des Waffenstillstands und der Erpressung bei seiner Verlängerung noch einen Zweifel geben können, diese Ablehnung jedes unmittelbaren Verhandelns zeigte jedenfalls mit erschütternder Deutlichkeit, aus welchem Geist der so oft verheißene Friede der Gerechtigkeit und Versöhnung geboren werden sollte. Freilich hätte sich bei Verhandlungen von Mann zu Mann die Fiktion, daß alle Deutschen Verbrecher und blutgierige Vertreter kriegerischer Eroberungsabsichten seien, nicht wohl aufrechterhalten lassen. Befanden sich doch unter den Sachverständigen, die die amtlichen Vertreter nach Versailles begleiteten, hochstehende Männer der deutschen Wissenschaft und der deutschen Arbeit, deren Name auch in Frankreich aus früheren Zeiten guten Klang hatte, die teilweise, wie z. B. mein Münchner Landsmann Oskar v. Miller, mit französischen gleichgerichteten Männer an dem Fortschritt der Menschheit auf dem Gebiete der Technik und Wissenschaft zusammen gearbeitet hatten. Die Hoffnung, es möge doch noch zu Verhandlungen kommen, wurde freilich in Versailles trotz allem längere Zeit von uns gehegt und deshalb die Vorbereitungen für solche Verhandlungen in internen Beratungen weiter gefördert. Wie sehr das in einem feindlichen Milieu unter völligem Abschluß und dadurch bedingter Unmöglichkeit inoffizieller Fühlungsnahme mit gegnerischen Kreisen erschwert war, davon kann sich nur der einen Begriff machen, der diese Dinge mit erlebt hat. Als Kuriosum sei erwähnt, daß die internen Kommissions-Verhandlungen bei der hohen Wahrscheinlichkeit, vom Hotelpersonal oder von Mikrophonen belauscht zu werden, vielfach unter Begleitung zweier Grammophone stattfanden, die, gleichzeitig, verschiedene Melodien spielend, das Geräusch unserer Unterhaltung übertönten, dabei aber auf die Dauer die Verhandlungen, die unter einer großen Nervenanspannung ohnedies zuweilen zu leiden hatten, oft recht schwierig gestalteten.

Wenn auch über die großen und wichtigen politischen Dinge nicht mündlich verhandelt wurde, so bot sich doch und zwar sehr bald nach dem Eintreffen in Versailles für einzelne Kommissionen und speziell für die Industriekommission, deren Vorsitz mir anvertraut war, Gelegenheit, mit Kommissionen der Gegenseite in mündliche Verhandlungen zu treten. Der Oberste Wirtschaftsrat der Gegner hatte den Wunsch geäußert, über den Rohstoffbedarf Deutschlands in den nächsten Monaten unterrichtet zu werden, und eine Aussprache über das Abkommen gewünscht, das über den Austausch von deutschem Koks gegen französische Minette und Saarkohle im Dezember 1918 in Luxemburg abgeschlossen worden war. Auch bei diesen Verhandlungen, denen ich auf deutscher Seite vorzusitzen hatte, herrschte eine eisige Atmosphäre. Es unterblieb beispielsweise jede Vorstellung und erst nachträglich erfuhr ich, daß mir in dem Wortführer der gegnerischen Kommission der spätere Minister und vielgenannte französische Großindustrielle Loucheur entgegengetreten war, der mit Rathenau später dann das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen hat. Seine Ausführungen, die die auf französischer Seite angeblich herrschenden Gefühle der Versöhnlichkeit unterstrichen und demgegenüber die von deutscher Seite erfolgte Kündigung des Luxemburger Abkommens als einen Akt der Brutalität bezeichneten, waren wohl mehr auf Stimmungsmache bei den anwesenden Vertretern der anderen Nationen als auf uns berechnet, die wir den Zusammenhang kannten und wußten, daß Deutschland bis zur Grenze der Möglichkeit das Abkommen erfüllt hatte, während Frankreich die seinerseits in Aussicht gestellten Gegenleistung in Minette völlig unterlassen hatte. Immerhin bezeichnend war, daß ein angelsächsischer Vertreter meinen Darlegungen gegenüber mit Schärfe betonte, eine Berufung auf die Unterlassung der französischen Lieferungen könne in Waffenstillstandsfragen, wozu er dies Abkommen zähle, Deutschland nicht zugestanden werden und nur der Nachweis der Unmöglichkeit unserer Lieferungen stehe uns offen. Es gelang übrigens, zu erreichen, daß am nächsten Tage mit den französischen Offizieren, welche das Luxemburger Abkommen abgeschlossen hatten, weiter verhandelt wurde und die Richtlinien für ein neues Abkommen, wonach Zug um Zug geliefert werden sollte, aufgestellt werden konnten.

Wirkung der Friedensbedingungen auf die deutsche Delegation.

Allmählich kam dann der Tag heran, an dem sich die sechs bevollmächtigten Führer der Deutschen Delegation, an ihrer Spitze Graf Brockdorff-Rantzau, zur Entgegennahme des „Buches des Friedens", wie sich Clemenceau ausdrückte, in das Hotel Trianon-

Palast begaben. Auch hier vollzog sich wie bei unseren Kommissionsverhandlungen die Eskortierung außerhalb unseres abgeschlossenen Raumes mit militärischer Begleitung mehr in der Form der Geleitung von Parlamentären in eine feindliche Festung. Wir Zurückbleibenden ließen unsere Vertreter mit trüben Erwartungen ziehen. Die Reden bei der Überreichung des Friedensdokumentes am 7. Mai 1919 sind bekannt, ebenso „das Buch des Friedens", wie das jedem Deutschen nicht nur bekannt, sondern ins Herz gegraben sein und in seiner ganzen Furchtbarkeit jederzeit vor Augen stehen sollte. Graf Brockdorff ließ nach Rückkehr den deutschen Kommissären und Sachverständigen je ein Exemplar des nur in französischer und englischer Sprache vorliegenden Dokumentes überreichen und für den nächsten Tag zu einer Aussprache im Schoße der gesamten Deutschen Delegation einladen. So blieb zum Studium des umfangreichen Werkes nur eine Frist von etwa 24 Stunden. Die Nacht und den Vormittag, welche wir der fieberhaft beschleunigten Durchsicht des Buches widmeten, wird wohl jedem von uns für sein Leben unvergeßlich bleiben. Noch heute zittert der Groll bei der Rückerinnerung in mir nach über die unerhörte Weise, in welcher die nach den Wilsonschen Punkten nicht unberechtigten deutschen Hoffnungen auf einen Frieden der Verständigung, wenn auch unter harten Opfern, enttäuscht wurden. Von der Fata Morgana, die Wilson der Welt vorgezaubert hatte, war in den sogenannten Friedensbedingungen nicht ein Zug zu entdecken. Der von der deutschen öffentlichen Meinung so sehnsüchtig aufgegriffene Gedanke, daß das ungeheure Geschehnis des Weltkrieges wenigstens die Kraft eines luftreinigenden Gewitters haben und die Atmosphäre frei machen würde für eine Verständigung der Völker, die künftige kriegerische Verwicklungen ausschließen würde, war in keinem Satze des Vertrages verwirklicht. Aber auch wer sich von jedem Optimismus freigehalten hatte, mußte im tiefsten Innern getroffen sein von der wahrhaft diabolischen Art und Weise, in der hier alle denkbaren Mittel und Wege ausgeklügelt waren, um Deutschland rettungslos zu verstricken und den Krieg gegen das waffenlose Land mit wirtschaftlichen Mitteln fortzusetzen. Deutlich erkennbar war, daß in dem Vertrag zwei Ziele um die Verwirklichung rangen, die gleichzeitig schlechterdings unerreichbar sein mußten. Dem Riesen Deutschland sollten wichtige Glieder amputiert, nach der Schwächung seines Körpers durch den Krieg noch Blut aus hundert Adern entzogen, wichtiges Rüstzeug zur Arbeit, wie die Handelsflotte, die Auslandsstützpunkte und -Guthaben, die Kolonien weggenommen werden. Gleichzeitig aber sollten dem Entkräfteten Arbeitsleistungen auferlegt werden, wie er sie auch in der Vollkraft der Vorkriegszeit nicht, ohne dauerndes Siechtum davonzutragen, sich hätte zumuten können. Als ich bei der vom Grafen Brockdorff über das Friedensdokument eröffneten internen Aussprache, die diesmal auf dessen ausdrückliche Anordnung ohne Vorkehrungen gegen Lauscher und ohne die Fenster zu schließen, stattfand, namens des Reichwirtschaftsministeriums die Folgen aus den wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages einer kurzen Würdigung unterzog, da glaubte ich den Satz voranstellen zu sollen, daß die Verwirklichungen dieser Friedensbedingungen die Überschrift über den Vertrag „finis Germaniae" rechtfertigen würden. Jetzt rückschauend und in voller Erkenntnis der wirtschaftlichen Verflechtung und der wechselseitigen Bedingtheit des wirtschaftlichen Gedeihens der europäischen Nachbarvölker scheint es mir, daß man mit ebensoviel Recht dem Versailler Vertrag die Überschrift „finis Europae" hätte geben können. Noch größer als damals aber erscheint mir heute die Vermessenheit, einem im geographischen Herzen Europas wohnenden, von dem westlichen, nach der kontinentalen Herrschaft strebenden Nachbarn durch kein Weltmeer getrennten, arbeitsamen Volke von über 60 Millionen ein Karthago-Schicksal bereiten zu wollen in der Hoffnung, selbst von den ungeheuren Folgen einer solchen Vernichtungstat unberührt zu bleiben. Die voraussichtlichen Folgen des „Buches des Friedens" wurden übrigens von den in Versailles anwesenden Männern aus dem Wirtschaftsleben, den prominenten Vertretern der deutschen Banken nicht minder wie den Vertretern der Arbeitnehmer in ganz ähnlichem Sinne beurteilt. Besonders drastisch brachte dies der temperamentvolle, inzwischen verstorbene Führer der deutschen Gewerkschaften, Legien, zum Ausdruck.

Abreise. Wie bereits erwähnt, wurden deutscherseits zahlreiche Versuche gemacht, durch Notenwechsel allmählich zu mündlichen Verhandlungen zu gelangen. Der Erfolglosigkeit solcher Versuche konnte man sich jedoch allmählich nicht mehr verschließen. Graf Brockdorff eröffnete deshalb die Möglichkeit, daß ein Teil der Deutschen Delegation nach Berlin zurückreisen könne, wo inzwischen eine gründliche Bearbeitung des Friedensvertrags durch den großen Kreis der in Berlin zusammengerufenen Sachverständigen in Zusammenarbeit mit den Reichsressorts begonnen hatte. Ich machte von dieser Möglichkeit Gebrauch und war dadurch in der Lage, an den Berliner begutachtenden Arbeiten ebenfalls noch mitzuwirken. Lebhaft und schmerzlich steht mir noch die nächtliche Fahrt in Erinnerung, die mich von Versailles im Auto, eskortiert von einem übrigens korrekt auftretenden französischen Offizier, durch St. Cloud und das mir von früheren Besuchen wohlbekannte Paris zur Gare du Nord brachte. Das städtische Bild schien äußerlich wenig verändert, aber die Champs Elysées waren in ihrer ganzen Länge mit den deutschen Geschützen als Trophäen ausgestattet, die wir mit dem Abschluß des Waffenstillstandes preisgeben mußten und die dem französischen Volke den Sieg vortäuschen sollten, den es aus eigener Kraft nicht errungen hat.

Nachwort. Inzwischen hat sich der „Friedensvertrag“ in der Weise ausgewirkt, wie es unsere trübsten Befürchtungen bei der Überreichung in Versailles vorausgeahnt hatten. Die Verelendung Deutschlands, aber auch die Störungen des Wirtschaftslebens und des Gleichgewichts von Europa, ja der ganzen Welt, haben entsetzenerregende Fortschritte gemacht. Freilich hat sich, wenn auch nur langsam, die Erkenntnis des wahren Standes der Dinge, die Notwendigkeit einer wirklichen Verständigung der Völker, das unbedingte Bedürfnis, die deutschen Leistungen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, in der Welt, mit Ausnahme des offiziellen Frankreich, in wachsendem Umfange geltend gemacht. Auch in dem Punkte der Schuldlüge ist die Wahrheit nicht zuletzt dank dem unermüdlichen Kampfe, den die Süddeutschen Monatshefte auf diesem Gebiete geführt haben, auf dem Marsche. Amerika, das den Krieg entschieden hat, auf dessen Präsidenten Wilson die Hoffnungen Deutschlands, in Versailles einen wirklichen Frieden zu erreichen, gegründet waren, scheint sich auf seine Pflicht, nun einen Frieden der Vernunft zu begünstigen, zu besinnen. Die Frage ist nur, ob noch Zeit genug, ob nicht der Zeitpunkt nahe ist, an dem auch die Rückkehr zur Besinnung und zu dem Verständigungswillen zu spät kommen wird. Eines aber scheint mir gewiß zu sein und steht mir in der lebhaften Rückerinnerung an die vergeblichen Hoffnungen, die so viele auf Versailles gesetzt haben, klar vor Augen: Nicht von außen darf Deutschland die Rettung erwarten, mit den ihm verbliebenen Kräften muß es versuchen, selbst die Rückkehr erträglicher Verhältnisse in Europa zu schaffen, eingedenk des Dichterworts, das auch für ein Volk gilt: „Sein Schicksal schafft sich selbst der Mann.“

Die Gefangenschaft der deutschen Friedensunterhändler in Frankreich.

Von Freiherrn von Lersner (ehemaliger Präsident der Deutschen Friedensdelegation in Frankreich).

Die ersten deutschen Unterhändler, die sich nach Frankreich begaben, waren die Finanzsachverständigen Melchior, Max Warburg, Urbig, von Stauß, Merton, mit denen ich als Vertreter der Reichsregierung zu unseren Gegnern entsandt wurde. Trotzdem der Waffenstillstand schon seit fast einem halben Jahr abgeschlossen war, ließ Frankreich uns völlig im unklaren, wohin wir reisten. In militärisch bewachtem, verschlossenem Schlafwagen wurden wir in die Nähe von Compiègne gebracht, in Kraftwagen gesetzt und nach Schloß Villette gefahren. Dort wurden wir sehr gut untergebracht und verpflegt, durften aber den für uns bestimmten Teil des Gartens nicht ver-

lassen. Der uns überlassene Raum von etwa 500 Quadratmeter war rings von Posten mit scharf geladenen Gewehren und aufgepflanzten Bajonetten umstellt. Trat man auch nur wenige Schritte aus Versehen auf die „Grenzwege", wollte man sich auf eine Bank am Wege setzen, so eilte ein Posten drohend herbei. Fast 4 Wochen waren wir so eingesperrt und tagten in der ganzen Zeit viermal! Die Gegenvorsitzenden waren übrigens der berühmte Engländer Keynes und der jetzige französische Finanzminister Graf de Lasteyrie.

Gegen den 20. April 1919 wurde Deutschland zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Versailles aufgefordert. Die Reichsregierung beauftragte mich von Villette nach Versailles mit Herrn Warburg vorauszufahren, um die einleitenden Vorverhandlungen zu führen. Gleich am ersten Tage hatten wir folgendes unwürdige Erlebnis:

Wir wollten nachmittags etwas frische Luft schöpfen. Ein aufgestellter Posten erklärte, er müsse zuerst den Polizeipräfekten rufen, der nach einiger Zeit erschien. Ich gab ihm unsern Wunsch zu erkennen, worauf der Herr antwortete: „Gewiß, dafür haben wir Vorbereitungen getroffen." Wir wurden durch das Hotel nach rückwärts in einen mit mannshohen Staketen abgesteckten Raum des hinter unserm Hotel gelegenen Neptunbassins geführt, der etwa 16 Meter lang und 4 Meter breit war. Vor dem Zaune viele Hunderte von Franzosen und Französinnen, die uns wie wilde Tiere in diesem Käfig spazieren gehen sehen wollten. Zuerst verging uns die Sprache vor Empörung über diese unerhörte Beleidigung. Dann habe ich in ernsten Worten dem Polizeipräfekten meine Entrüstung darüber zum Ausdruck gebracht, daß eine europäische Großmacht den ersten Vertreter eines Reiches bei Beginn der Friedensverhandlungen derart zu behandeln wage. Der Präfekt, — sein Name verdient genannt zu werden, Herr Houdaille, — antwortete achselzuckend, daß wir Deutsche das wohl nicht besser verdient hätten. Nun hatte unsere Geduld ihr Ende erreicht. Ich erklärte dem Franzosen — übrigens unter Totenstille all des zahlreichen Publikums —, daß ich mit meinen Herren auf der Stelle Frankreich verlassen würde, wenn wir nicht unsern Spaziergang unternehmen könnten. Daß keine deutschen Friedensunterhändler dann noch Frankreich betreten würden, darauf könne er Gift nehmen. Dies zog. Der Zaun wurde geöffnet. Begleitet von mehreren Polizisten durften wir gehen.

Als freien, für die deutsche Friedensdelegation reservierten Raum zur Bewegung bot man mir am folgenden Tag das Neptunbassin in Versailles an: 800 Schritt im Umfang. Das sollte der Platz sein, auf dem die etwa 200 Köpfe starke Delegation sich bewegen sollte! Wieder mußte ich zu scharfen Worten greifen, und es bedurfte mehrtägiger heftiger Verhandlungen, bis die französische Regierung uns den halben Park von Versailles zur freien Benützung überließ. Dieser sehr schöne Park war denn auch unsere einzige Freude während der monatelangen qualvollen Versailler Verhandlungen.

Wenn von uns Deutschen jemand Besorgungen machen wollte oder über die Straße zu gehen hatte — außerhalb des mit Stacheldraht und Polizisten umgebenen Weges zwischen unsern Quartieren, der mußte sich bei der Polizei anmelden und es wurden ihm Detektive mitgegeben. Wer das nicht wollte oder dazu zu stolz war, der konnte eben nicht auf die Straße gehen. So bin ich — sogar als der „Friedensvertrag" schon monatelang von der deutschen Regierung unterzeichnet war — über ein halbes Jahr nicht über die Straße gekommen.

Beschimpfungen der Deutschen erfolgten jedoch verschiedentlich trotz aller Absperrmaßnahmen. Ein unerhörtes Maß erreichten sie am Tage der Abreise der meisten Mitglieder der deutschen Delegation nach Weimar. Schimpfworte, Johlen, Pfeifen, Schreien, Erd- und Steinwürfe begleiteten uns auf unserm Wege durch die ganze Stadt Versailles. Diesmal war von der französischen Regierung für keinerlei Absperrung oder Schutz gegen den verhetzten Pöbel vorgesorgt. Ein Mitglied unserer Delegation — noch dazu eine Dame — wurde schwer am Kopfe verwundet und leidet heute noch an den schweren Folgen dieser Wunde.

Unwürdig hat die französische Regierung, unwürdig hat Versailles, hat Frankreich, hat die Entente uns Unterhändler behandelt. Die Neger ehren die Friedensgesandten ihrer Feinde!

Wenn man sich weiter daran erinnert, daß unsere Feinde uns zu mündlichen Verhandlungen vor der Unterzeichnung des Friedensdiktats nicht zuließen, daß unsere schriftlichen Widerlegungen und Proteste gegen die drakonischen Friedensbedingungen kaum oder gar nicht beantwortet oder berücksichtigt wurden, daß Deutschland jeden Tag vergewaltigt wurde, dann wird man den Geist von Versailles erkennen:

Diesen Geist des Hasses, der Rache, der Vernichtung!

Dieser Geist hat wahrlich das erreicht, was Clemenceau in seiner Verteidigungsrede über sein „Versailler Friedenswerk" gesagt hat:

„Der Frieden von Versailles ist die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln!" — Weiß Gott! die Fortsetzung des Krieges — mit andern, mit langsamer wirkenden, aber mit grausameren Mitteln als die blutigsten Schlachten des Weltkrieges.

Wilsons Geographie.

Im September 1919, also nachdem er den Vertrag von Versailles mitverfertigt hatte, sprach Präsident Wilson in zahlreichen amerikanischen Städten, um das amerikanische Volk für den Versailler „Vertrag" und den „Völkerbund" zu gewinnen.

In all diesen Reden (wir folgen der Zusammenstellung in dem Buch von Wilsons früherem vertrautem Freunde und Berater Dr. Hale, The story of a style, New York 1920) bezeichnete er stets Serajewo als eine Stadt in Serbien, wußte also noch nicht, daß der österreichische Thronfolger auf österreichischem Gebiet ermordet war. Daß der österreichische Thronfolger in Serbien ermordet worden sei, glaubte Wilson auf seiner ganzen langen Vortragsreise und vielleicht glaubt er es heute noch. Er legt in zahlreichen Reden besonders Gewicht auf die Tatsache, daß die österreichisch-ungarische Regierung wegen eines in Serbien begangenen Verbrechens vorgegangen sei.

In St. Louis erklärte Wilson am 5. September 1919:

„Was war die alte Formel der Alldeutschen? War sie nicht von Bremen bis Bagdad? Nun sehen Sie auf die Karte, was liegt heute zwischen Bremen und Bagdad? Nach Deutschland kommt Polen. Da ist Böhmen, das wir zur Tschechoslowakei gemacht haben, dann Ungarn, das wir von Österreich getrennt haben und das keinen Anteil mehr an Österreichs Stärke hat, dann Rumänien, dann Jugoslawien, dann die zusammengebrochene Türkei und dann Persien und Bagdad."

Diese Beschreibung des Weges von Bremen nach Bagdad, gab Wilson, nachdem er Europa mit aufgeteilt hatte. Seine Vorstellung von der Lage Bagdads verrät er noch genauer in der Rede von Des Moines, wo er von dem alldeutschen Plan spricht Bremen an der Nordsee mit Bagdad in Persien zu verbinden. Nach den Presseberichten über diese Rede in Des Moines enthielt sie noch eine weitere bemerkenswerte, geographische Meinung, indem der Mitverfasser des Versailler Vertrages und Mitverteiler Europas von Prag als der Hauptstadt Polens sprach. Gekrönt wurde diese Redereise, auf der der Präsident außer der Angabe, daß Bremen an der Nordsee liegt, kaum jemals ein wahres Wort gesprochen hat, durch die Rede in St. Franzisko:

„Der Versailler Kongreß hat eine neue Welt von Schönheit und Ordnung geschaffen. Ein Glanz von tiefem Verständnis menschlicher Angelegenheiten strahlt über den Beratungen dieses Kongresses, wie er niemals über die Beratungen irgendeiner andern internationalen Konferenz in der Weltgeschichte gestrahlt hat."

Durch diese Äußerung tritt Wilson bei Aufstellung eines Weltrekords für Verlogenheit in ernsten Wettbewerb mit Kurt Eisner.

Verlorenes deutsches Blut.

Von Dr. Fritz Endres.

Die abgetretenen Gebiete.

In und nach dem Frieden von Versailles mußte Deutschland 12% seines europäischen Gebietes abtreten. Müßten die Vereinigten Staaten auf ein prozentual gleichgroßes Gebiet verzichten, so würde ein solcher Verzicht dem Verlust der 13 amerikanischen Gründungskolonien und fast ganz Kaliforniens gleichkommen.

Auf dem abgetretenen Gebiet siedelten 10% der deutschen Bevölkerung. Die Vereinigten Staaten müßten also im gleichen Falle mehr als die Bevölkerung des Staates Neuyork von Fremden beherrschen lassen.

Wilson 1918 und Wilson 1913.

Elsaß Lothringen.

1918 hat Wilson in Punkt 8 verlangt, das Unrecht, das Frankreich durch Preußen in der elsaß-lothringischen Frage geschehen sei und das den Weltfrieden seit nahezu fünfzig Jahren beunruhigt habe, solle wieder gutgemacht werden. 1913 (in seinem Buche über den Staat, übersetzt von Günther Thomas, Berlin 1913, S. 225) hat Wilson über diesen Krieg anders geurteilt und die „glänzenden Erfolge Preußens in diesem Kampfe" gerühmt, „der im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt wurde".

Wann ist den Elsässern ein Unrecht geschehen?

Das Elsaß gehört zur deutschen Geschichte seit der Eroberung durch die Alemannen und die Franken (5. Jahrhundert). Im Vertrag von Mersen 870 wurde es förmlich dem deutschen (ostfränkischen) Reich zugeteilt. Seitdem war es politisch mit dem Deutschen Reich verbunden bis zum Westfälischen Frieden 1648. Von 1648 an breitete sich Frankreich allmählich aus und beraubte die deutschen Reichsstädte im Elsaß ihrer Freiheit, schließlich nahm es auch Straßburg 1681. Dies französische Unrecht wurde durch den Frankfurter Frieden 1871 gutgemacht, durch den Versailler Vertrag erneuert.

Das Elsaß in der Geschichte des deutschen Geistes.

In den Vogesen spielt das alte deutsche Heldenlied von Walter und Hildegunde. Der Hagen des Nibelungenliedes stammt aus dem elsässischen Tronje. Im Elsaß übersetzt der Mönch Otfried von Weißenburg um 870 die Evangelien in die ersten deutschen Verse. Die deutschen Minnesänger Reinmar von Hagenau und Gottfried von Straßburg (der Dichter von Tristan und Isolde) waren Elsässer. Das Straßburger Münster ist ein Werk der deutschen mittelalterlichen Baukunst. Die großen Mystiker Meister Eckart und der Straßburger Johannes Tauler wirkten im Elsaß. In Straßburg versuchte Gutenberg zuerst deutsche Bücher zu drucken. Den deutschen Humanismus vertraten im Elsaß Geiler von Kaiserberg, Wimpheling, Sebastian Brant und Thomas Murner. Die deutsche Reformation ergriff von Straßburg aus sehr rasch das Elsaß. Auch in der Franzosenzeit blieb das Elsaß innerlich deutsch. Nach Straßburg als nach einer deutschen Stadt kam der junge Goethe, entwarf hier die Pläne zum „Götz" und zum „Faust" und lernte in Sesenheim Friederike Brion kennen, das Urbild des deutschen Gretchens.

Was hat das Deutsche Reich für Elsaß und Lothringen getan?

Es hat das Reichsland wirtschaftlich gehoben, aus Straßburg einen großen Hafen- und Handelsplatz gemacht, durch die Belebung von Industrie und Handel die Bevölkerung um ein Viertel vermehrt, den Wert der lothringischen Eisenverarbeitung von etwa 2 Millionen auf 34 Millionen gesteigert, die oberelsässische Kaliindustrie geschaffen. Die Ausfuhr ist von einer halben Million auf 14 Millionen Tonnen, die Einfuhr von 2½ auf 9½ Millionen Tonnen gestiegen.

Welche Sprache spricht die Bevölkerung?

87% sprechen deutsch und zwar dasselbe Alemannisch wie im benachbarten Baden.

Welche politischen Folgen kann die Lostrennung haben?

Im Besitze des Elsaß bedroht Frankreich die süddeutschen Staaten unmittelbar und kann, wenn es will, die Loslösung des deutschen Südens vom Reich erzwingen.

Wie dachten Angelsachsen über die elsaß-lothringische Frage?

Am 11. November 1870 hat der beste englische Kenner der deutschen Geschichte, Thomas Carlyle, an die „Times" geschrieben: „Die List Richelieus und das berühmte Schwert Ludwigs XII; da haben wir die einzigen Besitztitel Frankreichs auf diese deutschen Länder. Ich halte es für völlig richtig, vernünftig und klug, daß Deutschland diese Länder von seinem unvergleichlichen Feldzug mit nach Hause bringt und sich durch eine tüchtige Befestigung seines eigenen alten Wasgau (Vogesen), seines Hunsrück, der drei Bistümer, und durch andere militärische Machtmittel für die Zukunft gegen französische Besuche sichert." Ähnlich äußerte sich die „Daily News" am 20. August 1870, dann die „Saturday Review" am 10. September 1870, die „Times" am 14. September 1870.

Hat eine Abstimmung in Elsaß-Lothringen stattgefunden?

Nein, die Franzosen haben Elsaß und Lothringen annektiert.

Eupen und Malmedy.

Durch den Frieden von Versailles sind Eupen, Malmedy und Teile von Monschau an Belgien gekommen. Eupen gehörte bis zum Frieden von Luneville (1802) zum österreichischen Herzogtum Limburg, von 1814 an zu Preußen. Malmedy war früher eine reichsunmittelbare Benediktinerabtei und kam 1815 an Preußen. Von der Bevölkerung sind 82,7% deutsch, 15,9% wallonisch. Eine Abstimmung hat stattgefunden, aber nicht geheim, sondern öffentlich, durch Eintragung in Listen; sie stand natürlich unter dem Druck der belgischen Besatzungsbehörden.

Posen und Westpreußen. (Das deutsche Neu-Mexiko.)

Durch den Versailler Vertrag kamen hier 42 841 Quadratkilometer mit 2 961 000 Einwohnern an die Polen.

Was hatte Wilson verlangt?

Punkt 13: „Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließt, sollte errichtet werden."

Ist die Bevölkerung Posens und Westpreußens „zweifellos polnisch"?

Nur im Regierungsbezirk Posen besteht eine polnische Mehrheit. In Westpreußen stehen 1 098 000 Deutsche gegen 476 000 Polen. Wilson selbst hat („Der Staat", S. 222) behauptet, Westpreußen und der Netzedistrikt seien schon 1772 „gänzlich germanisiert" gewesen.

Wann hat Preußen diese Provinzen gewonnen?

Endgültig durch die Wiener Schlußakte 1815 vom 9. Juni 1815, die England, Rußland, Österreich, Preußen, Frankreich, Schweden und Portugal unterzeichneten.

Was hat das deutsche Volk für die Polen getan?

Es hat den polnischen Bürger und den freien polnischen Bauern geschaffen, die polnische Landwirtschaft verbessert, eine polnische Industrie erst ins Leben gerufen. Es hat seit Jahrhunderten gegen die polnische Unbildung und gegen den polnischen Schmutz gekämpft, so daß der polnische Chronist Kromer schon 1575 die Deutschen rühmen mußte: „Durch die Mühewaltung und Arbeit der Deutschen begann sich die Zahl der Dörfer und Städte zu mehren und die Kultur zu heben. Sie sind sparsamer und fleißiger als die Polen, ihre Wohnungen reinlicher."

Amerikanischer Westen und europäischer Osten.

Wie die amerikanischen Siedler den Westen, so haben die deutschen Siedler den Osten mit dem Pflug, der Hacke, der Fibel erobert. Haben sie ein Recht auf das eroberte Land?

Der Bolschewismus marschiert.

Durch den Vertrag von Versailles ist die Ostmark an die Slawen verloren gegangen und selbst das rein deutsche Ostpreußen durch polnisches Gebiet, den sogenannten polnischen Korridor, vom übrigen Reiche abgesperrt. Nicht mehr die Deutschen, sondern die Polen stehen auf der Wacht gegen den Bolschewismus. Werden sie, die selbst Slawen sind, diese große slawische Bewegung abwehren können?

Danzig.

Durch den Vertrag von Versailles angeblich eine freie Stadt, steht Danzig in Wirklichkeit außenpolitisch und handelspolitisch unter der Vormundschaft Polens. Es kann keine eigenen Verträge abschließen, keine eigene Handelspolitik treiben; der Verkehr liegt in polnischen Händen.

Ist die Bevölkerung „zweifellos polnisch"?

315 000 Danziger sprechen deutsch, nur 95 000 polnisch.

Seit wann ist Danzig deutsch?

1343 treten die Polen die Stadt an den Deutschen Orden ab. 1454 wird Danzig zum erstenmal ein Freistaat innerhalb Polens, aber mit selbständiger Außen- und Innenpolitik und eigener Besatzung. 1793 kommt es an Preußen. 1807 wird es zum zweitenmal ein Freistaat unter französischem, sächsischem und preußischem Schutz. 1814 wird es wieder preußisch.

Sieht Danzig deutsch aus?

Das Stadtbild ist rein deutsch. Die Kirchen, das gotische Rathaus, der Artushof sind Schöpfungen der Deutschen. Zum deutschen Kulturgebiet hat Danzig immer gehört. Die Industrie und der Handel Danzigs beruhen auf deutscher Arbeit.

Warum hat in Westpreußen, Posen und Danzig keine Abstimmung stattgefunden?

Durch den Genfer Beschluß des Völkerbundes hat Polen hier 3270 Quadratkilometer mit 965 000 Einwohnern erhalten. Oberschlesien.

Hat hier eine Abstimmung stattgefunden?

Ja, am 20. März 1921: für Deutschland haben 62%, für Polen 38% gestimmt.

Hat Polen nur diese 38% bekommen?

Nein, sondern 49%.

Hat Polen ein geschichtliches Recht auf Oberschlesien?

Nein, da die oberschlesischen Herzöge, die Piasten, selbst schon im 12. Jahrhundert die Deutschen ins Land gerufen haben und zwar die deutschen Ritter, die deutschen Mönche, die deutschen Bürger und die deutschen Bauern. Von ihnen ist Oberschlesien nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Pflug erobert worden. Seine Städte und Dörfer, seine Schulen und Fabriken, seine Bergwerke sind von den Deutschen geschaffen.

Seit wann gibt es in Oberschlesien eine polnische Frage?

Noch während des ganzen 19. Jahrhunderts haben sich die oberschlesischen Polen, die Wasserpolaken, nur als Preußen gefühlt und die nationalpolnische Propaganda abgewehrt. Sie unterscheiden sich tatsächlich von den Polen durch Sprache, Sitte und Geschichte. „Wir Oberschlesier", sagte der oberschlesische Pole Wodiczka auf dem Vereinigten Landtag 1847, „wollen nur als deutsche Brüder, als Preußen angesehen und behandelt werden." Bis 1903 hat Oberschlesien keinen polnischen Vertreter in den Reichstag gesandt.

Hat Polen ein wirtschaftliches Recht auf Oberschlesien?

Nein, das moderne Bergwerks- und Hüttenrevier ist im 19. Jahrhundert von Preußen geschaffen. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge mit Polen waren stets sehr lose. Selbst ohne die Kohlenverladungen betrug der Güteraustausch mit Deutschland 21,50 Millionen Tonnen, mit Polen nur 3,25 Millionen Tonnen.

Hindert die Abtretung die wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens?

Ja, weil sie das Industrierevier zerschneidet und eng zusammengehörige Werke verschiedenen Staaten zuweist. „Will man auf der Hauptbahn von Königshütte über Beuthen nach Tarnowitz fahren (eine Strecke, die Geschäftsleute fast täglich bisher an einem Vormittag machten), so wird man in Zukunft zuerst von Polen abfahren, kommt dann nach Deutschland und gelangt dann wieder auf polnisches Gebiet, passiert also in weniger als einer Stunde zwei Zoll- und Paßstationen. Daß ähnlich verzwickte Verhältnisse sich auch für das Postwesen, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung ergeben, liegt auf der Hand." (A. Dix, „Politische Geographie", München 1922, S. 507.)

Hat die Industriebevölkerung für Polen gestimmt?

Nein! Der Stadtkreis Kattowitz z. B. hat 22 774 Stimmen für Deutschland, und nur 3900 Stimmen für Polen, der Stadtkreis Königshütte 301 864 Stimmen für Deutschland und nur 10 764 für Polen abgegeben. Trotzdem sind diese beiden wichtigen Industriestädte polnisch geworden.

Hat Polen ein kulturelles Recht auf Oberschlesien?

Nein, die ganze oberschlesische Kultur ist ein Werk der Deutschen. Die beiden großen Dichter, die Oberschlesien der deutschen Literatur geschenkt hat, Joseph von Eichendorff und Gustav Freytag, sind Deutsche.

Wenn Polen weder ein geschichtliches, noch ein wirtschaftliches, noch ein kulturelles Recht auf Oberschlesien hat, und überdies die Abstimmung gegen Polen ausgefallen ist, mit welchem Recht kann die Abtretung dann begründet werden?

Mit keinem; sie ist nicht Recht, sondern Gewalt.

Memel. Das Memeler Land, 2447 Quadratkilometer mit 141 000 Einwohnern, hat der Versailler Friede in einen Freistaat verwandelt. Eine Nationalitätenfrage hat hier nie bestanden, da die Litauer sich ebenso als Deutsche fühlten, wie die Neuyorker holländischer Abstammung als Amerikaner. Nur 1,8% haben litauischen Lese- und Schreibunterricht gefordert.

Das Memeler Land ist im 13. Jahrhundert von dem Deutschen Orden erworben, die Stadt Memel 1252 von Lübecker Kaufleuten gegründet worden. Die Ostgrenze wurde 1422 festgelegt und ist seit 500 Jahren dieselbe geblieben. Simon Dach, der Dichter des weltbekannten deutschen Volksliedes „Ännchen von Tharau", ist 1605 in Memel geboren.

Die Loslösung Memels vom Deutschen Reich ist durch nichts gerechtfertigt, eine Abstimmung hat nicht stattgefunden.

Nordschleswig. In Nordschleswig hat, allerdings in sehr ungünstigen Abstimmungsszonen, eine ordnungsmäßige Abstimmung stattgefunden und eine Mehrheit für Dänemark ergeben.

Die Deutschen in der ehemaligen Habsburger Monarchie. Zu den abgetretenen Gebieten gehören auch die Länder, die auf dem Boden der ehemaligen Habsburger Monarchie von Deutschen bewohnt werden und denen trotz des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes durch den Versailler Vertrag der Anschluß an das Deutsche Reich verboten worden ist. In Deutsch-Österreich siedeln 6 Millionen, in der Tschechoslowakei fast 4 Millionen, in Südslawien über 1 Million Deutsche. Diese Deutschen verderben unter dem Druck der Fremdherrschaft, wenn sie vom Reiche abgeschnitten werden.

Wieviel Amerikaner würde Amerika in der Fremde verderben lassen?

Während die Deutsch-Böhmen mit allen Mitteln unterdrückt werden, hungern und frieren die Deutsch-Österreicher und sind zu entsittlichender Bettelei gezwungen, die Landsleute Haydns und Mozarts gehen zugrunde. Hat das Volk, das vom 16. bis zum 18. Jahrhundert Europa vor den Türken geschützt, im 18. und 19. Jahrhundert der Welt die schönsten Melodien geschenkt hat, diesen Dank verdient?

Die besetzten Gebiete.

Rheinland. Neben dem abgetretenen steht das besetzte deutsche Land. Die alliierten und assoziierten Mächte halten seit dem Frieden von Versailles das linke Rheinufer, also die Rheinprovinz, das Saargebiet und die Pfalz besetzt und haben zum Teil ihre Truppen weit über den Rhein vorgeschoben. Das linksrheinische Gebiet mit den Brückenköpfen für Mainz und Kehl soll 15 Jahre, der Brückenkopf für Koblenz 10 Jahre, der Brückenkopf für Köln 5 Jahre besetzt bleiben. Am 7. März 1921 hat die Entente überdies, weil Deutschland nicht mehr zahlen wollte, als es mit Aufbietung aller seiner Kraft zahlen konnte, die drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt.

Welchen Zweck hat diese Besetzung angeblich?

Sie soll angeblich die Ausführung des Versailler Vertrags sicherstellen.

Welchen Zweck verfolgt Frankreich in Wirklichkeit?

Frankreich will das Rheinufer für immer gewinnen.

Die Sehnsucht nach der Rheingrenze, der sogenannten „natürlichen" Grenze, geht durch die ganze französische Geschichte von den Capetingern bis zu Poincaré. Es ist den Franzosen gleichgültig, daß es sich hier um uraltes rein deutsches Land handelt.

Welche Mittel wendet Frankreich an, um das Rheinland zu französieren?

Es sucht das Rheinland wirtschaftlich zu durchdringen, hat unter der Oberleitung in Koblenz wirtschaftliche Abteilungen in Krefeld, Aachen, Köln, Bonn, Trier, Mainz und

Ludwigshafen eingerichtet, das Rheinland mit einem Netz von Banken und Geschäften überzogen, den Verkehr in das nichtbesetzte Deutschland mit allen Mitteln, zeitweise sogar durch eine Zollinie, erschwert, den Verkehr nach Frankreich auf jede Weise erleichtert. Es schafft und begünstigt Loslösungsbestrebungen, obwohl diese in der Bevölkerung keinen Boden finden, und bekämpft die deutschgesinnte öffentliche Meinung.

Gewinnen die Franzosen die Herzen der Rheinländer?

Nein, sogar die Pariser Presse hat jüngst klagen müssen: „Der Haß gegen Frankreich, der nach dem Waffenstillstand nicht bestand, hat sich jetzt in die deutschen Seelen tief eingefressen."

Wie steht es mit dem Saargebiet?

Saargebiet.

Die Kohlen des Saargebiets hat der Friedensvertrag den Franzosen zugewiesen. Über das Saargebiet selbst soll erst nach 15 Jahren eine Abstimmung entscheiden. Bis dahin steht es unter der Regierung einer fünfköpfigen Kommission, die den Völkerbund vertritt.

Gab es im Deutschen Reich einen Staat, oder eine Provinz, die dem Saargebiet entsprach?

Nein, das Saargebiet ist willkürlich aus der preußischen Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz herausgeschnitten.

Wilson hat ausdrücklich die Gründung eines besonderen Saarstaates abgelehnt, aber die Saarregierung hat, unbekümmert um die Vereinigten Staaten, sogar ein besonderes Wappen und besondere Farben für den „Saarstaat" geschaffen.

Beherrscht der Völkerbund oder Frankreich das Saargebiet?

Frankreich verfügt über die Gruben, leitet die Verkehrs- und Währungspolitik, hat das Saargebiet in sein Zollgebiet einbezogen, unterhält statt der örtlichen Gendarmerie, die der Versailler Vertrag vorsieht, im Saargebiet einige Tausend Mann französischer Truppen, darunter auch Farbige, erleichtert die Niederlassung der Franzosen, erschwert die Niederlassung und die Einreise der Deutschen, weist die „Mißliebigen" aus und bereitet so mit allen Mitteln den Übergang des Saargebietes an Frankreich vor.

Werden die politischen Rechte der Saarländer verletzt?

Ja. Die leitenden Stellen werden mit Franzosen besetzt, obwohl im Saargebiet vor dem Versailler Vertrag weniger Franzosen als in München wohnten. Der Vertreter der saarländischen Bevölkerung in der Regierungskommission, der Arzt Dr. Hector, ist von fast allen deutschen Parteien des deutschen Saargebietes abgelehnt, trotzdem als Vertreter der deutschen Saarländer bestätigt worden. Das Saarparlament ist ein Scheinparlament. Es hat weder auf die Wahl der Regierungskommission, noch auf die Berufung der Beamten, noch auf die Verwaltung irgendwelchen Einfluß. Dagegen ist der Einfluß des französischen Generals größer als der Einfluß des Präsidenten der Regierungskommission.

Wie steht es mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Saargebietes?

Die Einführung der Frankenwährung durch Frankreich hat der saarländischen Industrie den deutschen Markt versperrt, den französischen nicht gewonnen, auch die Eisenbahn und Post unrentabel gemacht. Unter der furchtbaren Teuerung leidet namentlich der Mittelstand. Die amerikanischen Hilfsaktionen haben zum Teil ihr Ziel nicht erreicht, da selbst amerikanische Liebesgabenpakete mit Zöllen belegt werden, die den Wert der Liebesgaben weit übersteigen.

Ist die saarländische Bevölkerung zufrieden?

Sie protestiert immer wieder, aber immer erfolglos, gegen ihre politische Entrechtung, ihre wirtschaftliche Ausnützung. Der Haß gegen Frankreich wächst von Tag zu Tag.

Wieviel Truppen stehen im besetzten Gebiete?

Besatzungstruppen.

124 000, davon 96 000 Franzosen. Diese ungeheuere Zahl hat bis Ende April 1922 dem Deutschen Reiche 1 Milliarde Dollar gekostet. Dazu kommt jetzt die Besatzung des Ruhrgebiets, die nach Aussage des Kapitän Brassard (Adjutant des Oberkommandeurs Degoutte) auf 260 000 Mann gebracht werden soll.

Wieviel farbige Truppen stehen im besetzten Gebiet?

Die schwarze Schmach.

Die Zahl der farbigen Truppen schwankt. — Sie ist von Morel („Der Schrecken am Rhein") auf 30—40 000 Mann berechnet worden. Am 1. Juli 1922 hat die Zahl der farbigen Franzosen mindestens 20 000 Mann betragen.

Was ist die schwarze Schmach?

Die Verwendung farbiger Truppen in den Rheinlanden und die fortdauernde Vergewaltigung einer weißen Rasse durch diese Farbigen, die Mißhandlung und Schädigung deutscher Frauen und Kinder, die Ansteckung vieler Tausender deutscher Frauen und Kindern, die Einschleppung tropischer Krankheiten nach Europa.

Was bedeutet diese Verwendung farbiger Truppen gegen Weiße für die Welt?

Das Erwachen des Negers, das Verschwinden der Achtung vor den Weißen, oder wie der schwedische Oberst af Petersen gesagt hat, „den ersten Nagel zum Sarge der weißen Rasse".

Die geraubten Kolonien.

Welche Kolonien hat Deutschland im Versailler Frieden verloren?

Alle! Deutsch-Ostafrika an England und Belgien; Deutsch-Südwestafrika an England; Kamerun an Frankreich; Togo an England und Frankreich; Neu-Guinea, die Karolinien und Marschallinseln an England, Italien und Japan; Samoa an England; Kiautschou an Japan.

War der deutsche Kolonialbesitz so groß, daß er den Vorwurf des Imperialismus rechtfertigte?

Nein. Er umfaßte etwa 3 Millionen Quadratkilometer mit 12,4 Millionen Einwohnern. Frankreich hatte viermal, Rußland sechsmal, England zehnmal so viel wie wir. Auch war der französische, russische und englische Kolonialbesitz weit wertvoller. Namentlich England, das seit 1870 seinen Außenbesitz etwa verdoppelt hatte, hatte in dieser Epoche Ägypten und Südafrika gewonnen, deren Wert den Wert der deutschen Kolonien um ein Vielfaches übertraf.

Wie hat England früher über den Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte geurteilt?

Der englische Premierminister Gladstone hat, nachdem anfängliche Konflikte überwunden waren, die kolonialen Bestrebungen Deutschlands aufs freundlichste begrüßt: „Ich begrüße seinen Eintritt in diese Tätigkeit und werde es erfreulich finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichtes und der Zivilisation in weniger zivilisierten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werk unsere herzlichsten Wünsche und jede Ermutigung finden, die in unserer Macht steht."

Was hat Wilson über die Zukunft der deutschen Kolonien gesagt?

„Der fünfte Punkt ist die freie, aufrichtige und vollkommen unparteiische Ordnung aller kolonialen Forderungen, die auf der strengen Befolgung des Grundsatzes begründet ist, daß bei der Entscheidung aller Souveränitätsfragen die Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierungen, deren Rechte abgegrenzt werden müssen."

Ist dieser Punkt verwirklicht worden?

Nein, um die „berechtigten Forderungen" der deutschen Regierung hat sich niemand gekümmert. Es war nicht „vollkommen unparteiisch", einem Volke alle Kolonien zu nehmen und sie an andere Völker zu geben, die ohnehin viel mehr Kolonien besaßen als dieses eine.

Hat man sich um die „Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerungen" gekümmert?

Nein, die Ureinwohner sind nicht gefragt worden.

Waren die Ureinwohner deutschfreundlich?

Wären sie deutschfeindlich gewesen, so hätte in Deutsch-Ostafrika die kleine, schlecht ausgerüstete Schar Lettow-Vorbecks (Höchstzahl 3000 Europäer und 11 000 Askari) sich nicht viereinhalb Jahre lang siegreich gegen eine Übermacht von etwa 300 000 Mann, die über die ganze Technik des modernen Krieges verfügte, halten können.

Hat sich Deutschland auf Kolonialpolitik verstanden?

Ja. Deutschland hat den Wert seiner Kolonien durch entsagungsvolle Arbeit auf ein Vielfaches gesteigert. So erreichte der gesamte Handelsverkehr schließlich einen Wert von 435 440 000 M.; er hatte sich im Laufe von 5 Jahren verdoppelt. Ferner waren in wenig Jahren in den Kolonien 4606 km Eisenbahn gebaut worden und weitere 711 km in Vorbereitung (Alfred Zimmermann, „Die Kolonialreiche der Großmächte", S. 221). Auch wirtschaftlich gewannen die Kolonien langsam für die heimische Landwirtschaft und für einige Industrien an Bedeutung.

Hat sich Deutschland auf die Eingeborenenpolitik verstanden?

Alle Deutschland geraubten Kolonien sind inzwischen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch im Wohlbefinden der Einwohner zurückgegangen.

Wie steht es mit den deutschen Missionen?

Noch heute sind die deutschen Missionen in den englischen, französischen und ehemals deutschen Kolonien nicht zugelassen, obwohl der internationale Missionsrat bei der Missionskonferenz in Lake Mohonk sich ausdrücklich gegen die Ausschließung der deutschen Missionäre gewandt hat, die gegen den Grundsatz der religiösen Freiheit verstoße.

Militarismus.

Was ist Militarismus?

Militarismus ist die Gefährdung des Weltfriedens durch die Aufstellung und Erhaltung unverhältnismäßig großer militärischer Machtmittel.

Können auch unverhältnismäßig kleine militärische Machtmittel den Weltfrieden gefährden?

Ja, weil die Ohnmacht eines Landes die mächtigeren Nachbarn zu Angriffen und Übergriffen reizt. Vom Ende des Mittelalters bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts sind Deutschland und Italien, weil sie ohnmächtig waren, das Schlachtfeld und die Beute der europäischen großen Mächte gewesen. Erst die Vollendung der nationalen Einheit, die Bildung geschlossener und widerstandsfähiger nationaler Heere in Deutschland und Italien haben für Mitteleuropa eine Friedenszeit von fast 50 Jahren eröffnet.

Waren die militärischen Machtmittel des neuen Deutschen Reiches unverhältnismäßig groß?

Das deutsche Heer zählte im Jahre 1913: 779 880 Mann (mit den Offizieren), das französische 985 000 Mann, nämlich 865 000 Weiße und 120 000 Farbige, das englische 1913/14 715 000 Mann (ohne die Luftstreitkräfte), nämlich die reguläre englische Armee: 250 000 Mann, die indische Armee: 150 000 Mann, die englische Territorialarmee 315 000 Mann. Die russische Armee besaß 1913 eine Friedensstärke von 1 300 000 Mann, wurde aber mit solcher Schnelligkeit vergrößert, daß ihre Friedensstärke 1917 2 000 000 Mann betragen hätte. Die französische Armee war unverhältnismäßig groß. Im Sommer 1914 erklärte der Vorsitzende des Heeresausschusses der französischen Kammer, General Padoya: „So hatte am 1. Januar dieses Jahres eine Nation von weniger als 40 Millionen (die französische) mehr Soldaten unter den Waffen als eine Nation von 68 Millionen (die deutsche).

Wie stand es mit der Flotte?

Im Jahre 1914 verfügte die deutsche Flotte über 1 019 417 Tonnen fertig und 325 988 Tonnen im Bau, die englische über 2 205 040 Tonnen fertig und 593 420 Tonnen im Bau; die englische Flotte allein war also mehr als doppelt so groß.

Welche Zwecke verfolgte der deutsche Flottenbau?

Laut der Begründung des Entwurfes zum zweiten Flottengesetz 1900 sollte die Flotte so stark sein, daß selbst der größten Seemacht ein Krieg mit Deutschland ein Risiko bedeute, welches sie im Interesse ihrer Weltstellung nicht auf sich zu nehmen vorziehen würde.

War dieser Risikogedanke offensiv oder defensiv?

Er war zweifellos, wie bereits der Wortlaut ergibt, defensiv. Übrigens hätte schon aus geographischen (ungünstige Lage der deutschen Bucht) sowie aus militärischen Gründen (zahlenmäßige Überlegenheit) kein Fachmann je an einen Angriff gegen England gedacht.

Wo gibt es Militarismus?

Wollten die leitenden Männer Deutschlands das deutsche Heer und die deutsche Flotte überhaupt jemals für einen Angriffskrieg mißbrauchen?

Nein. Bismarck erklärt noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" er sei „der bejahenden Theorie (eines Präventivkrieges) nicht bloß zur Luxemburger Zeit (1867), sondern auch später, zwanzig Jahre lang, stets entgegengetreten in der Überzeugung, daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können, und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehen kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen". Der alte Moltke hat in seiner Reichstagsrede vom 14. Mai 1890 sehr ernst über einen Zukunftskrieg gesprochen: „Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden; und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert." Kaiser Wilhelm II. hätte zweimal mit Aussicht auf Erfolg einen Präventivkrieg führen können: während des Burenkrieges und während des Russisch-Japanischen Krieges. Er hat beide Male nicht daran gedacht, den Weltfrieden zu stören.

Haben die Ententemächte, die angeblich gegen den „Militarismus" kämpften, den Militarismus wirklich beseitigt?

Nein. Sie haben zwar Deutschland gezwungen, sein Heer bis auf 100 000 Mann, seine Marine bis auf etwa 100 000 Tonnen und 15 000 Mann abzurüsten, ihre eigenen großen Heere aber sind geblieben. Das französische Heer zählte 1920/21: 882 000 Mann, nämlich 673 000 Weiße und 245 000 Farbige; das englische 620 000 Mann, nämlich die reguläre englische Armee: 277 000 Mann, die indische Armee: 243 000 Mann, die englische Territorialarmee: 100 000 Mann. Dazu kommen eine polnische Armee von 550 000 Mann, eine tschecho-slowakische von 180 000 Mann, eine belgische von 120 000 Mann.

Kann Deutschland mit seinem kleinen Heer einen Krieg führen?

Nein. Die deutsche Kriegsstärke ist seit dem Versailler Vertrag eben so groß wie die deutsche Friedensstärke. Dem kleinen deutschen Heer fehlen alle Waffen des modernen Krieges, die schwere Artillerie, die Tanks, die Luftschiffe und die Flugzeuge. Am Rhein und 50 km östlich davon ist jedes feste Werk geschleift. An Munition besitzt Deutschland für jedes Gewehr nur 400 Patronen, für jedes Maschinengewehr nur 8000 Patronen, für jedes Geschütz 7,7 cm nur 1000 Schuß, für jedes Geschütz 10,5 cm nur 800 Schuß. Frankreich dagegen würde im Kriegsfall über eine modern ausgerüstete Armee von über 4 Millionen Mann verfügen.

Ist das kleine deutsche Heer imstande, einen Angriff des Bolschewismus abzuwehren?

Nein, denn das Heer Sowjetrußlands dürfte etwa 500 000 Mann betragen und über modernes Kriegsmaterial verfügen. Das kleine deutsche Heer könnte einen russischen Angriff um so weniger abwehren, als es gezwungen wäre, auch die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten, zumal die unerträglichen Bedingungen des Vertrags von Versailles den innerdeutschen Bolschewismus von Tag zu Tag verstärken. Gegen Sowjetrußland besitzt Deutschland nur eine Festung, Königsberg, aber auch Königsberg verfügt nur über 20 schwere Geschütze.

Hat der „Friede" von Versailles der Welt den Frieden gebracht?

Nein.

Die deutschen Ströme — fremder Herren Gefangene.

Durch den Versailler Vertrag sind die deutschen Ströme der deutschen Souveränität entzogen und internationalen Kommissionen unterstellt worden, in denen die deutschen Mitglieder in der Minderheit sind. So gebieten über die Oder, die durch rein deutsches Gebiet läuft, 9 Kommissionsmitglieder, darunter nur drei Deutsche, über die Elbe, an der nur Deutschland und die Tschechoslowakei beteiligt sind, 10 Kommissionsmitglieder, darunter nur 4 Deutsche, über den Rhein 19 Kommissionsmitglieder, darunter nur 4 Deutsche. Besonders gefährdet ist der Rhein, seit am 10. Mai 1922 die internationale Rheinkommission dem Projekt eines französischen Rheinseitenkanals zugestimmt hat, mit dessen Hilfe der Rhein auf elsässisches Gebiet abgeleitet werden könnte und Großschiffahrtswege nach der Rhone und nach der Marne geführt werden sollen, um auf solche Weise das linke Rheinufer dem deutschen Wirtschaftsleben zu entfremden. Gegen die französischen Pläne ist von zahlreichen Schweizern erregt protestiert worden, da diese von ihnen eine Opferung des „freien Rheins" befürchten.

Bedroht der Versailler Friede die deutsche Wissenschaft?

Die interalliierten militärischen Kontrollkommissionen haben das Recht, die deutschen Fabriken und Laboratorien wegen etwaiger Herstellung von Kriegsbedarf zu überwachen. Sie können auf diese Weise in die Geheimnisse der friedlichen deutschen Wissenschaft eindringen. Selbstverständlich versuchen die Konkurrenten der deutschen Industrie die Gelegenheit auszunützen, um die deutsche Industrie überhaupt unschädlich zu machen. Namentlich die chemische Industrie wird mit allen Mitteln verdächtigt, um sie ihrer überragenden Stellung zu berauben. Eine Zerstörung der deutschen chemischen Industrie würde aber die ganze Welt schädigen. Die Not des deutschen Volkes wird überdies von der Entente ausgenützt, um deutsche Angestellte durch hohe Bezahlung zur Handelsspionage zu veranlassen. Auch dadurch hindert man den wirtschaftlichen Aufbau.

Verlorenes deutsches Gut.

Von Emanuel Müller.

Die Viehlieferung.

Vieh.

Der Versailler Vertrag hat die endgültige Zahl der von Deutschland zu liefernden Tiere nicht ausgesprochen; er verlangte binnen drei Monaten nach Inkrafttreten als unmittelbare Abschlagslieferung folgende Mengen:

an die französische Regierung:

500 Hengste im Alter von 3 bis 7 Jahren, 30 000 Fohlen und Stuten im Alter von 18 Monaten bis zu 7 Jahren von ardennischer, bologneser oder belgischer Rasse, 2000 Stiere im Alter von 18 Monaten bis 3 Jahren, 90 000 Milchkühe im Alter von 2 bis 6 Jahren, 1000 Widder, 100 000 Schafe, 10 000 Ziegen.

An die belgische Regierung:

200 Hengste im Alter von 3 bis 7 Jahren (schwere belgische Zugpferde), 5000 Stuten im Alter von 3 bis 7 Jahren (schwere belgische Zugpferde), 5000 Fohlen im Alter von 18 Monaten bis zu 3 Jahren (schwere belgische Zugpferde); 2000 Stiere im Alter von 18 Monaten bis 3 Jahren, 50 000 Milchkühe im Alter von 2 bis 6 Jahren, 10 000 Färsen, 200 Widder, 20 000 Schafe, 15 000 Mutterschweine.

Im Sommer 1920 wurde an Deutschland die endgültige Forderung übergeben; danach waren insgesamt zu liefern an Frankreich, Belgien, Italien und Serbien: 916 525 Stück Rindvieh (darunter 640 000 Milchkühe), 559 682 Pferde, 917 115 Schafe, 27 165 Ziegen, 1 600 000 Hühner, 100 000 Enten, 40 000 Gänse, 15 250 Schweine.

Weiter sind gefordert worden:

120 Hirsche, 9000 Rehe, 660 000 Hasen, 6 Millionen Rebhühner, 195 000 Fasanen, 75 000 Fasaneneier, 200 000 Kaninchen, 36 000 Hunde, 25 000 Bienenstöcke, 11 715 000 Fischsetzlinge, 1 000 000 Fischkeimeier.

Die Lieferung des auf Frankreich entfallenden Teils an Wild (6000 Rehe, 600 000 Hasen, 6 Millionen Rebhühner und 150 000 Fasanen) ist durch das Wiesbadener Substitutionsabkommen vom 7. Oktober 1921 abgelöst worden.

Was hat Deutschland bis jetzt geliefert?

Seit Beginn der Viehabgaben wurden bis zum 3. Juli 1922 nachstehende Viehmengen an die Entente geliefert: 143 525 Pferde, 175 606 Rinder, 209 231 Schafe, 21 441 Ziegen, 246 700 Hühner.

Auf Grund des Friedensvertrags, sowie der später geschlossenen Abkommen sind nach dem Stand der gegenwärtig gestellten Anforderungen weiter zu liefern: 81 712 Pferde, 92 100 Rinder, 77 400 Schafe.

Von Fischen waren bis Ende Mai 1922 geliefert:

an Belgien: 117 250 Forelleneier, 33 000 Stück Forellensetzlinge, 135 000 Stück einsömmrige Karpfen, 51 600 Stück Schleiensetzlinge und 5000 Stück Zandersetzlinge;

an Frankreich: 450 000 Forelleneier, 422 800 Stück einsömmrige Karpfen, 64 800 kg

zweisömmrige Karpfen, 14 808 kg zweisömmrige Lausitzer Schuppenkarpfen und 256 000 Stück Schleiensetzlinge.

Bis Januar 1922 sind 3400 Bienenvölker an Belgien abgeliefert worden.

Farben. **Was soll Deutschland an Farben liefern?**

Deutschland mußte 50% der Bestände an Farbstoffen, die am 15. August 1919 vorhanden waren, abliefern. Ferner hat die Reparationskommission bis 1. Januar 1925 das Recht auf den Bezug von 25% der laufenden Produktion an Farbstoffen.

Die Lieferung der 50% ist am 30. Juli 1921 beendet worden; es sind geliefert worden 9 872 642,432 kg im Werte von 149 763 104,15 M.

Bis zum 10. Januar 1922 betrug die Lieferung aus den 25% der laufenden Produktion 7 150 918,375 kg im Wert von 514 007 988,48 M.

Auf Grund eines am 24. August 1921 in Kraft getretenen Zusatzabkommens sind bis zum 10. Januar 1922 an Amerika geliefert worden: 18 688 000 kg im Wert von 4 110 338,95 Mark und 20 940 000 kg im Wert von 120 109,78 Dollars.

Da die Vereinigten Staaten von Deutschland keine Entschädigung verlangt haben, wurde seinerzeit vereinbart, daß die amerikanische Regierung alle gelieferten Farben bar an die Reparationskommission zahlen solle und zwar zu Marktpreisen. Nun hat vor kurzem Staatssekretär Hughes einen Plan ausgearbeitet, wonach Amerika in Zukunft nichts mehr bezahlt für die deutschen Farbenlieferungen, sondern die Lieferungen als Bezahlung seiner Auslagen für Besatzungskosten am Rhein erhält. Diese Kosten wurden Ende Oktober 1922 mit 256 Millionen Dollars angegeben

Chemische Produkte. **Was hat Deutschland an chemischen Produkten abgeliefert?**

Nach dem Abkommen vom 12. April 1920, welches die Ablieferung der 50% der an dem als Stichtag vereinbarten 20. September 1919 vorhandenen Bestände an chemisch-pharmazeutischen Produkten regelt, sind bis 31. März 1921 geliefert worden: 106 647 kg im Werte von 11 805 632 M. Die Lieferung der 25% der laufenden Produktion, die bis 1925 der Reparationskommission zur Verfügung stehen müssen, hat bis zum 10. Januar 1922 betragen 482 965 kg im Wert von 208 637 475 M. In Deutschland können bei Erscheinen dieses Heftes die meisten Kranken nicht mehr mit Heil- und schmerzstillenden Mitteln behandelt werden, weil deren Preise unerschwinglich geworden sind.

Holz. **52 Millionen Kubikmeter Holz soll Deutschland abliefern.**

In den Anforderungslisten der Reparationskommission, die nach Abschluß des Versailler Vertrags aufgestellt worden sind, wurden von Deutschland rund 52 Millionen Kubikmeter Holz verlangt. Die Verhandlungen über die Lieferung haben im August 1920 begonnen. Deutschland erklärte es für unmöglich, sich auf 20 Jahre, wie es vorgesehen war, mit einer jährlichen Holzlieferung von mehr als 2,5 Millionen Kubikmeter zu binden. Es war bereit, 4 Jahre lang je 1 440 000 cbm zu liefern in Anrechnung auf die Gesamtforderung. Die Reparationskommission lehnte das Angebot ab und verlangte zunächst eine einmalige Lieferung von 960 000 cbm in 4 Monaten. Deutschland brachte dann im Laufe des Jahres 1920/21 zur Ablieferung: 322 790 Schwellen, 35 146 Festmeter Rundholz, 37 550 Telegraphenstangen, 33 095 cbm Schnittholz.

Anfang November 1921 verlangte die Reparationskommission Nachlieferung des größeren Teils der Restmengen; ferner forderte sie auf Grund weiterer Verhandlungen unter Einschluß der Restlieferungen für 1922: 441 700 Telegraphenstangen, 2 700 000 Hartholzschwellen, 1 000 000 Kiefernschwellen, 155 000 Festmeter Rundholz, 3 948 000 Festmeter Schnittholz.

Die Erfüllung war für Deutschland unmöglich, trotzdem bestand die Reparationskommission darauf. Die deutsche Regierung hat darauf trotz größter und schwerster wirtschaftlicher Bedenken erklärt, daß sie versuchen wolle, die Durchführung einer Lieferung des angeforderten Rundholzes, der Telegraphenstangen sowie von 1 275 000 Hartholz- und Kiefernschwellen, 1 245 040 Festmeter Schnittholz im Gesamtwert von rund 4 Milliarden 130 Millionen Papiermark zu ermöglichen.

Forstpflanzen und Sämereien. An Forstpflanzen und Sämereien wurden von Deutschland verlangt: 66 Millionen Stück Nadelholzpflanzen und 80 000 kg Nadelholz- und Eschensamen. Zur Ablie-

ferung sind bis Anfang 1922 gelangt: etwa 6 Millionen Stück Kiefern und Fichten, sowie etwa 9000 kg Kiefern-, Fichten- und Eschensamen, insgesamt im Wert von 1 467 000 M. Weitere Lieferungen erfolgten im Frühjahr. Belgien verlangt erneute Lieferung von Alleebäumen.

Landwirtschaftliche Maschinen.

Tausende von landwirtschaftlichen Maschinen, Tausende von Tonnen Saatgetreide, Kartoffeln und anderen landwirtschaftlichen Produkten wurden abgeliefert.

Bei der Verlängerung des Waffenstillstandes am 16. Januar 1919 wurde Deutschland folgende Straflieferung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte auferlegt: 400 vollständige Dampfpfluggruppen mit doppelter Maschine und dazu eingerichteten Flügeln, 6500 Säemaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Brabantpflüge, 6500 Pflüge, 12 500 Eggen, 6500 Messereggen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Groskillwalzen, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender, 3000 Bindemäher.

Die Liste ist in wiederholten Verhandlungen wiederholt geändert worden. Deutschland ist dabei den französischen und belgischen Wünschen sehr weit entgegengekommen; es wurden sogar Maschinen, welche von Belgien bereits abgenommen waren, sich aber für die dortigen Verhältnisse als ungeeignet erwiesen hatten, wieder zurückgenommen und dafür andere geliefert. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Lieferung von 10 000 landwirtschaftlichen Fahrzeugen, die bis zum 1. Mai 1920 ausgeführt sein sollte. Bereits im November 1919 war deutscherseits erklärt worden, daß der Termin nicht eingehalten werden könnte, wenn nicht eine Lösung in der Rohstoff- und Kohlenfrage gefunden werde. Die erbetene Unterstützung ist aber von der Gegenseite nicht gewährt worden. Auch ungebräuchliche Anforderungen hinsichtlich Bauart, Material und Ausführung sowie nachträgliche Änderungen an den ursprünglichen Plänen erschwerten die Fabrikation außerordentlich. Die Straflieferungen an landwirtschaftlichen Maschinen sind zum allergrößten Teil durchgeführt.

Saatgut.

In den Listen der Reparationskommission waren verlangt: 25 450 Tonnen Saatgetreide, 760 Tonnen Zuckerrübensamen, 300 Tonnen Futterrübensamen, 24 000 Tonnen Kartoffeln, 500 Tonnen Wiesensaaten, 20 Tonnen Kaffeezichorie, auf zwei bis drei Jahre verteilt. Zur Ablieferung sind bis Januar 1922 gelangt: 6 206 Tonnen Saatgetreide, 1030 Tonnen Zuckerrübensamen, 150 Tonnen Futterrübensamen, 1062 Tonnen Saatkartoffeln im Gesamtwert von rund 60 500 000 M. 1008 Tonnen Zuckerrübensamen und 760 Tonnen Saatgetreide kamen Anfangs Februar zum Versand.

Außerhalb der Listenanforderungen wurden geliefert: Auf Grund besonderer Abmachungen mit Frankreich und Belgien an Frankreich 5000 Tonnen Saathafer und 1500 Tonnen Saatgerste, ferner 900 Tonnen Zuckerrübensamen; an Belgien 50 Tonnen Saatgerste und 250 Tonnen Saathafer.

Die Kohlenlieferung.

Kohle.

227 Millionen Tonnen = eine halbe Jahresproduktion der Vereinigten Staaten.

Im Versailler Vertrag war ausgesprochen:

Deutschland liefert an Frankreich während der Dauer von 10 Jahren 7 Millionen Tonnen Kohle jährlich. (Teil VIII, Anlage V, § 2, 1. Absatz.)

Deutschland liefert an Belgien jährlich 8 Millionen Tonnen Kohlen, während der Dauer von 10 Jahren. (Teil VIII, Anlage V, § 3.)

Deutschland liefert an Italien:

Juli 1919 bis Juni 1920: $4^1/_2$ Millionen Tonnen Kohle
„ 1920 „ „ 1921: 6 „ „ „
„ 1921 „ „ 1922: $7^1/_2$ „ „ „
„ 1922 „ „ 1923: 8 „ „ „
„ 1923 „ „ 1924: $8^1/_2$ „ „ „

und während der nächsten 5 Jahre je $8^1/_2$ Millionen Tonnen Kohle. (Teil VIII, Anlage V, § 4.)

Deutschland liefert an Luxemburg, wenn die Wiedergutmachungskommission es verlangt, eine jährliche Menge Kohlen, die gleich der Jahresmenge deutscher Kohlen ist, wie sie Luxemburg vor dem Krieg verbraucht hat. (Teil VIII, Anlage V, § 5.)

Das sind also mit Ausnahme Luxemburgs 227 Millionen Tonnen, die Deutschland abliefern soll. Im Jahre 1914 betrug die Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten 458,5 Millionen Tonnen; Deutschland muß also, wichtiger Kohlengebiete beraubt, die Hälfte einer Jahresproduktion der gewaltigen Lager der Vereinigten Staaten abliefern. Im Jahre 1913 verbrauchte Deutschland 25 Millionen Tonnen Kohle für den Hausbrand; jetzt soll es jährlich 22,7 Millionen Tonnen abliefern; was für den Hausbrand bliebe, reicht nicht, um Millionen Deutscher vor grimmigster Kälte zu schützen.

Im Versailler Schlußprotokoll (29. August 1919) hat sich Deutschland freiwillig zu Kohlenlieferungen erklärt, soweit es seine zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen. Die Gegenseite aber erklärte, trotz deutschen Einspruchs, daß Deutschland eine bestimmte Lieferung zu machen habe, und zwar bis zum 30. April 1920 monatlich 1 600 000 Tonnen. Die Lieferung für Mai 1920 wurde von der Reparationskommission auf 1 925 000 Tonnen, für Juni 1920 auf 2 062 000 Tonnen, für Juli 1920 auf 2 175 000 Tonnen festgesetzt. Geliefert hat Deutschland in der Zeit von September 1919 bis Juli 1920: 8 807 161 Tonnen.

Im Juli 1920 setzte das Abkommen von Spa die Kohlenlieferungen bis Ende Januar 1921 auf monatlich 2 Millionen Tonnen fest. Nur in den ersten drei Monaten des Abkommens gelang Deutschland unter Zurücksetzung aller wirtschaftlichen Bedürfnisse die Lieferung.

Vom August 1920 bis zum Januar 1921 sind geliefert worden insgesamt: 11 300 000 Tonnen.

Ab Februar 1921 verlangte die Reparationskommission monatlich 2 200 000 Tonnen; sie erschwerte überdies die neue Auflage durch außerordentlich gesteigerte Anforderungen von hochwertigen Sorten. In einzelnen Sorten gingen die Anforderungen über die gesamte Produktion der Ruhrzechen hinaus.

Von Februar 1921 bis Mai 1921 wurden geliefert: 6 453 146 Tonnen. Ein erheblicher Teil des Ausfalls in Lieferungen in diesem Zeitraum ist auf die Empfangsmächte zurückzuführen. So verzichteten z. B. Frankreich und Belgien auf etwa 100 000 Tonnen Braunkohle. Die luxemburgischen Hütten führten im März 1921 große Koksmengen infolge langandauernden Streiks zurück.

Für die folgenden Monate verlangte die Reparationskommission zwischen 1,6 und 1,2 Millionen Tonnen monatlich; geliefert wurden von Juni 1921 bis August 1921: 4 428 341 Tonnen.

Ab September 1921 wurde das Mindestprogramm auf 1 700 000 Tonnen erhöht. Geliefert wurden von September bis Dezember 1921: 6 045 453 Tonnen.

Insgesamt sind also von September 1919 bis Dezember 1921 geliefert worden: 37 029 101 Tonnen.

Über Lieferungen Deutschlands im ersten halben Jahr 1922 liegt abschließendes Material noch nicht vor. Verlangt wurden zu Beginn des Jahres zunächst 2 Millionen, dann 1,82 Millionen, dann wieder 1,916 Millionen Tonnen. Im Sommer verlangte die deutsche Regierung die Herabsetzung des Liefersolls um 600 000 Tonnen. Sie begründete ihre Forderung mit dem Verlust von Oberschlesien und dem Rückgang der Ruhrkohlenförderung, die zusammen einen monatlichen Kohlenverlust von 3 325 000 Tonnen ergaben. Die Reparationskommission kam dem Verlangen nur zum geringen Teil nach; sie beschloß im Juli, daß Deutschland ab 1. August 1922 monatlich zu liefern habe: 1 725 000 Tonnen. In den letzten Monaten konnte jedoch Deutschland trotz größter Anstrengungen monatlich nicht mehr als 1,6 Millionen Tonnen liefern. Nun hat die Reparationskommission wiederum in einer Note verlangt, daß das Liefersoll auf 1 950 000 Tonnen monatlich festgesetzt werde. Ende Oktober hat die deutsche Regierung das Ersuchen an die Reparationskommission gerichtet, in mündlichen Verhandlungen die Unmöglichkeit dieser Lieferungen darzulegen. Die Reparationskommission hat jedoch dem deutschen berechtigten Ansuchen nicht Rechnung getragen. Sie hat letzten Endes aus der Nichterfüllung ihrer unmöglichen Forderungen eine Verfehlung Deutschlands konstruiert, die Poincaré den Vorwand zur Besetzung des Ruhrgebiets geliefert hat.

Nimmt man schätzungsweise die deutschen Lieferungen bis Oktober mit 17 Millionen

Tonnen, so hat Deutschland bis jetzt 54 Millionen Tonnen Kohle geliefert. Bis Ende März 1922 ist der Wert der Kohlenlieferung amtlich mit 987 619 017 Goldmark festgestellt worden. Dabei ist zu beachten, daß die Zwangslieferung an Kohle zum billigen deutschen Inlandspreis und nicht zum Weltmarktpreis berechnet wird. Gegenwert der Kohlenlieferung wird nicht bezahlt, nur Gutschrift auf die Kriegsentschädigung findet statt.

Kohlenüberfluss in Frankreich.

Deutschland kauft englische Kohle.

In der Zeit, in der Deutschland Industrie-, Eisenbahn- und Hausbrand nicht mit der notwendigen Kohle versorgen konnte, weil es zuviel abliefern mußte, herrschte in Frankreich Kohlenüberfluß. Im Dezember 1921 stand in Deutschland der Eisenbahnverkehr vor der Einstellung, der Betrieb der Hüttenwerke und die ganze Inlandsversorgung mußte gedrosselt werden, die Bevölkerung fror. Frankreich war aber bereits vom Herbst mit Kohlen auf 3 Monate hinaus bevorratet. Außerdem machte Frankreich Sondergewinne aus den deutschen Kohlenzwangslieferungen. Das geht aus einem Bericht des französischen Finanzministers de Lasteyrie in der Kammer hervor. Das „Journal des Charbonnages" vom 11. Januar 1922 gibt aus diesem Bericht folgende Ausführungen wieder: Die vom September 1919 bis September 1921 in Frankreich eingegangenen Brennstoffmengen belaufen sich auf 20 580 000 Tonnen und sind wie folgt verteilt worden: 6 273 300 Tonnen an die Eisenbahnen, 6 921 400 Tonnen an die Eisenwerke (davon 6 273 300 Tonnen an die Eisenbahnen, 6 921 400 Tonnen an die Eisenwerke (davon 586 700 Tonnen Feinkohlen und 6 334 700 Tonnen Koks), 6 790 600 Tonnen an verschiedene Industrien (davon 5 417 500 Tonnen Steinkohlen und 1 373 100 Tonnen Braunkohlen). Der Verkaufswert der an Frankreich in der Zeit vom September 1919 bis September 1921 eingegangenen R.-K.-Mengen beträgt 2 571 546 092.75 Franken, von denen bis Ende September 1921 2 320 534 409.78 Franken bezahlt sind, so daß die Außenstände an jenem Tage 251 011 682.97 Franken betrugen. Wenn man für alle Lieferungen (also auch für die Seelieferungen über belgische und holländische Häfen) den innerdeutschen Wert berechnet, den der französische Staat in seinen Büchern eingesetzt hat, obgleich das Wiesbadener Abkommen noch nicht in Kraft ist, so werden Deutschland für diese Lieferungen 960 Millionen Franken auf Rechnung der Wiederherstellung gutgeschrieben werden müssen. Der Unterschied ist bisher der Ausgleichskasse zugeführt und zur Auszahlung der für die Einfuhr fremder Kohlen und den Verbrauch von Koks bei den Hochöfen vorgesehenen Rückvergütung verwandt worden. Da der Preisausgleich seit dem 1. März 1921 abgeschafft ist, mußte der Gewinn künftig der französischen Schatzkasse zufallen.

Auch Belgien machte Geschäfte mit deutscher Reparationskohle. Bereits in einer Note vom 28. März 1921 hatte Deutschland der Reparationskommission und der belgischen Regierung in einer Note folgendes mitgeteilt: In der letzten Zeit haben in erheblichem Umfang Verkäufe von Reparationskohle durch die alliierten Empfangsländer stattgefunden. Es handelt sich dabei um sehr beträchtliche Mengen, mindestens 70 000 Tonnen. So sind von belgischer Seite von dem Comptoir belge pour la réparation des charbons allemands, also von offizieller Stelle, bis zum Anfang März etwa 20 bis 25 000 Tonnen in den Niederlanden verkauft worden, die zum Teil von Antwerpen aus geliefert wurden. Das gleiche Kontor hat ferner bis Anfang März etwa 10 000 Tonnen Braunkohlenbriketts nach den Niederlanden verkauft, wobei es die gleiche Menge monatlich auf unbestimmte Zeit angeboten hat. Außerdem sind durch das belgische Comptoir des charbonnières maritimes in Antwerpen deutsche Reparationskohlen frei Schiff Rotterdam, Duisburg oder Mannheim angeboten worden. Sämtliche Verkäufe und Angebote sind zu abnorm billigen Preisen erfolgt. In Rotterdam befanden sich Anfang März etwa 50 000 Tonnen Reparationskohlen unentladen in Kähnen. Die deutsche Regierung hat in der Note vom 6. Dezember vorvorigen Jahres durch Vermittlung der deutschen Kriegslastenkommission ihren grundsätzlichen Standpunkt wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland etwaigen Austauschgeschäften mit Reparationskohle zustimmen und an den daraus entstehenden Vorteilen beteiligt werden müsse. Noch

weit weniger als derartigen Austauschgeschäften entspricht der Verkauf von Reparationskohle dem Versailler Vertrag.

Die Note weist ausdrücklich darauf hin, daß die Reparationskohlen der Wirtschaft der beteiligten Mächte zugute kommen sollen, nicht etwa sollen sie es ihnen ermöglichen, damit Handelsgeschäfte zu treiben.

Um die Lieferung an die Reparationskommission durchführen zu können, hat Deutschland seinerseits englische Kohle kaufen müssen.

Im Oktober 1922 hat die Reichsregierung amtlich der Reparationskommission die Bestände der Reichseisenbahn, der Gas- und der Elektrizitätswerke an Kohlen mitgeteilt:

Die Bestände der Reichseisenbahn waren am

30. 6. 1922	auf	730 096 Tonnen für 16 Tage,
31. 7. 1922	auf	824 472 Tonnen für 18 Tage,
31. 8. 1922	auf	1 022 192 Tonnen für 23 Tage.

In demselben Zeitraum hat die Reichseisenbahn große Mengen englischer Kohle angekauft:

bis 30. 6. 1922	666 300 Tonnen
bis 31. 7. 1922	1293 800 „
bis 31. 8. 1922	1890 650 „

Die Bezüge englischer Kohle, die als Vorrat für den Winter eingekauft waren, sind, wie diese Zahlen ergeben, größer als die Bestände der Eisenbahn. Daraus geht hervor, daß die inländischen Zufuhren nicht einmal den normalen Sommerverbrauch haben decken können und daß hierfür sogar die als Winterreserve gedachte englische Kohle hat angegriffen werden müssen. Bestände an inländischen Kohlen hat somit die Eisenbahn überhaupt nicht.

Die Zahlen für die Bestände der Gaswerke sind:

am 30. 7. 1922	389 028 Tonnen
am 31. 7. 1922	366 749 „
am 31. 0. 1922	470 164 „

Bis zum 31. August 1922 hatten die Gaswerke rund 487 000 Tonnen ausländische Kohle bezogen, also mehr als ihr Bestand am 31. August war. Auch hier das gleiche Bild wie bei der Eisenbahn.

Die Elektrizitätswerke hatten einen Bestand

Ende Juni 1922 von	375 354 Tonnen
Ende Juli 1922 von	357 637 „
Ende August 1922 von	457 619 „

An ausländischen Kohlen haben die Elektrizitätswerke in dem Zeitraum vom 1. Januar bis 31. August 1922 bezogen 208 400 Tonnen außer den von den süddeutschen Werken bezogenen Saarkohlen, über die Zahlen noch nicht vorlagen.

Diese Zahlen ergeben mit erschreckender Deutlichkeit, daß der notwendigste Inlandsbedarf Deutschlands schon im Sommer 1922 nicht mehr durch inländische Zufuhr an Kohlen hat gedeckt werden können, weil die Kohlenproduktion in einer auf die Bedürfnisse des Landes nicht im geringsten Rücksicht nehmenden Weise zu Reparationslieferungen hat verwendet werden müssen. Deutschland war gezwungen, monatlich 8 bis 9 Millionen Goldmark für englische Kohle auszugeben. Angesichts des Sturzes der Mark ist das weiterhin nicht möglich. Trotzdem stand Deutschland Ende Oktober vor der Tatsache, daß die bisherigen Kohlenforderungen nicht herabgesetzt, sondern sogar auf 1 950 000 Tonnen monatlich erhöht worden sind. Das bedeutet, daß bei der trostlosen Lage Deutschlands Millionen Deutscher im gegenwärtigen Winter nicht nur dem Hunger, sondern auch der Kälte ausgesetzt sind.

Kohlen-Nebenprodukte.

105 000 Tonnen Benzol soll Deutschland liefern.

Nach dem Versailler Vertrag muß Deutschland 3 Jahre lang je 35 000 Tonnen Benzol abliefern. Obwohl nachgewiesen worden ist, daß Deutschland nicht einmal in der Lage ist, seinen lebenswichtigen Inlandsbedarf an Benzol aus seiner Erzeugung zu decken, so daß jede Ausfuhr von Benzol durch Einfuhr von Benzin zu einem etwa

doppelt so hohen Preis ausgeglichen werden muß, setzte die Reparationskommission zu Anfang des Jahres 1921 den Lieferungsbeginn in der vollen Pflichthöhe von etwa monat-3000 Tonnen auf den 1. Februar 1921 fest. Bis zum 1. Mai 1922 sind geliefert worden 40 000 Tonnen. Im Juli und August 1921 hatten sich Rückstände in den Lieferungen ergeben, die auf ungenügende Abrufe Frankreichs, anscheinend durch Übersättigung Frankreichs mit Benzol, zurückzuführen sind.

Steinkohlenteer und schwefelsaures Ammoniak.

Drei Jahre lang muß Deutschland je 50 000 Tonnen Steinkohlenteer und Teererzeugnisse liefern, je 30 000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak. Ein Abruf zur Lieferung von Teerprodukten seitens Frankreichs ist bisher nicht erfolgt. An schwefelsaurem Ammoniak sind bis zum 1. Mai 1922 geliefert worden: 60 000 Tonnen.

Nach amtlicher Feststellung betrug der Wert der bis Ende März 1922 gelieferten Kohlennebenprodukte 21 552 479 Goldmark.

Wieviel Milliarden soll Deutschland in Gold zahlen?

Gold.

Der Versailler Vertrag setzte nicht die endgültige Kriegsentschädigung fest. Er überließ der Reparationskommission die Festsetzung und verlangte in Anrechnung auf die endgültige Summe, daß Deutschland 1919, 1920 und in den ersten vier Monaten 1921 (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren usw.) 20 Milliarden Goldmark bezahle. Erst am 29. Januar 1921 fiel das Damoklesschwert der Ungewißheit auf Deutschland nieder: in der Pariser Konferenz der Alliierten wurde Deutschland eine Kriegsentschädigung von 226 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten, auferlegt. Zu den festgesetzten Jahresraten hinzu sollte Deutschland noch während der 42 Jahre 12 v. H. des Goldwertes seiner Ausfuhr zahlen. Die Londoner Konferenz, auf der Deutschland die Erfüllung dieser Forderungen als unmöglich bezeichnet und Gegenvorschläge unterbreitet hatte, wurde von den Alliierten, die die deutschen Gegenvorschläge als unzureichend bezeichneten, am 7. März 1921 abgebrochen. Gegenüber Deutschland traten Strafmaßnahmen ein. Bereits am 8. März besetzten Franzosen, Engländer und Belgier Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort; die deutschen Zolleinkünfte an der Westgrenze wurden beschlagnahmt. 50% aus dem Erlös der deutschen Einfuhr nach den alliierten Ländern wurden einbehalten; am Rhein wurde eine Zollgrenze errichtet. Das wehrlose Deutschland bat in seiner Not am 20. April 1921 den Präsidenten der Vereinigten Staaten um Vermittlung. Harding bot seine guten Dienste an; Deutschland übermittelte am 24. April zu seinen Händen die neuen Vorschläge; es bot in Annuitäten 200 Milliarden Goldmark an. Lloyd George lehnte am 28. April auch dieses Angebot ab. Am gleichen Tage setzte die Reparationskommission die Zahlungsverpflichtung Deutschlands mit 132 Milliarden Goldmark fest[1]).

Diese Summe von 132 Milliarden lag auch dem sechstägigen Ultimatum zugrunde, das die Entente am 5. Mai 1921 an Deutschland überreichte. Bei Nichtannahme des Ultimatums wurde mit der Besetzung des Ruhrgebiets und mit „allen anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande" gedroht. Deutschland mußte für 132 Milliarden Schuldverschreibungen ausstellen, innerhalb 25 Tagen 1 Milliarde Gold bezahlen und sich verpflichten, jährlich 2 Milliarden Goldmark, dazu 26 v. H. des Wertes seiner Ausfuhr zu bezahlen.

Von den 132 Milliarden sollten abgezogen werden der bereits auf Reparationskonto durch Vorleistungen (Handelsflotte usw.) gebuchte Betrag, sowie die Summe, welche „von Zeit zu Zeit Deutschland hinsichtlich des Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten usw. gutgebracht werden können". Die Verpflichtung zu weiterer Sachlieferung bleibt aufrechterhalten.

Deutschland nahm unter dem Druck einer Regierungskrise am 10. Mai abends das

[1]) Das bedeutet einen Annuitätenwert von 287 Milliarden gegenüber einem deutschen Volksvermögen von 200 Milliarden.

Ultimatum mit dem sogenannten Londoner Zahlungsplan an, das noch andere drückende Bestimmungen, wie z. B. die vollständige Entwaffnung, Aburteilung der „Kriegsverbrecher", enthalten hatte.

Die innerhalb 25 Tagen verlangte Goldmilliarde wurde bezahlt, ein Teil davon — 150 Millionen — ging auf Verlangen der Reparationskommission in Dollars an die Federal Reserve Bank in Neuyork.

Für die weitere Zahlung und Einlösung der Schuldverschreibungen verlangte die Reparationskommission zur Sicherheit die Verschreibung aller deutschen See- und Landzölle, der Erträgnisse der Abgabe von 26 v. H. auf den Wert aller Ausfuhr, der Erträgnisse der direkten und indirekten Steuern. Zur Überwachung der deutschen Zahlungen wurde ein Garantiekomitee eingesetzt. Deutschland wurde ferner verpflichtet, auf Verlangen bestimmtes Material und bestimmte Arbeit zu leisten[1]).

Die verlangte jährliche Zahlung von 2 Milliarden erhöht sich durch die 26%ige Abgabe vom Werte der Ausfuhr schätzungsweise auf über 3 Milliarden. Die 2 Milliarden mußten in Vierteljahresraten abgeliefert werden am 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober. Die Erträgnisse der Ausfuhrabgabe am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November und zwar an das Garantiekomitee.

Am 31. August 1921 ist wieder eine Goldmilliarde bezahlt worden. Der nächste Zahlungstermin war der 15. November; die an diesem Tage fällige Zahlung (26% vom Wert der deutschen Ausfuhr) von 250 Goldmillionen war durch Sachleistungen im Betrag von 262 745 600 Goldmark gedeckt. Die nächsten Raten waren fällig am 15. Januar 1922 (ein Viertel der jährlichen 2 Milliardenzahlung = 500 Millionen Gold) und am 15. Februar 1922 (die vom Garantiekomitee mit 250 Millionen Goldmark festgelegte Quartalsrate der 26% unseres Ausfuhrwertes). Ohne Kredite im Ausland war es, wie sich schon im November 1921 zeigte, Deutschland unmöglich, diese Raten noch aufzubringen; ein Kreditfühler des deutschen Reichsbankpräsidenten wurde jedoch Anfang Dezember von der Bank von England abgelehnt. Am 14. Dezember ersuchte die Reichsregierung bei der Reparationskommission um Stundung des nicht aufbringbaren Teiles der Januar- und Februarrate: zu der am 15. Januar fälligen Rate fehlten am 10. Januar noch 290 758 112 Goldmark, für die Deckung der Februarrate wäre höchstens das Aufkommen aus den German Reparations (Recovery act[2])) in Anrechnung gekommen, das bis zum 10. Januar 1922 etwa 33,6 Millionen Goldmark ausmachte.

Eine Konferenz des Obersten Rates der Entente in Cannes sollte im Januar 1922 grundsätzlich über das deutsche Stundungsgesuch entscheiden, ging jedoch am 13. Januar infolge des Rücktritts Briands vorläufig zu Ende und beschloß eine vorläufige Verzugsfrist für den Rest der Raten vom 15. Januar und 15. Februar. Während der Verzugsfrist mußte Deutschland (ab 18. Januar) alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark zahlen. Deutschland wurde aufgefordert, seinerseits einen Zahlungsplan vorzulegen. Das geschah am 28. Januar. Am 21. März antwortete die Reparationskommission und traf die Entscheidung, daß Deutschland 1922 zu zahlen habe 720 Goldmillionen bar und 1450 Goldmillionen in Sachleistungen. Deutschland wurde verpflichtet, 60 Milliarden Steuern aufzubringen; Finanzkontrolle wurde angedroht. Am 15. April sollten 18 051 079 Goldmark, am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September, 15. Oktober 50 Millionen Goldmark, am 15. November und 15. Dezember je 60 Millionen Goldmark bezahlt werden.

Nach dem Cannes-Plan sind bezahlt worden 8 Raten zu je 31 Millionen Goldmark; ab 15. April begann die Zahlung nach dem Plan vom 21. März; es wurden noch geleistet die Raten vom 15. Mai und 13. Juni mit je 50 Millionen.

Am 12. Juli war die deutsche Regierung wiederum gezwungen, in Anbetracht des Marksturzes um Stundung der Restzahlungen für 1922, sowie um Befreiung von Zah-

---

[1]) Neben den Zahlungsforderungen aus den 132 Milliarden läuft ein weiterer Zahlungsplan, der aus dem Clearingverfahren. Durch Clearingämter (Ausgleichsämter) werden die Schulden der gegenseitigen Staatsangehörigen abgeglichen; wenn alliierte Forderungen deutsche übersteigen, muß Deutschland sofort in Gold bezahlen. Näheres über diese Ausgleichszahlungen siehe Seite 347.

[2]) Zwangsabgabe von 26% auf den Wert der deutschen Einfuhr in England.

lungen für 1923 und 1924 (aus dem Londoner Zahlungsplan) zu ersuchen, für die am 15. Juni fällige Zahlung standen nur 32 Millionen zur Verfügung. Die Reparationskommission entschied, daß die Zahlung vom 15. Juli mit den 32 Millionen gedeckt sein sollen, verschiedene Kredite zugunsten Deutschlands dazu kämen; die 32 Millionen mußten am 15. Juli bezahlt werden.

Über das Stundungsgesuch hat die Reparationskommission erst am 31. August Beschluß gefaßt in dem Sinn, daß ein eigentliches Moratorium nicht gewährt wird, daß jedoch Deutschland für die am 15. August, 15. September, ferner für die zwischen 15. Oktober und 15. Dezember fällig werdenden Zahlungen Schatzwechsel an Belgien ausstellt.

Am 25. September hat Deutschland der Reparationskommission an Stelle der Zahlungen für 15. August und 15. September 10 Wechsel im Gesamtbetrag von 96 Millionen Goldmark übergeben. An Stelle der Zahlungen für den 15. Oktober sind an diesem Tage der Reparationskommission Goldschatzwechsel übergeben worden, die unter Berücksichtigung der Deutschland aus anderen Lieferungen zu machenden Gutschriften auf 47,5 Millionen Goldmark lauten. Insgesamt sind Wechsel in der Höhe von 270 Millionen ausgestellt worden. Gemäß einem Abkommen der Reichsbank mit der Bank von England, welch letztere die Wechsel diskontiert hat, muß Deutschland zur Abdeckung dieser Wechsel jeden Monat (vom 15. September 1922 ab) bis zum 15. Februar 1924 in Devisen 15 Millionen Goldmark bereitstellen.

Bei einem Dollarstand von 20 000 Papiermark kann Deutschland weder Zahlungen noch Sachlieferungen mehr leisten, es kann nicht einmal mehr das zur Ernährung des seiner wichtigsten Produktionsgebiete beraubten Reiches notwendige Brotgetreide aus dem Ausland beschaffen. Der drohende Winter warf seine Schatten voraus: die bolschewistischen Fühler wurden bereits ausgestreckt. Im Herbst schrieb die Pariser kommunistische „Humanité", daß das deutsche Proletariat Mitte November vor wichtigen Entscheidungen stehe; das französische Proletariat blicke gespannt nach Hamburg, Berlin und München; es werde wissen, was es zu tun habe. — Die Anspielung ist sehr deutlich; denn im November 1918 begann die Revolution in Deutschland und jetzt glaubt der Bolschewismus vollends erreichen zu können, was ihm damals nicht gelang. Die inzwischen eingetretene Besetzung des Ruhrgebiets soll wie jeder Blick in die deutsche und französische kommunistische Presse beweist, die bolschewistische Revolution in Gang bringen.

Welche weiteren Milliardenbeträge soll Deutschland leisten?

Die Ausgleichszahlungen.

Neben der Zahlung von 132 Milliarden Goldmark nach dem Londoner Zahlungsplan muß Deutschland, abgesehen von Milliarden für die Besatzung [1]), weitere Milliarden im Ausgleichsverfahren, im sogenannten Clearingverfahren, bezahlen. Das ist die gegenseitige Abrechnung der Schulden und Guthaben, die die Staatsangehörigen von anderen Staaten vor dem Krieg in anderen Staaten hatten. Am Ausgleichsverfahren sind beteiligt England, Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland, Siam und Haiti. Das Ausgleichsverfahren basiert auf Art. 296 des Versailler Vertrags. Bis Ende 1920 hat Deutschland im Ausgleichsverfahren bezahlt 164 000 000 Goldmark, bis Ende 1921 weitere 304 000 000 Goldmark, bis 1. Juni 1922 weitere 120 000 000 Goldmark und nach dem 1. Juli 1922 weitere 10 000 000 Goldmark, insgesamt also bis Ende Oktober 598 000 000 Goldmark.

Am 10. Juni 1921 war in London zwischen dem Deutschen Reich und den am Ausgleichsverfahren beteiligten Staaten (mit Ausnahme Haitis) ein Abkommen geschlossen worden, wonach Deutschland für jeden Monat, in dem einer oder mehrere der beteiligten Staaten ihm gegenüber ein Aktivsaldo aufzuweisen haben, bis zum 15. des folgenden Monats 2 Millionen Pfund Sterling bezahlt.

Im Juli 1922 sah sich Deutschland vor die Unmöglichkeit gestellt, die weiteren Re-

[1]) Siehe Seite 335.

parationszahlungen zu erfüllen; es erfolgte am 12. Juli das Stundungsgesuch für diese Zahlungen, gleichzeitig aber auch die Ankündigung eines Herabsetzungsgesuches für die Ausgleichszahlungen. Am 14. Juli ersuchte die deutsche Regierung in einer Note an die beteiligten Staaten um Herabsetzung der (nach dem Londoner Abkommen vom 10. Juni 1921) monatlich zu leistenden 2 Millionen Pfund auf monatlich 500 000 Pfund Sterling. Frankreich lehnte das Ansuchen am 26. Juli 1922 ab, verlangte binnen 10 Tagen die Zusicherung, daß Deutschland auch weiterhin jeden Monat 2 Millionen Pfund bezahle; für den Nichtzahlungsfall sei „eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen" getroffen. Deutschland antwortete am 1. August, daß Frankreich hier allein die Entscheidung nicht habe, da noch andere Mächte in Betracht kämen, mit denen das Abkommen vom 10. Juli 1921 geschlossen worden sei. Am gleichen Tage — 1. August 1922 — antwortete Frankreich mit einem Ultimatum Poincarés, befristet bis zum 5. August mittags; es bestand für sich allein, ohne daß die anderen Mächte gesprochen hatten, auf der monatlichen Ausgleichszahlung von 2 Millionen Pfund. Die angedrohten Zwangsmaßnahmen würden am 5. August in Kraft treten. Am 5 August teilte Deutschland an Frankreich mit, daß England am 26. Juli auf das deutsche Ersuchen vom 14. Juli geantwortet habe, daß es die Ausgleichsfrage mit den anderen beteiligten Mächten erörtern wolle; ebenso habe Belgien geantwortet; Deutschland erklärte sich bereit, im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit Ausgleichszahlungen zu leisten. Frankreich antwortete am gleichen Tag, daß es als „Retorsionsmaßnahmen" bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Ausgleichsforderungen aufheben werde; jede weitere Zahlung von Entschädigungen aus dem Liquidationsverfahren (Verkauf von Eigentum deutscher Staatsangehöriger) werde unterbleiben.

Die Angelegenheit führte zu einer Konferenz in London, auf der Poincaré u. a. verlangte: Die Wiederherstellung der mit den Londoner Sanktionen vom 8. März 1921 errichteten, im Herbst 1921 wieder aufgehobenen Zollgrenze am Rhein; Sonderversteuerung der Ruhrkohle zugunsten der Reparationskasse; Kontrolle der Einnahmen aus staatlichen Bergwerken und Wäldern; Zurverfügungstellung der Staatswaldungen auf dem linken Rheinufer an die Alliierten; Beteiligung an der deutschen Industrie. Die Konferenz scheiterte am 14. August an dem Widerstand Frankreichs gegen ein von Lloyd George vorgeschlagenes vorläufiges Moratorium von 2 Monaten.

Die Entscheidung lag nun bei der Reparationskommission; diese verschob aber die Beschlußfassung. Deutschland bezahlte dann, entsprechend seinem Angebot vom 14. Juli, als Ausgleichsrate am 15. August 500 000 Pfund Sterling. Der Rest von 1 500 000 Pfund wurde durch „gemeinsame Antwort der Alliierten", welche die englische Regierung der deutschen am 17. August mitteilte, bis 15. September gestundet. Die deutsche Regierung konnte am 15. September aber nur 500 000 Pfund zur Verfügung stellen; sie erklärte, der verbleibende Restbetrag der Ausgleichsrate vom 15. August werde den Alliierten übermittelt werden, sobald es die Verhältnisse gestatten.

Am 21. Oktober ist zwischen Deutschland und den alliierten Ausgleichsämtern folgendes Abkommen über die weitere Regelung der Ausgleichszahlungen getroffen worden:

Deutschland ist bis zum 10. Juli 1923 von sämtlichen Bezahlungen im Ausgleichsverfahren befreit. Zur Begleichung der noch ungedeckten deutschen Debetsalden, deren Umfang vorläufig im Wege des Kompromisses auf 24,2 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, verpflichtet sich die deutsche Regierung, Schatzanweisungen in Höhe dieses Gesamtbetrages auszustellen, die vom 10. Juli 1923 an bis zum 10. Oktober 1928 in monatlich 300 000 Pfund betragenden, allmählich bis auf 500 000 Pfuud ansteigenden Raten fällig sind. Die Schatzanweisungen werden bei der Reichsbank hinterlegt, die als Treuhänder der alliierten Ausgleichsämter die Beträge bei Fälligkeit einzieht. Stellt sich im weiteren Verlauf des Ausgleichsverfahrens heraus, daß der deutsche Gesamtdebetsaldo den Betrag von 24,2 Millionen Pfund übersteigt, so werden über den Restbetrag weitere Schatzanweisungen ausgegeben, die vom 10. November 1928 ab in Monatsraten von 500 000 Pfund fällig sind. Erweist sich dagegen der Gesamtbetrag des deutschen Debets als geringer, so würden die zu seiner Deckung nicht erforderlichen Schatzanweisungen Deutschland zurückgegeben und etwa zu viel geleistete Barzahlungen bar zurückerstattet.

Deutschland hat bereits mehr geleistet als im Londoner Zahlungsplan verlangt wurde.

Über die Leistungen Deutschlands bis Mitte 1922 gibt eine auf Grund amtlichen Materials in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 367 vom 23. August) erfolgte Zusammenstellung Aufschluß:

Direkte Leistungen:

I. Vor- und Sachleistungen:

	in Goldmark
1. Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten	5 400 000 000
2. Handelsflotte ohne Amerikaschiffe	4 400 000 000
3. Rücklaßgüter	1 800 000 000
4. Rollendes Eisenbahnmaterial u. Ersatzteile, ferner Eisenbahnwagenpark in den Abtretungsgebieten	1 501 000 000
5. Saargruben	1 000 000 000
6. Industrielle Maschinen für den Wiederaufbau	871 000 000
7. Kohlen, Koks und Nebenprodukte	692 000 000
8. Tiere	299 000 000
9. Binnenschiffe, Hafenmaterial, 5 Eisenbahnschiffsbrückenüber den Rhein, Überseekabel	218 000 000
10. Bergverwaltung, Farbstoffe, Schrotterlöse, landwirtschaftliche Maschinen und Aktien der Marokkanischen Staatsbank	132 000 000
Summe I: Goldmark	16 313 000 000

II. Barleistungen.

1. Bis 31. Mai 1921:		
Devisen	150 000 000	
Gold der Reichsbank	68 000 000	
Kredite	270 000 000	488 000 000
2. Bis 31. August 1921:		
Goldankauf	15 000 000	
Silberlombard	58 000 000	
Devisen	439 000 000	
Außerdem	87 000 000	599 000 000
3. 8 Raten zu 31 Millionen Mark		248 000 000
4. 3 Raten zu 50 Millionen Mark		150 000 000
5. 1. Rate zu 33 Millionen Mark		33 000 000
6. 26% aus dem Recovery Act bis 31. Dezember 1921		36 100 000
do. bis 1. Juni 1922		41 300 000
7. Ausgleichsverfahren:		
bis Ende 1920	164 000 000	
bis Ende 1921	304 000 000	
bis 1. Juni 1922	120 000 000	
nach dem 1. Juni	10 000 000	598 000 000
Summe II: Goldmark		2 193 470 000

III. Interne Besatzungskosten 14 Milliarden Papiermark IV. Auslandsschäden 815 Milliarden Papiermark V. Kolonialschäden 260 Milliarden Papiermark	1 036 500 000
VI. Verlust der deutschen Ansprüche an unsere Kriegsverbündeten	7 000 000 000
VII. Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland	11 700 000 000
Insgesamt: Goldmark	38 242 970 000

Indirekte Leistungen:

1. Dauernder Verlust der landwirtschaftlichen und industriellen Produktivkraft unserer Kolonien, Elsaß-Lothringens, des Saargebiets, Schleswigs, des polnischen Teils Oberschlesiens, Westpreußens, Posens, Danzigs und des Memelgebiets.

2. Dauernder Verlust dieser Gebiete als zollfreie Absatzgebiete für deutsche Waren.

3. Dauernder Verlust an deutschem Volksvermögen durch die zwangsweise Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials, der Kriegsflotte, der Luftschiffe und Flugzeuge, Waffen und Munition, Funkenstationen usw.

4. Dauernde Verluste durch den Aufkauf deutscher Wertpapiere, besonders Aktien, deutschen Grundbesitzes, deutscher Mobilien durch Ausländer. Für diese Objekte verbleibt zwar die Kaufsumme dem Inland. Bei den Aktien z. B. müssen aber dauernd große Dividendensummen ins Ausland abgegeben werden.

5. Dauernde Verluste durch den systematischen Ausverkauf Deutschlands durch Ausländer, die in Deutschland Waren aller Art kaufen und Lebens- und Genußmittel konsumieren, und auch, indem sie unverhältnismäßig wenig eigenes Geld hingeben, ihren Anteil an der Reparationssumme ihres Heimatlandes selbst aneignen.

6. Dauernde Verluste durch die Verminderung der deutschen Produktiv- und Konsumtivkraft infolge der gewaltig angezogenen Steuerschraube, deren Erträgnisse zu einem großen Teile für die gänzlich unproduktiven Zwecke der Reparationszahlungen und der Sachleistungen aufgebraucht werden.

7. Laufende Verluste an Volkseinkommen durch die Notwendigkeit, infolge der Wegnahme der Handelsflotte Frachten für die Beförderung deutscher Waren an ausländische Reedereien zahlen zu müssen.

8. Laufende Verluste durch die Behinderung der freien Erwerbstätigkeit, Auferlegung von Sonderlasten, Beschlagnahme von Wohnungen, Bureau- und Geschäftsräumen, sowie Material durch die fremden Besatzungsarmeen.

9. Laufende Verluste, die die deutschen Besitzer von Rentenkapital (Aktien, Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Obligationen, Hypotheken usw.) in großem Umfange erleiden, infolge der dauernden Wertverminderung des Kapitals und der Zinserträge bei einhaltender Verschlechterung der deutschen Mark, die ihrerseits wieder die Folge der unsinnigen Reparationsverpflichtungen ist.

Diese indirekten Leistungen sind, wenn man sie auch zunächst in Geldsummen nicht abschätzen kann, viel umfassender als die zahlenmäßig erfaßbaren Barzahlungen und Sachleistungen aus dem Versailler Vertrag, so daß durch beide Leistungsgruppen die im Londoner Zahlungsplan mit 132 Milliarden Goldmark festgesetzte deutsche Reparationsschuld schon längst getilgt ist.

Trotz allem blieb Deutschland unter dem ständigen Druck weiterer unmöglicher Zahlungsverpflichtungen.

Was bedeuten 132 Goldmilliarden?

132 Milliarden Goldmark sind nach dem Londoner Zahlungsplan von Deutschland verlangt.

Für 132 Goldmilliarden hätte Deutschland nach dem Vorkriegsstand 66 Jahre lang seinen ganzen Bedarf an Brotgetreide decken können. Für 132 Goldmilliarden konnte man nach dem Vorkriegsstand 132 Städte bauen für je 50 000 Einwohner.

Wie ist der einzelne Deutsche mit Kriegsentschädigung und Steuern belastet?

Auf jedem Neugeborenen lastet in Deutschland eine Kriegsentschädigung von 4763,5 Goldmark nach dem Goldwert vom 31. Dezember 1922 gleich 4 763 500 Papiermark.

An direkten Steuern trafen in Deutschland 1913 auf den Kopf der Bevölkerung 32,8 M.; 1920 war die Ziffer bereits 452,6 M., das bedeutet eine Steigerung von 1379%. In England stieg in der gleichen Zeit die direkte Steuerbelastung um 977% (von 32 Sh. 3 d. auf 303 Sh.), in Italien um 346% (von 12 Sh 6 d. auf 43 Sh. 3 d.), in Frankreich um 348% (von 13 Sh. 6 d. auf 47 Sh.).

Anfang 1922 ergab ein Vergleich zwischen Steuerbelastung in Deutschland, England und Frankreich folgendes Bild:

In Deutschland zahlt ein unverheirateter Steuerpflichtiger, der ein Einkommen von 30 000 M. aus Lohn oder Gehalt bezieht, 2220 M. Steuern, d. h. die Belastung seines Einkommens allein durch die Einkommensteuer beträgt 7,4 v. H. Rechnet man dieses Einkommen unter Berücksichtigung des Entwertungsfaktors in Franken bzw. Schillinge um, so ergibt sich, daß eine Person mit einem Einkommen gleicher innerer Kaufkraft in Frankreich und England keine Einkommensteuer zu zahlen haben würde. Bei einem Arbeitseinkommen von 100 000 M. wäre, falls der Steuerpflichtige unverheiratet und über 30 Jahre alt ist, in Deutschland eine Steuer von 15 500 M., in Frankreich bzw. England von einem Einkommen mit gleicher innerer Kaufkraft 1110 Frs., bzw. 945 Sh. zu entrichten, d. h. die Belastung beträgt in Deutschland 15,5 v. H., in Frankreich 5,5 v. H. und in England 10,5 v. H. Man nimmt an, daß der Steuerpflichtige verheiratet ist und zwei Kinder hat, so würde sich die Steuer in Deutschland auf 14780 M., in Frankreich auf 809 Frs. und in England auf 351 Sh. ermäßigen, d. h. die prozentuale Belastung würde in Deutschland 14,78, in Frankreich 4,05 und in England 3,90 betragen. Stellt man die Belastung des Unternehmergewinnes in den drei Ländern gegenüber, so ergibt sich, daß ein unverheirateter Unternehmer bei einem Einkommen von 1 000 000 M. in Deutschland 385 000 M. Einkommensteuer zu entrichten hat, während bei einem entsprechenden Einkommen in Frankreich 50 745 Frs., in England 30 065 Sh. zu zahlen wären, d. h. die Belastung beträgt in Deutschland 38,55 v. H., in Frankreich 25,37 v. H. und in England 33,41 v. H. Nimmt man an, daß der Steuerpflichtige verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, so beträgt die Belastung in Prozenten in Deutschland ebenfalls 38,55, während sie sich in Frankreich auf 20,15 und in England auf 32,39 ermäßigt.

Deutschland ist also am höchsten mit Steuern belastet. Die Verhältnisse haben sich seit Anfang 1922 noch zu Ungunsten Deutschlands verändert. Im Voranschlag für 1922 sind die Ausgaben des Deutschen Reiches auf 266 Milliarden berechnet (davon nach dem Stande vom April 1922 rund 226,5 Milliarden Papiermark zur Erfüllung des Versailler Vertrags). Zur Erfüllung dieser Lasten mußten die Steuern ins unendliche geschraubt werden. Zu allem hat die Reparationskommission am 31. März 1922 eine nochmalige Auferlegung von Steuern auf das deutsche Volk in der Höhe von 60 Milliarden verlangt. Wundert sich die Welt, wenn ein Volk unter solchen Lasten zusammenbricht?

Wieviel Handelsschiffsraum hat Deutschland abliefern müssen?

Die Welthandelstonnage.

Deutschlands Handelsflotte hatte vor dem Krieg einen Bestand von 5,4 Millionen B.-Reg.-Tonnen. Davon gingen durch Kriegsmaßnahmen 2,7 Millionen Br.-Reg.-Tonnen verloren, der Rest mußte bis auf etwa 400 000 Br.-Reg.-Tonnen ausgeliefert werden, wofür der deutschen Regierung auf Reparationskonto 740 Millionen Goldmark gutgeschrieben wurden; der tatsächliche Wert der im Krieg vernichteten und auf Grund des Friedensvertrags ausgelieferten deutschen Schiffe betrug aber 1,5—1,6 Milliarden Goldmark.

Der Versailler Vertrag hat von Deutschland verlangt alle Handelsschiffe über 1600 Tonnen, die Hälfte der kleinen Schiffe (von 1000—1600 Tonnen) und ein Viertel der Fischdampfer (unter 1000 Tonnen). Von allen auf deutschen Werften neu zu bauenden Schiffen erhielten die Alliierten das Recht, uns zwei Jahre lang bis zu 200 000 Tonnen abzuverlangen. Die sechs bei Inkrafttreten des Versailler Vertrags in deutschen Häfen befindlichen Segler mit 13 993 Br.-Reg.-Tonnen sind abgeliefert, ebenso die 52 Südamerikasegler (128 000 Tonnen) und die 12 Mexikosegler (37 000 Tonnen), die in Süd- und Mittelamerika gelegen waren. Ebenso wurden 32 Dampfer (mit rund 168 000 Br.-Reg.-Tonnen) verlangt, die in Südamerika gelegen waren. Die beiden einzigen deutschen Kabeldampfer sind ebenfalls ausgeliefert worden.

Nach der Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow wurde Deutschland gezwungen, als „Sühne“ folgendes Hafenmaterial abzuliefern:

Docks rund 220 000 Tonnen; Bagger rund 27 000 Tonnen; Krähne rund 2 500 Tonnen; Schlepper rund 3000 Tonnen; Schiffsbaumaterial rund 15 000 Tonnen; ein Öltankdampfer 8000 Tonnen; ein Ölleichter 1200 Tonnen.

Für die Binnenschiffahrt mußten geliefert werden: an Frankreich Ersatz für 540 000 Tonnen Flußschiffahrtsraum; an Belgien 295 000 Tonnen Flußschiffsraum, an Italien 17 245 Tonnen gewöhnlicher Flußfahrzeuge, 1 852 PS. Personendampfer, 360 PS. Schleppdampfer und 108 PS. Bagger.

Deutschland konnte mit dem Rest, der ihm nach Versailles verblieben war, keinen Handel mehr treiben, um die notwendigsten Rohprodukte hereinzubekommen. Es mußte fremden Schiffsraum chartern zu gewaltig hohen Preisen. Inzwischen verfaulten die abgelieferten Schiffe zu Hunderten in den Häfen der Alliierten, weil keine Verwendung für sie bestand, da in den letzten Kriegsjahren umfangreiche Neubauten, besonders in Amerika und Japan, durchgeführt worden waren.

Deutschland war mit dem Versailler Vertrag von der zweiten Stelle, die es (nach England) unter den seefahrenden Völkern eingenommen hatte, auf die 13. herabgedrückt worden. Deutscher Fleiß und deutsche Energie haben es jedoch erreicht, Deutschland im Herbst 1922 wieder an die achte Stelle zu rücken.

Der Schiffsbestand der Welt ist in den letzten acht Jahren trotz der Kriegsverluste um 31,1% oder um 15,3 Millionen Br.-Reg.-Tonnen gestiegen. Im Krieg gingen über 5800 Fahrzeuge mit 13,2 Millionen Tonnen verloren. 1914 waren 30 836 Schiffseinheiten vorhanden, die sich um 3099 oder 10% vermehrt haben. Die Vermehrung der Räume betrug von Mitte 1921 bis Mitte 1922 2,9%. Nach wie vor steht die britische Handelsflotte an der Spitze mit 11 221 Schiffen von über 100 Tonnen mit über 22 Millionen Tonnen. Ihr nahegerückt ist die der Vereinigten Staaten mit 5480 Einheiten und über 17 Millionen Tonnen. An dritter Stelle steht Frankreich mit 2094 Schiffen und nicht ganz 4 Millionen Tonnen. Japan ist auf den vierten Platz aufgerückt mit 2026 Schiffen und 3,5 Millionen Tonnen. Es folgen Italien mit 2,8, die Niederlande und Norwegen mit 2,6 Millionen. Deutschland ist auf die achte Stelle aufgerückt. Statt über 717 000 Tonnen Besitz verfügt es jetzt über 1 887 000 Tonnen.

Welche Folgen hatte die Ausschaltung Deutschlands aus dem Welthandel?

Arbeitslosigkeit in England und den Vereinigten Staaten.

Deutschland war mit dem Vertrag von Versailles und der Auslieferung seiner Handelsflotte aus dem Welthandel ausgeschaltet. Mit den Zwangslieferungen an Kohle wurde Westeuropa überflutet. Infolge des Sturzes der Mark gingen deutsche Waren und Werte um billiges Entgelt nach Westeuropa und von dort weiter. Die Produktion in den valutastarken Ländern stockte, weil man ja die billige deutsche Ware haben konnte. Am 1. Februar 1922 hatte England rund 542 000 Arbeitslose. In den Vereinigten Staaten gab es zu Beginn des Jahres 1921 2 Millionen Arbeitsloser, Ende Juni 1921 (nach Feststellung der „Chicago Tribuna") 4 Millionen und Ende 1921 6 Millionen. Ein Brief, den der Bürgermeister von München im Oktober 1921 von einem hervorragenden Vertreter der amerikanischen Geschäftswelt erhielt, der Deutschland besucht hatte, schilderte die Lage folgendermaßen:

„Leider fand ich im grellsten Widerspruch zu der Lage der Dinge, wie ich sie im Frühjahr verlassen hatte, ein so fast vollständiges Darniederliegen von Handel und Industrie in Amerika, daß ich zuerst kaum daran glauben konnte. Inzwischen habe ich hinreichend Gelegenheit gehabt, mich zu vergewissern, daß wir an derart gründlichen geschäftlichen Depression leiden, wie seit Jahren nicht; ja ich kann mich überhaupt nicht entsinnen, in den 42 Jahren meines Hierseins ähnlich miserable Zustände miterlebt zu haben. Tausende von Fabrikationsbetrieben stehen ganz, Abertausende teilweise still, die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich auf etwa 6 Millionen, wächst dabei von Tag zu Tag und es steht zu erwarten, daß diese Situation mit Eintritt kälterer Witterung noch beträchtlich schlimmer werden wird. Kurz und gut, wir sehen ein, daß wir jetzt erst anfangen, die Folgen des Krieges im vollsten Maße zu empfinden.

Die Käufer, auf die wir ehemals für unseren Überfluß an Rohmaterialien, Getreide, Baumwolle, Kupfer usw. rechneten (und Deutschland war natürlich einer unserer besten Kunden), sind heute nicht in der Lage, uns diese Produkte abzunehmen, weil sie nicht zahlen können; infolgedessen verdient weder der Bauer im Westen noch im Süden etwas und solang der landwirtschaftliche Teil unserer Bevölkerung leidet, leidet das ganze

Land. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Lage irgendwie besser wird, bis die europäische Situation sich hebt, d. h. bis Deutschland, Österreich usw. wieder auf die Füße zu kommen Gelegenheit haben."

Nichts zeigt deutlicher, als dieser Brief die Folgen der Ausschaltung Deutschlands aus dem Welthandel für Amerika. Solange Deutschland unter den wahnwitzigen Zahlungen an die Alliierten zu leiden hat, kann es nie mehr seine Währung festigen; es bleibt damit für immer auch als Kunde Amerikas vom Weltmarkt ausgeschaltet.

Wieviel Eisenbahnmaterial hat Deutschland verloren?

Neben dem Verlust des Schiffsraums mußte Deutschland auf Grund des Waffenstillstands abliefern 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen. Die Lokomotiven sind sämtlich abgeliefert worden, von den Eisenbahnwagen wurden bis 10. Januar 1922 insgesamt 149 325 abgeliefert.

Ferner hat Deutschland auf Grund des Versailler Vertrags übergeben:

An Belgien 2 Lokomotiven, 5 I. S. G.-Wagen, 14 794 Güterwagen; an Frankreich 7 263 Güterwagen; an Rumänien 1 153 Güterwagen, 1 Personenwagen; an Serbien 274 Güterwagen; an Italien 69 Güterwagen.

Außerdem wurde Deutschland noch die Verpflichtung auferlegt, für die Gebiete, die ihm genommen worden sind, folgendes Eisenbahnmaterial abzutreten an folgende Länder:

a) Belgien (für die Kreise Eupen—Malmedy und die Strecke Raeren—Kalteherberg): 89 Lokomotiven, 86 Personenwagen, 40 Packwagen, 891 Güterwagen.

b) Die Tschechoslowakei (für Hultschiner Land): 8 Lokomotiven, 25 Personenwagen, 6 Packwagen, 77 Güterwagen.

c) Das Memelgebiet: 20 Lokomotiven, 49 Personenwagen, 12 Packwagen, 346 Güterwagen.

d) Dänemark: 38 Lokomotiven, 80 Personenwagen, 27 Packwagen, 566 Güterwagen zu 10 Tonnen Ladegewicht.

e) Polen: 2360 Lokomotiven, 3670 Personenwagen, 465 Personenpackwagen, 49 725 Güterwagen einschließlich Packwagen, 21 Triebwagen.

f) Die Freie Stadt Danzig: 116 Lokomotiven, 172 Personenwagen, 35 Packwagen, 1938 Güterwagen, 2 Akkumulator-Triebwagen.

g) An Frankreich mußte der ganze elsaß-lothringische Fahrzeugpark abgeliefert werden.

440 000 000 000 Papiermark Fehlbetrag 1922.

Die Katastrophe der deutschen Finanzen.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt 1922 wird 440 Milliarden betragen; der Fehlbetrag geht, wie Staatssekretär Schroeder am 1. November der in Berlin anwesenden Reparationskommission erklärt hat, im wesentlichen auf den Versailler Vertrag zurück.

Wie sehr Deutschlands Finanzen durch den Versailler Vertrag zugrunde gerichtet werden, geht aus den Budgetansätzen hervor, die mit dem Sinken der Mark immer wieder erhöht werden mußten. So waren vorgesehen im Voranschlag für den Reichshaushalt 1922 zur Ausführung des Versailler Vertrags 176 031 696 076 Papiermark; im Juni mußte der Voranschlag bereits mit 209 969 731 410 Papiermark angesetzt werden; im Juli stieg die Summe auf 226 100 000 000 Papiermark und Ende Oktober müssen bereits 440 000 000 000 Papiermark für die Ausführung des Versailler Vertrags im deutschen Reichshaushalt angesetzt werden. Der Haushalt würde ohne die Verpflichtungen für Versailles balanzieren; so aber schließt er ab mit einem vorläufigen Fehlbetrag von 440 Milliarden, der sich angesichts des Marksturzes ins unendliche vergrößern muß.

Die schwebende Schuld des Reiches.

Die schwebende Schuld des Reiches an diskontierten Anweisungen betrug: am 1. April 1921 166 Milliarden Papiermark, am 1. April 1922 271 Milliarden Papiermark, am 1. Oktober 1922 451 Milliarden Papiermark, am 10. Oktober 1922 489,72 Milliarden Papiermark und in der dritten Dezemberdekade 1495 Milliarden.

Die schwebende Schuld stieg ebenso rasend wie der Noten-Umlauf.

Anfangs Oktober liefen 344 Milliarden in Noten der Reichsbank, am 14. Oktober 374 Milliarden und Ende Oktober 410 Milliarden. Dazu kamen rund 14 Milliarden Darlehenskassenscheine. Am 15. Januar stellte sich der Banknotenumlauf auf 1437.8 Milliarden; diese Summe zusammen mit den Darlehenskassenscheinen ergibt also annähernd einundeinehalbe Billion.

Des deutschen Volkes Not und der „Vertrag“ von Versailles.

Eine Zusammenfassung.

Von Karl Alexander von Müller.

Dreimal in den letzten zwei Jahrhunderten ist Europa von allgemeinen Kriegen erschüttert worden, die sich nach Umfang und Bedeutung mit unserm Weltkrieg vergleichen lassen.

Von 1700 bis 1721, einundzwanzig Jahre lang, haben der Spanische Erbfolgekrieg und der gleichzeitige Nordische Krieg ihre Schlachtfelder von Spanien, Italien und der Ukraine bis hinauf in die Niederlande, die drei nordischen Reiche und Litauen ausgedehnt; ihre Wirkungen erstreckten sich bis über den Atlantischen Ozean nach Amerika und Westindien.

Von 1755 bis 1763, acht Jahre lang, rangen abermals Österreich, Preußen, Rußland, Frankreich, England, Spanien, die deutschen Staaten, Schweden zu Land in Deutschland und Nordamerika und zur See in allen Erdteilen und entschieden über die Macht und den Kolonialbesitz in Europa, Amerika, Asien und Afrika.

Von 1792 bis 1815, dreiundzwanzig Jahre lang, haben die Kriege der französischen Revolution und Napoleons gedauert, in welche wiederum alle großen Staaten Europas und die jungen Vereinigten Staaten von Nordamerika verflochten waren. Ihr Schauplatz erstreckte sich über unsern ganzen Erdteil und über ihn hinaus nach Ägypten, Syrien, Indien, das nordamerikanische Festland; sie ergriffen die meisten Kolonien, sie breiteten sich aus über alle Meere.

Nach jedem dieser großen Kriege war es notwendig, die erschütterte Staatenwelt von neuem zu ordnen. Alle endeten mit Friedenskonferenzen, zu denen Sieger und Besiegte zusammentraten, um die Ergebnisse des militärischen und politischen Ringens gemeinsam festzulegen. Wohl mit keinem von ihnen war die Mitwelt vollständig zufrieden. Jeder war ein Kompromiß widerstreitender Kräfte und Bestrebungen. Aber jeder von ihnen, die Friedensverträge von Utrecht, Rastatt, Baden und Nystad am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts, die von Hubertusburg und Paris in dessen Mitte, wie die beiden Friedensschlüsse von Paris und der Wiener Kongreß von 1814 und 15 haben es Europa ermöglicht, sich wenigstens ein Menschenalter lang in Frieden zu erholen.

Man kann den Weltkrieg, der hinter uns liegt, mit jenen früheren großen Zusammenstößen unseres Staatensystems vergleichen. Aber der Vertrag von Versailles, der ihn abschließt, kann mit jenen früheren Friedensschlüssen nicht verglichen werden. Er kann nicht die gleichen Folgen haben wie jene. Er ist anders zustande gekommen wie sie. Er ist ein Instrument von ganz anderem Geist und von ganz anderen Zielen als seine Vorgänger. Er steht in der ganzen modernen Geschichte einzigartig da.

Dieser Versailler Vertrag, unter dem Europa seit 1919 lebt, beruht nicht auf einem Kompromiß, wie jene früheren Friedensschlüsse, sondern auf einem Diktat. Der Geist, der ihn erfüllt, das Ziel, das er erstrebt, ist nicht der Ausgleich, die Versöhnung, sondern die Strafe. Er beschränkt sich nicht auf die neue Feststellung der politischen Lage auf Grund einer militärischen Entscheidung, sondern er fesselt und vernichtet auf Grund einer moralischen. Er ist nicht ein Friedensvertrag zwischen Siegern und Besiegten, sondern ein Urteil der einen Partei, die zugleich Richter ist, über die andere als einen überführten Verbrecher. Die Geschichte der europäischen Großmächte kennt keinen ähnlichen Frieden, die ganze Geschichte der zivilisierten Menschheit keinen vollständigeren, überlegteren, furchtbareren Frieden der Strafe und der Vernichtung.

Wie sind seine Bestimmungen zustande gekommen? Nicht durch eine Verständigung sagte ich, sondern durch ein Diktat: die deutschen Bevollmächtigten, die in Versailles fast wie wilde Tiere in einem Käfig gehalten wurden, hatten nur das Recht es anzunehmen oder abzulehnen. Aber wie wurde dieses Diktat verfaßt? Nicht in offener freier Verhandlung, wie Wilson verheißen hatte, sondern in geheimer Beratung. Nicht in Vollversammlungen der 27 verbündeten Feindstaaten, die mit rund 1300 Abgesandten zu dieser Friedenskonferenz gekommen waren — die erfuhren den Text des Vertrages auch

erst bei der Veröffentlichung — sondern im kleinen Rat der Zehn, dann nur mehr der „großen Vier". Clémenceau, Lloyd George, Wilson, Orlando, zeitweise noch ein Japaner, mit ihren Leidenschaften, Menschlichkeiten, Unzulänglichkeiten, und um sie ein dichtes Netzwerk von mehr oder minder anonymen Ausschüssen, Kommissionen, Hilfsarbeitern, mit ihren geheimen Intrigen und Kuhhändeln, entschieden über das Schicksal unseres Volkes.

Aus ihren Beratungen ist dieser Vertrag hervorgegangen, schon in seinem äußeren Umfang ein ungeheuerliches Schriftstück, in seiner Fassung voll Dunkel und Dehnbarkeit, ein Muster endloser Wiederholungen, überall, oft bis in den Wortlaut seiner Artikel, durchsetzt vom Widerstreit sich insgeheim bekämpfender Interessen, in wichtigsten Bestimmungen überkleidet mit schwülstigen und unklaren Redensarten — aber im ganzen doch beseelt, durchdrungen vom Anfang bis zum Ende von der härtesten, grausamsten Einseitigkeit, welche der zähe Wille Frankreichs ihm aufprägte.

Sein ausgesprochenes Ziel ist die Zerstörung der politischen und wirtschaftlichen Macht Deutschlands.

Dies Ziel widerspricht freilich den Bedingungen, unter denen Deutschland den Waffenstillstand geschlossen und sich auf Wunsch der Gegner wehrlos gemacht hatte. Darnach hatten beide Parteien sich verpflichtet zu einem Frieden auf der Grundlage der vierzehn Punkte Wilsons, also auf der Grundlage des Nationalitätsprinzips, des Selbstbestimmungsrechts, einer weitherzigen und unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche; auf der Grundlage eines Friedens ohne Annexionen, ohne Kontributionen, ohne Strafhandlungen.

Dieser Vertrag aber schlägt dem Nationalitätsprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht und der unparteiischen Regelung der Kolonialfragen ins Gesicht; ein großer Teil seiner wichtigsten Bestimmungen sind Annexionen, Kontributionen, Strafhandlungen.

Ich versuche, den Inhalt seiner 440 Paragraphen kurz zusammenzudrängen. Was hat er politisch aus dem Deutschen Reich gemacht?

Dessen alte Staatsform war schon durch den Waffenstillstand und die Revolution zerschlagen worden, sein Heer aufgelöst, seine Flotte ausgeliefert. Nun riß dieser Vertrag dem wehrlosen Staat rundum die Grenzen auf: Elsaß-Lothringen, Moresnet, Eupen und Malmedy, Nordschleswig, Posen und Westpreußen, Danzig, Teile von Ostpreußen, Memel, Oberschlesien trennte er ab: im ganzen 12 vom Hundert des alten Reichsgebietes und 10 vom Hundert seiner Bevölkerung. Nur ganz verschwindende Teile dieser Abtrennungen waren gerechtfertigt durch Nationalitätsprinzip und Selbstbestimmungsrecht.

Entgegen diesen beiden Grundsätzen hat der Vertrag auch den Anschluß der Deutschen aus dem ehemaligen Habsburger Reich an uns verboten. Sechs Millionen Deutsche sitzen heute von uns abgesperrt in Deutsch-Österreich, fast vier Millionen in der Tschechoslowakei, über eine Million in Südslawien, eine Viertel Million in Italien. Das sind zusammen 15 vom Hundert des Gesamtbestandes des geschlossenen deutschen Volkstums in Mitteleuropa. Kein anderes großes Volk der Erde ist heute unter dem Zeichen des Nationalitätsprinzips und der Selbstbestimmung, gegen die Sprache seines Blutes und seines Willens, so zerstückelt wie das unsere.

Aber dies ist nur der Anfang der politischen Bestimmungen des Friedens. Der gleiche Vertrag hat das ganze linke Rheinufer auf 15 Jahre, die nach der Ansicht Frankreichs heute noch nicht einmal zu laufen begonnen haben, mit fremder, zum Teil farbiger Besatzung belegt: die Rheinprovinz, das Saargebiet, die Pfalz, außerdem die rechtsrheinischen Brückenköpfe von Mainz und Kehl, Coblenz und Köln; er liefert dieses Gebiet, auf dem weitere 9 vom Hundert der alten Reichsbevölkerung wohnen, der fremden Gewalt, den fremden Wirtschaftseinflüssen, dem fremden Annexionswillen aus.

Der gleiche Vertrag hat uns Deutschen unsere sämtlichen überseeischen Stellungen genommen.

Er hat uns den Wiederaufbau unseres Heeres und unserer Flotte verboten, die allgemeine Wehrpflicht beseitigt; er erlaubt uns nur noch ein Heer von 100 000 Mann, eine Flotte von 6 Schlachtschiffen der Deutschlandklasse, 6 kleinen Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 Torpedobooten mit insgesamt höchstens 15 000 Mann Besatzung.

Er zwang uns zur Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials jeder Art, der zu seiner Herstellung dienenden Maschinen, sowie unseres gesamten Flugzeugparkes einschließlich Instrumenten, Luftschiffhallen, Apparaten; er verbietet uns jede Waffen- und Munitionserzeugung, außer für unser kleines Heer, jede Einfuhr und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät schlechthin; jeden Bau oder Erwerb von Unterseebooten, auch für friedliche Zwecke; alle militärischen Luftschiffe und Flugzeuge; jede Vorbereitung zu einer Mobilmachung, jede Organisation eines Generalstabs, jede militärische Erziehung irgendeiner Art; jeden Dienst deutscher Reichsangehöriger in fremden Heeren oder Flotten — außer in der französischen Fremdenlegion; er schleifte all unsere Festungen und festen Anlagen bis 50 km östlich des Rheins; er stellte unsere Sprengstoff- und Giftfabriken unter fremde Kontrolle; er internationalisierte unsere wichtigsten Flüsse, Elbe, Oder, Memel, Rhein und Donau.

Er zwingt uns, bis zum Ende der Besetzung fremden Luftfahrzeugen Überflugs-, Durchfahrt- und Landungsfreiheit zu gewähren; er verpflichtet uns, jede Untersuchung in militärischen Angelegenheiten zu dulden; er bürdet uns den vollen Unterhalt aller Besatzungstruppen in allen besetzten Gebieten auf — rund eine Milliarde Dollar hat Deutschland bis Ende April 1922 für sie ausgegeben — und ebenso den Unterhalt aller Überwachungsausschüsse, die Gesamtkosten des Wiedergutmachungsausschusses, ohne daß der Gegenwert uns irgendwie angerechnet wird.

Er stellte schließlich den entthronten Deutschen Kaiser unter öffentliche Anklage „wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge"; er verpflichtet das deutsche Volk ausdrücklich, alle Deutschen auszuliefern, welche von irgendeiner der verbündeten Mächte wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagt werden.

Dies sind die wichtigsten Schläge des Vertrages, die vor allem gegen die alte politische Macht und Ehre des Deutschen Reiches gerichtet waren. Sie haben hinter sich ein Trümmerfeld gelassen und sie sollen eine dauernde Schranke bilden, welche die Wiederkehr eines Deutschen Reiches, wie Bismarck es geschaffen hatte, unmöglich macht. Sie verfolgten darüber hinaus das Ziel, die Stellung der Monarchie in der Welt überhaupt von Grund aus zu erschüttern.

Unser Volk hat sie, erschöpft durch Hunger und Krieg, innerlich zerrissen und zermürbt, hingenommen und ist sich in seinem größten Teil bis heute noch nicht bewußt geworden, was sie für seine Zukunft bedeuten.

Es ist vertieft in die wirtschaftliche Not, in welche der gleiche Versailler Vertrag es gestürzt hat, ohne aber auch deren Quelle noch richtig zu erkennen.

Auf drei Hauptfaktoren hat die deutsche Wirtschaft vor dem Krieg vor allem beruht: auf Industrie, Landwirtschaft, Überseehandel, welche alle durch unser Verkehrs- und Zollsystem verbunden waren. Wer die Bestimmungen des Versailler Vertrags in ihrer Gesamtheit überblickt, kann nicht im Zweifel sein, daß sie abzielen auf die systematische Zerstörung von ihnen allen.

Ich habe oben die Landabtretungen erwähnt. Ihre Bedeutung ist nicht erschöpft mit dem Verlust einer bestimmten Anzahl von Menschen und Quadratkilometern. Sie sind zugleich tief einschneidende Verluste für unsere Wirtschaft.

Die Verluste der deutschen Landwirtschaft betragen: 16 vom Hundert ihrer Brotgetreidefelder, 18 vom Hundert ihrer Kartoffelfläche, fast 20 vom Hundert ihrer Zuckerrübenfläche, 26 vom Hundert der für den künstlichen Dünger notwendigen Kali- und 64 vom Hundert der Thomasmehlerzeugung.

Die deutsche Industrie verlor im Saargebiet und in Oberschlesien Gebiete, welche fast ein Drittel der gesamten bisherigen deutschen Kohlenversorgung lieferten und die zusammen mehr als die Hälfte des gesamten noch unausgeschöpften deutschen Steinkohlenvorrats enthalten; sie verlor in Oberschlesien und Lothringen über drei Viertel ihrer Eisenerzlager, dazu 41,3 vom Hundert ihrer früheren Blei- und 68 vom Hundert ihrer früheren Zinkerzeugung. Seit diesem Frieden ist Frankreich neben den Vereinigten Staaten das reichste Eisenerzland der Welt.

Unser Überseehandel ruhte auf unserer Handelsflotte, unseren Kolonien und ausländ-

dischen Kapitalsanlagen, unserer Ausfuhr und den überseeischen Verbindungen unserer Kaufleute. Der Vertrag zwang uns, alle unsere Handelsschiffe mit über 1600 Bruttotonnen, und die Hälfte aller Handelsschiffe mit zwischen 1000 und 1600 Bruttotonnen, dazu noch ein Viertel unserer großen Fischereifahrzeuge auszuliefern und fünf Jahre lang auf Verlangen der Verbündeten jährlich bis zu 200 000 Tonnen Schiffe für sie zu bauen.

Er zwang uns, alle unsere überseeischen Besitzungen abzutreten — nicht nur die Oberhoheit, sondern auch, ohne Vergütung, das gesamte Staatseigentum dort, einschließlich der Eisenbahnen — und nicht nur das Staatseigentum, sondern auch das private der dort ansässigen oder begüterten Deutschen: sie alle und ihr Eigentum wurden sämtlicher gesetzlicher Rechte und Sicherheiten beraubt. Die gleiche Enteignung privaten deutschen Eigentums ist in einem anderen Paragraphen auch auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt und durch eine Reihe von verwickelten Maßnahmen schließlich auf jeden Besitz Deutschlands außerhalb seiner Landesgrenzen ausdehnbar. Auf fast alles Eigentum, alle Rechte und Beteiligungen außerhalb Deutschlands mußten wir ausdrücklich verzichten. Alle deutschen Unterseekabel mußten abgetreten werden.

Es ist eine von Grund aus veränderte, eingeengte und geschwächte Wirtschaft, welche nach dieser Beraubung übrig bleibt. Aber ist dies alles? Dieser verkleinerten, geschwächten, eingeengten deutschen Wirtschaft sind nun Lasten auferlegt, welche selbst für das alte starke Deutschland zu schwer gewesen wären.

Jetzt erst kommen wir zu dem Kapitel der Kriegsentschädigungen: zu der Wiederherstellung aller Schäden, die der Zivilbevölkerung jeder der Verbandsmächte zu Land, zur See und in der Luft zugefügt worden sind. Darin ist bekanntlich eingeschlossen nicht nur der Ersatz aller Schäden, welche Zivilpersonen oder deren Hinterbliebene an Leib und Leben durch irgendeine Kriegshandlung oder durch Grausamkeit, Internierung, Abschiebung, Beitreibung, zu gering bezahlte Arbeit oder durch Verletzung ihrer Arbeitsfähigkeit und Ehre erlitten haben; nicht nur der Ersatz aller Schäden von Kriegsgefangenen durch schlechte Behandlung; sondern vor allem der Ersatz sämtlicher Aufwendungen sämtlicher Verbandsstaaten für die Pensionen und Invalidenvergütungen ihrer Kriegsopfer, für ihre Unterstützungen an die Kriegsgefangenen und deren Familien, an die Angehörigen aller Einberufenen, der Ersatz aller Schäden der Verbandsstaaten und ihrer Zivilbevölkerung an ihrem Eigentum infolge der Kriegshandlungen.

Der Gesamtbetrag dieser ungeheuren Schuld ist im Vertrag selbst nicht festgesetzt worden; dieser enthält nur einen Blankowechsel darüber, dessen Zahl der einseitigen Festsetzung durch die Verbandsmächte vorbehalten blieb. Am 28. April 1921 wurde sie auf einen Gegenwartswert von 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, was einem Annuitätenwert von 287 Milliarden entspricht.

Es ist klar, daß an eine Aufbringung dieser Summe lediglich in Gold von vornherein nicht zu denken war. Ein Teil davon wurde Deutschland deshalb sofort seit dem Waffenstillstand in Naturalleistungen auferlegt — deren anzurechnender Goldwert wiederum einseitig von der Reparationskommission festgesetzt wird. Gerade diese Naturallieferungen, in ihren Einzelheiten wie in ihrer Gesamtheit, zeigen erschreckend das raffinierteste System, die deutsche Wirtschaft zu lähmen. Ich greife nur einige Beispiele heraus.

An Vieh und lebenden Tieren soll Deutschland nach der endgültigen Forderung, die im Sommer 1920 festgesetzt wurde, abliefern: 559 682 Pferde, 916 525 Stück Rindvieh (darunter 640 000 Milchkühe), 917 115 Schafe, 27 165 Ziegen, 1 600 000 Hühner, 100 000 Enten, 40 000 Gänse, 15 250 Schweine, 200 000 Kaninchen, 36 000 Hunde, 25 000 Bienenstöcke, 1 000 000 Fischkeimeier, 11 715 000 Fischsetzlinge.

An Kohlen: an Frankreich 10 Jahre lang je 7 Millionen Tonnen; an Belgien 10 Jahre lang je 8 Millionen Tonnen; an Italien 10 Jahre lang Beträge, die von 4½ auf 8½ Millionen Tonnen jährlich ansteigen — insgesamt 227 Millionen Tonnen.

An Holz: 20 Jahre lang jährlich über 2½ Millionen Festmeter — rund 52 Millionen Festmeter im ganzen. Man erinnert sich, in welche einzelnen Zahlen sich das umsetzt. Im November 1921 verlangte die Kommission z. B. an Rückständen und Resten für 1922:

441 700 Telegraphenstangen, 1 000 000 Kieferschwellen, 2 700 000 Hartholzschwellen, 155 000 Festmeter Rundholz, 3 948 000 Festmeter Schnittholz.

Das sind nur Beispiele. Wir erinnern uns[3] an die Zahlen des abgelieferten Beförderungsmaterials (Eisenbahn- und Lastkraftwagen), der landwirtschaftlichen Maschinen, der Farbstoffe und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnisse, der 105 000 Tonnen Benzol, 90 000 Tonnen Ammoniak, 150 000 Tonnen Steinkohlenteer, der verlangten Baumaterialien, Steine, Ziegel, Fensterglas, Stahl, Kalk, Zement usw. Es ist unmöglich, auch nur das Wichtigste anzuführen. „Es ist nichts übersehen," hat der Engländer Keynes einmal gesagt, „was die Verarmung Deutschlands fördern und seine künftige Entwicklung hindern könnte." Aber wir brauchen keine fremden Zeugnisse mehr; jedes Gebiet unseres täglichen Lebens zeigt uns die schrecklichen Folgen: Nahrungsnot, Heiznot, Kleidungsnot, Wohnungsnot; Armentod, Greisentod, Krankentod, Kindertod.

Und dazu kommen noch die Zahlungen in Gold, jährliche Zahlungen von 2 Milliarden, die im Mai 1921 festgesetzt wurden, zu denen sich dann weiter gesellen die 26% Abgabe vom Wert unserer Ausfuhr, die schätzungsweise gleichfalls mindestens 1 Milliarde jährlich beträgt, und dazu kommen dann noch die weiteren Milliardensummen, welche das sogenannte Ausgleichsverfahren uns auferlegt. Dreiviertel Jahre lang haben wir versucht, diese Barzahlungen auszuführen: wir stehen heute mitten in der furchtbaren Auswirkung dieses Versuchs.

Und schließlich sind im Vertrag für alle diese Forderungen noch Sicherheiten verpfändet: „Der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle", im Mai 1921 ergänzt durch die besondere Verschreibung der Einnahmen aller deutschen Land- und Seezölle, der Erträgnisse der direkten und indirekten Steuern. Der Ausschuß der Verbündeten hat auf Grund des Vertrages ausdrücklich das Recht, in regelmäßiger Wiederkehr unser Steuersystem zu prüfen, damit „alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung aller inneren Anleihen bestimmten, vorzugsweise zur Abtragung dieser Wiedergutmachungsschuld verwendet werden". Seit Mai 1921 besteht ein eigenes Garantiekomitee zur Überwachung der deutschen Zahlungen. Dahinter steht, über die Bestimmungen des Vertrages hinaus, die ständige Drohung mit der weiteren Besetzung deutschen Gebietes, die im März 1921 zur Wegnahme von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, jetzt im Januar 1923 zur militärischen Besetzung des ganzen Ruhrgebiets mitten im Frieden geführt hat, und mit allen sonstigen Gewaltmaßnahmen, welche den Verbündeten geeignet erscheinen. —

Ein ungeheures Ganzes: von einer schlechthin erdrückenden Wucht.

Ich stelle mir einen Geschichtsforscher vor, der nach tausend Jahren, vielleicht in einem fremden Erdteil, ohne andere Kunde von uns zu haben, dies Schriftstück entziffert und sich fragt, was aus dem Volk geworden sein mag, dem dieser Vertrag auferlegt wurde. Aus einem Volk, das durch die übermenschlichen Anstrengungen eines vierjährigen Krieges gegen die Welt, durch Hunger und Sorgen schon erschöpft war, das zwei Millionen der kräftigsten Männer auf dem Schlachtfelde verloren hatte und dem nun, wie aus hundert geöffneten Adern, aller Stoff seines Lebens entzogen wurde, rücksichtslos, erbarmungslos, Vieh, Kohlen, Düngstoffe, Holz, Gold, Jahr für Jahr. Er wird zum Schluß kommen, daß dies Volk in kurzem zugrunde gegangen sein muß.

Wenn etwas wunderbar ist in unsrer heutigen Lage, dann ist es nicht die Not, in der wir uns befinden, sondern es ist die Tatsache, daß wir überhaupt noch leben, daß wir noch nicht erlegen sind. Es ist die unerhörte Stärke und der Reichtum dieses Bismarckischen Reiches, die heute nun schon drei Jahre lang diesem mörderischen Vertrag Widerstand geleistet haben, wie sie zuvor vier Jahre lang einer Welt in Waffen widerstanden.

Aber lassen wir uns dadurch zu keiner Selbsttäuschung hinreißen! Oder dürften wir im Ernst aus diesen letztvergangenen Jahren folgern, daß dieser Vertrag unsere Kraft nicht übersteigt? Daß Deutschland ihn erfüllen und überstehen kann? Bestätigen diese letzten Jahre wirklich den alten beliebten deutschen Trost, daß es nie so schlimm wird, wie es aussieht, daß keine Suppe so heiß gegessen wird als wie gekocht, daß es schließlich doch immer einmal wieder besser werden muß?

Welches Naturgesetz auf dieser Erde gibt uns das Recht zu dieser Erwartung? Haben wir noch keine Krankheit erlebt, die nicht mehr besser wurde? Keine Last, die einen Organismus wirklich erdrückte? Keinen Blutverlust, der erst mit dem Tode aufhörte? Gibt es das nicht auf dieser Erde? Eine solche Krankheit, eine solche Last, ein solcher Blutverlust für das Leben des deutschen Volkes ist der Vertrag von Versailles, und wir werden an ihm zugrunde gehen, wenn er nicht zuvor zugrunde geht.

Es gibt keinen frevelhafteren Leichtsinn, als sich einfach mit dem Schlagwort zu trösten, daß ein Volk von 60 Millionen nicht untergehen könne. Wie? Ist denn noch nie in der Geschichte ein großes Volk untergegangen? Ist noch nie eines von Fremden zerrissen und geknechtet worden? Ja, aus seiner Heimat vertrieben und als Dünger über die Erde zerstreut?

Man wird vielleicht einwenden: Das mag in früheren Zeiten gewesen sein, aber wir finden kein Beispiel mehr dafür in der Geschichte der modernen christlichen Völker. Aber man findet in dieser modernen christlichen Geschichte bis 1919 auch noch keinen Friedensvertrag wie diesen. Um eine Parallele mit ihm zu finden, muß man wirklich zurückgehen etwa zu den Punischen Friedensschlüssen der Römer: hat Karthago sie überlebt?

Man wird vielleicht einwenden — auch ich habe das früher mir selbst und anderen zum Trost gesagt: Die deutsche Geschichte ist wie keine andere reich an Schicksalsschlägen und Abstürzen. Es ist nicht die erste gewaltige Katastrophe, die unser Volk erlebt. Unglaubliches Elend hat es in seiner tausendjährigen Geschichte schon überstanden. Es wird auch diese Not überstehen. Aber auch in dieser ganzen tausendjährigen Geschichte unseres Volkes findet man keinen Vertrag, der so einheitlich, so folgerichtig, so umfassend auf seine Vernichtung abzielte wie dieser. Nach keinem Zusammenbruch war es in seiner Gesamtheit so gleichmäßig wehrlos, so gefesselt wie heute.

Dieser Trost, es wird schließlich nicht so schlimm kommen, wie es aussieht, hat uns durch den ganzen Weltkrieg begleitet. Auch in ihm war unsere Widerstandskraft gegen eine ganze Welt zunächst größer, als irgend jemand hatte erwarten können. Immer von neuem trugen heldenhafte Leistungen und übermenschliche Anstrengungen und Opfer uns über die nächste unmittelbare Gefahr hinweg. Aber ist die Suppe am Ende wirklich nicht so heiß gegessen worden, wie sie gekocht wurde? Am Schluß folgte doch, da wir uns aus der erdrückenden Gegnerschaft nicht loszumachen vermochten, ein Zusammenbruch ohnegleichen.

Ich fürchte, ich sehe keine andere Möglichkeit, als daß der Ausgang unseres Kampfes mit diesem Vertrag der gleiche sein wird, wenn es uns nicht gelingt, ihn abzuschütteln. Noch leben wir. Noch hält unser Reich zusammen — aber im heutigen Augenblick, in welchem Frankreich ins Ruhrgebiet einmarschiert, beginnt erst seine eigentliche Schicksalsstunde. Noch ringt unsere Wirtschaft mit einer Zähigkeit und Vielseitigkeit des Widerstandes, die uns selbst und die Welt erstaunen. Aber es wird wiederum alles vergeblich sein, wenn es uns nicht gelingt, uns rechtzeitig noch aus der erdrückenden Umklammerung dieses Vertrages zu lösen.

Einzelne Abänderungen oder Milderungen helfen nichts. Denn das Maschenwerk seiner Schlingen ist so dicht, so eng und unzerreißbar, daß es uns nie mehr entläßt. Wenn es uns gelingen würde, ein halbes Dutzend seiner Fesseln zu lösen, so würde das nächste halbe Dutzend noch hinreichen, uns zu erdrosseln.

Wir können nicht bestehen unter diesem Vertrag.

Mit Waffengewalt ihn abzuschütteln vermögen wir nicht; denn wir haben uns wehrlos gemacht. Wir können warten, bis die Siegermächte sich entzweien, und können sehen, ob es einer von ihnen dann gelingt, sich aus den Netzen herauszureißen, in die sie selbst verstrickt sind und die sie heute hemmen, das Verderben aufzuhalten, auch wo sie es schon deutlich erkennen. Aber inzwischen können wir selbst erlegen sein.

Ist also keine Hoffnung mehr? Keine Tätigkeit für uns selbst?

Es ist eine Hoffnung, eine Möglichkeit der Tätigkeit, die ich sehe: dieser Vertrag mit all seinen Folgen ist aufgebaut auf einer Lüge. Keine andere Grundlage konnte dieses Gebäude tragen.

Ich habe eingangs gesagt, er beruhe nicht auf einer militärischen Entscheidung, sondern auf einer moralischen, sein Ziel sei nicht die Versöhnung, sondern die Strafe. Nur als Strafe ist ein solcher Frieden denkbar, erträglich für das Gewissen der Welt. Nur so konnte er gerechtfertigt werden vor den Völkern, die ihn guthießen. Seine Voraussetzung ist, wie Lloyd George selbst erklärt hat, die deutsche Schuld, die deutsche Alleinschuld am Krieg und an seinen Greueln.

Diese Voraussetzung aber ist eine Lüge, was u. a. auf den Seiten dieser Zeitschrift wieder und wieder an der Hand zahlloser Dokumente nachgewiesen wurde. Es ist eine Lüge, daß Deutschland allein schuld am Krieg und an seinen Greueln war und die siegreichen Unterzeichner des Vertrages die Hüter der Sittlichkeit und der internationalen Uneigennützigkeit. Es ist eine Lüge, daß unsere alte Staatsform eine selbstsüchtige Machtpolitik vor andern begünstigte und die der Gegner sie unmöglich machte.

Es ist eine Lüge, daß dieser Vertrag eine gerechte Strafe für das deutsche Volk sei, wie es eine Lüge ist, daß er den vereinbarten Grundsätzen beim Waffenstillstand, den vierzehn Punkten Wilsons entspräche, eine Lüge, daß Deutschland imstande sei, ihn zu erfüllen.

In jeder Bestimmung fast überschreitet er die Grenzen der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Möglichkeit zugleich. Deshalb hat er Europa und der Welt keinen Frieden gebracht, sondern Unrast. Dies ist der Punkt, an dem wir auch in unserer heutigen Machtlosigkeit einsetzen können — einsetzen müssen.

Wenn das deutsche Volk heute den „Friedensvertrag" kennen würde, dann könnte es nicht, wie es jetzt tut, sich selbst noch zerfleischen in seiner Not. Es wüßte dann, daß weder die deutschen Arbeiter noch die deutschen Bauern, weder die deutschen Kapitalisten noch die deutschen Sozialisten die erste Quelle dieser Not sind, sondern der Vertrag von Versailles. Aber es kennt diesen Vertrag nicht.

Wenn das deutsche Volk wirklich die Frage der deutschen Schuld am Krieg und an seinen Greueln kennen würde, dann könnte es nicht selbstmörderisch mehr wüten gegen seine eigene staatliche Kraft und gegen die Mittel zu ihrem Wiederaufbau. Dann würde sein Gerechtigkeitssinn sich aufbäumen gegen die hetzerische Selbstbefleckung und den hündischen Dienst für feindliche Interessen. Aber es kennt auch diese Schuldfrage nicht.

Allen bisherigen Organisationen ist es trotz ausgezeichneter Einzelleistungen nicht gelungen, die Kenntnis des Versailler Vertrags und der Schuldfrage wirklich in den großen Massen des Volkes zu verbreiten.

Die moralische Begründung des Friedensvertrags war notwendig, um seine furchtbaren Bestimmungen vor den Völkern zu rechtfertigen, deren Empfindungen heute stärker als früher bei den politischen Entscheidungen mitsprechen; man hatte sie so lange mit der Lüge von der deutschen Schuld und den deutschen Greueln aufgepeitscht, daß sie selbst diese Strafe verlangten. Nur auf dem Weg der gleichen Agitation für die Wahrheit über die Schuld und über die Unmenschlichkeiten dieses Vertrages, über die Notwendigkeit unseres außen- und innenpolitischen Daseins — eine Agitation innerhalb und außerhalb unseres Volkes — können wir ihn wieder entwurzeln.

Es liegt, scheint mir, ein tiefer Sinn für das deutsche Volk in dem Umstand, daß das letzte Hilfsmittel, welches ihm geblieben ist, kein politisches mehr ist und kein wirtschaftliches, sondern eines des Geistes und der Wahrheit.

Und es liegt eine tiefe Gerechtigkeit für die ganze Welt darin, daß gerade aus der Kette, die uns am tiefsten demütigen sollte, noch unsere stärkste Waffe werden kann — wenn wir innerlich fähig sind und lernen, sie zu gebrauchen.

Berichtigung.

Im Dezemberheft 1922 „Wer hat zerstört?" muß es auf Seite 137, Zeile 39, in der Klammer heißen: vgl. Seite 153. Wir bitten, diesen Fehler handschriftlich zu berichtigen.

Bücherschau.

Manchmal habe ich das Gefühl, als sei die deutsche Erzählung, in der am meisten natürlicher Humor steckt, überhaupt am meisten Einfälle, Mörikes „Stuttgarter Hutzelmännlein". Von diesem herzigen Buch ist eine hübsche Ausgabe bei Paul Stangl (München-Pullach) herausgekommen. Sie ist schön gedruckt und enthält Bilder, die den Genuß nicht stören. An Schwinds Holzschnitte zur „Schönen Lau" darf man freilich nicht denken.

Deutsche Volksbücher. Versuche, sie zu erneuern sind oft gemacht worden. Am gemäßesten ausgestattet sind die Bändchen des Ricola-Verlags. „Das Wunderbrünndl", von denen mir 3 vorliegen: Die Sage vom Freischütz, nach Apel und Launs Gespensterbuch 1810/11, mit Bildern von Karl Schwetz; Geschichte von der heiligen Pfalzgräfin Genofeva nach Gustav Schwab; Das Buch von Doktor Johann Fausts des ausbündigen Zauberers und Schwarzkünstlers teufelischer Verschreibung, unchristlichem Leben und Wandel, seltsamen Abenteuern und überaus greulichem und erschrecklichen Ende, nach dem Druck von 1589 und mit den Holzschnitten von Josef Manes von 1859. Wie schön wär's, wenn wir alle Volksbücher in dieser köstlichen Form erneuert bekämen!

Kardinal Newman: Sankt Philippus Neri. Die Tatsache, daß der auch in Deutschland immer mehr gelesene große englische Theologe und Apologet ein kleines Büchlein über Goethes „humoristischen Heiligen" geschrieben hat, das eben im Theatiner-Verlag (München) deutsch erschien, dürfte manchen Lesern von Interesse sein.

Thienemann in Stuttgart gehört zu den besten unserer Jugendschriftverlage. Seine neuesten Bücher sind: Handel-Mazzetti, Caritas. Der Band enthält als Hauptstück einen geschickten Ausschnitt aus „Meinrad Helmpergers denkwürdiges Jahr", außerdem 3 Märchen. Da dieser Band in der Sammlung „Jungmädchenbücher" herauskam, ist nicht überflüssig zu betonen, daß sinnig veranlagte ältere Knaben ihn sicher ebensogern lesen werden. — Arachne und andere Tiergeschichten von Clara Hopner. Diese Tiererzählungen sind ebenso natürlich wie kindlich und spannend. Sehr gut sind auch die Schwarz-Weiß-Bilder. Für jeden, der die germanische Heldensage in ihrer nordischen Gestalt liebt, ist das herrliche Buch Leopold Webers: Midgard die Krone der Jugendbücher dieses Jahres. Ich finde es sprachlich noch schöner als den Band Asgard, der die Göttersagen enthält. Beide zusammen aber halte ich für ein Werk, das jeder Deutsche, jung oder alt, Mann oder Weib, einmal gelesen haben sollte.

Über Hans Pfitzner ist von Conrad Wandrey eine kleine Schrift herausgekommen (bei H. Haessel, Leipzig), die als neuester Beitrag zur Bibliographie des Meisters vielen Lesern von Interesse sein wird. Ich persönlich vermag mir weder ihre Prämissen noch ihre Folgerungen zu eigen zu machen, und finde den Hintergedanken, daß nämlich die Musik überhaupt sozusagen ausgespielt habe, für einen Musiker undiskutierbar.

Josef Hofmiller.

Fürst Bismarck 1890—1898.

Von dem Bismarckwerk Hermann Hofmanns, des leitenden politischen Redakteurs der Hamburger Nachrichten, ist eben die neunte bis elfte Auflage bei Cotta erschienen. Im Jahre 1914 hat der Verfasser dem ursprünglich zweibändigen Werk einen dritten Band hinzugefügt, und dieser nun in vierter bis sechster Auflage erscheinende Band ist gegenwärtig besonders zeitgemäß; er bringt die Äußerungen des Reichsgründers über die Verfassung, über Föderalismus und Unitarismus. Überhaupt kann niemand, der über den gedrängten Überblick, wie ihn Tim Kleins Bismarck (Langewiesche, Ebenhausen) meisterlich vermittelt, hinaus zu den Quellen der Bismarckkenntnis strebt, dieses Werks entraten. Mit Stolz darf es den Cottaschen Verlag aber erfüllen, wenn er jetzt die Reihe seiner Bismarckbücher überblickt, an deren Spitze die Gedanken und Erinnerungen stehen; aus der jüngsten Zeit erinnern wir an die nun auch schon in sechs Auflagen vorliegenden, ebenso anheimelnden wie inhaltsreichen Erinnerungen des Ministers von Lucius.

Ein Gobineau der Freiheitskriege:

Alfred Steinitzer: „Und doch!" Geschichtliche Szenen 1806—1815.

Für jugendliche wie für erwachsene Leser ein bildendes und erquickendes Buch. Was vor 100 Jahren möglich war, wird und muß abermals möglich sein! Das vom Verlag (Fr. Bassermann, München) solid und schön ausgestattete Buch gehört vor allem in jede Schulbibliothek der höheren Klassen. Der Gedanke, die Geschichte jener Jahre in lauter dramatische Szenen aufzulösen, war ausgezeichnet und ist glücklich durchgeführt.

J. H.

Ärztlich-Hygienisches.

Von volkshygienischen Fragen bewegen zwei zurzeit die Allgemeinheit ganz besonders. Die eine ist die Frage der Fruchtabtreibung, die andere die Alkoholfrage. Die Frage, ob die Fruchtabtreibung ganz oder unter gewissen Bedingungen straflos sein soll, ist aus einer ärztlich-hygienischen zu einer politischen geworden. Es scheiden sich hier die Geister in solche, die unter dem Banne einer rein materialistischen Weltauffassung das werdende Kind als einen Teil der Mutter ansehen, über den diese ein Verfügungsrecht hat, wie über eine Geschwulst, und in solche, die an dem alten Begriff der Seele oder wenigstens einer Bindung an irgendetwas Überindividuelles festhalten. Da es sich um Weltanschauungsfragen handelt, bekämpfen sich die Gegner mit großer Erbitterung; die Gegner halten sich für dumm-rückständig-inhuman auf der einen oder für unmoralisch auf der anderen Seite. Es empfiehlt sich diese Frage rein sachlich mit dem Auge des Arztes und des Volkshygienikers zu betrachten, man kommt dann eher zum Ziele und zur Verständigung. Wer sich unterrichten will, was hier vom ärztlichen Standpunkte zu sagen ist, dem ist angelegentlich zu empfehlen ein Büchlein von Schweisheimer „Die Abtreibungsseuche und ihre Gefahren". Es sind hier auf 63 Seiten alle Für und Wider gründlich erwogen und die Zunahme der Fruchtabtreibung, ihre Gründe, ihre Folgen für die Gesamtheit und für die Einzelnen besprochen. Schweisheimer gehört zu den besten Vertretern der volkshygienischen Aufklärung und des volkstümlichen Schrifttums. Auch diese Abhandlung ist flüssig, gewandt und unterhaltlich geschrieben. Sie ist erschienen als Teil der Schriftenreihe „Gesundheitswacht" (Koburg 1922), ein Unternehmen, das der Gesundheitspflege und der Ertüchtigung unseres Volkes dienen will, ein schönes Programm aufgestellt und bereits einige treffliche Schriften herausgebracht hat.

Ein kleiner aber schätzenswerter Beitrag zur Alkoholfrage ist die Lebensbeschreibung des John Gough, die im Verlag von Hendel, Berlin (Hermann Hillger), herausgekommen ist und vom verdienstvollen Leiter der Anstalt Rebdorf, Leo von Egloffstein, bearbeitet ist. John Gough war zuerst selbst Alkoholiker, dann aber bekehrt einer der tätigsten Vorkämpfer der Abstinenzbewegung in Amerika. Seine Erinnerungen wirken sehr eindringlich und eignen sich vor allem als Material für alle, die mit dem Kampfe gegen die Trunksucht zu tun haben. Aber auch für weitere Kreise sind sie interessant zu lesen.

Ein Buch für Feinschmecker in kulturhistorischen Dingen und für jedermann unterhaltlich, ist von Eberhard Buchner im Verlag von Langen (München) herausgekommen: „Ärzte und Kurpfuscher". Eberhard Buchners Spezialität ist die Durchforschung der alten periodischen Literatur und als wertvolle Frucht seiner Studien hat er uns hier eine große Serie von Zeitungsnotizen aus dem 17. und 18. Jahrhundert gegeben. Die Berichte sind sehr wichtige für die Geschichte der Seuchen, der Impfung, des Ärztestandes, überhaupt zur Beurteilung des Lebens und Treibens dieser Jahrhunderte, das uns anschaulich und lebensvoll vorgeführt wird. Weitere Kreise werden sich besonders für die Geschichte des Mesmerismus und Somnambulismus interessieren, für die hier wichtiges und ausführliches Material gebracht wird, so die Geschichte der Wunderkur Mesmers an Fräulein Paradis. Wichtig ist auch, daß in Wien 1793 von einem gewissen Brody lange vor Braid regelrecht hypnotisiert wurde.

Hermann Kerschensteiner.

Paul Wentzcke, Der deutschen Einheit Schicksalsland. Elsaß-Lothringen und das Reich im 19. und 20. Jahrhundert.

Geschichtliche und politische Untersuchungen der großen rheinischen Frage. München 1921. (Drei Masken Verlag)

Die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens ist kein Gedanke, der erst aus den glücklichen Kriegsereignissen von 1870/71 geboren ist. Wenn deutsche Herzen niemals den Verlust Straßburgs verschmerzt hatten, so ist die bestimmte Forderung der Wiedervereinigung doch erst aufgetaucht, als das erste Verständnis für staatliche Machtpolitik auf Grund des militärischen Selbstbewußtseins seine ersten Keimzellen erkennen ließ, und hat sich je nach der Art nationaler Bewegungen und Strömungen bald leise, bald laut, aber doch durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch bemerkbar gemacht. Die Forderung ist untrennbar mit der Entwicklung des deutschen Einheitsgedankens verbunden, nicht nur von diesem getragen, sondern auch umgekehrt ihn beeinflussend und fördernd. Dann aber, als das Land wieder dem Reiche zugehört, treffen in der elsaß-lothringischen Frage alle die Strahlen zusammen, die die Außen- und Innenpolitik des Reiches, Föderalismus und Unitarismus, kleinliche Parteirücksichten, öffentliche Meinung und schließlich auch die Politik des feindlichen wie des verbündeten Auslandes, in ihrer Auswirkung geworfen haben. Elsaß-Lothringen ist für Deutschland das Schicksalsland gewesen, seitdem es im 17. und 18. Jahrhundert verloren ging, es hat bewußt oder unbewußt die deutsche Einigungspolitik im 19. Jahrhundert in viel höherem Maße beeinflußt, als im allgemeinen bisher bekannt war; seine Geschichte und sein Schicksal sind aber seit 1871 das genaue Spiegelbild des deutschen Geschicks, und heute sehen wir, wie die Entwicklung Deutschlands sich vordeutend in der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage, sein Zusammenbruch aber mit unheilvoller Folgerichtigkeit in dem zehnjährigen Minenkrieg gezeigt hat, den geheime Kräfte unter der Leitung Frankreichs seit etwa 1904 gegen das Reich geführt haben. Wenn Poincaré jüngst feierlich erklärt hat, daß Frankreich niemals an Krieg gedacht und Maßnahmen zur Herbeiführung eines solchen getroffen habe, so kann diese schamlose Lüge nicht schlagender durch die Dinge bewiesen werden, die wir jetzt sehr genau, genauer als Herr Poincaré vielleicht glaubt, aus der elsaß-lothringischen Geschichte von 1904 bis 1914 und der Haltung der treibenden Persönlichkeiten kennen.

In geistvoller Weise und mit umfassender Kenntnis der Geschichte zeigt uns Wentzcke diese Entwicklung der Dinge. Es ist unmöglich, ihm hier auf seinem langen Wege im einzelnen zu folgen, die Versuche von 1815, die gerade mit Bezug auf das Elsaß hervorkeimenden nationalen Anwandlungen auf dem sonst international eingestellten Hambacher Verbrüderungsfeste von 1832 darzulegen, Friedrich Engel, Karl Vogt und die Achtundvierziger über die Frage zu hören. Aus theoretischen Erwägungen wird sie erst durch Bismarcks Realpolitik herausgehoben. Die Siege von 1864 und 1866, die Erfolge also im Norden und Osten weisen ihn auf die unabwendbare Notwendigkeit, daß zur Begründung eines deutschen Reiches vor allem die vorgängige Sicherung der süddeutschen Staaten durch die Beseitigung des Keils, der mit der Weißenburger Ecke in die deutsche Flanke getrieben war, möglich ist. So hat er, was die öffentliche deutsche Meinung unmittelbar nach den ersten deutschen Siegen im August 1870 in nationaler Begeisterung verlangte, als reichsbildende Notwendigkeit aufgegriffen, und auch im Auslande, insbesondere in England, bald Verständnis für seine Forderung gefunden. Die Schwierigkeit der Angliederung liegt auf verfassungsrechtlichem Gebiete. Manches neue Licht kann hier Wentzcke über die vielfach recht unerquicklichen Verhandlungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten verbreiten. Er zeigt, daß die Interessen Elsaß-Lothringens den vollen Anschluß an Preußen verlangten. Der Gedanke Bismarcks aber, daß die künstliche Erziehung zu einem an sich unbegründeten Partikularismus das Land von selbst innerlich zu Deutschland führen werde, hat sich jedenfalls als irrig erwiesen und die Einsperrung der begabten Kräfte des Landes in einen Kleinstaat, während jedem, der sich nach Frankreich wandte, alle Wege zum Aufstieg, wie ihn ein Großstaat bietet, offen standen, hat nicht günstig auf den inneren Ausgleich der Gegensätze und die Versöhnung abseits stehender Elemente gewirkt. Wie sehr aber die Verfassungsentwicklung auch mit den großen nationalen und internationalen Fragen schon zu Bismarcks Zeiten zusammenhängt, das bietet besonderes Interesse. Während

der Gedanke des Reichslandes, der Reichsprovinz, zunächst den unitarischen Kräften innerhalb Deutschlands gegenüber den föderalistischen Bestrebungen zur Stärkung diente, so gewinnt auch für die auswärtige Politik die elsaß-lothringische Frage große Bedeutung. Als Gortschakoff im Jahre 1876 die Anerkennung der festen und ständigen Zugehörigkeit des Landes zum Reiche, die Bismarck gegen die verlangte Unterstützung im Orient forderte, ablehnte, wandte sich der Kanzler Österreich zu, das aber gleichfalls seine Garantieforderung nicht im gewünschten Maße erfüllen wollte. Da Bismarck den Druck, den ihm so die internationale Lage auferlegte, zu schwer empfand, versuchte er die Reibungsfläche mit Frankreich zu vermindern und zeigte dem westlichen Nachbar durch Einführung der Staathalterschaft in den Reichslanden und die dadurch ausgesprochene Förderung der autonomistischen Bewegung Entgegenkommen. Damit gewinnt nun innerhalb des Reiches der föderalistische Gedanke Unterstützung.

War es hauptsächlich das Elsaß, das für die politische Entwicklung des Reichs als Schicksal gelten konnte, so gewinnt Lothringen durch seinen industriellen Aufstieg bald dieselbe Bedeutung für die deutsche Weltwirtschaft. Jetzt wird die elsaß-lothringische Frage immer mehr in einen internationalen Rahmen eingespannt: „Für den Rhein der Nil, für die Pyramiden das Münster". So läßt die deutsche Reichsregierung der unheilvollen Entwicklung im Innern Elsaß-Lothringens, die mit dem Neuauftreten der französischen Revanchebewegung im Jahre 1904 sich für jeden im Lande, der nur sehen wollte, bemerkbar machte, hemmungs- und tatenlos freien Lauf, bis sie durch zahllose „Fälle" gewaltsam die Blicke des ahnungslosen Deutschlands und des höhnisch lächelnden oder entrüsteten Auslands auf sich zog.

Die Verleihung einer autonomen Verfassung im Jahre 1911 hatte nichts mehr an der schlimmen Entwicklung der Dinge ändern können. „Die Abgeordneten von Elsaß-Lothringen", so schrieb Maurice Barrès, „sind Heuchler, sie stellen sich im Reichstage zahm und hüten den heiligen Deutschenhaß in ihren Herzen. Ehre diesen klugen Männern." Wie diejenigen, die Barrès meinte, die neue Autonomie auffaßten und auswerten wollten, darüber lassen seine Worte keinen Zweifel.

Mit dem Ausbruch des Krieges hat das elsaß-lothringische Land eine Begeisterung erfaßt, die allen unvergeßlich ist, die sie miterlebt haben. Diese Begeisterung war echt und wahr, denn in ihrem innersten Wesen war die breite Masse der Bevölkerung deutsch geblieben und geworden. Die Art und Weise aber, wie die jetzt von neuem aufgerollten verfassungs- und staatsrechtlichen Fragen wiederum behandelt wurden, konnte unmöglich dazu beitragen, diese Anfangsstimmung zu befestigen; ebenso verhängnisvoll hat die Verständnislosigkeit der militärischen Machthaber für elsässisches Wesen auf den Umschlag gewirkt. „Während im Streit der Parteien und der Dynastien das Reichsland Zankapfel des Eigennutzes wurde, hat das Ausland längst erkannt, daß es mit seinen Festungen, mit seinen Erz- und Kohlenschätzen das Symbol deutscher Macht und Einheit war." Widerstrebte England und Amerika noch einige Zeit dem französischen Annexionswillen, so ist es Tardieu 1918 gelungen, Lloyd George für die Pläne Frankreichs zu gewinnen. Und Wilson folgte der Auffassung seines Landes, nachdem derselbe Tardieu durch einen Lügenfeldzug ohnegleichen in etwa 15000 Versammlungen durch die besten französischen Redner Amerika von Frankreichs Recht auf Elsaß-Lothringen überzeugt hatte.

In Deutschland hat sich der moralische Zusammenbruch auch in Bezug auf die elsaß-lothringische Frage gezeigt. Die Auslieferung des Landes durch den Versailler Frieden hat keine Stimmung hervorgerufen, aus der man ersehen konnte, daß unser Volk die Bedeutung seines Verlustes erkannte. Über die Folgen des Verlustes für die Schweiz und Belgien mag man die zwingenden Schlüsse bei Wentzcke selbst nachlesen.

Wentzcke hat mit seinem elsaß-lothringischen Buche eine deutsche Geschichte geschrieben.

Frankfurt am Main. Georg Wolfram.

Redaktionell abgeschlossen am 20. Januar 1923.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet.

Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München.

Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Bild aus dem „Journal" vom 28. Januar 1923.

Ein Jahr nach dem Versailler „Frieden", am 16. Mai 1920, wurde die Jungfrau von Orleans heiliggesprochen. Statt ihrer sollten aber die heutigen Franzosen die obige Sadistin als Schutzheilige ihres Landes ansehen.

Nur in einem Punkt — der glühenden Vaterlandsliebe — dürfen sie allerdings das Vorbild der Jungfrau für sich in Anspruch nehmen. In allen anderen Punkten sind sie ihr Gegenteil.

Voltaire hat die Gestalt der Jungfrau mit parfümiertem Schmutz überkrustet, von dem Schiller sie befreite.

Diese rührendste Erscheinung, als Kind so gütig, daß erzählt wurde, die Vögel pickten ihr das Brot aus dem Schoß — als Sinnbild für das, von edlen Ausnahmen abgesehen, grausamste Volk Europas. Sie, die weinte, als sie mit ansehen mußte, wie eine einstürzende Brücke die Feinde unter sich begrub, dazwischen stürzte, wenn Franzosen — schon damals wie heute — an wehrlosen Gefangenen sich vergriffen. Die Bestialität dieses eleganten Volkes — und zwar nicht einzelner, sondern der Regierung und des normalen Volkes — gegen wehrlose, ja gegen kranke und verwundete Gefangene während des Weltkriegs, die Zurückhaltung und weitere Marterung der Gefangenen, nachdem das betrogene deutsche Volk die Waffen weggeworfen hatte, weil es das Zeitalter der Völkerversöhnung herbeigekommen wähnte, bilden einen ebensolchen Hohn auf die neuerwählte Schutzheilige, wie der sittliche Schmutz des heutigen Frankreichs die Reinheit dieses heiligen Mädchens verhöhnt. Die französischen Offiziere, die sich in deutscher Gefangenschaft große Gummipuppen mit Spitzenhöschen anfertigen lassen wollten, um sich anzugeilen, ihre Frauen, die ihnen so schweinische Briefe schrieben, daß die Deutschen, die die Postkontrolle hatten, sich noch heute scheuen, den Inhalt wiederzugeben, die Offiziere im besetzten Rheinland, die ihre Wohnung zum Bordell machen, die, zuweilen nur durch eine Glastür von deutschen Frauen getrennt, mehrere Kokotten gleichzeitig zur Erregung ihrer Laster benutzen, — in ihrem Munde ist die Nennung der Jungfrau eine Blasphemie.

Der Sadismus des Versailler Vertrags wie der der täglichen Bedrückung des besetzten Gebietes, der Sadismus der täglichen wollüstigen Reden von Staatsmännern über die Marterung des waffenlosen Gegners und die für Franzosen und Französinnen lustbetonte

Vorstellung von der Vergewaltigung deutscher Frauen und Kinder durch Farbige ist wie jeder Sadismus nur aus der Geschlechtlichkeit eines verkommenden Volkes zu verstehen.

Gegenüber den Franzosen des Weltkrieges erscheinen die des 15. Jahrhunderts als höherstehende Volksart.

Die englischen Staatsmänner sind sich gleichgeblieben. Sie behandelten die Heilige als Hexe, wie sie Napoleon als Antichrist, die preußischen Junker als Unglück der Welt, überhaupt ihren jeweils gefährlichsten Gegner als Feind des Menschengeschlechts bezeichnet haben. So wie jetzt den Prozeß gegen die deutschen „Kriegsverbrecher" durch das deutsche Reichsgericht, ließen sie 1430 den Prozeß gegen die gefangene französische Jungfrau durch Franzosen führen.

Franzosen mußten die Richter sein, und zwar französische Priester. Es handelte sich angeblich nicht um die gefürchtete Kriegsgegnerin, sondern um eine Verletzerin der Religion. Wie über unsere U-Bootskommandanten durch deutsche Juristen, so sollte über die Jungfrau durch französische Theologen ein Urteil gefällt werden, das nichts mit Machtpolitik zu tun hat.

Und wie uns in Versailles, so wurden der Jungfrau in Rouen solche Martern angekündigt, daß auch sie zum Eingeständnis nie begangener Fehler gebracht wurde, in der Hoffnung, dadurch das Leben zu retten.

Die Jungfrau hatte sich aber ebenso in den Engländern getäuscht wie Napoleon, als er sich 1815 in ihren Schutz begab, und wie die Deutschen, als sie den Versailler Vertrag unterschrieben. Nachdem sie ihr falsches Bekenntnis abgelegt hatte, wurde sie den weltlichen Behörden ausgeliefert und natürlich doch verbrannt.

So ging alles nach Wunsch: erst ein erpreßtes falsches Geständnis, dann Feuertod.

Auch nach dem Tod waren die Engländer bemüht, die falschen Anschuldigungen aufrechtzuerhalten, der Weichherzigen „unmenschliche Grausamkeit" nachzusagen, nie aber ein Wort von den schweren Niederlagen zu erwähnen, die sie durch ihre gottbegeisterte Führung den größten englischen Feldherrn beigebracht hatte. Shakespeare hat die englischen Propagandalügen in seinem Heinrich VI. getreulich übernommen und die Heilige als gemeine, lügnerische, lasterhafte Zaubrerin dargestellt.

Franzosen waren es, die den Engländern das Material für ihre ungerechten Beschuldigungen lieferten.

Heute ist das siegreiche deutsche Volk, das seine Gefangenen so menschlich behandelt hat, wie nie Gefangene behandelt wurden, auf Grund falscher und gefälschter Eingeständnisse von Deutschen, in der ganzen Welt verleumdet durch Feinde, die das grausamste Mittelalter wieder aufleben ließen.

In Frankreich, wo es auch heute innerlich Religiöse gibt, eine irreligiöse Regierung, die sich bemüht auf ihren Krieg die Glorie einer Heiligen fallen zu lassen, weil sie aus „Lothringen" stammt wie Poincaré — in Deutschland die alte Kabinettspolitik, die es nicht wagt, über alle Regierungen und Parlamente hinweg sich an die Völker zu wenden und die Fackel der Wahrheit in das Lügengebäude der Politik zu werfen, um in diesem Brande unterzugehen oder zu siegen.

Der Prozess gegen die Jungfrau ist neben dem gegenwärtigen Prozess gegen Deutschland vielleicht derjenige Vorgang der politischen Geschichte, der am meisten geeignet ist, Optimisten über die Gemeinheit der Welt aufzuklären. Zum Schluss wollen wir daher den Berlinern für den Fall, daß ihnen ein Agent der Angelsachsen sagen sollte, diese seien durch Nichtaufhebung falscher Schuldbekenntnisse zu gewinnen, den alten Pater Martin Cochem erzählen lassen, was er in seinem 1732 erschienen Gar anmuthigen und sehr nutzlichen History-Buch berichtet:

„Gar vilmal ward Joanna für gericht gestellet und examiniert: nach dem gericht aber ward sie allezeit wider in ihren kercker geführet. Eines tags kame ein verschlagener mann in den kercker zu ihr, stellete sich an, als wan er grosses mitleyden zu ihr trüge, und sprache gantz freundlich zu ihr: Jungfrau, ihr wisset wohl, daß die Engelländer euch nach dem Leben trachten, ich aber wolte euch wol einen guten raht geben, wan ihr mir folgen woltet. Als Joanna disen raht zu wissen begehrte, sprach er: Ihr wisset wohl, daß sie sich gewaltiglich schämen, daß sie von euch, als von einem weib seynd überwunden worden. Wan sie aber nur einen schein hätten, darmit sie ihre zaghafftigkeit entschuldigen könten, so würden sie euch gern das leben schencken, und auff freyen fuss stellen. Darum saget nur ihr seyd der schwartz kunst erfahren, und habt sie durch die zauberey überwunden, so werden sie eine ehrliche entschuldigung und ihr euer leben darvon tragen. Da sprach Joanna: Ehe ich das thun wolte, wolte ich lieber zehenmal sterben: dan es ja besser ist mit ehren zu sterben: als mit schanden zu leben."

Deutsche Geschichte und deutscher Charakter.

Von Karl Alexander von Müller.

Wie wird heute die deutsche Geschichte in der Schule dargeboten? Uns Älteren vor dem Krieg war sie, soweit nicht besonders gute Lehrer eine Ausnahme machten, auf große Strecken doch beinahe verborgen in einem dürren Dornenwerk von Namen und Zahlen, und der Umkreis dessen, was wir als Schicksal von unserem Schicksal mitzufühlen lernten, war eng umgrenzt. Wir haben etwa die Zahlen und Namen des Dreißigjährigen Krieges auswendig gelernt, von jenem Tag, da die Werbetrommel der böhmischen Protestanten gegen das Haus Österreich durchs Land erscholl, bis zu jenem anderen, da die Kanonensalven in Münster die Unterzeichnung des hochpreislichen Friedens verkündigten. Wir haben gelernt, daß dieser dreißigjährige Bruder- und Bürgerkrieg ein Tiefstand unseres nationalen Daseins, ein lange nachwirkendes Unglück unserer nationalen Geschichte war. Aber ein trennender Schleier von zweieinhalb Jahrhunderten lag zwischen ihm und uns und wir lernten nicht hindurchzusehen. Die fremden Gewänder, die wir gewahrten, schienen fremde Gestalten zu bergen, die fremden Worte fremde Gedanken und Gefühle. Es fiel uns leicht zu glauben, daß es sich hier um einen außergewöhnlichen Schicksalsschlag handelte, durch außergewöhnliche Zufälle einem außergewöhnlich unglücklichen oder vielleicht auch wenig geratenen Geschlecht unserer Vorfahren auferlegt — ein wenig Pharisäertum ist bei allen angenehm trügerischen Empfindungen immer mit dabei. Wir haben darauf zurückgeblickt ungefähr wie jemand, der einmal unversehens in eine böse Keilerei geraten war, die ihm beinahe das Leben gekostet hätte, an sie zurückdenkt in Augenblicken, wo es ihm wieder harmlos fröhlich zumute ist, an einem schönen Sommertag, wenn er pfeifend durchs grüne Feld geht.

Der Eindruck ist mir noch deutlich in Erinnerung, als ich mich bei einer wissenschaftlichen Aktenarbeit, einige Jahre vor dem Krieg, zum erstenmal eingehend mit jener Epoche befassen mußte, zum erstenmal genauer in sie hineinsah, so daß die fremden Gewänder und die ungewohnten Ausdrucksweisen mich nicht mehr beirrten: da erlebte ich einen großen Schrecken. Denn was ich nun dahinter sah, das waren keine außergewöhnlich schwachen oder unvernünftigen oder schlechten Deutschen. Nein, sie hatten alles wie die anderen Geschlechter unserer Geschichte auch, Tapferkeit, Geist, Tatkraft, Talent. Sie waren wohlmeinend, gutherzig, arbeitsam, unverwüstlich tüchtig, gewissenhaft, innig, billig und treu wie Deutsche je waren. In einer unglücklichen Lage waren sie freilich, aber doch keineswegs in einer, welche aus unserer gewöhnlichen geschichtlichen Entwicklung irgend herausfiel: gewöhnliche Deutsche waren sie in einer Lage, die für Deutschland nicht ungewöhnlich ist. Erst in dem Augenblick ist mir wirklich aufgegangen, daß es unsere deutsche Heimat war, über die jene Kriegsfurie hinbrauste, daß es unsere Geschichte ist, die dieses Wundmal innerer Zwietracht und geduldiger Ohnmacht an ihrem Leibe trägt, daß tiefe Züge unseres Wesens mit diesem Schicksal zusammenhängen.

Denn es ist etwas anderes, ob wir uns mit dem römischen Weltreich oder Timurlenk oder ob wir uns mit dem alten deutschen Kaisertum oder dem Freiherrn vom Stein beschäftigen. Das weite Reich der Geschichte selbst zwar ist unbegrenzt. Jede Auswirkung des Menschlichen gehört ihm an. Von der Stunde ab, da die ersten unseres Geschlechtes, von denen wir wissen, mit allen wesentlichen Gaben und Fähigkeiten, wie wir selbst, handelnd, fühlend, leidend wie wir, ins klare Licht des Tages treten, bis zum letztvergangnen Augenblick erstreckt sich ihr Bereich, und die Fülle der Verbindungen, die in ihm hin und wider weben, sind nicht gefesselt durch Raum und Zeit. Die Träger des Lichtes, die großen Genien der Menschheit, reichen sich die Fackeln von Hand zu Hand über Reiche und Jahrhunderte hinweg. In dem gewaltigen Strom des allgemeinen Lebens, der durch die Geschlechter herabfließt, versinken auch die mächtigsten Ereignisse, die das Urteil der Gegenwart beherrschen, zur einzelnen Welle neben der anderen, die alle vorüberrauschen.

Aber bei der Geschichte unserer eigenen Väter und Ahnen klingt in uns, neben dem allgemein Menschlichen, doch immer noch ein anderer, besonderer Ton mit an. Die Beziehung auf uns selbst und unsere Gegenwart ist unmittelbarer; das Verhältnis von Charakter und Schicksal spricht zu uns mit einer deutlicheren, erschreckenderen oder tröstenderen Gebärde. Wer schon einmal näher ins Leben einzelner Menschen hineingeblickt hat, wird immer wieder erstaunt gewesen sein, wie geheimnisvoll gleich sich in allem äußeren Wechsel das innerste Wesen, das innerste Verhältnis seiner leitenden Triebe und Kräfte untereinander und zur Außenwelt bleibt. Immer wieder führt es die Entwicklung in typische Lagen und in diesen Lagen zu typischen Lösungen. Das Leben der Völker zeigt ähnliche Züge. Es ist ein langer Weg, hat Gustav Freytag einmal gesagt, von dem reisigen Gefolge des Ariovist zu den Edelleuten Friedrichs des Großen, von den römischen Kohorten der Heruler zu dem Bundesarmeekorps der Bayern, „und doch haben zweitausend Jahre unserer Geschichte in Tugenden und Schwächen, in Anlage und Charakter der Deutschen weniger geändert, als man wohl meint". Und wie der Einzelne sich selber am sichersten nicht im Nachgrübeln erkennt, das immer von der frohen oder trüben Farbe der Stunde ins Bessere oder ins Schlechtere verfälscht wird, sondern im Rückblick auf das, was er wirklich erlebt, gefehlt, geleistet hat, so ist auch Völkern die eigene Vergangenheit der sicherste Spiegel der Zukunft. Aber freilich, Völkern wie Einzelnen ist auch dieser Weg zur Selbsterkenntnis nicht leicht.

Wir vermessen uns natürlich nicht, hier auf wenigen Seiten zusammenzufassen, was die tausendjährige Geschichte eines Volkes lehrt. Wir wollen nichts weiter versuchen, als ein paar geschwinde Blicke in das weite Feld zu tun, wie sie uns gerade naheliegen, wie wir sie schon früher während des Krieges hier gelegentlich mitzuteilen suchten, eine flüchtige Übersicht über dieses Jahrtausend zu wagen, die jeder Leser sich auf seine eigene Weise ergänzen soll[1]).

Es gehört ja selbst schon zu dem Besonderen und Kennzeichnenden unserer deutschen Entwicklung, daß eine solche rasche Übersicht nicht leicht ist, weil man hinter dem neunzehnten Jahrhundert nicht sehr viele gemeinsame Kenntnisse, noch gemeinsame Stimmungen voraussetzen darf, daß unsere nationale Vergangenheit vielmehr — und nicht etwa erst seit gestern oder vorgestern — zum größten Teil durch eine tiefere Kluft von uns abgetrennt ist, als sie in Frankreich sogar das wilde Erdbeben der großen Revolution aufgerissen hat. Schon die Geschichte der letzten Jahrhunderte ist eine andere für den Norddeutschen und den Süddeutschen, für den Österreicher und den Preußen, für den Bayern und den Sachsen. Die Reformation, das große Mittelstück dieses Jahrtausends, bedeutet dem einen ein Glück, dem anderen ein Unglück. Und vollends die mittelalterliche Kaiserzeit, der erste gewaltige Aufschwung Deutschlands in der Geschichte, wie vielen Deutschen ist das überhaupt noch lebendig? Das ist nicht ebenso bei anderen Völkern. Ihre Entwicklung — denken wir an die der Angelsachsen, der Engländer wie der Nordamerikaner — ist geradliniger vor sich gegangen, ungebrochener, einheitlicher. Unsere Geschichte hat sich vorwärtsbewegt in den ungeheuersten Gegensätzen und Schicksalschlägen; Aufstieg und Absturz, ungeheure Leistungen und schreckliches Versagen, Größe und Erbärmlichkeit liegen mehr als einmal erschütternd nebeneinander.

Wir beginnen hier nicht mit dem überwältigenden Schauspiel der Völkerwanderung, mit dem die heutige Geschichte unseres ganzen Abendlandes einsetzt: mit jenen Kimbern, die vor dem Angesicht des überlegenen römischen Heeres übermütig wie Knaben auf ihren Holzschilden die Schneehänge der Alpen hinab dem Feind entgegen fuhren, mit diesen Völkern von Helden und Kindern, die von bitterer Not und kühnem Abenteurermut über die Grenzen einer zerfallenden, immer noch großartigen Welt getrieben werden, wie eine unermeßliche Springflut, die ihre Wellen weißer Leiber bis

[1]) Wir verweisen an dieser Stelle gern auf das eben erschienene ausgezeichnete Buch von Johannes Haller, die Epochen der deutschen Geschichte, bei Cotta 1923. Die folgenden Betrachtungen, die sich in manchem mit ihm berühren, waren lange vorher festgelegt. Wir hoffen Gelegenheit zu haben, auf Hallers Buch noch ausführlicher zurückzukommen.

an die Enden der damals bekannten Erde, in die Hochländer Persiens, in die Wüsten Arabiens und Afrikas ergoß. So weit sind damals schon die ersten Verwandten unseres Blutes kämpfend und stürmend vorgedrungen — ohne das Errungene festhalten zu können.

Unsere eigentliche deutsche Geschichte beginnt doch erst da, wo unsere Väter auf dem heutigen Grund dauernd sich niedergelassen haben und vereinigen, wo der Charakter des Volkes und die Eigenart des Landes und seines Himmels in Zwang und Freiheit sich gegenseitig durchdringen. Seitdem erst können wir von Deutschen im heutigen Sinne reden. Seitdem breitet unsere Heimat sich aus, wie sie uns heute noch umgibt, trotz aller Schienenstränge und Drähte, trotz aller verunreinigten Flüsse und allen Maschinenlärms, von den stillen Hochtälern der Bayerischen Alpen, wo nur das Rauschen der Bergwasser und das Geläute der Herden die grüne Einsamkeit erfüllen, bis wo die See an sonnigen Mittagen wie fließendes Silber die letzten Halligen Nordfrieslands umspült; von den Rebenhügeln des Rheins, bei deren Erinnerung uns heute das Herz blutet, bis zu den Föhren und Sümpfen, durch die Nogat und Pegel schleichen. Seit alters an Wäldern reich und reich an Wiesen und goldenem Getreideland, an Bodenschätzen und schiffbaren Strömen, ein Abbild des Erdteils im Kleinen, seiner Hochgebirge teilhaftig wie seiner Ebenen und Meere, aber im Ganzen freundlich und anmutig, mannigfaltig und reich ohne Üppigkeit, nach Lage und Eigenart seit alters ein Land der Mitte.

Dies ist von da ab bis zum heutigen Tag ein wichtigster Umstand unseres Daseins gewesen, der immer der gleiche blieb: diese Lage in der Mitte des Erdteils, ohne feste natürliche Landgrenzen nach Ost und West, an den zwei großen Stromsystemen von Rhein und Donau, die nach verschiedenen Richtungen, nach Nordwest und Südost auseinanderstreben, mit der Fülle unvermeidlicher und mannigfaltiger, ja entgegengesetzter nachbarlicher Beziehungen rundum. Germanische Verwandte, Kelten, später Romanen, Slawen, mit allen grenzen wir unmittelbar zusammen; mit allen müssen wir uns auseinandersetzen und alle schließen sich nur allzu leicht immer wieder gemeinsam gegen den in der Mitte Wohnenden zusammen, der allein mit ihnen allen in Berührung ist. Kein Volk ist von Natur für den Verkehr und Austausch auf dem Festland, den wirtschaftlichen wie den geistigen Austausch, günstiger gelegen; keines fremden Einflüssen von Natur zugänglicher; keines in seiner wirtschaftlichen, politischen, geistigen Entwicklung abhängiger von der Entwicklung des ganzen Erdteiles. Alle Stürme, die diesen erschüttern, erschüttern es mit. Alle Gefahren branden von allen Seiten an uns heran — nur allzuoft über uns hinweg. Die ungarischen Reitervölker, die im 10. Jahrhundert aus dem Südosten hervorbrausen, sind durch ganz Deutschland bis hinauf nach Bremen vorgestoßen; die Mongolen im 13. Jahrhundert prallen aus dem innersten Asien bis an die schlesische Grenze; die schwedischen Kriegsvölker im 17. Jahrhundert schlagen sich von Norden durch ganz Deutschland herauf bis München und Landsberg; die Türken rennen bis vor Wien; die Franzosen marschieren unter Napoleon über das ganze deutsche Land hin nach Rußland und dann die Russen hinter den geschlagenen Franzosen drein über das ganze Land bis nach Frankreich.

Und umgekehrt, kein anderes europäisches Volk hat seine eigenen Kriegszüge immer wieder so weit über den ganzen Erdteil hin geführt und führen müssen, wie das deutsche. Lille und Belgrad haben nicht erst in diesem Krieg ungefähr gleichzeitig deutsche Waffen gesehen. Von der südlichsten Spitze Italiens bis zur nördlichsten Jütlands sind mehr als einmal deutsche Heere gezogen. Kein anderes europäisches Volk ist so sehr über die anderen Nationen des Erdteils hin zerstreut, so oft mit ihnen vermengt worden, wie das deutsche. Keines hat, siegend und besiegt, immer wieder so viel Blut an fremde Länder abgegeben und verloren. Es scheint manchmal fast wie ein Wunder, daß es sich doch immer wieder lebendig und selbständig erhalten hat.

Wie schmal ist gleich die Grundlage, auf der es seine besondere Entwicklung beginnt! Ums Jahr 850, als die Sprachgrenze gegen Frankreich sich von der Maas ab nach Süden zu so festlegte, wie wir sie noch im Weltkrieg angetroffen haben — sie hat sich in diesen tausend Jahren nur mehr in ganz unwesentlichen Kleinigkeiten ver-

schoben — da reicht das deutsche Gebiet gegen Osten nicht weiter als bis an Elbe, Saale, Böhmerwald und Enns. Slawische Völker, Abodriten, Wenden, Polen, Tschechen, Serben drängen schon vor bis gegen Hamburg, Magdeburg, Erfurt, Regensburg und Salzburg. Sie scheinen die Deutschen mit ihren unzähligen Scharen zu überfluten. In Mähren, in Polen, in Böhmen bilden sie mächtige Reiche.

Diesen Anfang muß man im Auge behalten, um die Größe, den heldenhaften Aufstieg des deutschen Mittelalters richtig zu würdigen. Ungeheuer waren seine Wagnisse, seine Anstrengungen, seine Erfolge. Bäurisch-kriegerische Stämme, diese Franken, Schwaben, Bayern, Thüringer, Sachsen, Friesen, unter sich fast alle in Fehde, uneins; zerrissen, strotzend von eigensinniger Kraft, — aber nun werden sie unter dem Druck der Gefahr früher als ihre Nachbarn zu großen gemeinsamen Unternehmungen unter einem einheitlichen Oberhaupt alle zusammengeschlossen. Und wie sie einig sind, sichern sie gemeinsam ihr Land gegen die slawischen und mongolischen Völker, die sie vom Osten her bedrohen. Sie wahren ihre Grenze gegen Westen, gegen das rivalisierende Frankreich. Sie tragen Ordnung und Zucht über die Alpen in das verwüstete Italien. Sie verbinden die italienische Königskrone und die römische Kaiserkrone mit ihrem heimischen deutschen Königtum. Sie erheben sich, damals zum erstenmal unter dem gemeinsamen Namen „Deutsche", das heißt Volksgenossen, zur Führerschaft der ganzen abendländischen Christenheit. Kein anderes Volk in deren Umfang kann sich mit ihnen, den „Leuten des Kaisers", wie man sie damals nannte, vergleichen. Das deutsche Reich erstreckte sich nun in den Zeiten der höchsten Macht, im 11. bis 13. Jahrhundert, von Marseille bis Riga, von Sizilien bis Dänemark. Nur in den Zeiten Karls V. und Napoleons I. ist wieder ein so umfassendes Gebiet Europas unter einer Leitung vereinigt gewesen.

Denn noch während dieses Kaisertum in voller Kraft stand, begannen die einzelnen deutschen Stämme und ihre Fürsten auf eigene Faust die große Kolonisierung des Ostens, der kein anderes europäisches Volk im Mittelalter etwas Ähnliches zur Seite stellen kann. Wir haben es ja selbst lange Zeit ganz vergessen gehabt, daß unter allen europäischen Völkern unser deutsches Volk die älteste große koloniale Vergangenheit hat. Die Bayern schieben vom 8. bis 13. Jahrhundert langsam, in zäher Bauernarbeit, an der Donau und in den Alpen einen Keil zwischen Nord- und Südslawen; sie legen den Grund auf dem bis vor kurzem der österreichische Staat ruhte. Und seit dem 12. Jahrhundert strömen Siedler aus allen nördlichen und mittleren Teilen Deutschlands, aus Westfalen und Holland und Thüringen, von Rhein, Main und Mosel, in die breiten Ebenen, in Wald und Heide, Moor und Bruch des Nordostens und Ostens, in die Länder von der Elbe bis zu den Masurischen Seen und über die Weichsel hinaus bis zum Finnischen Meerbusen: Mönche, Ritter, Kaufleute und Bauern mit Weib und Kind und fahrendem Gut, in die Hunderttausende muß ihre Zahl gegangen sein. Ein ganzes Jahrhundert bleibt die gewaltige Bewegung in voller Stärke; die Grundlagen des preußischen Staates sind damals gewonnen worden. Mehr als die Hälfte des heute noch von Deutschen bewohnten Gebietes in Mitteleuropa ist damals in gewaltiger kolonisatorischer Arbeit erst besetzt worden, Berlin wie Wien sind auf kolonialem Boden entstanden. Es sind die Städte, gegen welche auch heute wieder der slawische Ansturm am ersten sich richtet, um welche der Kampf von neuem entbrennt.

Und wiederum zur gleichen Zeit mit dieser vorwiegend bäuerlichen Ausbreitung schießt im 13. Jahrhundert auch noch durch den deutsch-italienisch-orientalischen und durch den eben erworbenen Ostseehandel eine Blüte der Städte und ihres Reichtums und ihrer Macht empor, deren jähe Lebenskraft die alten Formen der Verfassung fast zu sprengen droht.

Eine ungeheure Entwicklung! Ein Aufblühen, Erstarken, Sichausbreiten, Umsichgreifen nach allen Seiten auf einmal! War es möglich, alles, was der überschwellende Tatendrang begonnen hatte, festzuhalten, gleichmäßig zum Ende zu führen? Wenn man die Lage Deutschlands betrachtet, diese Lage in der Mitte Europas, gefährdet von allen Seiten und verlockend nach allen Seiten, dann begreift man jede dieser Unternehmungen; jede hat eine gewisse Notwendigkeit, eine gewisse Rechtfertigung. Keine war völlig phantastisch — so wie vielleicht keine von ihnen völlig nüchtern war. Die

Lage Deutschlands trieb zu ihnen allen, legte sie alle nahe. Aber eben diese Lage erhöhte auch bei allen die Gefahr. Jedes Versagen wirkt in dieser rundum bedrängten Lage unmeßbar nach allen Richtungen fort. Bis zum bittern Ende haben wir auch dies erfahren. Von der beherrschenden Höhe Europas sind wir schon damals langsam in seine beherrschte Niederung herabgesunken.

Was gab den Anstoß dazu? Im Ganzen war es doch eine Überspannung der Nation in all diesen Kämpfen und Unternehmungen, eine mangelnde Fähigkeit des deutschen Wesens, sich zusammenzufassen und sich zu beschränken auf das unbedingt Notwendige und Gemeinsame, der Eigensinn jedes Einzelnen, der seine Aufgabe für die wichtigste hielt, und die alte deutsche Gehässigkeit gegen den Landsmann, welche lieber mit dem Ausland Bündnisse schließt, jener selbstmörderische Trieb, den Volksgenossen bitterer und verbissener zu bekämpfen als den Fremden, die eigentliche deutsche Leidenschaft, die einzige oft, die unser Phlegma überwindet, die Leidenschaft der inneren Parteiungen.

Im 13. Jahrhundert war der große Wendepunkt. Da brach zuerst das hohenstaufische Kaisertum im Ringen mit der Kirche, die ursprünglich seine stärkste Stütze gewesen war, und den italienischen Städten zusammen, in einem Kampf von der gewaltigsten dramatischen Kraft. Nicht wenige Deutsche standen auf seiten der Gegner ihrer nationalen Gewalt. Von da ab ist es nicht mehr gelungen, wie früher unter den Ottonen, den Saliern und den Staufen, das ganze deutsche Volk in gemeinsamen äußeren Unternehmungen zu vereinigen. Immer schon hatten Selbstsucht, Unabhängigkeitstrieb, Parteihass im Inneren Deutschlands sich gegen jeden Zusammenschluß aufgebäumt; jetzt, da das Reich nach außen schwach wurde, gewannen diese zersplitternden Neigungen die Oberhand. Selbst die sichere äußere Lage, welche die bisherige Macht zunächst noch hinter sich ließ, wurde nun zum Nachteil. In England, in Frankreich, in Spanien, die jetzt begannen emporzustreben, trugen gerade die großen militärischen Aufgaben, welche diese Staaten damals vor sich hatten, dazu bei, die einzelnen Stände in neuen Verfassungen nebeneinander zu ordnen und fester zu verbinden. Bei uns traten, da keine solche einigenden großen Aufgaben mehr vorhanden waren, da die Reichsverfassung infolgedessen immer schwächer und lockerer wurde, auch die einzelnen Stände in immer schrofferen Gegensätzen auseinander. Jahrhunderte kamen, Jahrhunderte der deutschen Geschichte, in denen die Feindschaft zwischen den einzelnen deutschen Stämmen und ihren Fürstentümern und Städten, zwischen den Bauern und den Städten ein dauernder Grundzug unserer Geschichte wurden: der Bürgerkrieg ist ihre Signatur. Und dieser Gegensatz der Stände unterband seinerseits wieder nicht nur alle Versuche einer Reichsreform im Innern, sondern auch alle Kraftentfaltung nach außen. Immer mehr erstarb in diesen inneren Zwistigkeiten das Gefühl für die gemeinsamen Interessen der Gesamtheit; jeder verfolgte nur mehr seine eigenen. Aber haben diese dabei gewonnen? Indem das Ganze verfiel, verfielen alle einzelnen Teile mit ihm. Überall bis ins Kleinste finden wir nun Zerteilung, Zerspaltung, Zerstückelung. Es war ein langsamer, aber unaufhaltsamer Abstieg der gesamten Nation.

Das Reich, das glücklicher als irgendeiner seiner Nachbarn, seit den Ungarneinfällen feindliche Kriegsvölker nur mehr an seinen äußersten Grenzen gesehen hatte, war bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts schon so tief gesunken, daß sich Bayern, Franken und Sachsen nicht einmal mehr der kleinen Sekte der Hussiten erwehren konnten, die aus Böhmen über ihre Grenzen einbrachen. Was war die Folge dieser Zwietracht für das deutsche Volkstum? Polen streckte die Hand aus nach den baltischen Provinzen; Böhmen und seine Nebenländer, geographisch das Herzstück von Mitteleuropa, trennten sich von Deutschland; in Ungarn brachen die Türken ein und bedrohten Österreich; Italien, die Schweiz, Burgund, Holland lösten sich aus dem alten Reichsverband; die Franzosen näherten sich dem Rhein; Nordschleswig ging an Dänemark verloren: wir kennen heute wieder alle die wunden Stellen. Auf allen Seiten zugleich bröckelt es ab. Zu handeln oder zu leiden, Einfluß auszubreiten oder Einfluß zu erdulden: ein Drittes ist in dieser Lage nicht gegeben.

Dabei war dieses Volk, dessen alte Tapferkeit sich jetzt in engen Grenzen wund rieb, immer noch von einer gewaltigen Stärke und Bedeutung. Seine Landes-

staaten bildeten sich heraus, staatliche Grundmauern, die imstande waren, allen Wandel der Jahrhunderte bis zur Gegenwart zu überdauern. Seine Fürstenhäuser verknüpften es mit fast allen auswärtigen Beziehungen des Erdteils. Sein Bürgertum schuf sich eine einheitliche bodenständige Kunst und Kultur. Seine Städte waren immer noch Mittelpunkte eines reichen, weitausgebreiteten Verkehrs und waren voll Stolz und republikanischem Selbstgefühl. Die Bürger der Hansa trugen immer noch deutschen Handel und deutsche Bildung weit in die Nachbarvölker. In Nischni-Nowgorod, tief drinnen in Rußland, in Brügge und in Bergen erhoben sich ihre Kontore; an der Themse, mitten in London, breitete über dem Gildhaus der Hanseaten der alte Reichsadler immer noch seine Schwingen; noch heute erinnert der Name des Pfundes Sterling dort an die Osterlinge, die deutschen Kaufleute aus dem Osten, von denen es damals seinen Namen erhielt. Und während die deutsche Kaiserkrone schon zum Ehrgeiz von fremden Herrschern, während Deutschland für seinen Kaiser schon zum Nebenland wurde, ging aus dem Schoß des Volkes eine der größten geistigen Bewegungen hervor, die den ganzen Erdteil in Mitleidenschaft zog und erschütterte: die Reformation.

Es ist vielleicht das Erschütterndste in unserer bisherigen Geschichte zu sehen, wie auch sie unserem Volk als Ganzem in seiner Zersplitterung und Abhängigkeit nicht mehr zum Heil geworden ist. Ringsum in den Nachbarländern, wohin sie von uns aus vordrang, in Schottland, England, den Niederlanden, den nordischen Reichen, schließlich selbst in Frankreich hat sie, so oder so, letzten Endes zur nationalen Einigung beigetragen: um ein Banner sammelte sich schließlich überall die gesamte Nation. Bei uns hat auch sie die inneren Gegensätze nicht mehr beseitigt, sondern nur verschoben und verschärft. Auch die katholische Gegenbewegung, die Gegenreformation, behielt festen Fuß in unserem Land: so weit einst das römische Imperium in Deutschland gedrungen war, so weit drang auch der Machtkreis der katholischen Kirche wieder vor und blieb nicht zu erschüttern. Ringsum in den anderen Staaten brachte die religiöse Bewegung neue zusammenfassende politische Einrichtungen in ihrem Gefolge; bei uns brachte sie nur an die Stelle der schwächer werdenden sozialen Gegensätze neue religiöse, an die Stelle der schwächer werdenden Gegensätze der Stände neue Gegensätze der Konfessionen. Und bald verrieselten auch diese Kämpfe, die geistig so groß begonnen hatten, in der kleinlichen Enge des deutschen Lebens. Luther und Zwingli, Erasmus und Melanchthon und Hutten, Dürer und Grünewald und Holbein — was ist ihnen in der nächsten Generation noch nachgefolgt? Der Abstieg war nicht mehr aufzuhalten.

Gleichzeitig traf Deutschland wieder eine der großen wirtschaftlichen Umwälzungen Europas. Amerika und der Seeweg nach Indien wurden entdeckt, und der neue überseeische Verkehr veränderte alsbald alle wirtschaftlichen Verhältnisse und Gewichte. Die alten Mittelländer Europas, Deutschland und Italien, verloren unaufhaltsam die Vorteile der glücklichen Lage, die sie bisher eingenommen hatten. Das politisch bereits gesunkene Deutschland sank nun vom 16. Jahrhundert ab auch wirtschaftlich noch einmal auf eine frühere Stufe zurück. Die Blüte der Städte, die deutsche Industrie begannen abzuwelken. Das Jahrhundert der Reformation selbst endete zwar immer noch mit einer reichen äußeren Blüte. Religiös, politisch, geistig schien Deutschland noch auf einer stattlichen Höhe. Der äußere Wohlstand war in der Zeit, in welcher das Heidelberger Schloß erbaut wurde, üppiger als je vorher. Erst die letzten Jahrzehnte vor dem Weltkrieg konnten sich wieder mit ihnen vergleichen. Während rings in den Nachbarvölkern schon die religiösen Kämpfe aufgeflammt waren, schien Deutschland noch einmal einer verhältnismäßigen inneren Stille zu genießen. Aber es war nur ein dumpfes Gleichgewicht sich gegenüberstehender Kräfte. In der schwülen, unbewegten Luft jener Jahrzehnte brütete schon die furchtbare Erschütterung, die sie abschloß. Unmittelbar aus ihrer gestaltlosen, schlaffen Trägheit wuchs der Dreißigjährige Krieg.

Mit ihm, mit diesem dreißigjährigen Bruder- und Bürgerkrieg, ist in einer beispiellosen inneren Verheerung zusammengebrochen, was Deutschland bis dahin an alter Größe noch gerettet hatte. Von dieser Mitte des Erdteiles aus hatte einst die Macht des mittelalterlichen deutschen Reiches über die ganze abendländische Christenheit sich erhoben;

nun warfen alle die Scharen ihre Söldner darüber her. Alle andern großen Mächte Europas, die absolutistischen im Süden, wie die Adelsherrschaften im Norden, stritten ihre Kämpfe nun auf unserer Erde aus. Seit langem hatte Deutschland schon die Soldaten für die europäischen Kriege gestellt, jetzt bot es ihnen auch noch den Boden und die Beute. Und als das fremde Kriegsvolk, die Schweden und die Franzosen, aus den rauchgeschwärzten Trümmerstätten abzogen, da hatte ihnen allen der furchtbare Krieg Lohn und Gewinne gebracht; uns brachte er nicht einmal die Entscheidung der inneren Gegensätze, über welche er ausgebrochen war. Frankreich und Schweden verhinderten beim Friedensschluß, daß Deutschland eine neue brauchbare Verfassung erhielt. Die Kräfte, die sich im Innern Deutschlands entgegenstanden, die Katholiken und die Protestanten, der habsburgische Kaiser und die selbständigen deutschen Fürsten, blieben im alten verhängnisvollen Gleichgewicht. In den Nachbarstaaten stand wieder neben dem mächtigen Königtum und Adel in London, Paris, Kopenhagen ein mächtiges Bürgertum — so wie heute unsere Gegner im Kriege danach streben, neben dem Bürgertum ein nationales Proletariat zusammenzuschließen. Aus ihrer Wechselwirkung erhob sich ihre Wirtschaft, ihr Staat, selbst ihr geistiges und künstlerisches Leben. Bei uns blieben die Stände nach der äußeren Niederlage mehr denn je ohne diese fruchtbare Berührung: und alle hatten sie darunter zu leiden. Das deutsche Fürstentum war in sich gespalten und uneins; nun trat es vielfach in fremden Sold. Der niedere Adel hatte sich im Krieg erschöpft. Das städtische Bürgertum blickte auf eine verheerte Wirtschaft. Die Hansa, die einst die Kronen von England, Norwegen und Dänemark als Pfänder in ihren Ratskammern liegen hatte, war gebrochen. Die deutsche Industrie, noch bis zum Dreißigjährigen Krieg die erste in Europa, war bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts völlig verfallen. Der deutsche Verkehr war an allen Gliedern unterbunden; an allen Mündungen unserer großen Ströme, an Rhein und Donau, Weser und Elbe, Oder und Weichsel saßen die fremden Herren. Wir waren wieder auf den Ackerbau angewiesen, wir wurden noch einmal ein Volk leibeigener Bauern. Einzig im Fürstentum, das den niederen Adel in seine Dienste aufnahm, blieb damals noch Leben und Entwicklung. Alle anderen Kräfte, deren schöpferisches Zusammenwirken die Nachbarländer belebte, entwickelten sich bei uns unter dem Druck der äußeren Not und der inneren Uneinigkeit auch weiterhin, und jetzt gerade erst recht, getrennt für sich, jede in gesonderten Bahnen. Jede kannte nur ihre eigenen engen Interessen: wie hätte ein gemeinsames Nationalgefühl in Deutschland lebendig sein können? Diplomatisch und militärisch blieben wir das Schlachtfeld der großen Mächte: von 1648—1806 ist das politische und wirtschaftliche Gesamtleben Deutschlands so gut wie still gestanden. In diesen Jahrhunderten haben wir selbst die Erinnerung an unsere eigene frühere Vergangenheit verloren.

Es waren bisher die trübsten Zeiten in unserer Geschichte. Aber wenn wir näher hinsehen: die einzelnen Deutschen waren auch damals nicht schlechter als vorher oder später. Daran lag es nicht. Die Summe von Fähigkeiten und Charakteren, die im Volke lag, war nicht geringer. Seine alte Kraft war so unverwüstlich wie je. Immer noch ging sein Pulsschlag über ganz Europa hin, aber nur mehr, wenn man so sagen darf, ausschlagend, nicht mehr zusammenziehend. Seine Fürstenhäuser gewannen gerade in diesen Zeiten fast alle Kronen des Erdteiles, in Schweden, Dänemark, Rußland, England: aber keines davon ist deutsch geblieben. Seine Soldaten bluteten auf allen Schlachtfeldern vom Atlantischen Ozean bis zum Griechischen Meer: aber Deutschland selbst hatte nichts davon. Jede Familie, die in der Lage ist, längere Reihen ihrer Vorfahren zurückzuverfolgen, findet mehrere Mitglieder, deren Lebensgang in diesen Jahrhunderten im Ausland verläuft, Ärzte, Kaufleute, Offiziere, Beamte, Gelehrte, Bauern, Handwerker: aber so gut wie alle sind sie Deutschland verloren gegangen. Eine unermüdlich ordnende und staatsbildende Kraft baute, da der deutsche Gesamtstaat ihr versperrt war, an dem Gewinkel und Gewirr der kleinen deutschen Einzelstaaten — über 300 standen schließlich bunt und eigensinnig jeder für sich nebeneinander: nur die deutsche Gesamtheit hatte davon keinen Gewinn. Österreich und Preußen unter ihnen hoben sich trotz alledem in die Reihen der modernen Großmächte

empor: aber ihr Zwiespalt verhinderte nun erst recht von neuem einen Zusammenschluß der ganzen Nation. Die militärische Kraft des zersplitterten Landes reichte immer noch hin, das dauernde Vordringen Frankreichs über den Rhein zu verhindern, die Türken sogar allmählich erobernd wieder zurückzudrängen: nur blieben wir trotzdem der immerwährende Schauplatz von Kriegen. Wenn man durch dieses Reich hinging, von den Masurischen Seen bis zum hohen Schloß von Heidelberg, von Stralsund und Fehrbellin bis zu den Türmen von Regensburg und den Ruinen des Hohentwiel — es gab keine seiner Landschaften, die nicht überdeckt war mit Schlachtfeldern, nicht getränkt vom Blut seiner eigenen Söhne. Wie Beulen am Leibe eines Geschlagenen liegen die Wahlstätten in manchen Gebieten gehäuft, eine neben der anderen, in der blutigen Ebene Sachsens, an den grünen Rebenhängen des Rheins.

Jeder Deutsche, der diese Jahrhunderte betrachtet, muß staunen und trauern über dieses Schauspiel einer unzerstörbaren, aber erbärmlich und hoffnungslos verzettelten Kraft. Kein allen gemeinsamer großer Nationalheld, kein großes gemeinsames Nationalwerk, ist ihnen entsprungen. Die Menschen, die hinausströmen, gehen unwiederbringlich verloren; die verarmte, zerrissene Heimat hat nicht mehr die Stärke, sie zurückzuziehen. Was sie dafür submissest in Empfang nimmt, ist die fremde Herrschaft in Kunst und Literatur, wie in Wissenschaft und Staat. Aus ihrer innersten Seele zwar klingt, himmlischer Trost und männliche Stärke in jeder Not, die wunderbare Macht einer neuen Musik, die geheimnisvolle Kraft ihrer alten Lieder. Hochbegnadete Künstler bauen Denkmale voll Pracht und Stolz in Kirchen und Schlössern über die Lande. Aber im ganzen ist sie haltlos auswärtigem Einfluß preisgegeben, mit dem erbärmlichen Stolz des Abtrünnigen oder mit der Hundedemut des Abhängigen dient sie fremden Interessen. Der täppischste ihrer Philister gefällt sich in fremdländischem, plümerantem à la mode-Prunk und merkt nicht, wie das großspurige Wesen sich höhnisch an allen Ecken stößt und jämmerlich verschnörkelt. Denn in dem ohnmächtigen Staat ist alles, trotz unbändiger Kräfte, ins Kleine verzerrt, durch hundert willkürliche Schranken gebrochen. Die Überreste der verschiedensten Zeiten und Bildungsschichten lagern in diesem altertümlichen Gemeinwesen fruchtlos nebeneinander. Die altehrwürdige Kaisergewalt wird immer mehr zu einer monströsen Mumie, ihre öffentlichen Formen zu einer häßlichen Unwahrheit. Unter der modrigen Reichsdecke aber reckt und streckt sich zügellos die Willkür der Stände, die Herrschsucht und Ländergier der Dynastien, die nackte, wüste, kleinliche Eigensucht der Klassen. Sie zerreiben sich aneinander im alten stockenden Gleichgewicht, in lähmendem Mißtrauen. Noch ungerüsteter, in sich zerfallener als in die Reformationszeit ging Deutschland auch in die neue umgestaltende Epoche der französischen Revolution hinein.

Ist es wirklich Blut von unserem Blut, das sich in diesem Elend abmüht? Immer wieder haben wir's uns vor dem Krieg gefragt, wenn wir dies Bild sahen. Sind es wirklich unsere deutschen Züge, die hier vor uns stehen? Ja, freilich sind sie's! Täuschen wir uns gerade heute darüber nicht. Keiner fehlt, nur daß die innere Zerrissenheit und die Kleinheit der Verhältnisse sie fast alle verunstaltet und zum Unheil wendet. Der alte persönliche Freiheitstrieb und Unabhängigkeitssinn ist immer noch da — er wird nur in der Enge zum zuchtlosen, buntscheckigen Eigensinn, der seltsam neben der untertänigen Ruheseligkeit steht. Die alte sorgsame Gewissenhaftigkeit ist da — aber sie wird im gedrückten Kreis so leicht Philisterei, pedantischer Dünkel und quengelige Streitsucht. Der alte Ordnungssinn ist da, die Lust und Fähigkeit, sich einzugliedern, die behende Fügsamkeit; immer noch gibt's auch in jenen Jahrhunderten kein anderes Land, wo die Gleichen sich so leicht zu abgesonderten, geregelten Genossenschaften zusammenschließen, wo alles sich der Überwachung ins Kleinste so willig und befriedigt beugt. Aber das hindert nicht, daß gleichzeitig im Engen alle gegen alle doch im neidischsten Kampf liegen; es hindert nicht, daß die alte sinnvolle, ernste Form zur verknöcherten, drückenden Formel wird. Dann hängen die alte Treue, die gemütvolle Anhänglichkeit, die nicht stark genug waren, das Leben zu erhalten, sich noch an die tote Hülle und schmücken sie nutzlos mit sentimentalem Reiz — oder sie folgen ebenso ausdauernd und liebevoll den Fahnen der Feinde. Dann weiht sich der

alte Tiefsinn, das ernste geduldige Nachforschen ebenso der eigenen Schwäche, wie vorher der eigenen Stärke. Es ist der gleiche weltüberfliegende Idealismus, mit dem die Ahnen einst als Helden für den ganzen Erdteil nach der universalen Kaiserherrschaft griffen, mit der die Enkel nun als Bediente die Notwendigkeit der eigenen politischen Ohnmacht predigen, weil sie allein die Ruhe und das Gleichgewicht Europas verbürge. Und die alte unbezwingbare deutsche Gerechtigkeit ist auch jederzeit zur Stelle und anerkennt alles mit unbefangenem Blick — auch die eigene Bettelhaftigkeit und die fremde Überlegenheit. „Wir bewundern", sagte die Mainzer Kaufmannschaft am Anfang der französischen Revolution in einer Adresse an die Pariser Regierung, und es gibt ähnliche Zeugnisse aus allen Gegenden und aus allen Zeiten unserer Geschichte bis zum heutigen Tag, „wir bewundern die Größe der Franzosen, ohne selbige erreichen zu können; das Phlegma, welches uns die Natur auferlegt hat, und unsere Lage geben uns nicht die Kraft, ihnen nachzuahmen." Es war immer noch das alte Heilige Römische Reich bis zuletzt, das 1806 lautlos vor Morschheit unter dem Griff des fremden Eroberers zusammenbrach.

Wir tragen es alle im Herzen: mitten in jenem Zusammenbruch ist hinreißend offenbar geworden, daß unser Volk trotzdem noch nicht reif zum Untergang war, daß es das Recht, als Nation ungeteilt zu leben und zu atmen, noch nicht preisgeben wollte, daß die Grundlagen einer neuen, kräftigeren, gesünderen Ordnung schon in ihm gelegt waren. Gerade der Zusammensturz des Alten hob sie jetzt rascher an den Tag.

Für immer denkwürdig bleibt es, welche Kräfte damals den Wiederaufstieg Deutschlands ermöglicht und getragen haben.

Fast bei allen anderen großen modernen Völkern, bei den Spaniern, Engländern, Franzosen, Russen, finden wir die Blüte der Bildung, der Kultur im Gefolge der staatlichen, der wirtschaftlichen Macht. Wir allein sind den umgekehrten Weg gegangen. Während wir politisch noch völlig darniederlagen, während wir wirtschaftlich noch ein armseliges Volk waren, haben wir uns im Reich der Kunst und des Geistes zuerst wieder ein Stimmrecht unter den großen Völkern erworben. Ganz und gar unpolitisch sind unsere große Musik, Dichtung, Philosophie emporgewachsen. Unsere besten Deutschen damals, vor 150—120 Jahren, wären es zufrieden gewesen, wenn unser Volk nur der geistige Hüter des Erdteiles wurde, in den engsten äußeren Verhältnissen hätten sie gern ein freies Reich des Menschlichen über allen Völkern aufgebaut.

Sehen wir uns um nach einem Volk, das seit dem Italien der Renaissance eine reichere Fülle rein geistiger genialer Männer nebeneinander wirken hatte als das deutsche zu der Zeit, da Goethe und Schiller, Kant und Beethoven, Herder und Fichte und Hegel Seite an Seite tätig waren. Sie haben uns zuerst wieder Selbstbewußtsein gegeben, das stolze Gefühl ein einheitliches, zukunftsvolles, ein großes Volk zu sein. Nur sie gaben uns die innere Stärke, die geistige Freiheit und Spannkraft, die inneren Hilfsmittel zum Widerstand in der schlimmsten Lage. Aber waren sie allein imstande uns zu retten? Gerade zu dieser Zeit, in der Zeit Napoleons, war es, daß das Joch einer fremden Macht sich mit der furchtbarsten Demütigung auf Deutschland legte. Unsere Philosophie, unsere Musik und Dichtung stiegen jubelnd zur freiesten Höhe auf — und gleichzeitig wurde das deutsche Volk als Ganzes in der politischen Welt auf den tiefsten Grad der Erniedrigung herabgedrückt. Das letzte schwache staatliche Band des alten Reiches wurde damals zerrissen, das die deutsche Gesamtheit noch verbunden hatte; der Westen, der Süden Deutschlands wurden abgesprengt und begaben sich in französischen Bann. Nie war die Gefahr größer, daß selbst die deutsche Sprache, der deutsche Name, die deutsche Art ihre Stellung in Europa verloren, als damals, wie das deutsche Volk der Welt sein Innerstes, sein Edelstes geschenkt hatte.

In dieser Not war es der preußische Staat, der Deutschland gerettet hat[1]). Was man heute nach dem Zusammenbruch auch sagen mag, es ist nicht anders gewesen: inmitten des Elends seit dem Dreißigjährigen Krieg, aus dem tiefsten politischen Verfall hat sich die preußische Macht erhoben als die einzige Möglichkeit einer militärischen, wirt-

[1]) Vgl. unser Heft „Los von Preußen?" (Januar 1921), S. 226 ff.

schaftlichen, staatlichen Zusammenfassung der deutschen Zwietracht. Mitten in diese Zwietracht selbst verflochten, selber ein Glied von ihr, ist sie aufgestiegen, ein deutscher Sonderstaat, eigensüchtig, habgierig, wie die anderen auch, aber in härteren Schicksalen, mit höherem Ehrgeiz, von einer einzigartigen Ordnung und Schlagfertigkeit. Vor anderen noch armselig in diesem armseligen Volk, mit Grenzen, die noch zerrissener waren als der Durchschnitt der deutschen Zerrissenheit, noch umstrittener und gefährdeter bei jedem selbständigen Schritt als diese immer gefährdete Mitte Europas. Aber in ihrer Geschichte war etwas, das sie alsbald heraushob aus ihrer ganzen Umgebung, fast als Widerspiel des übrigen Deutschlands trat sie schließlich hervor. Inmitten dieses reichen und weichen und auseinanderstrebenden Volkes ein Staat der Knappheit und der Härte und des zusammengenommenen Willens. Feuriger Ehrgeiz seiner Herrscher reißt ihn verwegen ins freie Wasser der großen Politik; haushälterische Nüchternheit hält ihn vorsichtig in allem Überschwang wieder zurück. Sein Schicksal ist unablässige Gefahr und Anspannung, unermüdliche strenge Arbeit, oft erschütternde Not, immer neuer Kampf um sein Dasein. Was ihn überhaupt erhält, ist Kühnheit und Berechnung, Dienst, Zucht, Haltung, wortkarger Opfermut und heroische Hingabe an die Gesamtheit, welche eine Reihe großer Herrscher ihm einprägen; in dem ganzen übrigen Deutschland gibt es nicht seinesgleichen.

Immer wieder wird er zurückgeworfen auf seiner Bahn; immer wieder sinkt er selbst erschlaffend zusammen: immer wieder von neuem drängt seine Aufgabe sich ihm auf. Sein Staat ist der einzige rein deutsche Großstaat in Europa, sein innerer Aufbau die stärkste politische deutsche Leistung jener Jahrhunderte. Mag er immer wieder straucheln und sich auf andere Wege zu verlieren scheinen, er wächst doch immer enger in das lockere, zerfließende Deutschland hinein. Mag er sich seiner Selbstsucht ergeben, zu ermüden drohen, immer wieder stärker und entscheidender zwingt es ihn zu allen großen Aufgaben der deutschen Politik. Mag er im Wirbel der napoleonischen Erschütterung scheinbar völlig versinken, gerade in dieser bittersten Not schmilzt seine strenge, nüchterne Zucht untrennbar mit dem Reichtum des alten ungefesselten deutschen Lebens ineinander. Sein niedergeworfener Staat sucht und findet zu seiner Wiedergeburt alle geistigen Kräfte des deutschen Volkes; und das geknechtete Deutschland erlebt in tiefer Demütigung zum erstenmal wieder erschütternd den Segen und die Anziehung eines großen nationalen Staates.

So ist Preußen der Führer zur Einigung Deutschlands geworden, welche die politische Geschichte des letzten Jahrhunderts erfüllte — ich brauche sie hier nicht zu schildern. Noch einmal trat es, wie die Flut der Napoleonischen Kriege verebbte, von der Führung ab, noch einmal sank Deutschland in die alte Verwirrung zurück. Noch einmal machten wir die Probe, ob eine andere Macht imstande war, uns zu einer Einheit zusammenzufassen. Noch einmal, zum zweitenmal in wenigen Geschlechtern, wurde ihm und uns ein politischer Genius geschenkt, der die Entwicklung zweier Jahrhunderte vollendete. Seitdem, seit Bismarck, war Preußen die Vormacht eines geeinten deutschen Reiches, das nach seinem Bild geformt war. Leidenschaftlich hat die große Mehrheit unseres Volkes sich zuerst gegen diese Vorherrschaft gesträubt, jubelnd hat es schließlich ihre Vollendung begrüßt.

Man weiß, wie in den gleichen Jahrzehnten seit 1815, in dem diese politische Einigung Deutschlands fortschritt, ganz Europa sich wirtschaftlich und gesellschaftlich von Grund aus umwandelte, wie unser ganzer Erdteil eintrat in den großen Malstrom der modernen Industrie, der modernen Technik, des modernen Kapitalismus, der modernen Massenbewegungen, des aufsteigenden Sozialismus, wie alle ständischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich umbildeten, und wie durch diese Umbildung zunächst das deutsche Bürgertum wirtschaftlich und politisch emporgehoben wurde, so jäh und überraschend fast, wie einst im 13. Jahrhundert. Und diesmal schien seine Erhebung, glücklicher als jene, nicht in einen niedergehenden, sondern in einen aufsteigenden Staat zu fallen. Alle seine reichen, so lange verschwendeten Kräfte unterwarf Deutschland nun der methodischen Ordnung, der überlegenen Zucht, der straffen organisatorischen Sammlung, die Preußen groß gemacht hatten. Und nirgends in seiner ganzen

Geschichte sehen wir in allem Äußeren einen ähnlich überraschen Aufschwung wie in diesen beiden Menschenaltern seit 1871. Seine Wirtschaft türmte sich in überwältigendem Anstieg zu einer schwindelnden Höhe, sein nationaler Staat schien ein Sammelpunkt von gewaltiger Stärke und Lebendigkeit. Sein Handel, seine politische Macht griffen hinaus über die Meere, in die weite Welt.

Die Tage des August 1914 waren der innere Höhepunkt dieses Reiches. Zum erstenmal seit Jahrhunderten sahen sie wieder den geeinten Kern des deutschen Volkes um einen einzigen Mittelpunkt, zu einem einzigen Werk gesammelt. Ein straffer, wunderbar beherrschter Organismus, wie die Geschichte noch keinen gekannt hatte, blitzschnell und ruhig ineinandergreifend gleich einem riesenhaften Räderwerk und doch beseelt von Opfergeist, Heldenmut, Verantwortung bis ins kleinste, ein Volk von 70 Millionen, das wirklich ein einziges Heer geworden schien, ein Heer, das die Seele eines ganzen Volkes in sich trug. Wieder wie einst im Sturm der Schlachten schien sich dieser preußisch-deutsche Staat zusammenzufassen zu einem neuen Aufschwung, zu der neuen größeren Aufgabe, die sich vor ihm eröffnete: seine schützende Macht auszubreiten über das ganze Deutschtum. Das war das Ziel, dem der Weltkrieg es zuzuführen schien.

Aber er endete nach Heldentaten, Opfern, Anspannungen ohne Maß mit seinem Zusammenbruch. Sein neues Kaisertum, samt all seinen alten Fürstentümern, die mit dem deutschen Volk aus der Tiefe der Jahrhunderte heraufgestiegen waren, wurden gestürzt. Sein Heer, das vier Jahre lang einer Welt widerstand, wurde auf feindlichen Befehl aufgelöst, seine Flotte ausgeliefert und vernichtet. Sein alter Beamtenstaat wurde erschüttert. Seine europäischen Grenzen wurden durchbrochen, alle wunden Stellen, die unsere Geschichte kennt, wieder aufgerissen; seine überseeische Stellung zerstört. Sein inneres Leben versank in Revolution, Uneinigkeit, Parteistreit.

Die Entwicklung eines ganzen Jahrhunderts unserer Geschichte, trotz allem eines ihrer größten Jahrhunderte, ist wieder zusammengebrochen, die mühsame Arbeit langer Geschlechter unserer Vorfahren vernichtet und verleugnet, die ganze äußere Lage unseres Volkes nach über hundert Jahren fast wieder auf denselben Tiefpunkt zurückgebogen, von dem sie damals ausgegangen war, die Leistungen des Weltkrieges, die an Geduld, Opfersinn und Ordnungskraft zu den gewaltigsten unseres Volkstums gehören, beendet mit einem äußeren und inneren Zusammenbruch dieses Volkstums, der gleichfalls zu den tiefsten in unserer Geschichte gehört — an dramatischer Kraft und Plötzlichkeit dem Untergang der Hohenstaufen zu vergleichen, an innerer Widerstandslosigkeit beim Einsturz den Zeiten von Jena, an Gefahr für den Gesamtbestand unseres Volkes dem des Dreißigjährigen Kriegs. Von einer der höchsten Erhebungen unserer Geschichte scheinen wir plötzlich, in einer einzigen Bewegung, wieder in eine seiner untersten Tiefen hinabgestürzt.

Aus dieser Niederung heraus sehen wir heute zurück auf den Gang, den unsere nationale Entwicklung genommen hat. Dieser Blick hat etwas Erschreckendes und Bedrückendes. Er zeigt uns in blitzartiger Helle die Gefahren unserer Lage und unseres Charakters, über die wir uns so gern hinwegtäuschen. Nur das äußere Bild von beiden hat sich verändert, das Wesen ist geblieben. Alle unglücklichen Geschlechter unserer Vorfahren, über die wir uns in den guten Tagen so hoch erhaben gedünkt hatten, scheinen uns mit traurigem Lächeln zu begrüßen, die aus den Zeiten der Hussitenkriege und des Westfälischen Friedens, die vom Zerfall des alten Reiches und die von Jena und Auerstädt: Wir sind ihre Verwandten.

Wieder sind wir, wie einst im Mittelalter, dabei gewesen, in einem überwältigenden Aufschwung zu vielem und untereinander Widersprechendem nachzujagen, in der Wirtschaft und in der Politik, auf dem Festland und Übersee — weil unsere Lage uns dazu verlockte, wie einst. Wieder haben wir, wie so oft in unserer Geschichte, die harte Wirklichkeit der politischen Dinge schwärmerisch überflogen in Träumen, daß die anderen uns ruhig erlauben würden, ihnen friedlich über den Kopf zu wachsen. Wieder ist die Zwietracht der Stände in der gefährlichsten Stunde bei uns stärker gewesen als die Kraft des Zusammenhalts. Wieder haben wir am eigenen Leib das tief Widerspruchsvolle, Problematische erlebt, was im deutschen Wesen liegt, jene Mischung von

Eigenschaften, die sich selbst immer bekämpfen und aufheben. Wir haben Fähigkeiten, die uns nach allen Seiten hin verführen, und Laster, die alle Fähigkeiten wieder lähmen. Wir sind viel zu reich an Kraft und organisatorischer Befähigung, um auf die Dauer ohnmächtig zu bleiben und viel zu weich und bestimmbar, um uns dauernd zu behaupten. In unserm Wesen liegt Tiefsinn und hoher Mut, Gerechtigkeit und Selbstlosigkeit, Milde und Treue, Arbeitsamkeit und Ehrfurcht. Aber wir sind daneben voll verbrecherischen Leichtsinns in den gemeinsamen Angelegenheiten und voll plumper Gleichgültigkeit, die alles Unbehagliche sich vom Leibe hält; voll gutmütiger Weichherzigkeit, die über Nacht Schwäche und Charakterlosigkeit wird; voll unverbesserlicher Vertrauensseligkeit, die uns immer wieder jedem frechen Gesindel ausliefert; voll kleinlicher Krittelsucht und gemeinen Undanks, die das größte in neidischem Parteidünkel zerschwätzten; voll feigen Sichselbstaufgebens und schnöden Verleugnens der eigenen Art; voll unerträglicher Schafsgeduld am falschen Ort und voll giftig ausbrechender Galle gegen den Landsmann. Alles Große unserer Geschichte haben diese Laster uns immer wieder zerstört. Sie sind bis heute bleibende Grundzüge in der deutschen Geschichte, und ihr Anblick in der Vergangenheit stimmt uns traurig und müde.

Und dennoch, wenn man diese deutsche Vergangenheit ansieht, dies immer wiederkehrende Auf- und Abwogen, dies immer neue Emporsteigen und Niederstürzen, Erlahmen und Sichwiederaufrichten, so gibt dieser Blick in unsere Geschichte uns gerade heute auch wieder Trost und Hoffnung. Unglaubliches hat dieses Volk schon überstanden und mit geduldiger Arbeit besiegt. Durch welche Jahrhunderte von Not ist es hindurchgegangen, welche Schicksalsschläge hat es überdauert, aus welchem Elend hat es sich wieder erhoben, aus wieviel selbstverschuldeter Demütigung sich herrlich wieder emporgerungen. Mitten aus äußerer Not hat es der Welt sein Unvergänglichstes geschenkt. Etwas Eulenspiegelartiges haftet ihm an, es ist oft klein in der größten Stunde und hinreißend groß in der drückendsten, innerlich hinabsinkend, wenn sein Schicksal es heben will, und heldenhaft sich aufrichtend, wenn die Not es zu Boden fesselt. Unsere Aufgabe ist immer schwerer gewesen als die anderer Völker, weil unser Wesen mannigfaltiger und problematischer ist, bestimmbarer und zerrissener, weicher in seinem Stoff und deshalb unberechenbarer in seinem Schicksal. Wir sind unglücklicher als andere Völker, aber auch um ebensoviel reicher, wenn wir unser schwereres Schicksal innerlich durchdringen. Wir haben die Macht auf Erden bisher noch nie zu halten vermocht, aber uns mit Flügeln immer wieder über sie in die Lüfte erhoben, wenn aus dem Innersten unseres Wesens ein hohes Ziel uns vorschwebte.

Was anders ist denn die letzte, tiefste Ursache unseres Zusammenbruchs gewesen als die innere Ziellosigkeit, in der wir seit langem in die große Entscheidung hineingingen, die materielle Gedankenarmut, die unser ganzes Leben beherrschte? Was die Besten aus jener Zeit der Erhebung vor 120 Jahren für Deutschland erstrebt hatten, das war uns auch im neuen Reich nicht gelungen. Es war uns nicht geglückt, Volk und Staat in eine vollklingende Einheit zu bringen, Macht und Geist in unserem Leben miteinander rein zu versöhnen. Als wir vor hundert Jahren den deutschen Geist hatten, fand er in unserer Zersplitterung noch keinen großen deutschen Staat vor, den er hätte erfüllen können. Und als Bismarck uns dann das Reich schenkte, fehlte uns die beflügelnde Macht einer hohen, schöpferischen deutschen Bildung. Einst hatten wir die Politik lediglich aus dem Reich des Gedankens heraus leiten wollen und jeden Ballast der Tatsachen ärgerlich über Bord geworfen, bis zum Kindischen und Phantastischen. Jetzt ließen wir das Bleigewicht der materiellen Interessen jeden Gedanken ersticken. Wenn wir aufrichtig sind: gab es ein großes Volk, bei dem der Durchschnitt des politischen Denkens in den letzten Jahrzehnten tiefer stand als bei uns gründlichen Deutschen, deren Zeitungen übertroffen von Weltpolitik, Weltgeltung, Weltarbeit? Gab es Eines, das gedankenloser seiner Zukunft entgegenging als dieses, dessen Wirtschaft sich siegreich über die Welt ausbreitete? Gab es Eines, das politisch stumpfsinniger dahinlebte in einer Zeit, die den gewaltigsten Entscheidungen zudrängte?

Seit 1904 umgab uns doch in Wahrheit auf allen Seiten schon der Krieg. Bei jeder Wegbiegung blitzten rings um uns die Waffen auf. Immer verwickelter und ausge-

setzter wurde unsere Lage. Aber sind wir inmitten dieser tödlichen Gefahr uns auch nur über die Grundlagen unseres notwendigsten Daseins gemeinsam klar geworden? Sind wir es noch während des Krieges? Haben wir nicht statt dessen unsere beste Zeit mit inneren Streitigkeiten zugebracht, die eben deshalb jedes großen Zuges entbehrten? Haben wir uns nicht lieber in jedem Augenblick flüchtiger Entspannung jeder beliebigen Beschönigung hingegeben, jedem schönfärberischen Preis, wie glücklich wir uns wieder einmal durch alle Klippen hindurchgesteuert? Ist es noch während des Krieges anders gewesen? Noch während der Revolution? Ja bis zum heutigen Tag?

Wenn wir uns ehrlich fragen: so wie wir als Volk im ganzen waren, was hätte ein Sieg uns gefrommt? Wir hätten als Volk nicht gewußt, was wir mit ihm anfangen sollten, wir hätten uns darüber in inneren Streitigkeiten zerrissen.

Deshalb haben wir ihn nicht errungen. Deshalb sind alle errungenen Einzelerfolge im ganzen wieder verloren gegangen. Deshalb sind alle Opfer, die ungeheuren, zunächst umsonst gewesen. Deshalb sind uns selbst unsere guten Eigenschaften, die Geduld und die Langmut, das schweigende Gehorchen zum Schaden geworden, indem sie den Kampf verlängerten — länger als es bei einem anderen Volk möglich gewesen wäre. Deshalb sind wir schließlich in offener Zwietracht auseinandergefallen. Denn täuschen wir uns auch darüber nicht: auch die Revolution ist ein Teil unserer Geschichte, unser deutsches Proletariat ist ein wesensechter Teil unseres Volkes. Tiefe Züge unserer Art, unserer Vergangenheit tauchen in ihnen wieder auf. Niemand von uns hat ein Recht, sich pharisäisch von ihnen abzutrennen. Sie sind Blut von unserem Blut, Schicksal von unserem Schicksal.

Tiefe geistige Grenzscheiden ziehen nun wieder durch unser Volk. Wird es uns möglich sein, sie wieder zu überbrücken? Werden wir wieder ein gemeinsames geistiges Ziel finden können, das uns alle vereint?

Furchtbar ist unsere Lage seit dem Zusammenbruch, seit den Verträgen von Versailles und St. Germain. Denn der eigentliche Geschlagene dieses Weltkrieges ist der gleiche, der sein eigentlicher Held war: das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und niemand anderer. An achtzig Millionen dieses deutschen Volkes sitzen seit über einem Jahrtausend geschlossen, zusammengehörig, eins in Sprache und Art auf ihrem alten Heimatboden in der Mitte von Europa, von den Alpen bis zum Meer, am Rhein und an der Donau: sie sollen auseinandergehalten, auseinandergesprengt, zersplittert und ohnmächtig bleiben, wirtschaftlich und politisch den andern unterworfen, wie sie es jahrhundertelang waren. Das ist das Ziel dieser Verträge, das Ergebnis unseres Zusammenbruches, das Ergebnis der deutschen Zwietracht. Und in der ganzen tausendjährigen Geschichte unseres Volkes findet man keinen Vertrag, der so einheitlich, so folgerichtig, so umfassend auf seine Vernichtung abzielte, wie dieser. Nach keinem Zusammenbruch war es in seiner Gesamtheit so gleichmäßig wehrlos gemacht, so gefesselt wie heute. Auf allen Seiten sind uns alte Teile unseres Volkstums und damit unserer Geschichte, unserer geistigen Gemeinschaft von neuem abgerissen. Ein wirtschaftlicher Druck ist uns auferlegt, dem wir nicht gewachsen sind. Von Westen her überspannt uns die militärische und politische Vergewaltigung Frankreichs — wer kennt schon ihre Grenzen? Von Osten flutet eine mächtige slawische Volkswelle von der Ostsee bis zur Adria wieder gegen unsere Grenzen heran — wer vermag schon zu sagen, wo und wann sie stille steht? Von Westen her ist der Parlamentarismus, die Demokratie nach westlichem Muster in unseren Staat eingebrochen und hat seine alten Formen zerstört, von Osten her hat der Bolschewismus gedroht, auch diese Zwischenform schon wieder zu verschlingen. Beide Bewegungen aber in ihrer heutigen Gestalt sind undeutsch: eine geistige Fremdherrschaft auf unserem Boden wie eine materielle. So tief ist unser Fall, daß über uns hinweg jetzt die Bewegungen vom Westen und Osten unmittelbar ineinander schlagen: was in den letzten Jahren bei uns vorging, waren vielfach bloß deren Reflexe.

Furchtbar ist auch unsere innere Lage. Der ganze Boden des abendländischen Daseins scheint heute bis ins tiefste aufgewühlt. Von allen Seiten umdrängt uns das Zerstörende und Zerschwätzende, das Willkürliche und Formlose, das Nivellierende und

Mechanisierende dieser maschinellen Zeit, die methodische Zersetzung alles Gesunden und Edlen, die Verhöhnung alles Starken und Ernsten, die Entwürdigung alles Göttlichen, was die Menschen emporhebt, indem sie ihm dienen. Was wir in den letzten Jahren seit 1918 in unserem eigenen Inneren erlebt haben, war Abspannung, Müdigkeit, Verwirrung, Desorganisation. Ein dumpfes Chaos, von dem viele redeten, aber niemand in Wahrheit sagen konnte, ob und welche neuen staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen Gestaltungen es vielleicht in seinem Schoße trug. Was zu sehen war, war ein nahezu hemmungsloser Auftrieb von Eigennutz jeder Art. Nur immer unverbrämter und unverschämter breitete er sich aus. Unter sozialistischer Fahne nicht anders als unter kapitalistischer: roher Materialismus rundum. Keine Kraft zu sehen, die ihn niederdrückte.

Und nun hat Frankreich von neuem mit dem Schwertknauf an das Tor des Schicksals geschlagen. Es kann nicht anders: es wird von seinem Dämon getrieben. Es fordert, wie es so oft in der Geschichte getan hat, sein und unser Schicksal heraus.

Es hat die Frage aufgeworfen, ob das deutsche Volk zerrissen und verkommen genug ist, auch den letzten Rest seines Staates preiszugeben. Denn darüber ist kein Zweifel: der Streit um das Ruhrgebiet geht um die letzte Schanze des Deutschen Reiches, dessen Quadern Bismarck aufgebaut hat. Es muß sie verteidigen bis zum Letzten, oder es muß fallen. Gibt es die Verteidigung auf, unterwirft es sich dem französischen Willen, dann ist der deutsche Staat, die deutsche Einheit von 1870 bis zum Grund abgetragen. Dann möge niemand diese Worte mehr in den Mund nehmen. Dann herrscht Frankreich wie in früheren Jahrhunderten über den Westen und vermutlich bald auch über den Süden Deutschlands. Was dann vor uns liegt, sind neue Zeiten, vielleicht neue Jahrhunderte deutscher Zersplitterung mit all ihren furchtbaren Folgen. Trösten wir uns nicht mit dem bloßen Vergleich von 1813. Damals hatte Preußen eine hohe, einheitliche deutsche Bildung hinter sich, um sich mit ihrer Hilfe innerlich zu erneuern; und Deutschland hatte noch den unbeschädigten Kern des preußischen Machtstaates, um sich an ihm politisch wieder aufzurichten. Heute fehlen uns beide.

Trotzdem hat Frankreich unserm Volk eine Wohltat erwiesen, daß es klar vor diese Frage gestellt wird, vor der es kein Ausweichen gibt. Daß es durch Grausamkeiten, Schandtaten, Greuel gegen eine wehrlose Bevölkerung, derengleichen unsere ganze tausendjährige Geschichte nur wenige kennt, lernt, daß Staat, Selbstbehauptung, Einheit und Ehre eines Volkes keine leeren Worte sind, wie ihm gepredigt wurde, als es die Waffen aus der Hand gab: daß kein großes Volk leben kann ohne sie; daß keines wert ist zu leben, das sie preisgibt. So ist der harte, unerbittliche Gang der Geschichte, und wir müssen uns entscheiden.

Die heutige Stunde fordert von unserm Volk Ausdauer, Leidenskraft und Mut zu seinem Schicksal, komme was wolle. Niemand, der den August 1914 und vier Jahre darauf den November 1918 erlebt hat, wird voreilig mehr prahlen mit deutscher Widerstandskraft und Zähigkeit. Wir haben Grund, bescheiden zu sein und erst zu handeln, bevor wir reden. Aber denken wir auch über die bloße nächste Stunde hinaus.

Was uns auferlegt ist, das ist keine einfache Rückkehr zu irgend etwas Vergangenem. Es gibt kein einfaches Zurück in der Geschichte, niemals hat es eines gegeben, und es hülfe uns auch nichts. Was wir unser deutsches Vaterland heißen, das ist nicht eine bestimmte vergängliche Form unseres Daseins und sei sie dem Einzelnen noch so lieb und vertraut gewesen, das ist nicht das Interesse bestimmter Klassen und Gruppen, die gestern oder heute in ihm herrschen und seien wir gleich unter ihnen: es ist die Heimat des deutschen Volkes und des deutschen Geistes.

Wozu die Zeit in aller Not uns aufruft, ist ein neuer deutscher Weg ins Freie. Nie hat eine Zeit an eine deutsche Jugend größere Anforderungen gestellt als diese, die sich inmitten von Kriegen und Revolutionen jetzt ihren Weg bahnt, gärend, autoritätslos, noch voll chaotischer Zerrissenheit. Wer wird ihren Geist bestimmen?

Bis in die letzten Wochen standen dem Machtwillen Frankreichs in Europa nur mehr drei nichteuropäische Mächte entgegen: das britische Weltreich, Rußland und Amerika. Das war die unmittelbare Folge der deutschen Niederlage, die Folge des Zusammen-

bruches des deutschen Staates, des deutschen Heeres. Nicht der Friede und die Ruhe für Europa sind aus ihrem Sturz hervorgegangen, sondern die Friedlosigkeit und Ruhelosigkeit. Sie müssen dauernd bleiben, solang bis diese Mitte des Erdteils wieder in Kraft und Gerechtigkeit geordnet ist. Wenn Europa nicht untergehen soll, so bedarf es Deutschlands in seiner Mitte zwischen West und Ost, zwischen Franzosentum und Russentum und Angelsachsentum, wie es seiner immer bedurft hat, solange es besteht. Hier liegt unsere Aufgabe, wo sie immer gelegen hat: nie war sie gewaltiger in unserer ganzen tausendjährigen Geschichte.

Wie sie im ganzen zu lösen ist, ob unser Volk die Kraft besitzen wird, sie noch einmal zu lösen, das kann heute kein Lebendiger wissen — aber was kümmert es uns auch? Von wannen der Wind wieder wehen wird, das liegt nicht in unserer Hand. Was wir tun können, heute, morgen, in jedem Augenblick, das ist standzuhalten für die gegenwärtige Stunde und den Boden zu bereiten für eine künftige Saat. Wir haben es hier schon öfter ausgesprochen und werden es immer wiederholen: nicht neue Parteien brauchen wir heute, sondern neue Charaktere; nicht neue Programme, sondern eine neue Gesinnung; nicht neue Schlagworte von irgend etwas, was kommen soll, sondern lebendige Beispiele eines neuen Lebens, das da ist und mit sich reißt. Eines ist gewiß. Wir sind gefallen, weil unser Inneres brüchig war, weil es den gewaltigen äußeren Bau, den wir auftürmten, nicht mehr tragen konnte. Eine dauernde Heilung, ein neues Leben, und sei es welches immer, ist nur möglich von innen heraus. Alles andere sind bloße Schaumblasen der Zeit, ohne Dauer, ohne Bestand. Aus dem Gemeinen ist noch nie etwas Großes erwachsen.

Woran wir leiden, das ist die Erschütterung aller Zucht, alles Gemeinsinns, aller Selbstbesinnung, die Taubheit breiter Schichten unseres Volkes gegen jedes allgemeinere und höhere Gebot. Damit ist überhaupt kein selbständiger Staat möglich, ein Volksstaat noch weniger als eine Tyrannis, ein sozialer noch weniger als ein kapitalistischer. Hier gibt es keinen anderen Weg der Rettung als eine Erneuerung von innen heraus, aus den tiefsten Wurzeln unseres Wesens, das heute so tief unter fremden, zwieschlächtigem Schlamm verborgen liegt. Wir danken Frankreich, daß es sie in unseren Grenzlanden, in den besetzten Gebieten wieder zum Leben erweckt. Dieser Aufbau ist auch im besten Fall ein langer, gefahrenreicher, mühevoller Weg. Die ursprünglichen staatlichen Kräfte des Deutschen, das Heimatgefühl, der Sinn für Ordnung und Gerechtigkeit, für Arbeit und Treue sind die Grundlagen, die erst einmal wieder stehen müssen, ehe irgend etwas anderes Bestand gewinnen kann. Über ihnen aber brauchen wir in diesem zerrissenen und zersplitterten Deutschland von heute noch eine höhere gemeinsame Einheit: sie ist größer als sie im alten Reich von 1871 war: die Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes in der Mitte von Europa, das um sein Dasein ringt.

Wir wenden uns vor allem an die Jugend von Deutschland. Erfüllen wir uns mit tapferer Kraft, das Gute für unser Volk zu tun, unbekümmert um die Folgen. Die wachsen schon hinzu, wenn Gott es will. Auch in der Welt des Geistigen und des Sittlichen geht keine Kraft verloren. Auch die Opfer, die unserem Volk gebracht worden sind, müssen im Geheimen irgendwie nachwirken und werden die Stunde ihrer Auferstehung feiern. Es ist etwas in unserer Brust, was uns glauben macht in aller Not — nicht Stolz auf das, was unser Volk schon geleistet hat, sondern im Gegenteil ein Gefühl der Verpflichtung, was ihm noch obliegt, das Gefühl, daß wir Deutsche unsere Aufgabe in der Geschichte bisher noch nicht erfüllt haben, daß alles Größte uns bisher immer wieder vor der Vollendung abgebrochen ist, daß unser Schicksal selbst uns immer neue Wege auferlegt. Daß die deutsche Seele noch nicht alles ausgesungen hat, was in ihr klingt, die deutsche Dichtung noch nicht alles verkündet, was sie an Heldentum, Schönheit und Leid in der Welt erschüttert, die deutsche Bildnerkraft noch nicht alles ausgestaltet hat, was an innerer Figur in ihr zum Leben drängt, daß der Staat der Gerechtigkeit und Ordnung, der milden Stärke, der uns vorschwebt, noch nicht lebendig geworden ist: daß das Deutschland, welches die edelsten Deutschen aller Zeiten in ihrem Herzen getragen haben, noch nicht Gestalt gefunden hat auf der Erde.

Schicksalswende.

Von Wirkl. Geh. Rat Friedrich Edler von Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrates, M. d. R.

„Es ist mannhafte Kühnheit, ein Übel fest ins Auge zu fassen, es zu nötigen, standzuhalten, es ruhig, kalt und frei zu durchdringen und es aufzulösen in seine Bestandteile. Auch wird man nur durch diese klare Einsicht des Übels Meister und geht in der Bekämpfung desselben einher mit sicherem Schritt."

Diese Worte Joh. Gottlieb Fichtes, gerichtet an die deutsche Nation in einer Zeit gleicher Not des Vaterlandes wie die unsere, müssen uns Leitwort sein, wenn wir an Stelle des planlosen Optimismus, durch den die Vorgänger des Kabinetts Cuno ihr hilfloses Hindämmern zu bemänteln suchten, ein nüchternes, aber allen Gefahren zum Trotz unverrückbares Ziel setzen wollen. Alle die, die bei diesem letzten schweren Kampfe Führer sein wollen, müssen sich der Verantwortung vor Gott, der Nation und ihrem eigenen Gewissen klar sein. Sie müssen die Kraft haben, Hohes, ja das Höchste zu fordern und alle Vorurteile abzustreifen; sie müssen auch die Kraft haben, wenn nötig ohne Sentimentalität wehe zu tun, und bereit sein alles, was für das deutsche Volk nicht lebensnotwendig ist, zu opfern, um in den Keimen einer besseren Zukunft das Wesen des Deutschtums zu retten.

Ich habe das felsenfeste Vertrauen, daß das deutsche Volk solchen Führern freudig Folge leisten und Schwerstes willig auf sich nehmen wird, wenn es den Weg zu einer Rettung sieht und wieder an eine Zukunft für Deutschland glauben lernt. Denn das Volk sehnt sich nach einer Tat und auch Europa wird aufhorchen, wenn in Deutschland wieder ein Wille spürbar wird.

Die Erfüllungspolitik, der einzige leitende Gedanke des Kabinetts Wirth, ist durch die letzte Entwicklung endgültig ad absurdum geführt und es ist eine schmerzliche Genugtuung für uns, die wir sie von Anfang an bekämpft haben, daß alles Unheil eingetroffen ist, das wir warnend voraussagten.

Jeder Versuch einer Versöhnung Frankreichs war eine hoffnungslose Torheit. Der Gedanke, durch Erfüllung bis zum Weißbluten den guten Willen Deutschlands zu beweisen, um dann von der Barmherzigkeit der Gegner die Mittel zum Wiederaufbau Deutschlands zurückzuerhalten, war weltfremder Irrsinn, da die klare Linie der französischen Politik von Anfang an dahin ging, die Ziele, die es in Versailles noch nicht hatte erreichen können, durch Strafmaßnahmen für absichtliche Verfehlungen Deutschlands durchzusetzen, also einen Beweis des guten Willens niemals anzuerkennen.

Alles was das Kabinett Wirth auf Kosten des deutschen Volkes geopfert hat, um den Beweis der Unmöglichkeit der Erfüllung zu führen — wie das Motto in der zweiten Phase dieses Irrgangs hieß — ist also zwecklos und nutzlos vertan worden und hat nur bewirkt, daß nun der Gewaltpolitik Frankreichs ein in allen Teilen hoffnungslos ausgeraubtes und erschöpftes Deutschland gegenübersteht.

Ich lasse bei den folgenden Betrachtungen die seit dem Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet eingetretenen Ereignisse zunächst unberücksichtigt.

Bei diesem Vorgehen handelt es sich um Schädigungen, die nie mit den Bestimmungen eines Vertrages oder des Völkerrechtes bemäntelt werden können, die vielmehr an Ehrlosigkeit und Feigheit die Gepflogenheiten eines Wegelagerers noch weit übertreffen. Denn dieser läuft immer noch Gefahr, daß sich sein Opfer gegen den Überfall geschützt hat und verteidigen kann. Frankreich und Belgien aber begehen ihren Raubüberfall gegen ein Volk, das im Vertrauen auf feierliche Zusicherungen sich wehrlos der Gerechtigkeit seiner Gegner anvertraut hat, nachdem sie sich durch eine sorgfältige jahrelange Kontroll- und Spionagetätigkeit davon überzeugt hatten, daß die Entwaffnung tatsächlich durchgeführt, Deutschland also wirklich wehrlos ist. Mit dem durch dieses Verbrechen geschaffenen Zustand wird sich das deutsche Volk nie abfinden; er darf also bei dieser die weitere Zukunft Deutschlands betrachtenden Abhandlung zunächst unberücksichtigt bleiben.

Vor allem aber muß verhütet werden, daß bei einer siegreichen Abwehr dieses Über-

falles die Meinung entsteht, nun sei alles gut, wie sich Deutschland bisher immer schon von einer Hoffnung zur anderen hingeschleppt hat. Wir müssen das Volk darüber aufklären, daß auch bei Rückgängigmachung der Ruhrbesetzung die Lage Deutschlands fast verzweifelt ist und nur bei dauernder Anspannung aller Kräfte unseres Volkskörpers gerettet werden kann.

Wie stellt sich die Lage Europas, insonderheit Deutschlands, infolge des Versailler Vertrages und der anderen Friedensverträge dar? Im November 1918 nach Abschluß des Waffenstillstandes, der jedem Sehenden den Vernichtungswillen der Feinde klar zeigte, in der Revolution, die unersetzliche Werte ethischer und materieller Natur in Deutschland zerschlug, stand der Dollar in Berlin 5,5, Anfang dieses Jahres aber um 8000. Also nach einem vierjährigen Krieg, trotz der Sicherheit großer Gebietsverluste, trotz großer Inflation, trotz der in Wahrheit unproduktiven Hochproduktionen der Kriegszeit, in der wir fast alle geschaffenen Werte wieder „verpulverten", eine hohe Wertung des deutschen Geldes; ein Beweis, daß das gesamte Ausland Vertrauen in Deutschlands Zukunft hatte — ein ungewolltes Zeichen der Bewunderung für Deutschlands in vierjährigem Heldenkampf bewiesene Lebensenergie.

Der beste Beweis, daß nicht nur die Reparationen an dem Stande unserer Valuta schuld sind, sind Staaten wie Deutsch-Österreich, Ungarn, Polen, die nie eine Reparation geleistet haben, und deren Valuta noch schlechter oder nicht viel besser ist als die Deutschlands, aber auch fast alle sogenannten Siegerstaaten, deren Valuta erheblich schlechter ist als vor dem Kriege, und selbst valutastarke Länder, wie Amerika und die Neutralen, die sich in schwerer wirtschaftlicher Not befinden. Die tieferen Gründe liegen in der Balkanisierung ganz Mittel-Europas. Blühende Teile Deutschlands wurden aus unserem Volkskörper gerissen, an Stelle des zertrümmerten Österreichs wurden lebensunfähige Staaten mit Nationalitätengemisch gebildet und die Verkehrswege sowie die industriellen Zusammenhänge willkürlich zerrissen. Trotz des sogenannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker wurden 20 Millionen Menschen zwangsmäßig unter fremde Herrschaft geknechtet, davon allein 9 Millionen Deutscher, so daß jetzt in den neuen Staaten starke Minoritäten unterdrückt werden, die eine neue Irredenta bilden. Den Gang ruhiger Entwicklung stört vor allem die Bildung von Staaten, die weder durch ihre Kultur, noch durch ihre Leistungen einen Anspruch auf Selbständigkeit hatten, oder die — wie Polen — in der Geschichte immer wieder erwiesen haben, daß sie zu selbständiger Verwaltung unfähig sind. Als wichtigste Folge der „Friedens"diktate und als schwerstes Hindernis für den Wiederaufbau ist zu nennen das vollkommen erschütterte gegenseitige Vertrauen. Die Folge des sogenannten Kampfes gegen den Militarismus ist ein in Waffen starrendes Europa, mit Heeren, die trotz der Entwaffnung der besiegten Staaten um 1 Million stärker sind als vor dem Kriege (vor dem Krieg 3,7 Millionen, jetzt 4,7 Millionen); französische „Sieges"-Trunkenheit, die mit größtem Erfolg jeden Ansatz zur Vernunft mit der gepanzerten Faust wieder zerschlägt. Deshalb ist eine gemeinsame Front aller Besiegten und aller mit Vernunft Begabten in den sogenannten Siegerstaaten nötig, in diesem Kampfe zur Vernichtung der Friedensverträge, damit der „Krieg nach dem Kriege" endlich aufhört und Europa zum Frieden kommt.

Wenn nach Vorstehendem die Gesamtheit der Friedensverträge die Schuld trägt an der unglücklichen Lage Europas, so bilden für Deutschland die sich aus dem Versailler Diktat ergebenden Verpflichtungen das schwerste Hindernis nicht nur für einen Wiederaufbau Deutschlands, sondern für einen Wiederaufbau Europas.

Tribute.

Die bisher von Deutschland unter dem Namen „Reparationen" geleisteten Tribute sind von der Regierung bisher nie klar veröffentlicht worden. Sie setzen sich zusammen aus Barzahlungen und Sachleistungen. Bei beiden ist zwischen Leistungen aus dem vorhandenen Besitz, also aus dem Fundus des Volksvermögens und solchen aus der laufenden Erzeugung zu unterscheiden. Die Hauptposten aus dem festen Besitz sind: Das beschlagnahmte Eigentum der Deutschen im Auslande, das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten und Kolonien, die ausgelieferte Handelsflotte, die in den von Deutschland besetzt gewesenen und geräumten Gebieten zurückgelassenen Güter und das nach dem Waffenstillstand abgelieferte Eisenbahnmaterial.

	Goldmark
I.	
1. Reichs- und Staatseigentum in den Abtretungsgebieten (einschl. Oberschlesien)	4 960 924 000
2. Anteilige Reichs- und Staatsschuld (ausschl. Memelgebiet, Oberschlesien, einschl. Eupen-Malmedy)	485 012 000
3. Deutsches Staatseigentum in der britischen Niederlassung Shameen in Canton (China)	538 000
4. Deutsche Schule in Shanghai	2 042 000
5. Deutsche Eisenbahn und Bergwerke in Shantung	59 000 000
6. a) Saargruben	1 016 000 000
b) Nebenleistungen der Saarbergverwaltung	1 127 000
7. a) Privatkabel	77 800 000
b) Staatskabel	1 610 000
8. Nichtmilitärischer Rücklaß an der Westfront	1 897 150 000
9, Eisenbahnfahrzeugpark in den Abtretungsgebieten (einschl. Oberschlesien, ausschl. Memelgebiet, Dänemark, Eupen-Malmedy), roll. Eisenbahnmaterial, Lastkraftwagen usw.	2 238 434 000
10. Eisenbahn- und Schiffsbrücken über den Rhein	9 611 000
II.	
11. Aktien der marokkanischen Staatsbank	643 000
III.	
12. Waffenstillstands-Abkommen	32 841 000
13. Seeschiffe und Fischdampfer	5 915 273 000
14. Binnenschiffe, Hafenanlagen, Flußschiffe	105 118 000
15. Kohlen, Koks und Nebenprodukte (Weltmarktpreis)	2 333 600 000
16. Wiederaufbau, sonstige Sachleistungen einschließl. Vieh, Farbstoffe, chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	486 100 000
17. Wiederherstellung der Löwener Bibliothek	1 522 000
18. Sanktionsabgaben	126 293 000
IV.	
19. Verkauf von zerstörtem und unbrauchbar gemachtem Kriegsmaterial	200 000 000
20. Devisenzahlungen	1 580 000 000
21. Devisengegenwert der nach Art. VII des Londoner Zahlungsplanes vom 5. 5. 1921 als Sicherheit bestellten Einnahmen an Zöllen	44 897 000
22. Rheinlandzölle und sonstige Einnahmen aus wirtschaftlichen Sanktionen von 1921	69 337 000
23. Verschiedenes	1 350 000
V.	
24. Liquidiertes deutsches Eigentum im Ausland	11 740 000 000
VI.	
25. Abgetretene Forderungen des Deutschen Reiches an seine ehemaligen Kriegsverbündeten	8 600 000 000
VII.	
26. Wert der gemäß Art. 260 des Friedensvertrages an die Reparationskommission abgelieferten Wertpapiere	392 000 000
VIII.	
27. Ausgleichszahlungen	603 000 000
28. Deutsch-französisches Abkommen betr. außerordentliche Kriegsausgaben für Elsaß-Lothringen	28 000 000
29. Deutsch-französisches Pensionsabkommen	14 000 000
30. Sao-Paulo-Abkommen	1 000 000
Übertrag	43 024 222 000

Übertrag	43 024 222 000
31. Wert des an Belgien abgetretenen Reichs- und Staatseigentums in Eupen-Malmedy	150 000 000
32. Interalliierte Kommissionen einschl. Repko	90 000 000
33. Restitutionen und Substitutionen von Maschinen, Geräten, Schiffen und Tieren	400 000 000
34. Innere Besatzungskosten	861 000 000
35. Sicherheitsleistungen an das Garantiekomitee	74 000 000
36. Abgelieferte Kriegsschiffe (einschl. Scapa Flow = 856 150 000)	2 194 175 000
37. Wert der an Japan ausgelieferten marinefiskalischen Anlagen in Tsingtau	79 135 000
IX.	
38. Kosten der militärischen Abrüstung (ohne Kriegsschiffe) schätzungsweise	6 250 000 000
39. Kosten der industriellen Abrüstung schätzungsweise . .	2 700 000 000
40. Nichtmilitärischer Rücklaß an der Ostfront schätzungsweise	1 050 000 000
41. Verschiedenes (Kosten der Abstimmung, Grenzregulierung, Überleitung, Flüchtlingsfürsorge usw.) schätzungsweise	482 000 000
Summa	57 354 532 000

Was ich hier aufzähle ist nicht identisch mit dem, was die Reparationskommission als deutsche Leistungen auf Reparationskonto gebucht hat.

Wenn ich diese Buchungen, die mir vorliegen, den Lesern verständlich machen wollte, müßte ich ein eigenes Buch darüber schreiben und selbst dann wäre der Erfolg zweifelhaft. Denn der Versailler Vertrag, dieses schmählichste Dokument französischer Rachsucht und Spitzfindigkeit, ist so mit Fußangeln und Fallen gespickt, daß seine Bestimmungen es dem niedrigen französischen Advokatengeist ermöglichen, jedes scheinbare Zugeständnis wieder illusorisch zu machen.

Was ich anstrebe ist, dem deutschen Volk und der Welt klarzumachen, was Deutschland seit dem Abschluß des Waffenstillstandes an Sachleistungen und Zahlungen tatsächlich aufgebracht hat und um welche Werte das deutsche Volksvermögen durch feindliche Einwirkungen nach dem Krieg geschädigt worden ist.

Die oben angegebenen, von dem deutschen Volke aus dem Friedensvertrag erfüllten Leistungen drücken nicht entfernt den Grad des Verlustes aus, den die deutsche Volkswirtschaft durch diese Leistungen erlitten hat, da die zahlenmäßige Festsetzung des Wirtschaftswertes der verlorenen Gebiete in Deutschland, der deutschen Kolonien, der Kabel usw. auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stößt.

Von deutscher Seite ist verschiedentlich der Versuch gemacht worden, den Geldwert des ehemaligen deutschen Kolonialbesitzes zu berechnen. Die verschiedensten Methoden sind dabei angewandt worden. Man hat versucht, zugrunde zu legen das in den Kolonien investierte Kapital oder die Abschätzung der in den Kolonien vorhandenen Werte oder auch die Kapitalisierung der Ausfuhr; der richtigste Weg scheint mir der von Zache in einem Artikel des „Wirtschaftsdienstes“ vom 30. September 1921 nach einer Dissertationsschrift von Dr. Karl Beischer, Würzburg, gemachte Versuch, den potentiellen Wert des Kolonialbesitzes zu errechnen, d. h. den Ertragswert gemessen nicht nur nach den gegenwärtigen Verhältnissen, sondern nach den für eine nahe Zukunft erreichbaren Entwicklungsmöglichkeiten, wie sie sich ohne den gewaltsamen Besitzwechsel für Deutschland sicher ergeben hätten.

Auf dieser Grundlage berechnet er den natürlichen Wert des deutschen Kolonialbesitzes folgendermaßen:

Deutsch-Ost-Afrika	31	Milliarden Goldmark
Kamerun	16	Milliarden Goldmark
Deutsch-Südwestafrika	12	Milliarden Goldmark
Togo	3	Milliarden Goldmark
Südsee-Inseln	8	Milliarden Goldmark
Kiautschou	7,5	Milliarden Goldmark
Summa	77,5	Milliarden Goldmark

Daß diese Berechnung keineswegs zu günstig aufgestellt ist, ergibt sich daraus, daß einer der besten Kenner unserer Kolonien, der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Exzellenz Seitz, auf einem etwas anderen Wege, zu einem Ergebnis von 110 Milliarden Goldmark kommt.

Ich wähle aber absichtlich die niedrigere Schätzung, um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, den deutschen Verlust zu übertreiben.

Daß ich mit diesen Zahlen nicht zu hoch greife, ergibt sich übrigens auch aus den Bemerkungen, die der bekannte Führer der „Labour Party" E. D. Morel in seiner Flugschrift „Das Gift, das zerstört" über den Wert des Deutschland weggenommenen Kolonialbesitzes macht. Er berechnet den Gebietsumfang des allein an England zugeteilten deutschen Kolonialbesitzes auf 1 709 340 Quadratmeilen und fährt fort: „Ihr potentieller Wert beläuft sich auf viele Tausende Millionen Sterling. Auf Zeit gerechnet werden die Summen, die allein aus den ehemaligen deutschen Besitzungen gezogen werden können, die Gesamtkriegskosten bedeutend überschreiten." So urteilt ein durchaus national denkender hochgebildeter Engländer, der durch seine eingehenden Studien gerade über den „dunklen Kontinent" wie wenige Bescheid weiß.

Den volkswirtschaftlichen Wert der Gebiete zu berechnen, die uns vom deutschen Stammlande geraubt worden sind, ist noch von keiner Seite versucht worden und auch ich fühle mich dazu nicht imstande. Man muß diesen Verlust also hier außer Betracht lassen.

Unberechenbar sind auch die Schäden, die unserer Volkswirtschaft durch die Beschlagnahmungen von Wohnungen für die Besatzungstruppen fortdauernd erwachsen. Daß diese Verluste — wären sie ziffernmäßig zu erfassen — ungeheuer groß sein müssen, erhellt aus der Angabe, daß neben allen beschlagnahmten Kasernen, öffentlichen Gebäuden, Schulen, Fabriken, Kinos, Theater, Turn- und Fechthallen usw. nach einer Aufstellung vom 15. September 1922 allein 9 659 ganze Privathäuser bezw. vollkommene Wohnungen mit einer Zimmerzahl von 39 732 Zimmern und außerdem 9 835 einzelne Zimmer in Wohnungen beschlagnahmt worden sind.

Auch eine andere Zahl läßt sich leider nicht genau berechnen: das sind die „unsichtbaren" Erfüllungen, durch die das deutsche Volksvermögen infolge der durch den Versailler Vertrag eingetretenen Verhältnisse nach Schätzung deutscher Volkswirte zusammen mit den offenen Leistungen auf die Hälfte des Standes der Vorkriegszeit (240 bis 325 Milliarden Goldmark) herabgedrückt ist. Unter diesen unsichtbaren Erfüllungen verstehe ich den Übergang deutscher Sachwerte — Grundstücke, Gebäude, Aktien und Hypotheken — an das Ausland zu einem Preise, der heute nur — auch wieder nach volkswirtschaftlicher Schätzung — 4—8% des wirklichen Wertes beträgt.

Diese unsichtbare Erfüllung, diese Überfremdung können gar nicht ernst genug beurteilt werden und machen ein gesetzgeberisches Einschreiten erforderlich.

Der Augenblicksvorteil, den das Hereinströmen fremden Geldes für unsere Valuta hat (wenigstens indirekt, denn meistens wird deutsche Mark von den Ausländern für ihre Käufe verwendet, die aber auf diese Weise wieder nach Deutschland kommt, während sie sonst auf den Markkurs drücken würde), die Erleichterung, die manchem Deutschen durch den verhältnismäßig hohen Papierpreis des Ausländers geboten wird, die Einkünfte an Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer usw., die bald einsetzende Beschäftigung von Bauhandwerkern, nachdem ein Ausländer Grund- oder Häuserbesitz gekauft hat, all dieses soll nicht unterschätzt werden. Messen wir aber diese augenblicklichen Erleichterungen — ganz abgesehen von der nationalen Seite der Frage — an den

Folgen, die dadurch entstehen, daß die Ausländer jetzt für einen Bruchteil des Wertes Teile des deutschen Volksvermögens kaufen, so zeigt sich, daß das deutsche Volk hierdurch auf Menschenalter in „Schuld- und Zinsknechtschaft" des Auslandes kommt, daß Deutschland zu einem Ausbeutungsobjekt für fremde Kapitalisten wird, die unser Volk kaum das tägliche Brot werden verdienen lassen.

Zählt man nur die berechenbaren Leistungen und Verluste nach obigen Aufstellungen zusammen, so kommt man zu einer Summe von 134 854 532 000 Goldmark, um die das deutsche Volksvermögen bisher geschädigt worden ist.

Niemals seit die Welt steht, hat eine Beraubung eines Volkes in solchem Umfang stattgefunden und die Tatsache, daß Deutschland schon fast die Hälfte des Volksvermögens der Vorkriegszeit durch den Vertrag von Versailles eingebüßt hat, muß sich jeder vor Augen halten, der sich durch hohe Papiergewinne täuschen läßt und hofft, daß mit Rückkehr stabiler Verhältnisse die deutsche Volkswirtschaft mit gleicher Kraft und Leistungsfähigkeit wie vor dem Kriege an den Wiederaufbau herangehen könne. Als wichtigstes Passivum in dieser Rechnung aber erscheint mir, daß seit einigen Monaten das Vertrauen des Auslandes in Deutschlands Zukunft geschwunden ist. Die zahlreichen Stimmen, die — uns oft unbegreiflich — immer wieder ihren Glauben in Deutschlands Tüchtigkeit und Wiederhochkommen kundtaten, verstummen immer mehr. Können wir uns ehrlicherweise darüber wundern?

Der Glaube des Auslandes an Deutschlands unzerstörbare Wirtschaftskraft beruhte auf der Arbeitsfreudigkeit, Ordnungsliebe und Sparsamkeit des deutschen Volkes.

Haben wir diese Tugenden endgültig eingebüßt oder sind sie nur durch äußere Umstände gehindert, sich wieder zu entfalten? Das ist die Schicksalsfrage, auf die die nächsten Jahre Antwort geben werden. Zurzeit aber krankt unser ganzes Wirtschaftsleben an dieser Kriegsfolge — denn ohne den Krieg wäre unser Volk einer derartig selbstmörderischen Revolution nicht fähig gewesen.

Die Folgen des Rückganges der Arbeitsleistung zeigen sich am eindeutigsten bei der Urproduktion, insonderheit der Kohle und der Landwirtschaft.

Die Kohle.

Die Steinkohlenförderung in Deutschland vor dem Kriege (1913) belief sich auf 190 109 000 Tonnen. Davon standen nach Abzug des Selbstverbrauches der Zechen und der Deputate 177 919 000 Tonnen für die deutsche Wirtschaft zur Verfügung. Die Ausfuhr (Koks und Preßkohle auf Steinkohle umgerechnet) belief sich auf 45,1 Millionen Tonnen, die Einfuhr auf 11,3 Millionen Tonnen, es ergab sich also ein Ausfuhrüberschuß von 33,8 Millionen Tonnen Steinkohlen. In Auswirkung des Versailler Vertrages verlor Deutschland unter Zugrundelegung der Angaben von 1913 in den Saargruben einschließlich der Pfalz eine Förderung von 13 217 000 Tonnen, in Lothringen eine Förderung von 3 796 000 Tonnen, von den oberschlesischen Gruben, deren Gesamtförderung sich im Jahre 1913 auf 43 435 000 Tonnen belief, 75% = 32 576 000 Tonnen. Dieser Verlust ist besonders einschneidend für die deutsche Wirtschaft, da es sich bei der oberschlesischen Kohle um erstklassige Steinkohle handelte. Im ganzen ist die Kohlenbasis Deutschlands durch den Vertrag von Versailles um 26% verkleinert worden.

Die gesamte Steinkohlenförderung im verkleinerten Deutschland belief sich im Jahre 1921 (ohne das an Polen gefallene Oberschlesien) auf	113,8 Millionen Tonnen
Hiervon ab Zechenselbstverbrauch	14,8 Millionen Tonnen
	Verbleiben 99 Millionen Tonnen

An Reparationskohlen wurden ohne Entgelt bis Juni 1922 geliefert: 45 865 000 Tonnen (Koks und Preßkohle in Steinkohle umgerechnet) im Werte von 2 048 913 521.36 Goldmark (Weltmarktpreis), auf Grund des deutschen Inlandspreises im Werte von 687 358 569.03 Goldmark. Deutschland erleidet also einen Verlust von 1 361 554 952 Goldmark. Da der jetzige Bedarf der deutschen Wirtschaft trotz allergrößter Einschränkung die verbleibende Kohlenmenge bei weitem übersteigt, so ist es erforderlich, diese ausgeführten Reparationskohlen wieder einzuführen. In den Monaten Juli, August und September 1922 wurden an Steinkohlen eingeführt: 5 078 000 Tonnen, davon allein

3 858 000 Tonnen aus dem Saargebiet, der Tschechoslowakei und aus Großbritannien, 984 000 Tonnen aus Polnisch-Oberschlesien. Bezahlt wurden 150 Millionen Goldmark nach Durchschnittskurs = 36,8 Milliarden Papiermark. In demselben Zeitraum wurden an die Entente geliefert 4 520 000 Tonnen Steinkohlen. Aus dem Vorhergesagten ist ersichtlich, daß Deutschland durch den Versailler Vertrag aus einem Kohlenausfuhrland ein Kohlen-Einfuhrland geworden ist. In welchem Ausmaß dieses auf die Handels- und Zahlungsbilanz drücken muß, ergibt allein die Zahl, daß die Steinkohlenbilanz vor dem Kriege (1913) mit 319,9 Millionen Goldmark aktiv war und jetzt mit 525 Millionen Goldmark passiv ist (Mai 1921 bis April 1922 mit 2 713 Milliarden Papiermark passiv).

Die zu Deutschlands Ruin führende Kohlenlage ist aber nicht nur auf die Folge des Versailler Vertrages, sondern auch auf den Rückgang an Arbeitsintensität zurückzuführen. Hierfür einige Zahlen:

Im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbau waren an Arbeitern beschäftigt:
1913 409 000 Mann 1921 547 000 Mann
Die Kohlenförderung betrug:
1913 114 550 000 Tonnen 1921 94 115 000 Tonnen
Die Jahresleistung auf den Kopf der gesamten Belegschaft:
1913 280 Tonnen 1921 172 Tonnen
Die Tagesleistung auf den Kopf der gesamten Belegschaft (auf den Kalenderarbeitstag):
1913 930 kg 1921 569 kg

Die auf einen Kalenderarbeitstag entfallende Fördermenge auf 1 Arbeiter (die „Leistung") ist im Jahre 1921 gegen 1913 um 39% gefallen; mit anderen Worten: einer Vermehrung der im Produktionsprozeß tätigen Arbeiter um etwa 34% steht ein Rückgang der Gesamtleistung um etwa 18% gegenüber. Nach Sachverständigen-Urteilen wäre von der gleichen Belegschaft mit intensivster Arbeitsleistung und unter Einlegung von Überschichten eine monatliche Mehrförderung von 2 bis 2,5 Millionen Tonnen möglich, was einem Goldwert von 50 bis 62 Millionen Goldmark entspricht.

Die Bergarbeiter haben durch ihr entschlossenes, mannhaftes Auftreten gegenüber französischen Lockungen und Bedrückungen bewiesen, daß sie entschlossen sind, im vaterländischen Interesse den feindlichen Raubgelüsten einen passiven aber um so stärkeren Widerstand entgegenzusetzen. Ich bin überzeugt, daß sie bei der Erkenntnis des Ernstes unserer Lage auch zu der Mehrleistung bereit sein werden, sobald der feindliche Druck beseitigt ist, denn ohne den dauernd in die Tat umgesetzten Entschluß produktiver Mehrleistung im Kohlenbergbau würde auch eine Erleichterung der Reparationslasten unser Wirtschaftselend nicht beseitigen. Was uns Krieg und Revolution zerstört haben, kann uns nur eigene erhöhte Leistung wieder ersetzen.

Die Landwirtschaft.

Auch in dem anderen Zweige der Urproduktion, in der Landwirtschaft, zeigen sich die verderblichen Folgen unserer geschwächten Produktionskraft, die uns zu gesteigerter Einfuhr von Lebensmitteln und damit zu einer auf die Dauer unerträglichen Belastung unserer Zahlungsbilanz zwingt.

Die heutige Ernährungslage stellt sich bei der verkleinerten Lebensmittelbasis Deutschlands in kurzen Zügen wie folgt dar:

Die Brotgetreide-Ernte ist halb so groß wie die Friedensernte. Die Futtermittelernte beträgt wenig mehr als die Hälfte der Friedenszeit. Die Schätzung der verfügbaren Mengen an Fleisch und Fetten schwankt zwischen 40 bis 50% des Friedensverbrauches. An Milch steht rund die Hälfte zur Verfügung. Die Futtermittelernte reicht knapp zur Erhaltung des Viehstandes aus. Die Leistungen sind gegen die Friedenszeit um 40% zurückgegangen. Die Abschlachtungen an Jungvieh sind sehr viel größer als im Frieden (bei Kälbern 50% mehr).

Nach amtlicher Schätzung beträgt im Erntejahr 1921/22 infolge sehr ungünstiger Witterungsverhältnisse, besonders in der Erntezeit, die Brotgetreide-Ernte nur 7,3 Millionen Tonnen gegenüber 9,5 Millionen Tonnen im Vorjahre. Hiervon gehen ab für Selbstversorger, Deputate und Saatgut (3,2 Zentner pro Hektar), 4,4 Millionen Tonnen. Es

bleiben also für die zu versorgende Bevölkerung nur 2,9 Millionen Tonnen verfügbar. Der Gesamtbedarf für die Brotversorgung dieses Teiles der Bevölkerung beläuft sich nach Berechnung der Reichsgetreidestelle auf 4,5 Millionen Tonnen, bei der bedrückten wirtschaftlichen Lage weiter Volkskreise ist aber mit dieser Mindestsumme keinesfalls auszukommen, da das Brot in der Ernährung heute manche andere Nahrungsmittel, vor allem Fleisch, ersetzen muß. Der Bedarf wird sich also auf mindestens 5,5 Millionen Tonnen, unter Hinzurechnung des notwendigsten Mehlbedarfes, auf 5,8 Millionen Tonnen stellen. Da bis Ende November 1922 1,2 Millionen Tonnen bereits eingeführt oder für Deutschland verschifft sind, werden wir im Laufe des Wirtschaftsjahres noch mit einer Einfuhr von 1,7 Millionen Tonnen Getreide im Werte von etwa 2000 Milliarden Papiermark zu rechnen haben. Die Ernährungslage ist also schon in diesem Jahre so gefahrdrohend, daß man den letzten Monaten des Erntejahres nur mit schwerer Sorge entgegensehen kann, doch ist zu hoffen, daß die gute Kartoffelernte uns über das Schlimmste hinweghilft.

Aber noch ernster droht die Lage im nächsten Erntejahr zu werden, in das wir ohne alle Reserven eintreten werden, da niemand sagen kann, ob bis dahin die Kaufkraft Deutschlands nicht so geschwächt ist, daß es die Einfuhr von Nahrungsmitteln nicht mehr bezahlen kann.

Die Notwendigkeit, die Produktion der deutschen Landwirtschaft so zu heben, daß sie im großen und ganzen unser Volk aus eigenem Grund und Boden ernähren kann, ist von den Führern der Landwirtschaft seit langen Jahren erkannt. Die Durchführung dieser Pläne im großen Stil war aber durch die Zwangswirtschaft gehemmt, die zwangsläufig zum Rückgang der Erzeugung, zur Extensivierung führte und die Initiative der Landwirtschaft lähmte.

Auch die große Aktion, die im Dezember 1921 mit dem Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft einsetzte durch eine ungeheuere Propaganda der landwirtschaftlichen Körperschaften auf Steigerung der Produktion, ist durch die Verständnislosigkeit der früheren Regierung und politischer Parteien lahmgelegt worden, als man die Forderung der Landwirtschaft nach freier Wirtschaft mit einem Umlagepreis beantwortete, der auf die Landwirte wie eine Geldstrafe wirkte.

Aber auch die notwendigen materiellen Voraussetzungen wurden nicht geschaffen, so daß die Landwirtschaft jetzt, ebenso wie andere Kreise unter schwerster Kreditnot leidet und nicht mehr in der Lage ist, auch nur die normale Düngung vorzunehmen, zwecks Intensivierung, den Ankauf von Maschinen usw. zu bewirken, sondern viel mehr dazu übergehen muß, zu extensivieren. Eine der Hauptaufgaben der neuen Regierung wird sein, endlich den Weg frei zu machen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, damit die ungeheueren bisher für Brotgetreide ins Ausland geflossenen Summen der deutschen Wirtschaft erhalten werden.

Die Eisenbahn.

Während sonst nach einem geschäftlichen Niederbruch eine Gesellschaft ihren Wiederaufbau mit Einschränkungen der Ausgaben beginnt und die Arbeitskräfte höher anspannt, haben die öffentlichen Betriebe den umgekehrten Weg beschritten und die Leistungen zurückgehen lassen. Bei der Eisenbahnverwaltung ist das Gesamtpersonal — trotz Rückganges des Verkehrs — um etwa 30% der Vorkriegszeit, das ist um etwa 350 000 Köpfe, vermehrt worden. Der Kohlen- und Ölverbrauch hat im Vergleich zu 1913 um etwa 25% zugenommen, der Wagenumlauf sich um 60% verlangsamt. Der Ausbesserungsstand der Lokomotiven betrug

im Frieden	19 %
in der Nachkriegszeit über	40 %
im Februar 1922	39,6 %
jetzt	34,9 %

Für die Verminderung des Leistungsgrades ist besonders kennzeichnend, daß die auf 1 km Betriebslänge entfallende Kopfzahl von 13,10 (1913) auf 20,5 (1920) und auf 19,82 (1921) gestiegen ist, die auf 100 000 Lokomotiv-Nutzkilometer entfallende Kopfzahl von 96,84 auf 237,13 bezw. auf 203,34, die auf 100 000 Wagen-Achskilometer entfallende

Kopfzahl von 2,37 auf 4,82 bezw. 4,28. **Der Leistungsgrad ist also unter die Hälfte gesunken.**

Bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung befanden sich bis vor kurzem 25 000 überflüssige Arbeitskräfte, die Leistungen sind zurückgegangen, was ja jeder am eigenen Leibe bei der Postbestellung und bei dem Verkehr auf Postämtern oft genug erlebt hat. Nur im Steigen der Tarife ist die Post besonders pünktlich und zieht selbstverständlich durch das Anziehen der Tarifschraube neben allgemeiner Erhöhung aller Preise automatisch einen erheblichen Verkehrsrückgang nach sich, der bei der vorletzten Tariferhöhung schon 23% des Gesamtverkehrs ausgemacht hat. Es muß Schluß gemacht werden mit der verfehlten Tarifpolitik der Eisenbahn und Post, die keinen neuen Weg finden, ihr Defizit auszugleichen als fortgesetzt schematisch die Tarife zu erhöhen und damit die deutsche Wirtschaft zu erdrosseln. Nach Berechnungen einer großen Wirtschaftsgruppe sind die Frachttarife zum Teil schon weit über die Goldparität gesteigert. Die stetigen Erhöhungen der Fracht bringen eine derartige Verteuerung der Produktionskosten mit sich, daß in ganz kurzer Zeit mit einem großen Rückgang des Beschäftigungsgrades vieler Wirtschaftszweige, insbesondere der Weiterverarbeitungs-Industrie, gerechnet werden muß, da eine Konkurrenz mit dem Auslande immer schwieriger wird.

Zu welchen schwerwiegenden Schäden für die gesamte Volkswirtschaft die verkehrte Tarifpolitik der Eisenbahn führen muß, wird grell durch die Tatsache beleuchtet, daß die Frachten aus dem Ruhrgebiet nach Hamburg schon im Dezember 1922 (bei einem Guldenstand von 3000) doppelt so hoch sind als der kombinierte Bahn- und Wasserweg nach den niederländischen Verladehäfen. Wie schwer nicht nur unsere Hafenstädte hierdurch getroffen werden, sondern letzten Endes auch die Eisenbahn durch den Rückgang des Verkehrs ist ohne weiteres ersichtlich. Der Erfolg der Verkehrsverwaltung, daß sie ihre Bilanz für 1922 rechnungsmäßig mit einem Gewinn von 3 Milliarden Papiermark abschließen konnte, ist also mit so ungeheuren volkswirtschaftlichen Schädigungen erkauft, daß man ihn als Pyrrhussieg bezeichnen muß. Vielleicht noch trauriger sehen diese Zustände bei den kommunalen Betrieben, bei den elektrischen Bahnen, bei den Gas- und Wasserwerken aus.

Zusammenfassung.

Von genauen Kennern unserer Wirtschaft wird die heutige Produktion in der Gesamtwirtschaft auf nur 60 bis 70% der Vorkriegsleistungen geschätzt.

Raummangel verbietet mir hier, näher darauf einzugehen. Ich verweise aber auf einen höchst lesenswerten Aufsatz von Dr. Carl Friedrich von Siemens, in der Nr. 9 der Zeitschrift „Der Wiederaufbau", in dem die genannte Schätzung mit zahlreichen Beispielen aus den verschiedensten Wirtschaftsgebieten belegt wird.

Überall ein Leistungsrückgang, ein Anwachsen der Ausgaben infolge verringerter Arbeitsintensität und infolge des schematisch angewendeten Achtstundentages, der im Prinzip als höchst erstrebenswertes Ziel angesehen und in einem blühenden Wirtschaftswesen in vielen Zweigen der Wirtschaft auch verwirklicht werden kann, den eine zusammengebrochene Wirtschaft aber nicht zu ertragen vermag, vor allen Dingen, wenn in den acht Stunden auch verhältnismäßig weniger geleistet wird als früher bei längerer Arbeitszeit. Die verringerte Arbeitsintensität findet ihren Grund in erster Linie in der Revolutions-Gesetzgebung, im Rückgang der Arbeitsdisziplin, in den Schwierigkeiten, die der Entlassung schlechter Arbeiter entgegenstehen, in mangelnder Arbeitsfreude, in falschem Lohnsystem — Stundenlohn statt Stücklohn —, bei dem der ungelernte und faule Arbeiter fast ebensoviel verdienen kann wie der hochqualifizierte fleißige, und endlich — das muß besonders für manche Kategorien der älteren, verheirateten Arbeiter anerkannt werden — in drückender Sorge und mangelhafter Ernährung.

Das Proton Pseudos dieser ganzen durch die Revolution hervorgebrachten Gedankenverwirrung ist der Glaube, es liege in der Macht des Staates, dafür zu sorgen, daß jeder Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistung das Existenzminimum verdienen müsse. Wenn Regierung und Arbeiterschaft nicht noch rechtzeitig einsehen, daß dieser kindische Kampf gegen Naturgewalten mit einem kläglichen Mißerfolg enden muß, wird eine Zeit furchtbarster Not und ein Menschensterben, gegen das der Krieg ein

Kinderspiel war, unserem irregeführten Volk die Unverletzlichkeit dieser Naturgesetze einprägen.

Ein gerüttelt Maß von Schuld trägt an diesen Verhältnissen der Feindbund, denn er hat die Machtmittel des demokratischen Staates auch im Innern so beschnitten, daß selbst eine Regierung, die ernste Wiederaufbauarbeit leisten will, bei der geschwundenen Staatsautorität große Schwierigkeiten wird überwinden müssen, um ihren Willen durchzusetzen.

Ist nach allem Vorhergesagten der Stand unserer Währung, unseres Kredites, unserer Zahlungsbilanz ein Wunder?

In welchem Grade diese passiv ist, wird heute weniger denn je festgestellt werden können, nachdem selbst die den ausländischen Sachverständigen vorgelegten Unterlagen von diesen nur das Zeugnis erhalten haben, sie wichen stark voneinander ab und es müsse bezweifelt werden, daß irgendeine davon besonders glaubwürdig sei.

Aber allein die Feststellung, daß unsere Handelsbilanz im Jahre 1922 mit 2,2 Milliarden Goldmark passiv gewesen ist, und daß wir keinerlei Möglichkeiten mehr haben, dieses Defizit in der Zahlungsbilanz auszugleichen, zeigt den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage.

Gibt es daraus noch eine Rettung oder haben jene recht, die davon sprechen, daß die Auferstehung erst nach dem Tode folge?

Die Verbrechen der französischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet.

Eine chronologische Darstellung nach amtlichem Material.

Von Hanns Martin Elster.

Als Poincaré am 11. Januar das Ruhrgebiet besetzte, ließ er durch den General Dégoutte vor aller Öffentlichkeit erklären, daß seine Truppen nur in friedlicher Absicht als Schutzbegleitung für die Ingenieurkommission in das Ruhrgebiet einrückten. Die friedlichen Absichten des Herrn Poincaré werden am besten erläutert durch die Verbrechen, die die französischen Truppen vom ersten Tage an im Ruhrgebiet begingen. Es ergibt sich aus der Fülle von Fällen, daß die Truppen von ihren Offizieren, die Offiziere wieder von den Politikern dahin instruiert sind, die Bevölkerung auf alle Art und Weise zu quälen und zu brutalisieren. Die Einzelfälle sind heute bereits so zahlreich, daß eine zuverlässige Statistik noch nicht möglich ist, denn täglich gehen noch eidesstattliche Protokolle auch aus der weiter zurückliegenden Zeit ein. Der französische Sadismus feiert Orgien der Vergewaltigung nach jeder Richtung hin. Wenn dies Loslassen einer wilden Soldateska, das an Vorgänge aus dem Dreißigjährigen Krieg erinnert, noch nicht zu noch zahlreicheren größeren Verbrechen geführt hat, so liegt das am System dieser Art Brutalisierung. Denn wenn häufig schwere Verbrechen vorkämen, so müßten die Franzosen selbst um ihres moralischen Prestiges willen von ihrem Verfahren sich abwenden. Die Instruktion, daß gerade bei einem Verhalten, das nicht zu den Schwerverbrechen zu zählen ist, die Soldaten ihre Methode dauernd fortsetzen können, veranlaßt die verkommene Empfindungsweise dieses Volkes, ihre Quälerei mit Genuß zu verlängern und durchzuführen. Wir wollen uns zuerst einmal eine Übersicht über diese Methoden verschaffen, nach den einzelnen Arten von Verbrechen, die dauernd begangen werden. Man wird dann klar das System dieses verbrecherischen Treibens erkennen.

Die Veranlassung für alle Verbrechen gibt der Grundgedanke der Franzosen, jeden Widerstand mit Gewalt, und sei es der brutalsten, zu brechen. Die Gewalt ruht aber nur auf den Bajonetten und Gewehren. Infolgedessen ist die verbrecherische Bajonettstecherei und Schießerei in dauerndem Zunehmen begriffen. Die Franzosen haben bei diesen Schießereien bisher noch ein verhältnismäßiges Glück gehabt, indem

sie nur in wenig Fällen mit dem Tode ausliefen. Der erste Mord geschah am 15. Januar, als der Sohn des Lokomotivführers Birve in Bochum ohne Grund erschossen wurde. Poincaré antwortete zynisch auf diesen „Zwischenfall" mit der „Erinnerung", daß „entsprechend den allgemein anerkannten Regeln jede Handlung, die die Sicherheit der auf dem rechten Rheinufer die interalliierte Ingenieurkommission begleitenden Truppen gefährde oder jeder Versuch einer solchen Gefährdung nachsichtslos unterdrückt werden werde". Am 20. Januar wurde dann abends 9 Uhr 30 in Langendreer auf dem Nachhauseweg der Krankenpfleger Fr. Kowalski vor dem Amtsgerichtsgebäude von einem französischen Wachtposten ohne Grund erschossen. Am 24. Januar wurde ein Arbeiter in Kirchende von französischen Soldaten angehalten und zum Heimgehen aufgefordert. Als der Arbeiter darauf weiterging, folgten die Soldaten ihm und feuerten, als er bei Anruf nicht stehen blieb, 2 Schüsse hinter ihm her, durch die er schwer im Becken verletzt wurde. Am 1. Februar wurde der Schuldiener und Bergmann Wilhelm Haumann in Brechten von einem französischen Posten, wieder mit der Ausrede, Haumann sei auf seinen Anruf nicht stehen geblieben, erschossen. An dem genannten Abend war stärkstes Sturmwetter. Der Posten mußte wissen, daß sein Anruf durch die Naturgewalten von Haumann nicht gehört werden konnte. Außerdem sah er Haumann schon 100 m weit aus seiner Wonung treten, auf ihn zu und zur Haltestelle der Straßenbahn hin gehen. Die geringste Sorgfalt hätte den Posten von seinem Schießen abhalten müssen, aber er schoß, nachdem Haumann an ihm vorbeigegangen war, noch hinter ihm her. Gerade in dem Falle Haumann zeigt sich mit aller Schärfe, daß den französischen Soldaten die Instruktion beigebracht sein muß, auf einen Deutschen mehr oder weniger komme es nicht an. Am 2. Februar wurde in Essen der Schuhmacher Stockhorst auf der Straßenbahn erschossen, als der Straßenbahnschaffner sich weigerte, belgische Soldaten auf seinem Wagen weiterfahren zu lassen, wie es seine Vorschrift war. Die belgischen Soldaten wußten hier nichts weiter zu tun, als blindlings in den Wagen hinein zu schießen und den am Streit völlig unbeteiligten Schuhmacher Stockhorst zu ermorden, den Wagenführer aber schwer zu verletzen. Zwei Tage später wurde in Bilk ein spielendes Kind des Formers Julius Fischer erschossen. Angeblich sollte der französische Soldat gestolpert und sich dabei der Schuß seines Revolvers gelöst haben. Am 12. Februar ereignete sich ein blutiger Zusammenstoß in Essen. Der Polizeioberwachtmeister Hutmacher erhielt hierbei von einem französischen Gendarm einen Kopfschuß, dem er erlag, während ein deutscher Polizist am Hals schwer verletzt wurde. Es trat dann eine vierzehntägige Pause ein, die unterbrochen wurde von dem furchtbaren Mord an dem jungen Arbeiter Sieghardt, am 17. Februar. Franzosen hatten hier bei der Zeche Prinzregent in Wiemelhausen bei Bochum Holz holen wollen. Der Betriebsrat verhinderte dies Eingreifen in das Privateigentum durch Verriegeln des Zechentores. Ein starkes Truppenaufgebot ging daraufhin gegen den Zechenplatz vor und beschoß den belebten Platz ohne genügende Warnung scharf. Der 15jährige Arbeiter E. Sieghardt wurde getötet, zwei weitere Bergleute wurden verwundet. Durch das Einschlagen der Schüsse in die Nähe des Fördermaschinisten wurde die Gefahr des Förderkorb-Absturzes, der 50 Bergleute getötet hätte, hervorgerufen. Wenige Tage später, am 23. Februar, ereigneten sich die bekannten Vorgänge in Bochum, angeblich als Bestrafung für eine Schlägerei zwischen französischen Soldaten und deutschen Arbeitern, bei der ein französischer Soldat Messerstiche erhalten hatte. 5 Tanks rückten in Bochum ein, um einen Verhafteten, den der Staatsanwalt nicht ausliefern wollte, aus dem Amtsgericht zu holen. Der Oberstaatsanwalt Eiteldinger wurde verhaftet. Infolge der Verhaftung sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Gerichtsgebäude, deren Erregung noch durch Kolbenstöße gegen ein junges Mädchen gesteigert wurde. Darauf gab ein französischer Soldat Schüsse auf die Menge ab. Drei Personen wurden getroffen, die eine war sofort tot (Bauchschuß), der 25jährige Arbeiter Robert Rose, der einzige Ernährer einer alten Mutter, der zweite, der Buchhalter Gustav Middelmann, erhielt einen schweren Kopfschuß, der dritte, der städtische Obersekretär Noff, erhielt einen Oberschenkel-Steckschuß. Damit ist die Mordchronik aber noch nicht beendet.

Die Schießereien und Bajonettstechereien, die sich täglich im Ruhrgebiet ereignen, sind glücklicherweise nicht immer tödlich, deswegen aber doch nicht weniger verbrecherisch, als wenn sie Tod zur Folge haben. So wurde am 27. Januar ein Student E. in Essen durch zwei Bajonettstiche in den rechten Oberschenkel schwer verwundet. Am 4. Februar kam es in Essen zu Schießereien, bei denen Menschenleben nicht zu beklagen waren. Am 6. Februar waren Arbeiter aus Witten dem leichtsinnigen Handhaben eines Belgiers mit dem Revolver, dem der Schuß losging, ausgesetzt. Am 7. Februar bedrohte in Recklinghausen ein Offizier einen Ingenieur mit Erschießung und schoß über dessen Kopf hinweg in die Luft. Am 8. Februar geriet ein französischer Soldat mit einem Postaushelfer in Wanne in einen Streit, in dessen Verlauf der Postaushelfer mit dem Bajonett schwer verwundet wurde. Auch Arbeiter, die von ihrem Arbeitsplatz nach Hause gehen, werden von Wachtposten sinnlos beschossen. So wurde bei einer solchen Knallerei am 2. Februar in Oberhausen ein Arbeiter von Schacht 4 der Zeche Konkordia in der linken Schulter durch Streifschuß verletzt. Bei dem bekannten Sturm auf einen Bochumer Personenzug am 8. Februar wandten die Soldaten, um das Publikum mit Gewalt vom Bahnsteig fortzudrängen, sofort das Bajonett an, ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder und verwundeten mehrere Reisende. In manchen Fällen wollen die Franzosen durch wilde Schießerei jeden Verkehr zum Stocken bringen; so feuern die Belgier blindlings in den Forst am Block Grafenbusch hinein und machen Waldarbeitern und Aufsichtsbeamten den Aufenthalt im Wald unmöglich. In einen Schlackenwerk an der Strecke Oberhausen-Wesel werden die Bewachungsleute regelmäßig von Posten beschossen. Bei einer ganz harmlosen Szene beim Ledigenheim der Jakobischächte in Oberhausen, als die Ledigenheim-Insassen sich mit Schneeballen warfen und dabei laut lachten, bezogen vorübergehende belgische Soldaten das Lachen auf sich und schossen sofort in die Fenster des Ledigenheims. In Oberstein gingen die Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett gegen die wehrlose Menge vor und verletzten mehrere Zivilpersonen erheblich. Andere Personen wurden mit Gewehrkolben niedergeschlagen. Am 27. Februar wurde ein italienischer Arbeiter vor einer Kaserne in Essen, als er auf Anruf nicht stehen blieb, durch einen Schuß des Postens schwer verletzt; er starb vierzehn Tage später an der Wunde. Auch bei der Abwehr der deutschen Bevölkerung gegen die französischen Flugblätter ist den Franzosen das Gewehr das einzigste Machtmittel. Als am 10. Februar in Dahlhausen einige junge Leute französische Anschläge, die von einem französischen Posten bewacht wurden, herabzureißen versuchten, schoß der Posten, scharf zielend, sofort auf einen der jungen Leute, glücklicherweise ohne zu treffen. So ist die Bevölkerung im Ruhrgebiet in dauernder Lebensgefahr vor den Waffen der französischen Soldaten.

Mindestens ebenso für den geistigen Zustand der französischen Truppen bezeichnend sind die fortgesetzten Mißhandlungen, denen die Deutschen im Ruhrgebiet ausgesetzt sind. Man kann die Fülle der Bestialitäten gar nicht aufzählen. Der Franzose kennt für dies Verfahren keine Grenzen. Die Meldungen über solche Mißhandlungen laufen zu Hunderten ein. Sie zeigen sämtlich den gleichen Vorgang. Aus irgendeinem nichtigen Anlaß wird ein Deutscher zu einer Handlung gebracht, die den passiven Widerstand gegen die Franzosen und ihre Anordnungen zeigt. Dieser Widerstand soll durch Gewalt gebrochen werden, und nun tritt bisweilen eine groteske Kriegsgerichtsverhandlung ohne jede rechtliche Grundlage, mindestens aber die Mißhandlung mit Reitpeitsche, Fußtritten, Kolbenstößen, Ohrfeigen und sonstigen Drangsalierungen ein. So wurde am 27. 1. der Bewohner der Kantine des gemeinnützigen Bauvereins in Essen-Rellinghausen Hans Richter geohrfeigt und mit Fußtritten traktiert, weil er sich das widerrechtliche Eindringen französischer Soldaten in seine Wohnung und ihre Räubereien nicht gefallen lassen und nicht erklären wollte, daß er ein Lügner und Feigling sei. Tag für Tag geschehen nun diese Mißhandlungen, von denen einige, kurz aufgezählt seien: am 5. Februar in Friemersheim Mißhandlung eines deutschen Eisenbahnarbeiters, am 7. Februar Mißhandlung des Monteurs Richard Schuhbote, weil er einen Elektromotor nicht in Ordnung bringen wollte. Am 8. Februar Mißhandlung und Bedrohung der Lokomotivführer Bär und Imort und des Eisenbahningenieurs Mombert

in Recklinghausen. Auch neutrale Ausländer werden solchen Brutalitäten ausgesetzt. So wurde einem Schweden am 15. Februar in Hamborn von einem Belgier die Mündung der entsicherten Schußwaffe auf die Brust gesetzt. Arbeiter, die von der Arbeit kommen, werden ohne jeden Zwischenfall noch Wortwechsel überfallen und schwer mißhandelt, so am 9. Februar in Herne die Bergarbeiter Wansart, Repulski, Walters, der Zechenschmied Flaskamp und der Steiger Köhning. Die Mißhandlungen sind meist so stark, daß die Mißhandelten das Krankenhaus aufsuchen müssen. Der Klempner Wilhelm Ton wurde am 8. Februar in Bochum von einem Franzosen durch Kolbenschläge so traktiert, daß er zusammenbrach. Auf den Zusammengebrochenen schlugen dann mehrere französische Soldaten ein, bis er durch Hilferufe von dem Lehrer Brune befreit wurde. Bei seiner Befreiung erhielt Ton aber noch eine tiefe Stichwunde unterhalb des linken Auges. Bei der Entfernung eines kommunistischen Plakates wurde der Korrespondent der Essener Kreditanstalt, Krause, Zeuge einer Verhaftung von mehreren Deutschen. Einer der Verhafteten wurde von einem französischen Soldaten so furchtbar getreten, daß das Blut ihm am Bein herunterlief, und er nach ärztlicher Aussage 14 Tage das Bett hüten mußte. Nicht nur einfache Soldaten nehmen solche Mißhandlungen vor, sondern die französischen Offiziere beteiligen sich ebenfalls aktiv an dem ekelhaften Verfahren. Am 9. Februar wurde in Essen ein Deutscher in etwas angetrunkenem Zustand von einem französischen Offizier von dem Bürgersteig heruntergestoßen. Als er unmittelbar danach den Bürgersteig wieder betrat, schlug der Offizier ihn mit der Faust ins Gesicht. Der Deutsche ballte die Faust, um sich zur Wehr zu setzen, und einige zufällig vorübergehende Leute blieben stehen. Der Offizier zog darauf den Revolver, gleichzeitig erschienen 6 französische Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr und gingen mit der Waffe, die sie vor sich hin und her schwenkten, gegen die deutschen Zivilisten vor, die weiter gingen. Trotzdem wurde einer von ihnen, der Eisenbahnheizer Daun, im Weggehen von hinten durch einen etwa 2 cm tiefen Bajonettstich in den Oberarm verwundet. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 7. Februar in Recklinghausen. Ein Zechenbeamter bog auf dem Bürgersteig einem Offizier aus, der trotzdem auf ihn zutrat, ihn gegen das Schienbein trat, zu Boden warf, von seinen begleitenden Soldaten mit Füßen treten ließ und selbst mit der Reitpeitsche zuschlug. Zur selben Zeit wurde ein zweiter Herr in gleicher Weise mißhandelt, daß ihm das Blut aus Nase und Mund kam. Als der Beamte sich erhob, hörte er in der Nähe ein junges Mädchen um Hilfe rufen, welches ebenfalls von den Franzosen mißhandelt wurde. An keiner Sperre lassen die Franzosen Deutsche ohne Mißhandlung vorbeigehen. Zahlreiche eidesstattliche Aussagen liegen darüber vor. Die Franzosen nehmen bei ihren Mißhandlungen keine Rücksicht auf Frauen oder Kinder. So berichten der Wagenführer Mönninghoff und der Wagenbegleiter Heinrich Ober aus Gelsenkirchen folgendes: „Am 13. Februar 1923 gegen 10 Uhr 30 vorm. kamen wir mit unserem kleinen 1½ t Benzwagen von der Wilhelminenstraße und fuhren in der Richtung Bankstraße. Am Alten Markt sprang ein französischer Offizier auf unseren Wagen und deutete durch Handbewegungen an, daß wir halten sollten. Gleich darauf kam eine Patrouille und wies uns an, zum Rathaus zu fahren. Als wir dort ankamen, wurde ein Soldat mit aufgepflanztem Seitengewehr vor uns gestellt, damit wir nicht wegfahren konnten. Wir haben beobachtet, wie des Weges kommende Zivilpersonen, Erwachsene und sogar auch Kinder, von den französischen Soldaten mißhandelt und mit Füßen getreten wurden. Ein Fuhrmann, der von Rotthausen kam, erhielt von einem Offizier mit der geballten Faust einen Schlag ins Gesicht, daß ihm das Blut aus Nase und Mund quoll. Gegen 4 Uhr nachm. wurden wir wieder entlassen."

Bei der Paßkontrolle benehmen sich die Franzosen in gleicher Weise. Darüber sei ein Bericht aus Lünen als Beispiel gegeben: „In der Nacht vom 20. zum 21. Februar gegen 12 Uhr 45 wurde der Schlosser Otto Ließke von hier auf der hiesigen Lippebrücke zum Zwecke der Revision des Passes von den Posten angehalten. Da er einen solchen nicht besaß, forderte man ihn auf, zu warten. Nachdem eine Kontrolle weiterer Passanten erfolgt und die Luft rein war, d. h. Deutsche in unmittelbarer Nähe nicht verweilten, machte sich ein Franzose an den Wartenden heran und forderte abermals

dessen Paß. Ohne weiteres schlug er aber auch zugleich mit der Faust dem L. mehrere Male ins Gesicht und verletzte ihn schwer. (Zufolge des ärztlichen Gutachtens ist das Nasenbein gebrochen und die Netzhaut des rechten Auges blutunterlaufen.) Einem Zurufe der gleichfalls auf der Lippebrücke bediensteten, an den Mißhandlungen aber nicht beteiligten Soldaten folgend, beabsichtigte der Verletzte, sich zu entfernen. Der Wüterich erfaßte sein Opfer jedoch erneut und zwang es unter fortgesetzten Kolbenstößen in entgegengesetzter Richtung zu gehen. Vor dem Gebäude der Nationalbank stürzte er sich mit dem Bajonett auf L. in der Absicht, ihn zu durchbohren, was aber durch die Begleiter des Franzosen verhindert wurde. Um dennoch seinen Mut zu kühlen, drohte der rabiate Mensch den Verletzten zu erschießen, nachdem er ihm eine Patrone gezeigt und das Gewehr schußbereit gemacht hatte, mit der nicht mißzuverstehenden Deutung, daß diese Kugel für ihn bestimmt sei. An der Ausführung seines Vorhabens wurde der heldenhafte Franzose aber durch seine eigenen Kameraden gehindert. Als der Verletzte dann blutüberströmt den Klauen seines Peinigers entronnen war, begab er sich zur Polizeiwache, woselbst ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Auch in diesem Falle dürfte der Täter leicht zu ermitteln sein, da Zeit und Ort der Tat genau angegeben sind und der Verletzte den Täter bezeichnen kann, wenn ihm die 5 Soldaten gegenübergestellt werden, die zur fraglichen Zeit dort Dienst leisteten."

Bekannt ist, daß das System der französischen Brutalitäten auch gegen Kinder und wehrlose Schüler angewandt wird. Am 22. Februar wurden 14 Primaner der Oberrealschule 2 in Bochum aus der Schule herausgeholt, weil sie auf zwei Spione aufmerksam gemacht hatten. Die Jungens wurden auf den Hof der Schule geführt, 8 von ihnen wurden abgesondert, mußten sich in zwei Reihen aufstellen, die anderen 6 wurden auf den schlammigen Erdboden geworfen, mit Füßen getreten, mit Reitpeitsche und Gewehrkolben bearbeitet. Einem wurde die Backe aufgeschlagen, einem Anderen der Kiefer fast zerschmettert, der Dritte erlitt ein schwere Schädelverletzung, die Übrigen Verletzungen am Körper, an den Augen usw. Die Offiziere sahen der Marterung höhnisch lachend zu. Man sperrte die zerschundenen und zerschlagenen Opfer, nachdem man sie notdürftig verbunden hatte, in einen Keller ohne jedes Meublement. Kein Flehen der Eltern, kein Bitten der städtischen Vertreter noch Lehrer konnte die Verwundeten aus dem lichtlosen Raum befreien. Vier Tage wurden die Gemarterten dort festgehalten.

Außer gegen die wehrlosen Schüler richtet sich, wie bekannt, die ganze Wut der Franzosen gegen die Schupobeamten. Der Widerstand begann mit dem Verlangen der Franzosen, daß die Schupobeamten sich der Grußpflicht gegenüber französischen Offizieren unterwerfen sollten. Das Grüßen wurde den Schupobeamten durch Anordnung des preußischen Ministers des Innern verboten, da es sich bei den Schupobeamten um Zivilbeamte und nicht um Soldaten handelt. Zuerst warfen sich die Franzosen mit besonderer Wut auf einzelne Schupobeamte. So wurde am 4. Februar in Essen, morgens 3/412 Uhr, ein Schupobeamter von drei französischen Offizieren überfallen, mit Fußtritten und Faustschlägen in Gegenwart drei weiterer Offiziere mißhandelt. Ebenso erging es dem Polizeiwachtmeister Klein vor dem Bredeneyer Rathaus. In Weitmar fühlte sich der Sohn einer polnischen, in Paris lebenden Familie, der Division-Verpflegungsoffizier von Jankowitz, bemüßigt, einen Schupobeamten wegen Nichtgrüßens auf offener Straße so zu verprügeln, daß sich sogar französische Soldaten dagegen wehrten. In Oberhausen wurde am 23. ein Schupobeamter von französischen Posten beschossen, verwundet und mißhandelt. Wie bestialisch die Franzosen gegen die Schupobeamten vorgehen, beweist ein Roheitsakt am 2. Februar auf der Straße zwischen Hattingen und Bochum. Hier wurde ein Schupobeamter wegen Nichtgrüßens eines vorbeikommenden französischen Offiziers schwer mißhandelt. Der französische Offizier sprang wie ein wildes Tier von hinten auf den Beamten zu und schlug ihn mit der umgekehrten Reitpeitsche von hinten über den Kopf und in das Gesicht. Der Schutzpolizist taumelte nach dem ersten Schlag, das Gesicht blutüberströmt. Der Offizier schlug weiter auf

ihn ein und rief einen vorbeikommenden Trupp von 4—6 französischen Soldaten heran, die sich gleichfalls auf den Polizeibeamten stürzten, ihm Koppel, Seitengewehr und Pistole entrissen und ihn dann mit der Faust und ihren Stiefeln bearbeiteten. Der Beamte wehrte sich, wurde aber schließlich von der Übermacht zu Boden geworfen und bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt. Dann schlang man ihm eine Kette um ein Handgelenk und schleifte ihn wie einen leblosen Kadaver etwa 50 m weit über die Straße fort. Diese Gewaltakte gegen die Schupopolizisten steigerten sich schließlich zu den bekannten Terrorvorgängen bei der Verhaftung sämtlicher Schupobeamten in Recklinghausen, Gelsenkirchen, Bochum, Essen. So wurde am 14. Februar in Gelsenkirchen die Hauptwache vorm Polizeipräsidium gewaltsam entwaffnet, die 16 Beamten wurden in geschlossenem Zuge durch die Stadt geführt und während des Marsches in empörender Weise blutig geschlagen, um sie vor der Bevölkerung lächerlich zu machen. Diese Jagd auf die Schupobeamten dehnte sich dann bald auch auf die Zivilbevölkerung aus. Wenige Tage zuvor, am 8. Februar, wurde mit Tankgeschwadern nach Alarm der Besatzung eine systematische Jagd auf die Schupobeamten in Recklinghausen vorgenommen. Die Einwohnerschaft wurde durch dies Vorgehen auf die grußverweigernden Polizisten in höchste Erregung gebracht. Sie sangen patriotische Lieder. Darauf wurde der Marktplatz von fünf auffahrenden Tanks gesäubert, die Bevölkerung mit Kolbenstößen vom Marktplatz getrieben. Abends drangen die Offiziere in Gasthäuser und in das Stadttheater ein, sangen während der Vorstellung des „König Lear" die französische Nationalhymne und schlugen dann mit der Reitpeitsche ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder auf das Publikum ein. Während der ganzen Nacht wurde dann in der Stadt umhergeschossen. Der Gemüsehändler Borkenstein wurde derartig mit dem Gewehrkolben mißhandelt, daß er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Sein ebenfalls harmlos des Weges gehender Begleiter wurde mit Bajonettstichen ins Gesäß traktiert. Studienrat Bitter wurde so verprügelt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. 30 katholische Seminaristen wurden von Offizieren mit Reitpeitsche und von Mannschaften mit Kolbenschlägen überfallen und blutig geschlagen. Das Schreckensregiment in Recklinghausen wiederholt sich trotz des Protestes des Regierungspräsidenten wenige Tage später in Bochum. Wir wiederholen nicht die Berichte über die Zerstörung und Ausraubung der Handelskammer, die einen Akt vandalistischer Zerstörungswut darstellen, wie er nur ganz selten in der Geschichte ist. Dabei war bei den Vorgängen in Bochum von irgendwelchem Anlaß durch die Bevölkerung gar keine Rede. Die Offiziere bearbeiteten jeden Passanten mit der Reitpeitsche, der ihnen irgendeine Auskunft verweigerte. Soldaten und Offiziere gingen dauernd darauf aus, Zusammenstöße mit friedlichen und wehrlosen Bürgern herbeizuführen.

Den größten Zorn der Franzosen und Belgier erregt es weiter, daß die deutschen Kaufleute sich weigern, an die widerrechtlich eingedrungenen Truppen Waren zu verkaufen. Die Antwort der Franzosen darauf ist das System des Raubes und der Plünderung. Nicht nur, daß sie die öffentlichen Gebäude zerstören und plündern, sondern sie vergreifen sich auch ohne Scham und ohne Grenzen am privaten Eigentum. Die Ausplünderung der Handelskammer in Bochum stellt ja ebenfalls nur die Beraubung von Privateigentum dar, da die Handelskammern private Einrichtungen sind. In großen Wagenladungen führten die Franzosen die geplünderten Möbel, Ausstattungsstücke, Teppiche usw. fort. Das Eindringen in Geschäfte, Wirtschaften und Kaufhäuser zur gewaltsamen Entnahme von Waren, gehört zu den stehenden Einrichtungen nicht der französischen Soldaten, sondern auch der Offiziere. So sind in Essen beim Besatzungsamt bis zum 1. März allein 42 Raubüberfälle durch französische Soldaten mit eidesstattlichen Protokollen bekanntgeworden. Beliebt ist bei den Franzosen die Methode, in einen Laden zu gehen, sich zu nehmen, was sie haben wollen, wenn der Ladenbesitzer sich weigert, ihnen die Ware zu verkaufen, ein wenig Geld, das nie im Verhältnis zum wirklichen Wert der Ware steht, auf den Tisch zu werfen und zu verschwinden. So nahm sich ein Franzose in einer Buchhandlung in Gelsenkirchen einfach eine Reihe von Büchern aus dem Bestand, warf 2000 Mark auf den Ladentisch, obwohl sich der wirkliche Wert der gestohlenen Bücher auf mindestens 30 000 Mark

bezifferte. Das nennt sich wahrscheinlich französische Requisitionsmethode. Bisweilen sehen sogar französische Offiziere ein, daß die Plünderung von Lebensmittelgeschäften ihren Ruf nicht heben kann. Aus diesem Grund ordnete der Oberst der französischen Besatzung in Witten am 5. Februar an, daß kein französischer Soldat nach 5½ Uhr abends die Straße betreten darf und auch die Offiziere die Polizeistunde einzuhalten hätten. Dieser Gegenbefehl gegen die Plünderungen hatte aber keine lange Wirkung, denn wenige Tage darauf wurde das System der gewaltsamen Wegnahme von Waren, scheinbar auf Instruktion, offiziell durchgeführt. Dies war anläßlich der 100 Millionen-Forderung der Franzosen an die Stadt Gelsenkirchen zur Sühne für die Verwundung eines französischen Soldaten in einem Auto. Hier wurde die Stadt einer regelrechten Geldberaubung unterworfen, indem jedermann auf der Straße angehalten, untersucht und ihm Geldsummen über 50 000 Mark abgenommen wurden. Es sollte zwar nur behördliches Geld beschlagnahmt und privates wieder zurückerstattet werden. Tatsache ist aber, daß Privatgeld zu Millionen von Mark ebenfalls geraubt und nie wieder zurückerstattet wurde. Einzelräubereien ereignen sich täglich in großer Fülle. Hier haben es die französischen Soldaten auf Uhren und Geld abgesehen. So wurde am 3. März ein Deutscher am Eyhof in Essen von französischen Soldaten überfallen, niedergeschlagen, seiner goldenen Uhr sowie seiner Barschaft in Höhe von 450 000 Mark beraubt. Am 27. Februar ließ ein Offizier bei Veith in Rellinghausen durch einen armstarken Baum die Straße versperren und die Straßenzugänge besetzen. Die Straßenbahnwagen wurden angehalten, von einem Soldaten mit der Regimentsnummer 221 durchsucht, die Insassen wurden ihrer Wertsachen beraubt, dem Schaffner wurde die Tageseinnahme von 160 000 Mark fortgenommen. Am 20. Februar wurden 2 Herren auf der Rellinghauserstraße in Essen von einem Trupp Franzosen zum Herausgeben der Brieftasche aufgefordert. Nach Vorführung vor den Kommandanten erklärte sich dieser mit dem Raub einverstanden, so daß die Herren ihr Bargeld abgeben mußten. Ein Arbeiter von der Zeche Hannover III/IV in Eickel hatte sich seinen Lohnabschlag in Höhe von 35 000 Mark von der Zeche geholt. Er fuhr zum Einkauf von Lebensmitteln nach Gelsenkirchen. Auf dem Bahnhof in Gelsenkirchen wurde er von 3 Franzosen angehalten, nach Ausweisen und Geld gefragt. Die Soldaten nahmen ihm 25 000 Mark ab. Als er eine Quittung verlangte, wurde er von den Soldaten mit dem Bajonett bedroht und fortgejagt.

Außer Raub und Waffen benutzen die Franzosen auch noch andere Mittel für ihre Verbrechen gegen die deutsche Bevölkerung. Rücksichtslos fahren sie mit ihren Autos im schnellsten Tempo durch die dicht belebtesten Straßen. So wurde in Gelsenkirchen ein deutscher Radfahrer von einem belgischen Auto Nr. E. T. 6. E. D. A. 448 überfahren. Hier erboten sich die Belgier freilich, den Schwerverletzten, den Bergmann Karl Frase, ins Krankenhaus zu bringen. Solche Hilfe ist aber eine Ausnahme. Meistens ist der Vorgang der, wie am 6. Februar auf der Straße Bottrop — Gladbeck, wo ein Bergmann von einem rasenden französischen Auto überfahren und getötet wurde und die Franzosen davonfuhren, ohne sich um den Schwerverletzten, der auf der Landstraße verblutete, zu kümmern. Auch die Tankwagen kennen keinerlei Rücksicht. Am 3. März kam kurz nach Mittag ein Panzerauto die Huyssenallee in Essen herabgefahren, das scheinbar die siebenteilige Tankabteilung, die den Hauptbahnhof besetzt hält, verstärken sollte. An der Unterführung unmittelbar am Bahnhof kam dem Tank ein Lastfuhrwerk entgegengefahren, das der Lenker des Panzerwagens, wie viele Augenzeugen mit Bestimmtheit versichern, zu rammen versuchte. Der Fuhrmann riß jedoch im letzten Augenblick sein Gefährt zur Seite und gab damit die Straße fast in ihrer ganzen Breite frei. Statt daß der Panzerwagenführer nunmehr die völlig freie rechte Straßenseite benutzte, bog er in voller Fahrt nach links, wo eine dicht gedrängte Menschenmenge den Bürgersteig besetzt hielt bezw. zum Verkehr benutzte, der zur Mittagsstunde besonders stark ist, da die rechte Seite der Straße von den Truppen abgesperrt und so der Verkehr auf die linke Bürgersteigseite beschränkt war. Ein Augenzeuge, selbst Autoführer, hat in nächster Nähe stehend gesehen, wie der Panzerwagen drei Gänge einschaltete, so daß er in schnellster Fahrt in die Menge hineinsteuerte. Dabei gerieten der 40 Jahre alte Kruppsche Arbeiter Hermann Kronenberg und die dreizehn Jahre

alten Schüler Reinhold Göbel und Oberpichler unter die Panzerwagen. Als aus der Menge Beherzte den Überfahrenen zur Hilfe eilen wollten, wurden sie von den von der anderen Seite herbeistürmenden Truppen mit dem Bajonett abgewehrt. Das Panzerauto fuhr weiter, ohne daß sich die Insassen oder die zurücktretenden Wachen um die Schwerverletzten kümmerten, die dann in das nahe gelegene Huyssenstift eingeliefert wurden. Kronenberg und Göbel sind schwer verletzt, Oberpichler hat Quetschungen am rechten Fuß erlitten. Bei den beiden ersteren besteht Lebensgefahr. Die Nummer des Panzerautos steht fest. Der ganze Vorgang wurde von einem Photographen, anscheinend einem ausländischen Journalisten, dreimal auf der Platte festgehalten. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge war entrüsteter Zeuge dieses Vorfalls unerhörtester Nichtachtung von Menschenleben.

Wie schon die Franzosen und Belgier bei ihren Mißhandlungen keine Rücksicht auf Frauen und Kinder nehmen, so richten sich ihre verbrecherischen Handlungen auch häufig gegen kranke Frauen und Kinder unmittelbar. An der Spitze dieses Vorgehens gegen die Kranken steht die Beschlagnahme des fünften Teils der Essener Krankenanstalten, wodurch die ordnungsgemäße Behandlungsmöglichkeit von Augen-, Hals-, Nasen- und Ohrenkranken, jegliche Krüppelfürsorge, die sachgemäße Unterbringung von Infektionskranken unmöglich gemacht wurde. Die Räumung der 215 Betten mit den dazugehörigen Verwaltungsräumlichkeiten wurde so rücksichtslos binnen 24 Stunden verlangt, daß Schwerkranke bei schlechtestem Winterwetter (Schnee und Regen) umtransportiert werden mußten. Eine lungenkranke Frau erlag infolgedessen den dabei erlittenen Strapazen. Die Folge der Beschlagnahme war weiter, daß die im Februar herrschende Masern-Epidemie unter den Kindern in Essen nicht sachgemäß eingedämmt werden konnte. Ferner herrschte, nachdem die Franzosen 215 Betten belegt hatten, nun in den Krankenanstalten ein derartiger Lärm, daß die Kranken in dauernder, heller Aufregung leben. Dieser Lärm steigert sich sogar zu Schießereien. So wurde in der Nacht vom 17. zum 18. Februar in den Krankenanstalten derartig herumgeschossen, daß die Kranken aus den Betten sprangen und sich, um Deckung zu nehmen, auf den Fußboden legten. Irgendeine Veranlassung zu der Schießerei lag nicht vor. Bei ihrem Vorgehen gegen die Beamten der Eisenbahn und der Postämter machen die Franzosen auch keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen. So schlugen sie in Hörde auf die Beamtinnen des Telephonamtes ein, als sie sich weigerten, entgegen der Anordnung der deutschen Vorgesetzten ihre Plätze zu verlassen. Auch gegen Kinder wird rücksichtslos Krieg geführt. Ein 15jähriger Junge wurde in Essen am 13. Februar von zwei französischen Kraftfahrern in den Keller des Essener Postamtes geschleift, ihm wurden die Zähne eingeschlagen und der Kopf blutig geschlagen. Der Oberpostdirektor Wober holte daraufhin einen französischen Offizier, der den Knaben befreite. Bekannt ist die Einstellung der Franzosen gegen die sittliche Kontrolle. Durch die Beraubung der größeren Städte wie Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Recklinghausen von der Schutzpolizei werden die unter Kontrolle stehenden Frauenzimmer nicht mehr unter dem notwendigen Zwang gehalten, sich der ärztlichen Kontrolle regelmäßig zu unterwerfen. Welche Gefahr für die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten hierdurch hervorgerufen wird, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Auch verlangen die Franzosen dauernd die Stellung von deutschen Frauen zur Aufrechterhaltung ihrer Soldatenbordelle, eine Forderung, die sogar der englische Unterstaatssekretär für den Krieg, Boiness, im Unterhaus zugeben mußte. Die Bergarbeiterverbände mußten sich sogar öffentlich gegen die Brutalität der Franzosen gegenüber Frauen und Kindern in Bochum zur Wehr setzen. Dabei mehren sich die unsittlichen Angriffe französischer Soldaten auf deutsche Frauen und Mädchen dauernd. So wurde am 30. Januar nach einem Bericht des 8. Polizeireviers in Bochum morgens um 7½ Uhr in der Manteuffel- und Bahnhofstraße ein junges Mädchen von drei Franzosen überfallen, ihre Bluse und Unterkleidung wurde zerrissen, die Handtasche mit Inhalt geraubt und das junge Mädchen verletzt. Am 8. Februar wurden zwei junge Mädchen in Begleitung eines Schupobeamten von einem französischen Soldaten unmittelbar angegriffen. Der Schupobeamte verscheuchte den Wüstling, mußte sich aber gegen herzueilende, angetrunkene Fran-

zosen mit dem Seitengewehr verteidigen. In Westerholt wurde am 14. Februar eine Frau von französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. In Oberhausen wurde am 22. Februar ein junges Mädchen von zwei Belgiern von hinten überfallen, zu Boden geworfen, die Belgier versuchten sie zu vergewaltigen. Sie setzte sich verzweifelt zur Wehr. Als sie versuchte zu schreien, hielt einer der Belgier ihr mit der Hand den Mund zu. Es gelang ihr im letzten Augenblick, sich mit letzter Kraft zu befreien. Bei dieser Befreiung schlugen die Belgier ihr rücksichtslos ins Gesicht. Am selben Tage wurde in Herne ein 19jähriges unbescholtenes Dienstmädchen in der Bahnhofstraße von drei französischen Soldaten überfallen, in eine Seitenstraße geschleppt und in rohester Weise mißhandelt. Dem Mädchen wurden die Kleider zerrissen, die Handtasche mit Inhalt geraubt, das Mädchen blieb bewußtlos liegen und mußte sich später in ärztliche Behandlung begeben.

Diese Chronik der Verbrechen der französischen Besatzungstruppen enthüllt die „friedlichen" Absichten, mit denen Poincaré in das Ruhrgebiet eingerückt ist, so offensichtlich, daß sich jedes weitere Wort erübrigt. Eine wilde Soldateska wird auf eine wehrlose Bevölkerung losgelassen und wütet mit viehischer Brutalität ohne jedes Gefühl für Recht und Sittlichkeit. Es wird höchste Zeit, daß endlich sich Stimmen erheben aus allen neutralen Ländern, um diesem Vorgehen der Franzosen und Belgier Einhalt zu gebieten, sonst bricht unter der Herrschaft solcher gemeinen Gewalt alle Kultur und Zivilisation zusammen, und es entsteht in Europa unter dem Terror des französischen Militarismus ein Herd von verbrecherischen Infektionsmöglichkeiten, wie er niemals seit dem Dreißigjährigen Krieg gesehen wurde.

Abgeschlossen am 3. März 1923.

Aus dem altbesetzten Gebiet.

Aus dem Buch des früheren italienischen Ministerpräsidenten Francesco Nitti: „Der Niedergang Europas. Die Wege zum Wiederaufbau." (Frankfurter Sozietätsdruckerei 1922.)

„Die Wohnungseinrichtung des Präsidenten der Rheinlandkommission im Palast des Oberpräsidenten in Koblenz erforderte die Summe von $1^1/_2$ Millionen Mark und ein Teppich, der auf mehr als ½ Million geschätzt war, kostete bloß an Unterhaltung M. 25 000.—." (Seite 142.)

„Nach der Mitteilung des Reichskanzlers vom 21. März 1922 ist der Sold eines einfachen Ententesoldaten dreimal höher als das Gehalt eines höheren deutschen Beamten. Die Gehälter des Reichskanzlers und aller Reichsminister zusammen, einschließlich Repräsentationskosten erreichen noch nicht die Höhe der Einnahmen zweier Ententegenerale. Mit weniger als dem zehnten Teil des Soldes eines englischen Soldaten müssen die Familien der deutschen Arbeiter, Handelsagenten und Beamten leben." (Seite 143.)

„In einem Brief vom 22. August 1921 verlangte das Kommando der Rheinarmee die Herstellung eines besonderen Fußbodens im Schlafzimmer des Kommandierenden, der im Schlosse von Mainz logierte. Der Boden war in gutem Zustand und mit einem kostbaren Teppich bedeckt; man verlangte jedoch einen neuen Boden, da der alte an einigen Stellen beim Darüberschreiten ein leichtes Geräusch machte. Für den neuen Boden bestand man auf einem besonderen Muster, das im Handel nicht aufzutreiben war; es mußte deshalb erst besonders geschaffen werden. Als dann die einzelnen Teile des Bodens hergestellt waren und man zur Zusammensetzung schreiten wollte, erkrankte die Frau des Kommandanten; infolgedessen erklärte der Kommandant, bis zur Fertigstellung des Bodens in seinem Schlafzimmer, das Schloß Waldhausen bei Mainz beziehen zu wollen, und ordnete dessen sofortige Instandsetzung an. Diese in aller Eile gemachten Arbeiten kosteten 293 139 Mark und als sie beinahe fertig waren, kam die Mitteilung, daß der General aus dienstlichen Gründen nicht im Schloß Waldhausen wohnen könne und so waren denn alle diese Ausgaben verloren."

Das Schreckensregiment der Franzosen und Belgier am Rhein und an der Ruhr 1923.

Auf Grund von Urkunden bearbeitet von Otto von Stülpnagel.

Farbige schießen auf friedliche Bewohner.

In Wiesbaden wurden am 5. 2. gegen kleine Ansammlungen friedlicher Bürger Spahis und Marokkaner abgesandt, die im Galopp auf die Menge, unter denen Frauen und Kinder waren, losritten und rücksichtslos von ihren Karabinern Gebrauch machten. Dabei wurden zwei Deutsche durch Schüsse getötet.

Spahis mißhandeln die Bevölkerung von Trier.

In Trier wurden Anfang Februar bei dem Vorgehen der Spahis gegen harmlose Bürger Frauen, Greise und Kinder in der unmenschlichsten Weise mißhandelt, so daß sie teilweise im Hospital Aufnahme finden mußten. Mehrere Gymnasiasten wurden aufgegriffen, in den Trierschen Hof gezerrt. Hier mußten sie knien, viermal den „geheiligten Boden Frankreichs küssen" und dann noch eine Stunde in kniender Stellung verharren, immer mit vorgehaltenen Waffen gezwungen. Darauf mußten sie sich an die Wand stellen und als sie infolge der ausgestandenen Erregung umzufallen drohten, wurden sie mit Fußtritten traktiert. Aus den Fenstern sahen andere Franzosen zu und riefen: „Très bien!"

Französische Truppen überfallen einen D-Zug.

Der D-Zug Essen-Hamburg wurde am 9. 2. in Wanne planmäßig überfallen. Als der D-Zug auf dem Bahnhof einlief, kamen etwa 30—40 Franzosen, ausgerüstet mit Gewehren, Brechstangen und Vorhämmern vom Bahnsteig 3 zur Maschine und forderten Lokomotivführer und Heizer zum Verlassen der Maschine auf. Franzosen bestiegen die Maschine. Alsdann wurden die Beamten und alle Reisenden aufgefordert, den Zug und den Bahnsteig zu verlassen. Auch die übrigen Bahnsteige wurden gewaltsam geräumt. Zu gleicher Zeit lief auf Bahnsteig 3 ein Personenzug von der entgegengesetzten Richtung (von Langendreer) ein, auch dessen Reisende mußten sofort den Zug verlassen. Infolge des gleichzeitigen Ausweisens der Reisenden aus dem D-Zug und dem Personenzug staute sich die Menge, besonders da niemand im Augenblick erkennen konnte, was los war. Der Zugführer wollte in Pflichttreue die Türen des Zuges noch schnell schließen, es kam aber ein französischer Offizier und zog ihn mit den Worten „schnell weg!" vom Zuge fort. Im gleichen Augenblick schlug ein französischer Soldat den 64jährigen deutschen Zugführer mit dem Gewehrkolben auf den Kopf, so daß er taumelte; ein Schaffner wollte ihn auffangen, da setzte ein anderer Soldat dem Schaffner das Bajonett auf die Brust mit dem Rufe „schnell weg!" Die Masse der Frauen und Kinder schrie laut auf. Nun zog der Offizier den Revolver, hielt ihn auf die Menge gerichtet und forderte sie auf, schnell zu gehen. Die Stauung vor und auf der Treppe wurde so stark, daß Kinder, Frauen und Männer auf der Treppe übereinanderfielen und einen Menschenknäuel bildeten. In diesen Knäuel stachen die Franzosen rücksichtslos mit ihren Bajonetten hinein, worauf großes Klagegeschrei und Hilferufe ertönten. Fluchtartig suchte jeder sein Leben zu retten, von den Franzosen bis auf den Bahnhofsvorplatz getrieben. Dort war eine Kavalleriepatrouille, die die Menge bis weit in die Stadt hinein verfolgte. Vor dem Bahnhof waren drei Maschinengewehre aufgestellt, die auf die flüchtende Menge gerichtet wurden. Irgendein Widerstand des so plötzlich überfallenen Publikums und der Beamten ist in keiner Weise erfolgt. In 8 bis 10 Minuten waren sämtliche Reisende weit in die Stadt hinein verschwunden. Das Gepäck der Reisenden ist zum größten Teil im Zuge geblieben, ebenso das auf dem Bahnhof ein- und umzuladende Gepäck. Wieviel Personen verletzt worden sind, ist nicht zu übersehen.

Ein Postbeamter des D-Zuges wurde durch einen Bajonettstich schwer verletzt, als er sich weigerte, das ihm anvertraute Geld herauszugeben. Die Franzosen beschlagnahmten drei Kisten mit mehreren Millionen Mark.

Französische Offiziere mißhandeln Einwohner mit Reitpeitschen.

In Essen räumten Anfang Februar 40 französische Offiziere mit ihren Reitpeitschen wild umsichschlagend die große Vorhalle des Bahnhofes und umstellten den Bahnhof und die Wartesäle mit Posten mit aufgepflanztem Seitengewehr, legten die Revolver auf die Tische des Wartesaales und schlugen wie wild mit ihren Reitpeitschen auf die Tische, um sich Bedienung und Abendessen zu erzwingen.

Belgische Truppen quälen Aachener Studenten.

Am Sonntag, den 28. Februar wurden zwei Studenten, abends 7 Uhr, die sich in Begleitung einer Dame befanden, auf dem Nachhausewege am Elisenbrunnen in Aachen durch belgische Gendarmerie aufgegriffen, trotzdem sie nicht zu der Menschenmenge gehörten, die von dieser auseinander getrieben wurde. Sie mußten unter fortgesetzten Püffen und Hieben die Arme hochhalten und wurden nach Waffen untersucht. Darauf wurden sie unter andauernden Mißhandlungen (Schlägen mit Gummiknüppeln über Kopf und Gesicht) mit einer Kette aneinandergefesselt und vor ein Schaufenster gestellt. Nach 3/4 Stunden wurden sie mit ungefähr 8 anderen Verhafteten zur Rathauswache geführt. Auf dem Wege dorthin wurden sie fortwährend geschlagen, getreten oder sonstwie mißhandelt. Dem Studenten St. floß das Blut aus Mund, Nase und Kopfwunde. In der Wache mußten sie durch eine Knüppelgasse von Soldaten ziehen, die mit Fäusten, Kolben und Stiefeln in der brutalsten Weise die Inhaftierten mißhandelten. Während in der Wache die Personalien festgestellt wurden, setzten sich die Mißhandlungen fort bis auf den Studenten St., den man jetzt in Ruhe ließ, weil er ohnmächtig wurde und Brechreiz bekam. Nach dem Verhör wurden die Inhaftierten einzeln durch die Wachstube herausgelassen, wieder durch fortgesetzte Mißhandlungen verfolgt. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß sich die Verhafteten nicht der geringsten Widersetzlichkeiten schuldig gemacht haben, um die etwaige Berechtigung solcher Behandlung zu begründen. Während des Verhörs hatten die belgischen Gendarmen ihr Benehmen den Verhafteten folgendermaßen erklärt: „Diese Behandlung ist nichts gegen die von Eurer Seite 1914 in Belgien."

Dem Studenten M. war durch einen Hieb das Trommelfell zertrümmert. Der Student St. hatte einige Kopfwunden und infolge verschiedener Tritte mit Sporen auch noch Beinwunden davon getragen. Einige Tage später bekam der Student M. die Aufforderung, sich am 2. Februar vorm Kriegsgericht zu verantworten. Ein Grund wurde ihm nicht mitgeteilt. Die Anklage ging auf:

1. Provozierendes Verhalten bei einer öffentlichen Kundgebung.
2. Beschimpfung der Truppen durch den Ruf „Schweinehunde."

Am 23. Januar 1923 betraten zwei Studenten, die Herren T. und R., die Bedürfnisanstalt am Theater. Als sie diese verlassen wollten, wurden plötzlich die Ausgänge, unter dem Ruf „Hände hoch" von bewaffneten belgischen Soldaten besetzt. Nachdem man sich überzeugt hatte, daß die Studenten keine Waffen trugen, wurden sie mit Kolbenstößen und Fußtritten ins Freie getrieben. Sie wurden dann ohne Angabe eines Grundes festgenommen. Ein Versuch, ihre Schuldlosigkeit darzutun, wurde in brutalster Weise verhindert. Dabei wurde einem Herrn ohne Grund der Kneifer von der Nase geschlagen. Sie wurden dann zur Rathauswache geführt, wobei unterwegs durch Kolbenstöße und Fußtritte das verlangte Tempo erreicht wurde. Im Wachlokal beteiligte sich die ganze Wachmannschaft in rohester Weise an den Mißhandlungen. Die beiden Studenten wurden gezwungen, mit dem Gesicht zur Wand sich aufzustellen und die Hände hoch zu halten. Wenn sie ermüdet die Arme sinken ließen, wiederholten sich die Mißhandlungen. Nach etwa einer Viertelstunde wurden ihnen die Pässe abverlangt und ein Protokoll aufgenommen. Auf diese Weise erfuhren sie, daß sie beschuldigt wurden, auf der Straße die Soldaten ausgepfiffen zu haben und geflüchtet zu sein. Auf Befehl eines die Wache revidierenden Offiziers wurden sie dann freigelassen und zwar in der Art, daß sie durch die im Vorraum aufgestellten Wachleute regelrecht Spießruten laufen mußten, wobei die Soldaten mit aller Gewalt mit ihren Gewehrkolben schlugen.

Belgische Soldaten schießen auf harmlose Mitfahrende.

Ein belgischer Soldat, dem in der Straßenbahn Oberhausen-Bohrbeck die Lösung eines Fahrscheines abverlangt wurde, schoß blindlings um sich. Hierbei wurde ein Schuhmachermeister aus Essen durch einen Kopfschuß getötet.

Französische Soldaten vergewaltigen junge Mädchen.

In Herne wurde ein junges Mädchen, als es morgens zu seiner Arbeitsstelle ging, von mehreren französischen Soldaten in einen Neubau verschleppt und dort vergewaltigt. Sie wurde erst 1½ Stunden nach der bestialischen Tat besinnungslos aufgefunden.

Ausraubung und Zerstörung der Handelskammer Bochum.

Am 24. 2. zerstörten französische Truppen unter Führung von Offizieren das Gebäude der Bochumer Handelskammer, stahlen und erbrachen Kassenschränke, schleppten das Mobiliar einschließlich Gardinen und Teppichen und die Bibliothek fort. Zertrümmerten Schreibtische und Regale und beschmutzten die Akten. Die Beute wurde auf Lastwagen fortgebracht. Der im Keller liegende Weinvorrat wurde zum Teil ausgetrunken. Das ganze Gebäude ist ausgeraubt. Ebenso wurde ein Teil der Ausstattung der Privatwohnung des Syndikus der Handelskammer Dr. Jacobshagen und einige Möbelstücke des Landratsamtes gestohlen. Ausländische Pressevertreter erklärten, daß ihnen Beispiele einer solchen Verwüstung selbst in unkultivierten Gebieten noch nicht vor Augen gekommen seien.

Die Handelskammer in Bochum charakterisiert dieses beispiellose Verhalten der Franzosen durch folgendes Rundschreiben an sämtliche Handelskammern:

„Im Dunkel der Nacht vom 23./24. 2. 1923 haben französische Truppen unter Führung von Offizieren das Geschäftsgebäude der Handelskammer erbrochen und vollständig ausgeraubt. Was in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurde, hat sinnungslose Zerstörungswut in einer Nacht vernichtet. Nicht nur das Aktenmaterial, die ganze 1000 Bände umfassende Bibliothek, auch sämtliche Einrichtungsgegenstände, Teppiche, Uhren und alle Wertsachen wurden mitgenommen, Geldschränke erbrochen und ausgeplündert. In der Handelskammer findet man nur noch leere Räume, in denen Papierfetzen, zerbrochene Weinflaschen, die aus den Privatkellern geraubt wurden und zertrümmerte Telephonapparate zwischen den zerschnittenen Ölbildern früherer Präsidenten der Handelskammer umherliegen. Dieser neuerliche Gewaltakt der Franzosen ist so unerhört, das Vorgehen gegen eine nur dem Allgemeinwohl und den Interessen von Handel und Industrie dienende Organisation der Kaufmannschaft so einzig dastehend, daß wir uns versagen müssen, ihre Urheber auch nur eines Protestschreibens zu würdigen. Der gesamten zivilisierten Welt überlassen wir das Urteil über diesen Vandalismus, der nur den Zweck haben konnte, in das Wirtschaftsleben gewaltsam Störung hineinzubringen."

Raubzug gegen die Sozialrentnerfürsorge Gelsenkirchen.

Über der Wache Zentrum der Schupo in Gelsenkirchen befinden sich in den oberen Räumen die Büros der städtischen Sozialrentnerfürsorge. Als die Franzosen am 14. Februar hier eindrangen, wurde ihnen bedeutet, daß die Büros mit der Schupo nichts zu tun hätten. Das fand kein Gehör, obschon verschiedene Franzosen gut deutsch verstanden. In den Büros wurde alles von oben nach unten gekehrt, die Schränke eingeschlagen, die Stühle zerbrochen, die Akten aus den Schränken herausgerissen und umhergeworfen, die Tintenfässer über die Akten entleert usw. An die Wände wurde in französischer Sprache geschrieben: „Zur Erinnerung an 1914" und „Tod den Boches". Die Zerstörung auf den Büros hat zur Folge, daß die Fürsorge für die Ärmsten der Armen in den nächsten Wochen nicht ordnungsgemäß erfolgen kann, da die Akten, soweit sie überhaupt noch erkennbar, einer längere Zeit in Anspruch nehmenden Neusichtung bedürfen.

Ausraubung und Mißhandlung der Schutzpolizei (Schupo) in Bochum.

Am 28. 2. umstellten die Franzosen die Unterkunft der Schupo in Bochum, verhafteten die Beamten und setzten sie in der Oberrealschule fest. Auch die Polizeidirektion wurde besetzt und die inneren Räume völlig verwüstet. Ebenso wurden die Unterkunft der Schupo und die Polizeiwache geplündert, sämtliche Vorräte, die gesamten Ausrüstungsgegenstände, alle Lebensmittel und Gelder der Schupo gestohlen. Der Kommandeur der Schupo, Major Koeh, wurde gefesselt abgeführt, alle Polizeioffiziere verhaftet. Oberleutnant Christensen dabei schwer mißhandelt.

Vertreibung der Schupo in Essen.

Am 16. 2. 1923, um 11 Uhr 30 Minuten, drangen die Franzosen in größerer Zahl in das Innere des Präsidiums ein, verteilten sich auf die vier Stockwerke, drangen in sämtliche Büros ein und verboten jede Arbeit. Die Beamten mußten ihre Büros verlassen und auf den Flur treten. Alle mußten ihre Brieftaschen abgeben, welche durchsucht wurden. Ferner wurde eine Visitation nach Waffen vorgenommen. Von den vorgesetzten Beamten wurde Regierungsrat Niedermeyer, der Stellvertreter des Präsidenten, und ein Regierungsassessor verhaftet. Polizeirat Exner ging freiwillig mit den beiden Herren mit. Die übrigen Beamten mußten immer gruppenweise zu fünf und sechs das Haus, in dem die Franzosen Spalier bildeten, verlassen und sich nach Hause begeben. Gegenwärtig sind nur Franzosen in den Büros.

Vertreibung der Schupo aus Herne.

Am 28. 2. rückten die Franzosen mit großem militärischem Aufgebot (Kavallerie, Maschinengewehre, Tanks usw.) vor das Quartier der Schupo in Schloß Struenkede und verhafteten die dortigen Beamten. Die Verhafteten wurden in das unbesetzte Gebiet auf Lastkraftwagen überführt und in Bork einfach auf die Straße gesetzt.

Gewaltsame Entfernung der Schupo aus Recklinghausen.

In der Nacht 27./28. 2. wurde die Schupo in Recklinghausen mit Hilfe eines großen Truppenaufgebotes (Tanks und Kavallerie) gefangen gesetzt, entwaffnet und auf Lastkraftwagen fortgeführt.

„Feldzug" gegen die Schupo in Gelsenkirchen. (19. 2. 23.)

Von Augenzeugen wurde berichtet, daß vor dem Eintritt in das Haus Schüsse abgegeben wurden. Die auf der Wache befindlichen Schupoleute wurden hintereinander aus dem Gebäude herausgestoßen, mußten gleich Gefangenen die Hände hochheben und ohne Mantel und Mütze draußen antreten. Auf den Hof wurden die zwölf Beamten mit dem Gewehrkolben in Reih und Glied getrieben. Als der Zug geordnet, stellte sich ein Offizier mit hocherhobener Reitpeitsche davor und kommandierte Paradeschritt. Dann schlug er mit der Reitpeitsche auf die hocherhobenen Hände der ersten Reihe der Schupoleute ein. Das war für die hintere Reihe Anlaß, die Hände sinken zu lassen. Jetzt aber setzte eine allgemeine Mißhandlung der Beamten ein. Während des Marschierens wurden sie mit wuchtigen Kolbenschlägen auf Kopf und Rücken und mit Fußtritten bearbeitet.

Auf der Wache wurde alles von den Franzosen durcheinandergeworfen, die Spinde durchsucht und ausgeräumt. Mehrere Schußstellen in den Wänden und in der Decke bekunden, daß hier ebenfalls von den Franzosen geschossen wurde. Die Waffen der Polizei wurden mitgenommen.

Nicht minder empörend wie die Behandlung der Schupoleute auf Wache Zentrum, war die der Beamten auf Wache Bismarck. Die Wache liegt hier an einem Hof, an dessen Eingang ein Wirtshaus steht. Als die Franzosen (Kavallerie und Infanterie) anrückten, stand ein Schupomann am Hoftor. Nach einem kurzen Gespräch mit einem Offizier ging der Schupobeamte in die Wirtschaft. Sofort stürmte ein Offizier und eine Anzahl Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr in das Lokal. In der Wirtschaft flüchtete der Schupobeamte durch ein Nebenlokal. Der nachfolgende Offizier schlug mit

einem Gummiknüppel auf den Schanktisch und schrie fortwährend: „Wo ist?“ Mit dem Schlachtruf „Wo ist?“ und gefälltem Bajonett stürmte jeder der nachfolgenden Soldaten in die Stube. Mehrere Soldaten schlugen mit den Kolben die Tür eines Nebenzimmers ein und krochen durch die Öffnung hindurch. Nach kurzer Zeit erschien der Offizier wieder und setzte der Wirtstochter den Revolver an die Schläfe, wiederum „Wo ist?“ rufend.

Während dieser Auftritte kam der Wirt aus den oberen Räumen die Treppe hinunter. Er wurde von den Soldaten heruntergezogen und von einem Offizier mit einem Gummischlauch geschlagen und dann auf dem Hofe von den Soldaten schwer mißhandelt.

Währenddessen wüteten die übrigen Soldaten im Wachlokal und im angrenzenden Magazin der Schupo. Vier Schupobeamte wurden herausgeholt, mit hochgehobenen Händen auf dem Hofe aufgestellt. Hier schlug man sie ins Gesicht, stieß sie vor die Brust und schlug mit dem Gewehrkolben auf sie ein.

In der Wachstube wurde durcheinandergeworfen und zerstört, was nicht niet- und nagelfest war. Das Telephon war abgerissen und zu Boden geworfen. Die Türen wurden zertrümmert, die Möbel zerschlagen. Tschakos und Mützen waren mit den Seitengewehren durchstoßen. Gestohlen wurde, was dessen wert erschien. Fernglasbehälter wurden entzweigeschnitten und die Ferngläser mitgenommen. Auf einem Auto wurden ganze Ballen Schlafdecken, Bekleidungsstücke, Ferngläser, Revolver und Kisten mit Munition fortgeschafft.

Die abtransportierten Schupoleute wurden auf dem Hof einer Wirtschaft gesammelt, an die Wand gestellt und untersucht. Uhren, Geld usw. wurden ihnen abgenommen. Viele der Beamten waren ohne Mantel und Kopfbedeckung, einige sogar ohne Schuhe. Etwa vier Stunden mußten sie in bitterer Kälte auf dem Hofe stehen. Dann wurden sie in einem Pferdestall untergebracht. Teilweise zeigten die Beamten Verletzungen. Sie wurden später nach Recklinghausen abtransportiert. Mehr als 24 Stunden waren sie ohne Nahrung geblieben, bis die Recklinghauser Schutzpolizei ihnen Nahrungsmittel zuführen konnte. Das Schicksal der fortgeschleppten Beamten ist noch unbekannt.

Am 2. 3. wurde die Schupowache in Gelsenkirchen zum dritten Male überfallen und durchsucht. Hierauf rückten die Franzosen mit einem Aufgebot von etwa 1500 Mann, Tanks, Panzerwagen und zwei schweren Geschützen gegen den Flugplatz, der derzeitigen Unterkunft der Schupo, vor und umstellten diesen. Sie nahmen die anwesenden Schupomannschaften mit ihren Offizieren gefangen, entwaffneten sie und führten sie mit unbekanntem Ziel ab.

Diebstahl und Plünderung der Soldateska.

Schon vor der Zerstörung der deutschen Schutzpolizei war die deutsche Regierung gezwungen, der französischen Regierung folgende Protestnote zu überreichen:

„Aus dem Ruhrgebiet werden eine Reihe von Fällen gemeldet, wo Angehörige der französischen Armee Eigentumsvergehen verübt haben.

Am 18. Januar, nachmittags, hat sich ein Soldat des 109. französischen Infanterie-Regiments in Dortmund in dem Goldwarengeschäft Lindenberg, Steinstraße 6, das er unter dem Vorwande eines beabsichtigten Einkaufes betreten hatte, zwei silberne Ringe und eine Damenuhr angeeignet.

Am 22. Januar, nachmittags, haben zwei französische Soldaten von der Hauptbahnhofswache in Dortmund, einer darunter mit blankgezogenem Seitengewehr, aus dem Verkaufsstande des Bahnhofswirts nach Zertrümmerung einer Glasscheibe, vier Flaschen mit Spirituosen, sowie Schokolade und Obst geraubt.

Am 30. Januar, abends, haben drei französische Soldaten in Wanne den Platzmeister Saffe überfallen und seiner Brieftasche mit 32 000 Mark, sowie seiner silbernen Uhr beraubt.

Am 31. Januar haben französische Soldaten unter Teilnahme von Offizieren Lebensmittel- und Zuckerwarengeschäfte in Witten a. d. Ruhr ausgeraubt.

In Bochum haben französische Soldaten in zahlreichen Fällen in Ladengeschäften unter Anwendung von Gewalt und ohne Bezahlung Waren weggenommen.

Die deutsche Regierung fordert die Bestrafung der Täter und Ersatz des verursachten Schadens.“

Nach der Entfernung der Schupo häufen sich die nächtlichen Beraubungen der zivilen Bevölkerung durch französische Soldaten in geradezu erschreckendem Ausmaße, hauptsächlich in den außenliegenden Arbeitervierteln. Den Opfern wird alles, was den gewöhnlich in kleinen Banden auftretenden Räubern wertvoll erscheint, abgenommen, nachdem zur Wahrung der Form einleitend nach Waffen gefragt ist.

In der Nacht vom 24./25. 2. wurden dem Kaufmann S. in Essen in der Hansastraße zwischen 12 und 1 Uhr nachts 1 600 000 Mark und sämtliche Wertsachen durch französische Soldaten abgenommen.

Drei Bergleuten wurden in der Nähe der Zeche Herkules die Uhren gestohlen.

Am 25. 2. wurde in Essen:

der Zeichner S. von vier französischen Soldaten unter Führung eines Offiziers auf der Steelerstraße angehalten, mit dem Revolver bedroht und seiner Uhr nebst Kette beraubt.

An derselben Stelle wurde dem Kaufmann B. unter Drohungen die Uhr mit Kette und 8 500 Mark Bargeld abgenommen.

Desgleichen wurde der 62jährige Dreher Adam St. gegen 11 Uhr abends von vier französischen Soldaten überfallen und seiner Uhr beraubt. Auf seine Hilferufe flüchteten die Räuber und als er ihnen nachlief, schossen sie auf ihn.

Am 27. 2. nahm ein französischer Soldat der Witwe eines Berginvaliden unter Vorhaltung eines Revolvers die Handtasche mit 60 000 Mark fort. Das Geld stellte den ganzen Arbeitsverdienst der Frau dar, der ihr am Tage vorher ausgezahlt war.

Am 12. 2. wurde Herr H. aus Remscheid in der Nähe des Hauptbahnhofes von Essen von Franzosen angehalten, angeblich um von seiner brennenden Zigarette Feuer zu erhalten. Als Herr H. diese fortwarf und sich weigerte, sie aufzuheben, wurde er gestoßen, ein Stück fortgeschleift und sodann seines Tascheninhaltes einschließlich einer Brieftasche mit 143 000 Mark beraubt.

In den letzten Tagen sind beim Besatzungsamt in Essen allein 42 Raubüberfälle durch französische Soldaten bekannt geworden. Über alle diese Vorfälle sind Protokolle aufgenommen und dem General Degoutte zugestellt.

Für dieses beispiellose Brigantentum der französischen Armee geben die französische Regierung und die französischen Besatzungsbefehlshaber ihren Truppen das Vorbild:

Diebstahl und Raub im großen.

Am 28. 2. besetzten die Franzosen in Bochum die Reichsbank, das städtische Verwaltungsamt, das Rathaus, den Hauptbahnhof, das Finanzamt und die innere Stadt.

Im Rathaus wurden 50 Millionen Mark beschlagnahmt. Auf der Post 9 Millionen Mark.

Am 10. 2. wurden in Mainz Eisenbahnbeamte bei der Auszahlung der rückständigen Löhne, Gehälter, Witwen- und Waisengelder verhaftet. Hierbei wurden erhebliche Beträge, außerdem ein für den gleichen Zweck vorhandenes Bankkonto in Höhe von 61 Millionen Mark beschlagnahmt.

Am 27. 2. wurden in Kupferdreh von den Franzosen auf der Straße 260 Millionen Mark Lohngelder der Zeche Prinz Wilhelm beschlagnahmt.

In dem kürzlich neu besetzten Kaub wurden im Verbandsbüro der Binnenschiffer 12 Millionen Mark Verbandsgelder beschlagnahmt.

Am 26. 2. wurden in Essen dem Boten des Scheckamtes 400 000 Mark, die für die Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen bestimmt waren, fortgenommen.

Am 24. 2. raubten die Franzosen auf dem Bahnhof Hengstey aus dem Schnellzug D 38 Berlin-Köln einen Geldtransport der Reichsbank von 15 Milliarden.

Am 12. 2. setzten die Franzosen ihre Bemühungen, die der Stadt Gelsenkirchen auferlegte Buße von 100 Millionen einzutreiben in der widerrechtlichsten Weise fort.

Nach Mitteilungen der Franzosen sollen bisher 90 Millionen Mark beschlagnahmt sein. Zum Teil stammen die beschlagnahmten Beträge aus den Mitteln der Ruhrhilfe und aus anderen Notstandsaktionen für Kranke und alte Leute. Teilweise wurden die Passanten auf der Straße einfach angehalten und ihrer Barschaft beraubt.

Der Diebstahl von Privatautos.

In den letzten Wochen wurden im Ruhrgebiet zahlreiche Privatautos auf der Straße einfach angehalten, die Insassen entfernt und die Autos geraubt.

Bochum, 12. Februar.

Der Chefkommandant der Besatzungstruppen fordert von der Stadt Bochum die Lieferung von 48 Personenkraftwagen von mindestens 20 P. S., mit 4 Sitzplätzen, mindestens einem Wechselrad, drei Ersatzluftschläuchen, Scheinwerfer, Werkzubehör, Behälter mit Füllung, Benzol und Karbid. Die Wagen sollen mit Chauffeur und der grünen Inhaberkarte geliefert werden. Alle Wagen sollen Personen gehören, die deutsche Staatsangehörige sind und im Ruhrgebiet wohnen. Als Garantie für die Durchführung des Requisitionsbefehls haben besondere Kommandos sämtliche Zugangsstraßen gesperrt und die passierenden Personenkraftwagen beschlagnahmt. Die Ausführung des Befehls würde für die Stadt Bochum einen Kostenaufwand von rund 4½ Milliarden Mark bedeuten.

Essen, 12. Februar.

General Fournier hat an den Oberbürgermeister gestern einen Befehl erlassen, wonach bis heute Nachmittag 2 Uhr 72 Personenautomobile mit voller Ausrüstung, Ersatzbereifung, Lampen, Benzol, Öl usw. gestellt werden sollen. Auch die Chauffeure sollten deutscherseits gestellt werden. Ohne eine Antwort abzuwarten, haben die Franzosen bereits die Beschlagnahme von zahlreichen Privatautomobilen vorgenommen.

Die Plünderung von Lebensmitteln.

Essen, 15. Februar.

Die Führer der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen begaben sich heute zu dem Präsidenten der französischen Feldeisenbahnkommission, um bei ihm Vorstellungen zu erheben, daß die Tatsachen nicht mit den Zusicherungen des Generals Degoutte in Übereinstimmung ständen, denen zufolge die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung unbeschadet durchgeführt werden sollte. Die Gewerkschaftler führten hierbei an, daß auf den Eisenbahngleisen bei Osterfeld-Süd eine große Menge Lebensmittel für das Ruhrgebiet bereitständen, die von belgischen Soldaten geplündert worden seien. Ein Beamter habe eidlich zu Protokoll gegeben, daß er drei belgische Soldaten in einem Wagen plündernd angetroffen habe. Die Plünderer hätten sich nicht nur damit begnügt, Lebensmittel selbst zu rauben, sondern hätten große Mengen davon aus den Wagen geworfen und auf den Gleisen verstreut. Weiter führten die Gewerkschaftler darüber Klage, daß leichtverderbliche Lebensmittel von der französischen Besatzung zurückgehalten würden, und daß man selbst Waggons mit lebendem Vieh, die in der Nähe von Oberhausen und Duisburg ständen, ohne jede Pflege habe tagelang stehen lassen, so daß ein Verenden der Tiere nahe bevorstand und einige davon auch eingegangen seien. Auch die Vorstellungen der Überwachungsabteilung der Eisenbahner seien fruchtlos gewesen, selbst diese Abteilung hätte nicht einmal an die Wagen heran gedurft, um das Vieh zu tränken.

Am 26. 2. überfielen Kompagnien des französischen Inf.-Rgts. 49 den Bahnhof Bochum-Nord, jagten das Personal mit Kolbenstößen fort, plünderten Wagen mit Speck, ebenso Kisten mit Likören aus den Güterschuppen, plünderten die Magazine, schlugen sämtliche Spinde der Arbeiter entzwei und raubten die den Arbeitern gehörigen Sachen, wie Schuhe, Jacken, Tabakspfeifen usw., außerdem zerstörten sie die Werkzeuge.

Die Plünderung von Kautschuk-Reifen.

Am 13. 2. forderte ein französischer Marine-Offizier in Begleitung belgischer Soldaten in den Verkaufsräumen der Continental-Kautschuk-Guttapercha-Comp. in Essen, Gildehofstraße 14, Pneumatiks an. Als der Geschäftsführer erklärte, daß er diese gegen Bezahlung oder gegen Requisitionsschein zur Verfügung stellen wolle, wies der Offizier auf seinen Revolver mit den Worten: „C'est la monnaie"! Der Offizier verlangte die Öffnung sämtlicher Räume und schlug bei der Besichtigung grundlos dem Bürochef ins Gesicht. Geschäftsführer und Bürochef wurden sodann verhaftet.

Die Reitpeitsche der französischen Offiziere.

8. 2. Recklinghausen: Am Steintor wurde ein Bergmann von einem französischen Offizier vom Pferde herab derart mit Ohrfeigen mißhandelt, daß der Mann zur Erde fiel. Als er sich wieder erhob, griff der Offizier zur Reitpeitsche und schlug auf den Bergmann weiter ein, bis blutige Striemen das Gesicht durchzogen.

8. 2. Recklinghausen: Angetrunkene Offiziere bearbeiteten abends in der Hernerstraße zwei ihnen harmlos entgegenkommende Zivilisten mit der Reitpeitsche.

7. 2. Bochum: Soldaten unter Führung eines Offiziers verprügelten den Wirt einer Schenke, der ihnen Getränke nur unter Zwang verabfolgte.

7. 2. Mengede: Auf Gut Königsmühle wurde der Verwalter vom französischen Offizier verprügelt, weil er den weiblichen Angestellten gesagt hatte, sie sollen sich von den Franzosen fernhalten.

9. 2. Recklinghausen: 4 Uhr nachmittags wurden 30 katholische Seminaristen von französischen Offizieren mit Reitpeitschen und von Mannschaften mit Kolbenschlägen überfallen und blutig geschlagen.

9. 2. Offenburg: Ein Gymnasiast wurde wegen der Weigerung einem Soldaten das Gepäck zu befördern, von einem französischen Offizier mit der Reitpeitsche blutig geschlagen.

12. 2. Essen: Zivilisten wurden auf der Straße blindlings von französischen Offizieren mit der Reitpeitsche bearbeitet.

Als sich die Angestellten des Hotels Handelshof am 12. 2. weigerten, französische Offiziere zu bedienen, ließen diese das Lokal von den zur Einnahme der Mittagsmahlzeit anwesenden Deutschen räumen. Die Deutschen wurden hierbei von den französischen Offizieren mit der Reitpeitsche auf die Straße hinausgetrieben.

14. 1. Buer: Der Führer des Berittenen Zuges der Schupo, Oberwachtmeister Kott, wurde von einem Leutnant des französischen 14. Jäger-Regts. mit der Reitpeitsche in das Gesicht geschlagen, weil Kott eine Bescheinigung über weggenommenes Rauhfutter verlangt hatte.

15. 1. Marl: Gegen 11 Uhr vormittags wurde Polizeiwachtmeister Plowka von einem Offizier der 1. Esk. franz. 18. Drag.-Regts. in das Gesicht geschlagen, weil er nicht gegrüßt hatte.

Essen: Lokomotivheizer von französischem Offizier mit Erschießen bedroht, falls er nicht fährt. Der Offizier schießt tatsächlich, nachdem er von 1—3 gezählt, jedoch durch gewandte Drehung der Waffe hart am Gesicht des Heizers vorbei.

Aachen: Ein junger Mann, der im Gespräch mit Freunden den sehr breiten Bürgersteig vor 2 belgischen Offizieren nicht freimachte, wurde von diesen angerempelt, so daß er auf die Fahrbahn flog, und als er sich ohne ein Wort zu sagen, wieder auf seinen alten Platz stellte, mit der Reitpeitsche bearbeitet.

Aachen: Die Frau eines ausgewiesenen Beamten sah innerhalb weniger Tage ihrer Niederkunft entgegen. Durch Zeugnis zweier Ärzte belegte Aufschubbitte wurde abgewiesen. Die Frau wurde auf Befehl des belgischen Kommandanten ausgewiesen.

Am 10. 2. mißhandelt in Hattingen Major Bernoit vom 19. franz. Drag.-Rgt. den Herrn E. mit der Reitpeitsche durch Schlagen ins Gesicht schwer.

Planmäßige Unterstützung der Roheitsakte durch die französische Generalität.

Der Kommandeur der 47. französischen Inf.-Div. General Laignelot kündigt am 9. 2. dem zweiten Bürgermeister von Recklinghausen, Dr. Niemeyer, offen an, daß er „vor keiner Maßnahme zurückschrecken werde, bis die Bevölkerung vor ihm auf den Knien liegen würde".

Einem anderen Vertreter der deutschen Behörde, der auf die furchtbare Erregung hinwies, die in der Stadt darüber herrsche, daß fortwährend Tanks die Straßen durchrasseln und die Besatzung mit scharfen Schüssen, mit Gummiknüppeln, Gewehrkolben und Revolvern die friedlichen Bürger systematisch täglich bedrohe, erklärte derselbe General:

„Die Bevölkerung ist uns völlig gleichgültig! Uns geht es gut, wir haben weiter

nichts nötig. Wenn die Bevölkerung sich nicht meinem Willen beugt, dann werde ich zu immer schärferen Maßnahmen greifen, bis sie mir aus der Hand frißt."

Dem vorerwähnten Ausspruch des Generals Laignelot gemäß, wurde die Bevölkerung von Recklinghausen am gleichen und folgenden Tage von den französischen Truppen in der widerlichsten Weise behandelt.

Ein großer Teil der Passanten wurde brutal und rücksichtslos niedergeschlagen.

Von Münster kommende Reisende, die von Sinsen mit der Straßenbahn fuhren, wurden unbarmherzig aus dem Wagen gezerrt und schwerstens mißhandelt, darunter Frauen und Kinder!

Bergarbeiter aus dem Münsterlande wurden, obwohl sie die Kaffeeflasche auf dem Nacken trugen und als Arbeiter erkenntlich waren, in gleicher Weise rücksichtslos mißhandelt.

Während der ganzen Nacht wurde fortgesetzt geschossen.

Studienrat B. wurde so verprügelt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Am 10. 2. wurde auf der Martinsstraße ein älterer Berginvalide auf dem Wege in seine Wohnung grundlos von französischen Soldaten mit der Reitpeitsche und Gewehrkolben so schwer mißhandelt, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Als sich die Anwohner der Straße um den Bedauernswerten bemühten und versuchten, ihn in einen Hausflur zu tragen, wurden sie mit vorgehaltenem Bajonett unter Drohungen daran verhindert!

Auch die belgischen Soldaten folgen dem sadistischen Beispiel ihrer Offiziere.

In den letzten Tagen wurden in Bottrop durch die belgischen Wachtposten an der Lehmkulerstraße, die sich anscheinend in betrunkenem Zustand befanden, zahlreiche, zur Nachtschicht gehende Arbeiter der Zeche Prosper I ohne eine auch nur geringste Veranlassung belästigt, bedroht und mißhandelt.

Zimmerhauer Karl L. wurde von den belgischen Posten an der Unterführung der Lehmkulerstraße ohne weiteres geschlagen und mit der Schußwaffe bedroht.

Ludwig B. wurde mit Fäusten geschlagen und mit Füßen getreten.

Heinrich K. und Ignaz L. wurden durch die auf der Eisenbahnbrücke stehenden belgischen Posten mit Steinen beworfen.

Emil B. wurde das Gewehr auf die Brust gesetzt. Er wurde bedroht und in den Rücken getreten.

Alois W. wurde mit Steinen beworfen, Anton U. gegen den Leib getreten und mit der Waffe bedroht.

In gleicher Weise wurden fünf andere Bergarbeiter behandelt.

Diese Vorgänge seien zunächst nur aus der Fülle der Beispiele herausgegriffen.

Französische und belgische Besatzungstruppen als Mörder.

In zahlreichen Fällen wird von französischen und belgischen Soldaten grundlos auf friedliche Bewohner geschossen. Die Fälle häufen sich von Tag zu Tag. So sind u. a. bis jetzt gemeldet worden (nur einzelne Beispiele):

1. 2. 1923. Erschießung des Bergmanns Haumann in Brechten.

4. 2. 1923. Schwere Verwundung mit tödlichem Ausgang des 60 Jahre alten Nachtwächters Embach in Mainz durch französischen Posten.

4. 2. 1923. Erschießung eines Kindes in der Vorhalle des Bahnhofs Bilk bei Düsseldorf durch einen französischen Korporal ohne jeden Anlaß. Der Korporal schoß blindlings in eine Schar, den Franzosen zuschauender kleiner Kinder. Als Entschädigung hat die französische Regierung den Eltern dieses Kindes ganze 100 000 Papiermark angeboten. Für die zerschlagene Fensterscheibe des Autos der Kontrollkommission in Ingolstadt wurden von der Stadt seinerzeit von den Franzosen 500 000 Goldmark gefordert!

20./21. 2. 1923. Ermordung des Polizeiwachtmeisters Luert durch Kopfschuß in Oberhausen durch französische Posten.

22. 2. 1923. Ermordung des Arbeiters Robert Rose in Bochum durch Gewehrschuß durch französische Truppen.

Schwere Verwundung des Buchhalters Wiedelmann und des Stadtobersekretärs Hoff.

23./24. 2. 1923. Lebensgefährliche Schußverletzung des Polizeiwachtmeisters Pleter in Oberhausen durch französisches Militär.

Gleichzeitig schwere Verwundung des Polizeiwachtmeisters Dorsthorst.

Ungeachtet all dieser Taten aber schreibt die französische Regierung in einem Flugblatt, das sie über dem Ruhrgebiet abwerfen ließ:

„Sollte also die Bevölkerung des Ruhrgebietes Anlaß finden, in bezug auf ihre Verpflegung oder ihre Lebensweise im allgemeinen zu klagen, so darf sie die Schuld daran nicht auf die französischen Behörden wälzen, sondern auf die deutschen Hetzposten und Ruhestörer!"

Die deutsche Regierung charakterisiert das Gesamtverhalten der französisch-belgischen Besatzungstruppen in der zutreffendsten Weise in einer Protestnote vom 26. 2. wie folgt:

Die Gewalttätigkeiten der französischen und belgischen Truppen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes häufen sich in erschreckender Weise. Wenn es in der ersten Zeit nach dem Einmarsch noch den Anschein haben konnte, als ob es sich bei den Gewalttätigkeiten um Ausschreitungen von einzelnen Angehörigen der Besatzungsarmee handelte, so zeigt sich in den letzten Wochen immer deutlicher, daß die militärischen Befehlshaber selbst systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung zu terrorisieren.

Die neuerdings vorgekommenen Fälle der Wegnahme von Privateigentum, der Ausweisung und Verhaftung von Beamten, der Strafmaßnahmen gegen ganze Städte, sowie der Mißhandlung und der Tötung von Privatpersonen sind so zahlreich, daß es der deutschen Regierung schlechterdings nicht mehr möglich ist, jeden einzelnen Fall, seiner Bedeutung entsprechend, gesondert zu behandeln. Sie muß sich daher einstweilen darauf beschränken, einzelne Fälle herauszugreifen. Eine Liste solcher Fälle, die das Vorgehen der Besatzungstruppen hinreichend kennzeichnen, ist beigefügt.

Nach der Behandlung, die den deutschen Protesten bisher zuteil geworden ist, kann die deutsche Regierung nicht darauf rechnen, daß ihre Mitteilungen die französische Regierung jetzt zu einem Einschreiten gegen die Gewaltakte ihrer Truppen veranlassen werden. Sie hält es gleichwohl für ihre Pflicht, der französischen Regierung durch Darstellung einzelner Beispiele das unerhörte Vorgehen der Truppen immer wieder vor Augen zu führen, und so die Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen festzustellen. Dabei ist sie keineswegs gewillt, in der Auswahl solcher Beispiele die übrigen Fälle der Vergessenheit preiszugeben, vielmehr behält sie sich vor, auf Grund des von ihr fortlaufend gesammelten Materials für jedes begangene Unrecht volle Genugtuung zu fordern.

Gefangenenmißhandlung.

Würdig ihren Kameraden im Weltkrieg, leisten die Ruhrräuber auch in bezug auf die Behandlung der Verhafteten Unmenschliches.

In Recklinghausen sind Verhaftete aus den umliegenden Städten in einem improvisierten Gefängnis zusammengepfercht. Eine Anzahl verhafteter Bürgermeister liegt in einem gemeinsamen Raum, ohne Bett, ohne Decken. 30 verhaftete Bürgermeister müssen im Raum eines Gymnasiums auf der nackten Erde liegen. Diese Leute, die zum Teil noch unter ihren furchtbaren Mißhandlungen leiden, dürfen sich nicht setzen und sind gezwungen, auf wenigem, zertretenem Stroh zu liegen. Sprechen, Lesen, Rauchen ist verboten. Der Morgenkaffee wurde ihnen in einem Pferdefuttersack geliefert. Mittags gab es für die 30 Mann nur 20 Weißbrote, ein wenig Suppe und Gemüse, das ohne Teller, Messer und Gabel verzehrt werden mußte. Unter den Gefangenen befindet sich ein vierzehnjähriger Junge.

In Merten bei Dortmund wurde der Gutsbesitzer Hulshoff verhaftet. Die ihm gehörigen Kühe wurden nachts von den Franzosen gemolken, das Futter gestohlen, die Ackergeräte demoliert, der verhaftete Gutsbesitzer wurde gefesselt. Die Fesseln immer stärker angezogen, so daß die Handgelenke schwollen. Der Verhaftete wurde in das Gefängnis mit den Worten hineingestoßen: „Hinein, du deutsches Schwein."

In Wetter wurde der 66jährige Oberpostmeister Flohr bei seiner Verhaftung wie ein Einbrecher gefesselt und 24 Stunden ohne Nahrung gelassen. Die ihm hart in die Handgelenke einschneidenden Fesseln wurden trotz des Hinweises, daß der Arm absterbe, nicht gelockert. Schließlich wurde er auf der Landstraße ausgesetzt.

Die Deutschen haben es auch nicht anders gemacht.

Durch französische Agenten wird zur Zeit in der ganzen Welt und sogar in Deutschland verbreitet, die Deutschen hätten es während des Krieges in den besetzten Gebieten auch nicht anders getrieben, als die Franzosen jetzt im Ruhrgebiet.

Abgesehen davon, daß jetzt angeblich Frieden herrscht und damals Krieg — abgesehen davon, daß jetzt die Franzosen die übermütigen Beherrscher von Europa sind, während wir damals einen Verzweiflungskampf um die Existenz gegen die halbe Welt führten — ist die Angabe, daß wir es ebenso gemacht hätten, das Gegenteil der Wahrheit.

Selbstverständlich hat es in der deutschen Armee einzelne Rohlinge gegeben, die diesen ihren Charakter wie zu Hause, so auch in Feindesland bewiesen haben. Aber noch niemals ist in irgendeinem Krieg in den besetzten Gebieten so viel für wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche und kulturelle Einrichtungen geleistet worden, wie durch die Deutschen im Weltkrieg, noch niemals von Heeren im ganzen so viel Menschlichkeit gegen die Bevölkerung der eroberten Gebiete bewiesen worden wie bei den drei deutschen Vormärschen auf französischem Boden in den Kriegen Napoleons I., Napoleons II. und Poincarés.

Es scheint jetzt höchste Zeit, einmal eine klare Parallele zwischen dem Auftreten der französischen und belgischen Besatzungstruppen an Rhein und Ruhr mitten im Frieden und dem Verhalten der deutschen Truppen im besetzten Gebiet während des Weltkrieges zu ziehen. Es soll dabei in Nachstehendem nur auf dokumentarische Beweise französischer und belgischer Zivilbewohner zurückgegriffen werden und es werden dabei die Briefschreiber mit vollem Namen genannt werden. Bisher haben wir mit dieser Veröffentlichung aus übertriebenem Edelmut zurückgehalten, weil wir wissen, daß französischer und belgischer Sadismus sich dann auch gegen diese ehrlichen eigenen Volksgenossen richten wird. Jetzt aber, angesichts der Ruhrgreuel, wäre jede Milde verfehlt, und das Ausland wird sich an der Hand dieser Beweise ein klares Bild über die Sachlage und das dem deutschen Volke angetane Unrecht machen können.

Otto von Stülpnagel.

Von der deutschen Truppe.

Aus der Fülle der bei den deutschen Akten und in Privathand befindlichen Dokumente werden hier wahllos einige herausgegriffen. Sie sind hier wörtlich übersetzt und können nach Tausenden vermehrt werden.

Einwohner von Tirlemont in einem Schreiben von 24. 8. 14. an den Maire von Tirlemont.

Herr Maire! Herr Baron von Veltheim wird Sie in 4 Wochen in seiner Eigenschaft als Kommandant der 13. Etappe sprechen. Er wohnt bei mir. Ich war an guter Stelle, um in ihm einen vornehmen und sehr liebenswürdigen Weltmann kennenzulernen. Ein Edelmann im wahrsten Sinne des Wortes. Was die Rolle anbetrifft, die Herr von Veltheim als Kommandant der 13. Etappe spielt, so glaube ich, sie auf folgende Weise charakterisieren zu dürfen: Obwohl Herr von Veltheim allen militärischen Notwendigkeiten Rechnung trug, hat er sich bemüht, unserer Bevölkerung Ruhe und Ordnung zu sichern. Er hat die lobenswertesten Anstrengungen gemacht, um Industrie, Handel und Ackerbau wieder in Gang zu bringen und unsere Stadt hat unter seiner Verwaltung ein Minimum der Leiden, die die Besetzung hervorbringt, erfahren. Mein Freund, M. Beauduin, Verwalter der Raffinerie von Tirlemont, der berufenste Vertreter der Industrie von Tirlemont und der Handelsorganisation hat diese Erklärung mit unterzeichnet.

v. Vinkerbosch. M. Beauduin.

(Original in Händen von Herrn v. Veltheim.)

An den Oberstleutnant Baron von Ardenne. Stadt Gent, den 28. 12. 1914.

Herr Baron! Ich danke Ihnen für Ihren liebenswürdigen Brief und ich bedaure Ihre Abreise sehr. Trotz der schwierigen Situation waren unsere Beziehungen derart, daß ich nicht allein nur Ihre Haltung mir gegenüber, der ich die Interessen der Bürgerschaft zu vertreten hatte, zu loben habe, sondern ich richtete mich auch bei jeder neuauftretenden Schwierigkeit mit Vergnügen und Vertrauen an Sie, da ich wußte, daß Sie unparteilich urteilen und daß eine glückliche Entschließung Ihnen stets ebenso großes Vergnügen machte wie mir. Meinen Glückwunsch zur Beförderung, mein Bedauern über Ihr Scheiden und meine ergebensten Grüße.

Unterschrift nicht ganz leserlich, scheinbar Anseele, Bürgermeister.

(Original bei den Akten.)

Ville de Nesle, 21. 8. 1914.

An Herrn Hilger, Kommandant des Korps Hauptquartiers des XXI. A. K.

Herr Kommandant! Vor Ihrer Abreise aus der Stadt Nesle will ich persönlich zum Ausdruck bringen, daß Sie mit der Stadtverwaltung stets die höflichsten und korrektesten Beziehungen unterhalten haben. gez. Unterschrift unleserlich.

(Original bei den Akten.)

Athies (Somme), 14. 1. 1915.

Herr Kommandant Hilger! Während der langen Anwesenheit des XXI. Gen. Stabes in Athies erkenne ich gern an, daß Sie das Möglichste getan haben, um die Beziehungen zwischen Platzkommandanten und Stadtverwaltung zu erleichtern.

Der Maire. Unterschrift unleserlich.

(Original bei den Akten.)

Die Gemeinde von Foulzy (Ardennen) an den Hauptmann Albrecht, 9. 2. 1915.

Ich kann Sie nicht scheiden lassen, ohne Ihnen mein Bedauern über Ihre Versetzung auszusprechen. Seit unserer ersten Begegnung sind Sie mir mit einem Wohlwollen gegenübergetreten, das ich niemals vergessen werde. Ihre Person und Ihr Auftreten waren mir sehr sympathisch und ich wage zu hoffen, daß Sie sich nach Beendigung des Krieges noch gern des Maire von Foulzy erinnern werden. Dank noch für die guten Bemühungen, die Sie für mich eingeleitet haben. A. Gillet.

(Original in Händen von Hptm. Albrecht.)

Visitenkarte Victor Vilain, Bürgermeister.

An den General von Alberti.

Dank Herrn General von Alberti für die herzlichen Abschiedsgrüße bei seiner Abreise von Thuin. Das Arrondissement von Thuin wird sich stets mit Hochachtung des Kreischefs erinnern, der mit Gerechtigkeit und Güte dieses Gebiet während zahlreicher Monate in dieser schrecklichen Zeit regiert hat.

Der Bürgermeister von Thuin am 28. 3. 1917 an General von Alberti.

Herr General! Ich erfahre mit Vergnügen, daß Sie zum General ernannt sind. Ihr Charakter und Ihre Verdienste rechtfertigen diese hohe Auszeichnung vollkommen. Erlauben Sie mir, Ihnen meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen. Erlauben Sie mir auch im Interesse des Arrondissements von Thuin dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß Sie das Kommando über das Arrondissement bis zum Schlusse behalten möchten. Genehmigen Sie inzwischen die Versicherung meiner größten Hochachtung.

(Original in Händen des Besitzers.)

Fourmies, 30. 1. 1917.

An den Hauptmann Albrecht.

Herr Kommandant! Ich bin glücklich, mich noch einmal bedanken zu können für die Empfehlung, die Sie mir gegeben haben und die mir sehr nützlich war pp. Die Hoffnung, bald in unserem schönen Paris zu sein, schwächt den Kummer über das Teure, das ich verlassen muß, in etwas ab. Ich würde entzückt sein, wenn ich Ihnen, Herr Kommandant, eines Tages in der Hauptstadt begegnen könnte und Sie dann bei mir sehen dürfte. M. Guilbert.

(Original in Händen von Hptm. Albrecht.)

Visitenkarte M. u. Mme. Faubert Waroquier.

Gerichtet an die Mutter des Gärtners Hermann Hörig, in Müncheberg wohnhaft, von seinen Quartierwirten in Frankreich übersandt.

Madame! Ich danke Ihnen für alles was Hermann an unseren Kindern getan hat. Ich verspreche Ihnen, daß ich, sobald er wieder bei uns sein wird, alles für ihn tun werde, nur um sein Los zu bessern.

(Original bei den Akten.)

Fransart, 8. 3. 1915.

Der Maire der Gebiete Fransart (Somme) bescheinigt, daß der Kapitän Müller-Hickler als Kommandant der Gebiete die Einwohner gütig und geradezu väterlich behandelt hat. Deshalb bitte ich die französischen militärischen Behörden, falls der Kapitän Müller verwundet oder gefangengenommen werden sollte, alles für ihn zu tun, als Erwiderung der Dienste, die er der Bevölkerung geleistet hat.

Der Maire. Unterschrift unleserlich.

(Original in den Händen des Herrn Müller-Hickler.)

La Vallée aux-Bleds (Aisne) 27. 10. 1918.

Der Maire der Gebiete von La Vallée aux-Bleds erklärt aus freien Stücken, daß die Kommandantur ihr Möglichstes getan hat, um den zivilen Bewohnern angenehm zu sein und daß die Bevölkerung keine Klagen vorzubringen hat.

Der Maire, Dupont.

(Original bei den Akten.)

Gebiete Froidestrées, 27. 10. 1918.

Der Maire erklärt, daß die deutsche Verwaltung seit Kriegsbeginn stets gute Beziehungen zu der Zivilbevölkerung unterhalten hat.

A. Lefèvre.

(Original bei den Akten.)

Le Herie, 22. 10. 1918.

Ich bescheinige, daß die Deutschen während der Besetzung des französischen Gebietes, soweit es die Kriegsverhältnisse gestatteten, die Einwohner schonend behandelt haben. Der Maire, Rocureur.

(Original bei den Akten.)

Louzoir, 27. 10. 1918.

Ich, der Maire von Louzoir, unterzeichne aus freien Stücken, daß die Einwohner der Gebiete stets gut behandelt worden sind und daß die Kommandantur ihr Möglichstes für die Evakuierten getan hat. Der Maire, Ravinet.

(Original bei den Akten.)

Elsegem, 17. 10. 1918.

Herr Kommandant! (Rittmeister Backhausen.)

Ich danke Ihnen für Ihren liebenswürdigen Brief und ich bedaure Ihre Abreise von Oudenaarde sehr. Ich werde niemals Ihren Takt und Ihr Wohlwollen unter schwierigen Umständen vergessen. Ich danke Ihnen besonders für Ihre Bemühungen, meine Bibliothek zu erhalten. Ich drücke Ihnen meinen Dank und den meiner Frau aus.

Vicomte de Ghellinck d'Elsegem.

Elsegem, 20. 10. 1918.

Herr Kommandant! (Rittmeister Backhausen.)

Da ich Sie vor Ihrer Abreise nicht wiedergesehen habe, möchte ich Ihnen sagen, daß es Ihnen in den drei Jahren Ihrer Verwaltung von Oudenaarde unter delikaten und peinlichen Umständen gelungen ist, sich durch Ihre Unparteilichkeit und Ihr Wohlwollen die Achtung der Einwohner zu erwerben, indem Sie unter den deutschen Soldaten und der Bevölkerung Ordnung hielten und das Eigentum eines jeden schützten. Vicomte de Ghellinck.

(Original bei den Akten.)

Visitenkarte des Curé von Vilosnes par Sivry s. Meuse.

An den deutschen Ortskommandanten.

Der Abbé Vignesoul, E., Pfarrer von Vilosnes par Sivry, bringt dem Herrn Kommandanten sein lebhaftes Bedauern zum Ausdruck über dessen Abreise aus der Pfarrschaft. Er betrachtet es als eine Pflicht, dem Kommandanten im Namen Aller

in aufrichtigster Weise für seine loyale und so wohlwollende Verwaltung zu danken. Gute Gesundheit, glückliche Zukunft, Hoffnung, den Herrn Kommandanten eines Tages wieder zu sehen, das sind die Wünsche, die ich für seine Zukunft hege. Meine Schwester vereinigt ihre besten Wünsche mit den Meinigen.

Schreiben des Herrn Paul Deschamps an den Kommandanten von Basse Merlusse.

19. 12. 1915.

Herr Kommandant!

Nicht ohne Sorge erfahren wir den schnellen Aufbruch Ihres Regiments. Der Durchmarsch des 81. (deutschen. D. Herausg.) Regiments wird unter uns zweifellos immer eine traurige Kriegserinnerung bleiben. Aber dieses schreckliche Unglück ist durch die Umstände entschuldigt.

Was Sie anbetrifft, d. h. Offiziere und die Soldaten des 81. Rgts., so müssen wir bezeugen, daß Ihr Betragen uns gegenüber stets das eines Soldaten würdig gewesen ist. Sie haben die Schwachen und Unschuldigen zu schonen gewußt. Sie haben sich stets bemüht, deren Leiden im Rahmen des Möglichen zu mildern. Ihre Soldaten haben sich gut und edelmütig gegen Alle gezeigt und Sie, meine Herren, haben besonders unseren auf dem Schlachtfelde gefallenen Brüdern Ehre erwiesen.

Diese Gefühle großen Edelmutes heben Sie besonders heraus und werden nicht vergessen werden. Wir danken Ihnen heute und werden Sie in Zukunft nicht vergessen.

Unterschrift Paul Deschamps.

(Original bei den Akten.)

Aus Gefangenenbriefen.

Diese Äußerungen hochgestellter Persönlichkeiten und Kommunalbehörden über das Wohlverhalten der deutschen Truppen im besetzten Gebiet werden durch zahlreiche, in den deutschen Akten vorhandene Privatbriefe zwischen französischen Einwohnern des besetzten Gebietes und ihren in Deutschland in Kriegsgefangenschaft lebenden Angehörigen und Freunden vollinhaltlich bestätigt. Einige Beispiele seien auch hier herausgegriffen.

Mein lieber guter Sohn! Charleville, den 11. 11. 1914.

Charleville ist von allen Kriegsplagen verschont geblieben und wer rechtschaffen handelt, hat hier nichts zu fürchten. Ich weiß nicht, ob sich die ganze Blüte des deutschen Volkes hier befindet, aber man kann sich gar nicht genug wundern über das feine gesittete und vollkommen biedere Wesen, für das die Führer das Vorbild abgeben und sie tun viel Gutes. — Die Läden, deren Besitzer nicht die Torheit begangen haben, fortzugehen, machen gute Geschäfte. — Die Armen und Unglücklichen werden von ihnen gespeist und unterstützt. — Jeder bewundert die gute Haltung, die Ordnung, die bei den Truppen herrscht und ihre Höflichkeit gegen jedermann.

Wir haben hier im Hause hochgestellte Persönlichkeiten, die die Wohnungen im ersten und im zweiten Stock innehaben. Mir schaudert, bei dem Gedanken, was aus mir ohne diesen glücklichen Umstand geworden wäre, denn sie lassen mich keinen Mangel leiden und haben mir versichert, daß Du, wenn Du in Deutschland als Gefangener wärest, sehr gut behandelt werden würdest; denn sie achten, wer rechtschaffen ist, und erkennen auch in Charleville die verdienstvollen Leute an.

Unterschrift unleserlich.

Frau Pierre Paquet schreibt am 4. 10. 1915 an ihren Schwager Leon Hanotaux, Lager Kassel.

Wir sind am 17. 5. von den Deutschen nach Frankreich abgeschoben worden. Wir, wie unsere Kinder wurden auf der Fahrt sehr gut behandelt. Es war alles geordnet. Nun sind wir alle wieder vereinigt.

Herr Chartier aus Braux am 7. 11. 1914 an seinen kriegsgefangenen Vetter in Würzburg.

Unser Geburtsort Braux befindet sich seit zwei langen Monaten unter deutscher Herrschaft. Bisher hat unser Land nicht durch die Besetzung gelitten. Die Deutschen in unserer Gegend sind trotz gegenteiligen Rufes sehr menschlich.

H. Dournel, Pfarrer von Villers Hélon, an den Kriegsgefangenen Abbé Louis Chotelin. Villers Hélon, 13. 10. 1915.

Lieber Amtsbruder und Nachbar!

Von hier ist nichts Besonderes zu melden. Niemand leidet unter dem Krieg und die Deutschen haben hier alles mindestens ebenso geschont, wie die anderen Heere, die seit der Schlacht an der Marne durchgekommen sind. Der preußische Offizier, der zu mir mit seinen Soldaten hereinkam, hat nichts anrühren wollen und in Vierzy haben sie ihren Soldaten verboten, das Pfarrhaus zu betreten.

Unterschrift gez. H. Dournel.

Frau Sacre in Mont Saint Martin (Longwy), am 14. 10. 1915 an ihren Gatten.

Ich muß Dir mitteilen, daß ich mich zum Bezuge der Lebensmittel in die Liste habe eintragen lassen. Wir haben 200 kg Steinkohlen, 100 kg Briketts und außerdem Lebensmittel bekommen. Mache Dir keine Sorge um uns, es hat uns bisher an nichts gefehlt.

Frau Taverne, Jeumont, am 6. 8. 1915 an den Kriegsgefangenen Albert Delarue.

Jeumont hat sein gewöhnliches Aussehen ungefähr zurückgewonnen. Die Läden werden nach und nach wieder eröffnet und man lebt in sehr gutem Einverständnis mit den Soldaten. Es sind ehrliche Leute. Sie haben den Bewohnern niemals etwas Böses getan. Im Gegenteil, sie erweisen ihnen viele Liebenswürdigkeiten. Den Kindern geben sie Süßigkeiten.

Herr Jacquemart aus Givet am 10. 8. 1915 an seinen Bruder Emil.

Wir haben als Gouverneur den Herrn Kreischef Generalmajor von Huber-Liebenau, welcher uns wie ein Vater seine Familie verwaltet.

Herr Masera, Douai, am 9. 8. 1915 an seinen Sohn.

Ich glaube nicht, daß die Gefangenen schlechter Behandlung ausgesetzt sind, wie gewisse hier uns glauben machen wollen. Denn seit der Besetzung des Gebietes durch die Deutschen, habe ich oft Muße gehabt, festzustellen, daß sie keine Barbaren sind. Sie sind im Gegenteil sehr gut und stehen zur Bevölkerung in guten Beziehungen. Besonders sind sie große Freunde der Kinder. Dein Bruder ist kaum aus der Schule, so läuft er schon nach ihren Quartieren, um an ihren Spielen und oft sogar an ihren Mahlzeiten teilzunehmen.

Alfons Vonekse in Boisschot Kivit (Belgien) an seinen Freund Leonard Lambrechts.

Hier geht es gut. Wir leben hier gerade, als wenn nichts vorgekommen wäre und die Soldaten sind gut zu den Menschen. Es kann nicht besser sein.

Bernhard Herbiet, Givet, am 4. 11. 1915 an den Kriegsgefangenen Desiré Dahout.

Hier in Givet werden wir von den deutschen Behörden sehr gut verwaltet und wir fühlen uns dabei nicht schlechter als in Friedenszeiten. Nur Handel und Wandel sind ein wenig lahmgelegt.

Frau Villeval (Vaus Fumay) am 8. 11. 1915 an ihren Mann Arthur.

Ich versichere Dir, daß in F. alles ruhig ist. Die deutschen Behörden sind sehr gut mit uns. Wer anständig ist, dem geht es immer gut und niemand wird ihm jemals Unrecht tun.

Frau G. Lécause aus Ribemont, sodann auf Wunsch nach Paris entlassen, schreibt am 28. 1. 1916 an den Kriegsgefangenen Magnier, Lager Güstrow.

Sie können beruhigt sein. Frau Magnier und ihrer Mutter geht es nicht schlecht, wenn schon sie sich im besetzten Gebiet befinden. Es fehlt ihnen nichts. Die Einwohnerschaft wird nicht drangsaliert und geht es ihr in keiner Hinsicht schlecht. Es freut mich, Ihnen sagen zu können, daß unsere ganze Familie sich bei guter Gesundheit befindet und in gutem Einvernehmen mit den Deutschen steht.

Joly Mennies aus Beaufort erklärt in einem Brief, Poststempel Maubeuge, 14. 1. 1916:

Ganz von Deutschen umgeben, haben wir volle Freiheit. Sie sind anständig zu uns und geben uns, was sie können.

Alfred du Franc 7. R. de L'intendance, Maubeuge, an den Zivilgefangenen Alexandre Hautecler am 20. 5. 1916.

Ich kann Dir sagen, daß die deutschen Soldaten hier in Maubeuge sehr anständig

mit der Bürgerschaft umgehen und sehr höflich sind. Du weißt, es gibt überall ein paar böse Zungen, die Schlechtes über diese Leute verbreiten. Ich finde sie sehr korrekt gegenüber den Zivilisten. Den ganzen Tag lang hörst Du keinen Lärm, und sobald um 10 Uhr der Zapfenstreich geblasen ist, kann man kein Geräusch mehr vernehmen. Das geht anders zu als bei den Unsrigen. Man sieht, daß sie gute Manneszucht haben.

Brief an den Kriegsgefangenen Counet, Art. Fort. Liège, von seinem Freunde aus Brüssel am 19. 9. 1916.

Wir sind zwei Jahre in Lille-Tourcoing gewesen, wo wir für die deutsche Armee arbeiteten, um etwas zu essen zu haben. Die Deutschen in Lille-Tourcoing sind nett gegen die Bevölkerung und haben oft ihr Brot und ihre Suppe mit armen Zivilisten geteilt. Es hat sich dort nicht viel geändert, nur daß englische Bomben viele Zivilisten töten.

Behandlung von Verhafteten.

Frau Durot Hazard an General von Alberti. Le Fosteau, Fontaine Valmont, La Buissière, 27. 1. 1916 oder 1917.

Herr General!

Entschuldigen Sie, daß ich nicht sofort schrieb. Ich wußte Ihre Adresse nicht und war seit meiner Rückkehr stark beschäftigt. Mit Bedauern habe ich von Ihrer Abreise aus Thuin gehört, besonders nachdem ich erfahren habe, welche Mühe Sie in meiner Angelegenheit hatten. Wie gütig Sie waren, in dieser Weise für eine französische Angelegenheit einzutreten. Ich bin ganz gerührt. Oft habe ich im Gefängnis den Wunsch gehabt, Ihnen und dem Herrn Major zu danken. Aber ich wußte nicht, ob es richtig war. Nachdem ich jetzt, dank Ihrer Einwirkung, die Freiheit wieder habe, möchte ich Ihnen meine ganze Erkenntlichkeit zum Ausdruck bringen, für Ihre so edelmütige Intervention. Unter den so peinlichen Kriegserinnerungen werde ich stets Ihre Hingabe für meine Interessen im Gedächtnis behalten. Jeder Mann im Gefängnis hat mir sehr viel Hochachtung bewiesen. Ich bedaure sehr, Ihre Gattin nicht kennengelernt zu haben, von der mir Herr Dobbelaere viel erzählt hat.

Genehmigen Sie pp. Durot Hazard.

Fräulein Barré aus Bourg an ihren Bruder Joseph Emil am 16. 9. 1915.

Ein Brief ist mir im Juni weggenommen worden und ich habe mit Cécile aus gleichem Grunde vors Gericht kommen müssen. Aber die deutschen Richter waren sehr milde und gut. Wir sind freigesprochen worden unter dem Versprechen, es nicht wieder zu versuchen.

Krankenfürsorge und Hygiene.

Die deutschen Truppen überließen den französischen Städten die Krankenhäuser, soweit erforderlich, zur Versorgung der zivilen Bevölkerung.

Hospital von Laon.

Die Unterzeichneten bescheinigen sehr gerne, daß die Kommandantur von Laon stets ein großes Wohlwollen gegenüber den Hospitaleinrichtungen (Hotel-Dieu und Hospital) der genannten Stadt an den Tag legte und daß es ihren Bemühungen zu verdanken ist, daß die Behandlung der Zivilkranken im Hotel-Dieu während der ganzen Besetzungsdauer ungestört aufrecht erhalten werden konnte, nicht nur hier in der Stadt Laon, sondern auch für die ganze Krankenpflege der Umgebung. Sie hat sich stets bemüht, unter allen Umständen für gute Ordnung in den genannten Anstalten zu sorgen und sie gegen die mit der Besetzung verbundenen Härten zu schützen.

Laon, den 11. Oktober 1918.

Schwester St. Marie, Oberin im Hotel Dieu. E. Degardere, Anstaltsgeistlicher.

Als in Lille eine Typhusepidemie entstand, ergriff die deutsche Verwaltung sofort folgende Maßnahmen:

Das Gebiet der Wasserversorgung der Stadt lag im bebauten Gelände. Die Abfuhrgesellschaften konnten wegen Unmöglichkeit der Abfuhr mit den vor dem Kriege gebrauchten Kanalschiffen den Inhalt der Abfuhrwagen bei der Nähe der Front nur in der nächsten Umgebung Lilles entleeren. Zur Vermeidung von Wasserinfektionen durch Düngung der Felder wurde daher eine Kläranlage gebaut und ein sehr großer

Schutzbezirk um das Wasserversorgungsgebiet in Lille geschaffen. Dem Hauptbassin der Wasserleitung wurde ständig Chlor zur Desinfektion des Wassers zugesetzt, jegliche Bautätigkeit in einem Umkreis von 500 m um das Quellgebiet verboten.

Bestimmungen über Reinigung der Straßen folgten. Bis zum Februar 1916 waren 41 km der verschlammten Kanalisation wieder in Ordnung gebracht.

Das Gouvernement ordnete die sofortige Schließung der auf dem Platze abgehaltenen Märkte, die Unterbringung sämtlicher Wohnwagen auf einem großen eingefriedigten Platze und strenge Internierung aller Insassen auf 3 Wochen unter Kontrolle eines französischen Arztes und eines französischen Schutzmannes an.

Nachdem bereits vom 1. 2. bis 30. 11. 1915 im ganzen 160 Typhusfälle angezeigt waren, trat mit dem 2. 12. 1915 eine schnelle Steigerung der Fälle ein, die ihre Höhe am 14. 12. 1915 mit 115 Fällen erreichte und dann allmählich bis Herbst 1916 auf 4 Fälle pro Tag wieder sank. Im Dezember 1915 wurden 762, im Januar 1916 219 Fälle aus der Zivilbevölkerung gemeldet. Bis zum 5. 2. 1916 waren 143 Todesfälle zu verzeichnen.

Die Sterblichkeitsziffer betrug 19,3%. Der Charakter der Epidemie war demnach schwer. Bei 780 Personen war, wie die späteren Feststellungen ergaben, die Infektion auf Wassergenuß aus der im November 1915 mit Typhusbazillen verseuchten Trinkwasserleitung der Stadt zurückzuführen.

Gleich nach dem Bekanntwerden des Ausbruches der Epidemie ging die deutsche ärztliche Kunst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln an deren Bekämpfung. Eine aus 6 französischen und 6 deutschen Ärzten mit beiderseitigen Desinfektoren und Polizeimannschaften gebildete Gesundheitskommission nahm die Kontrolle der hygienischen Verhältnisse und die Nachforschung nach den Krankheitserregern auf. Die Stadt wurde in 6 Bezirke geteilt; für die Bevölkerung wurde der Genuß von ungekochtem Wasser und Milch verboten, der fliegende Handel mit Obst, Fruchteis und Süßigkeiten untersagt. Unter Strafe wurde das Betreten von Häusern gestellt, in denen Typhus tobte. Der Aufenthalt in den militärischen Küchen, Kantinen, Nahrungsmittelmagazinen wurde nicht kasernierten Franzosen verboten.

In wiederholten Sitzungen wurde der Bekämpfungsplan weiter ausgebaut und täglich auf Grund der Neuanmeldungen gehandhabt. Da das französische Krankenhaus (die Charité) überfüllt war, wurde der Stadt das Hospice générale zur Verfügung gestellt, später noch die école des arts et des métiers. Auch Typhusverdächtige wurden einem Krankenhause zugeführt, dort aber von den übrigen Kranken streng isoliert. Jede Neuerkrankung mußte unverzüglich gemeldet werden.

Während dieser Epidemie und der daran anschließenden Monate wurden bis zum Jahre 1918 von deutschen Ärzten 1399 Typhusfälle auf ihre Ansteckungsquelle geprüft und 17 422 Stuhlabsetzungen bakteriologisch im deutschen Laboratorium untersucht, ohne daß von der französischen Behörde auch nur die geringste Entschädigung verlangt worden wäre. Die Nahrungsmittelgeschäfte, öffentlichen Betriebe und Wirtschaften wurden zwecks Ermittlung von Typhuserregern ständig kontrolliert.

Das Abfuhrwesen wurde neu geregelt; durch die deutsche hygienische Bauabteilung wurden zahlreiche öffentliche Bedürfnisanstalten gebaut.

28 000 Schutzimpfungen unter der französischen Bevölkerung wurden ausgeführt; der Impfstoff wurde im Institut Pasteur hergestellt, das Nährbodenmaterial von der deutschen Behörde überlassen. Die Impfungen führten deutsche und französische Ärzte aus. Der Bekämpfungserfolg zeigte sich schon im Februar 1916; die Zahl der täglichen Erkrankungen fiel unter 50, im März auf 30, April auf 20, Mai auf 13, Juni auf 12, von da ab unter 10.

Um einer erneuten Typhusepidemie vorzubeugen wurden 4 Brauereien als Wasserabkochstellen für die Versorgung der Truppe und Zivilbevölkerung bei eintretender Gefahr bereitgestellt.

Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wurde die Rattenbekämpfung unter Leitung des Garnisonsarztes durchgeführt.

Von März 1917 ab kamen bis zum Ende des Jahres 343 Skorbuterkrankungen unter der Bevölkerung zur Beobachtung, von denen 14 tödlich verliefen. Gegen das epidemieartig

gehäufte Ansteigen dieser Fälle wurden durchgreifende Maßnahmen getroffen, die vor allem in einer umfassenden Regelung der Kostabgaben an die Zivilbevölkerung bestanden und dann auch in kurzer Zeit die Skorbutfälle zum Verschwinden brachten. Aus Brüssel wurden frische Gemüse, Zitronen, Apfelsinen nach Lille eingeführt und aus sechs in der Nähe der Stadt gelegenen Ortskommandanturen die Stadt mit frischem Gemüse versorgt. Außerdem erhielt die Mairie Weisung, auf freien Plätzen Gemüse anzubauen. Das häufige Auftreten von Skorbuterkrankungen in den Gefängnissen und Asylen der Stadt gab Veranlassung, speziell auch dort für bessere Ernährung Sorge zu tragen.

Auch sonst wurde zahlreichen Einwohnern von Lille während der ganzen Dauer der Besetzung in der eigens hierzu angesetzten Sprechstunde durch den Kommandanturarzt jederzeit Rat und Hilfe gewährt. Besonders der ärmere Teil der Bevölkerung klagte vielfach über schwer zu erlangende ärztliche Hilfe. Der Grund hierfür war in erster Linie in dem Wegzug vieler Ärzte von Lille zu suchen. Auf gegenseitige Vereinbarung wurde eine besondere Kasse gegründet, in welche etwaige freiwillige Einnahmen eingezahlt und dem Roten Kreuz zugeführt wurden. In dieser Beziehung wird auf das Zeugnis der Madame Malherbes, Vorsitzenden des Roten Kreuzes französischer Frauen, Mr. Delesalle, Mr. Paul Ovigneur, conseiller Municipal, M. Louis Ducamp, docteur en médecine et des Sciences, Directeur du bureau d'Hygiène de la ville de Lille verwiesen, die zu wiederholten Malen mündlich ihre Anerkennung und ihren Dank dem Kommandanturarzt ausgesprochen haben.

Gouvernement Lille. Lille, 25. 12. 1915.

Die unter der Zivilbevölkerung von Lille herrschende Typhusepidemie gab Veranlassung, an die französischen Zivilbehörden folgende Anordnungen zu erlassen:

1. Die Meldepflicht für ansteckende Krankheiten wird auch auf alle Fälle von Typhusverdacht ausgedehnt. Bei Unterlassung gelten die für nicht gemeldete Typhusfälle festgesetzten Strafen. Alle Anzeigen von Typhus und Typhusverdacht sind nach anliegendem Muster 1. umgehend unmittelbar an den Gouvernementsarzt zu erstatten, unbeschadet der den französischen Ärzten von der Mairie Lille auferlegten Berichterstattung.
2. Alle typhuskranken und typhusverdächtigen Zivilpersonen sind möglichst umgehend in Krankenhausbehandlung zu überführen, und zwar ist für den Stadtteil nordöstlich der rue Solferino die école des arts et métiers, für den Stadtteil südwestlich dieser Straße die Charité als Krankenhaus bestimmt. Die école des arts et métiers ist von der Mairie unverzüglich als französisches Typhuskrankenhaus einzurichten.

   Für strenge Absonderung der typhusverdächtigen Personen von den sicheren Typhuskranken innerhalb der Krankenhäuser sind die Chefärzte verantwortlich.
3. Die Stadt Lille wird zur Überwachung des Gesundheitsdienstes in 6 Bezirke eingeteilt. . . . .

   In jedem Bezirk wird die Gesundheitspolizei durch eine Gesundheitskommission, bestehend aus einem deutschen Arzt, einem im Ehrenamt anzustellenden französischen Gesundheitskommissar, einem deutschen und französischen Polizisten und einer Desinfektionsabteilung des Gouvernementsarztes ausgeübt.

   Die Mairie meldet Vor- und Zunamen, Stand, Wohnung (Straße und Hausnummer) der französischen Gesundheitskommissare an den Gouvernementsarzt. Der Stadthygieniker Dr. Ducamp stellt sie diesem vor.

   Die deutschen Ärzte haben im Verein mit den französischen Gesundheitskommissaren bei den Familien sämtlicher gemeldeter Fälle die vom Gouvernementsarzt ausgearbeiteten Ermittelungsbogen auszufüllen, die Überführung Kranker in die zuständigen Krankenhäuser zu veranlassen, soweit dies nicht schon vom behandelnden Arzt geschehen ist, und die Umgebung typhuskranker Personen bis zum Abschluß der notwendigen Beobachtungszeit fortlaufend zu überwachen.

   Die Entnahme von Untersuchungsmaterial erfolgt durch die deutschen Ärzte bzw. Desinfektoren.

Die Familien typhuskranker oder -verdächtiger Personen haben sich der Schutzimpfung im Institut Pasteur zu unterziehen, worüber an die Gesundheitskommission Bescheinigung vorzulegen ist. Bei Zuwiderhandlungen kann Internierung im Greisenheim (Hospice Général) durchgeführt werden.

4. Um einen Überblick über die Sterblichkeit zu erhalten, sind sämtliche Todesfälle dem Gouvernementsarzt nach anliegendem Muster 2 zu melden.
5. Dem Gouvernementsarzt ist ein Verzeichnis sämtlicher Milchlieferanten und Händler von Lille und Umgebung einzusenden (Ortschaft, Vor- und Familienname, Straße und Hausnummer).
6. Dem Gouvernementsarzt ist ein Verzeichnis sämtlicher bei der Wasserversorgung beschäftigten Personen einzureichen unter Angabe von Straße und Hausnummer, Vor- und Zuname, Art der Beschäftigung, etwa überstandener Typhus oder typhusverdächtiger Erkrankungen.
7. Der Handel im Umherziehen mit Obst, Gefrorenem (Fruchteis) und Süßigkeiten ist bis auf weiteres verboten.

Herr Dr. Niessen, Gouvernementsarzt von Lille, hat an das Gesundheitsamt eine Mitteilung gerichtet, in welcher er es bittet, die Aufmerksamkeit der kirchlichen Behörden auf die augenscheinlich vorliegende Möglichkeit zu lenken, daß der Typhus durch das Weihwasser übertragen wird.

Er schreibt: „Ohne die geringste Absicht zu hegen, die hirtenbrieflichen Verordnungen über das Weihwasser und seine Heiligkeit in Zweifel zu ziehen, ist doch nicht zu leugnen, daß Ansteckungskeime beim Gebrauch des Weihwassers durch die Hände einer Person auf eine andere übertragen werden können. Da die Kirche wahrscheinlich für die Dauer der gegenwärtigen Epidemie nicht auf den Gebrauch des Weihwassers wird verzichten wollen, so ist es notwendig, ihm geeignetes kräftiges Desinfektionsmittel beizumischen. Das Publikum würde die Maßnahme verständlich finden, wenn ihm der Grund davon klargemacht würde."

Anzeige von ansteckenden Krankheiten.

1. Die Pflicht zur Anzeige ausgebrochener, ansteckender Krankheiten erstreckt sich auch auf alle typhusverdächtigen Fälle. Wer es unterläßt, diese Anzeige zu erstatten, setzt sich den Bestrafungen aus, welche für Nichtanzeige von Typhusfällen festgesetzt sind. Jede Anzeige eines Typhusfalles oder eines verdächtigen Seuchenfalles muß dem Gouvernementsarzt sofort und direkt zugehen, ohne daß dadurch die Anzeige der französischen Ärzte bei der Bürgermeisterei hinfällig wird.
2. Alle Typhuskranken und typhusverdächtigen Zivilpersonen sind so schnell wie möglich ins Krankenhaus zu schaffen: und zwar für die nordöstlich der rue Solferino gelegenen Stadtteile nach der Kunst- und Gewerbeschule, für die südwestlich dieser Straße gelegenen nach dem Charité-Krankenhaus, die zu ihrer Aufnahme bestimmt worden sind. Der Bürgermeister von Lille hat ohne Verzug die Kunst- und Gewerbeschule als französisches Typhus-Krankenhaus einzurichten. Die Chefärzte werden für eine strenge Sonderung der wirklich Typhuskranken und der seuchenverdächtigen Personen im Inneren der Krankenhäuser verantwortlich gemacht.
3. Die Stadt Lille ist zur Überwachung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in 6 Bezirke eingeteilt worden.

Kommandantur Lille, Nr. 158886. Lille, 17. 2. 16.

An die Bürgermeisterei der Stadt Lille.

Zur Regelung der Abfuhr der Fäkalien wird auf Antrag des Gouvernements-Hygienikers im Interesse der öffentlichen Gesundheit folgendes bestimmt:

1. Bei der Liegestelle der Vidangeschiffe und beim Schlammabladeplatz wird je ein Depot ungelöschten Kalkes errichtet. Die Stadt hat Kalkvorräte bereits erhalten und kann weiteren durch das Gouvernement gegen Bezahlung bekommen.
2. Die Schiffe der Gesellschaften Vidanges, Lilloises und Couruble werden seitens der Stadt Lille abgelöst.

3. Der gegenwärtige Inhalt der Schiffe wird sofort am Schlammplatz entleert und mit Kalkmilch desinfiziert.
4. Die Fäkalien werden in Zukunft, soweit sie nicht in den Zisternen der Vidanges, Lilloises und Couruble untergebracht und desinfiziert werden können, in die genannten Schiffe verladen, dort mit frisch abgelöschtem Kalk oder Kalkmilch je nach Konsistenz desinfiziert und alsdann allmählich am Schlammplatz abgeladen, woselbst eine weitere Desinfektion mit Kalkmilch und zur Behebung der Fliegenplage Saprolisierung erfolgen soll.
5. Die Stadt läßt an alle Vidangenbesitzer Nachricht ergehen, daß die Fäkalien nur in dieser Weise abgeführt werden dürfen, und daß anderweitige Abführung, insbesondere das Auslaufenlassen der Wagen vor den Stadttoren oder in die städtischen Kanäle strengstens untersagt ist.
6. Die Stadt sorgt von jetzt ab selbst für fortlaufende Desinfektion des Grubeninhaltes in den Typhus-Kranken- und Rekonvaleszentenhäusern in der bisher von den deutschen Desinfektorengruppen gehandhabten Weise. Die bereits hierfür ausgebildeten französischen Desinfektoren und Arbeiter sollen dazu verwendet werden. (Unterschrift.)

Gemeinde Boulogne.

Fürsorge für die Zivilbevölkerung.

Der Bürgermeister von Boulogne erkennt an, daß die Kommandantur ihr Möglichstes getan hat, um die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge in der Gemeinde sicherzustellen. Sie hat auch den kranken Zivilisten die notwendige Pflege zukommen lassen und ihnen geheizte Wohnungen verschafft.

Boulogne, den 3. 11. 1918 für den Maire gez. Pneort.

Der Maire von Jussy (Aisne) an Kpt. Guse, Hauptmann der 27. deutschen Eisenbahnkompagnie.

Jussy, den 16. 1. 1915.

Der Beigeordnete des Maires von Jussy (Aisne) bescheinigt aus vollstem freiem Antriebe und in vollster Aufrichtigkeit nachstehende, sich auf die 27. deutsche Eisenbahner-Kompagnie beziehende Tatsachen. (Besetzung vom 22. 10. 1914 bis 16. 1. 1915.)

1. Die Einwohnerschaft hat keine Klagen vorzubringen. Die Soldaten haben stets alle ihre Bedürfnisse bezahlt.
2. Von der Kompagnieküche sind täglich Kaffee und Nahrungsmittel unter die unbemittelten Einwohner verteilt worden.
3. Der Arzt Tägtmeyer und der San.-Unt.-Offizier Blotevogel haben die kranken Bewohner stets mit Hingebung versorgt, ihnen Medikamente verabreicht, ohne jemals irgendeine Bezahlung dafür anzunehmen.

Für den abwesenden Maire von Jussy der Beigeordnete R. Brouard.

Visitenkarte M. u. Mme. Gedoulle Villet an den Deutschen Dr. Bamberg.

Anerkennung und Dank für die guten Dienste, die Sie unserer Tochter am 26. 5. geleistet haben.

gez. Gedoulle Villet, Menneville b. Neufchatal (Aisne).

An den Herrn Lazarettdirektor. Mercq, den 4. 4. 1916.

Im Namen der Kinder und Enkel des Herrn Louis Dubois beehre ich mich, Ihnen wärmstens dafür zu danken, daß Sie mit der Hinfälligkeit eines Greises Mitleid gehabt haben, indem Sie ihn im Anschluß an eine Krankheit, welche er im August 1915 bekam, in Ihrem Lazarett unterbrachten und ihm Ihre guten Dienste seit jener Zeit bis zu seinem Tode angedeihen ließen. J. Cruciere.

Frau Maréchal schreibt am 28. 2. 1916, Poststempel Compiègne, an ihren Gatten.

Deine Mutter ist im Juni-Juli sehr krank gewesen an Dysenterie. Sie ist aufs beste behandelt worden von den deutschen Ärzten, die sehr hingebend sind. Dieselben sind bis 3 mal täglich zu ihr gekommen.

Frau Perckat, Auguste, schreibt am 19. 2. 1916 aus Givry les Loisy an ihren Gatten in Holzminden.

Ich bin von den deutschen Ärzten sehr sorgfältig behandelt worden. Sie waren alle sehr nett gegen mich und gaben mir zu essen, da ich nicht arbeiten konnte. Die Ein-

wohner sind häßlicher gegen mich gewesen, als die Deutschen. Die Deutschen haben mir alles gegeben, was nötig war.

Frau Vaudreck in Colleret am 6. 10. 1915 an ihren Sohn.

Wenn Du von den deutschen Stabsärzten ebenso gut behandelt wirst, wie ich es war, als sie in Maubeuge ankamen, so ist es gut, denn ich war froh, daß ich sie hatte.

Der Unterzeichnete Perué, Leonard, Maire von Buiconfosse, bescheinigt im Namen der Bevölkerung dem Herrn Joseph Wroblewski, San.-Unt.-Off. der 494. Kolonne, daß er zwei Jahre lang in Buiconfosse und Umgebung die zivilen Bewohner mit der gleichen Hingebung gepflegt hat, wie seine Kameraden. Der Maire Perué.

An den Herrn Chefarzt des Hospitals Anizy le Chateau, 13. 12. 1914.

Ich möchte Ihnen ganz besonders meinen aufrichtigsten Dank für die herzliche Aufnahme aussprechen, die ich in Ihrem Hospital gefunden habe. Ebenso für die hingebende Sorgfalt, die mir die Herren Ärzte haben angedeihen lassen, die mich alle als Kameraden behandelt haben und für die korrekte Haltung des gesamten Personals mir gegenüber. Ich habe Anizy nicht verlassen wollen, ohne Ihnen das erneut auszudrücken. Empfangen Sie persönlich meinen Dank. Ich nehme Erinnerungen mit, die ich in meinem Leben nicht vergessen werde. Ich drücke Ihnen herzlich die Hand.

gez. Bongue mont, Kpt. 48. Btl. de Chasseurs à Pied.

(Vorstehende Briefe befinden sich in den deutschen Akten, bzw. in den Händen der Adressaten.)

Wir warten ab, ob die Franzosen die Richtigkeit dieser Zeugnisse bestreiten! Zum Schluß stellen wir lediglich an einer einzigen Tatsache fest, wie die Franzosen im „Frieden" den Schutz der Zivilbevölkerung auffassen.

Die französischen Besatzungstruppen organisieren im Ruhrgebiet Epidemien.

Clemenceau: „20 Millionen Deutsche sind zuviel vorhanden."

In den überfüllten Krankenanstalten von Essen wurden von den Franzosen Hunderte von Krankenbetten, auch der Diphtherie-Pavillon, beschlagnahmt. Infolgedessen mußten an Masern erkrankte und masernverdächtige Kinder nach Hause entlassen werden.

In der durch die Einbruchsarmee beschlagnahmten Hals-, Nasen- und Ohrenklinik war eine Trennung der Kranken nach Geschlechtern, sowie nach Schwer- und Leichtkranken möglich. Nach der notgedrungen erfolgten Verlegung in die Augenklinik, die ebenfalls belegt war, können Ohrenkranke nur noch in beschränktem Umfange aufgenommen werden, so mußten beispielsweise auch Schwerkranke abgewiesen werden. Einzelzimmer für Schwerkranke und Sterbende stehen nicht zur Verfügung. Ebenso fehlen Sonderräume für Kranke, die aus irgendwelchen Gründen abgesondert werden müssen.

Für die Ärzte und Schwestern sind Wohn- und Aufenthaltsräume in der Augenklinik nicht vorhanden.

Die gleichen Verhältnisse bestehen für die Augenklinik, die außerordentlich eingeengt ist und die ebensowenig in der Lage ist, ansteckende Augenkranke, wie ägyptische Augenkrankheit und Blennorrhöe abzusondern. Zur Zeit ist durch die enge Belegung eine Grippenepidemie in der Augenklinik entstanden, die von Zimmer zu Zimmer zieht, ohne daß ihr Einhalt geboten werden kann.

Über die katastrophalen Folgen dieses französischen Eingriffes wird berichtet:

1. **Die Augen-, Ohren- und Nasenklinik ist derart beschränkt, daß ein ordnungsgemäßer Betrieb nicht möglich zu machen ist.**
2. **Jegliche Krüppelfürsorge ist bis auf weiteres unmöglich.**
3. **Die Unterbringung von Infektionskranken kann nicht mehr sachgemäß durchgeführt werden. Es herrscht zur Zeit in Essen Scharlach. Stets sind einige Fälle von Diphtherie, Masern, Keuchhusten und Typhus vorhanden und in den letzten Tagen sind wieder zahlreiche Fälle von epidemischer Genickstarre zu verzeichnen gewesen. Wenn nur noch wenige Fälle kommen, so sind die Krankenanstalten nicht mehr in der Lage, die Infektionskranken unterzubringen. Welche Gefahr darin besteht, daß diese Kranken in ihrer Wohnung verbleiben müssen, und wie sehr sie zur Ausbreitung einer Epidemie beitragen, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Auch mit dem Auftreten der Ruhr ist wieder zu rechnen.**

4. Außer der Verlegung der Kranken infolge der Wegnahme zweier Pavillons mußte aber auch Platz an anderer Stelle für das Personal geschaffen werden. Dadurch ist die schon bestehende Wohnungsnot ins Unerträgliche gesteigert.

In gleicher Weise wurden auch Teile anderer Krankenhäuser requiriert mit gleichen Folgeerscheinungen.

Die Akten bergen noch unzählige weitere Beweisstücke für das menschenfreundliche Verhalten der Deutschen gegenüber der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Vor allem aber auch solche von französischen und belgischen Persönlichkeiten, die im Weltkriege an hervorragender Stelle standen.

Wir werden in unserem Kampf um das Recht und um die Aufklärung der Welt, bei welchen Völkern — dem deutschen oder französischen und belgischen — in Wahrheit Menschlichkeit, Edelmut, Gesittung und wirkliche Kultur zu finden sind, fortfahren, derartige Zeugnisse zu veröffentlichen, wenn das unerhörte Verhalten der französischen und belgischen Besatzungstruppen gegen unsere teuren Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr nicht baldigst eine völlige Änderung erfährt.

Clemens von Delbrück.

Ein ungemein fesselndes Schriftchen ist uns dieser Tage in die Hand gekommen, ein Charakterbild des preußischen Handelsministers, späteren Staatssekretärs des Innern, Clemens von Delbrück (gest. 17. Dezember 1921). Man wundert sich, daß in Deutschland ein Stoff wie das Wirken eines Innenministers so packend dargestellt wird, bis man bemerkt, daß der Verfasser, Joachim von Delbrück, ein Sohn des Verewigten, identisch ist mit dem bekannten Romanschriftsteller. Unsere Leser werden aus der (bei Stilke, Berlin, erschienenen) Schrift mit besonderen Gefühlen erfahren, was Delbrück bezüglich der Kriegsvorbereitungen erlebte. Er hatte schon länger angeregt, daß wirtschaftliche Vorbereitungen für den Fall einer Mobilmachung und einer Blockade getroffen werden müßten, worüber Sachverständige aus den verschiedenen Erwerbskreisen angehört werden sollten:

„Indes verzögerte sich diese Anhörung durch die gespannte internationale Lage, die es bis gegen Winterende 1913—14 den Leitern deutscher auswärtiger Politik ‚nicht zweckmäßig' erscheinen ließ, im großen Kreis Maßnahmen zu beraten, die als die Vorbereitungen zu einem nah bevorstehenden Krieg gedeutet werden könnten! Im Frühjahr 1914 erst erhielt er vom Reichskanzler die Ermächtigung zur Einleitung jener Verhandlungen. Nachdem die Sachverständigen gehört, versammelte sich unter seinem, des Staatssekretärs des Innern, Vorsitz am 26. Mai erstmals der ‚Wirtschaftliche Ausschuß', der sich mit den genannten Fragen angelegentlich befaßte. Es war vier Wochen vor dem Attentat von Serajewo.

Als er an jenem 9. Juli in Berlin eintraf und seine eben operierte Frau besucht, wurde ihm mitgeteilt, daß ihn der Reichskanzler noch an demselben Tag zu sprechen wünschte. Da er sich abends bei ihm meldete, erklärte ihm dieser dem Sinn nach folgendes: Er hätte ihn aus dem Urlaub nicht zurückberufen. Da er nun einmal hier sei, wolle er ihn über die auswärtige Lage informieren. Österreich beabsichtige, wegen der Mordtat von Serajewo ein Ultimatum an Serbien zu richten. Auf seine, des Staatssekretärs des Innern, Frage, ob es danach nicht angebracht sei, die für den Kriegsfall vorgesehenen und gebotenen wirtschaftlichen Maßnahmen alsbald zu treffen, vor allem die Getreideankäufe in Rotterdam zu machen, erwiderte ihm der Reichskanzler, ‚er kenne den Inhalt des von Österreich beabsichtigten Ultimatums nicht'. Er sei jedoch gleich dem Staatssekretär des Äußern, von Jagow, der Meinung, daß es bei kriegerischen Verwicklungen zwischen Österreich und Serbien gelingen werde, den Brand zu lokalisieren. Auf jeden Fall sei es ‚nicht angängig', von deutscher Seite irgendwelche Maßnahmen zu treffen, die als die Vorbereitungen zu einem nah bevorstehenden Krieg gedeutet werden könnten!"

Militärverbrechen.

Wir haben es schon während des Krieges nicht begriffen, daß die öffentliche Meinung, besonders in den neutralen Ländern, so außer sich über die angeblichen deutschen Greuel in Belgien geriet und vor der Tatsache vollkommen verstummte, daß Hunderttausende junger deutscher Menschen durch die englische Hungerblockade auf das Schwerste an Leben und Gesundheit geschädigt wurden. Aber noch weniger haben wir Verständnis dafür, daß Roheiten, Grausamkeiten, die auf unserer Seite vorgekommen sind und die gewiß nicht entschuldigt werden sollen, auf eine Stufe mit dem Verhalten französischer Ärzte gestellt werden, die z. B. deutschen Verwundeten höhnend zuriefen: „Haben Sie Hunger, singen Sie ‚Deutschland über alles', oder mit dem Betragen jener französischen Krankenschwester, die es fertig brachte, vor den Augen sterbender deutscher Soldaten die Leichenhemden auszubreiten. Auf der einen Seite haben wir es zu tun mit Affekterscheinungen, mit einer augenblicklichen Gemütseinstellung, die aus Erbitterung, Selbstsuggestion, Gefühl der Unsicherheit des Lebens und physischen und psychischen Entbehrungen hervorgeht, auf der anderen mit einer tiefen seelischen Gemeinheit, einer sadistischen Lust am Quälen. Wenn wir die Beschuldigungen, die von französischer Seite gegen deutsche Soldaten erhoben worden sind, einmal nachprüfen, so sehen wir, wenn es sich nicht um Justizkomödien, wie bei den Kontumazialverfahren in Frankreich handelt, nichts, was auf einen allgemeinen, sittlichen Tiefstand der deutschen Armee schließen läßt. Betrachten wir doch einmal die „ganz schweren Fälle", die in Leipzig verhandelt wurden. Da ist der Fall: Dr. Michelsohn. Michelsohn war angeklagt, absichtlich aus freien Stücken und planmäßig die Sterblichkeit der Kranken in dem ihm unterstellten Lazarett in Effry begünstigt zu haben.

Die Beweisaufnahme ergab, daß Dr. Michelsohn unter den schwierigsten Verhältnissen während der schweren Angriffe der Franzosen und Engländer zu Anfang des Jahres 1917 das Lazarett geleitet hat. Die Insassen des Lazarettes waren zusammengewürfeltes Volk, nur mit größter Strenge konnte die Disziplin aufrechterhalten werden. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß Michelsohn der Pflicht vollkommen genügt hatte. Aber selbst wenn man einmal annehmen würde, daß einiges vorgekommen sei, was unter normalen Verhältnissen nicht statthaft ist, so würde man immer noch nicht von abscheulichen Verbrechen sprechen können, da es sich um ganz anormale Zustände handelte. Ein zweiter „schwerer Fall" war der des General Stenger und des Major Crusius. Die beiden Offiziere waren beschuldigt, während der schweren Kämpfe in Lothringen im August 1914 einen Brigadebefehl erlassen und ausgeführt zu haben, der das Einbringen von Gefangenen verbot. Die Hauptverhandlung ergab, daß der gegen General Stenger erhobene Vorwurf gänzlich unberechtigt war, der Major Crusius hatte in der Tat unter Anzeichen von nervösen Störungen einen solchen Befehl verstanden und darnach gehandelt. Auch hier ist also nicht, wenn man von der teilweisen Haltlosigkeit der französischen Anklage absieht, ein überlegtes Verbrechen begangen worden, sondern es ist ein Akt, der nur aus der Gemütsverfassung des damaligen Zeitpunktes verstanden werden kann. Es ist, wie gesagt, in Leipzig noch kein einziger Fall verhandelt worden, der auf bewußte Lust am Quälen, auf eine Gemeinheit der Gesinnung schließen ließe wie wir es bei Franzosen beobachten mußten. (Vergl. Gegenrechnung, Juniheft 1921 der S. M.)

Ganz entschieden müssen wir es aber auch ablehnen, daß Ausschreitungen, die von den Franzosen und Belgiern im alt- und neubesetzten Gebiet begangen werden, mit Übergriffen verglichen werden, die unter deutscher Besetzung während des Krieges vorgekommen sind. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti hat in seinem Buch „Der Niedergang Europas", treffend auf den fundamentalen Unterschied hingewiesen, der zwischen Anwendung von Mitteln in und nach dem Kriege vorliegt. Im Kriege steht alles unter dem unerbittlichen Gesetz der Selbstbehauptung, alles ist auf die Schädigung, auf die Vernichtung des Feindes berechnet, während der Besetzung im

Frieden ist jede Gewalttat unnütze Schikane an einer wehrlosen Bevölkerung. Wenn im Kriege geraubt und gemordet wird, so geschieht es immerhin von Menschen, die unter großen Entbehrungen leiden und die heute nicht mehr wissen, ob sie morgen noch leben werden. Bei den Besatzungstruppen fallen diese Voraussetzungen fort. Die Franzosen, die heute rauben, mißhandeln, vergewaltigen und morden, leben in Überfluß, meist im Kreise ihrer Familie, beziehen ungeheure Gehälter, brauchen nichts für ihr Leben zu fürchten. Und was das Schwerwiegendste bleibt: im Frieden läßt sich viel leichter die Disziplin aufrechterhalten als im Kriege, wo es technisch oft unmöglich ist, dem einzelnen Falle nachzugehen. Wären z. B. die Vergewaltigungen von Farbigen, die an deutschen Frauen verübt werden, Einzelerscheinungen, die mit schonungsloser Härte von den französischen Vorgesetzten bestraft würden, so könnte man wenigstens nicht sagen, daß das französische Volk sich mit so unsäglicher Schmach bedeckt, wie es jetzt täglich geschieht. Denn die Häufung, die Wiederholung von solchen Fällen zeigt nur zu deutlich, daß wir es hierbei mit der allgemeinen französischen Psyche zu tun haben, mit der den Franzosen eigenen Kleinlichkeit, die das hemmungslose Bedürfnis empfindet, den Besiegten zu demütigen und zu entwürdigen. Man könnte meinen, daß das, was sich jetzt am Rhein und an der Ruhr abspielt, wirklich ein Weltgewissen wecken müßte, falls es ein solches gäbe, denn es sind Dinge, die das rein Menschliche auf das stärkste berühren. Aber wir sehen nicht, daß man irgendwo das Entsetzliche begriffen hat, was da vor sich geht. Man hat den Deutschen die Waffen abgenommen mit der Behauptung, daß nur sie allein den Frieden bedrohten. Jetzt soll künstlich durch Revolver und Reitpeitsche eine Atmosphäre geschaffen werden, die den Ausbruch von Volksleidenschaften möglich macht, um dann die Waffenlosen massakrieren zu können. Es ist ein unbeschreiblich verächtliches Schauspiel! Für uns muß es ganz klar sein, daß den Franzosen trotz ihres im Kriege bewiesenen Heroismus die entscheidende Eigenschaft fehlt, die ein großes tapferes Volk haben muß: die Achtung vor dem Feinde. Frankreich hat sich des Sieges nicht wert gezeigt, weil es ihn in ehrlichem Kampf nicht erringen konnte. Wir aber müssen immer wieder betonen, daß zwischen unserer und der französischen Auffassung ein Abgrund besteht, der sich nicht überbrücken läßt. Nur so können wir erreichen, daß unsere Ansicht vom Militärverbrechen mehr Beachtung findet als es jetzt geschieht.

Der Frankfurter Friede.

„Wir hätten es auch nicht anders gemacht."

Zur Widerlegung des Schlagwortes: „Wir hätten es auch nicht anders gemacht" sind wir nicht auf bloße Vermutungen angewiesen: wir kennen ja den Frieden, den das siegreiche Deutschland im Jahre 1871 gemacht hat. Daher ist es uns willkommen, daß Professor Sarolea von der Universität Edinburgh in einem offenen Brief an Professor Hans Delbrück in der Schuldfrage (The Scotsman, 30. I. 1923) als Beweis für den deutschen Imperialismus die Frieden von Frankfurt, Brest Litowsk und Bukarest heranzieht. Auf die beiden letztgenannten werden wir in anderem Zusammenhang zurückkommen, hier veröffentlichen wir im Wortlaut die Bestimmungen des Frankfurter Friedens von 1871[1]), man vergleiche ihn mit den in unserem Heft: „Versailles" wiedergegebenen Bestimmungen des Versailler „Vertrages".

Präliminarfrieden.

Friedenspräliminarien zwischen Frankreich und Deutschland. Versailles 26. Februar 1871.

Zwischen den HH. Graf Bismarck etc., Graf Bray etc., Frhrn. v. Wachter etc. und Jolly etc., welche das deutsche Reich vertreten einerseits und den HH. Thiers und Jules Favre, welche Frankreich vertreten andererseits ist, nachdem die Vollmachten der beiden kontrahirenden Theile in guter und regelrechter Form befunden

[1]) Zum besseren Verständnis des Frankfurter Friedens bringen wir auch die Friedenspräliminarien vom 26. Februar 1871. (Die Sperrungen stammen von der Schriftleitung.)

worden, nachstehende Vereinbarung getroffen worden, die als Präliminar-Grundlage für den später abzuschließenden Frieden dienen soll.

Art. 1. Frankreich verzichtet zu Gunsten des Deutschen Reiches auf alle seine Rechte und Ansprüche auf diejenigen Gebiete, welche östlich von der nachstehend verzeichneten Grenze belegen sind. Die Demarkationslinie beginnt an der nordwestlichen Grenze des Kantons Cattenom nach dem Großherzogthum Luxemburg zu, folgt südwärts den westlichen Grenzen der Kantone Cattenom und Thionville, durchschneidet den Kanton Briey, indem sie längs der westlichen Grenzen der Gemeinden Montois-la-Montagne und Roncourt, sowie der östlichen Grenzen der Gemeinden Marie-aux-chênes, Saint Ail, Habouville hinläuft, berührt die Grenze des Kantons Gorze, welche sie längs der Grenzen der Gemeinden Vionville, Bouxières und Onville durchschneidet folgt der Südwest- resp. Südgrenze des Arrondissements Metz, der Westgrenze des Arrondissements Chateau-Salins bis zur Gemeinde Pettoncourt, von der sie die West- und Südgrenze einschließt, und folgt dann dem Kamme der zwischen der Seille und Moncel gelegenen Berge bis zur Grenze des Arrondissements Saarburg südlich von Garde. Sodann fällt die Demarkationslinie mit der Grenze dieses Arrondissements bis zur Gemeinde Tanconville zusammen, deren Nordgrenze sie berührt. Von dort folgt sie dem Kamme der zwischen den Quellen der Sarre blanche und der Vezouze befindlichen Bergzüge bis zur Grenze des Kantons Schirmeck, geht entlang der westlichen Grenze dieses Kantons, schließt die Gemeinde Saales, Bourg-Bruche, Colroy-la-Roche, Plaine, Ranrupt, Saulxures und St. Blaise-la-Roche im Kanton Saales ein und fällt dann mit der westlichen Grenze der Departements Nieder- und Oberrhein bis zum Kanton Belfort zusammen. Sie verläßt dessen Südgrenze unweit von Vourvenans, durchschneidet den Kanton Delle bei der Südgrenze der Gemeinden Bourogne und Froide-Fontaine und erreicht die Schweizergrenze, indem sie längs der Ostgrenzen der Gemeinden Jonchery und Delle hinläuft. Das Deutsche Reich wird diese Gebiete für immer mit vollem Souveränetäts- und Eigenthumsrechte besitzen. Eine internationale Kommission, die beiderseits aus der gleichen Zahl von Vertretern der hohen kontrahirenden Theile gebildet wird, soll unmittelbar nach dem Austausche der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages beauftragt werden, an Ort und Stelle die neue Grenzlinie in Gemäßheit der vorstehenden Stipulationen festzustellen. Diese Kommission wird die Vertheilung des Grund und Bodens, sowie der Kapitalien leiten, welche bis jetzt gemeinschaftlich Distrikten oder Gemeinden angehört haben, die durch die neue Grenze getrennt werden; im Falle einer Meinungsverschiedenheit über die Grenze und die Ausführungs-Bestimmungen werden die Kommissionsmitglieder die Entscheidung ihrer respektiven Regierungen einholen. Die Grenze ist, so wie sie vorstehend festgesetzt ist, mit grüner Farbe auf zwei gleichen Exemplaren der Karte von den „Gebietstheilen, welche das General-Gouvernement des Elsasses bilden", vermerkt, die im September 1870 in Berlin durch die geographische und statistische Abtheilung des Großen Generalstabes veröffentlicht worden ist. Ein Exemplar derselben wird jeder der beiden Ausfertigungen des gegenwärtigen Vertrages angefügt. Die angegebene Grenzlinie hat indessen mit Übereinstimmung beider kontrahirenden Theile folgende Abänderungen erfahren: Im ehemaligen Mosel-Departement werden die Dörfer Marie-aux-Chênes bei St. Privat-la-Montagne und Vionville, westlich von Rezonville, an Deutschland abgetreten. Dagegen werden die Stadt und die Festungswerke von Belfort mit einem später festzusetzenden Rayon bei Frankreich verbleiben.

Art. 2. Frankreich wird Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser die Summe von 5 Milliarden Francs zahlen. Mindestens eine Milliarde Francs wird im Laufe des Jahres 1871 gezahlt und der ganze Rest im Laufe dreier Jahre von der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages ab.

Art. 3. Die Räumung der französischen, durch die deutschen Truppen besetzten Gebiete wird nach der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages Seitens der in Bordeaux tagenden Nationalversammlung beginnen. Unmittelbar nach der Ratifikation werden die deutschen Truppen das Innere der Stadt Paris, sowie die am linken Ufer der Seine

belegenen Forts verlassen. Sie werden in möglichst kurzer Frist, die durch ein Einvernehmen zwischen den Militärbehörden beider Länder festgestellt wird, die Departements Calvados, Orne, Sarthe, Eure et Loir, Loiret, Loir et Cher, Indre et Loire, Yonne gänzlich und weiter die Departements Seine inferieure, Eure, Seine et Oise, Seine et Marne, Aube, Cote d'or bis zum linken Ufer der Seine räumen. Die französischen Truppen werden sich gleichzeitig hinter die Loire zurückziehen, die sie vor Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrages nicht werden überschreiten dürfen. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind die Garnison von Paris, deren Stärke die Zahl von 40,000 Mann nicht überschreiten darf, und die zur Sicherheit der festen Plätze unerläßlich erforderlichen Garnisonen. Die Räumung der zwischen dem rechten Ufer der Seine und der Ostgrenze gelegenen Departements wird seitens der deutschen Truppen schrittweise nach der Ratifikation des definitiven Friedensvertrages und der Zahlung der ersten halben Milliarde der Kontribution erfolgen, die im Artikel 2 stipulirt ist. Die Räumung wird beginnen bei den Paris am nächsten gelegenen Departements und wird, je nachdem die Zahlungen der Kontribution bewirkt sein werden, fortgesetzt. Nach der ersten Zahlung einer halben Milliarde wird die Räumung folgender Departements stattfinden: Somme, Oise und der Theile der Departements Seine Inférieure, Seine et Oise, Seine et Marne, die auf dem rechten Seine-Ufer gelegen sind, sowie des Theiles des Departements Seine und der Forts auf dem rechten Seine-Ufer. Nach der Zahlung von zwei Milliarden wird die deutsche Okkupation nur noch die Departements Marne, Ardennes, Haute Marne, Meuse, Vosges, Meurthe; sowie die Festung Belfort mit ihrem Gebiete umfassen, die als Pfand für die rückständigen drei Milliarden dienen sollen. Die Zahl der in denselben befindlichen deutschen Truppen wird 50,000 Mann nicht überschreiten. Es wird Sr. Majestät dem Kaiser überlassen, an die Stelle der Territorial-Garantie, welche in der theilweisen Besetzung des französischen Gebietes besteht, eine finanzielle Garantie treten zu lassen, wenn dieselbe durch die französische Regierung unter Bedingungen offerirt wird, welche von Sr. Majestät dem Kaiser und König als für die Interessen Deutschlands ausreichend anerkannt werden. Für die drei Milliarden, deren Zahlung verschoben sein wird, werden 5 pCt. Zinsen vom Tage der Ratifikation der gegenwärtigen Vereinbarung ab gezahlt.

Art. 4. Die deutschen Truppen werden sich in den besetzten Departements der Requisitionen, sei es in Geld, sei es in Naturalien, enthalten. Dagegen wird der Unterhalt der deutschen Truppen, welche in Frankreich zurückbleiben, auf Kosten der französischen Regierung erfolgen, und zwar nach Maßgabe, wie sie durch ein Einvernehmen mit der deutschen Militär-Intendantur vereinbart ist.

Art. 5. Die Interessen der Einwohner in dem von Frankreich abgetretenen Gebiete werden in Allem, was ihren Handel und ihre Privatrechte angeht, so günstig als möglich geregelt werden, sobald die Bedingungen des definitiven Friedens werden festgestellt sein. Zu diesem Zwecke wird ein Zeitraum festgesetzt werden, innerhalb dessen diese Bewohner besondere Erleichterungen bezüglich der Cirkulation ihrer Handelserzeugnisse genießen sollen. Die deutsche Regierung wird der ungehinderten Auswanderung der Einwohner der abgetretenen Gebietstheile nichts in den Weg stellen, auch wird dieselbe den Einwohnern gegenüber keine Maßregel ergreifen dürfen, welche Person oder Eigenthum derselben antastet.

Art. 6. **Die Kriegsgefangenen, welche nicht bereits auf dem Wege der Auswechselung in Freiheit gesetzt worden sind, werden unverzüglich nach der Ratifikation der vorliegenden Präliminarien zurückgegeben werden.** Um den Transport der französischen Gefangenen zu beschleunigen, wird die französische Regierung zur Disposition der deutschen Behörden einen Theil des Fahrmaterials ihrer Eisenbahnen im Innern Deutschlands stellen, und zwar in einer durch besondere Verabredung festzustellenden Ausdehnung, sowie zu denjenigen Preisen, welche in Frankreich von der französischen Regierung für Militärtransporte gezahlt werden.

Art. 7. Die Eröffnung der Verhandlungen, betreffend den definitiven Frieden, welcher auf Grundlage der gegenwärtigen Präliminarien abzuschließen ist, wird in Brüssel unverzüglich nach Ratifikation der letzteren durch die Nationalversammlung und Se. Majestät den Deutschen Kaiser stattfinden.

Art. 8. Nach Abschluß und Ratifikation des definitiven Friedensvertrages wird die Administration der Departements, welche noch von deutschen Truppen besetzt bleiben sollen, den französischen Behörden wieder übergeben werden. Doch sollen diese letzteren gehalten sein, den Befehlen, welche die Kommandanten der deutschen Truppen im Interesse der Sicherheit, des Unterhalts und der Vertheilung ihrer Truppen erlassen zu müssen glauben, Folge zu leisten. In den okkupirten Departements wird die Erhebung der Steuern nach Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages für Rechnung der französischen Regierung und mittelst der Beamten derselben bewirkt werden.

Art. 9. Es ist ausgemacht, daß die gegenwärtigen Vertragsbestimmungen der deutschen Militärbehörde keinerlei Recht auf die Theile des Gebiets, welches von Deutschen gegenwärtig nicht besetzt ist, geben können.

Art. 10. Die gegenwärtigen Präliminarien werden der Ratifikation Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, sowie der französischen National-Versammlung, welche ihren Sitz in Bordeaux hat, unverzüglich unterbreitet werden.

Eine Zusatzconvention regelt gleichzeitig die Besetzung eines Theiles der Stadt Paris durch die deutschen Truppen.

Der Friedensvertrag.

Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. Frankfurt a. M. 10. Mai 1871.

Die HH. Fürst Bismarck etc., Graf Arnim etc. als Vertragsschließende im Namen Sr. Maj. des Deutschen Kaisers einerseits, andererseits Hrn. Jules Favre etc., Pouyer Quertier etc., de Goulard etc. Namens der französischen Republik sind mit einander übereingekommen, den Präliminar-Friedensvertrag vom 26. Februar d. J. in einen definitiven Frieden zu verwandeln und denselben durch die folgenden Bestimmungen zu modifiziren. Sie haben beschlossen, was folgt:

Art. 1. Die Entfernung von der Stadt Belfort bis zur Grenzlinie, wie diese ursprünglich bei den Unterhandlungen von Versailles vorgeschlagen worden und bezeichnet ist auf der dem ratifizirten Instrumente der Präliminarien vom 26. Februar beigefügten Karte, wird als maßgebend betrachtet für den Rayon, der, gemäß der darauf bezüglichen Klausel des ersten Artikels der Präliminarien, bei Frankreich bleiben soll mit der Stadt und den Befestigungen von Belfort. Die deutsche Regierung ist bereit, diesen Rayon solcher Weise zu vergrößern, daß er die Cantons von Belfort, Delle und Giromagny umfaßt, sowie den westlichen Theils des Kantons von Fontaine, westlich einer Linie von dem Punkte, wo der Rhein-Rhône-Kanal aus dem Kanton von Delle austritt, im Süden von Montreux Château bis zur Nordgrenze des Kantons zwischen Bourg und Félon, wo diese Linie die Ostgrenze des Kantons von Giromagny erreicht. Die deutsche Regierung wird indessen die oben bezeichneten Territorien nur unter der Bedingung abtreten, daß die französische Republik ihrerseits in eine Grenzrektifikation einwillige längs den westlichen Grenzen der Kantone von Cattenom und Thionville, welche an Deutschland das Gebiet überläßt im Osten einer Linie, die von der Grenze von Luxemburg zwischen Hussigny und Redingen ausgeht, die Dörfer Thil und Villerupt an Frankreich lassend, sich zwischen Erronville und Aumetz, zwischen Beuvillers und Boulange, zwischen Trieux und Lomeringen erstreckt und die alte Grenzlinie zwischen Avril und Moyeuvre erreicht. Die internationale Kommission, deren im Art. 1 der Präliminarien erwähnt ist, wird sich sogleich nach der Auswechselung der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages an Ort und Stelle begeben, um die ihr obliegenden Arbeiten auszuführen und die Linie der neuen Grenze gemäß der vorstehenden Disposition zu ziehen.

Art. 2. Die den abgetretenen Gebieten angehörigen, gegenwärtig auf diesem Gebiete domizilirten französischen Untertha-

nen, welche beabsichtigen, die französische Nationalität zu behalten, genießen bis zum 1. Oktober 1872 und mittelst einer vorausgehenden Erklärung an die kompetente Behörde die Ermächtigung, ihr Domizil nach Frankreich zu verlegen und sich dort niederzulassen, ohne daß dieses Recht alterirt werden könne durch die Gesetze über den Militärdienst, in welchem Falle ihnen die Eigenschaft als französische Bürger erhalten bleiben wird. **Es steht ihnen frei, ihre auf den mit Deutschland verbundenen Territorien gelegenen Immobilien zu behalten.** Kein Bewohner der abgetretenen Territorien darf verfolgt, gestört oder zur Untersuchung gezogen werden in seiner Person oder in seinen Gütern auf Grund seiner politischen oder militärischen Handlungen während des Krieges.

Art. 3. Die französische Regierung wird der deutschen Regierung die Archive, Documente und Register übergeben, welche die civile, militärische und gerichtliche Verwaltung der abgetretenen Territorien betreffen. Sollten einige dieser Aktenstücke beseitigt worden sein, so wird die französische Regierung dieselben auf Verlangen der deutschen Regierung wieder herbeischaffen.

Art. 4. Die französische Regierung wird der Regierung des Deutschen Reiches innerhalb einer Frist von sechs Monaten, von der Auswechselung der Ratifikation dieses Vertrages an gerechnet, übergeben:

1) den Betrag der durch die Departements, Gemeinden und öffentlichen Anstalten der abgetretenen Territorien deponirten Summen;

2) den Betrag der Anwerbungs- und Stellvertretungs-Prämien, welche den aus den abgetretenen Territorien gebürtigen Soldaten und Seeleuten gehören, die sich für die deutsche Nationalität entschieden haben;

3) den Betrag der Kautionen der Rechnungs-Beamten des Staates;

4) den Betrag der für gerichtliche Konsignationen in Folge von Maßregeln der Verwaltungs- oder Justizbehörden in den abgetretenen Territorien eingezahlten Geldsummen.

Art. 5. Beide Nationen werden gleiche Behandlung genießen in Bezug auf die Schifffahrt auf der Mosel, dem Rhein-Marne-, Rhein-Rhône-, dem Saar-Kanal und den mit diesen Wasserwegen in Verbindung stehenden schiffbaren Gewässern. Das Flößrecht wird beibehalten.

Art. 6. Da die hohen kontrahirenden Parteien der Meinung sind, daß die Diöcesangrenzen der an das Deutsche Reich abgetretenen Territorien mit der neuen, durch obenstehenden Art. 1 bestimmten Grenzen zusammenfallen müssen, so werden sie sich nach der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages unverzüglich über die zu diesem Zwecke zu nehmenden gemeinsamen Maßregeln verständigen. Die der reformirten Kirche oder der Augsburger Konfession angehörigen, auf den von Frankreich abgetretenen Territorium ansässigen Gemeinden werden aufhören, von der französischen geistlichen Behörde abhängig zu sein. Die zur Kirche der Augsburger Konfession gehörigen, auf französischem Territorium ansässigen Gemeinden werden aufhören, von dem Ober-Konsistorium und von dem Direktor in Straßburg abhängig zu sein. Die israelitischen Gemeinden der Territorien im Osten der neuen Grenze werden aufhören, von dem israelitischen Central-Konsistorium zu Paris abhängig zu sein.

Art. 7. Die Zahlung von 500 Millionen wird erfolgen innerhalb der dreißig Tage, welche der Herstellung der Autorität der französischen Regierung in der Stadt Paris folgen werden. Eine Milliarde wird bezahlt werden im laufenden Jahre und eine halbe Milliarde am 1. Mai 1872. Die letzten drei Milliarden bleiben zahlbar am 2. März 1874, so wie es durch den präliminarischen Friedensvertrag stipulirt worden ist. Vom 2. März des laufenden Jahres an werden die Zinsen dieser drei Milliarden Francs jedes Jahr am 3. März mit 5 pZt. per Jahr bezahlt werden. Jede im Voraus auf die drei Milliarden abgezahlte Summe wird vom Tage der geleisteten Zahlung an aufhören, Zinsen zu tragen. Alle Zahlungen können nur in den hauptsächlichsten Handelsstädten Deutschlands

gemacht werden und werden in Metall, Gold oder Silber, in Billets der Bank von England, in Billets der Bank von Preußen, in Billets der Königlichen Bank der Niederlande, in Billets der Nationalbank von Belgien, in Anweisungen auf Ordre oder diskontirbare Wechsel ersten Ranges zum vollen Werth geleistet werden. Da die deutsche Regierung in Frankreich den Werth des preußischen Thalers auf 3 Fr. 75 Cts. festgestellt hat, so nimmt die französische Regierung die Umwechslung der Münzen beider Länder zu oben bezeichnetem Course an. Die französische Regierung wird die deutsche Regierung drei Monate zuvor von jeder Zahlung benachrichtigen, welche sie den Kassen des Deutschen Reiches zu leisten beabsichtigt. Nach Zahlung der ersten halben Milliarde und der Ratifikation des definitiven Friedensvertrages werden die Departements der Somme, der Seine Inférieure und der Eure geräumt, in so weit sie noch von den deutschen Truppen besetzt sind. Die Räumung der Departements der Oise, der Seine-et-Oise, der Seine-et-Marne und der Seine, so wie der Forts von Paris wird Statt finden, sobald die deutsche Regierung die Herstellung der Ordnung sowohl in Frankreich als in Paris für genügend erachtet, um die Ausführung der durch Frankreich übernommenen Verpflichtungen sicher zu stellen. In allen Fällen wird diese Räumung bei Zahlung der dritten halben Milliarde Statt finden. Die deutschen Truppen behalten im Interesse ihrer Sicherheit die Verfügung über die neutrale Zone zwischen der deutschen Demarkationslinie und der Umwallung von Paris auf dem rechten Ufer der Seine. Die Stipulationen des Vertrages vom 26. Februar, bezüglich auf die Occupation französischen Gebietes nach Zahlung der beiden Milliarden, bleiben in Kraft. Von der Zahlung der ersten fünfhundert Millionen können keine Abzüge, wozu die französische Regierung berechtigt sein könnte, gemacht werden.

Art. 8. Die deutschen Truppen werden fortfahren, sich der Requisitionen in natura und Geld in den besetzten Territorien zu enthalten; da diese Verpflichtung ihrerseits in gegenseitiger Beziehung steht zu der von der französischen Regierung übernommenen Verpflichtung, sie zu unterhalten, so werden im Falle, daß trotz wiederholter Anforderungen der deutschen Regierung die französische Regierung in Ausführung besagter Verpflichtung zurückbleiben sollte, die deutschen Truppen das Recht haben, sich das Nöthige für ihre Bedürfnisse durch Erhebung von Steuern und Requisitionen in den besetzten Departements zu verschaffen, und selbst außerhalb derselben, wenn deren Hülfsmittel nicht hinreichen sollten. Bezüglich der Verpflegung der deutschen Truppen werden die gegenwärtig in Kraft stehenden Anordnungen beibehalten bis zur Räumung der Forts von Paris. Kraft des Vertrages von Ferrières vom 11. März 1871 werden die durch diesen Vertrag angegebenen Reduktionen zur Ausführung kommen nach Räumung der Forts. Sobald der Effektivstand der deutschen Armee unter die Zahl von 500,000 Mann herabgesunken sein wird, so werden die unter diese Zahl gemachten Reduktionen angerechnet werden, um eine verhältnismäßige Verminderung der von der französischen Regierung bezahlten Unterhaltungskosten für die Truppen herzustellen.

Art. 9. Die gegenwärtig den Erzeugnissen der Industrie in den abgetretenen Gebieten zur Einfuhr nach Frankreich gestattete Ausnahmebehandlung wird für einen Zeitraum von sechs Monaten, vom 1. März an gerechnet, unter den mit den Delegirten des Elsasses vereinbarten Bedingungen aufrechterhalten.

Art. 10. Die deutsche Regierung wird fortfahren, die Kriegsgefangenen zurückkehren zu lassen, indem sie sich mit der französischen Regierung in Einvernehmen setzt. Die französische Regierung wird diejenigen dieser Gefangenen, welche verabschiedet werden können, in ihre Heimath zurücksenden. Diejenigen, welche ihre Dienstzeit noch nicht zurückgelegt, haben sich hinter die Loire zurückzuziehen. Es ist vereinbart, daß die Armee von Paris und von Versailles, nach Herstellung der Autorität der französischen Regierung in Paris und bis zur Räumung der Forts von Seiten der deutschen Truppen, 80,000 Mann nicht übersteigen soll. Bis zu dieser Räumung kann die französische Regierung keine Truppenzusammenziehung auf dem rechten Ufer der Loire vornehmen, jedoch wird sie die regelmäßigen Besatzungen der in dieser Zone gelegenen

Städte, gemäß den Bedürfnissen der Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Ruhe, stellen. Nach Maßgabe des Fortschritts der Räumung werden sich die Kommandanten der Truppen über eine neutrale Zone zwischen den Armeen der beiden Nationen verständigen. Zwanzigtausend Gefangene sollen ohne Verzug nach Lyon dirigirt werden, unter der Bedingung, daß sie nach ihrer Organisirung sofort nach Algerien geschickt werden, um in dieser Kolonie zur Verwendung zu kommen.

Art. 11. Da die Handelsverträge mit den verschiedenen Staaten Deutschlands durch den Krieg aufgehoben sind, werden die französische und die deutsche Regierung zur Grundlage ihrer Handelsbeziehungen den Grundsatz der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation nehmen. In diesem Grundsatz sind einbegriffen die Eingangs- und Ausgangsrechte, der durchgehende Verkehr, die Zollformalitäten, die Zulassung und Behandlung der Unterthanen beider Nationen und der Vertreter derselben. Jedoch sind ausgenommen von obigem Grundsatz die Begünstigungen, welche eine der vertragschließenden Parteien durch Handelsverträge anderen Ländern gewährt hat oder gewähren wird, als den folgenden: England, Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich, Rußland. Die Schifffahrtsverträge und die den internationalen Eisenbahndienst in Bezug auf die Zollabfertigung betreffende Übereinkunft, sowie die Konvention für den wechselseitigen Schutz des Eigenthums an geistigen und künstlerischen Werken werden wieder in Kraft gesetzt werden. Indessen behält sich die französische Regierung das Recht vor, von den deutschen Schiffen und deren Ladung Tonnen- und Flaggengebühren zu erheben, unter der Bedingung, daß diese Gebühren die von den Schiffen und Ladungen der vorerwähnten Nationen erhobenen nicht übersteigen.

Art. 12. Alle vertriebenen Deutschen bleiben in vollem Genusse aller Güter, welche sie in Frankreich erworben haben. Diejenigen Deutschen, welche die von den französischen Gesetzen verlangte Ermächtigung erhalten haben, ihren Wohnsitz in Frankreich aufzuschlagen, werden in alle ihre Rechte wieder eingesetzt und können in Folge dessen auf französischem Gebiete von Neuem ihren Wohnsitz nehmen. Die durch die französischen Gesetze bedungene Frist zur Erlangung der Naturalisation wird als durch den Kriegszustand nicht unterbrochen betrachtet für die Personen, welche von der vorerwähnten Erlaubniß, nach Frankreich zurückzukehren, binnen sechs Monaten nach Austausch der Ratifikationen dieses Vertrages Gebrauch machen, und die zwischen ihrer Vertreibung und ihrer Rückkehr auf französischen Boden verflossene Zeit soll angesehen werden, als ob sie nie aufgehört hätten, in Frankreich zu wohnen. Obige Bedingungen sind in voller Gegenseitigkeit auf die französischen Unterthanen anwendbar, welche in Deutschland wohnen oder zu wohnen wünschen.

Art. 13. Die deutschen Fahrzeuge, welche durch Prisengerichte vor dem 2. März 1871 verurtheilt waren, sollen als endgültig verurtheilt angesehen werden. Diejenigen, welche an besagtem Tage nicht verurtheilt waren, sollen mit der Ladung, so weit sie noch besteht, zurückerstattet werden. Wenn die Rückerstattung der Fahrzeuge und Ladungen nicht mehr möglich ist, so soll ihr Werth, nach dem Verkaufspreise angesetzt, ihren Eigenthümern vergütet werden.

Art. 14. Eine jegliche von den vertragschließenden Parteien wird auf ihrem Gebiete die zur Kanalisirung der Mosel unternommenen Arbeiten fortführen. Die gemeinsamen Interessen der getrennten Theile der beiden Departements Meurthe und Mosel sollen liquidirt werden.

Art. 15. Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich gegenseitig, auf die beiderseitigen Unterthanen die Maßnahmen auszudehnen, welche sie zu Gunsten derjenigen ihrer Staatsangehörigen für nützlich erachten würden, die in Folge der Kriegsereignisse in die Unmöglichkeit versetzt worden waren, zu richtiger Zeit für die Wahrnehmung oder Aufrechterhaltung ihrer Rechte einzutreten.

Art. 16. Beide Regierungen, die deutsche und die französische, verpflichten sich gegenseitig, die Gräber der auf ihren Gebieten beerdigten Soldaten zu respektiren und unterhalten zu lassen.

Art. 17. Die Regulirung der nebensächlichen Punkte, über welche eine Verständigung erzielt werden muß in Folge dieses Vertrages und des Präliminarvertrages,

wird der Gegenstand weiterer Verhandlungen sein, welche in Frankfurt stattfinden werden.

Art. 18. Die Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages durch Se. Majestät den Deutschen Kaiser einerseits und andererseits durch die Nationalversammlung und durch das Oberhaupt der vollziehenden Gewalt der französischen Republik werden in Frankfurt binnen zehn Tagen oder wo möglich früher ausgetauscht werden.

Eine Zusatzconvention betrifft die Abtretung der elsässischen und luxemburgischen Linien der franz. Ostbahngesellschaft und einen kleinen Gebietsaustausch.

Wie es mit der Ausführung dieses Friedens aussah, ist in dem Heft: „Die Deutschen in Frankreich" (April 1922) an der Hand von amtlichen französischen Dokumenten dargestellt worden. Die Räumung der besetzten Gebiete fand sogar früher als nach dem Friedensvertrag festgesetzt war statt, da es den Franzosen gelang, die geforderte Kriegsentschädigung in überraschend kurzer Zeit aufzubringen. Wir bitten Professor Sarolea die nachgelassenen Werke von Thiers nachzulesen und uns gegebenenfalls in den Süddeutschen Monatsheften nochmals über den Frankfurter Frieden seine Ansicht zu sagen. Uns scheint das Wesentliche darin zu liegen, daß es sich hier um einen Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten, souveränen Staaten handelt; es fand keine Beschränkung der französischen Bewaffnung, keine Einmischung in innere Verhältnisse Frankreichs statt. Es gab keine Kommissionen, keine Zollgrenzen, sondern im Gegenteil gegenseitige Meistbegünstigung zur Belebung des Wirtschaftsverkehrs in beiden Ländern. Man braucht nur aus dem Wirtschaftsteil des Versailler Friedensinstrumentes einen einzigen Paragraphen herauszugreifen, um sich den ungeheuren Unterschied der Frieden von 1871 und 1919 nach Form und Sinn zu vergegenwärtigen. Der Artikel 264 lautet im ersten Teil: „Deutschland verpflichtet sich, Waren, Rohstoffe oder Fabrikat, irgendeines alliierten oder assoziierten Staates, die in deutsches Gebiet eingeführt werden, ohne Rücksicht auf ihren Herkunftsort, keinen anderen oder höheren Zollsätzen oder -Gebühren (einschließlich innerer Abgaben) zu unterwerfen, als solchen, denen dieselben Waren, Rohstoffe oder Fabrikate irgendeines anderen der erwähnten Staaten oder eines anderen fremden Landes unterworfen sind" .....

Französische Vorträge in Elsaß-Lothringen in den Jahren 1912 und 1913.

Aus den Nachrichten des „Messager d'Alsace-Lorraine" ging seinerzeit hervor, daß in Elsaß-Lothringen im Laufe der Jahre 1912 und 1913 umstehend aufgeführte Vorträge stattfanden. Als das Elsaß im Jahr 1911 eine Verfassung erhalten hatte, drohte Beruhigung einzutreten; also setzte verstärkte französische Propaganda ein.

Diese Aufstellung ist indessen keineswegs vollständig. So sind dem Herausgeber des „Türmer", Professor Friedrich Lienhard, dem berühmten elsässischen Schriftsteller, der die Freundlichkeit hatte, uns diese Liste zur Verfügung zu stellen, noch eine ganze Reihe anderer französischer Vorträge aus jenen Jahren erinnerlich, so Vorträge von Hinzelin und Tardieu, Redakteur am „Temps". Einige außerdem geplante Vorträge wurden untersagt, so zwei Vorträge Georges Desbons über das nationale Gewissen in Frankreich und die äußere Politik der französischen Republik, die für Mai 1913 vorgesehen waren, und ein Vortrag Tardieus über die Tripleentente, der im Februar in Straßburg steigen sollte. Vollständig der Kenntnis der Öffentlichkeit entziehen sich außerdem die Vorträge, die im engeren Kreise der „Veillée alsacienne", des „Cercle des étudiants" usw. stattfanden. Die französischen „Souvenir"-Reden, worunter sogar eine Rede von Barrès zu erwähnen wäre, sind in der umstehenden Statistik überhaupt nicht berücksichtigt, so daß man also die französischen Vorträge in Elsaß-Lothringen im Jahre 1912 und 1913 ruhig auf 100 oder mehr schätzen kann.

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Veranstalter	Redner	Thema
1	6. 1. 1912	Straßburg	Revue als. illustrée	J. J. Olivier	Madame Dugazon
2	10. 2. 1912	Metz	—	H. Lichtenberger	Opéra française
3	2. 1912	Metz	—	Sadoul, Direct. des Pays-Lorrains	La chanson populaire en Lorraine
4	2. 1912	Barr	—		
5	28. 2. 1912	Mülhausen	Société industrielle	Rob. de Caix (Redact. am Journal des débats)	Marocco
6	11. 3. 1912	Metz	Groupe messin de conférences	P. de Beaumont	Talleyrand
7	1912	Metz	Société de conférences franc.	Domelier (Chefredact. d. Depêches d. Ardennea)	General Faber
8	1912	Mülhausen	Mussettistes	Richepin (acad. franc.)	Contes de fées
9	5. 2. 1912	Straßburg	Revue als. illustrée	F. Bertiaux	La retour de l'Alsace à la culture française
10	1912	Straßburg	—	Vienot (Prof. a. d. prot. Theol. Fak. v. Paris)	Scherer en Alsace
11	1912	Colmar	—	Vienot (Prof. a. d. prot. Theol. Fak. v. Paris)	Scherer en Alsace
12	5. 2. 1912	Colmar	Société de conférences	Ch. Pfister, Korresp. d. Inst.	L'Alsace romaine
13	17. 3. 1912	Colmar	Société de conférences	Joly, Inst. de France	Vie internationale
14	25. 3. 1912	Straßburg	Cercle des Annales	Sonelet	Afrikareisen
15	26. 3. 1912	Colmar	Société de conférences	Sonelet	Afrikareisen
16	4. 1912	Metz	Groupe messin de conférences	Emil Hinzelin	L'art lorrain
17	26. 4. 1912	Straßburg	Revue als. illustrée	René Quinton, Vors. d. ligue Alsacienne	L'Aviation
18	13. 4. 1912	Metz	Groupe messin de conférencee	de Beaumont	Duc de Morny
19	4. 1912	Colmar	—	René Quinton	L'Aviation
20	4. 1912	Mülhausen	—	René Quinton	L'Aviation
21	8. 5. 1912	Mülhausen	Société industrielle	E. Botraux, Prof. a. d. Sorbonne, Direkt. der Stift. Thiers	L'Etat actuelle de la philosophie
22	9. 1912	Barr	Cercle des Annales	M. Diener	Les chants d'Alsace
23	5. 10. 1912	Straßburg	Cercle des Annales	P. Acker	Erdmann Chatrian
24	30. 10. 1912	Straßburg	Cercle des Annales	G. Delahache	Versailles
25	24. 10. 1912	Colmar	—	Frl. Chomat-Colmar	Der franz. Roman des 19. Jahrhunderts
26	25. 10. 1912	Colmar	—	Frl. Chomat-Colmar	Der franz. Roman des 19. Jahrhunderts
27	26. 10. 1912	Colmar	—	Frl. Chomat-Colmar	Der franz. Roman des 19. Jahrhunderts
28	27. 10. 1912	Colmar	—	Frl. Chomat-Colmar	Der franz. Roman des 19. Jahrhunderts
29	28. 10. 1912	Colmar	—	Frl. Chomat-Colmar	Der franz. Roman des 19. Jahrhunderts
30	29. 10. 1912	Colmar	—	Frl. Chomat-Colmar	Der franz. Roman des 19. Jahrhunderts
31	28. 10. 1912	Straßburg	Revue als. illustrée	Alph. Seche	Theater
32	11. 1912	Mülhausen	Mussettistes	Mme. Catulle Mendès	Theater

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Veranstalter	Redner	Thema
33	26. 10. 1912	Colmar	Société de conférences	André Bellesor	L'Italie
34	27. 11. 1912	Colmar	Société de conférences	Henry Cain	Peintre de Barbizon
35	16. 11. 1912	Metz	Groupe messin de conférences	Charles Pfister	Karl der Große
36	16. 11. 1912	Straßburg	—	M. C. Julian (Prof. am Coll. de France)	Was verdankt das Elsaß Gallien?
37	18. 11. 1912	Mülhausen	—	P. Petrzet	Franz. Architektur der Renaissance
38	21. 11. 1912	Metz	Groupe messin de conférences	Theodore de la Rive	Jos. de Maistre
39	12. 1912	Straßburg	Cercle des Annales	Emil Soul	Chanson normande
40	3. 1. 1913	Straßburg	Cercle artistique et littéraire	Henry Bordeaux	Les Poêtes de Foyer
41	13. 1. 1913	Colmar	—	Elie Gonelle	L'influence sociale Fallot en France
42	14. 1. 1913	Straßburg	—	Elie Gonelle	L'influence sociale Fallot en France
43	3. 2. 1913	Colmar	Die verschiedenen Gesellschaften, die sich im Lande gebildet haben, um die geistige Kultur Frankreichs zu erhalten und auszubreiten.	Graf Haussonville (Gründer d. Els.-Lothr. Waisenhauses Vesinet b. Paris)	Madame de Staël à Metz
44	5. 2. 1913	Mülhausen		Graf Haussonville (Gründer d. Els.-Lothr. Waisenhauses Vesinet b. Paris)	Madame de Staël à Metz
45	7. 2. 1913	Straßburg	(Messager d'Alsace-Lorraine 8. 2. 13.)	Graf Haussonville (Gründer d. Els.-Lothr. Waisenhauses Vesinet b. Paris)	Madame de Staël à Metz
46	11. 2. 1913	Metz	Groupe messin de conférences	André Baumier	Die Mode im zweiten Kaiserreich
47	26. 2. 1913	Mülhausen	—	Charles Wagner	La bonne humeur comme puissance sociale
48	26. 2. 1913	Straßburg	Union familiale alsacienne	E. Hermann	Les lettres de monsieur Prévot
49	10. 3. 1913	Mülhausen	Cercle des Annales	Maur. Donnay (Acad. franc.)	Souvenir de jeunesse
50	12. 3. 1912	Colmar	—	Maur. Donnay (Acad. franc.)	Souvenir de jeunesse
51	14. 3. 1912	Straßburg	Revue als. illustrée	Maur. Donnay (Acad. franc.)	Souvenir de jeunesse
52	15. 3. 1913	Mülhausen	—	Victor Marguerite	—
53	3. 1913	Straßburg	Cercle des Annales	Ed. de Morsier	—
54	3. 1913	Barr	Cercle des Annales	Ed. de Morsier	—
55	3. 1913	Zabern	Revue als. illustrée	Ed. de Morsier	—
56	3. 1913	Schlettstadt	Revue als. illustrée	Ed. de Morsier	—
57	3. 1913	Benfeld	Revue als. illustrée	Ed. de Morsier	—
58	20. 4. 1913	Metz	Groupe messin de conférences	André Gouyot	Pierre Loti
59	25. 10. 1913	Straßburg	Revue als. illustrée	Léon Brémont (Prof. an der École norm. sup.)	La poésie et la musique
60	30. 10. 1913	Straßburg	Cercle des Annales	Paul Acker	Madame de Séjur
61	18. 11. 1913	Straßburg	Revue als. illustrée	Jos. Bédier (Prof. am Coll. de France)	Tristan et Iseult
62	18. 11. 1913	Colmar	Société de conférences franc.	René Puaux (Red. du Temps)	Balkankrieg
63	27. 11. 1913	Straßburg	Cercle des Annales	Alb. Mockel	Franz. Musik

Die Erlösung der Massen von ihren Führern.

Von Adolf Schiedt.

Deutschlands Befreiung ist ohne die Mithilfe der Massen, ohne ihre leidenschaftliche Teilnahme am Kampf, ohne ihr freies Wollen nicht möglich. Man möge es mir erlassen, das hier zu beweisen. Es wird sowieso nicht viele geben, denen es bewiesen werden muß. Da wir nun alle, die wir bewußt Deutsche sind, diese Befreiung wollen, wollen müssen, um atmen zu können, so müssen wir auch die Massen in unsern Ring einschließen. Wir müssen die Massen nationalisieren.

Die deutsche Arbeiterschaft ist in allen ihren Teilen, auch in ihren sozialistischen und kommunistischen, so deutsch wie die übrigen Volksschichten. Das will heißen, daß ihnen allen ein starkes deutsches Bewußtsein im Beharrungszustande nicht gegeben ist, daß es vielmehr erst mächtiger Reize bedarf, um dieses Bewußtsein zu wecken. Dann aber ist es auch in der Arbeiterschaft rein und echt vorhanden, wenn es nicht künstlich und absichtlich mit Lug und Trug, mit Wortverdrehung und Augenverblendung erstickt oder wenigstens gedämpft und irregeleitet wird. Dessen sind wir wieder einmal betrübte Zeugen. Mit der Verekelung von Begriffen auf dem kleinen Umwege über die Verzerrung von Wörtern hat es begonnen. Das gefährliche Wort „national“ muß seines schönen ursprünglichen Sinnes entkleidet werden, damit den gutgläubigen und für solche Zusammenhänge durchaus empfänglichen Kindern des Volkes ja nicht klar werde, daß national von Nation kommt und in seiner Bedeutung sogar mit demokratisch verwandt ist. Flugs wird aus national „nationalistisch“ gemacht, und schon ist der Popanz fertig, gegen den man die in solchen Künsten unerfahrenen Massen anrennen lassen kann. Es gibt bekanntlich keinen schlimmeren Verbrecher als den Nationalisten. Der Mensch ist so niederträchtig, sein ganzes Denken und Streben in den Dienst der Nation zu stellen. Weshalb er mit Recht die Verachtung der Arbeiterschaft verdient, der ausgeredet wird, daß sie ein wichtiger, gar nicht wegzudenkender Teil der Nation ist, allerdings ein Teil, der für sich allein so wenig lebensfähig ist wie irgendein anderer. Internationalist zu sein, ist vornehm, empfehlenswert und schon vom heiligen Marx angeordnet. Nationalisten aber sind Volksfeinde. Hier wird der methodische Wahnsinn humoristisch und dadurch in seiner Bösartigkeit jedem Arbeiter begreiflich. Es will mir nicht empfehlenswert erscheinen, viel Wesens von den Unglücklichen zu machen, die kein Vaterland kennen wollen, das Deutschland heißt. Wer Augen hat, die Herrlichkeiten seiner Heimat zu sehen, und wer die Gewißheit in sich trägt, daß nur ihm, dem Kinde dieser Landschaft, sich alle ihre Schönheiten erschließen, daß er nur in ihr die höchste Blüte seines Wesens in Liebe und Arbeit erwarten kann, wer Ohren hat, die Wehmut und Heiterkeit der Volksweisen in sich mitklingen zu lassen, wer sich in Ehrfurcht der gewaltigen Pracht wie der zarten Lieblichkeit seiner Muttersprache beugt, kann ja auf den Unfug der Vaterlandslosigkeit gar nicht hereinfallen. Und da alle diese Voraussetzungen in der Arbeiterschaft in demselben Maße gegeben sind wie im übrigen Volke, so ist auch die Arbeiterschaft fähig, sich zu nationalisieren, die feste Verbundenheit mit ihrem eigenen Land und Volk als Voraussetzung jeder Lebensbetätigung zu empfinden.

Dieses große und heilige Gemeinschaftsgefühl soll in den Massen nicht aufkommen, soll getötet werden. Die Massenführer haben diese Aufgabe schon von den großen Meistern der Volkszerrüttung, von den Erfindern des Klassenkampfes, geerbt. Aber sie haben inzwischen auch gesehen, wie notwendig diese Entnationalisierung der Massen für die Beständigkeit des Führertums und für sein Wohlergehen ist. Längst ist die Massenführung zum Beruf und Geschäft geworden. Über Gewerkschaften, Krankenkassen, Konsumvereine, Gemeindevertretungen und Parlamente führen tausend Wege in das gelobte Land der Macht und der persönlichen Behaglichkeit. Aus drei, vier, fünf Quellen fließen diesen Führern die Mittel, die eine Anwendung des Wortes Proletarier auf sie zum Hohn machen. Was sie aber nicht hindert, die Fahne des Klassenkampfes gegen das Bürgertum zu schwingen, von dem so viele Millionen herzlich gern

in der Lebensführung mit diesen Proletarierfürsten tauschen möchten. Gemeinschaftsgefühl ist das schlimmste Gift für die Parteien und für die Herrschaft der Führer. Und je gefährlicher, verzweifelter die Lage des unglücklichen Vaterlandes ist, um so heftiger muß gegen den Nationalismus, der nichts anderes ist als angewandte Vaterlandsliebe, angekämpft werden. Denn in solchen Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, ist die Gefahr riesengroß, daß der Nationalismus auch die Massen packt und alle die künstlichen Schranken niederreißt. Und wie wird gegen diese Gefahr gekämpft! Alle Schrecken „nationalistischer Geisteszerrüttung" werden den Massen an die Plakatsäulen gemalt. Und um die Arbeiterschaft ja nicht irre werden zu lassen an der Heiligkeit des sozialistischen Dogmas, wird selbst der Kampf der Arbeiter an der Ruhr gegen die Franzosentyrannei zum Klassenkampf umgedeutet. Genau wie im Kriege schnürt die Angst vor einem deutschen Siege den Massenführern wieder die Kehle zu. Und seitdem sich noch das große nationalsozialistische Sammelbecken auch für erwachende Elemente des Sozialismus aufgetan hat, ist die Nervosität noch gewachsen. Nur keine Hemmungen, Herrschaften! Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands läßt Millionen von Flugblättern verteilen, worin „die Schuldigen am heutigen Elend" gesucht werden. Natürlich nur in der Überschrift, denn man hat sie längst gefunden. Die Nationalisten sind es. Aber wie das bewiesen wird, ist doch stellenweise so dummdreist, daß es als Marke für die Höhe dieser Kampfesweise festgehalten zu werden verdient. Es heißt da:

„Wer hat also Deutschland wehrlos gemacht?"

Antwort: „Ludendorff selbst schreibt auf Seite 526 seiner Erinnerungen:

‚Wenn ich jetzt zurückschauend an die Möglichkeit und Aussicht eines von der Regierung unternommenen Friedensschrittes denke, so steht fest, daß wir Waffenstillstand und Frieden nur zu den Bedingungen erhalten hätten, die wir jetzt zu erfüllen haben.'"

Der General Ludendorff ist kein Klassiker des Stils, und dieser Satz enthält konstruktive und logische Schnitzer, von denen nur der eine erwähnt sei, daß persönliches Rückschauen nicht die Voraussetzung für eine geschichtliche Tatsache sein kann. Trotzdem ist der Sinn dieser Worte ganz klar. General Ludendorff will nämlich nichts weiter sagen, als daß alle über die tatsächlich unternommenen hinaus denkbaren deutschen Versuche, durch Verhandlungen zu einem anderen Frieden zu kommen, an dem Vernichtungswillen unserer Feinde nichts geändert hätten. Damit wird natürlich mit keinem Worte auch nur angedeutet, der katastrophale Ausgang des Krieges sei unabwendbar gewesen. Gerade das aber liest die Führung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus diesem Satz heraus, und triumphierend schreibt sie:

„Damit ist von Ludendorff selbst die Dolchstoßlegende für immer zerstört."

Weiter kann man doch wohl die Verhöhnung der Wahrheit, der Logik und der Massen nicht treiben. Und wenn hier auch ernsthafteste Verwahrung eingelegt werden soll gegen jede ungerechte Verallgemeinerung, gegen die Ausdehnung des Vorwurfs der absichtlichen Täuschung der Massen auf alle einzelnen Führer, unter denen ich so manche geistige und sittliche Begabung schätze, so kann doch schon nach dieser Probe an der gewollten oder geduldeten Täuschung der Massen durch die Leitung kein Zweifel mehr bestehen.

Volk, Vaterland und Arbeiterschaft brauchen die Erlösung der Massen von ihren Führern zum Leben. Und wie es bis zu einem gewissen Grade richtig ist, daß die Befreiung der Arbeiterschaft nur das Werk der Arbeiterschaft selbst sein kann, wie zum mindesten ohne ihre Mitarbeit das Werk nicht gelingen kann, so kann auch die Erlösung von den Berufsführern ohne Erkenntnis und Mithilfe der Arbeiterschaft nie gelingen. Damit ist nun aber nicht gesagt, daß die übrige deutsche Welt mit verschränkten Armen auf diese Edelreife einer ganzen Volksschicht zu warten hätte. Es kann und muß sogar vieles geschehen. Was beim Ausbruch des großen Krieges von der Regierung Bethmann versäumt worden ist, muß jetzt in der neuen Phase des großen Kampfes nachgeholt werden. Die unauflösliche Verbundenheit des Deutschen mit Deutschland muß auch dem Arbeiter, und natürlich nicht nur diesem, als Voraussetzung jedes erträglichen Lebens, jedes Aufstiegs und der Befreiung vom fremden Joch zum selbstverständlichen und freudig bekannten Gefühl gemacht werden. Nicht als Belohnung

für Vaterlandsliebe, sondern als Voraussetzung. Und man erkenne in allen Schichten des Volkes, daß hier nicht mit kleinen Mitteln und auch nicht bloß mit Versprechungen gearbeitet werden darf. Um das Ganze zu retten, was ohne die Massen nicht möglich ist, muß von Allen geopfert werden. Daß mit den Aufstiegsmöglichkeiten Ernst gemacht werden muß, daß freie Schule und Ausbildung für alle begabten Kinder des ganzen Volkes Übergänge und Versöhnung ermöglichen, hat nur als Anfang zu gelten. Die Ideen der Bodenreformer sind ernstester Prüfung wert, das unbegrenzte Anwachsen des Leihkapitals muß bekämpft werden. Und die Abschaffung des Erbrechts für nicht ganz nahe Verwandte könnte wohl als milde und erträgliche Form einer Sozialisierung in Angriff genommen werden, sobald die damit anfallenden Güter vor dem Zugriff feindlicher Mächte gesichert werden können. Ebenso die Gewinnbeteiligung der Angestellten und Arbeiter, sobald die deutsche Volkswirtschaft wieder verdient. Die berufsständische Vertretung und Sicherung des Einzelschicksals als Fortführung des Rätegedankens ist durchaus möglich und kann ihre volkserzieherische Wirkung gar nicht verfehlen. Für die sittliche und kulturelle Hebung eines Volkes kann auch in der elendesten Lage gewirkt werden.

Eine Regierung, die mit solchen tragenden und mitreißenden Gedanken vor das Volk tritt, die nicht in Erwägungen stecken bleibt und vor der Kühnheit nicht erschrickt, die vor den Berufsführern der Massen keine Furcht hat, sondern sich an das Volk selbst wendet über die Köpfe aller Parteigrößen hinweg, wird auch das Vertrauen des Volkes erobern können und den Boden schaffen für die Erlösung der Massen von ihren Führern und für die Freiheit des Vaterlandes.

Die Franzosen am Rhein.

Ursprung und Ziel des französischen Einbruchs in das Ruhrgebiet von Graf Max Montgelas (Zentralverlag, G. m. b. H., 1923). Der hervorragende Forscher zur Kriegsschuldfrage rechnet in einer kleinen Schrift vorstehenden Titels gründlich mit den französischen Plänen ab. Nach einem historischen Rückblick auf die französische Politik kommt der Verfasser auf das eigentliche französische Ziel zu sprechen, das am klarsten in der Depesche Iswolkis vom 30. September und 13. Oktober 1914 ausgesprochen wurde, die der Reichskanzler soeben in seiner Münchener Rede ausgeführt hat: Das Deutsche Reich soll vernichtet, Preußen soviel als möglich militärisch und politisch geschwächt werden. Graf Montgelas verneint die Frage, ob Frankreich aus dem Friedensvertrag einen Rechtsanspruch zu seinem augenblicklichen Vorgehen ableiten könne und sieht in dem entschlossenen, einheitlichen Widerstand die einzige Möglichkeit der Rettung für Deutschland.

Einen Notschrei deutscher Frauen läßt die rheinische Frauenliga zum vierten Male in die Welt hinausgehen. In einem knappen Heft „Die farbigen Franzosen am Rhein“ (Verlag Robert Engelmann, Berlin 1923) sind 110 Sittlichkeitsverbrechen der farbigen Truppen zusammengestellt. Die Tatsachen wirken in ihrer kommentarlosen Wiedergabe besonders erschütternd. Jeder Deutsche müßte sich jeden einzelnen Fall ins Gedächtnis eingraben und daran denken, daß das gleiche heute oder morgen seinen nächsten Verwandten passieren könnte.

Rechtsanwalt Dr. Grimm hat in Berlin, Sackverlag, eine Broschüre über den Mainzer Kriegsgerichtsprozeß gegen die Bergwerksdirektoren erscheinen lassen. Die Schrift dürfte allgemeines Interesse beanspruchen, da die Rechtslage eingehend gewürdigt wird.

Zur Entstehungsgeschichte des belgischen Volkskrieges.

Von Walter Bloem.

Vom 28. Dezember 1914 bis Mitte Juli 1915 gehörte ich als Hauptmann der Reserve dem Stabe des Generalgouvernements in Belgien an und zwar mit der dienstlichen Kennzeichnung: „Ordonnanzoffizier zur persönlichen Verfügung Sr. Exzellenz." In dieser Eigenschaft wurde ich vom Generaloberst von Bissing neben vielen anderen Obliegenheiten auch mit der Aufgabe betraut, eine große Anzahl von Aufsätzen über Angelegenheiten der belgischen Verwaltung und Kriegführung abzufassen. Sie wurden einer genauen Durcharbeitung durch die zuständigen Dienststellen unterworfen. Nachdem diese ihre Genehmigung erteilt hatten, stellte ich die Aufsätze deutschen Zeitungen und Zeitschriften in der Form von Privatarbeiten zur Verfügung.

Eine dieser Arbeiten hat bis heute noch nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Warum?! Ich vermag es nicht anzugeben. Aber gerade die in dieser Arbeit mitgeteilten Tatsachen hätten damals der ganzen Welt unterbreitet werden müssen. Es ist mir dienstlich mitgeteilt worden, daß der Inhalt dieser Arbeit das Interesse des Kaisers in so hohem Maße erregt habe, daß er sie im Kreise seiner Umgebung persönlich vorgelesen und zum Gegenstande einer Besprechung gemacht habe. Sie ist dann dienstlich weitergeleitet worden an eine mir nicht bekannt gewordene Stelle. Dort ist sie verschollen, und ich habe ihr Original erst vor kurzem zufällig bei einer Sichtung meines Kriegsarchivs wieder entdeckt. Die darin angeführten Verfügungen belgischer Behörden haben mir im Original vorgelegen, wie ich jederzeit eidlich zu erhärten bereit bin. Bei welcher Behörde sie aufbewahrt werden ist mir nicht bekannt. Ich halte mich verpflichtet, die im Frühjahr 1915 entstandenen Ausführungen der Öffentlichkeit vorzulegen. Ihre Herausgabe bezweckt nicht, das Urteil der Welt über den deutschen Einmarsch nach Belgien irgendwie zu beeinflussen. Sie scheint mir aber geeignet, die Begleiterscheinungen dieses Einmarsches, die man „den belgischen Volkskrieg" nennt, aufzuhellen und zum Verständnis ihrer Entstehung, wie auch zur Klarstellung der Frage der Schuld an diesen Begleiterscheinungen Wesentliches, ja Ausschlaggebendes beizusteuern[1]).

Burg Rieneck (Unterfranken). W. B.

Jeder deutsche Soldat, welcher am Beginn des Krieges in den Reihen der deutschen Armeekorps gestanden hat, die in Belgien einrückten, hat sich der Tatsache gegenüber gesehen, daß die belgische Zivilbevölkerung sich an dem Kampfe gegen den Eindringling beteilige. Er hat aber auch den Eindruck bekommen müssen, daß die kriegerischen Handlungen der Zivilbevölkerung ihre Wurzeln in einem seelischen Zustande hatten, der für uns damals völlig unerklärlich war. Wir hatten alle den Eindruck, daß eine schwere Krankheit von der Seele des belgischen Volkes Besitz ergriffen hätte, und unsere ärztlichen Kriegskameraden bezeichneten diesen Zustand als Massenpsychose.

Das Dunkel, das für unsere Begriffe über der ungeheuerlichen Gemütsverwirrung der belgischen Menschen lag, beginnt sich an einigen Stellen zu lüften. Schon immer bestand der Verdacht, daß die belgische Regierung an dem Eingreifen der Zivilbevölkerung in die Kriegshandlungen nicht ganz unschuldig sei. Aber bisher war es trotz eifriger Nachforschungen nicht recht gelungen, urkundliche Dokumente für eine Aufwiegelung der Zivilbevölkerung durch die Regierungsgewalt aufzutreiben. Jetzt ist es geglückt, an zwei Stellen der Provinz Namur eine Reihe von gedruckten Rundschreiben des Zivilgouverneurs Baron de Montpellier an die Chefs der kommunalen Verwaltungen in seiner Provinz aufzufinden, welche ein ganz überraschendes Schlaglicht auf die Entstehung des belgischen Volkskrieges werfen.

In Belgien existierte schon im Frieden die Einrichtung der garde civique. Sie ist in den Revolutionsjahrzehnten entstanden und durch ein Gesetz vom 9. September 1897 reorganisiert worden. Sie ist, soweit es hier in Betracht kommt, auch durch die neuere Gesetzgebung von 1910 und 1913 nicht wesentlich geändert worden. Die garde civique hat nach diesen Gesetzen „die Aufrechterhal-

[1]) Der Zeitpunkt zur Veröffentlichung dieser Tatsachen erscheint uns gegenwärtig besonders günstig zu sein, da sie das gegensätzliche Verhalten der deutschen und der belgischen Regierung bei einem feindlichen Einbruch ins Licht stellen. D. Schriftltg.

tung der Ordnung und die Durchführung der Gesetze, die Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit und der Integrität des Staatsgebietes zu überwachen." Sie untersteht dem Minister des Innern[1]). Sie ist aktiv oder inaktiv. Aktiv ist sie in Ortschaften mit über 10000 Einwohnern und in den befestigten Plätzen, nicht aktiv ist sie im übrigen Landesgebiet. Hier kann sie jedoch zur Aktivität aufgerufen werden durch ein arrêté royal. Sie untersteht der Aufsicht eines bürgerlichen Revisionsrates (conseil civique de revision), der unter anderem das Mitgliederverzeichnis aufzustellen hat.

Der Dienst der Bürgergarde ist für das erste Aufgebot vom 21. bis 32. Lebensjahre, für das zweite Aufgebot vom 32. bis zum vollendeten 40. Lebensjahre obligatorisch. Zur Bürgergarde gehören alle Belgier und die in Belgien seit mindestens einem Jahr ansässigen Fremden, außer den Militärs und den ehemaligen Militärs. Die Bürgergarde stellt nach diesen Bestimmungen eine Art obligatorischer Hilfsarmee dar, die aber nicht wie die Armee eine einheitliche Organisation besitzt, sondern nach Gemeinden organisiert ist, und deren Rolle im allgemeinen auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Kommunalgebiet beschränkt ist.

Für diese schon in der Anlage und Durchbildung denkbar verschwommene Einrichtung hat nun die belgische Regierung im Kriegsbeginn jene Anordnungen getroffen, welche aus den von uns nunmehr aufgefundenen Rundschreiben des Provinzialgouvernements von Namur erkennbar werden. Das erste dieser Rundschreiben datiert vom 4. August und fordert die Verwaltungschefs auf, wenn sie es für angezeigt halten sollten, einen Sicherheits-Patrouillendienst einzurichten. Es wird dabei ein Auszug aus der allgemeinen Instruktion vom 24. April 1901 für die garde civique non active mitgeteilt, in deren Ziffer 25 es heißt, daß derartige Patrouillendienste gesetzlicherweise durch die Ortsbehörden nur aus den Reihen der garde civique non active entnommen werden dürfen. Ferner weist der Gouverneur darauf hin, daß er über keinerlei Waffenvorräte verfügt und es deshalb den Garden überlassen muß, sich selbst zu bewaffnen, im Notfalle mit Mistgabeln, Stöcken und so weiter.

Während die Verfügung vom 5. August sich noch darauf beschränkt den Verwaltungsvorständen die Einrichtung eines Sicherheits-Patrouillendienstes anheimzustellen, erklärt die Verfügung vom 7. August bereits, daß die nicht aktive Bürgergarde aktiv werde „dans l'intérêt de la défense nationale comme de l'ordre et de la sûreté publique" („im Interesse der nationalen Verteidigung, sowie der öffentlichen Ordnung und Sicherheit").

Bezeichnend ist ferner folgender Satz:

„Il convient de ne pas perdre de vue que d'après les lois de la guerre, des actes d'hostilité, c'est-à-dire la résistance et l'attaque par les armes contre les soldats ennemis isolés, l'intervention directe dans les combats où les rencontres ne sont jamais permis à ceux qui ne font partie ni de l'armée, ni de la garde civique, ni des corps de volontaires observant les lois militaires, obéissant à un chef et portant un signe distinctif."

(„Es versteht sich, daß nicht aus den Augen verloren werden darf, daß nach den Kriegsgesetzen feindliche Handlungen, das heißt der Widerstand und der Angriff mit Waffen gegen einzelne feindliche Soldaten, unmittelbare Einmischung in die Kämpfe und Zusammenstöße jenen niemals erlaubt sind, die weder der Armee angehören, noch der Zivilgarde, noch den Freiwilligenformationen, welche die militärischen Gesetze befolgen, einem Chef gehorchen und ein Abzeichen tragen.")

[1]) Nach einem älteren Gesetz von 1848 trat sie im Falle der Mobilmachung zum Befehlsbereich (dans les attributions) des Kriegsministers. Seit dem Reorganisationsgesetz war die Frage streitig, ob im Falle der Mobilmachung das gleiche erfolgen würde. Der Kommentar von Albert Verbessen (Gent 1904) ist der Meinung, daß diese Frage je nach den Umständen entschieden werden würde.

Aus ihm geht durch Rückschluß hervor, daß die Angehörigen der organisierten Bürgergarde zu solchen feindlichen Handlungen, also zum Widerstand und zum bewaffneten Angriff gegen feindliche Soldaten, zum direkten Eingreifen in Kämpfe und Treffen berechtigt sind.

Am 7. August weitere Mitteilungen: der Gouverneur berichtet seinen Administrationschefs, er habe von seiten des Ministers des Innern eine lange Depesche erhalten. Ihr wesentlicher Inhalt ist dieser: daß ein königliches arrêté vom 5. August alle gardes civiques non actives des Königreichs zur Aktivität aufruft. Die milices citoyennes müssen selber für ihre Bewaffnung sorgen: da aber die Aufgerufenen keine Uniformen haben, so werden sie eine blaue Bluse zu tragen haben und als Abzeichen erstens am linken Arm eine Binde in den Nationalfarben, zweitens an der Kopfbedeckung eine Kokarde in den gleichen Farben. Das Telegramm kündet fernerhin an, daß die erwähnten Abzeichen auf Veranlassung des Departements des Ministers in Kürze (incessament) den Gouvernementchefs zugehen würden behufs Verteilung in den verschiedenen Gemeinden der Provinzen. Endlich weist der Minister auf die später noch näher zu erörternden Bestimmungen der Haager Konvention über Mitwirkung der organisierten Zivilbevölkerung am Kriege hin und macht darauf aufmerksam, daß Eingriffe in den Krieg solchen Personen nicht erlaubt sind:

„qui ne font partie ni de l'armée, ni de la garde civique, ni des corps de volontaires observant les lois militaires, obéissant à un chef et portant un signe distinctif." („welche weder der Armee, noch der Bürgergarde, noch jenen Freiwilligenformationen angehören, die die militärischen Gesetze befolgen, einem Chef gehorchen und ein Abzeichen tragen.")

In einem ferneren Rundschreiben vom 8. August erklärt der Minister, daß er beifolgend die im früheren Zirkular erwähnten Binden und Kokarden schicke.

Unterm 10. August ferner teilt er mit, daß ein königliches arrêté vom 9. August 1914 das Tragen der blauen Bluse für die aufgerufenen Garden obligatorisch mache, daß die Nichtbeachtung dieser neuen Vorschrift die Garden des Charakters als Kriegführende verlustig mache und sie Repressalien aussetzen könne. Er empfiehlt den Chefs, sich mit den Führern der gardes civiques in Verbindung zu setzen, damit von Empfang dieser Zuschrift an kein Bürgergardist mehr zum Dienst zugelassen werde, ohne die blaue Bluse zu tragen. Ferner macht er auf den Artikel 2 des königlichen arrêté aufmerksam, welcher vorschreibt, daß die Waffen von den Gardisten offen getragen werden müssen (d'une manière apparente, c'est-à-dire visibles par l'ennemi). Der Gebrauch verborgener Waffen, Revolver, Dolche und so weiter als Hauptwaffe (arme principale) könne von jetzt ab (dès lors) nicht mehr geduldet werden. Demnach durften die Bürgergarden, sofern sie uniformiert waren und die vorgeschriebenen Abzeichen trugen, sich als Kriegführende (belligérants) ansehen.

Eine fernere Zuschrift vom 11. August empfiehlt den Chefs aufs dringlichste, sich ohne jeden Verzug (d'urgence) mit den Chefs der garde civique in Verbindung zu setzen, damit die Schießwaffen, mit denen die Garden sich im Dienst ausrüsten dürfen, nicht zu ihrer Disposition gelassen werden „en d'autre temps" (für andre Zeiten) auch wenn sie ihnen angehören, sondern unter Verantwortung des Kreischefs an einem sicheren Ort untergebracht werden.

„L'oubli de cette recommandation importante pourrait amener certains gardes civiques inconsidérés à poser des actes qui non seulement seraient de nature à les exposer à une repression sommaire, mais qui pourraient servir de prétexte à des represailles atteignant toute la population." („Das Vergessen dieser wichtigen Anempfehlung könnte gewisse unüberlegte Bürgergardisten veranlassen, Handlungen auszuführen, die nicht nur geeignet wären ihnen eine scharfe Bestrafung zuzuziehen, sondern, die auch als Vorwand dienen könnten, der ganzen Bevölkerung Repressalien aufzuerlegen.")

Die Mitteilung enthält einen Schlußsatz, aus dem hervorgeht, daß die Ab-

zeichen, deren Absendung der Zivilgouverneur bereits mit seinem Schreiben vom 8. August ankündigte, am 11. August noch nicht vorhanden waren.

Unter dem 12. August wird das gleiche Versprechen wiederholt. Die Verwaltungschefs werden aufgefordert, die Blusen aus blauer Leinwand sobald als irgend möglich in der Gemeinde anfertigen zu lassen unter freiwilliger Mitwirkung der Bevölkerung. Ferner wird den Verwaltungschefs nahegelegt, neben der garde civique noch ein Polizeihilfskorps zu schaffen, das aber nicht den Charakter der Kriegführenden tragen dürfe.

„Ce corps d'auxiliaires pourrait agir concurremment avec la garde civique pour l'accomplissement des différents services de police et devrait s'abstenir strictement d'actes d'hostilités envers l'armée étrangère." („Dieses Hilfskorps könnte gleichzeitig mit der Bürgergarde handeln um die verschiedenen Dienste der Polizei zu vollziehen und müßte sich streng aller feindschaftlichen Handlungen gegen die fremde Armee enthalten.")

Unterm gleichen Tage werden durch Anschlußrundschreiben die Bürgermeister ersucht, dem Département de l'Intérieur die Zahl der erforderlichen Blusen für die eingeschriebenen gardes civiques anzugeben.

Unterm 13. August ein weiteres Rundschreiben! Es teilt mit, daß in Ausführung neuer Instruktionen, die das Departement des Innern gegeben habe, den Verwaltungschefs beiliegend die nötige Leinwand zugehe, um die blauen Blusen daraus zu fabrizieren. Es wird die Vorschrift gegeben, daß diese Blusen ziemlich weit sein und bis auf die Knie reichen müssen und so weiter. Man möge dringlichst für sofortige Anfertigung der Blusen sorgen.

Am 13. August übermittelt der Gouverneur seinen Unterorganen ein Telegramm des Ministers des Innern, in dem dieser bittet, die Verwaltung der Kommunen in höchster Dringlichkeit darauf aufmerksam zu machen

„que ce n'est que sur réquisition formelle de l'autorité militaire, sous les ordres de laquelle elles se trouvent, que les gardes principalement appelées à l'activité pour une Mission de police et de sûreté peuvent aussi être appelées à un service de guerre." („daß nur auf ausdrückliches Verlangen der militärischen Macht, unter deren Befehl sie sich befinden, die Garden, die hauptsächlich zum Polizei- und Sicherheitsdienst verwandt werden, auch zu einem militärischen Dienst gerufen werden dürfen.")

Schon unterm 15. August folgt ein weiteres Rundschreiben, durch das der Provinzialgouverneur abermals den Gemeindebehörden eine Ministerialverfügung mitteilt. Sie geht aber jetzt nicht mehr vom Ministerium des Innern aus, sondern vom Kriegsministerium.

Die Eröffnung des Kriegsministeriums geht dahin:

„qu'il n'est pas dans les intentions des autorités militaires d'utiliser actuellement à UN SERVICE DE GUERRE les gardes civiques non actives appelées récemment à l'activité. En conséquence, la garde civique doit se renfermer strictement dans sa mission de police et assurer uniquement l'ordre et la sécurité publique" („daß es nicht die Absicht der militärischen Macht ist, die inaktiven Zivilgarden, die kürzlich eingezogen wurden, jetzt zu einem Kriegsdienst zu benützen. Deshalb hat die Zivilgarde sich streng an ihre Polizeimission zu halten und einzig die öffentliche Sicherheit zu wahren.")

Die Verwaltungschefs werden aufgefordert, dies den Führern der garde civique sofort mitzuteilen und ihnen ganz besonders ans Herz zu legen, „de s'abstenir strictement de poser un acte de Guerre quel qu'il soit." („sich streng jeder Kriegshandlung zu enthalten, gleichviel welcher.")

Unterm 18. August zeigt der Gouverneur an, daß im Gegensatz den Instruktionen des Ministers des Innern die Annahme von freiwilligen gardes civiques vorläufig ohne Mitwirkung der conseils civiques de revision zu geschehen habe, daß es vielmehr den Kommandanten jeder Garde zustehe, geeignete Personen

anzunehmen, die er als Freiwillige (volontaires) in die Listen einzutragen hat, und die vorher einen Anwerbungsvertrag auf mindestens ein Jahr zu unterschreiben haben.

Ein ferneres Rundschreiben vom 18. August ermahnt die Verwaltungsvorstände, den Chefs der Bürgergarde ans Herz zu legen, daß sie ihren Untergebenen die größte Vorsicht bei Ausübung ihrer „services de surveillance et autres" („Überwachungsdienste und andere") anempfehlen mögen.

Um das Durcheinander vollständig zu machen, bestimmt eine Verfügung des Ministers des Innern, die unterm 19. August weitergegeben wird, daß die Mitglieder der garde civique die vorgeschriebenen Blusen nebst Abzeichen nur „während ihrer Mission" und nur in den Gegenden des Landes tragen dürfen, die weder besetzt, noch durch den Feind bedroht sind (non occupées ou non directement menacées par l'ennemi):

„il en résulte que tout port d'armes, apparentes ou non, ainsi que le port de blouses et insignes doit être évité dans les parties du pays où un conflit avec l'ennemi peut être redouté." („Daraus erfolgt, daß alles Tragen von Waffen, sichtbar oder nicht, ebenso wie das Tragen von Blusen und Abzeichen in allen den Teilen des Landes vermieden werden soll, wo ein Zusammenstoß befürchtet werden kann.")

Der Bruch dieser Vorschriften könne die ärgsten Folgen haben sowohl für die zur Aktivität aufgerufene Garde, als auch für die Gesamtheit der Zivilbevölkerung.

Aus diesem Durcheinander von undurchdachten und überhasteten Verfügungen geht das eine klar hervor: daß die belgischen Behörden vom Minister an abwärts in der Art, wie sie über die garde civique verfügt haben, eine ungeheure Gefahr für das Land geschaffen haben.

Die mitgeteilten Auszüge aus den Rundschreiben des Provinzialgouverneurs von Namur beweisen unzweideutig, daß die leitenden Stellen sich über die Tragweite wie über die Mittel zur Durchführung ihrer Anordnungen hinsichtlich der Aktivierung der nicht aktiven garde civique und des Eingreifens der gesamten Bürgergarde in den Kriegsverlauf durchaus im unklaren waren, und daß diese Unklarheit sich naturgemäß unverzüglich auf ihre Unterorgane übertragen hat.

Während aus den Mitteilungen, die sich auf die Übersendung der Abzeichen und die Anfertigung der Blusen beziehen, ganz klar hervorgeht, daß auf diesem Gebiete nicht das mindeste vorbereitet war, und ein fürchterlicher Wirrwarr herrschte, lassen vom 10. August an die mitgeteilten Verfügungen auch bereits deutlich erkennen, daß die belgischen Zentralbehörden anfingen, die verhängnisvolle Wirkung der von ihnen in überhasteter Weise geschaffenen Situation auf das Empfindlichste zu verspüren. Am 10. August wird darauf hingewiesen, daß die Abzeichen, vor allem die blauen Blusen, im Dienste getragen werden müssen, und daß die Waffen so zu tragen sind, daß sie dem Feinde sichtbar sind. Die Zuschrift vom 11. August verlangt plötzlich, daß die Schießwaffen, mit denen die Garden sich im Dienste ausrüsten dürfen, ihnen außerdienstlich abzunehmen sind. Wenn man sich nun ins Gedächtnis ruft, daß diese Schießwaffen den einzelnen Bürgergardisten nicht von der Militärverwaltung geliefert worden, sondern ihr Eigentum waren, so kann man sich vorstellen, welche Überraschung und Begriffsverwirrung diese Maßregel in den Köpfen der Garden hervorrufen mußte. Aus der oben angeführten Bemerkung, daß die Außerachtlassung dieser „recommandation importante" einige unbedachtsame Gardisten veranlassen könnte, Akte zu begehen, die sie und ihre Gemeinden der Wiedervergeltung des Feindes aussetzen könnten, geht ganz deutlich hervor, was wir ja längst wissen, daß derartige Akte tatsächlich in Hülle und Fülle von den Gardisten unter dem Eindruck der allgemeinen, durch die unbedachtsamen Regierungsakte geschaffenen Begriffsverwirrung bereits begangen worden waren.

Aber die Verwirrung wird immer toller. Am 12. August wird neben der

Bürgergarde noch ein Polizeihilfskorps zum Zwecke des Wachdienstes und mit der Verpflichtung zur strikten Vermeidung aller feindseligen Akte gegen die feindliche Armee gebildet, und das zu einer Zeit, wo die garde civique noch nicht einmal ihre Uniformabzeichen geliefert bekommen hat! Am 13. August wird plötzlich die Tätigkeit der Bürgergarde von einer vorgängigen förmlichen Requisition der militärischen Autoritäten abhängig gemacht, und die Bürgergarde prinzipiell auf den Polizei- und Sicherheitsdienst beschränkt, für den am Tage vorher die Schaffung eines eigenen Polizeihilfskorps angeordnet worden war! Am 15. August greift nun das Kriegsministerium ein und erklärt, daß die militärischen Autoritäten überhaupt nicht die Absicht haben, die Bürgergarde zu Kriegsdiensten zu verwenden, und daß diese sich einzig und allein auf den öffentlichen Sicherheitsdienst zu beschränken und jeder kriegerischen Betätigung zu enthalten habe!

Die Verfügung vom 18. August greift sogar in die gesetzliche Organisation der Bürgergarde ein und entzieht ihre Anwerbung der Mitwirkung des „bürgerlichen Revisions-Ausschusses", stellt statt dessen aber den Kommandanten der Garden die Anwerbung von Freiwilligen anheim. Unterm 18. August wird den Bürgergarden die größte Vorsicht bei Ausübung ihrer „services de surveillance et autres" ans Herz gelegt, und endlich wird gar unter dem 19. August den Mitgliedern der garde civique das Tragen der Uniformen und der Abzeichen nur während des Dienstes gestattet und nur in den vom Feind überhaupt noch nicht berührten Gebietsteilen!

Man kann hier mit geradezu verblüffender Deutlichkeit verfolgen, wie es den belgischen Behörden bei ihren Verfügungen hinsichtlich der garde civique allmählich himmelangst wird, und wie sie die von ihnen geschaffenen Begriffsverwirrungen um der unheilvollen Folgen willen, die sie für das Land und seine Bevölkerung gehabt haben, schrittweise zurückzudämmen versuchten. Aber damals war es natürlich schon viel zu spät. Erst hatte man den Bürgergardisten zum Wachdienst aufgerufen und ihm befohlen, sich selbst zu bewaffnen, dann hatte man ihn zum Kriegsdienst aufgerufen, ohne ihm doch gleichzeitig die Abzeichen zu liefern, deren Tragen ihn nach den Haager Bestimmungen allein berechtigte, die Vorrechte des Kriegführenden für sich in Anspruch zu nehmen. Was Wunder, wenn der Bürgergardist unter diesen Umständen sich berechtigt glaubte, von der Waffe, die er zu Eigentum besaß, gegen den Eindringling nach eigenem Ermessen Gebrauch zu machen!

Die grauenvollen Folgen dieses Verhaltens kennt die Welt. Und was wir damals als eine unbegreifliche Verwirrung der belgischen Volksseele auffaßten, war zu einem großen, vielleicht zum größten Teil die Folge überhasteter, mangelhaft vorbereiteter und durch unser unerwartet schnelles Eindringen noch vollends über den Haufen geworfener Anordnungen der belgischen Behörden in Bezug auf eine Institution, die schon in ihrer Verfassung selber den Charakter des Improvisierten und Verworrenen an sich trug!

Enthält so vorstehende Darlegung eine teilweise Erklärung für die belgische Tragödie, so verschärft sich der Eindruck von einer unglückseligen Verkettung verhängnisvoller Umstände, wenn man die Bestimmungen der Haager Konvention über den „Begriff des Kriegführenden" zur Hand nimmt. Diese höchst verhängnisvollen Bestimmungen lauten wie folgt:

Artikel 1.

Die Gesetze, die Rechte und die Pflichten des Krieges gelten nicht nur für das Heer, sondern auch für die Milizen und Freiwilligenkorps, wenn sie folgende Bedingungen in sich vereinigen:

1. daß jemand an ihrer Spitze steht, der für seine Untergebenen verantwortlich ist,
2. daß sie ein bestimmtes, aus der Ferne erkennbares Abzeichen tragen,
3. daß sie die Waffen offen führen und

4. daß sie bei ihren Unternehmungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachten.

In den Ländern, in denen Milizen oder Freiwilligenkorps das Heer oder einen Bestandteil des Heeres bilden, sind diese unter der Bezeichnung „Heer" einbegriffen.

Artikel 2

Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebiets, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antrieb zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Artikel 1 zu organisieren, wird als kriegführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachtet."

In diesen Bestimmungen liegt, neben der für Belgien speziell geltenden Verfassung der garde civique, die zweite Wurzel der belgischen Tragödie. Indem die Verfügung der belgischen Provinzialbehörden, wie das in Namur unterm 7. August geschehen ist, den Bewohnern des Landes die angeführten Bestimmungen der Haager Verträge noch besonders einprägte, mußte sie die Begriffsverwirrung vollenden. Denn diese Bestimmungen sind dermaßen kautschukhaft, lassen der Auslegung und Handhabung einen so weiten Spielraum, daß der Regierung eines Landes, in dessen Gebiet der Feind eindringt, nur aufs dringendste ans Herz gelegt werden kann, diese Vorschriften für ihre Zivilbevölkerung außer Kraft zu setzen, da sonst mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß in ihrem Lande die belgische Tragödie sich wiederholt. Was sind denn überhaupt „die Gesetze und Gebräuche des Krieges", von denen die Haager Bestimmungen sprechen?! und welche sowohl die Milizen und Freiwilligenkorps, als auch die noch nicht organisierte Bevölkerung eines besetzten Gebiets, wenn sie aus eigenem Antrieb zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, zu beobachten hatten, um als kriegführend betrachtet zu werden?! Selbst einem Offizier der regulären Armee wird es schwer fallen, diesen Begriff ohne weiteres zu umschreiben. Eine Zivilbevölkerung aber wird unter allen Umständen außerstande sein, sich über die Grenzen dieses Begriffes im Einzelfall Klarheit zu verschaffen, und wenn ihr die Haager Konvention mit derartig unklar und flüssig gehaltenen Bestimmungen das Eingreifen in die Kriegführung anheimstellt, so legt sie selber den Grund zu jener Begriffsverwirrung, welcher die belgische Zivilbevölkerung zum Opfer gefallen ist. In dieser Hinsicht liefert die systematische Darstellung des Völkerrechts von Dr. Franz v. Liszt (Berlin 1913) auf Seite 300 auch rechtsgeschichtlich die erforderliche Aufklärung, wenn sie ausführt:

„Besondere Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bezüglich der nicht militärisch organisierten Bevölkerung, die sich zum Schutze des Vaterlandes gegen den herandrängenden Feind oder gegen die das Land bereits besetzthaltende feindliche Kriegsmacht erhebt (die levée en masse). Das Haager Abkommen hat die Frage nur zum Teil entschieden, da zwischen den Interessen der großen Militärmächte und denjenigen der kleinen Staaten, die, wie die schweizerische Eidgenossenschaft, auf die Massenerhebung des Volkes nicht verzichten wollten, eine Vermittlung nicht möglich war."

Die Masse der völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Bestimmungen, welche das Eingreifen der Milizen und der nicht organisierten Zivilbevölkerung in die Kriegshandlung regeln, war demnach sowohl nach den allgemeinen völkerrechtlich kodifizierten Grundsätzen als auch nach den speziell für Belgien geltenden gesetzlichen Organisationsbestimmungen und den zu diesen nach Kriegsausbruch erlassenen Ausführungsverordnungen der belgischen Behörden derartig chaotisch, daß die greuelschwere Verwirrung, die daraus entstanden ist, sich als ein naturnotwendiges Ergebnis aus ihr entwickeln mußte. Diese Schlußfolgerung erklärt zu einem großen Teil wenigstens den für uns damals so völlig unbegreiflichen Seelenzustand, aus dem heraus jene unglückseligen Menschen sich ihr Verhängnis selber heraufbeschworen haben. Diese Festlegung ist von grundlegender Bedeutung für das innere Verständnis der Vorgänge des Kriegsbeginns im Belgier-

lande. Wenn aber eben diese Feststellung die psychologische Verfassung des Belgiervolkes zu einem guten Teil erklärt, so liefert sie zugleich ein weiteres Moment zum Verständnis des Verhaltens der deutschen Truppen. Der ruhigen Betrachtung des nachprüfenden Völkerrechts-Juristen und Kriegsgeschichtsforschers erschließt sich durch diese Erwägungen ein tiefer Einblick in das Wesen der tieftragischen Vorgänge, die wir durchlebt haben. Der Soldat, der im Felde stand und sich dem wahnwitzigen Feuer des aufgewühlten Belgiervolkes ausgesetzt sah, war natürlich nicht imstande, derartig raffinierte Erklärungen sich zurechtzulegen. Er befand sich ganz einfach im Stande der Notwehr gegen eine Gewalt, die ihm als Verbrechen, als Raserei erscheinen mußte. Wenn er einem solchen völlig unerklärlichen Vorgehen gegenüber zu jedem Mittel griff, das geeignet erscheinen mochte, den Höllenbrand zu ersticken, der ihm entgegenschwoll, so handelte er vernunftgemäß und aus jenem Recht heraus, das die ganze Natur beherrscht.

Wenn aus diesen Betrachtungen für die Zukunft eine Lehre zu ziehen ist, so kann es nur die eine sein:

Die Kriegführung ist unter allen Umständen ausschließlich Sache der regulären Truppen. Jede Art von Freischärlertum ist ein grober Unfug, der aus der Verfassung aller Kulturstaaten auszumerzen ist. Das Eingreifen der Zivilbevölkerung in den Kampf ist als kriegsrechtliches Verbrechen zu behandeln, dem gegenüber jede Vergeltung berechtigt ist. Die Kautschukbestimmungen der Haager Konvention, die sich mit dieser Frage vom grünen Tisch aus beschäftigt und sie zu einer Regelung gebracht haben, die nicht einmal den grünen Tisch hätte befriedigen dürfen, gehören in das Gerümpel der Weltgeschichte. An ihrer Statt ist völkerrechtlich das kategorische Verbot jeder Art von Milizbildung, jeder Sorte von Franktireurkrieg zu setzen, damit in dieser Hinsicht eine völlige Klarheit herrscht, und die Bevölkerung der im Kriegszustande befindlichen Länder vor jeder Versuchung bewahrt bleibt, kriegsgeschichtliche Katastrophen, wie die belgische Tragödie, in Zukunft noch einmal heraufzubeschwören.

Der Schlagwörter-Krieg[1]).

Von Ricarda Huch.

Ein Italiener namens Borgese hat im Jahre 1916 ein Buch herausgegeben, in welchem er dartut, der Krieg werde nicht aus materiellen Interessen geführt, sondern sei ein religiöser Krieg, und er betitelt es deshalb: Der Krieg der Ideen. Es gebe wohl Kriege, die aus Hunger entständen; dagegen liege die Absurdität der Behauptung, Völker könnten sich wegen Champagner und Cock-tail in Kriege stürzen, auf der Hand. Nun ist es klar, daß diejenigen, welchen Champagner und Cock-tail eine Lebensnotwendigkeit ist, nicht gerade die zu sein pflegen, welche mit Leib und Leben oder auch nur mit dem Beutel die Kosten eines Krieges tragen; aber warum sollten sie nicht gern andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen? Indessen will ich das dahingestellt sein lassen und zunächst mit Herrn Borgese bei der Untersuchung, warum eigentlich Krieg geführt werde, alle materiellen Beweggründe ausschließen. Sehen wir näher zu, so tut er das freilich nur im Hinblick auf die Entente; denn sie vertritt ja gerade den Idealismus und das Christentum gegenüber dem deutschen Materialismus. Dieser äußert sich darin und führt dazu, daß Deutschland die Vorherrschaft über Europa beansprucht, während die edle Entente will, daß jeder Staat frei unter Freien bestehe. Wollte man hingegen einwenden, daß Frankreich sich, solange es existiert, und gerade als hochchristliches Land, auf Kosten anderer Länder, namentlich Deutschlands, auszudehnen gestrebt und ausgedehnt habe; daß England, gleichfalls hochchristlich, sich noch kürzlich die freien Buren zwangsweise einverleibt habe, daß es überhaupt kein Land gebe, das nicht irgendwann einmal seine Machtsphäre ausgedehnt oder auszudehnen versucht habe, und daß das also mit dem Christentum vereinbar sein müsse; wollte man dies und ähnliches anführen, so würde man verraten, daß man Herrn

[1]) Auch diese Veröffentlichung erscheint uns besonders zeitgemäß: allmählich dämmert es sogar den Berlinern, daß wirtschaftlicher Aufbau der Welt nicht möglich ist, solange wir für eine Verbrechernation gelten. Die Schriftleitung.

Borgese sehr schlecht verstanden habe. Dieser nämlich fühlt mit instinktiver Deutlichkeit den Unterschied „zwischen den Siegen der Römer und denen der Barbaren, zwischen dem Marsch Alexanders des Großen und dem des Dschingis-Khan". Er unterscheidet von vornherein zwischen der löblichen Entente und dem verworfenen Deutschland. Wie sich beide betragen mögen, ob sich die Entente als Teufel, als Feigling, als Heuchler, Deutschland als Engel ausweise (ich nehme es einmal an!), das schreckt Herrn Borgese nicht; denn er hat es vorher festgestellt: was die Entente tut, ist deshalb gut, weil sie es tut, was Deutschland tut, ist deshalb infam und dumm, weil Deutschland es tut. Obwohl diese Logik, nachdem sie einmal angenommen ist, vollständig ausreichen würde, wendet der unverlegene und erfinderische Herr Borgese noch ein anderes Mittel an, um das angegebene Motto aufrecht erhalten zu können, wenn die Tatsachen ihm einmal widersprechen sollten: er entdeckt ein Gesetz, nach welchem kriegführende Völker während des Krieges ihre Eigenart austauschen, wovon die Folge ist, daß schon im Jahre 1916 Deutschland etwas von der Christlichkeit der Entente angenommen hat, auf die Entente dagegen die Barbarei, das Neu-Heidentum, der Materialismus Deutschlands abgefärbt haben. Da erwiesenermaßen Deutschland immer schlecht und dumm, die Entente immer gut und weise ist, so kann die Entente von Deutschland nur Schlechtes, kann Deutschland von der Entente nur Gutes annehmen; ertappt also jemand die Entente auf deren Unchristlichkeit, überrascht ihn Deutschland durch einiges Christentum, so ist dies Christliche mit Sicherheit auf die Entente, jenes Unchristliche mit derselben Sicherheit auf Deutschland zurückzuführen. Sehr bedaure ich, daß ich die Gesichter der verschiedenen Entente-Mitglieder nicht sehen kann, wenn sie die betreffenden Stellen in Herrn Borgeses Buch lesen. Mag sein, daß die Engländer sich so an ihr eigentümliches Staatschristentum gewöhnt haben, daß ihnen gar nichts auffällt; aber viele Franzosen und Italiener werden es doch komisch oder unbequem finden, sich so als Modellchristen verherrlicht zu sehen. Es ist natürlich nicht leicht, so verschiedene Völker wie Franzosen, Italiener, Engländer, Russen, Serben, alle unter denselben Hut christlicher Vollkommenheit zu bringen, und es bedurfte dazu, das wird man einsehen, der besonderen Logik des Herrn Borgese, die ich soeben charakterisiert habe.

Die Serben haben den österreichischen Thronfolger ermordet: warum sollten sie sich das nicht erlauben, da ja ohnehin das Licht der christlichen Entente auf sie fällt; ihre Wildheit und ihr Barbarentum sind Herrn Borgese sehr sympathisch. Das deutsche Bismarckdenkmal in Hamburg ist „nach teutonischer Weise" kolossal. Welche Verachtung liegt in dem Wort teutonisch! Das Viktor-Emanuel-Denkmal in Rom findet Herr Borgese wahrscheinlich auf ägyptische Weise monumental und erhaben, da er es klein auf keinen Fall finden kann. Die Bulgaren werden, weil sie zu den Zentralmächten gehören, als Vertragsbrecher verworfen; wenn die Italiener Verträge brechen, so ist es natürlich ihr gutes Recht, und sie wären beschränkt, wenn sie nicht davon Gebrauch machten. Die Idee eines deutschen Primats ist unchristlich, lächerlich, wahnsinnig; das italienische Primat ist von Gott und der Natur gewollt. Daß Deutschland kriegerisch ist, gehört mit zu seinem heidnisch-barbarischen Wesen; aber Italiens kriegerische Regungen, seine Kämpfe, seine Siege (die es doch wohl von Deutschland übernommen hat), das ist groß, das ist herzerhebend. Den Triestiner Ruggero Fauro liebt und bewundert Herr Borgese sehr, obwohl derselbe ausdrücklich ein imperialistisches und aggressives Italien wünscht und einen gegen Österreich und Deutschland gerichteten großen Krieg voraussieht.

Herr Borgese, der zweifelsohne weitblickender ist als viele andere unserer Feinde, und der das auch weiß und stolz darauf ist, sieht die Unwürdigkeit nicht wie jene andern in Räubereien der Deutschen, ihren Kriegsgreueln, ihrer Roheit, sondern in der Obskurität ihres Krieges (denn es ist ja ihr Krieg), daß sie nämlich keine großen Männer, keinen Hannibal, keinen Napoleon haben. Nun sieht er zwar ein, daß die Entente dergleichen noch weniger aufzuweisen hat; aber erstens ist es ja nicht „ihr" Krieg, und zweitens wissen die Weisen und Christen wohl, daß ein solcher Krieg (S. 217) eine Naturkatastrophe ist, bei welchem die Generale und Minister keine viel wichtigere Rolle spielen als die Menschen, welche einem Erdbeben zusehen müssen. Die Menschen und Völker sind die halbblinden Werkzeuge eines höchsten Willens. Natürlicherweise gilt das nur für die christliche Entente, solange es der im Kriege schlecht geht. Auf Seite 188 hören wir, daß die Deutschen sich bemühten, gerecht zu

sein, indem sie den Sinn der Kriege zu ergründen suchten, solange die Kriege besonders von den andern geführt wurden und sie dabei standen und aufmerksam zusahen oder „geradezu, um sie recht aus der Nähe zu sehen, sie auf ihrem Gebiet duldeten". Also auch andere haben Kriege geführt, bei denen die Deutschen gar nicht beteiligt waren! Also muß doch ein anderes, nicht-deutsches Volk diese Kriege angefangen haben! Aber wir hören ja aus dem Tone, den Herr Borgese hier anschlägt, daß Deutschland nicht weniger schuldig ist, wenn es nicht Krieg führt, als wenn es Krieg führt. Wie verächtlich, tatenlos zuzusehen, wenn andere sich töten, während andere heroisch ihr Leben in die Schanze schlagen, auf Bewahrung des seinigen bedacht zu sein!

Ebenso reichlichen Gebrauch wie von seinem ersten Hilfsmittel macht Herr Borgese von dem zweiten, dem Satz vom Austausch, nach welchem das Gute, was Deutschland etwa tut, auf Rechnung der Entente, das Böse, was die Entente etwa an sich hätte oder täte, den Deutschen zuzuschreiben ist. So erkennt er auf Seite 186 an, daß Frankreich nach den Napoleonischen Kriegen, obwohl die verbündeten Gegner siegten, ebenso lebendig blieb wie vorher. Dies ist aber nicht etwa der Großmut der Sieger zuzuschreiben, sondern dem Umstande, daß diese Sieger schon von französischen Ideen überflossen! Während der Napoleonischen Kriege hätten die Deutschen, Österreicher und Russen Großmut von den Franzosen lernen können! Herr Borgese, hier reißt mir einmal die Geduld. Wir wissen, daß die Italiener ihre eigene Geschichte nicht kennen, noch viel weniger die des Auslands, das heißt sie kennen sie falsch; aber sie sollten dann auch nicht darüber reden und besonders nicht schreiben. Studieren Sie einmal die Friedensschlüsse zwischen Deutschen und Franzosen, und Sie werden finden, daß auf seiten der Franzosen nur Habgier, Rachsucht, Bosheit, Grausamkeit herrscht, auf seiten der Deutschen nicht nur, aber auch Großmut. Gerade Großmut ist etwas, wovon die lateinischen Völker viel reden, was aber besonders die Franzosen so wenig ausüben, wie die Römer es taten. Daß die Deutschen von den Franzosen sollten Großmut lernen können, diese Behauptung ist nur der grenzenlosen Unkenntnis oder der grenzenlosen Unverschämtheit möglich. Nein, noch einen andern Erklärungsgrund gibt es, auf den ich oben schon hindeutete. Gottfried Keller hat einmal gesagt, der Weltruhm, den die Franzosen hätten, schreibe sich von dem Weltlärm her, den sie von sich machten. Diesem Weltlärm mag auch Herr Borgese unterlegen sein, was ihm sogar in lichten Augenblicken selbst aufgegangen ist.

In einem Kapitel beschäftigt sich Herr Borgese mit Fichte, der, wie wir zu unserer Überraschung erfahren, ein Nachahmer Machiavellis war, ohne „natürlich" sein Vorbild erreicht zu haben. Sein Eigenes taugt nichts, wo er gut ist, hat er „ohne Zweifel" [1]) lateinische Ideen ausgebeutet. Diese Ideen haben allerdings, so sagt Herr Borgese, die Deutschen zur Ausführung gebracht, was weder die Franzosen noch die Italiener taten. „Wir sind dem Buchstaben der Demokratie treu geblieben, die Deutschen haben in vielen Dingen ihren Geist eingesogen und haben ihn im Militärdienst, in der Verwaltung, in der Schule besser als wir verwirklicht. Das ist, die lateinische Demokratie tat Unrecht es nicht einsehen zu wollen, einer der wesentlichen Gründe ihrer gegenwärtigen Kraft."

Da endlich treten wir dem Kriege der Ideen einmal etwas näher. Die Entente führt die Ideen im Munde, die Deutschen führen sie aus. Das ist freilich ein bedeutender Unterschied. Die Deutschen nennen eben Ideen, die man nur im Munde führt, überhaupt nicht Ideen, sondern Schlagwörter. Wir finden sie wesentlich lächerlich und haben in der Tat ihre Macht unterschätzt, indem wir die schönklingenden Phrasen unserer Feinde von Brüderlichkeit, Menschenliebe und Gerechtigkeit komisch fanden. Viele haben leider sogar daran geglaubt, sie für echte Ideen gehalten. Es hat wirklich etwas Komisches, Menschen sich beständig als Träger irgendwelcher Ideale anpreisen zu hören, denen ihre Handlungen nicht im mindesten entsprechen. Die Schlagwörter haben sich an uns wegen dieser Nichtachtung gerächt und gezeigt, daß sie morden können.

Hier scheint ein wesentlicher Unterschied zwischen Germanen und Romanen zu sein; er fällt ja auch zusammen mit dem zwischen Protestanten und Katholiken. Die treuherzigen Deutschen nehmen alles furchtbar ernst und können sich nicht überzeugen, daß mit einer vorgeschriebenen Zahl von Gebeten etwas getan sei, sondern meinen, man müsse glauben

[1]) Man beachte das wundervolle senza dubbio! Die Italiener bezweifeln es gewiß nicht.

und aus dem Glauben heraus handeln. Die französische Revolution mit ihrem Schlagwörtercharakter wollte ihnen darum auch gar nicht einleuchten. Hierüber ist es interessant, einen Auszug aus der Geschichte der französischen Revolution des Fürsten Krapotkin nachzulesen, welcher in Italien unter dem Titel Lo Specchio della Rivoluzione erschienen ist. Auch Krapotkin teilt die merkwürdige Verblendung, daß er zwar vollkommen einsieht, daß die Ausführung der Ideen der französischen Revolution niemals von den Franzosen an Hand genommen ist, es ihnen aber doch als Verdienst anrechnet, sie beständig im Munde zu führen. Wir Deutsche denken darüber allerdings anders. Ich leugne zwar nicht, daß wir im letzten Jahrhundert sehr materiell geworden sind, ich behaupte auch nicht, daß wir wahre Christen wären; aber wir fühlen doch die Verpflichtung, die Ideale, die wir mit dem Munde bekennen, auszuführen und bemühen uns auch, es zu tun, wenn auch freilich diese Versuche, wie alles Irdische, Bruchstücke geblieben sind.

Ich speziell stehe nicht an zu sagen, daß ich in der Verlogenheit, die sich durch diesen dauernden Widerspruch ausbilden muß, den ersten Schritt zur Geisteskrankheit sehe. Irgend ein Franzose hat von Robespierre gesagt: il ira loin, il croit ce qu'il dit. Wer den Widerspruch zwischen dem, was er sagt, und dem, was er tut, nicht merkt, für den ist keine Gefahr, aber wehe dem, dem der innere Widerspruch aufgegangen ist. Wer fortdauernd sich selbst belügt, kann schließlich wahr und falsch nicht mehr unterscheiden. Die Geisteskrankheit des einzelnen wird bemerkt, nicht so, wenn ganze Völker geisteskrank werden; denn die Krankheit besteht ja in der vollständigen Absonderung des einzelnen vom Ganzen. Als ich ein einziges Mal, es mag im Jahre 1917 gewesen sein, eine Rede von Wilson las, wurde mir fast schwindlig, und der Mann war für mich erledigt, so lebhaft hatte ich den Eindruck eines Menschen, der wahr und falsch nicht unterscheiden kann. Daß das so vielen, auch Deutschen, gar nicht auffiel, kam mir bedenklich vor. Ein Mensch kann durch und durch innerlich verlogen sein und sich also bereits auf der ersten Stufe zur Geisteskrankheit befinden, ohne daß es bemerkt wird, ja dieser Mensch kann der Leiter eines Weltkrieges, der Schiedsrichter der Weltgeschicke, der meistbewunderte Mann Europas werden! Ich habe wenig Dinge so im Innersten grausig gefunden. Ein deutlicheres Zeichen für die Dekadenz Europas kann es jedenfalls nicht geben.

Ein Herr Bergson (Franzose) sagt auf S. 190, nach dem Siege der Entente würden die großen Dinge, welche die Deutschen mit Füßen getreten hätten, nämlich Recht der Individuen und Völkerrecht, Freiheit, Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit, Treue, Menschlichkeit, Frömmigkeit, sich neu erheben. Herr Borgese, welcher die eigentümliche Eigenschaft hat, daß ihm Schlagwörter mißfallen, wenn sie von anderen gebraucht werden, führt diesen Ausspruch an, fügt aber hinzu, er sei zwar einverstanden, man müsse aber doch zugeben, daß der Verfall der acht angeführten Bergson'schen Tugenden nicht allein den Deutschen zuzuschreiben sei. Auch die Meinung eines italienischen Philosophen namens Michelangelo Billia findet er „etwas trocken und herbe", welcher den Preußen das Recht abspricht, sich Menschen zu nennen und behauptet, es sei niemals von Deutschland eine Idee menschlicher Gemeinschaft ausgegangen. Herr Borgese erinnert bescheidentlich an Herder und Schiller, findet aber doch, daß viel schöne Glut und Religiosität in der Polemik des Philosophen Billia liege.

Ja, was mag Herr Borgese wohl unter Religion und insbesondere unter Christentum verstehen, woran die Entente so reich und Deutschland so arm ist. Unchristlich findet er z. B. die Romantik und christlich die klassische Dichtung, und zwar wegen der drei Einheiten. Christlich ist nämlich nicht der Erfolg, sondern die Katastrophe, deshalb sollte die Handlung eines Dramas sich auf die Darstellung der Katastrophe beschränken. Unchristlich ist es, sich „mit sardonischem Gelächter" über dem besiegten oder gemordeten Feinde zu erheben, wie die Deutschen zu tun pflegen. Folgenden Beweis von Christlichkeit geben die Russen und die Italiener: in Tolstois „Krieg und Frieden" betrachtet Rustow, nachdem er einen Feind verwundet hat, mit Rührung und Zuneigung dessen jugendliches Gesicht; bei Ariost kommt eine Stelle vor, wo ganz ähnlich, ein Ritter den wehrlos gemachten Feind nicht tötet. In der deutschen Literatur würde man schwerlich eine solche Stelle auftreiben, meint Herr Borgese. Dagegen andere, entsetzliche! Der Held eines Dramas von Kleist, der Prinz von Homburg, hat in einer gegen die Schweden geführten Schlacht den Befehl erhalten, bis zu einem gewissen Augenblick nicht anzugreifen, tut es aber doch und trägt gerade infolge seines Un-

gehorsams einen glänzenden Sieg davon. Da der Kurfürst von Brandenburg den Prinzen trotzdem wegen seines Ungehorsams bestrafen will, hält ihm ein alter General vor, die Hauptsache sei doch, daß der Prinz gesiegt habe, nicht, daß dabei eine Regel verletzt sei.

„Was kümmert dich, ich bitte dich, die Regel
Nach der den Feind du schlägst, wenn er nur nieder
Vor dir mit allen seinen Fahnen sinkt?
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste!"

Hierzu bemerkt Borgese, ein alter Gott (natürlich Heidengott) könne an diesen Versen wohl seine Freude haben, im Geiste Christi seien sie unzulässig.

Was soll man dazu sagen? Kämpfen andere Völker nicht um zu siegen? Möglichst vollständig zu siegen? Warum regt sich denn Borgese selbst in seinem Buche so sehr darüber auf, daß die Entente ihren Sieg nicht schneller erringt? Hier liegt ein so schwerer Fehler in der Logik vor, daß ich eher zu der Annahme neige, Borgese habe das ganze Stück oder wenigstens die betreffende Stelle überhaupt nicht verstanden. Warum auch nicht? Hat doch die gesamte Entente das so leichte Lied „Deutschland, Deutschland über alles" nicht verstanden. Ebenso spricht dafür, daß Herr Borgese kein Deutsch versteht, die sonderbare Auslegung, die er dem Worte „streben" gibt. Er betont voll Zufriedenheit, daß es dies Wort und natürlich auch die Sache, die es ausdrücke, bei den Entente-Völkern nicht gibt. Es ist, wie sich von selbst versteht, etwas Schlechtes. Streben! streben! „Wer immer strebend sich bemüht, den dürfen wir erlösen!" Wie materiell, wie wahnsinnig, dies rastlose Streben! Wenn man sein Schäfchen ins Trockene gebracht, wenn man eine sichere Rente, Weib und Kind, Haus und Hof hat, wonach dann noch streben? Verbrecherisches Titanentum! Nur die Deutschen können so materiell sein, daß sie sich mit einem hinreichenden irdischen Auskommen nicht begnügen. Wir werden uns, da wir die Borgesesche Logik kennen, nicht wundern, wenn er trotzdem den Ausspruch des bewunderten Ruggero Fauro: Nicht das Ziel hat den größten Zauber, sondern der Kampf! gelegentlich verständnisvoll anführt.

Ach, Herr Borgese, ich wollte, Sie und ihre Landsleute hätten nur ein Jahr lang so leben müssen, wie das deutsche Volk vier bis fünf Jahre lang gelebt hat. Kein Fleisch, keine Fleischbrühe, kein Kaffee, kein Tee, keine Schokolade, kein Wein, kein Bier, keine Milch, keine Butter, keine Eier, kein Brot, nicht einmal immer Kartoffeln — wie würde Ihnen und Ihresgleichen das gefallen? Glauben Sie mir, erklären kann ich es Ihnen ja auch nicht, aber es ist so: das materielle, unchristliche deutsche Volk ist zu heldenhaften Opfern und Entbehrungen fähig. Daß die Ententevölker dasselbe tun und leiden könnten, glaube ich nicht, bis ich es sehe. Allerdings, sie sehen ja auch das Wesen des Christentums und des Idealismus in Schlagwörtern, ich sehe es im Opfer.

In den Augen der Entente ist es zwar unchristlich, Krieg zu führen, nicht aber ein Volk einzuschließen und auszuhungern. Das erinnert an die Logik der katholischen Inquisition, die Kirche führt das Schwert nicht, weil sie eine liebende Mutter ist und als solche kein Blut vergießt, aber verbrennen darf sie ihre Feinde. Mit Waffen töten ist heidnisch, aushungern ist christlich. Wenn Herr Borgese auf Seite 183 sich wundert, daß Europa nach mehrjährigem Kriege immer noch Lebensmittel genug hat, so klingt das ganz nach jenem „sardonischen Gelächter", mit welchem seiner Behauptung nach Deutschland sich über dem gestürzten Feinde zu erheben pflegt.

Nun wird Borgese entgegnen, Krieg zu führen und jedes Mittel im Kriege anzuwenden sei demjenigen erlaubt, der sich verteidigen muß; Deutschland habe aber angegriffen, den Krieg angefangen, und das sei eben sein Verbrechen, wovon er ja ausgegangen sei. Das stimmt, es lautete so: Deutschland hat den Krieg angefangen und führt ihn in sehr dummer, sinnloser, beinahe wahnsinniger Art und Weise. Andere Völker, wenn sie einen Krieg anfangen, wissen doch, was sie wollen und worauf sie abzielen und handeln dementsprechend, Deutschland dagegen haut wie der rasende Ajax blind und toll um sich, macht rechts und links Eroberungen und läßt sie wieder fallen. Und doch hatte man gerade Deutschland für zielbewußt gehalten, ja, das war die einzige Tugend, die man ihm zugestanden hatte, und nun zeigt sich, daß auch diese ihm abgeht. Indessen, während Herr Borgese auf Seite 157 ff. Betrachtungen über die praktische Untauglichkeit Deutschlands anstellt, die zu seiner moralischen hinzukommt, erklärt er sie auf Seite 211 selbst in interessanter Weise.

„Bis zum Ende des Jahres 1915 gelang es der deutschen Kraft, dreimal sich einen Durchgang zu eröffnen, als es versuchte, den Kreis der Belagerung zu durchbrechen. Das erstemal war im August und September 1914 (das war zu Beginn des Krieges), als sie, sich auf Belgien stürzend, mit solchem Ungestüm herausbrach, daß sie von einem Tage zum andern Paris, den Kanal, Frankreich und mit Frankreich die Freiheit des Atlantischen Meeres, also den Sieg zu erobern schien. Nachdem von jener Seite ein Damm errichtet war und der Wille, ihn zu durchbrechen, wiederholt gescheitert war, suchte Deutschland den Sieg anderswo. Es handelte sich darum, Rußland niederzuwerfen, es zu einem Separatfrieden zu zwingen, so daß es, wenn es im Osten frei wäre, mit seiner ganzen Kraft gegen die westliche Mauer anrennen könnte. Dies war die zweite Explosion, die die Deutschen bis Warschau, Wilna und Brest-Litowsk, aber nicht zum Separatfrieden und noch weniger zum Siege führte. Da wurde der dritte Weg aufgesucht: herunter auf die Balkanhalbinsel mit dem unmittelbaren Zweck, die Türken aus der Isolierung zu befreien und die entfernteren Engländer zu treffen, die sich weder vorn in Calais und in der Nordsee, noch im Rücken durch einen Angriff auf Ägypten und vielleicht auch durch Erregung von Unruhen in Indien hatten fassen lassen. Es war erlaubt zu hoffen, daß die Eroberung des Suez-Kanals oder die Öffnung der Straße nach Bombay England zu Unterhandlungen bringen könnte. Durch die Notwendigkeit der Dinge, das heißt durch die Kraft der gegnerischen Truppen und seine verhältnismäßige Schwäche, sicherlich nicht aus Willkür und haltloser Abenteurersucht hat Deutschland nacheinander das Feld seiner Tätigkeit kreisförmig verschoben. Aber es hat sich nie über das Ziel getäuscht und nach allen Windrichtungen hat es immer nur England gesucht."

Wir sehen auf einmal den Sieg in einem anderen Lichte. Im August bereits, also bei Kriegsbeginn, war Deutschland umstellt wie eine belagerte Festung, deren Fall mit Sicherheit zu berechnen war. Es mußte sich auf Belgien stürzen, um Luft zu bekommen. Ja, wie ist mir denn? Es bestand also bei Kriegsbeginn schon eine geschlossene Allianz von Mächten, die Deutschland von allen Seiten umgarnt und zur sicheren Beute gemacht hatten! Also Deutschland überfiel nicht die ahnungslosen Nachbarn, sondern es war von diesen umstellt und konnte nichts anderes als verzweifelte Bewegungen machen, um sich aus der Schlinge zu ziehen? Darum war England entschuldbar, wenn es dem offenen Kriege auswich; es konnte, nachdem das Opfer einmal von großer Übermacht eingeschlossen war, ruhig die Zeit für sich wirken lassen. „Zweifellos", so heißt es bei Herrn Borgese, „haben unsere Feinde große und wunderbare Taten getan. Sie haben nach allen Seiten getobt, rechts und links niedermetzelnd wie der rasende Ajax: wirklich dem Ajax ähnlich, der, seiner blinden Wut sich überlassend, seine wahren Feinde doch unverletzt ließ, am meisten vor allen Odysseus, der mit beinah britischer Schlauheit und Ausdauer die unvermeidliche Katastrophe erwartete". Beinah, „mit sardonischem Gelächter" möchten wir hinzufügen. Nach sardonischem Gelächter klingt es auch, wenn Herr Borgese, selbst etwas beschämt, wie es scheint, durch die oft angeführte Tatsache der numerischen Übermacht der Entente, die trotzdem den Sieg nicht erzwingen kann, als besonderen Vorteil die Lage der Deutschen in der Mitte, ihrer Angreifer hervorhebt (S. 178), die ihnen ermöglicht, die einen Feinde von den andern entfernt zu halten und einen Mann beinah doppelt gelten zu lassen, indem er je nach Bedarf von Westen nach Osten transportiert werden kann!

Das Wild hatte weit mehr Kraft, als die Meute, die es hetzen wollte, für möglich gehalten hatte. Es wehrte sich mit solcher Kraft, daß sie es für nötig fand, sich um eine Kraft ersten Ranges zu vermehren. Ja, solch ein Krieg freilich kann das Leben und die Poesie nicht erneuern, wo man die Schlinge nur zuzuziehen braucht, um das Opfer zu erlegen! Ist das überhaupt noch Krieg? Trägt das nicht einen ganz anderen Namen? Auch in den Augen des Philosophen Billia ist es kein Krieg, weil zwischen Menschen und Bestien kein Krieg sein kann, sondern nur eine Jagd. So kann man von verschiedenen Seiten zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

Demnach scheinen die Deutschen doch nicht so ganz im Unrecht zu sein, die in ihren Liedern klagen, wie Herr Borgese mit Hohn vermerkt, sie hätten den Krieg nicht gewollt, ihre Nachbarn überfielen sie aus Neid und Mißgunst? Hat nicht etwa Italien selbst schon die Erfahrung gemacht, daß die „alten Mächte" den Aufschwung eines Emporkömmlings ungern leiden? Mir ist in bezug darauf ein merkwürdiges Buch in die Hände gefallen, das näherer Unter-

suchung wert ist. Es heißt: „Tripolis und das Neue Italien“ und ist von dem Engländer Charles Lapworth mit italienischer Hilfe verfaßt und im Jahre 1912, also zwei Jahre vor dem Weltkrieg, erschienen.

Vielleicht erinnert sich auch Herr Borgese noch des Ereignisses aus jüngster Vergangenheit, auf welches das Buch sich bezieht. Im Jahre 1911 überfiel Italien nach einem jähen Ultimatum das der Türkei gehörige Tripolis und eroberte es in kurzem, glücklichem Kriege für sich. Dieses den herrschenden Frieden durchbrechende Unternehmen rief bei den Großmächten, insbesondere England und Frankreich, heftige moralische Entrüstung hervor. Italien wurde mit Vorwürfen überhäuft, die sich hauptsächlich auf drei Punkte bezogen: die Tatsache des begonnenen Krieges überhaupt, den Vertragsbruch und die sogenannten Kriegsgreuel, insofern nämlich die Italiener nicht nur bewaffnete Personen, sondern auch Wehrlose, Greise, Weiber und Kinder, getötet und zum Teil verstümmelt haben sollten. Unwillkürlich horchen wir Deutsche auf. Wie bekannt klingt uns das alles! Es ist also gar kein neues, sondern ein altes Lied, das beim Weltkrieg mit größerer Routine gesungen wurde als das erstemal. Noch ein anderer Unterschied fällt uns schwer aufs Herz: damals waren es nur ohnmächtige Vorwürfe, die Italien getrost abschütteln konnte, Deutschland gegenüber wurden sie zu Anklagen gegen einen Verbrecher, der der Verachtung der Welt und verdienter Strafe überliefert wurde.

Nicht nur, daß Italien mit dem Kriegsgewinn die theoretischen Anklagen ruhig einstecken konnte, es stand ihm sogar ein rüstiger Verteidiger auf in der Person von Charles Lapworth, einem Engländer, der Italien, wo er seit langem lebte, wie eine zweite Heimat liebte, und der sich der heuchlerischen Entrüstung seiner Landsleute schämte. Indem er für die Verklagte in die Schranken sprang, wollte er die Schuld oder den Fehler seines Vaterlandes wieder gutmachen und bewies in der Tat die Richtigkeit des bekannten Urteils, daß die Engländer als politische Masse vollkommen gewissenlos, daß der einzelne Engländer aber ein anständiger, freimütiger Mensch ist.

Während Borgese Italien ehrfurchtsvoll die älteste Macht zu nennen pflegt, sie mit dem alten Römerreich identifiziert, führt Lapworth sie als „die Junge“ gegenüber den „alten Mächten“ ein. Zu diesen letzteren rechnet er auch Deutschland, welches doch in diesem Sinne ebenso jung ist wie Italien; allein man darf nicht vergessen, daß Lapworth auch als Verteidiger Italiens gegen England Engländer bleibt und als solcher Deutschland durchaus feindlich gegenübersteht. Für Deutschland wäre er kaum jemals in die Schranken getreten. „Plötzlich“, so sagt Lapworth, „ist Italien mitten in den buchführenden Teil Europas hineingesprungen und hat mit einem einfachen: Entschuldigen Sie! den Händen der alten Kaufmannsdamen einen Rest von beträchtlichem Wert entrissen.“ Große Aufregung und Entrüstung der alten Damen. „Aber Italien läßt sich nicht irre machen, wenn es auch ein wenig erstaunt über seine eigene Kühnheit und sehr über den internationalen moralischen Sturm ist, den es entfesselt hat. Es gibt sich keiner übermäßigen Redseligkeit hin; aber wenn man es fragt, wo es solche Manieren gelernt habe, erinnert es seine Freundinnen kalt lächelnd an die Geschichte von dem puritanischen Vater aus dem Punch, der, um die Tochter zu schelten, weil sie im Theater war, sie mit einem eisigen: ‚Guten Tag, Tochter Satans!‘ empfängt, worauf das Mädchen sanftmütig antwortet: ‚Guten Tag, Papa!‘“

In der Fortnightly Review wurde der Feldzug nach Tripolis ein skandalöses Unternehmen genannt; Ordnung und Gerechtigkeit, jede Norm der Ehre und des guten Glaubens sei dahin. Lapworth nennt das alles einen Ausbruch von Hysterie und Heuchelei, der nebenbei auch krasse Ignoranz offenbare. Italien war schon in Gefahr zu ersticken, die Expansion war für es eine Lebensfrage. Wenn der eiserne Ring um Italien sich geschlossen hätte, hätte es sein Todesurteil unterschrieben. (Auch Deutschland befand sich, nach Herrn Borgese, in dieser Lage, als es sich „auf Belgien stürzte“). Italien griff zu und mußte zugreifen, als es die „frechen“ Versuche Deutschlands sah, seine Hand auf die Nordküste Afrikas zu legen. „Natürlich, diesen jungen Emporkömmlingen konnte nicht verziehen werden, daß sie die alten Spielregeln kühn veränderte und nicht zuerst die unentbehrlichen freundlichen Verhandlungen einleitete. Von dieser ersten Gereiztheit ist jetzt schon etwas verflogen: in jedem Lande sind verschiedene geneigt zuzugeben, daß Italien sehr weise verfuhr, indem es zuerst zuschlug und nachher verhandelte, indem es das Geschwätz beiseite ließ und sich an Taten hielt.“

Auch amerikanische Zeitungen „stimmten in den Chor derjenigen ein, die von offenbarer Plünderung, von Räuberei, von Vertragsbruch reden". Italien wurde nämlich beschuldigt, durch die Eroberung von Tripolis den Traktat von 1856 verletzt zu haben, der die Integrität der Türkei garantierte. Da erinnert Charles Lapworth Amerika daran, daß Herrn Roosevelt das „naive Bekenntnis" zugeschrieben wird, „ein Vertrag sei nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben sei, sowie einer der Unterzeichneten es nötig finde, Krieg zu führen". Lapworth ist überzeugt, „daß, so wie heute die Sachen stehen, weder England noch Deutschland, noch Frankreich oder Rußland zögern würden, alle Traktate der Welt zu zerreißen, wenn sie sich in ihren Lebensinteressen bedroht fühlen würden".

Was nun die Kriegsgreuel betrifft, die die Italiener im Kriege begangen haben sollen, so behauptet Lapworth, die Italiener wären eher allzu human, durchaus keine Bestien. (Hören Sie, hören Sie, Philosoph Michelangelo Billia, auch von den Italienern hat es geheißen, sie wären keine Menschen, sondern Bestien!) Wenn die Italiener die Araber umgebracht hätten, so wäre es geschehen, weil diese aus dem Hinterhalt auf sie schossen. (Eben das haben die Deutschen im Weltkriege auch gesagt.) Man habe die Italiener angeschuldigt, blindlings Frauen und Kinder umgebracht zu haben, aber wie sie gereizt worden wären, davon habe man nichts gesagt. Am wenigsten dürften sich die Engländer zu puritanischen Kritiken aufwerfen, mit der Erinnerung an die Aufstände in Indien und im Sudan. In Indien machten die Engländer es kurz mit den Rebellen, die doch ein Vaterland zu verteidigen hatten. Die Italiener hätten summarische Hinrichtungen nur vorgenommen, wenn trotz vorhergegangener Vermahnung Waffen bei jemand gefunden wurden. „Andrerseits drängte die Zeit, weil der Hauptangriff der Türken und Araber bevorstand. Daß die Mittel, welche gebraucht wurden, um das, was man das Gleichgewicht der Schlacht nennt, herzustellen, grausam waren, ist zweifellos wahr; aber im Kriege sind die strengsten Maßregeln gerade diejenigen, die sich schließlich als die menschlichsten erweisen. (Im Weltkrieg hat Hindenburg oder Ludendorff einmal etwas ganz Ähnliches gesagt, worauf natürlich ein geifernder Ausbruch von Wut und Entrüstung auf der ganzen Seite der Entente erfolgte.). Nicht ein Soldat würde dem Gerücht glauben, daß Frauen und Kinder vorsätzlich von den Italienern getötet seien; aber zweifellos sind unter der polizeilichen Aufsicht der feindlichen Dörfer, die im Rücken der Italiener lagen, viel Unschuldige mit den Schuldigen umgekommen. Solche Sachen sind leider unvermeidlich": „Die Beschuldigung, Kinder ermordet zu haben", sagt Lapworth, „habe die Italiener besonders entrüstet, weil sie die Kinder leidenschaftlich lieben. (Ebenso die Deutschen.)

Mit maßloser Verachtung spricht Lapworth von den Vorschlägen eines „allgemeinen Weltfriedens", womit die Friedensgesellschaft im Haag die gekrönten Häupter belästigt. „Für diejenigen, welche die zeitgenössische Geschichte nicht vergessen haben, gab es niemals eine kolossalere Offenbarung von Heuchelei. Man hatte das komische Schauspiel zu sehen, wie die Pazifisten, nachdem sie jahrelang die Vernichtung der englischen Flotte verlangt hatten, nun verlangten, daß dieselbe Flotte ins Mittelmeer gesendet würde, um Italien einzuschüchtern. Und während sie vor drei Jahren tobten, die englische Flotte sollte die blutdürstigen Türken unterdrücken wegen der von diesen begangenen Kriegsgreuel, zeigen sie plötzlich Sympathie für dieselben Türken und erheben ihre Tugenden bis in den Himmel."

Die nachfolgenden Worte, scheint es nicht, als wären sie ahnungsvoll uns Deutschen zugerufen: „Diese Leute (die Pazifisten) begreifen den Krieg nur unter dem Namen von Seeschlachten und Bajonetten: der innere Krieg der Diplomatie läßt sie ganz gleichgültig. Nur wenn die Kanonen donnern, fällt ihnen ein, daß der Janustempel offen ist. Und wenn der erste Schuß von dem Opfer ausgeht, das seit langer Zeit leiden mußte und zu berechtigter Selbstverteidigung Feuer zu geben gezwungen war, wehe ihm wenn die Prediger der Friedensgesellschaft sich mit seinem Feinde vereinigen!"

Übrigens haben die meisten italienischen Pazifisten, was den Tripolis-Krieg betrifft, zugunsten ihres Vaterlandes eine Ausnahme gemacht. „Der älteste der Pazifisten, Theodor Moneta, weiland Präsident der internationalen Gesellschaft des Friedens und der Schiedssprüche, brandmarkte ausdrücklich das Betragen mehrerer seiner Kollegen, welche, nach meiner Meinung, ohne irgend einen Grund streng in ihrem Urteil gewesen waren und die italienische Regierung ungerecht verurteilt hatten. Die Nation, sagte er, mußte zwischen der Aus-

dehnung und dem Fall wählen. Sie mußte ihre Kühnheit zeigen, wenn sie nicht länger als quantité négligeable behandelt werden wollte. Sie mußte einem unbeugsamen historischen Gesetz gehorchen, dem der Entwicklung."

So betonten auch andere Schriftsteller, daß während selbst an den Kriegen des Risorgimento nur die Aristokratie und der Mittelstand beteiligt waren, das ganze Volk sich für die Expedition gegen Tripolis begeisterte, damit Italien endlich seine rechtmäßige Stellung als Großmacht bekäme und die Möglichkeit, sich unter dem nationalen Banner auszudehnen. Habe doch schon Mazzini gesagt: Nord-Afrika wird Italien wiedergegeben werden. Es hat uns einmal gehört und muß wieder unser werden.

„Die italienischen Soldaten haben sogar neulich die handgreiflichen Zeugnisse des Rechtes von Italien auf Tripolis entdeckt, als sie einen Schützengraben bei Ain-Zara ausgruben. Ein schönes prachtvolles Mosaik ihrer römischen Vorfahren kam ans Licht, welches bewies, daß Lybien unter den Römern blühend wie ein Garten war. Diese Entdeckung machte einen tiefen Eindruck auf die italienischen Truppen. Heil dem unsterblichen Rom! riefen sie in einem Ausbruch grenzenloser Freude. Und die Sorgfalt und das künstlerische Entzücken, womit sie die kostbare Antiquität mit Blumen und Palmblättern schmückten, war wirklich rührend für diejenigen, welche bei der sympathischen Szene gegenwärtig waren!"

Was alles würde nach dieser Beweisführung Deutschland für sich beanspruchen können! Und bis wohin will Italien sich seines Rechtes auf Expansion bedienen, wenn römische Ruinen die Grenze bilden!

Nach der Auffassung von Charles Lapworth hat Europa allerdings nunmehr Ursache besorgt zu sein. Er nennt die glückliche Expedition nach Afrika eine Explosion, eine Auferstehung. „Es ist den schwachen Nerven der Alten Welt zuzuschreiben, wenn der Eintritt Italiens auf die Internationale Bühne so geräuschvoll war. Übrigens, daß sich schlechte Laune offenbarte, kam hauptsächlich daher, daß Tripolis etwas mehr als eine Überraschung war: es war eine wahre und wirkliche Offenbarung. Die einflußreichen Damen hatten solange allein die Bühne beherrscht, daß die Welt die anderen Personen vergessen hatte, die doch der Komödie nicht fernbleiben sollten. Und als die Neuhinzugekommene sich als eine Schauspielerin erwies, die nicht nur zu leichten Rollen fähig war, brach natürlich die Berufseifersucht aus."

Es ist dieselbe Berufseifersucht, die nicht ruhte, bis, unter Beteiligung Italiens, Deutschlands neue Kraft erlegt war, die sich etwas früher als Italien auf der Szene gezeigt hatte.

„Bis zu welchem Punkte", so sagt Charles Lapworth, „Italien mit seiner heutigen Unternehmung auferstanden ist, und bis zu welchem Punkte es seinen überschwellenden Kräften einen Abfluß verbürgt hat, darüber etwas zu sagen, ist es noch zu früh. Nun das ist außer Zweifel, daß es endlich den eisernen Ring so durchbrochen hat, daß eine nicht geringe Lötarbeit erforderlich wäre, um ihn wieder zusammenzuschweißen."

„Aber die Hauptsache ist, daß Italien sich selbst entdeckt hat. Was in diesem Lande geschehen ist, ist eine Art allgemeiner Auferstehung; die gebieterische Bewegung eines Volkes nach langen Jahren der Erstarrung. ‚Welche Antwort sollen wir dem puritanischen England, dem pietistischen Österreich, dem unschuldsvollen Deutschland geben?' so fragt die Tribuna und antwortete: ‚Keine, ausgenommen, daß Italien gewachsen ist und trotz seiner Freundschaften auf niemand rechnet als auf sich selbst'."

Es versteht sich von selbst, daß diese Auferstehung seit längerer Zeit vorbereitet war, und wir erfahren durch Lapworth auch, durch wen und wie. Er nennt die jungen Schriftsteller und Leute von schon bestehendem Ruf, die an der Spitze der Bewegung standen: Enrico Corradini, M. Maraviglia, Scipio Sighele, Giulio de Frenzi, Luigi Villari und andere. „Nach den Worten eines derselben enthüllt der Nationalismus die Entdeckung der großen heroischen Seele Italiens, von welcher wir glauben, daß sie schlummerte, nicht verloren war." Wir hören, daß der Nationalimus der Welt von Italien geschenkt ist. Der Marchese San Giuliano hat in einem Vortrage an der Universität Oxford gerühmt, Marcini, Professor der internationalen Rechte in Turin, „habe zuerst offiziell und feierlich vom Katheder proklamiert, daß die logische Grundlage der Gesetze, welche die Beziehungen zwischen den Völkern regeln, eben das Prinzip der Nationalität ist, d. h. das Recht jedes Volkes, das durch Blut, Sprache und Gebet zusamenhängt, sein eigenes Geschick zu leiten, indem es ein fremd-

des Joch abschüttelt und von seinen Grenzen entfernt". (Danach müßte ein breiter Streifen Urwald oder Wüste sich zwischen den Ländern hinziehen.)

Lapworth führt einen Ausspruch des schon erwähnten Corradini an: „Der Nationalismus muß Italien aufrütteln und eine bewußte Nation aus Italien machen. Er muß seine Kampflust erregen, und wenn es ein Stärkungsmittel nötig hat, wird der Krieg diesem Zweck sehr gut entsprechen." Ohne einen Krieg, das habe Corradini nicht verhohlen, sondern laut und offen gesagt, werde Italien niemals eine Nation werden.

Ebenso Sighele: „Italien muß imperialistisch sein, um dem Schließen aller der Fenster zuvorzukommen, durch welche die Nationen ihren Sauerstoff erhalten; es muß vermeiden, daß das Adriatische Meer täglich mehr ein österreichischer See wird, daß das Mittelmeer um Italien herum geschlossen wird wie ein Feld, das von feindlichen Schildwachen besetzt ist. Es muß sich ein Gebiet für unsere Emigranten verschaffen, wo diese den Schutz genießen können, der ihnen heute fehlt. Es muß eine beharrliche und energische äußere Politik befolgen, welche es zur Vorbereitung des Krieges drängt und zu einer klaren imperialistischen Haltung in allem, was die Äußerungen seines Lebens angeht." Derselbe Sighele führt zur Unterstützung seiner Ideen den französischen Schriftsteller Anatole France an, der, obwohl Sozialist, gesagt habe: „Unterdrückt die militärischen Tugenden und die ganze gebildete Gesellschaft wird zusammenstürzen! Der Krieg ist Schöpfer aller Tugenden, die während des Friedens unmöglich sind; die Lebenslage, die zum nationalen Fortschritt unentbehrlich ist: mein Land durch Dick und Dünn (a diritto o a rovescio)! Die erste Pflicht der Bürger ist gegen ihr Vaterland; die Pflicht gegen die Menschheit kommt in zweiter Linie." (Wie ist mir denn? Hat nicht Moltke sich ähnlich über den Krieg ausgesprochen? Aber von ihm, dem Deutschen, war es ein abscheulicher Ausspruch teutonischer Barbarei.)

Schließlich will ich noch die Worte des Nationalisten Maraviglia mitteilen, die Lapworth in seinem Buche anführt: „Wir wollen, daß die Idee des Krieges in den Geist des Volkes eintrete, weil wir einsehen, daß, wenn man sich auch noch so sehr mit Rüstungen überlädt, das nicht genügt, um den Krieg zu vermeiden und noch weniger, um ihn siegreich zu führen. Den Krieg wünschen, bedeutet oft nur siegen ohne zu kämpfen, ihn nicht wünschen, bedeutet entweder gegen uns selbst kämpfen oder verlieren, ohne das Ziel zu erreichen. Das Land zum Gefühl des Krieges erziehen, bedeutet nicht gleich, daß man ihn um jeden Preis hervorrufen will, es bedeutet nur, daß es nötig ist, einen Zustand des Gemütes und der Umstände zu schaffen, derart, daß die Regierung imstande ist, die äußere Politik ohne Mißtrauen zu führen und in der Gewißheit, daß die anderen Länder sich überzeugt halten müssen, daß unsere internationale Betätigung sich niemals wird zurückhalten lassen durch die Notwendigkeit einen Krieg aufzunehmen oder erklären zu müssen."

Die kriegerischen Ideen der Nationalisten wurden vom italienischen Volke, so erzählt Lapworth, zuerst nicht bereitwillig angenommen; aber sie fuhren fort, sie mit Reden, Zeitschriften und Büchern „in die Köpfe zu hämmern", und vor allen Dingen gingen sie „um zum Kriege zu gelangen und ihn vorbereiten zu können" einen Waffenstillstand mit allen Parteien ein, den Sozialismus nicht ausgeschlossen.

„Es war unvermeidlich", so sagte Sighele, „daß der Nationalismus in seinem Beginn eine anti-österreichische Haltung einnahm; später wird er sich nicht enthalten können, eine vollständigere Politik zu verfolgen." Damit ist zweifellos Deutschland gemeint; aus der Absicht mit feindlicher Wendung gegen die bisherigen Verbündeten aus dem Dreibund auszutreten, wird kein Hehl gemacht. Wir erfahren, daß Albanien der eigentliche Streitpunkt ist; Tripolis stelle ein großes italienisches Interesse dar, Albanien ein absolutes. Da nun Österreich wegen Triest nicht zugeben will, daß Italien sich dort festsetze, und da auch Deutschland eine Ausmündung am Mittelmeer haben wolle, so beständen unversöhnliche Interessen, die nach der Meinung der Nationalisten und von Charles Lapworth, notwendigerweise zu einem Kriege führen müssen. Schon im Jahre 1908 war der Ausbruch des Krieges zu erwarten, nachher wieder wegen der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich. „Es ist jetzt klar, daß die Zurückhaltung Italiens, bevor es die Feindseligkeiten gegen die Türkei eröffnete, der Tatsache zuzuschreiben ist, daß es sich zuerst mehr um die Wirkung bekümmert hat, welche der Konflikt auf den europäischen Frieden ausüben wird, als um die Expansion eines Volkes, das seine jugendliche Vollkraft wiedergefunden hat." Ja, fast scheint es, als wären

die italienischen Nationalisten enttäuscht, daß der zu erwartende große Krieg nicht schon jetzt, bei dieser Gelegenheit, ausgebrochen ist. Und woran scheiterte es? An der Friedensliebe des österreichischen und des deutschen Kaisers!

Armer Kaiser! Ich habe niemals eine besondere Sympathie für ihn gehabt; aber es ist doch ein tragisches Geschick, daß er sich als bluttriefendes Scheusal mußte hinstellen lassen, weil er allen Anreizungen, in Krieg einzutreten, Widerstand leistete!

Wer die Geschichte kennt, weiß, daß Napoleon III. bei den von ihm gewünschten Kriegen stets dem Gegner das Odium zuschob, den Krieg angefangen zu haben, und welche Mühe die Italiener damals hatten, Österreich so zu reizen, daß es nicht vermeiden konnte, die Feindseligkeiten zu eröffnen. Auch jetzt bleiben Österreich und Deutschland unbeweglich; wem es gut geht, der sucht keinen Krieg.

Gelegentlich bemerkt Lapworth, wahrscheinlich den Sozialisten zuliebe, daß Italien „natürlich" friedliebend sei. „Aber wie lange wird Italien diese Haltung noch bewahren können, wenn das friedliche Vordrängen deutschen Einflusses fortfährt, dem italienischen Interesse im Wege zu stehen? Wir wissen, daß Italien die Idee einer Balkankonföderation unterstützt hat, von welcher der König des kleinen Montenegro das Haupt zu werden träumte. Aber auch dieser Plan müßte von Italien nachdrücklich mißbilligt werden, wenn die neue Konföderation sich von deutschem Einfluß beherrschen ließe." Lapworth glaubt, daß der Krieg am Balkan noch in diesem Jahre, dem Jahre 1912, in welchem sein Buch erschien, ausbreche. „Werden der Haß und die Eifersucht der Mächte noch länger verhindern, daß die Türkei aus Europa hinausgejagt wird?"

Ich will die zusammenfassende Schlußbetrachtung von Charles Lapworth ganz folgen lassen.

„Man braucht es Italien nicht zu sagen, daß seine Stellung im Dreibund unlogisch ist, vielmehr weiß es den Aufrichtigkeitsbestrebungen Österreichs und Deutschlands ihren wahren Wert zu geben. Aber es ist unbestreitbar, daß es in besseren Beziehungen zu England und Frankreich ist, und die Annahme herrscht vor, daß Italien sich gezwungen sehen wird, dem Dreibund untreu zu werden oder seine Macht und sein Prestige zur Entente übergehen zu lassen. Schon geht ein starker Gefühlsstrom in dieser Richtung: aber natürlich hat man noch keine offizielle Kenntnis davon."

„Wie wünschenswert dieser Umschwung auch wäre, so kann Italien seine augenblickliche Lage im Dreibund doch nicht verschlechtern durch offene Vorschläge an die Entente. Man hat gute Gründe zu glauben, daß Italien trotz des sonderbaren Verhaltens einiger seiner englischen Freunde, eine Einladung Englands in die Entente einzutreten, herzlich willkommen heißen würde; aber es darf es nicht sagen, wie lebhaft auch sein Verlangen danach ist. ‚Il faut toujours y songer, mais jamais en parler.' Jeder kann die Folgen ziehen, welche eine solche Lösung auf die internationalen Verhältnisse hätte. Würde sie aber auch eine wohltätige Wirkung haben?"

„Erstens würde ein entschlossenes Handeln von England, Italien und Frankreich zusammen höchst nützlich sein, um dem unleidlichen Zustande der Dinge im Ottomanischen Reiche ein Ende zu machen. Die türkische Regierung widersteht jeder Durchführung von Reformen, auch wenn die Türken sie wünschten, weil der Mahometismus nicht nur seiner Natur nach dem Fortschritt unzugänglich ist, sondern ihn sogar für die Religion schädlich hält. Von Rußland könnte keine Hilfe erwartet werden, weil es im eigenen Hause noch zuviel zu tun hat, um sich in eine starke Opposition zu wagen. Es würde zufrieden sein, die Ausbreitung des Pangermanismus aufgehalten zu sehen. Und aus verschiedenen Gründen würden Deutschland und Österreich sich widersetzen. Die österreichische Regierung ist rasend besorgt, den status quo in Europa zu erhalten und konnte ihre Befriedigung nicht verbergen, als die Arretierung der französischen Schiffe von seiten der Italiener eine Gereiztheit zwischen den beiden Ländern verursachte. Deutschland und Österreich sind sicher nicht blind für die Möglichkeit einer Annäherung Italiens, Frankreichs und Englands und sehen sich seufzend nach einem neuen Eisernen Kanzler um, der alle drei bei den Ohren nehmen könnte. Aber wenn Italien, Frankreich und England einmütig eine kräftige Aktion wegen des orientalischen Problems veranlaßten, könnte es gut gelöst werden, und Italien würde sicher dabei gewinnen. Indessen, so willkommen es ist, bringt das vermehrte Prestige Italiens doch eine schwere Ver-

antwortlichkeit mit sich, wenn es aufrichtig gegen sich selbst sein will. Bei allem guten Willen von der Welt, mit den anderen Mächten und namentlich mit Österreich einig zu bleiben, läßt ihm doch das unsichere Gleichgewicht Europas keine Wahl, als sein Heer und die Marine zu verstärken. Italien hätte keine Hilfe, wenn es sich in den Wirbel eines bewaffneten Konflikts stürzte und müßte schwimmen oder untergehen. Lieber möchte es schwimmen, weil es glaubt, eine Bestimmung erfüllen zu müssen."

„Es war Mode, dem Dreibund enorme und kostspielige Rüstungen vorzuwerfen. Das ist zwar vollkommen wahr, aber nicht in dem Sinne, den die Tadler der Sache zugeschrieben haben. Die Rüstungen sind nicht nötig gewesen, um die Feinde Deutschlands oder Österreichs oder Italiens zu bekämpfen, sondern damit die drei Alliierten zu einem eventuellen Krieg unter sich bereit wären. Wir wissen jetzt, wie die erprobte militärische Kraft Italiens es zum erstenmal zu einem wertvollen Verbündeten gemacht hat, oder um es besser zu sagen, zu einem Pfande des Pangermanismus. Als Gegner würde Italien furchtbar sein; daher die Angst und Tränen der Deutschen."

„Wenn Rom noch einmal die Weltherrschaft anstrebte, wer könnte es ihm verbieten? Und wer könnte ein Veto dawiderstellen, wenn die Jünglinge Italiens diesen Traum hegten? Sind etwa die Italiener weniger geeignet zum Imperialismus als die Franzosen, die Deutschen oder auch die Engländer?"

„Frankreich, Deutschland und England brauchen aber keine Angst zu haben. Italien ist sehr bescheiden in seinen Ansprüchen. Es besteht auf dem Recht, das eine kompakte und wohlumschriebene Nation hat, sich mit allen Mitteln zu entwickeln; sich zu verteidigen, wenn seine natürliche Entwicklung bedroht ist; sich stark zu zeigen, wenn äußere Umstände versuchen sollten, sie aufzuhalten. Es beruft sich auf die Nationalität gegen den alles aufsaugenden Imperialismus, und seine äußere Politik, seine Bündnisse oder Beziehungen werden immer von dieser Auffassung inspiriert sein."

„Vor allen Dingen ruht Italien auf einem intellektuellen Fundament, das von Granit ist. Auf dem Gebiet des Gedankens, das es mit Eifer pflegt, verfolgt es jetzt einen leuchtenden Weg. In Anbetracht des verzweifelten Chaos, zu welchem die heutige Welt unwiderstehlich hingerissen wird, können die Skeptiker hohnlächeln über die vermeintliche Kulturmission Italiens; aber es ist unbestreitbar, daß in der neuen italienischen Nation Elemente sind, deren die Welt schmerzlich bedarf; und wenn man nach der Gegenwart und den Hoffnungen Italiens auf die Zukunft urteilt, müssen diejenigen, die den Fortschritt wahrhaft lieben und sich nicht von dem einreißenden Pessimismus ergreifen lassen, einer Frage ernstlich ins Gesicht sehen; ob nämlich diese Elemente, welche in der italienischen Seele keimen, verdienen geschützt zu werden, soweit sie nicht im Entstehen schon von militärischem und finanziellem Despotismus erwürgt werden."

„Die Optimisten, welche daran festhalten, daß gewisse Nationalitäten der Erhaltung würdig sind, müssen mit den Anstrengungen sympathisieren, die das Junge Italien macht, um seine Entwicklung zu sichern, und sich mit ihm freuen, daß eine gute Gelegenheit sich ihm geboten hat, um sein Prestige zu vermehren."

„Auf was für Schwierigkeiten es auch noch stoßen mag — und es sind deren viele — und was für Irrtümer es auch begehen mag, woran seine Jugend selbst Schuld ist, Tausende lieben diese Nation und glauben mit Israel Zangwill, daß ‚von allen Nationen Italien am wenigsten ungeeignet ist, die Welt zu führen'".

Charles Lapworth ist so offen, daß man meinen könnte, er rede nicht nur als Verteidiger Italiens gegen seine Landsleute, sondern auch als Vertreter derselben, und er sehe es darauf ab, Italien zu kompromittieren. Wäre es aber auch so, so beruht deswegen doch das, was er schreibt, auf Tatsachen.

Wir bekommen durch dies Buch, das zwei Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges in Bologna erschien, einen interessanten Einblick in sein Entstehen. Wie einst nur Zufälle verhinderten, daß der Dreißigjährige Krieg nicht schon im Jahre 1618 ausbrach, so wurde auch in unserem Zeitalter der Krieg schon lange erwartet. Nach einem Lebensgesetz, dessen Wesen auseinanderzusetzen hier nicht der Ort ist, müssen Staaten, sowie sie zentralisiert sind, sich Kolonien aneignen, um nicht zu ersticken. England, zuerst zentralisiert, machte den Anfang, es folgte Frankreich, zuletzt kamen Deutschland und Italien. Keiner von allen

Mächten ist darum ein Vorwurf zu machen; sie mußten Kolonien haben oder erstarren; aber es ist ersichtlich, daß wenn sämtliche Staaten Europas Kolonien haben wollen, schließlich ein Krieg aller gegen alle entstehen muß. Man begreift, daß die zuletzt zentralisierten Staaten, Deutschland und Italien, bei den älteren Mißfallen erregten, als sie die europäische Lage durch ihre neuen Ansprüche komplizierten. Es drängt sich mir dabei folgendes Bild auf: ein paar Nordpolfahrer sind gescheitert und werden, an eisige Küste verschlagen, verhungern müssen. Einer, ein dicker Türke, besitzt noch einen kleinen Vorrat von Lebensmitteln und wird deshalb von allen andern scharf aufs Korn genommen. Einem andern, einem Deutschen, ist es gelungen, sich mit dem Türken in gute Beziehungen zu setzen, und mit Recht oder Unrecht kommt es den andern so vor, als habe der Türke dem Deutschen ein paar besonders gute Bissen zugesteckt. Ahnt vielleicht der Türke, daß sie unheimliche Absichten auf ihn haben, und sucht er sich deshalb einen starken Freund zu sichern? Sicher ist, daß die anderen schon beschlossen haben, wenn die letzten Vorräte aufgezehrt sein werden, ihn zu schlachten und unter sich zu verteilen. Wie sie aber den Verdacht schöpfen, der Deutsche könne sich zum Beschützer des Schlachtopfers aufwerfen und genösse daraufhin schon gewisse Vorteile, ändern sie ihren Plan: sie wollen zuerst alle miteinander den Deutschen umbringen, als den stärkeren Feind, dann erst den schwächeren Türken; auf die Art haben sie zwei Braten statt eines, um desto länger zu leben. Sie sind genug, um die beiden zu überwältigen, an Entrinnen ist nicht zu denken, also schreiten sie zur Ausführung der Tat. Der Deutsche war freilich stärker als sie gedacht hatten, sie mußten noch einen in der Nähe hausenden Eisbären und einen Judaskuß zu Hilfe nehmen. Sie erklärten nämlich dem Opfer, sie liebten ihn von Herzen, nur sein Anzug gefalle ihnen nicht, er solle ihn ablegen; und als er das getan hatte, konnten sie ihn um so besser töten.

Diese Geschichte wird mancher etwas zu kraß finden; aber man bedenke, daß auch das, was geschehen ist und die Schlagwörter, die ausgegeben wurden, kraß waren. Einen läuternden und verjüngenden Einfluß können solche Kriege freilich nicht haben, und ich bin durchaus der Meinung derer, die, wie Herr Borgese erzählt, bezweifeln, es werde sich das Leben und die Kunst nach dem Kriege heben. Ja, wenn es wirklich ein Krieg des Christentums gegen den Materialismus gewesen wäre!

Es ist sehr wohl möglich, daß Borgese das Buch des Engländers über Tripolis unbekannt gewesen ist; aber sollte er nicht gewußt haben, daß es in Italien außer der sozialistischen Partei eine imperialistische gab, die Italiens Ausdehnung anstrebte? Er wußte es ganz genau und sagt es auch, wenn er auch in allem, was Italien angeht, sich einer begeisterten und gerührten Ausdrucksweise bedient und die alltäglichen Dinge poetisch benennt. Gleich auf den ersten Seiten seines Buches sagt er, daß Italien eine christlich-mystische Seele habe, deren Ausdruck der hl. Franziskus und Garibaldi wären, und eine heidnisch-zynische, die Seele der Renaissance. Von dieser gehe das Neu-Heidentum Deutschlands aus: nicht einmal das Schlechte kann Deutschland, nur zur Nachahmung fähig, aus sich selbst haben. Auf Seite 9 nun gesteht Herr Borgese zu, daß die materialistische Renaissance-Seele in den letzten Jahrzehnten in Italien die christlich-mystische zurückgedrängt habe, deswegen die Christen Italiens sich hätten französisieren müssen! Wie es nun zu erklären ist, daß Italien bei Kriegsausbruch doch noch zur christlichen Partei zählte, wie sich ferner mit all diesem die Tatsache verträgt, daß in keinem Lande der Sozialismus und Pazifismus so stark ausgebildet war wie in Deutschland, was Herr Borgese wohl wußte, da er es ja ausdrücklich beklagt, daß die anderen Länder nur den Buchstaben, Deutschland den Geist der Demokratie habe — durch dies Labyrinth wird schwerlich ein führender Faden zu finden sein.

Oder liegt er näher als man denkt? Die italienischen Imperialisten hatten gesiegt, nicht ohne vorher die Pazifisten für sich eingefangen zu haben. Wer nun Imperialist war, mußte um der Pazifisten willen seine Feinde als Friedensbrecher und Verbrecher darstellen, wer Pazifist war, mußte es tun, um sein Gewissen zu beruhigen. Der einzige Pazifist, der sich in Wahrheit so nennen durfte, war Christus; er ließ sich mißhandeln und kreuzigen. Menschen und Völker, die sich nicht dazu entschließen können, dürfen sich nicht Pazifisten nennen, oder sie treiben „kolossale Heuchelei" nach dem Beispiel jener Pazifisten, von denen Lapworth erzählt, daß sie jahrelang die Vernichtung der englischen Flotte forderten und dann wieder von derselben englischen Flotte bald die Einschüchterung Italiens, bald die Unterdrückung der

Türkei verlangten. In Wirklichkeit sind die Pazifisten Tyrannen, die alle Macht für sich haben möchten, um nach ihrem Gutdünken die Welt zu regieren. Ein pazifistischer Völkerbund wäre eine ärgere Despotie als einst die päpstliche Inquisition war, mit Folterzwang ausgerüstet, um alle Völker nach ihrem Gutdünken rechtgläubig und selig zu machen.

Ich hätte viel Sympathie für die italienischen Imperialisten gehabt, wenn sie wären, wie Lapworth sie geschildert hat: voll Jugend und Kraftgefühl, voll Drang zu wachsen und bereit, sich mit einem anderen Starken zu messen, auf den sie meinetwegen nach Art homerischer Helden hätten schimpfen dürfen; denn es ist schön, mit Gegnern zu kämpfen, die man achten oder sogar bewundern kann. Aber das Bündnis mit den Pazifisten hat sie dieses Charakters beraubt und sie zu Bütteln und Henkern gemacht, die einen von feilen Richtern zum Verbrecher gestempelten Feind hinrichten. Gern gebe ich zu, daß das italienische Volk, dessen Natürlichkeit und Offenheit einst entzückten, die Rolle ungern spielt, in die es sich hat hineindrängen lassen. Auch Herr Borgese windet sich so qualvoll in der Zwangsjacke des Pazifismus, daß er mir, ich sage es aufrichtig, trotz des Widerwillens und der Entrüstung, mit der ich sein Buch las, leid getan hat.

Bei dem großen Geschichtsschreiber der Römer, Tacitus, finde ich folgende Stelle: „Übrigens hatte Armin nach dem Abzug der Römer und der Vertreibung Marbods nach dem Königtum getrachtet und dabei den Freiheitssinn seiner Stammesgenossen wider sich aufgebracht: mit den Waffen angegriffen, kämpfte er mit wechselndem Glück, fiel aber endlich durch Arglist seiner Gesippen. Ohne Zweifel Germaniens Erretter: und nicht mit den Anfängen des schwachen Roms hat er gekämpft, wie andere Könige und Feldherrn, sondern dem Kaisertum auf der Höhe seiner Macht hat er getrotzt; sein Glück der Schlachten wechselte, aber im Krieg blieb er unbesiegt; siebenunddreißig Jahre vollendete er, darunter zwölf der Machtstellung; noch singt von ihm die Heldensage der Barbaren; nichts wissen von ihm die Jahrbücher der Griechen, die nur eigene Größe bewundern, auch bei den Römern wird er nicht sonderlich oft genannt, da wir nur Alt-Vergangenes als Gewaltiges rühmen, gleichgültig gegen die jüngere Zeit."

Ergreifend und beschwichtigend haben diese Worte in dunklen Augenblicken auf mich gewirkt. Selbst Herr Borgese rühmt von den Deutschen, daß sie das Schöne an anderen Völkern anerkennten und macht in diesem einzigen Falle nicht den Versuch zu behaupten, sie hätten diese Eigenart von der Entente angenommen. Sie stehen allein damit in Europa und es hat ihnen nur eingetragen, daß die anderen Völker sich desto mehr aufblasen und auf die Deutschen herabsehen zu dürfen glauben. Es ist ein Zeichen der Dürftigkeit und greisenhafter Erstarrung nur sich selbst zu bewundern; Kraft und Reichtum ist immer zur Anerkennung auch des Fremden, auch des Feindes bereit. Wer weiß, in einem nichtdeutschen Volke ersteht einst vielleicht ein Großer, den die Kunde vom Verzweiflungskampf der Deutschen erschüttert und der sie verklärt der Nachwelt übermittelt, so wie der Römer Tacitus den Befreier Germaniens verherrlichte.

Bücherschau.

Astrophysik.

Als dritte, völlig neu bearbeitete Auflage der populären Astrophysik von J. Scheiner bezeichnet Professor Dr. K. Graff sein Werk „Astrophysik" (B. G. Teubner, Leipzig 1922, 460 Seiten, 16 Tafeln), und in der Tat wurden nur wenige Kapitel aus den früheren Auflagen wenig verändert herübergenommen, während die meisten anderen neu geschrieben sind. Das Scheinersche Buch war im besten Sinne des Wortes populär, d. h. sein Inhalt war dem gebildeten Laien zugänglich ohne ihm eigenes Nachdenken zu ersparen. Dabei war es auch dem Fachmann durch die Fülle des dargebotenen Stoffes in vielen Fragen ein orientierender und belehrender Wegweiser. Gerade in solchen Darstellungen war Scheiner ein anerkannter Meister und so ist der große Erfolg seines Buches in breiteren Schichten der Gebildeten nicht verwunderlich. In der neuen Bearbeitung scheint seine Tendenz gegen früher etwas verschoben in der Richtung, daß die Rücksicht auf allgemeine Verständlichkeit etwas zurücktritt. Der Umfang der erforderlichen, übrigens durchaus elemen-

taren Vorkenntnisse ist erweitert worden, und die Fülle des dargebotenen Stoffes erforderte eine gewisse Knappheit der Darstellung, die manchem Leser vielleicht einige Anstrengung zumutet. Hier galt es offenbar Klippen zu vermeiden, was dem Verfasser in vorzüglicher Weise gelungen ist. Man kann deshalb das Werk, trotz der vergrößerten Ansprüche, die an den Leser gestellt werden, den gebildeten Laien warm empfehlen. Durch seinen reichen, sorgfältig ausgearbeiteten Inhalt wird es aber auch den Physikern und Astronomen sich als schätzenswerte und willkommene Gabe bewähren.

Die ersten Kapitel behandeln die Hilfsmittel, die zur erfolgreichen Lösung astrophysikalischer Probleme beansprucht werden, zum Teil in etwas engerem Anschluß an die früheren Auflagen, aber in wesentlich zusammengedrängterer Darstellung, was vielleicht manchem Leser weniger genehm sein mag. Aber die klare Darstellung, unterstützt von guten Abbildungen, bringt den gewünschten Ausgleich und orientiert vortrefflich über die zum Teil komplizierten instrumentalen Anordnungs- und Beobachtungsmethoden. Offenbar kennt der Verfasser alle diese modernen Hilfsmittel gründlich aus eigener Erfahrung, wodurch seine Darstellung einen autoritativen Charakter erhält und besonders wertvoll wird.

Die Verwendung der Photographie hat vielleicht den auffälligsten Erfolg erzielt bei der Bestimmung der Geschwindigkeit der Gestirne im Visionsradius durch die Verschiebung der Spektrallinien. Denn die Messung an den photographischen Aufnahmen der Spektren (Spektrogramme) hat die Genauigkeit wohl vervielfacht gegenüber den direkt am Fernrohr angestellten. Allerdings hat auch die enorme Verbesserung aller neuen Einrichtungen an den aufnehmenden Fernrohren bei diesem großartigen Fortschritt mitgewirkt. Bei dieser Gelegenheit mag eine Bemerkung gestattet sein. Das in dem Gebiete der Radialgeschwindigkeiten alles beherrschende Prinzip ist im Jahre 1842 von einem deutschen Physiker Ch. Doppler entdeckt worden. Sechs Jahre später hat der Franzose Fizeau ähnliche Gedanken ausgesprochen, ohne damit den Anspruch Dopplers, als Entdecker zu gelten, irgendwie abschwächen zu können. Es liegt, wie der hochverdiente holländische Physiker Lorentz sagt, auch nicht der geringste Grund vor, den Entdeckerruhm Dopplers abzuschwächen, indem man von einem Doppler-Fizeauschen Prinzip spricht. Wenn die Franzosen diesen Namen bevorzugen, so sollten wir in Deutschland doch ihrem ganz ungerechtfertigten Vorgehen nicht folgen. In der Astrophysik bildet begreiflicherweise die Sonne ein besonders wichtiges Forschungsgebiet. Wegen ihrer relativen Nähe ist es möglich, physikalische Vorgänge auf ihr zu beobachten, die bei den anderen selbstleuchtenden Weltkörpern nicht direkt festzustellen sind. Die Astrophysik hat auch ihren Ausgangspunkt von der Sonnenphysik genommen und die hier gewonnenen Einsichten und Erfahrungen sind im Gebiete der Fixsterne maßgebend gewesen. Der Verfasser hat denn auch der Sonne einen umfangreichen Abschnitt gewidmet und die bis jetzt gewonnenen Erfahrungen dargestellt. Die Sonnentheorien im engeren Sinne, d. h. die physikalische Analyse des Zustandes der Sonne, kann begreiflicherweise in einem Werke, wie das vorliegende, nur in beschränktem Umfange zur Darstellung kommen, wenn nicht die Kenntnis spezieller physikalischer Erscheinungen in größerem Umfange vorausgesetzt werden soll. Indessen hat der Verfasser auch hier in Auswahl und Umfang das Richtige getroffen. Ob freilich die Theorie von Zöllner, den man ohne die Verdienste ausgezeichneter englischer Forscher wie Huggins, Lokyer usw. zu verkleinern, doch zu den verdientesten Begründern der Astrophysik zählen muß, der u. a. in programmatischen Schriften z. B. in seinen „Photometrischen Untersuchungen" die Notwendigkeit der Ausbildung einer neuen wissenschaftlichen Disziplin, der Astrophysik, mit der ihm eigenen Energie befürwortete und ihren Ausbau anbahnte, trotz ihren Unzulänglichkeiten der von Secchi aufgestellten Theorie, nicht vorzuziehen ist, darüber werden die Meinungen vielleicht geteilt sein. Die Verdienste E. von Oppolzers dürften aber wert sein, nicht vergessen zu werden. Er hat die Analogie der Vorgänge auf der Sonne mit den meteorologischen Prozessen auf der Erdoberfläche in den Vordergrund gestellt und wurde so ein geistreicher Fortbildner der Zöllnerschen Theorie. Die so tief begründeten physikalischen Arbeiten von R. Emden dürften in noch höherem Maße Beachtung verdienen, wenn sie auch vielleicht weniger zugänglich sind. Jedenfalls sind sie ungleich wichtiger als die vom Verfasser sehr ausführlich behandelten Ansichten von A. Schmidt, die für die Erklärung der Erscheinungen auf der Sonne gänzlich wertlos zu sein scheinen. Sie sind eine zum Teil geschickte Zusammenfassung von geometrischen Eigenschaften von Lichtstrahlen, die in von einer

Atmosphäre umgebenen Kugeln sich abspielen, in viel vollständigerer Art von dem bekannten Mathematiker Kummer aber lange vorher entwickelt waren und teilweise auch von anderer Seite bekannt gemacht worden sind. In der Sonnenphysik ist damit nicht viel anzufangen, wie auch Referent nachgewiesen hat. Es sind phantastische Gedanken, die Schmidt produziert, die höchst merkwürdigerweise kurze Zeit hindurch ein gewisses Aufsehen erregt haben und ernst genommen worden sind.

Einen Glanzpunkt des vorliegenden Buches bildet das Kapitel über die Körper unseres Planetensystems, der großen und kleinen Planeten, ihrer Trabanten, der Kometen, Sternschnuppen und Meteore und des Zodiakallichtes. Hier spricht in meisterhafter Darstellung ein Astronom, der nicht nur die Materie so gründlich wie nur wenige beherrscht und mit wohlbegründeter Kritik beleuchtet. Zur Orientierung auf diesem fast auch überall dem Laien zugänglichen Gebiete kann kaum ein anderes Werk unbedingter empfohlen werden. Geradezu erfrischend wirkt, wie der Verfasser den Marsrummel, wie Referent sich einmal drastisch ausdrückte, der die Marsbewohner in großen Bewässerungskanälen erkennen wollte, als auf ungenügende Beobachtungen beruhende Täuschungen und Voreingenommenheiten abfertigt. Es ist nichts mit den Marsbewohnern, nichts mit ihrer übermenschlichen Intelligenz und es bleiben leere Phantasmen übrig, die sich zu dichterischen Ausschmückungen eignen mögen und als geeignet sich erwiesen haben. (Laßwitz!) Leider hat es viele Jahre gedauert bis diese Erkenntnis sich durchgesetzt hat, denn die breitesten Schichten der Gebildeten nahmen allzu begierig die Kunde über die wunderbaren Vorkommnisse auf dem Mars auf. Die größten Umwälzungen und Fortschritte hat die Astrophysik im Gebiete der Fixsterne und Nebelwelt hervorgerufen. In einem fast noch nie dagewesenen Sturmlaufe nach vertiefter Erkenntnis, hat man eine fast unabsehbare Menge neuer Tatsachen in wenigen Jahren gesammelt, die das Bild von den Weltkörpern, die unser Sonnensystem in großer Entfrrnung umgeben, erweitern und diese Beschäftigung wird noch lange Zeit anhalten müssen, da ein definitiver Abschluß bei der ungeheuren Anzahl der Weltkörper überhaupt wohl nicht denkbar ist. Es ist begreiflich, daß in Zeiten so schnell sich mehrender Erkenntnis neuer Tatsachen die nüchterne Kritik nicht immer ihres Amtes waltet. Aber das ganze Arbeitsfeld ist doch in gewissem Sinne abgesteckt und die Wege, die zur Lösung der neuen Probleme führen, scheinen gangbar zu sein und lassen die Hoffnung erkennen, allmählich den Schleier zu lüften, der so viele Rätsel für immer zu bedecken schien.

Es ist sehr verdienstlich vom Verfasser, daß er in verhältnismäßig knapper, aber eindringlicher Weise die fast erdrückende Mannigfaltigkeit der aufgedeckten Tatsachen zusammenfassend darstellt, den Lesern vorführt und in gewissem Sinne ihrem Urteil unterwirft, wobei er oft mit kritischem, wenn auch nicht allzu scharfem Messer angreift. Auf Einzelheiten einzugehen würde viel zu weit führen. Nur einige Bemerkungen seien gestattet. Die Spektralanalyse gibt die Mittel, die physikalische Konstruktion der Objekte des Fixsternhimmels zu studieren. Die Spektra der einzelnen Fixsterne zeigen auf den ersten Blick große Verschiedenheiten, die in eine bestimmte Anordnung zu bringen von allem Anfang an sich als die wichtigste Aufgabe darstellte, weil sonst eine Übersicht über das große Tatsachenmaterial unmöglich wäre. Nach langen Studien gelang es nun durch die Aufstellung einer geordneten Skala der Fixsternspektra, die durch verhältnismäßig wenig zahlreiche und nicht schwierig zu unterscheidende typische Merkmale gekennzeichnet werden, ein festes Gerüst zu gewinnen, in das, bis auf wenige später erkannte Ausnahmen, sämtliche Fixsternspektra eingeordnet werden können. Die Anzahl der dem beobachteten Spektrum am nächsten liegenden Spektren in der typischen Reihe, also die Angabe des Spektraltypus, zu dem der betreffende Stern zu rechnen ist, hat sich nun in der Hauptsache als charakteristisch für das Entwicklungsstadium gezeigt, in dem sich die Sterne befinden und läuft im großen und ganzen parallel mit dem Abkühlungsstadium, in welchem sich ein Stern befindet. Man nahm an, daß das Spektrum eines heißglühenden Sterns bei seiner Abkühlung durch Ausstrahlung die festgelegte Typenreihe durchläuft, während er bei der Unsichtbarkeit seinem Endstadium sich nähert. An dem einen Ende der Typenreihe stehen die weißen Sterne, am anderen die rotgefärbten. Diese einfache, durch das Spektrum angegebene Entwicklungsgeschichte ist aber in neuester Zeit bezweifelt worden. Man glaubt dazu gelangt zu sein, annehmen zu können, daß die Sterne zuerst eine sehr ausgebreitete und, da die Gesamtmasse während des ganzen Prozesses ungeändert bleibt, sehr

dünn verteilte Masse, deren Leuchtkraft gering ist, besitzen. Durch Zusammenziehung wird die Massendichte dichter und Energie erzeugt, welche die Temperaturen steigert. Das geschieht bis zu einem gewissen Punkt, wo also die Sterne am hellsten sind, die Temperaturerhöhung aufhört und durch die weitere Abkühlung nicht mehr kompensiert werden kann. Die Sterne werden immer kälter und kleiner und die Masse dichter. Sie entwickeln sich also in der Weise, daß sie am Anfang und am Ende ihrer Sichtbarkeit denjenigen Spektraltypus zeigen, der die Sterne enthält und in der Mitte die größte Helligkeit aufweisen, also zum Typus der weißen Sterne gehören. Es gibt also einen Ast der Entwicklung von wenig dichten, also sehr ausgedehnten Sternen, die immer dichter und heißer werden und von da ab einen zweiten absteigenden Ast der kleineren sich abkühlenden Sterne. Da die Spektraltypen im absteigenden Ast in umgekehrter Folge wiederkehren wie beim aufsteigenden, so gibt demnach das Spektrum keine eindeutige Bestimmung des Entwicklungsstadiums. Jedem Typus kann entweder ein Riesenstern oder ein Zwergstern entsprechen. Unsere Sonne z. B. ist ein Zwergstern. Die fundamentale Wichtigkeit dieser durch manche Erfahrung gestützten Ansicht ist einleuchtend. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß diese Zweiteilung der Sterne in Riesen- und Zwergsterne, obwohl von vielen Astronomen anerkannt, doch auch ihre Schwierigkeiten hat. Offenbar müssen die beiden Arten von Sternen in ihrer Häufigkeit gewissermaßen eine Lücke im stetigen Übergang von der einen zur anderen Art zeigen, denn daß es schlechthin stark leuchtende und weniger leuchtende Sterne desselben Typus gibt, ist nichts Neues, aber hier werden doch die beiderseitigen Spektren wenn auch nur im kleinen Umfange Verschiedenheiten aufweisen müssen und diese sind, so scheint es, noch nicht sicher erkannt worden. Deshalb bestreitet der hervorragendste Astronom in Schweden die prinzipielle Berechtigung der erwähnten Zweiteilung.

Kaum zu bezweifeln ist, daß die Milliarden von Sternen am Himmel zu einem engeren System, dem Milchstraßensystem, verbunden sind, also einen Haufen von Sternen bilden, zu dem auch unsere Sonne gehört. Der Haufen hat Grenzen, die in einer Entfernung liegen, die bis zu 20000 Lichtjahren anzunehmen ist. Zu dem Haufen gehören alle sichtbaren Sterne und wie bereits nachgewiesen ist, auch alle die überaus zahlreichen gewöhnlichen Sternansammlungen und auch die Nebelgebilde. Nur zwei Klassen von Weltkörpern sind als Ausnahmen von manchen Forschern angezeigt oder es ist ihnen eine ganz besondere Stellung zu unserem Sternsystem zugesprochen worden. Es findet sich am Himmel etwa ein halbes Hundert meistens aus sehr dicht gedrängten Sternen in sehr großer Anzahl bestehende Sternhaufen, die, wenig hell und von kleinen Dimensionen, offenbar eine kugelförmige Gestalt besitzen. Diese kugelförmigen Sternhaufen sind in der neuesten Zeit eingehend studiert worden und dabei ergaben sich zum Teil recht merkwürdige Resultate. So erregte der von Amerika gekommene Nachweis, daß diese Kugelhaufen sich in überaus großer Entfernung von uns — bis zu 150000 Lichtjahren — befinden sollen, einiges Aufsehen. Die Resultate wurden erst vor ganz kurzer Zeit von angesehener Seite bestritten, wonach man zu Entfernungen gelangt, die die Dimensionen unseres Sternsystems durchaus nicht überschreiten; und das ist auch an sich wahrscheinlich, wie einfache Überlegungen zeigen, die zum mindesten klar erkennen lassen, daß die amerikanischen Resultate auf höchst willkürlichen und nicht einmal wahrscheinlichen Hypothesen aufgebaut sind. Der Verfasser gibt über diese weitläufigen Fragen ausführlichen und sehr eingehenden Bericht, der sich vielleicht nur etwas gar zu wenig skeptisch ausspricht.

Ein wirkliches Rätsel geben die Spiralnebel der Astronomie auf: Kleine, schwache Objekte höchst merkwürdiger spiraliger Form, die zu Hunderttausenden am ganzen Himmel verstreut gefunden worden sind und deren physikalische Beschaffenheit noch ganz unerklärt ist. Auch an sie haben sich Spekulationen geknüpft, welche diese Gebilde als sehr entfernte, unserem Milchstraßensystem koordinierte Weltsysteme erklären. Einen irgendwie überzeugenden Beweis für solche Behauptung gibt es bisher nicht, und das Gegenteil kann mindestens mit demselben Recht behauptet werden.

Der Verfasser befleißigt sich, in all diesen so überaus wichtigen und interessanten Fragen einer zuwartenden objektiven Haltung, wenn auch Referent in manchen Punkten eine kräftigere Zurückweisung gewünscht hätte. Das ist aber auch die einzige kleine Ausstellung, die Referent zu machen hat, und die er ohne weiteres als subjektive Meinungsäußerung bezeichnen möchte. In dieselbe Kategorie von Wünschen gehört auch der nach wenn auch noch so

sparsam und auf die wichtigsten Fragen sich beschränkenden Literaturnachweisen, die manchem Leser, der sich weiterhin mit einigen der vorkommenden Materien beschäftigen möchte, gewiß erwünscht wären.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß das Buch in vorzüglicher Ausstattung an die Öffentlichkeit getreten ist, ganz angemessen seinem ausgezeichneten Inhalt.

Hugo von Seeliger.

Neuerscheinungen.

Der schöne Niederrhein. Herausgegeben von Werner Jansen (Regensburg, Franz Ludwig Habbel): Bilder aus Xanten, Emmerich, Düsseldorf, Zons, Kalkum, Kaiserswerth, Köln, Orsoy, Duisburg, Calcar usw. Die Urbilder scheinen technisch glänzende Gummidrucke zu sein. Dazwischen Beiträge in Poesie und Prosa. Ein eindrucksvolles Album des besetzten Gebietes, als künstlerisches Anschauungsmittel auch für Schulen zu empfehlen.

Max Hasse schreibt eine neue Biographie des Dichtermusikers Peter Cornelius (Leipzig, Breitkopf & Härtel), deren 1. Band bis 1857 reicht. Wenn auch über das Werk erst nach Abschluß sich urteilen läßt, so kann man jetzt schon sagen, daß alle Freunde der Tonkunst an ihm ihre Freude haben werden, vor allem schon um der ungewöhnlich zahlreichen und umfangreichen Notenbeispiele willen. Wer z. B. hat vom Kirchenkomponisten Cornelius bisher etwas gewußt?

Für Deutsche, die Adalbert Stifter so hoch schätzen, daß sie jede Zeile zu lesen wünschen, die er je geschrieben hat, wird die Mitteilung von Belang sein, daß die einzig vollständige Ausgabe seiner Werke, die der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen, fortgeführt wird. Bis jetzt sind 11 Bände erschienen, darunter der Nachsommer vollständig. Deutsche Unternehmungen im Tschechenstaat müssen wir mit allen Mitteln fördern. Die Ausgabe wird vertrieben durch den Sudetendeutschen Verlag Franz Kraus in Reichenberg.

Da ist ein kleiner Kalender der Druckerei Wilhelm Gerstung in Offenbach am Main. Er enthält in verkleinerter Wiedergabe Gerstungs bekannte Wandsprüche. Ihre Verfasser sind Sven Hedin, Königin Luise, Albert Matthäi, Fichte, Lagarde u. a. Von Matthäi sei die Strophe hergesetzt, die in unseren Herzen brennen sollte: „Deutschland, Deutschland über alles, Und im Unglück nun erst recht. Nur im Unglück kann die Liebe zeigen, ob sie stark und echt. Und so soll es weiter klingen Von Geschlechte zu Geschlecht: Deutschland, Deutschland über alles, Und im Unglück nun erst recht!“ Daß die Wandsprüche prachtvoll gesetzt sind, davon hätten wir vielleicht vor 1914 zuerst gesprochen. Jetzt stellen wir zuerst fest, daß ihre Gesinnung prachtvoll ist.

„Zwischen Staatsmännern, Reichstagsabgeordneten und Vorbestraften.“ Von „A“ (Berlin, August Scherl): Des Parlamentarismus ganzer Jammer... (Schutzmann aus der Versenkung: „Gesetz zum Schutze der Repu...“), Wie erbärmlich das Niveau... (Sch. a. d. V. „Gesetz zum Schutze der Re...“), „Den Kerls auch noch Diäten“ (Sch. a. d. V. „Gesetz zum Schutze der...“), Es wird nicht eher besser, bis ein Cromwell... (Sch. a. d. V. „Gesetz zum Schutze...“) oder ein Mussolini... (Sch. a. d. V. „Gesetz zum Schu...“) oder ein Hitler... (Sch. a. d. V. „Jetzt haben wir Sie endlich, Sie sind verhaftet, marsch!“)

Für jeden, der Tübingen kennt und liebt: „Walt in Tübingen. Jean Paul aus dem Stegreif nacherzählt von Martin Lang. Mit 17 Federzeichnungen Tübinger Garten- und Weinberghäuser von Karl Biese“ (Tübingen, Alexander Fischer). Das vielverheißende Heft 1 einer Reihe schwäbischer Bilderhefte; Text und Bilder gleich anmutig. (Nebenbei: die kleinen Tübinger Weinbauern, Gogen genannt, haben einen Spruch, den ich einmal in einem Wirtshaus im Oberland hörte: Im ra! Soll heißen: Im Heruntergehen! Pressiert nicht! Die Zeit kommt schon! ἔσσεται ἦμαρ! Sollte der Spruch nicht ein Geleitspruch für uns Deutsche sein?...) Josef Hofmiller.

Redaktionell abgeschlossen am 24. März 1923.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet.
Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München.
Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

53 German

Der deutsche Charakter

Tribute

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
JUN 4 1923

Schicksalswende

Die Ruhrgreuel

Die deutschen Arbeiter

Ausführliches Inhaltsverzeichnis auf der vierten Seite des Anzeigenteils

Süddeutsche Monatshefte

Doppelheft Februar/März 1923

BLEICHERT

ADOLF BLEICHERT & CO.
LEIPZIG

Älteste und größte Fabrik der Welt für den Bau von
Drahtseilbahnen und Elektrohängebahnen
Kabelkrane * Becherwerke * Bandförderer

ZEISS
Punktal=
Gläser

besitzen die wissenschaftlich errechnete für jeden Grad von Fehlsichtigkeit erforderliche Durchbiegung und sind in einem sorgfältig überwachten Arbeitsgang hergestellt. Zeiss-Punktalgläser ermöglichen dem Auge, unter Ausnutzung der natürlichen Beweglichkeit, nach allen Richtungen scharf zu sehen. Wer erst einmal Zeiss-Punktalgläser getragen hat, weiß die Vorzüge dieser Gläser zu schätzen.

Jeder gute Optiker setzt in Brillen und Kneifer Zeiss-Punktalgläser ein.

Druckschrift „Punktal 5" kostenfrei durch Carl Zeiss, Jena

IV. Wiener Internationale Messe

18.—24. März 1923

Günstigste Einkaufsgelegenheit für alle Branchen

Ausstellung „Der technische Fortschritt"

Auskünfte für Südbayern: Regierungsrat **Max Sanna, München,** Möhlstr. 27

Ketten aller Art

Carl Schlieper

Grüne in Westf.

Schleussner

PLATTEN
CHEMIKALIEN
für alle Zwecke der
PHOTOGRAPHIE

PHOTOHILFSBUCH
I. Teil: Das negative Bild
II. Teil: Das positive Bild

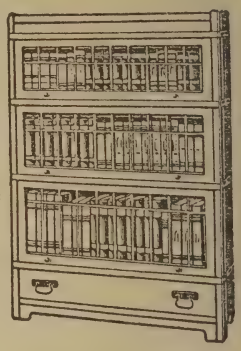
D I S K U S
Belichtungsermittler. Einfach, bequem, zuverlässig!

Prospekte, Preisliste und Lieferung durch alle Photohandlungen oder direkt durch die
Dr. C. Schleussner Aktiengesellsch.
Frankfurt a.M. 126

Eine große Freude

ist mir immer wieder der vor 4 Monaten gelieferte
UNION-ZEISS
BÜCHERSCHRANK
aus einzelnen Abteilen
Er erregt in jeder Hinsicht nur Bewunderung usw.

Immer fertig!



Nie vollendet!

So lautet eine der vielen Anerkennungen die unaufgefordert eingehen.

KATALOG NR. 382 AUF WUNSCH!

HEINRICH ZEISS (Unionzeiss)
FRANKFURT A. MAIN / KAISERSTRASSE 36
Zweighaus: Berlin NW 7

Vereinigung
Bayerische Handelsbank · Bayerische Vereinsbank · Vereinsbank Nürnberg
– München – – München-Nürnberg – – Nürnberg –

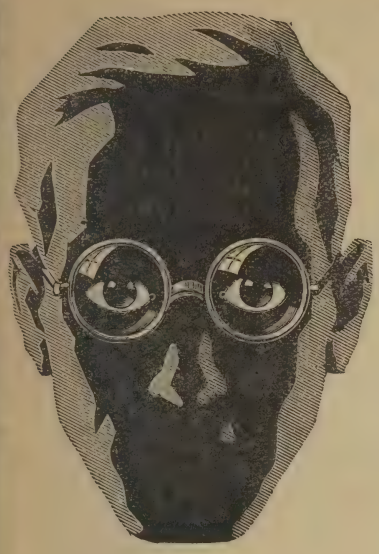
Aktienkapital und Reserven insgesamt rund 757 Millionen Mark.
Pfandbrief- und Komm.-Oblig.-Umlauf rund 1,845 Millionen Mark.
Hypotheken- und Komm.-Darlehens-Bestand rund 1,842 Millionen Mark.

Bayerische Vereinsbank München-Nürnberg
mit 125 Zweigniederlassungen im rechtsrheinischen Bayern.
Offene Depots. — Schrankfächer (Safes). — Geschlossene Depots.
Besorgung aller Bankgeschäfte.
Verkehr mit Gemeinden und Stiftungen,
auch mit Kirchengemeinden und Kultusstiftungen.

Bayer. Handelsbank · Bayer. Vereinsbank · Vereinsbank Nürnberg:
Pfandbriefe (mündelsicher — stiftungsmäßig — lombardfähig).
Hypothekarische Darlehen (Unkündbare Annuitätendarlehen — Zinsdarlehen),
Kommunal-Schuldverschreibungen (stiftungsmäßig — lombardfähig),
Kommunal-Darlehen.

Lagerhaus-Verbindung: „Bavaria"-Lagerhaus- und Transport-Gesellschaft m. b. H., München (vorm. Lagerhäuser der Bayer. Handelsbank, München).

Gedruckte Bestimmungen für alle Geschäftszweige kostenlos.



GOERZ

Largon-Brillengläser

Garantierte Akkommodationsruhe des Auges für den Blick in die Ferne

Daher größte Schonung der Augen

✳

Bezug durch die Optiker *Druckschriften kostenfrei*

Optische Anstalt C. P. GOERZ A.-G. Berlin-Friedenau 143

L. A. Riedinger

Maschinen- und Bronzewarenfabrik A. G.

Augsburg

Kunstgewerbliche Beleuchtungskörper
in jeder Stilart nach eigenen und gegebenen Entwürfen

Ständige reichhaltige Musterausstellungen :: Werk Augsburg
München, Briennerstr. 55 :: Kunstgewerbliche Niederlassung

L. HERMESMANN & CO. / DORTMUND

EISENGROSSHANDLUNG

TELEPHON 5697—5698 • TELEGRAMM-ANSCHRIFT: HERMESEISEN

Süddeutsche Monatshefte

Doppelheft Februar/März 1923.

Schicksalswende

Seite

Bild von Frankreich und Deutschland aus dem Journal vom 28. Januar 1923 . . 365
Die Jungfrau von Orleans 365
Deutsche Geschichte und deutscher Charakter / Von Dr. Karl Alexander von Müller, Professor der Geschichte an der Universität München 367
Schicksalswende / Von Friedrich Ritter Edlen von Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrates 382
Die Verbrechen der französischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, nach amtlichem Material / Von Dr. Hanns Martin Elster 391
Aus dem altbesetzten Gebiet / Nach Francesco Nitti, früherem italienischen Ministerpräsidenten: „Der Niedergang Europas“ 399
Das Schreckensregiment der Franzosen und Belgier an Rhein und Ruhr / Von Otto von Stülpnagel 400
Die Deutschen haben es auch nicht anders gemacht / Von Otto von Stülpnagel . . 410
Clemens von Delbrück 421
Militärverbrechen 422
Der Frankfurter Friede 423
Französische Vorträge in Elsass-Lothringen in den Jahren 1912 und 1913 / Von Dr. Friedrich Lienhard, Herausgeber des „Türmer“ 430
Die Erlösung der Massen von ihren Führern Von Adolf Schiedt, Hauptschriftleiter der „Münchner Zeitung“ 433
Die Franzosen am Rhein 435
Zur Entstehungsgeschichte des belgischen Volkskrieges / Von Walter Bloem . . 436
Der Schlagwörterkrieg / Von Dr. Ricarda Huch 443

Bücherschau.

Astrophysik / Von Dr. Hugo von Seeliger, Direktor der Sternwarte, Präsident der B. Akademie der Wissenschaften 456
Neuerscheinungen / Von Dr. Josef Hofmiller 460

Wir bitten unsere Leser, von der Mitteilung unseres Verlags auf Seite XVIII des Anzeigenteils Kenntnis zu nehmen.

Druckschriften kostenlos.

Warum gerade Pebeco?

Weil die Zahnpasta Pebeco die Bildung von Zahnstein und Säuren, die den Verfall der Zähne verursachen, verhindert.

Darum: Hebt Zähne und Mund mit Pebeco gesund!

DIE ZÄHNE PFLEGEN HEISST

Lohses Balsamisches Mundwasser

GEBRAUCHEN

ÜBERALL ERHÄLTLICH

Gustav Lohse

Berlin

Dr. Alexander Wacker

Gesellschaft für elektrochemische Industrie G.m.b.H.
MÜNCHEN / PRINZREGENTENSTRASSE 20

Essigsäure	Paraldehyd	Pentachloräthan
Essigessenz	Trichloräthylen	Hexachloräthan
Eisessig	Dichloräthylen	Aluminiumchlorid
Bleizucker	Perchloräthylen	Siliziumtetrachlorid
Essigäther	Tetrachloräthan	Eisenchlorid
Azetaldehyd		

Piedboeuf-Kessel

Wanderroste
Flammrohrkessel
Abhitzekessel, Steilrohrkessel
Wasserrohrkessel
Dampfüberhitzer
Vorwärmer

Jacques Piedboeuf G.m.b.H.

Dampfkesselfabriken
Düsseldorf und Aachen

GEBR. RÖCHLING * MÜNCHEN

Roheisen in allen Zusammensetzungen

Giessereibedarf

Metalle roh und gewalzt in allen Legierungen

Walzeisen Formeisen, Betoneisen, Stabeisen, Grobbleche, Feinbleche, verzinkte Bleche, Walzdraht, Drahtstifte

Röhren schmiedeeiserne Röhren und Verbindungsstücke, gußeiserne Muffen- und Flanschen-Druckröhren

Eisenkonstruktionen

Abtlg. C

Gesellschaft für

LINDE'S EISMASCHINEN A.-G.

ZWEIGNIEDERLASSUNG

MASCHINENFABRIK SÜRTH

Sürth b. Köln

Kompressoren

Kohlensäure-Gewinnungs-Anlagen

Verflüssigungs-Anlagen für CO_2, NH_3, Cl_2, SO_2 usw.

Kleinkältemaschinen

Hochdruckstahlflaschenventile

Preßluft-Anlagen und Werkzeuge

FRITZ NEUMEYER AKTIENGESELLSCHAFT
MÜNCHEN
MIT
WERK BRIEGLEB, HANSEN U. Co., GOTHA

WASSERTURBINEN

Nahe an 6000 Anlagen geliefert
z. Zt. u. A. in Auftrag: Mittlere Isar, 7 Turbinen von je 13000 PS
Eigene Versuchsanstalten für Turbinen und Regler

INGENIEURBÜROS IN

AMBERG Schenkelstr. 146	DRESDEN Krenkelstr. 21	GIESSEN Bergstr. 1	MÜNCHEN Wagmüllerstr. 18
BONN Meckenheimerallee 26	ELBING Fischerstr. 7	MINDEN Paulinenstr. 15	STUTTGART Hohenheimerstr. 53

M · A · N

MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG AG

Werke in Augsburg, Nürnberg, Gustavsburg
Gegründet 1837 :: 19000 Werkangehörige

Kraftanlagen: Bau- und Eigenerzeugung vollständiger Kraftwerke mit Dampf- und Verbrennungskraftmaschinen, Abdampf- und Zwischendampf-Verwertung, Abwärmeverwerter.

Verkehrseinrichtungen: Eisenbahn-, Straßenbahn- und Lastkraftwagen, Krane, Verladebrücken, Wagenkipper, Spille, Bandförderer, Aufzüge, Drehscheiben, Schiebebühnen.

Eisenbauten: Brücken, Hallen, Gebäude, Bimsbetondächer, Gerüste, Hellinge, Hochofenbegichtungsanlagen, Behälter, Eisenwasserbauten.

Sonstiges: Flach- und Rotations-Druckmaschinen, Kälte-Erzeugungsmaschinen, hydraulische Preßanlagen, Absaugungsanlagen und Luftheizungen, Materialprüfungsmaschinen.

Eßlingen

Elektr. betriebener fahrbarer Greifer-Drehkran

Wir bauen elektrisch betriebene Hebezeuge und Verladeanlagen für die verschiedenartigsten Anforderungen, ferner fahrbare Dampfdrehkrane.

Maschinenfabrik Eßlingen
in Eßlingen

GHH

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE OBERHAUSEN-RHLD.

UNSER WERK STERKRADE LIEFERT:

Brückenbauten in Eisen
Hochbauten in Eisen
Wasserbauten in Eisen
Kolben- und Turbomaschinen
Weichen für Gleisanlagen aller Art
Guß- u. Schmiedestücke, geschmied. Ketten

RHEINWERFT WALSUM:

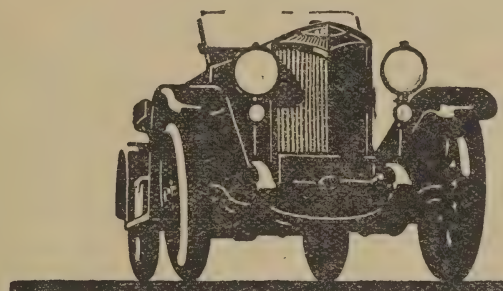
Flußkähne, Dieselmotorschlepper
Schiffsausbesserungen

Sofort lieferbar:

Generalvertretungen:

Autohoffmann, München, Karlsplatz 12

Waldemar Meyer, Sigmaringen



PROTOS

PROTOS-AUTOMOBILE-GMBH-SIEMENSSTADT-BEI-BERLIN

Unbesiegt

in allen großen Konkurrenzen der Saison 1921/22 hat sich der DKW-Motor **die ganze Welt erobert!**

Referenzen: Saison 1922 insgesamt 192 Preise!

Wählen Sie nur einen allerbesten Motor, von dem Sie die Gewißheit haben, daß er allen Ansprüchen gewachsen ist, also nur den

siegreichen
bestbewährten
zuverlässigen
sparsamen
leistungsfähigen

DKW

Das kleine Wunder
läuft bergauf —
wie viele runter.

und zwar

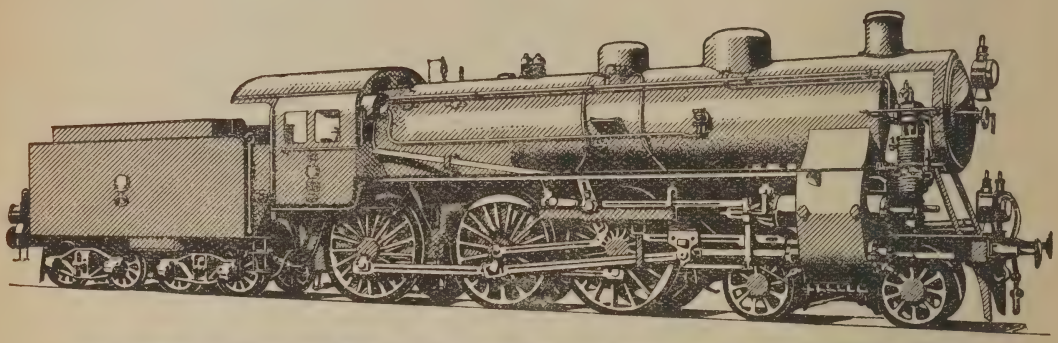
entweder einen DKW-**Hilfsmotor** (für ein altes Fahrrad)
oder ein DKW-**Leichtmotorrad Reichsfahrtmodell**
oder ein DKW-**Leichtmotorrad Sportmodell**
oder ein **Leichtmotorrad mit DKW-Motor**
(bereits 32 Firmen bauen unseren Motor ein!)

DKW-Erzeugnisse erhalten Sie in aller Welt!

Verlangen Sie Prospekte, Siegesbuch und Referenzenlisten vom Werk!

Zschopauer Motorenwerke J. S. Rasmussen, Zschopau 29 / Sachsen

HENSCHEL & SOHN
G.M.B.H. CASSEL



LOKOMOTIVEN
JEDER ART · GRÖSSE UND SPURWEITE

„ZÜNDAPP"

DAS
MOTORRAD
FÜR JEDERMANN
ZÜNDAPP-G·M·B·H· NÜRNBERG

Hochleistungs-Steilrohrkessel

Kammer-Wasserrohr-Kessel
mit genieteten, explosionssicheren Wasser-Kammern

Wanderrost-Feuerungen
mit und ohne Unterwind

Patent-Universal-Wanderrost-Feuerungen
für Steinkohle wie auch für grubenfeuchte Rohbraunkohle

Schlackengeneratoren
für Wanderroste

Kohlenstaubfeuerungen

Sprinkler-Anlagen
(selbsttät. Feuerlöscheinrichtungen)

WALTHER & CIE.
AKTIENGESELLSCHAFT
KÖLN-DELLBRÜCK

DUCANOLA

PIANO und FLÜGEL

Das Instrument des persönlichen Kunstspiels mittels Tret- und Hebelbedienung nach dem eigenen Empfinden des Vortragenden ❖

PHILIPPS A·G· FRANKFURT A.M./LEIPZIG/ESSEN

ZD 46

VEREINIGTE STEINWERKE **KUPFERDREH** NR. 5 * BEI ESSEN

TELEFON-NUMMER 8 UND 9 * * GEGRÜNDET 1897 * * TELEGRAMM-ANSCHRIFT: STEINWERKE, KUPFERDREH

Die bekannten gebrauchsfertigen

Fassaden-Putzmörtel

Westfalia-Steinputz (in Travertin, in bayr. Muschelkalk, in Granit, in Trachit, in Tuffstein, in Basalt etc.),

Grana-Dauerputz, geschützt durch 3 deutsche Reichspatente,

Rhenania-Edelputz, in den verschiedenen Tönungen.

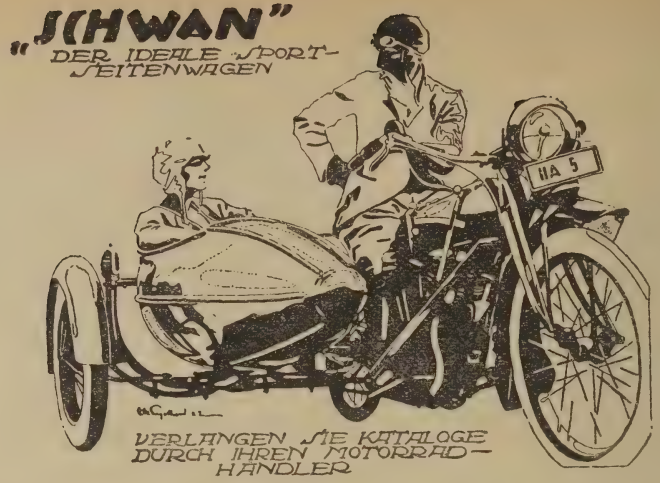
Kunststein-Treppenanlagen scharriert und geschliffen

Gebrauchsfertige **Fußboden-Spezial-Hartgesteinmischung „Hastelku"**

Stufen-Hartgesteinmischungen

Betonwaren aller Art * **Hartbasaltplatten „Basalt-Kupferdreh"**

Verlangen Sie unsere Sie über alles aufklärenden Prospekte!



Formvollendet!

Swan Seitenwagen G. m. b. H., München

Blütenstraße 21 / Telephon 25513

Deutschlands tiefste Erniedrigung

Betrachtungen eines europ. Staatsmannes

Das mutige Bekenntnis eines einflußreichen europ. Staatsmannes für die gerechte Sache eines Volkes, dem jeder Tag neue Demütigungen bringt.

Eine Broschüre, die jeder Deutsche gelesen haben muß.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von

Otto Mieth Verlag, Böblingen b. Stuttgart.

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft.

Der Gewinnanteilschein für 1921/22 gelangt von jetzt ab mit M. 200.— in **München:** bei dem Bankhaus Merck, Finck & Co.; in **Berlin:** bei der Darmstädter und Nationalbank, bei der Berliner Handels-Gesellschaft, bei der Deutschen Bank, bei der Dresdner Bank; außerdem bei der Darmstädter und Nationalbank in **Darmstadt** und bei der Filiale der Darmstädter und Nationalbank in **Frankfurt a. M.** zur Auszahlung.

München, den 6. Februar 1923. **Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft.**

Eine Sprachlektion kostenlos

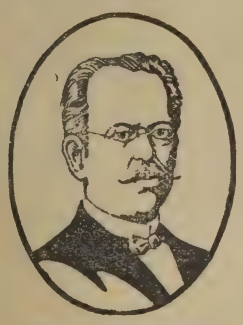
portofrei und ohne irgendwelche Verbindlichkeit.

Sprachkenntnisse sind heute mehr denn je eine unerläßliche Notwendigkeit für jeden vorwärtsstrebenden Menschen. Der Ausbau unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande erfordert Sprachkundige in allen Stellungen und in allen Berufen.

Nehmen Sie einmal eine Tageszeitung zur Hand und sehen Sie sich die Stellenangebote durch. Sie werden erstaunt sein darüber, in welch großer Anzahl heute Sprachkundige in allen Berufen gesucht werden. Dieser großen Nachfrage steht aber nur ein äußerst geringes Angebot gegenüber. In allen Berichten und Statistiken von Arbeitsnachweisen usw. kommt zum Ausdruck, daß überall großer Mangel an Sprachkundigen herrscht. Nützen Sie also die Gelegenheit durch Erwerbung von Sprachkenntnissen vorwärtszukommen aus. Beginnen Sie sofort mit dem Studium. Unsere weltberühmte

Methode Toussaint-Langenscheidt

bietet Ihnen Gelegenheit, in leicht verständlicher, bequemer und interessanter Weise auf Grund des Selbstunterrichtes jede wichtigere fremde Sprache zu erlernen. Die Kosten des Unterrichts können in bequemen monatlichen Raten beglichen werden. Vorkenntnisse oder bessere Schulbildung sind nicht erforderlich. Das Studium nach unserer Methode ist eine interessante, Ihre Bildung ungemein fördernde Beschäftigung für Ihre freien Stunden. Bedenken Sie, daß Sie sich dadurch ohne fühlbare Ausgaben Kenntnisse erwerben können, die für Ihr Vorwärtskommen von größtem Werte sind.



Prof. G. Langenscheidt

Um Ihnen Gelegenheit zu bieten den Unterricht nach unserer Methode Toussaint-Langenscheidt kennen zu lernen, sind wir gern bereit, Ihnen sofort eine **Probelektion kostenlos** und ohne irgendwelche Verbindlichkeiten zuzusenden. Sie brauchen uns nur den untenstehenden Abschnitt einzusenden oder uns unter Bezugnahme auf diese Zeitung eine Postkarte zu schreiben (gewünschte Sprache angeben). Schreiben Sie heute noch.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung
(Prof. G. Langenscheidt)
Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29-30 ★ (Gegründet 1856)

Auf nebenstehendem Abschnitt nur die gewünschte Sprache und Adresse genau angeben und in offenem Briefumschlag frankiert als „Drucksache" einsenden. Wenn weitere Zusätze gemacht werden, nur als verschlossener Brief zulässig.

Hier abtrennen

Ich ersuche um Zusendung der in den „Südd. Monatsh." angebotenen Probelektion der [102

Sprache, kostenlos, portofrei und ohne Verbindlichkeit

Name: .....

Beruf: .....

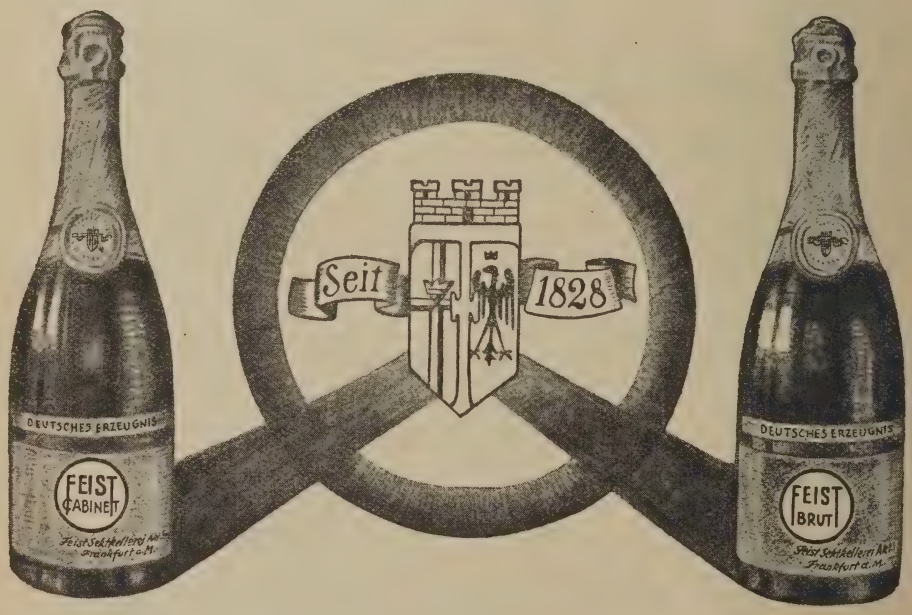
Ort u. Str. .....

Personen-und
Lastkraftwagen
aller Art

Motorräder
u. Beiwagen

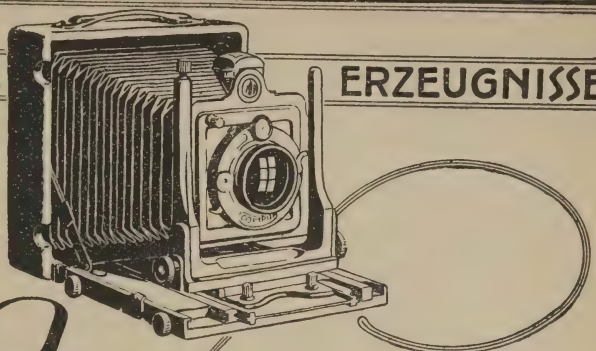
Betriebssicher
Formenschön
Angenehm

Neckarsulmer Fahrzeugwerke A.G. Neckarsulm



FEIST SEKTKELLEREI A·G·FRANKFURT A·M.

ERSTKLASSIGE ERZEUGNISSE



Ica Cameras Mimosa Photo-Papiere

Ica Akt-Ges. Dresden - Mimosa A.G. Dresden

Verlangen Sie Perutz-Literatur Nr. 149 kostenfrei

Perutz

Platten Photo- Films Chemikalien

Otto Perutz Trockenplatten-fabrik München G.m.b.H.

H. Aufhäuser

Kommandite von S. Bleichroeder, Berlin

Bankgeschäft

München

Lőwengrube 18–20

Telegramm-Adresse: Aufhäuserbank

An unsere Leser!

Die Not der Zeit zwingt uns, unsere Preise wesentlich zu erhöhen. Die Gründe dafür sind jedermann bekannt und fühlbar. Für Mark 240.— sind heute kaum 3 Semmeln erhältlich; es wäre unbilllig, 3 Nummern „Süddeutsche Monatshefte" dafür zu verlangen. So müssen wir den für das **Quartal Januar bis März erhobenen Abonnementsbetrag für das Januarheft verbuchen und den Betrag für das Februar- und Märzheft neu erheben.** Um uns den Verhältnissen der Geldentwertung anpassen zu können, haben wir nunmehr für unsere neuen und alten Hefte eine **Grundzahl** von 40 Pfennig (Friedenspreis war Mark 1.50) als Preis ab 1. März aufgestellt, welche Zahl mit der für den Buchhandel jeweils gültigen Schlüsselzahl (zurzeit 2000) zu vervielfachen und für jedes Heft einzeln zu berechnen ist. Mit der Unmöglichkeit, feste Preise für ein Vierteljahr voraus zu bestimmen, entfällt auch das Vierteljahres-Abonnement bei der Post. / Wir bitten Sie daher, Ihre Zeitschrift künftig durch Ihren dortigen Buchhändler zu beziehen, der sie Ihnen auf billigstem Wege zustellen wird. Soweit das nicht möglich ist und Sie direkten Bezug wünschen, müssen wir um die Erlaubnis bitten, die Hefte jeweils unter Nachnahme zu versenden (Nachnahmekosten tragen wir), da es uns unmöglich ist, für jeden einzelnen Bezieher ein Konto zu führen und den Betrag erst zu Ende des Vierteljahres zu erheben, wenn die Mark weiter gesunken ist. Sofern Sie bisher direkt von uns bezogen haben, bitten wir um Nachricht, ob Sie die Zeitschrift künftig durch Nachnahmesendung oder durch Ihren Buchhändler zu beziehen wünschen. Soweit Sie durch Postabonnement bezogen, bitten wir um Nachzahlung von Mark 1600.— für die Doppel-Nummer Februar-März (Postscheck-Konto München Nr. 339). / Für Auslands-Abonnenten bleiben die in fremder Währung (16 Schweizer Frs. pro Jahr) festgesetzten festen Preise bestehen.

Verlag der Süddeutschen Monatshefte

Neue Anschrift: München, Amalienstr. 6 · Postscheckkonto 339

SPATENBRÄU MÜNCHEN

*

Export dunkler und heller Biere nach allen Ländern der Welt

FRANZISKANER LEISTBRÄU MÜNCHEN

*

Export dunkler und heller Biere nach allen Ländern der Welt

BENEDIKTBEURER
KLOSTERGOLD

BKG

Anton Riemerschmid
WEINBRENNEREI
& LIKÖRFABRIK
München

KEIN TISCH
OHNE

MÜNCHENER
LÖWENBRÄU

Zigaretten
der
Oesterr. Tabak-Regie

Cenovis
Nährmittel
bürgen für Qualität
Cenovis Nährmittelwerke G.m.b.H. München

G. Zuban
ZIGARETTEN-FABRIK
KOMMANDIT-GESELLSCHAFT
Z ZUBAN
MÜNCHEN

Cirine DRP 132216
flüssiges Bohner-wachs

Kinderleichtes Arbeiten.
Seit 1901 glänzend belobt. Stahlspäne u. Terpentinöl werden entbehrlich. Durch die flüssige Form kolossal ausgiebig u. leicht anzuwenden. Der Boden bleibt waschbar u. hell.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Fabriken: Deutschland: Cirine-Werke Böhme & Lorenz, Chemnitz 33
Tschecho-Slowakei: Jos. Lorenz & Co., G. m. b. H., Eger
Deutsch-Österreich: Österr. Cirine-Werke, G. m. b. H., Salzburg

Verlangen Sie gratis und franko die Broschüre:
„Wie behandle ich mein Linoleum und Parkett sachgemäß?“

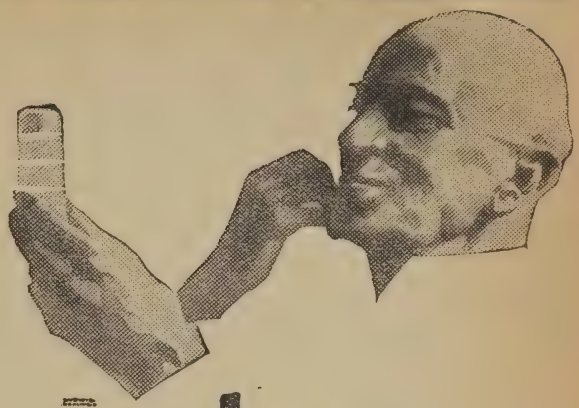
SOENNECKEN

RING-BÜCHER

DAUER-NOTIZBÜCHER

Bei Bestellungen
bittet man auf die
»SÜDD. MONATSHEFTE«
Bezug zu nehmen.

F. WOLFF & SOHN KARLSRUHE

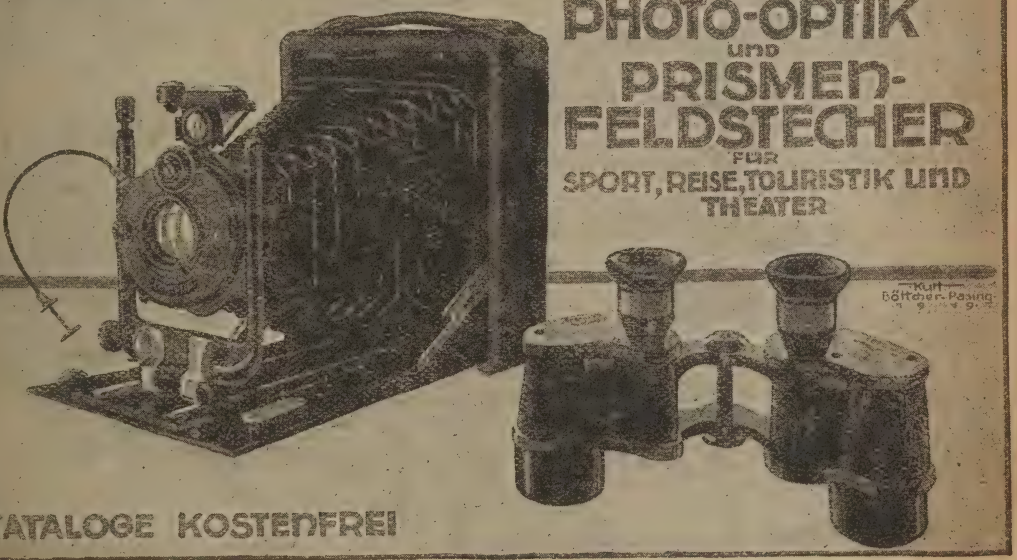


Kaloderma Rasierseife

STEHT DURCH ZUSATZ VON KALODERMAGELEE AN DER SPITZE SÄMTLICHER RASIERSEIFEN

RODENSTOCK OPTISCHE WERKE MÜNCHEN-X

PHOTO-OPTIK UND PRISMEN-FELDSTECHER FÜR SPORT, REISE, TOURISTIK UND THEATER



KATALOGE KOSTENFREI

BAUSCHER BW WEIDEN

Hotelporzellan

FEUERFESTES KOCHGESCHIRR
• LUZIFER •

Lieferant der
Deutschen & der Internationalen
SPEISEWAGEN- &
SCHIFFAHRTS-GESELLSCHAFTEN
sowie der
HOTELS, RESTAURANTS & CAFÉS
des In- und Auslandes.

Orgel-Harmoniums

über die ganze Welt verbreitet!

Kleinste bis größte Werke, auch von jedermann ohne Notenkenntnisse sofort 4stimmig spielbare Instrumente. Katal. gratis.

Aloys Maier gegr. 1846 **Fulda**

Königl. und Päpstl. Hoflieferant.

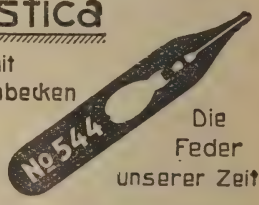
Dr. 4ling Seife

Hersteller: J. Kron, München

Unerreicht in Duft und Güte!

Rustica

mit Tintenbecken



Die Feder unserer Zeit.

Brause & Co - Iserlohn

Wildbad

württ. Schwarzwald, 430 m ü. d. M.
20000 Kurgäste.
Warme Heilquellen
(31–37° C.)

mit natürlicher, der menschl. Blutwärme angemessener Temperatur und großer Radioaktivität. **Vorzügliche Heilerfolge** bei Nervenleiden, Gicht, Rheumatismus, Ischias, Neurasthenie, Verwundungen und Lähmungen und allen Folgeerscheinungen des Krieges. — Alle erforderlichen Kurmittel, wie Medikomechanisches Institut, Radium-Emanatorium, Elektrotherapie. — **Luftkuren. Sommerfrische.** Neues Kurhaus. Drahtseilbahn auf den Sommerberg, mit Hotels in 530 und 750 m ü. d. M. — Prosp. frei durch d. **Kurverein.**

ST. MORITZ ENGADIN

»DAS LAND DER SONNE«
Sommersaison 15. Juni – 15. Sept.

HOTEL SCHWEIZERHOF

Erstklassig. Sonnig, zentral, altbekannt. Vorzügliche Verpflegung, volle Pension von Frs. 16.50 an, Heizung inbegriffen. Ad. Angst

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz — **Schroth-Kur** — Gr. Erfolge i. chron. Krankh. Prosp. fr.

C.A.F. KAHLBAUM

AKTIENGESELLSCHAFT

LIKÖRE • WEINE

SEIT 1818 BERLIN C 25

SEIT 1818 BERLIN C 25

A. A. CAY · BERLIN-SCHÖNEBG. 3

Geringe Kosten — höchste Freude!

Sie suchen gute und preiswerte Spiele, die erzieherischen Wert besitzen, dabei den Sinn für Schönheit und Ordnungsliebe erwecken und der vielbeschäftigten Mutter Erleichterung in der Beschäftigung aller Kinder bringen. Dann wählen Sie „Richters Anker-Erzeugnisse":

Richters Anker-Steinbaukasten: „Das deutsche Spiel für alle deutschen Kinder. Hilft der Mutter in der Erziehung."

Richters Künstler-Modellbaukasten: „Liebe Heimat" und „Bürgerheim" bunte Fenster und Türen, eine Dachfarbe, eine Mauerfarbe. Den Typen der deutschen Gaue angepaßt. Jeder Bau ein Modell der Wirklichkeit. Entzückende Siedlungsbauten. Rathäuser, Kirchen, Wohnhäuser mit Erkern, Terrassen und Balkons. Für jedes Alter geeignet.

Richters Landhaus-Baukasten: mit Mühlrädern, Modellierbogen für Fenster und Türen usw. Große, geprägte Schiefer und Ziegeldächer, nur eine Mauerfarbe, Nr. 303 A endlich lieferbar!

Achten Sie auf unsere Schutzmarke, sie verbürgt höchste Qualität zu mäßigem Preis.

Richters Vexier-Mosaik-Spiele und „Lustige Tiere": Kräftige, leuchtende Farben. Jeder Stein zweifarbig. Ein fröhliches Legespiel für Kinder u. Erwachsene. Grimms Märchenbilder, lustige Menschen u. Tiere, Karikaturen aller Art. Für Knaben und Mädchen das ideale Spiel.

Richters Geduldspiele: 19 verschiedene Sorten.

Richters Kugel-Mosaik-Meteor: ist das geschmackbildende Lieblingsspiel der ganz Kleinen und der Mädchen.

Kaufen Sie Anker-Erzeugnisse. Sie schaffen dadurch einen wahren Schatz für Ihre Kinder. Verlangen Sie unsere illustrierte Druckschrift Nr. 11.

F. Ad. Richter & Cie. A.-G. Baukastenfabrik Rudolstadt/Thür

Bayerische Vereinsbank

Verlosung und Kündigung.

In der heute durch das Notariat München II vorgenommenen 73. Verlosung wurden gezogen:

3½ %ige Pfandbriefe.

Sämtliche noch im Umlauf befindlichen Stücke zu M. 500.— der Serien I bis einschließlich XXV und der Serie XXXI.

Gleichzeitig kündigen wir sämtliche Stücke im Nennwerte von M. 500.— der von uns ausgegebenen 3½ %igen und 4 %igen Pfandbriefe und Kommunalobligationen **mit Ausnahme derjenigen der Serien 115, 117 und 130 unserer 4 %igen Pfandbriefe** zur Heimzahlung am 31. März 1923.

Am 31. März 1923 treten die verlosten und gekündigten Stücke außer Verzinsung.

Anstelle jeder Stückzinsvergütung lösen wir die verlosten und gekündigten Stücke von heute bis 31. März 1923 zum Kurse von 102 % ein. Fehlende, nach dem 1. April 1923 fällig werdende Zinsscheine kommen in Abzug. Nach dem 31. März 1923 erfolgt die Einlösung nur noch zum Nennwerte.

Auf Namen umgeschriebene Pfandbriefe und Kommunalobligationen können nur gegen ordnungsmäßige Abquittierung der Stücke durch den Berechtigten eingelöst werden.

München, 30. Januar 1923. **Die Direktion.**

HUGO STINNES LINIEN HAMBURG

Regelmäßiger Passagier-, Post- u. Frachtendienst von und nach

SÜD-AMERIKA
Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Santos, Montevideo, Buenos Aires

CUBA·MEXICO
Habana, Vera Cruz, Tampico evtl. Puerto Mexico

OSTASIEN
Straits, Hongkong, Shanghai, Kobe, Yokohama

HAPAG

SCHIFFSPASSAGEN

EISENBAHNFAHRKARTEN RUNDREISE- UND FAHRSCHEIN-HEFTE • SCHLAFWAGENPLÄTZE

AMTLICHE GEPÄCKBEFÖRDERUNG SOWIE ABFERTIGUNG

GEPÄCKVERSICHERUNG • FLUG- UND UNFALLVERSICHERUNG

VERMIETUNG V. AUTOMOBILEN

RUND-, FERN-, REKLAMEFLÜGE

GELDWECHSEL

AUSKÜNFTE, DRUCKSACHEN DURCH DIE REISEBÜROS DER

HAMBURG-AMERIKA LINIE

IN HAMBURG: ALSTERDAMM 25 UND JUNGFERNSTIEG 16-20 (KAUFHAUS TIETZ)

Berlin W 8, Unter den Linden 8, Potsdamerplatz u. Leipzigerstr. (Kaufhaus Tietz), **Baden-Baden,** Luisenstr. 2, **Breslau,** Schweidnitzer Stadtgr. 13 **Dresden,** Moszinskystraße 7, **Frankfurt** a. M., am Kaiserplatz, **Köln** Hohestr. (Kaufh. Tietz), **Leipzig,** Augustuspl. 2, **München,** Theatinerstr. 38 u. Bahnhofpl. 7 (Kaufhaus Tietz). **Stuttgart,** Schloßstr. 6 **Wiesbaden** Taunusstr. 11 u. durch die Vertreter an allen größeren in- u. ausländ. Plätzen.

Praktische und theoretische Vorbereitung für die überseeische und heimische Landwirtschaft

Deutsche Kolonialschule

Hochschule f. In- u. Auslandssiedlung. **Witzenhausen a. d. Werra**

Semesterbeginn Ostern u. Herbst. Lehr- u. Anstaltsplan (Internat) durch Verwaltung.

HOFFBAUER-STIFTUNG, Potsdam-Hermannswerder 108

JUGENDHEIM (vom 2. Jahre an) mit LYZEUM für Mädchen und jüng. Knaben. FRAUENSCHULE mit staatlicher Berechtigung. HAUSHALTUNGSSCHULE. ERHOLUNGSHEIM. SEMINAR für Hauswirtschaftslehrerinnen. KURSE für Privat- und Gutssekretärinnen. Idyllische Lage an Wald und Wasser.

Eisenach Bismarckstr. 14

Töchterheim Feodora A.D.T. Staatl. anerk. gibt Töchtern aus gutem Hause **gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung** nebst ernster geistiger Fortbildung (Frauenlehrzeit) / Frau **Marie Bottermann,** Vorsteherin, versendet Prospekt und Arbeitsplan

Eisenach Emilienstraße 12

Töchterheim Elsa Beyer staatlich anerkannt

Ziele des Frauenlehrjahrs. — Bei beschränkter Schülerinnenzahl liebevolles Eingehen auf Eigenart.

S.-R. Dr. Bielings Waldsanatorium **Tannenhof** Friedrichroda i. Thür.

Wir bitten alle unsere Leser — **insbesondere unsere zahlreichen Leser im Auslande** — bei allen Anfragen und Bestellungen, zu welchen sie durch unseren Anzeigenteil angeregt werden, sich ausdrücklich auf die Süddeutschen Monatshefte zu beziehen.

Ingenieurschule
Technikum Altenburg Sa.-A., mbH.
(Staatskommissar)
Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau.
Preisw. Verpfleg. i. Studierendenkasino
Programm auf Wunsch

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.

Seit 1895: **Abitur.** Prima O II. Uebertritt i. d. Staatsschule. Gymnas. u. real. Klass.: **Sexta – Reifeprüfung.** Förderung körperl. Schwacher. Sport. **Verpflegung** durch eigene Landwirtschaft.

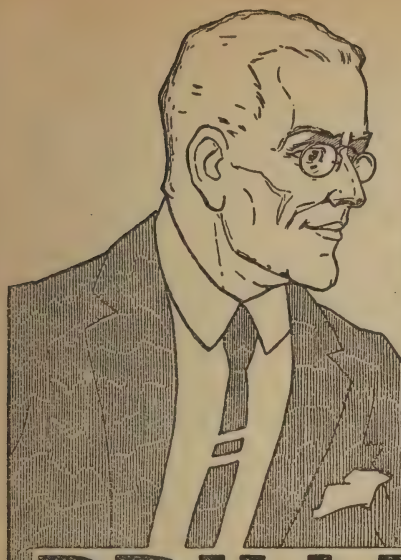
PARKHOTEL LUITPOLD OBERSTDORF

Eigentum: Dr. Otto Boeckner

Vornehmes Familienhotel ersten Ranges

Das ganze Jahr über geöffnet

Prospekt



Klares Bild durch NG-Busch

BRILLENGLÄSER

In allen besseren optischen Geschäften erhältlich

Nitsche u. Günther
Optische Werke A.-G.
RATHENOW

NG EB

Emil Busch A.-G.
Optische Industrie
RATHENOW

Schutzmarke, in jedes Glas eingeätzt

SIGURD

Trockenplatten

Richard Jahr Trockenplattenfabrik Akt.-Ges.
Dresden-A.

Voigtländer

Kameras / Optik

Voigtländer & Sohn Akt.-Ges.
Optische Werke, Braunschweig.

Die 4

Photo-Qualitäts-Marken.

WÜBBEN

Photo-Alben / Cartons

Wübben Ges. m. b. H.
Berlin SW 68.

SATRAP

Papiere / Chemikalien

Chemische Fabrik auf Actien
(vorm. E. Schering) Photogr. Abteil.
Berlin-Charlottenburg.

Bücher zur Zeitgeschichte

aus dem Verlage von E. S. Mittler & Sohn in Berlin

Deutsche Geschichte. Von Univ.-Professor Dr. Karl Brandi, Geh. Reg.-Rat. 3. neubearb. Aufl. In Halbleinen G. Z. 10, auf holzfreiem Papier in Ganzleinen G. Z. 15.

Weltgeschichte der Neuzeit. Von Univ.-Professor Dr. Dietrich Schäfer, Geh. Rat. 11. durchgesehene und bis zur Gegenwart fortgeführte Auflage. 2 Bände auf holzfreiem Papier in Ganzleinen G. Z. 30.

Die Weltpolitik des 19. Jahrhunderts. Von Professor Dr. Hugo Preller. Geheftet G. Z. 6,5, geschmackvoll gebunden G. Z. 9.

Politische Vorgeschichte des Großen Krieges. Von Graf Ernst zu Reventlow. Zweite Auflage. Geheftet G. Z. 3,6, gebunden G. Z. 7,2.

Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875 (Forschungen und Darstellungen a. d. Reichsarchiv). Von Dr. phil. Hans Herzfeldt. G. Z. 2,7.

Ladenpreise = Grundzahl (G. Z.) × Schlüsselzahl in jeder Buchhandlung zu erfahren.

AUGUST SCHERL

G·M·B·H

Zwischen Staatsmännern, Reichstagsabgeordneten und Vorbestraften

von „A"

Diese Neuerscheinung bietet eine oft amüsante, bisweilen erschütternde Naturgeschichte des Parlamentarismus, gleichzeitig einen spannenden Abriß der deutschen Geschichte in den letzten Jahren überhaupt. Einiges darin, so die „ungehaltene Rede an die Oberschlesier" gehört zu dem Ergreifendsten, was in unseren Tagen je geschrieben ist. (Agencia Duente)

Preise in jeder Buchhandlung zu erfragen

BERLIN SW 68

Saiten nur I. Qualität!

Glänzende Anerkennungen aus dem In- u. Ausland

	E	A	D	G	compl. Satz
Violine Ia Darm. . . .	11.—	13.—	15.—	10.—	48.—
Marke „Elite"	12.—	16.—	20.—	12.—	58.— in Dose
Mandoline .	—.60	—.80	2.—	3.—	12.—

Gitarre	E	H	G	D	A	E	Satz
Stahl	1.—	1.20	4.—	5.—	6.—	7.—	20.—
Darm-Seide	12.—	18.—	24.—	12.—	13.—	14.—	90.—

Cello-Darm Ia . .	A 54.—	D 74.—	G 60.—	C 70.—
Marke „Elite"	70.—	80.—	80.—	100.—

Zither Prim-Konzert-Elegie

Pa. Seide-Darm . .	200.—	250.—	300.—	compl. Satz in Dose
Stahl m. Seidebeil.	90.—	120.—	130.—	

Saitenhaus Fritz Gottschalk, Köln 325

Versand gegen Nachnahme. Luxemburger Straße 81

Auf obige Grundpreise 100fach. Teuerungszuschl. freibleibend

Wir kaufen

Septembernummern 1914 der „Südd. Monatshefte"

wenn gut erhalten franko München **Mark 300.—**

Angebote an: **Süddeutsche Monatshefte München / Amalienstr. 6/I**

Nationale Bücher in ernster Zeit ins deutsche Haus!

Frankreich. Der Kampf um den Rhein und die Weltherrschaft

Von Friedrich von Boetticher

Ein Rückblick auf Frankreichs jahrhundertlanges Streben nach den Rheinlanden — ein Aufruf zur nationalen Selbstbesinnung.

Tirpitz, Erinnerungen.

Als Schöpfer der deutschen Flotte, stärkster deutscher Politiker der Kriegszeit wird Tirpitz' Persönlichkeit in seinen Erinnerungen der Nachwelt überliefert.

Lettow-Vorbeck, Ostafrika.

Der Heldenkampf der deutschen Kolonie wächst aus dem Bericht ihres genialen Führers zu einem ergreifenden Dokument deutschen Soldatengeistes.

Stein, Erlebnisse und Betrachtungen.

Aus den Betrachtungen über Heer und Heimat spricht die klare, offene und zielbewußte Persönlichkeit des ersten Generalquartiermeisters.

Goltz, Finnland und Baltikum.

Dem Grafen von der Goltz war es vergönnt, deutschen Waffenruhm auch nach der Revolution im Kampf gegen den Bolschewismus hochzuhalten.

Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr.

General Maercker schuf aus dem Zusammenbruch sein Landesjägerkorps, das er tatkräftig zur Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland verwandte.

Luckner, Seeteufel. Abenteuer aus meinem Leben.

Graf Luckners Schicksale vom schulentlaufenen Schiffsjungen zum berühmten Kommandanten des „Seeadler" gehören in die Hand jedes deutschen Jungen.

Lettow-Vorbeck, Heia Safari.

Eine prächtige, volkstümliche Darstellung des Kolonialkampfes, so recht nach dem Herzen unserer Jugend.

Hoeppner, Deutschlands Luftkrieg.

Die Leistungen unserer Flieger und Luftschiffe im Weltkriege, die Entwicklung der Luftwaffe und ihre Verwendung hat hier eine umfassende Würdigung erfahren.

Reuter, Scapa Flow, das Grab der deutschen Flotte.

Durch Versenkung der Flotte verhütete Admiral Reuter die schmachvolle Auslieferung deutscher Schiffe an den Feind. Ein erschütterndes Bild deutscher Seemannstreue.

Daten des Weltkrieges von Dr. Kurt Jagow.

Eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse des Weltkrieges auf politischem und militärischem Gebiet, die auch die politischen Nachkriegskämpfe eingehend würdigt.

Preise sind in jeder Buchhandlung zu erfragen

K. F. Koehler · Verlag · Leipzig

Schlee-Sonderheiten

Die als Herstellerin von Qualitäts-Erzeugnissen der Automobil- und Motorzubehörbranche bekannte Firma Schlee-Werk A.-G. Birkwitz, Bez. Dresden, bringt in großem Maßstabe Artikel auf den In- und Auslandmarkt, welche infolge ihrer soliden, exakten Ausführung und einfachen, übersichtlichen Konstruktion eine besondere Würdigung verdienen. In Fachkreisen gut eingeführt sind bereits: der Schlee-Vergaser, die Schlee-Zündkerze, der Schlee-Kühlwasser-Kontroller „Monitor". Auf sämtlichen drei Modellen können Landesfarben, Klub- oder Fabrikmarken, Firmenschilder usw. angebracht werden. Als Neuheiten bringt ferner das Schlee-Werk augenblicklich heraus einen besonders soliden und zuverlässig wirkenden Benzinfilter, ein Zusatzluftventil, sogenannter „Benzinsparer", der in verschiedenen Typen für Motorräder, Zyklonetten vorliegt, schließlich einen konkurrenzlosen, das Interesse aller motorfahrenden Kreise erweckenden, originellen Apparat, den „Kipp-Stopp", der, am Motorrad oder an mit Hilfsmotor ausgerüsteten Fahrrädern angebracht, den Motor beim Sturz automatisch außer Betrieb setzt; es werden dadurch Fahrer und Maschine vor mancherlei Schäden, die derartige Unfälle gewöhnlich zum Gefolge haben, bewahrt. Der eigenartige, kleine, leichte und elegante „Kipp-Stopp"-Apparat besteht in der Hauptsache aus einem, in einer vernickelten Metallkapsel geschützt gelagerten Quecksilberkontakt mit Spezial-Elektroden, der durch einen isolierten Leitungsdraht mit dem Magnet verbunden wird. Beim Sturz des Rades schließt der „Kipp-Stopp" den Magnet selbsttätig kurz, was sofortiges Aufhören der Zündungen im Motor und dessen Stillstand zur Folge hat.

Spöhrer'sche Höhere Handelsschule Calw

Bedeutende Privatlehranstalt mit Schülerheim. Handels- und Realabteilung.

300 Schüler

AUGUST SCHERL
G·M·B·H

Hermann Detzner
Hauptmann a. D. d. Schutztruppe

Im Lande des Dju-Dju
Reiseerlebnisse im östlichen Stromgebiet des Niger

In kernigem und vielfach humorvollem Stil schildert Verfasser zahllose Jagden auf allerlei wilde Tiere und Kämpfe mit räuberischen Negerstämmen. Die Funde der ethnographischen Mitteilungen sind mit glänzenden Schilderungen der afrikanischen Landschaft und mit amüsanten Szenenbildern aus dem Lagerleben durchsetzt. Die Anschaulichkeit der Darstellung ist erhöht durch zahlreiche Bilder nach Aufnahmen des Verfassers, Kartenskizzen und von Künstlerhand entworfene Zeichnungen nach Motiven aus der Kultur der Eingeborenen.

Vier Jahre unter Kannibalen
Unter deutscher Flagge in Neuguinea

. . . ein hochgemutes Forschungswerk, ein Denkmal deutscher Tatkraft, ein leuchtendes Fanal der Treue . . . Prof. Dr. Hans Meyer, Leipzig

. . . . eine wahre Bereicherung unserer nationalen Literatur . . . .
Prof. Dr. Albrecht Penck, Berlin

Preise in jeder Buchhandlung zu erfragen

BERLIN SW 68

Diesem Heft liegt ein Prospekt des **Hammer-Verlages, Leipzig,** über das von dem bekannten amerikanischen Großindustriellen und Pazifisten Henry Ford herausgegebene Buch „Der internationale Jude" bei, auf den wir unsere Leser noch besonders hinweisen möchten.

Oskar Gerschel's
Buchhandlung und Antiquariat G.m.b.H.
STUTTGART

Ankauf
ganzer Bibliotheken
und einzelner wertv. Werke

GROSSES LAGER
antiquarischer Bücher
aller Wissenschaften

KATALOGE KOSTENFREI!
Desideraten-Liste erwünscht

DEUTSCHE ÜBERSEE-ZEITUNG

Illustrierte Auslands-Ausgabe des Hamburger Fremdenblattes

Zahlreiche Abbildungen in Kupfertiefdruck

Umfang 12–16 Zeitungsseiten größten Formats

Erscheint jeden Sonntag

Im Inland Postbezug
Nach dem Ausland Kreuzbandversand

Erfolgreiches Insertionsorgan für deutschen Export Industrie und Großhandel

Durch jede Buchhandlung oder vom unterzeichneten Verlag erhältlich:

Unter australischen Goldgräbern

Kulturbilder aus dem jüngsten Erdteil

von

Rudolf de Haas

Preis in jeder Buchhandlung zu erfragen

Das in anschaulichster Form geschriebene, mit anheimelndem Humor gewürzte Buch gewährt dem Leser einen überaus fesselnden Einblick in den abseits des Weltverkehrs liegenden Landstrich mit seinen aus aller Herren Länder zusammengewürfelten Bewohnern. Ein menschliches Dokument von ergreifender Wirkung, ein wertvolles Zeugnis für die deutsche Kulturarbeit zu sein, das kann das Buch für sich in Anspruch nehmen.

Scherls Wandkarte Mittel-Europa nach dem Friedensschluß

4. Auflage. Sechsfarbig. 21.—24. Tausend

Maßstab 1 : 3000000 / Format 95 : 123 cm

In farbigem Schutzumschl. (auf 24 X 31,5 cm) 1000 M

Die Karte umfaßt nahezu das gesamte Europa. Die alten und neuen Grenzen Deutschlands, die gewaltigen dauernden und zeitlich begrenzten Gebietsverluste und die östlichen Randstaaten in ihrer jetzigen Ausdehnung sind durch Flächen und Randkolorit besonders hervorgehoben. Jeder Gebildete muß sich mit dem vollständig umgestalteten Bilde Mittel-Europas vertraut machen.

August Scherl G.m.b.H. * Berlin SW 68

Die Seiten 385—386 dieses Heftes zeigen die Verluste, die Deutschland durch die Beraubung seiner Kolonien erlitten hat.

Der Safari-Verlag G.m.b.H.
Berlin W 9, Potsdamerstr. 4

hat sich das Ziel gesetzt, den kolonialen Gedanken im Volk wachzuhalten! Eine ganze Anzahl literarisch wertvoller Werke ist bereits erschienen. Sie sind für den reifen Leser bestimmt und zeugen in spannender Form von deutscher Kolonialarbeit! Eine Serie, die Safari-Bücherei, wendet sich besonders an die heranwachsende Jugend. Glänzende Schilderungen zeigen die Schönheit der Tropen, geben die reichen Erfahrungen unserer Kolonialpioniere wieder.

Interessenten stehen ausführliche Prospekte gern zur Verfügung.

Unsere Kolonien gehören uns noch heute, wie immer wieder nachdrücklichst festgestellt werden muß!

Generalfeldmarschall Helmuth v. Moltke

Ein Lebensbild nach seinen Briefen und Tagebüchern

Herausgegeben von

Hanns Martin Elster

16 Bildtafeln, 1 Brieffaksimile, 380 Seiten

Das edle Menschentum der Persönlichkeit Helmuth von Moltkes ist ein leuchtendes Vorbild. Bei all seiner Größe, bei all seinem Ruhm blieb er der selbstlose, bescheidene Mensch, dessen sittliche Größe, dessen edles Herz nur dem erkennbar ist, der sich in die privaten Mitteilungen des „großen Schweigers" verständnisvoll versenkt. Diesem Zwecke zu dienen, hat Hanns Martin Elster diese umfangreiche Auswahl mit kundiger Hand besorgt und zu einem Lebensbild in Selbstzeugnissen gerundet. Selbstzeugnisse sind teilweise auch die Bildtafeln, die Wiedergaben aus Moltkes wenig bekannten Skizzenbüchern bieten. Der stattliche Band ist das unvergängliche Dokument einer erhebenden vorbildlichen Persönlichkeit.

Halbleinenband G. Z. 6.50, Ganzleinenband G. Z. 8.—
Diese Grundpreise ergeben mit der Schlüsselzahl des Börsenvereins vervielfältigt die Ladenpreise.

Verlag Strecker und Schröder in Stuttgart

„Ost und Süd"

Illustrierte Wochenschrift der Münchner Neuesten Nachrichten für das Ausland

Eine großangelegte, reich illustrierte Zeitschrift zur Förderung der Beziehungen Deutschlands zum Deutschtum im Auslande und zu den fremdsprachlichen Deutschfreunden im Osten und Süden Europas

Bezugs-Preis

für 3 Monate

Deutsch-Österreich	10000 Kr.	Schweiz	4 Frs.
Bes. deutsche Kolonien	2½ Schill.	Bulgarien	50 Lewa
Italien	12 Lire	Türkei	1 türk. Pfund
Litauen	150 Lit.	Rumänien	50 Lei
Lettland	100 lett. Rubel	Jugoslawien	30 Din.
Estland	150 estn. Mark	Griechenland	30 Drachmen
Finnland	20 finn. Mark	Ägypten	3 Schill.
Ungarn	500 Kr.	Georgien, Armen., Aserbeidsch.	6000 d. Mk.
Polen	2000 poln. Mark	Indien	3 Schill.
Rußland, Ukraine	6000 deutsche Mark	Japan	3 Yen
Tschechoslowakei	10 Kr.	China	3 Schill.

Einzelnummern kosten $^1/_{10}$ obiger Quartalspreise franco

✥

Probenummern und Kostenvoranschläge für Anzeigen, sowie Abonnementsbestellungen durch den Verlag: Knorr & Hirth G. m. b. H., München

Verantwortlich für den Anzeigenteil: G. Eisenbach-Dunzinger, München.

Dr. P. Langenscheidt, Verlag, Berlin W 15, Schlüterstr. 41

Rhein und Ruhr!

Edith Gräfin Salburg, Renate Godeleith

Roman vom Rhein. / 6. Tausend. / Geheftet M. 4200.—, in künstl. Halbleinenband M. 7000.—
Preiserhöhung vorbehalten.

Altenb. Ztg.: „Die schwarze Schmach! In diesem von Vaterlandsliebe getragenen Roman sehen wir ihr ins Angesicht, pocht sie an aller Lässigen Gewissen." — **Bochumer Anz.:** „Eine trotzige Anklage, ausklingend aus erschütterndem Leid in die prophetischen Worte:

Unsere Jugend ist der Nibelungenhort. Nicht verloren liegt der im Rhein. Junge Mannen, deren Jugend hinüberreicht in diese Schreckenstage, werden sich einst zu stählernen Reihen schließen. Auch dein Sohn wird ein Glied in dieser Kette sein . . ."

Von

Rudolf Hans Bartsch

der am 11. Februar sein 50. Lebensjahr vollendete,
erscheint demnächst ein großes dreibändiges Werk:

Grenzen der Menschheit

Inhalt: Der Königsgedanke / Der Satansgedanke / Erlösung

Drei Halbleinenbände in Kassette, Grundpreis M. 11.—. 200 numerierte Exemplare wurden in besonders guter Ausstattung in Halbleder gebunden, Grundpreis M. 24.—. Jeder der in sich abgeschlossenen Bände ist einzeln käuflich. Grundpreis für jeden in Halbleinen gebundenen Band M. 3.50. Für das Ausland sind die Grundpreise den Frankenpreisen gleich zu setzen.

* * *

Dieses Werk krönt das Gesamtschaffen des Dichters. Aus dem Schicksale Sauls im „Königsgedanken", aus dem Leben und Ende des dämonischen Doktor Faust im „Satansgedanken", aus der Lichtgestalt des Gottmenschen in „Erlösung", das früher unter dem Titel „Er" erschien, erwächst eine

Glückslehre. Nach eigener Angabe des Dichters sind hier in symbolisch-mystischer Form die Erkenntnisse seines Lebens niedergelegt

L. STAACKMANN VERLAG, LEIPZIG

ELFR. WENDLANDT

Alte Reserve

Winkelhausen

die deutsche Weinbrandmarke

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 082418192